

Kocka, Jürgen

Book — Digitized Version

Klassengesellschaft im Krieg: deutsche Sozialgeschichte 1914 - 1918. 2., durchges. u. erg. Auflage

Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, No. 8

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Kocka, Jürgen (1978) : Klassengesellschaft im Krieg: deutsche Sozialgeschichte 1914 - 1918. 2., durchges. u. erg. Auflage, Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, No. 8, ISBN 3-525-35984-5, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/122930>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

**KRITISCHE STUDIEN
ZUR GESCHICHTSWISSENSCHAFT**

Herausgegeben von
Helmut Berding, Jürgen Kocka,
Hans-Christoph Schröder, Hans-Ulrich Wehler

Band 8
Jürgen Kocka
Klassengesellschaft im Krieg
Deutsche Sozialgeschichte 1914—1918



GÖTTINGEN · VANDENHOECK & RUPRECHT · 1978

Klassengesellschaft im Krieg

Deutsche Sozialgeschichte
1914 — 1918

VON
JÜRGEN KOCKA

2., durchgesehene und ergänzte Auflage



GÖTTINGEN · VANDENHOECK & RUPRECHT · 1978

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Kocka, Jürgen

Klassengesellschaft im Krieg : dt. Sozialgeschichte 1914—1918.
— 2., durchges. u. erg. Aufl. — Göttingen : Vandenhoeck &
Ruprecht, 1978.

(Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft ; Bd. 8)

ISBN 3-525-35984-5

2., durchgesehene und ergänzte Auflage, 1978

Umschlag: Peter Kohlhasse

© Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1973. — Printed in Germany.
Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet,
das Buch oder Teile daraus auf foto- oder skustomechanischem Wege
zu vervielfältigen. — Gesamtherstellung: Hubert & Co., Göttingen

FÜR URTE

Inhalt

Vorbemerkung zur 1. Auflage	IX
Vorbemerkung zur 2. Auflage	IX
Kapitel I: <i>Fragestellung und Begriffe</i>	1
Kapitel II: <i>Arbeiter und Unternehmer in der Industrie</i>	7
1. Die Ausgangssituation 1914	7
2. Verarmung und Not der Arbeiter	12
3. Veränderungen in der sozialökonomischen Situation der Unternehmer in der Kriegswirtschaft	21
4. Protestbereitschaft und Proteste in der Arbeiterschaft	33
a) Spannungstreibende Faktoren	33
b) Wirtschaftliche Not und Friedenssehnsucht	40
c) Sozialkritik und politischer Protest	43
d) Zur Struktur des Protestpotentials	49
e) Die gehemmte Manifestation des Protests: Arbeiterparteien und Gewerk- schaften	51
5. Abwehrhaltungen und Zusammenschlüsse in der Unternehmerschaft	57
Kapitel III: <i>Die Polarisierung des Mittelstandes</i>	65
1. Die Ausgangssituation 1914	65
2. Die Proletarisierung des „neuen Mittelstandes“	71
3. Linksrutsch der Angestellten	76
4. Die Reaktion der Beamten	82
5. Handwerker und Kleinhändler	85
6. Die Trennung von „altem“ und „neuem Mittelstand“	93
Kapitel IV: <i>Klassengesellschaft und Staat</i>	96
1. Klassengesellschaftliche Tendenzen und Gegentendenzen: das Verhält- nis Land—Stadt, Generationen, Konfessionen und Minderheiten	96
2. Struktur- und Funktionsveränderungen des Staates	105
3. Staatsmonopolistischer Kapitalismus?	118
4. Tendenzen zur Verselbständigung des Staates und deren restriktive Bedingungen	120
5. Sozialgeschichtliche Bedingungen der Revolution	131
Kapitel V: <i>Nachwort zur Methode</i>	138
Abkürzungsverzeichnis	145
Anmerkungen	147
Quellen und Literatur	210
Nachbemerkung zur 2. Auflage	233

Vorbemerkung

Mein Interesse an der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands im Ersten Weltkrieg geht auf ein Seminar über die deutsche Kriegswirtschaft 1914—1918 zurück, das Prof. Gerhard A. Ritter im Sommer 1964 an der Freien Universität Berlin veranstaltete. Das Manuskript eines Vortrags über die sozialen Auswirkungen des Ersten Weltkriegs in Deutschland, den ich im Dezember 1968 im St. Antonys College in Oxford hielt, war die erste Fassung der vorliegenden Arbeit. Während eines Aufenthalts an der Harvard-Universität war im Winter 1969/70 Gelegenheit zur gründlichen Überarbeitung und Ausweitung. Das daraus hervorgehende Manuskript enthielt bereits die hauptsächlichen Ergebnisse und die Struktur der jetzt vorgelegten Arbeit. Andere Arbeitsprojekte und die mittlerweile aufgegebene Absicht, daraus eine breitere, detaillierte und auf Archivstudien fußende Untersuchung werden zu lassen, verzögerten dann die Herstellung einer veröffentlichungsreifen Endfassung. Teile des damaligen Manuskripts wurden 1970 in Prof. Richard Tillys Seminar in Madison, Wisc. und in Prof. Gerald D. Feldmans Seminar in Berkeley, Calif., 1971 im Heidelberger Arbeitskreis für moderne Sozialgeschichte, auf dem deutsch-französischen Historikerkolloquium über den Ersten Weltkrieg in Mannheim und in einem Assistentenkolloquium des Historischen Seminars in Münster, 1972 in Prof. Rudolf Brauns Seminar in Zürich vorgetragen. 1968 und 1971 hielt ich Proseminare zum Thema „Deutschland im Ersten Weltkrieg“ ab. Den Teilnehmern an all diesen Veranstaltungen und Diskussionen verdanke ich Kritik und Anregungen. Frühere Fassungen des Mittelstandsteils (Kap. III dieser Arbeit) erschienen im *Journal of Contemporary History*, 8. 1973, H. 1, und in *Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte* 2. 1974. — Für Kritik und Anregung danke ich vor allem: Gerald D. Feldman, Hartmut Kaelble, Alf Lüdtke, Hans-Jürgen Puhle, Gerhard A. Ritter, Gustav Schmidt und Hans-Ulrich Wehler, die sich der Mühe unterzogen, das Manuskript in seiner früheren Form zu lesen. Die überarbeitete und ausgeweitete Fassung wurde im Winter 1972/73 hergestellt. Karin Grigo und Claudia Schrage danke ich für technische Hilfen.

Münster, im März 1973

Jürgen Kocka

Vorbemerkung zur 2. Auflage

Für die 2. Auflage wurden Fehler und Ungenauigkeiten (meist sprachlicher Art) korrigiert, wichtige, seit 1973 erschienene Werke in die Anmerkungen eingearbeitet und das Literaturverzeichnis auf den neuesten Stand gebracht. Eine knappe Auseinandersetzung mit der Kritik an der 1. Auflage wurde hinzugefügt (s. S. 233). Für redaktionelle Hilfe danke ich Heidrun Homburg und Bernd Uhlmannsiek, für wichtige Hinweise Ursula Ratz.

Kapitel I

Fragestellung und Begriffe

Die westdeutsche historische Forschung zum Ersten Weltkrieg hat sich bisher vorwiegend auf zwei große Themenkomplexe konzentriert: Zum einen haben die Arbeiten Fritz Fischers, die durch sie ausgelöste Kontroverse und viele andere Monographien wichtige Fortschritte in der Erkenntnis der Kriegsschuldfrage und der deutschen Kriegszielpolitik gebracht¹. Zum andern hat die intensiv betriebene Erforschung der Geschichte des deutschen Parlamentarismus die Verfassungs- und Parteienentwicklung während des Weltkriegs thematisiert und durch Materialerschließung und politologisch informierte Studien zunehmend geklärt². Sozialgeschichtliche bzw. sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Fragestellungen fehlten in diesen Forschungen zwar nicht ganz. Insbesondere in der Diskussion um Kriegsursachen, Kriegsauslösung und Kriegsziele spielte die Erklärung außenpolitischer Phänomene durch innenpolitisch-sozialökonomische Interessenkonstellationen eine große Rolle. Sozialökonomische Interessen wurden dabei jedoch vor allem auf der Ebene der Interessengruppen und insbesondere ihrer aktenkundig gewordenen Politik festzumachen versucht, weitestgehend mit Hilfe traditioneller Methoden der Textinterpretation, durch Auslegung von Haltungen und Handlungen der in Wirtschaft und Politik hervortretenden Akteure, durch Konzentration auf Entscheidungsprozesse und einige ihrer Determinanten, statt auf sozialökonomische Strukturen und Wandlungsprozesse per se. Die Außen- und Kriegszielpolitik blieb bei der Untersuchung der Jahre 1914—1918 meist an der Spitze des Forschungsinteresses, sozialökonomische Veränderungen wurden vor allem in der Absicht thematisiert, sie zur Erklärung jener heranzuziehen, und zwar in aller Regel mit starker, fast ausschließlicher Betonung jener Nahtstelle, an der sozialökonomisch bedingte (oder mitbedingte) manifeste Interessen in den politischen Entscheidungsprozeß Eingang fanden oder suchten. Abgesehen von einigen jüngeren Spezialuntersuchungen³ blieb die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des Weltkriegs ein Stiefkind der westdeutschen Geschichtsforschung.

Sie blieb es in doppeltem Sinne: *Einerseits* wurde die systematische Erforschung der wirtschaftlichen Prozesse und Gebilde, der sozialen Klassen, Schichten und Gruppen, ihrer Bewegungen, Kooperationen und Konflikte nicht hinreichend in Angriff genommen^{3a}. Nicht einmal das für diese Aufgabe zur Verfügung stehende Material der in den 20er und 30er Jahren erschienenen, meist von Nicht-Historikern geschriebenen „Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkriegs (Deutsche Serie)“ der Carnegie-Stiftung ist aufgearbeitet und für spezifische Fragestellungen verwertet worden⁴. Eine Sozialgeschichte des Weltkriegs in der Art von Arthur Marwicks auf England bezogener Darstellung „The Deluge“⁴ steht aus. In den letzten Gesamtdarstellungen zur deutschen Ge-

schichte im Ersten Weltkrieg führt die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte ein bescheidenes Randdasein⁶. Eng damit zusammenhängend fehlt es *andererseits* bisher an Versuchen, die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im Weltkrieg im Sinne einer sozialökonomischen Interpretation der Gesamtgeschichte dieses Zeitraums zu schreiben⁷. — Am stärksten wurde die sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Erforschung der Weltkriegszeit durch die Beiträge einiger amerikanischer Historiker⁸ und durch ostdeutsche Historiker gefördert, deren historisch-materialistische Grundhaltung es ihnen erleichtert, sozialökonomische Strukturen und Prozesse an zentraler Stelle (wenn auch häufig einseitig) zu berücksichtigen⁹.

Der folgende Essay soll dazu beitragen, diese Ungleichgewichtigkeit innerhalb der bundesrepublikanischen Weltkriegsforschung zu verringern. Ihm geht es nur zum geringeren Teil um die verstehbaren und nachvollziehbaren Haltungen und Handlungen wichtiger Akteure, obwohl diese von einer ausgewogenen Gesamtdarstellung des Zeitraums, die dieser Essay nicht zu sein beansprucht, stärker mitberücksichtigt werden müßten. Einzelne Institutionen (wie die Gewerkschaften oder die zivile Reichsregierung) und einzelne Entscheidungsprozesse (wie die Willensbildung, die zum Hilfsdienstgesetz vom Dezember 1916 führte) interessieren nicht so sehr als solche, sondern als Hinweise auf Strukturen und Prozesse, die sich in ihnen konkretisierten. Vor allem soll es um die innere Struktur und das wechselseitige Verhältnis der gesellschaftlichen Klassen und Schichten in ihrer ökonomischen, sozialen, sozialpsychologischen und politischen Dimension gehen, und zwar insbesondere unter dem Aspekt ihrer Veränderung im Krieg und durch den Krieg. Gefragt wird nach sozial relevanten Veränderungen im Produktions- und Verteilungsprozeß, nach sich verändernden ökonomischen Bestimmungsfaktoren sozialer Klassen-, Schichten- und Gruppenbildung, nach Wandlungen in den kollektiven klassen- und schichtenspezifischen Einstellungen, Erwartungen, Selbstverständnissen, Hoffnungen und Protestpotentialen, nach sich verändernden Allianzen und Konflikten, Kämpfen und Kompromissen zwischen sozialen Klassen und Gruppen und nicht zuletzt nach dem sich wandelnden Stellenwert des Staates im Spannungsfeld der sozialen Klassen und Gruppen, nach Veränderungen im Verhältnis von Gesellschaft und Staat unter den Bedingungen des Weltkriegs.

Die Frage nach der Kontinuität der analysierten Veränderungen soll insbesondere im Hinblick auf die Vorkriegszeit gestellt werden: Bedeuten die Wandlungen in der Kriegszeit Umkehrungen bzw. Brüche gegenüber den Jahren vor 1914, oder sind sie beschleunigte oder verlangsamte Fortsetzungen von Vorkriegsentwicklungen? Andererseits interessiert die Frage nach der Fortsetzung der untersuchten Prozesse nach dem Krieg. Dabei soll nicht aus dem Blickwinkel verschwinden, daß am Ende des Untersuchungszeitraums eine, wenn auch sehr unvollkommene, Revolution stand und insofern, wenn man will, die Jahre vor dem November 1918 als eine vorrevolutionäre Zeit begriffen werden können. Wenn die Untersuchung von Gegensätzen, Spannungen und Konflikten,

von Machtausübung, Herrschaftsverhältnissen und Protesten im folgenden betont wird, so erklärt sich das nicht zuletzt aus diesem Zusammenhang.

Um die Analyse der inneren Verhältnisse und ihrer Veränderungen bemüht sich dieser Essay; internationale Beziehungen, Schlachten und Diplomatie, Blockade und Außenhandel, Kriegsziele und Friedensfühler interessieren ihn — ebenfalls im Unterschied zu einer ausgewogenen Gesamtdarstellung — nur, soweit sie die inneren Veränderungen beeinflussen, kaum aber: soweit sie durch diese beeinflusst wurden.

Die methodischen Eigenarten dieses Essays sind durch die angedeuteten Erkenntnisziele ebenso geprägt wie durch seine Entstehungsbedingungen und didaktischen Intentionen. Er ist aus einem kurzen Überblicksvortrag über deutsche Sozialgeschichte 1914—1918 hervorgegangen¹⁰. Davon bleibt er geprägt, insbesondere auch in seiner Absicht, auf relativ knappem Raum und meist auf der Basis gedruckten Materials, einen zusammenfassenden, auf wesentliche Strukturen und Veränderungen konzentrierten Durchblick zu geben, der einerseits der relativ schnellen Information dienen und andererseits durch Entwicklung klarer Fragestellungen und Thesen zur intensiveren und systematischeren Erforschung der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Kriegszeit anregen soll.

In der dadurch bedingten Kürze über deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte von 1914—1918 im angedeuteten Sinne zu handeln, verlangt nach einem möglichst klaren, doch nicht zu starren, begrifflichen Instrumentarium, sofern man nicht die Auswahl des zur Darstellung wert Befundenen beliebig treffen, seine Verknüpfung nicht assoziativ leisten und die Strukturierung des Dargebotenen nicht dem Hörer oder Leser selbst überlassen will. Solches Bedürfnis nach einem begrifflichen Instrumentarium zur Strukturierung des Stoffes mag ein allgemeines Problem historischer Arbeiten sein und sich insofern auch auf anderen Themengebieten stellen. Es stellt sich jedoch um so dringender, je komplexer und umfangreicher der zu behandelnde Stoff ist, je geraffter und damit selektiver die Analyse sein soll und je weniger sich die Erforschung und Darstellung auf gleichsam im Stoff vorgegebene Strukturierungskerne — wie Personen, Entscheidungsprozesse oder Institutionen (einschließlich Interessengruppen) — stützen kann oder will¹¹. Das Bedürfnis nach sozialwissenschaftlichen Begriffen, Hypothesen, Modellen und Theorien, die in einer historischen Erkenntnisinteressen und Verfahren angemessenen Weise zur Auswahl und Verknüpfung der Daten und Quellenbestandteile dienen können, ist deshalb in dieser Arbeit besonders deutlich¹².

Im folgenden dient ein letztlich aus der Marx'schen Klassentheorie abgeleitetes, allerdings stark stilisiertes und aus dem Kontext des Marx'schen geschichtsphilosophischen Denkens weitgehend herausgelöstes, durch neuere Erkenntnisse der Konfliktanalyse ergänztes und in einer für uns brauchbaren Weise operationalisiertes klassengesellschaftliches Modell als Ausgangspunkt. Es sei zunächst kurz vorgestellt¹³:

Grundlegend ist die Annahme, daß die Klassenzugehörigkeit, bzw. die Klassenzugehörigkeit von Individuen und Gruppen durch die Position definiert ist, die diese

im System der kapitalistisch¹⁴ organisierten gesellschaftlichen Produktion innehaben, nämlich durch ihren Anteil oder Nicht-Anteil an Privatbesitz und Verfügungsmacht über Produktionsmittel¹⁵. Die so definierte Klassenlage ihrerseits ist der entscheidende Bestimmungsfaktor für die nicht notwendig bewußte, objektive oder „latente“ Interessenlage¹⁶ der Klassenangehörigen. Aufgrund von hier nicht zu diskutierenden Eigenarten der Organisation der Arbeit im kapitalistischen System sind die beiden klassenspezifischen Interessenlagen einander entgegengesetzt und konstituieren damit den *Klassengegensatz* zwischen Produktionsmittelbesitzern und lohn- bzw. gehaltsabhängigen Arbeitnehmern, ein Gegensatz, der — in unserem Wortgebrauch — dadurch charakterisiert ist, daß er in der sozioökonomischen Struktur, in der Eigentums-, Verfügungs- und Herrschaftsverteilung gründet und den Beteiligten als solcher nicht notwendig bewußt ist. Man könnte ihn auch als sozialstrukturelle Hauptbedingung der Klassenspannung (dazu im nächsten Absatz) umschreiben. Der Klassengegensatz prägt nun nicht nur die Arbeitsverhältnisse, sondern er durchzieht die gesellschaftliche Wirklichkeit in all ihren Dimensionen, weil nämlich die Klassenlage tendenziell auch den Zugang determiniert, den die Klassenangehörigen zu Lebenschancen der verschiedensten Art besitzen, also z. B. ihre Teilhabe an Einkommen, Konsum, Bildung, Status und politischer Macht. Tendenziell ist deshalb auch der Staat ein Herrschaftsinstrument der ökonomisch herrschenden Klasse¹⁷.

Auf einer zweiten Ebene bestimmen Klassenlage und Klassengegensatz zunehmend die subjektiven oder „manifesten“ Interessen, die Erwartungen und Absichten, die Haltungen und Einstellungen, auch das Selbstverständnis der Klassenangehörigen, die sich damit als zusammengehörig begreifen lernen. Der Klassengegensatz manifestiert sich damit als *Klassenspannung*, die sich im Unterschied zum Klassengegensatz — wenn die Quellenlage ausreicht — im Bewußtsein und in den Äußerungen der Klassenangehörigen als Unzufriedenheiten, Hoffnungen, Ressentiments, Proteste, Forderungen usw. feststellen läßt¹⁸. Klassenspannung wäre auch als sozialpsychologische Hauptbedingung des Klassenkonflikts (dazu im nächsten Absatz) zu beschreiben¹⁹. Die Transformation von Klassengegensätzen in Klassenspannungen bedeutet zumindest für die Angehörigen der abhängigen, beherrschten Klasse, daß in ihrem Bewußtseins-, Erlebnis- und Gefühlshorizont eine Diskrepanz zwischen ihren tatsächlichen Lebenschancen (wie sie sie erleben und verstehen) einerseits und ihren als legitim empfundenen Erwartungen und Ansprüchen andererseits eintritt und diese Diskrepanz mit Hinblick auf die gemeinsame Klassenlage interpretiert wird. Nach den Bedingungen und Formen, unter denen sich dieser keineswegs automatische Umsetzungsprozeß vollzieht, wird im konkreten Fall zu fragen sein. Dabei mag noch als genereller Fingerzeig die Überlegung dienlich sein, daß die erwähnte Diskrepanz zwischen den erfahrenen Lebenschancen einerseits und den als legitim erstrebten Erwartungen und Ansprüchen andererseits zunehmen kann als Folge sich merklich verringernder Lebenschancen oder als Folge ansteigender Erwartungen oder als Folge von beidem²⁰. Die Frage nach dem Auftreten einer

solchen „Schere“ zwischen Lebenschancen und Erwartungen und die Frage nach ihren Ursachen folgen aus diesen Vorüberlegungen²¹.

Auf einer dritten Ebene bestimmen Klassenlage und Klassengegensatz, vermittelt durch manifeste Interessen und Spannungen, schließlich auch die — im Endeffekt politische — Organisation der Klasseninteressen und verschiedenartige Maßnahmen, Aktionen zu ihrer Durchsetzung bzw. Verteidigung. Die Klassen-spannung wird so zum *Klassenkonflikt*, in dem — immer dem Modell nach — der Staat im Dienste der ökonomisch herrschenden Klasse und zum Nachteil der beherrschten Bevölkerungsmehrheit eingesetzt wird. In welchem Maße und in welchen Formen dieser Kristallisationsprozeß abläuft, hängt wiederum von empirisch erforschbaren, keineswegs automatisch gegebenen Bedingungen ab. So dürfte er durch den Mangel an Kommunikation und Kontakt zwischen den Klassenangehörigen, durch die Nicht-Verfügbarkeit von Führungsgruppen und Konflikt legitimierenden Ideologien sowie durch intensive politische Unterdrückung sehr erschwert, verzerrt oder verhindert werden²². Der sich tendenziell immer klarer durchbildende Klassengegensatz, die ansteigenden Klassen-spannungen und der verstärkte Klassenkonflikt verschärfen die Situation in einer zunehmend revolutionären Weise. In Marx' Worten: „Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen . . .“ Immer größerem und konzentrierterem Reichtum und immer mehr Verfügungsmacht in der Hand von immer weniger kooperierenden Unternehmern auf der einen Seite entspricht die Zunahme der „Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft . . . , der Ausbeutung, aber auch der Empörung der . . . vereinten und organisierten Arbeiterklasse“²³.

Wenn hier zu analytischen Zwecken zwischen drei Ebenen bzw. Dimensionen von Klasse bzw. Klassenbildung unterschieden wird, dann kann das leicht mechanistisch mißverstanden werden. Deshalb sei betont, daß wir bei der modellhaften Beschreibung des Verhältnisses der drei Dimensionen zueinander weder an kausale Unilinearität noch an ein striktes chronologisches Nacheinander denken. Vielmehr wirkt die Austragung von Klassenkonflikten ganz wesentlich auf die Ausformung von Klassenspannungen und die Ausbildung von Klassenbewußtsein zurück. Falsch wäre die Vorstellung, daß sich Klassenbewußtsein und -spannungen voll ausbilden könnten, bevor Klassenorganisation und -konflikt auftreten. Auch die jeweilige Ausprägung des Klassengegensatzes wird von der Art der Austragung der Klassenspannungen und -konflikte mitbeeinflusst. Solchen Rück- und Wechselwirkungen zwischen den Dimensionen wird Rechnung zu tragen sein, wenn auch von der oben geschilderten dreistufigen Zuordnung der Dimensionen als der logisch und historisch vorherrschenden ausgegangen werden muß und ihre scharfe *analytische* Trennung aus Gründen der Klarheit und Überprüfung unumgänglich ist.

Wenn dieses Modell²⁴ nun zur Analyse der deutschen Wirklichkeit 1914 bis 1918 benutzt wird, so soll damit natürlich keineswegs behauptet werden, daß diese in jenem voll aufgeht. Insbesondere wird nicht gelehnet, sondern im Ge-

genteil beachtet, daß nicht-klassengesellschaftliche Gegensätze, Spannungen und Konflikte in der zu untersuchenden Wirklichkeit ebenfalls auftraten — etwa zwischen Konfessionen, Regionen, Generationen, Land und Stadt, landwirtschaftlichen und industriellen Großunternehmern, zwischen Industriezweigen usf. Solche soziale Fronten überschritten die klassengesellschaftlichen Frontlinien, die das eben skizzierte Modell hervorhebt. Andere Differenzierungslinien wie Einkommensverschiedenheiten, Verbrauchergewohnheiten, Erziehungsstand, traditionell mitbestimmte Statusdifferenzen und funktionale Berufsunterschiede konstituierten zweifellos auch in der damaligen Wirklichkeit Schichten und Gruppen, die nicht mit den Klassen des skizzierten dichotomischen Modells identisch sind, sie vielmehr nicht-deckungsgleich überlagerten, bzw. von ihnen überlagert wurden²⁵. Unser Modell negiert die Existenz solcher nicht von ihm beschriebenen Front- und Differenzierungslinien, Gruppen- und Schichtenbildungen keineswegs.

Es formuliert jedoch die (zu überprüfende) Erwartung, daß das Merkmal der Klassenzugehörigkeit und die daraus folgenden Gliederungs- und Frontlinien im Untersuchungszeitraum jene anderen Differenzierungen zunehmend in den Hintergrund drängten. Anders ausgedrückt: Es formuliert die (zu überprüfende) Erwartung, daß jene Fronten und Differenzierungslinien, die quer durch die Klassen verliefen, objektiv und (bzw. oder) subjektiv in ihrer Bedeutung zurücktraten, tendenziell eingeebnet oder verwischt wurden; daß die Klassen damit homogener wurden; und daß die dichotomische Klassenstruktur somit im Krieg immer klarer und immer dominanter hervortrat²⁶.

Das Modell wird also im Sinne eines hypothetischen Tendenztypus, in idealtypischer Funktion benutzt²⁷. Es geht nicht um seine Falsifikation oder gar Verifikation. Mit ihm soll vielmehr die historische Wirklichkeit verglichen werden, um für eine bestimmte Periode festzustellen, ob, in welchem Maße und in welcher Hinsicht diese ihm entspricht, bzw. nicht entspricht, und: ob, in welchem Maße, in welcher Hinsicht und warum die Wirklichkeit sich ihm (seinen Hypothesen entsprechend) annäherte, bzw. sich (wider seine Hypothesen) doch von ihm entfernte²⁸. Auf die Chancen und Grenzen dieses hier einmal versuchten Ansatzes wird am Schluß rückblickend einzugehen sein.

Kapitel II

Arbeiter und Unternehmer in der Industrie

1. Die Ausgangssituation 1914

Vor 1914 wuchs die Zahl der in Industrie und Handwerk Beschäftigten absolut und im Verhältnis zur Bevölkerungszahl. 1882 waren 34 %, 1895 37 % und 1907 40 % aller Erwerbstätigen in Bergbau, Industrie und Handwerk beschäftigt. In diesem Wirtschaftsbereich nahm der Anteil der Selbständigen kontinuierlich ab, der Anteil der Arbeitnehmer im selben Maße zu. Immer mehr Arbeitnehmer waren in Großbetrieben tätig — ganz gleich, ob man diese als Betriebe mit mehr als 50, 100 oder 1000 Beschäftigten definierte¹. Versucht man zunächst die Untersuchung auf *industrielle* Unternehmer und Arbeiter zu konzentrieren, d. h. Handwerksbetriebe und Industrieangestellte auszuklammern, so stößt man auf schwer lösbare definitorische und statistische Probleme. Insbesondere die Unterscheidung zwischen Handwerk und Industrie war und ist ungenau, umstritten, mehrdimensional und ideologisch aufgeladen. Da von Zeitgenossen die Betriebsgröße als *ein* Abgrenzungskriterium und dabei von vielen die Zahl von zehn Beschäftigten als Marke verstanden wurde, sollen im folgenden in der Wirtschaftsabteilung „Industrie und Handwerk“ alle Betriebe mit mehr als 10 Beschäftigten als Industriebetriebe, alle kleineren als Handwerksbetriebe aufgefaßt werden². Ein solches schematisches Verfahren liefert lediglich Annäherungswerte, doch erlaubt es die Verwendung der Reichs-Gewerbe-Statistik. Danach gab es 1907²:

Größe nach beschäftigten Personen	Industriebetriebe	Beschäftigte Personen
11—50	89 645	1 985 295
51—200	23 493	2 176 053
201—1000	4 993	1 875 628
über 1000	478	879 305
insgesamt	118 609	6 916 281

Ca. 120 000 Unternehmern — davon waren ca. ein Viertel Besitzer bzw. Leiter von Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten — standen ca. 6,2 Millionen Industriearbeiter (ohne Angestellte) gegenüber, wovon fast drei Viertel in Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten tätig waren. Das Verhältnis zwischen diesen beiden industriellen Klassen veränderte sich in den zwei Jahrzehnten vor dem Weltkrieg in einer Weise, die sich nicht leicht auf eine griffige Formel bringen läßt.

Die sozialökonomischen Differenzierungen innerhalb beider Klassen waren groß. Nach Einkommen, Arbeitsverhältnissen und Lebenschancen unterschied sich der ungelernete Arbeiter einer kleinstädtischen Ziegelei sehr von dem hochqualifizierten Mechaniker eines Berliner elektroindustriellen Unternehmens, erst recht aber der Besitzer einer kleinen ländlichen Brettsäge von Krupp. Unter den Bedingungen fortschreitender Industrialisierung nahmen jedoch die sozialökonomischen Differenzierungen innerhalb der Lohnarbeiterschaft (kaum aber innerhalb der Unternehmerschaft) eher ab als zu. Die immer klarere Durchsetzung des Fabriksystems mit seinen Maschinen, seiner Arbeitsteilung und seiner Disziplin reduzierte die in der Industriearbeiterschaft noch lange nachwirkenden, differenzierend wirkenden, handwerklichen Traditionen immer mehr. Zwar entstanden mit der Fortentwicklung von Technik und Produktion neue tätigkeits- und branchenspezifische Unterschiede, neue Anforderungen und Qualifikationen. Auch die großen Lohn- und Verdienstunterschiede zwischen den Branchen nahmen zwischen 1895 und 1913 eher zu als ab⁴. Doch ist bemerkenswert, daß der durchschnittliche Verdienstunterschied zwischen gelernten und ungelerten Arbeitern seit den 1890er Jahren schrumpfte und (nach den ungenauen Zahlen der Berufsstatistik) die Zahl der ungelerten Industriearbeiter 1895—1907 schneller wuchs als die der gelernten⁵. Die zunehmend verbreitete großbetriebliche Situation, in der Arbeiter verschiedener Berufszugehörigkeit unter sehr ähnlichen Bedingungen und im Austausch miteinander zusammenarbeiteten, dürfte ein *relatives* Zurücktreten der beruflichen Komponente in der Arbeitssituation solcher Industriearbeiter bewirkt haben, eine Verschiebung, die sich sozialpsychologisch in einer zunehmenden Betonung des gemeinsamen Arbeitnehmer- oder Klassenbewußtseins trotz fortbestehender beruflicher, einkommensmäßiger, weltanschaulicher oder regionaler Differenzierungen, organisatorisch im Aufkommen von Industrieverbänden (neben den traditionellen Berufsverbänden) zeigte.

Der zunehmenden, wenn auch weiterhin begrenzten Homogenisierung der Arbeiterklasse lief ihre sozialökonomische Verelendung nicht parallel. In verschiedener Hinsicht hatten die Lohnarbeiter 1914 mehr als ihre Ketten zu verlieren, mehr auch als 1895 oder gar 1870. Im Gegensatz zu älteren Forschungsergebnissen und häufig vertretenen Auffassungen wird man feststellen müssen, daß der durchschnittliche Jahresverdienst des Industriearbeiters seit 1880 nicht nur nominell, sondern, trotz steigender Lebenshaltungskosten, auch real kontinuierlich stieg. Sein reales Wachstum war 1900—1913 zwar langsamer als 1890 bis 1900, es stagnierte jedoch vor 1913 nicht, noch kehrte es sich gar um⁶. In den letzten Friedensjahren verbrauchte der durchschnittliche gewerbliche Arbeiter zwar noch immer mehr als vier Fünftel seines jährlichen Einkommens für Nahrung, Kleider, Wohnung und Heizung. Doch immerhin konnte er ca. 4 % davon für „geistige und gesellige Bedürfnisse“ ausgeben und ca. 1 % sparen⁷. In den Jahrzehnten vor 1914 nahm die durchschnittliche Arbeitszeit ab, die Häufigkeit der tödlichen Betriebsunfälle ließ (wie die Arbeitersterblichkeit überhaupt) nach. Die zögernd fortschreitende Arbeiterschutzgesetzgebung und

das seit den 1880er Jahren entwickelte Sozialversicherungswesen, z. T. auch innerbetriebliche Sozialeinrichtungen, verwirklichten einige bescheidene Ansätze ökonomischer und sozialer Sicherheit⁸.

Jedoch blieben diese Tendenzen sehr begrenzt: Eine Umverteilung des Pro-Kopf-Volkseinkommens zugunsten des Einkommens aus unselbständiger Arbeit (pro Kopf) auf Kosten des Einkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (pro Kopf) war mit dem Realverdienstzuwachs der Arbeiter nicht verbunden. Im Gegenteil: die Lohn- und Gehaltsquote, d. h. der Anteil des Volkseinkommens, der auf Einkommen aus unselbständiger Arbeit entfiel, wuchs zwar, aber seit etwa 1890 wuchs sie langsamer als der Unselbständigenanteil an allen Erwerbstätigen⁹. Das Wachstum der deutschen Wirtschaft war also schnell genug, den Arbeitnehmern einen mäßigen realen Kaufkraftzuwachs zu ermöglichen, zugleich aber die Gewinne der Unternehmer noch schneller steigen zu lassen. Entsprechend veränderte sich der Aufbau der zu versteuernden Einkommen. Zumind. in Preußen nahm der Anteil der Bezieher kleiner Einkommen (unter 900 M) an der Zahl aller Einkommensbezieher seit Mitte der 1890er Jahre sehr deutlich ab. Die absolut kleine Zahl der Bezieher sehr hoher Einkommen (über 100 000 M pro Jahr) scheint jedoch im gleichen Zeitraum noch schneller angestiegen zu sein als die Zahl der mittleren Einkommensbezieher¹⁰.

Weitere Grenzen des bescheidenen, doch als Basis für eine gewisse Integration der Arbeiterklasse in die Gesellschaft des Deutschen Reiches gleichwohl sehr wichtigen ökonomischen Aufschwungs der Industriearbeiterschaft vor 1914 sind nicht zu übersehen: Insbesondere wenn mehrere Kinder zu ernähren waren, konnte die Arbeiterfamilie auf die Mitarbeit der Frau nicht verzichten; solche Doppelbelastung hatte häufig bedrückende Konsequenzen für Familienleben und Kindererziehung¹¹. Bei Unfall und Krankheit drohte weiterhin Not. Mit der Arbeitszeitverkürzung ging eine schwer zu messende Arbeitsintensivierung¹² parallel; an der prinzipiellen Fremdbestimmung und Marktabhängigkeit des Arbeiters änderte sich wenig.

Auch konnten die begrenzten Verbesserungen in der ökonomischen Lage der Arbeiter nur sehr unvollkommen in Verbesserungen seiner allgemeinen Lebenschancen und in die Vergrößerung seiner politischen Einflußchancen umgesetzt werden. Die vor allem aus dem Fortwirken ständischer Traditionen und aus den Eigenarten der deutschen Nationalstaatsbildung erklärbare besondere Schärfe, die die Unterscheidung zwischen Proletariat und Bürgertum in Deutschland kennzeichnete, prägte weiterhin das ganze Spektrum der Sozialbeziehungen innerhalb und außerhalb der Betriebe. Vor allem die fehlende Parlamentarisierung des Regierungssystems und die unvollkommene Demokratisierung des Wahlrechts blockierten die politischen Einflußchancen der Arbeiterschaft. Am Vorabend des Krieges stellte diese eine nach Kleidung, Lebensgewohnheiten und Wohnverhalten, nach Aufstiegschancen, gesellschaftlichen Kontakten und politischen Rechten recht klar identifizierbare, ausgegrenzte und unterprivilegierte Gruppe dar¹³.

Dieser sich trotz ökonomischer Verbesserungen nicht oder doch kaum verringernde Klassengegensatz manifestierte sich in Klassenspannungen und -konflikten, deren Intensität und Form von ihrem sich wandelnden Stellenwert im Herrschaftssystem mitbedingt wurden. Vor allem als Folge von Diskriminierung und Ausgrenzung wurde die seit den 90er Jahren schnell wachsende sozialdemokratische Arbeiterbewegung zu einer sich weitgehend abkapselnden, ihre Mitglieder abschirmenden, integralen Kampf-, Kultur- und Lebensgemeinschaft. Sie verband ihre konkrete emanzipatorische Arbeit (vor allem auf gewerkschaftlicher Ebene, zunehmend auch politisch auf kommunaler und einzelstaatlicher Ebene, zuletzt auch im Reich) mit sozialistisch-klassenkämpferischer Rhetorik und revolutionärer, internationalistischer Programmatik, die mit ihrer politischen Praxis und mit dem Bewußtsein der meisten ihrer Mitglieder wenig übereinstimmten, aber den antiproletarischen Ressentiments und antisozialistischen Verketzerungen im Bürgertum als Grund, Anlaß und Vorwand dienten. Antiproletarische Abwehrhaltung und militanter Antisozialismus nahmen vor dem Weltkrieg gewiß nicht ab, sondern fanden — in enger Verknüpfung mit nationalistisch-imperialistischen Ideologien — in neuen Massenverbänden (z. B. Alldeutscher Verband 1893, Deutscher Flottenverein 1898 und Reichsverband gegen die Sozialdemokratie 1904) ihre organisatorische Verfestigung¹⁴. Sie dienten als ideologischer Kitt für anderweitig differierende Herrschaftsgruppen und wurden als massenwirksames, den Status quo absicherndes Integrationsmittel teilweise bewußt und manipulativ eingesetzt (so in einigen Spielarten der „Mittelstandspolitik“)¹⁵.

Das schnelle Wachstum der Gewerkschaften, insbesondere der sozialdemokratischen¹⁶, und die rapide Zunahme der bei den Reichstagswahlen für die SPD abgegebenen, zum größten Teil aus der Arbeiterschaft stammenden Stimmen¹⁷ reflektierten die steigende Bedeutung von Klassenlage und Klassenbewußtsein für das organisatorische und politische Verhalten der Arbeiterschaft. Im Ausbau der Gewerkschaften sowie in der darauffolgenden Ausdehnung und Konsolidierung allmählich zusammenrückender Arbeitgeberverbände seit der Jahrhundertwende¹⁸ wurde aber auch jenes Moment deutlich, das die Umsetzung von Klassenspannungen in Klassenkonflikte vor 1914 zunehmend bestimmte: das Moment der Organisation. Nicht in einer Zunahme spontaner Ausbrüche von Unruhen, kollektiver Proteste oder Gewaltsamkeit manifestierten sich die Klassenspannungen¹⁹, sondern vor allem in verbandlich organisierten Arbeitskämpfen und in der zunehmenden Konfrontation von Emanzipations- und Abwehrkräften auf der Ebene des politischen Entscheidungsprozesses. Manches spricht dafür, daß die Organisation der Klassenspannungen und -konflikte auch schon vor 1914 zu deren Domestizierung beitrug; an dem Vormarsch des Tarifvertragswesens außerhalb der Großunternehmen²⁰ ließe sich das ebenso zeigen wie an der vorsichtigen, reformistischen, organisationsbewußten Politik der Gewerkschaftsführungen, die einen wachsenden Anteil von „Bewegungen“ zur Verbesserung von Löhnen und Arbeitsbedingungen ohne Streik erfolgreich abschließen konnten²¹. Andererseits scheint die Intensität der Konflikte vor 1914 eher zu-

genommen und das Kräfteverhältnis sich merkbar zugunsten der ihre Schlagkraft erhöhenden Arbeitgeberseite verschoben zu haben: Die Häufigkeit und Ausdehnung der Arbeitskämpfe erreichten 1906 und 1910/11 ihre Höhepunkte; dabei nahm die Zahl der Aussperrungen absolut und relativ zur Zahl der Streiks zu²². In den Großbetrieben antworteten Unternehmer auf gewerkschaftliche Herausforderungen mit neuen Integrations- und Herrschaftstechniken — vor allem mit der erfolgreichen Aufzucht „gelber“, wirtschaftsfriedlicher Werkvereine²³. Arbeiterfeindliche Bestimmungen des Koalitions-, Vereins- und Strafrechts wurden von Staatsanwaltschaften und Gerichten immer entschiedener eingesetzt²⁴. Die zur Linderung der Spannungen und Konflikte dienende staatliche Sozialgesetzgebung kam seit 1911 zum Stillstand²⁵.

Die weitgespannten politischen und sozialen Emanzipations- und Reformbestrebungen der Arbeiterbewegung, die teilweise und zunehmend die Unterstützung links-bürgerlicher Kreise fanden, riefen im letzten Jahrzehnt vor dem Krieg, vor allem aber nach dem großen SPD-Erfolg in der Reichstagswahl von 1912, die zunehmend organisierte und verstärkte Abwehr von großen Teilen des industriellen (vor allem schwerindustriellen) und agrarischen Großkapitals hervor, die mit begrenztem Erfolg versuchten, auf der Basis von Nationalismus, Antisozialismus, Reformfeindschaft und Revolutionsfurcht das sie untereinander Trennende in den Hintergrund zu rücken, ihre Massenbasis durch bäuerliche und kleinbürgerliche Kreise zu verstärken und einen reaktionären, z. T. klar restaurativen Block gegen die andrängenden Bewegungskräfte zu bilden²⁶.

Dieses gleichwohl heterogene, auch nicht die gesamte Unternehmerschaft umfassende²⁷, in seinem Einfluß auf die Regierungsbürokratie sehr begrenzte Abwehr-Kartell sozialökonomisch herrschender Gruppen war nicht stark genug, das erreichte Maß an Demokratisierung, an Parlamentarisierung sowie an bürgerlichen Freiheits- und Teilnahmerechten wieder abzubauen; entsprechende Programme — bis hin zu Staatsstreichplänen — hatten bis Kriegsbeginn, so scheint es, keine rechte Verwirklichungschance. Es war jedoch mächtig genug, weitergehende Emanzipationstendenzen — preußische Wahlrechtsreform, Stärkung des Parlaments in Reich und Einzelstaaten, Sozialpolitik, größere Anerkennung der Gewerkschaften usw. — abzublocken. Die Beschneidung des Handlungsspielraums der Regierung und eine mit der sozialökonomischen Modernisierung Deutschlands scharf kontrastierende sozio-politische Stagnation, nicht aber schon eine vorrevolutionäre Krisensituation, waren die Folge²⁸. Ob diese ohne Revolution und ohne Krieg hätte überwunden werden können, ist ein ungelöstes und schwer zu lösendes Problem. Wie veränderte sich das Verhältnis der beiden industriellen Klassen im Laufe und unter der Einwirkung des Krieges?

2. Verarmung und Not der Arbeiter

Die Größe und Zusammensetzung der deutschen Arbeiterschaft wandelten sich im Krieg erheblich. In Industriebetrieben mit 10 und mehr Beschäftigten (incl. Bergbau) arbeiteten ungefähr²⁹:

	1913 (in 1000)	1918 (in 1000)	Veränderung 1913—18 (in %)
Männer			
Erwachsene	5410	4046	—25
unter 16	384	421	+10
insgesamt	5794	4467	—23
Frauen			
Erwachsene	1406	2139	+52
unter 16	187	181	—3
insgesamt	1593	2320	+46
Männer und Frauen			
Erwachsene	6816	6185	—9
unter 16	571	602	+6
insgesamt	7387	6787	—8

Insgesamt nahm die Zahl der industriellen Arbeitskräfte während des Krieges also nur um ca. 8 % ab. Dieser Verlust trat, so scheint es, in den ersten beiden Kriegsjahren ein; zwischen 1916 und 1918 nahm die Gesamtzahl der industriellen Arbeitskräfte wahrscheinlich wieder leicht zu, weil erst jetzt die Zahl der industriellen Arbeiterinnen deutlich und schnell über den Vorkriegsstand stieg und eine weitere Reduktion der männlichen Industriearbeiter nicht erfolgte³⁰. Während bereits 1917 die Hälfte aller selbständigen Handwerker einberufen oder hilfsdienstverpflichtet und 1918 knapp 50 % aller deutschen Männer zwischen 15 und 60 Jahren eingezogen waren³¹, während die Zahl aller in den gewerblichen Berufsgenossenschaften versicherten Personen von 1913 bis 1918 immerhin um rund 30 % abnahm³², sank die Zahl der erwachsenen männlichen Industriearbeiter bis Kriegsende nur um ein Viertel des Vorkriegsstandes. Diese relative numerische Stabilität der männlichen Industriearbeiterschaft resultierte aus einer im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen niedrigen Einberufungsquote, aus Zurückstellungen und Beurlaubungen für die Arbeit in der Kriegsindustrie³³, aus der Einstellung von Personen, die bisher in weniger kriegswichtigen Bereichen außerhalb der Industrie (insbesondere in Handwerk und Handel) gearbeitet hatten und vor allem seit Ende 1916 umverteilt wurden, aus der Verwendung älterer, nicht mehr kriegstüchtiger Männer und aus dem Einsatz ausländischer Arbeiter und Kriegsgefangener³⁴. Die dennoch eintretende Reduktion der männlichen Industriearbeiterschaft wurde durch die sprunghafte Zunahme der weiblichen seit 1916 zum großen Teil wettgemacht. Der Frauenanteil in der Industrie (Betriebe über 10 Personen) betrug 1913 knapp

22%, 1918 gut 34%. Teilweise arbeiteten Ende des Krieges in den großen Rüstungsbetrieben mehr Frauen als Männer³⁵. Der Zuwachs an Jugendlichen fiel im Vergleich dazu wenig ins Gewicht.

Die Verteilung der Arbeitskräfte nach Industriezweigen änderte sich radikal. Maßstab der Veränderung war die Kriegswichtigkeit der hergestellten Güter. Teilt man sämtliche Industrien in drei Gruppen ein und faßt man als *Kriegsindustrien* die primär für Militärbedarf produzierenden Zweige Metallverarbeitung, Maschinenbau (einschließlich Elektroindustrie), Chemie-, Petroleum- und Ölindustrien, als *Friedensindustrien* die primär für zivilen Bedarf arbeitenden Nahrungsmittel-, Textil- und Vervielfältigungsindustrien und als *Zwischengruppe* den Bergbau, das Baugewerbe, Steine und Erden, die Holz-, Papier- und Lederindustrie, Reinigungsgewerbe sowie „sonstige Berufe“ zusammen, so ergab sich folgende Verschiebung der Arbeitskräfte³⁶.

	Beschäftigte (in 1000)		Veränderung 1913—18 (in %)
	1913	1918	
Kriegsindustrien	2116	3050	+44
Zwischengruppe	2970	2359	-21
Friedensindustrien	2301	1380	-40

Während sich die Zahl der in Friedensindustrien Beschäftigten fast halbierte, nahm die Beschäftigtenzahl in den Kriegsindustrien um fast die Hälfte zu. Ungleichgewichtige Aushebungen für den Militärdienst, Stilllegungen, rohstoff- und auftragsbedingte Einschränkungen und Umverteilungen nach dem Hilfsdienstgesetz³⁷ bewirkten diese tiefgehende Umstrukturierung, die sich ebenfalls weitestgehend in der zweiten Kriegshälfte vollzog³⁸. Die genannten Umschichtungen innerhalb der Arbeiterschaft hatten ein beispielloses Ausmaß an Fluktuation, Wanderungen und Belegschafts-Unstetigkeit zur Folge. Mitte 1917 meldete das auf Rüstungsindustrie umgestellte Autowerk von Siemens-Schuckert: „Seit Kriegsbeginn hat sich unsere Belegschaft achtmal erneuert.“³⁹ Zwei Großeisenwerke im Düsseldorfer Raum verzeichneten während des Krieges (bis 1. 10. 1918) einen Gesamtabgang, der vier- bis fünfmal so hoch war wie ihre durchschnittliche Arbeiterzahl. *Im rechnerischen Durchschnitt* blieb also jeder Arbeiter dieser Werke knapp ein Jahr an seinem Arbeitsplatz⁴⁰.

Diese Umschichtungen implizierten weiterhin, daß am Ende des Krieges ein größerer Anteil der anfallenden Arbeiten als vor dem Krieg durch schnell angelernte Arbeitskräfte (bisher berufslose Frauen und Jugendliche, Erwerbstätige aus anderen Industriezweigen und Wirtschaftsbereichen) geleistet wurde⁴¹. Traditionelle berufliche Unterschiede innerhalb der Arbeiterschaft wurden damit weiter abgeschliffen. Der Anteil gering qualifizierter Arbeitskräfte stieg stark an während des Krieges.

Die Nominalverdienste der Arbeiter verdoppelten bis verdreifachten sich — grob gesprochen — im Laufe des Krieges. Doch verlief die Entwicklung in

den verschiedenen Industriezweigen äußerst verschieden — je nach der Kriegswichtigkeit und dem Personalbedarf des jeweiligen Sektors. Das Statistische Reichsamt verfolgte die Verdienstenwicklung in 370 Unternehmen und kam zu folgenden repräsentativen Ergebnissen, die durch andere Untersuchungen (auf regionaler und städtischer Ebene zumeist) gestützt wurden⁴².

Durchschnittliche Jahresverdienste in 370 Unternehmen 1914—18
(März 1914 = 100), (Nominalverdienste)

Industrie	1914		1915		1916		1917		1918	
	März	Sept.	März	Sept.	März	Sept.	März	Sept.	März	Sept.
Männliche Arbeiter										
Metallverarbeitung	100	102	114	125	135	145	178	213	217	234
Maschinenbau	100	98	120	132	139	149	173	202	243	245
Chemie	100	96	104	118	125	134	157	194	203	232
Elektroindustrie	100	89	110	117	127	165	205	242	267	298
<i>4 Kriegerindustrien</i>	100,0	96,2	112,0	123,0	131,5	148,2	178,2	212,8	232,5	252,2
Steine u. Erden	100	85	88	100	106	116	132	151	166	188
Holzindustrie	100	102	108	109	123	133	147	185	184	236
Leder u. Gummi	100	98	97	114	115	126	144	154	162	173
Papier	100	106	114	124	129	141	160	188	210	240
<i>Zwischengruppe</i>	100,0	97,8	101,8	111,8	118,2	129,0	145,8	169,5	180,5	209,2
Nahrungsmittel	100	102	104	105	103	108	114	132	137	150
Textilindustrie	100	88	101	111	110	115	122	142	159	178
Bekleidung	100	72	94	98	106	97	130	155	180	216
Graph. Gewerbe	100	92	104	111	116	118	142	140	148	179
<i>4 Friedensindustrien</i>	100,0	88,5	100,8	106,2	108,8	109,5	127,0	142,2	156,0	180,8
<i>Durchschnitt insgesamt</i>	100,0	94,2	104,8	113,7	119,5	128,9	150,3	174,8	189,7	214,1

Industrie	1914		1915		1916		1917		1918	
	März	Sept.	März	Sept.	März	Sept.	März	Sept.	März	Sept.
Weibliche Arbeiter										
Metallverarbeitung	100	81	108	147	169	200	228	277	287	324
Maschinenbau	100	86	126	140	159	170	189	214	264	275
Chemie	100	81	100	111	131	150	174	221	239	280
Elektroindustrie	100	76	109	124	142	175	191	225	239	267
4 Kriegin dustrien	100,0	81,0	110,8	130,5	150,2	173,8	195,5	234,2	257,2	286,5
Steine u. Erden	100	89	97	112	117	131	154	172	186	232
Holzindustrie	100	89	116	98	111	130	159	191	219	274
Leder u. Gummi	100	84	88	98	108	113	134	147	148	171
Papier	100	104	107	118	123	133	170	190	213	250
Zwischengruppe	100,0	91,5	102,0	106,5	114,8	126,8	154,2	175,0	191,5	231,8
Nahrungsmittel	100	90	100	110	114	138	135	177	192	202
Textilindustrie	100	89	97	101	105	101	112	144	170	187
Bekleidung	100	67	95	80	100	95	125	156	175	219
Graph. Gewerbe	100	90	89	103	110	114	126	147	167	199
4 Friedensindustrien	100,0	84,0	95,2	98,5	107,2	112,0	124,5	156,0	176,0	201,8
Durchschnitt insgesamt	100,0	85,5	102,7	111,8	124,1	137,5	158,1	188,4	208,2	240,0

Von März 1914 bis September 1918 betragen demnach die durchschnittlichen Zunahmen der Jahresverdienste in den ausgewählten 370 Unternehmen ⁴³:

	Männer	Frauen
Kriegin dustrien	+ 152 %	+ 186 %
Zwischengruppe	+ 109 %	+ 132 %
Friedensindustrien	+ 81 %	+ 102 %

Der auffallende Vorsprung der Verdienste in den kriegswichtigen Industrien (durchweg Produktionsgüterindustrien) verweist auf die kriegsspezifischen Verzerrungen der Nachfrage- und Verteilungssituation. Am schlechtesten fuhren die Männer in der Nahrungsmittelherstellung (+ 50 %), am besten die Frauen in der metallverarbeitenden (+ 324 %) und die Männer in der Elektroindustrie (+ 298 %). Von Kriegsbeginn bis 1916/17 nahmen die Verdienstunterschiede zwischen den Industriezweigen bedeutend zu. Diese Entwicklung stand im Gegensatz zum Nachkriegstrend und begann sich schon im letzten Kriegsjahr umzudrehen, wohl weil aus sozialen und politischen Gründen auch den schlecht verdienenden Arbeitern Aufstockungen gewährt werden mußten und die Arbeitskräfteknappheit nun auch verstärkt die Friedensindustrien traf⁴⁴. Nimmt man einzelne Arbeiterkategorien heraus und bezieht man die nach Nominalverdiensten wie nach Lebenshaltungskosten im Krieg auch eher steigende regionale

Differenzierung mit ein, so werden die Unterschiede noch größer. Während der hochspezialisierte Einrichter in einem Berliner Rüstungsbetrieb besser als vor dem Krieg, vielleicht 25 Mark pro Tag (oder 7500 Mark im Jahr) verdienen konnte, erhielt der Hilfsarbeiter in einer kleinstädtischen Weberei vielleicht nur 3,50 Mark pro Tag oder 1200—1300 Mark pro Jahr, d. h. den sechsten Teil davon⁴⁶.

Andererseits trat in mehreren Hinsichten eine Homogenisierung der Arbeiterverdienste ein. Die durchschnittlichen Verdienstdifferentiale zwischen Gelehrten und Ungelernten nahmen zumeist ab, mit Ausnahme einiger besonders knapper Facharbeiterkategorien in der Rüstungsproduktion (wie Werkzeugmacher), die besonders stark hinzugewannen. In Richtung solcher Nivellierung wirkten: eine gewisse Tendenz zum Soziallohn, nämlich die weit hinter den Lebenshaltungskosten zurückbleibenden niedrigen Löhne nicht zu sehr unter das Existenzminimum absinken zu lassen und auch nach Bedürftigkeit (nicht nur nach Marktgesichtspunkten) zu bestimmen; die Zahlung von pauschalen, nicht prozentual mit dem Normalverdienst gekoppelten Zuschlägen; wohl auch die Tendenz zur „dilution“ aufgrund des massierten Eindringens schnell anzulernender Arbeitskräfte; vielleicht auch die stärkere Verwendung von Maschinen und Massenfertigungsmethoden, deren Einführung in Deutschland sehr im Unterschied zu England in der Regel nicht auf den Widerstand der Facharbeiter traf⁴⁶. In der Regel nahmen auch die Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen in der zweiten Kriegshälfte ab, als auch weibliche Arbeitskräfte knapp wurden und zudem viele Frauen in qualifiziertere, höher gewertete, früher Männern vorbehaltene Tätigkeiten einrückten. Auch die Verdienste jugendlicher und erwachsener Arbeitskräfte glichen sich im Krieg etwas mehr aneinander an⁴⁷.

Die kriegsbedingte Vernichtung von Gütern und die große Knappheit der Waren, die Finanzierung des Krieges vornehmlich mit Hilfe der Notenpresse, die zumeist generöse Preispolitik der abnehmenden Militär- und Regierungsstellen, die Unfähigkeit zu bzw. der Verzicht auf durchgreifende Kaufkraftabschöpfung, der negative Stand der Handelsbilanz und andere Gründe mehr führten zu einer zunächst leichten, ab 1916 rasch beschleunigten Geldentwertung⁴⁸, die nach verschiedenen Berechnungsmethoden verschieden hoch eingeschätzt wird. Die folgende Tabelle nennt Jahresdurchschnittswerte (1913 = 100)⁴⁹:

Auf der Basis des vorzuziehenden Lebenshaltungsindex in Spalte (4) und der oben wiedergegebenen nominalen Jahresverdienste in 370 ausgewählten Unternehmen gerechnet, fiel der reale Jahresverdienst des durchschnittlichen männlichen Arbeiters 1914—1918 in Kriegsindustrien um fast 23 %, in Friedensindustrien um gut 44 % und in der Zwischengruppe um knapp 36 %. Die Verlustmargen bei den Frauen waren etwas geringer: 12 % in Kriegsindustrien, 39 % in Friedensindustrien und 29 % in der Zwischengruppe. Selbst auf der Basis des weniger zuverlässigen und vollständigen, die Preissteigerungen des Krieges wahrscheinlich etwas unterschätzenden Quante-Index⁴⁹ würden sämtliche

Jahr	(1) Dollarkurs	(2) Nahrungs- mittelindex (Calwer)	(3) Großhandels- preise	(4) Lebenshaltungsindex (Statistisches Reichs- amt/G. Bry)
1913	100	100	100	100
1914	102	101	105	103
1915	116	143	142	129
1916	132	198	152	170
1917	157	213	179	253
1918	143	229	217	313
1919	470	326	415	415
1920	1500	953	1486	1020

durchschnittliche männliche Nominalverdienste außer in der Elektroindustrie und die weiblichen Nominalverdienste außer in den Kriegsindustrien und der Holzindustrie hinter den steigenden Lebenshaltungskosten zurückbleiben. Die von Zeitgenossen angesichts der auffälligen, aber wenig zahlreichen Großverdiener unter den Rüstungsarbeitern kolportierte und auch in historischen Darstellungen anzutreffende Meinung, die Arbeiter hätten durch den Krieg „beträchtliche materielle Vorteile“ erreicht⁵⁰, läßt sich mithin nicht halten⁵¹. Vielmehr kehrte sich für die ganz überwiegende Mehrzahl der Lohnarbeiter (wenn auch nicht für alle) die Vorkriegstendenz des langsam steigenen Realverdienstes im Krieg plötzlich und merkbar um. Dieser Verarmungsprozeß der Arbeiterschaft setzte sich in der Nachkriegsinflation fort und wurde erst nach 1923 wieder gutgemacht.

Die deutschen Arbeiter erlitten übrigens im Krieg einen tieferen Niedergang ihrer realen Verdienste als ihre britischen Kollegen (deren realer Durchschnittsverdienst allerdings wahrscheinlich schon vor 1914 stagniert hatte). In Deutschland stieg 1914—1918 sowohl der Lebenshaltungsindex wie der durchschnittliche Nominallohn höher als im zeitgenössischen Großbritannien (oder gar als in den USA), und das Verhältnis zwischen beiden war in den angelsächsischen Ländern weniger ungünstig für die Arbeiter als im Reich⁵². Diese Eigenart der deutschen Entwicklung verweist vor allem auf die besonderen Schwierigkeiten des Reiches, das als importabhängiges Land durch die Blockade in eine „belagerte Festung“ verwandelt wurde und unter der kriegsbedingten Knappheits-situation besonders hart und mehr als seine Feinde litt; in geringerem Maße auf eine Kriegsfinanzierungspolitik, die es noch mehr als Großbritannien vermied, den Krieg mit Hilfe von Steuern statt mit Hilfe inflationstreibender Geldschöpfungen zu finanzieren⁵³, vielleicht auch auf eine relative Schwäche der Arbeitervertretungen gegenüber Unternehmerinteressen und einen relativen Mangel an staatlicher Kontrolle und Organisation der Wirtschaft. Darauf bleibt zurückzukommen.

Im einzelnen zeigt sich folgendes Bild⁴⁴:

Durchschnittliche Arbeiter-Jahresverdienste in 370 Unternehmen 1914—1918
(März 1914 = 100) (Realverdienste)

	1914		1915		1916		1917		1918	
	März	Sept.	März	Sept.	März	Sept.	März	Sept.	März	Sept.
Männliche Arbeiter										
Kriegsindustrien	100	90,8	91,8	89,8	88,9	78,4	76,2	78,8	77,8	77,4
Zwischengruppe	100	92,3	83,4	81,6	79,9	68,3	62,3	62,8	60,4	64,2
Friedensindustrien	100	83,5	82,6	77,5	73,5	57,9	54,3	52,7	52,2	55,5
Durchschnitt insgesamt	100	88,9	85,9	83,0	80,8	68,2	64,3	64,8	63,4	65,7
Weibliche Arbeiter										
Kriegsindustrien	100	76,4	90,8	95,3	101,5	92,0	83,5	86,7	86,0	87,9
Zwischengruppe	100	86,3	83,6	77,7	77,6	67,1	65,9	64,8	64,0	71,1
Friedensindustrien	100	79,2	78,0	71,9	72,4	59,3	53,2	57,8	58,9	61,9
Durchschnitt insgesamt	100	80,6	84,1	81,6	83,8	72,8	67,5	69,8	69,6	73,6

Daraus geht hervor, daß die realen Verdienste während des Kriegsstoßes 1914 (der ökonomischen Anpassungskrise zu Kriegsbeginn mit ihrer hohen vorübergehenden Arbeitslosigkeit und ihren absinkenden Nominallohnen)⁵⁵ um 10—20 % fielen; daß in der zweiten Phase bis etwa Mitte 1916 sowohl Preise wie Nominallöhne nur langsam stiegen, die Realverdienste nur wenig nachließen; daß die dritte Phase von Mitte 1916 bis Frühjahr 1917 einen scharfen Anstieg der Preise brachte und die Nominalverdienste trotz ihrer ebenfalls beschleunigten Steigerung hinter ihnen zurückblieben; und daß schließlich in einer vierten Phase von Frühjahr 1917 bis Kriegsende die Löhne mit den weiterhin schnell steigenden Preisen mithielten, kein weiterer Reallohnverlust mehr eintrat und im Gegenteil ein leichtes Aufholen möglich wurde.

Die Aussagekraft solcher Zahlen ist jedoch beschränkt, auch wenn man die statistische Grundlage für ausreichend hält und die Berechnungsmethoden akzeptiert. Denn zum einen verschärfte sich der absolute Nahrungsmittel- und Konsumwarenmangel und führte seit Februar 1915 (Beginn mit Brot- und Mehlkarte) zur Rationierung aller wichtigen Lebensmittel. Darin unterschied sich das durch die englische Blockade ziemlich abgeriegelte, seit Jahrzehnten auf land-

wirtschaftlichen Import angewiesene⁶⁶, seine Ressourcen soweit wie möglich und auf Kosten der Konsumgüterproduktion auf Kriegführung und Kriegproduktion konzentrierende Deutschland deutlich von England und USA. Der Mangel erreichte ein solches Ausmaß, daß selbst leicht ansteigende Reallöhne im letzten Kriegsjahr wenig reale Besserung brachten. In leeren Läden konnte man zuletzt eben auch mit mehr Geld nicht viel kaufen. Nur sehr hohe Summen (im Schleichhandel, durch den gegen Ende des Krieges ca. ein Drittel des zivilen Nahrungsmittelkonsums verteilt worden sein soll⁶⁷), gute Beziehungen und zunehmend auch Tausch- und Wertgegenstände, in die man besonders beim „Hamstern“ aus dem Geld flüchtete, konnten da noch helfen. In dem Maß, in dem die Versorgung tatsächlich über Schleichhandel und Naturaltausch erfolgte, entfernen sich die Angaben über Lebenshaltungskosten und Reallöhne von der Wirklichkeit⁶⁸.

In dieser Situation wurde — und dies ist eine zweite Einschränkung der Aussagekraft der Reallohnzahlen — die direkte Versorgung mit kostenlosen, verbilligten oder jedenfalls zugänglichen Nahrungsmitteln, die große Rüstungsfabriken spätestens seit Mitte 1916 ihren Belegschaften (oder Teilen davon) boten, ein wichtiger Faktor im Lebensstandard der davon profitierenden Arbeiterminderheit⁶⁹. — Schließlich ist zu bedenken, daß die Reallohnentwicklung sich auf die Arbeiter und ihre Familien sehr verschieden auswirkte, je nachdem wieviele Familienmitglieder mitverdienen konnten. Wenn schon vor dem Krieg die Verdienste der Frau und der Kinder im Durchschnitt 6—10 % der Einnahmen einer Arbeiterfamilie ausmachten⁶⁹, so stieg dieser Anteil angesichts zunehmender Frauen- und Kinderarbeit im Krieg gewiß. Dem für die Kaufkraft entscheidenden Familienverdienst nach unterschied sich aber die der Einberufung entgangene Facharbeiterfamilie mit mitarbeitender Frau und heranwachsenden, z. T. ebenfalls mitverdienenden Kindern ganz erheblich von der Restfamilie, deren Vater einberufen war und deren Mutter von den geringen öffentlichen Unterstützungen weder sich noch ihre kleinen Kinder durchbringen konnte, also schlecht bezahlte Teilzeit- und Hilfstätigkeit auf Kosten der Kinderversorgung annehmen mußte⁶¹.

Für die große Mehrheit der Arbeiterschaft wuchs jedenfalls die Not. Die dem einzelnen offiziell zustehenden, i. d. R. nur unvollkommen durch Schleichhandel ergänzten Lebensmittelrationen deckten 1918 nur noch 57—70 % des tatsächlichen Kalorienbedarfs bei leichter, 47—54 % bei mittelschwerer Arbeit. Das Gewicht der offiziellen Lebensmittelrationen betrug in Prozent des Gewichts des Friedensverbrauchs⁶²:

	1916/17	1917/18	1. 7.—28. 12. 1918
Fleisch	31,2	19,8	11,8
Eier	18,3	12,5	13,3
Schmalz	13,9	10,5	6,7
Butter	22	21,3	28,1
Zucker	48,5	55,7—66,7	82,1
Kartoffeln	70,8	94,2	94,3
Pflanzliche Fette	39	40,5	16,6

Unterernährung und Mangelkrankheiten nahmen zu⁶³. Im August 1918 klagte der „Zentralverband der Dachdecker Deutschlands“ in einer ans Reichsamt des Innern gerichteten Petition: „Es geht so nicht weiter. Unsere Kollegen gehen körperlich zugrunde. Seit zwei Jahren steigen die Preise für Gebrauchsgegenstände in geradezu unverschämter Weise. Waren, die in Deutschland hergestellt werden, sind um 3—400 % und mehr teurer geworden. Um ein Paar Arbeitshosen zu kaufen, die früher mit 4—5 Mk. bezahlt wurden, dazu gehört jetzt ein Wochenlohn. Wir haben in 4 Jahren 50 % an Lohnerhöhungen bekommen. Daran ist jedoch nicht der Krieg, sondern die Gier nach Kriegsgewinn schuld! Trotz 50prozentiger Lohnerhöhung müssen unsere Kollegen darben. Es reicht nicht für die Schleichhandelspreise, von den rationierten Waren werden sie nicht satt. Sie haben nichts mehr anzuziehen. Jede Woche wird das schlimmer. Verschiedene Artikel sind heut um das 20fache im Preis gestiegen, der Lohn nur um die Hälfte. Wir können nicht mehr mit, wir sind am Ende . . . Unsere Schränke, unsere Kästen sind leer, unsere Ersparnisse liegen in den Geldschränken der Wucherer. Unsere Kinder darben, es fehlt am Nötigsten. Das andere verkommt, weil nicht mehr gereinigt werden kann . . . es geht einfach über unsere Kraft . . .“⁶⁴

Abgesehen von einer Spitzengruppe von Rüstungsarbeitern ergab sich eine Nivellierung des Lebensstandards der Arbeiter nach unten. Sie erreichte und unterschritt angesichts der zunehmenden Knappheit an Lebensmitteln, Kleidern, Kohlen und — in den sich auffüllenden industriellen Ballungsgebieten — Wohnungen, oft das Existenzminimum⁶⁵. Nachdem die große Arbeitslosigkeit bei Kriegsbeginn (2,9 % im Juli, 22,4 % im August 1914) im Frühjahr 1915 abgeklungen war⁶⁶, wurde entgegen der Entwicklung bis 1914 die durchschnittliche Arbeitszeit verlängert, bis im Sommer 1918 Proteste eine erneute Reduktion erzwangen; die Zahl der Arbeitsunfälle und Erkrankungen der Arbeiter nahm bedeutend zu⁶⁷. Gleich zu Anfang des Krieges wurden einige sozialpolitische Schutzgesetze (z. B. Begrenzungen von Überstunden und Nacharbeit) außer Kraft gesetzt⁶⁸. Die Versetzung großer Teile der Arbeiterschaft in andersartige Industriezweige und andere Wohngebiete führte für viele zu großen Umstellungsschwierigkeiten im Arbeits- und Lebensbereich. Ein Werkzeugschleifer berichtet aus einem Berliner Rüstungsbetrieb 1917: „Die Arbeitsverhältnisse waren so, wie sie im Frühkapitalismus gewesen sein mögen. Immer war ‚etwas los‘. Besonders in den Nachtschichten. Keine Nacht ohne Zusammenbruch einer

oder mehrerer Frauen an den Maschinen, infolge Erschöpfung, Hunger, Krankheit. Stundenlang standen Maschinenreihen still, weil Transmissionsriemen gerissen waren, mal fehlte Material, dann fehlte Werkzeug. An manchen Tagen im Winter wurde nicht geheizt, die Arbeiter standen in Gruppen herum, sie konnten und wollten nicht arbeiten. In der Kantine gab es zwölfmal in der Woche, mittags und mittenachts, Kohlrüben; manchmal mit, meistens ohne Kartoffeln. In der Kantine kam es fast täglich zu Schreianfällen von Frauen, manchmal auch zu deprimierenden Schlägereien untereinander, weil angeblich ‚die Kelle nicht gefüllt‘ war.“⁶⁹

Die Knappheit an Lebensmitteln und Arbeitskräften, die Anforderungen eines Krieges, der sämtliche ökonomischen und menschlichen Reserven zu mobilisieren suchte und zunehmend von der Wirtschaftskraft der kämpfenden Staaten entschieden wurde, sowie bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen schufen für die Arbeiterklasse eine Knappheits-, Verelendungs- und Ausbeutungssituation, wie sie seit Beginn der Industrialisierung nicht mehr existiert hatte⁷⁰.

3. Veränderungen in der sozialökonomischen Situation der Unternehmer in der Kriegswirtschaft

Will man die kriegsbedingten Veränderungen in der sozio-ökonomischen Situation der industriellen Unternehmer abschätzen, so ist davon auszugehen, daß der Krieg gesamtwirtschaftlich einen Verarmungsprozeß darstellte, der auch diese Gruppe stark in Mitleidenschaft zog. Trotz aller Anreize und Hilfestellungen seitens des Staates ging insgesamt die industrielle Produktion in Krieg und Revolution nach den Schätzungen Wagenführs um gut 40 % zurück, mit großen Unterschieden von Industrie zu Industrie⁷¹.

Produktion wichtiger Industriezweige (1913 = 100)

	1913	1914	1915	1916	1917	1918
NE-Metalle	100	89	72	113	155	234
Bergbau	100	84	78	86	90	83
Eisen u. Stahl	100	78	68	61	83	53
Handelsschiffe	100	73	65	75	61	42
Baustoffe	100	88	69	59	58	35
Textilien	100	87	65	27	22	17
Wohnungen	100	68	30	10	4	4

Zunächst war es die scharfe Anpassungskrise zu Beginn, die die ohnehin seit 1913 bemerkbare Rezession intensivierte und damit den Produktionsrückgang beschleunigte. Wahrscheinlich seit Mitte 1915, auf jeden Fall in den Jahren 1916 und 1917, wohl auch noch in der ersten Hälfte 1918 trat eine weitgehende Sta-

bilisierung der Gesamtproduktion ein — bei gleichzeitiger Erhöhung in kriegswichtigen und Senkung in nicht-kriegswichtigen Sparten. Niederlage, Zusammenbruch und Revolution bedeuteten dann einen scharfen Niedergang.

Dieser Produktionsverlust war vor allem auf die gezeigte Arbeiterknappheit, den blockadebedingten Rohstoff- und Brennstoffmangel⁷² und die spätestens 1917/18 abnehmende Arbeitsproduktivität zurückzuführen⁷³. Diese wiederum resultierte aus den erwähnten kriegsbedingten Veränderungen in der Arbeiterschaft, in der Frauen, Jugendliche, schnell Angelernte und Ungelernte einen steigenden Prozentsatz ausmachten, in der die Leistungskraft aufgrund von Unterernährung und Überlastung abnahm und wohl auch der innere Widerstand gegen Sinn und Ziel dieser Anstrengungen wuchs; sie resultierte aber auch aus der Abnutzung der Produktionsmittel, die angesichts des Produktionsdrucks und Rohstoffmangels nicht hinreichend gepflegt, restauriert und ersetzt werden konnten, die z. T. unter unsachgemäßer Bedienung und unter der Verwendung von Ersatzrohstoffen (auch Ersatzschmiermitteln) litten⁷⁴. Die Abnutzung des überbeanspruchten Produktionsapparates und die bereits vor 1914 sich abzeichnende, jetzt aber scharf beschleunigte Verschiebung des Schwergewichts der Industrieproduktion in nicht zentral am Krieg beteiligte Länder, insbesondere außerhalb Europas⁷⁵, gehörten zu den langfristig wirkenden Nachteilen, die auch die industriellen Unternehmer als Folge des Krieges trafen.

Solchen Positionsverlusten standen jedoch Positionsgewinne der industriellen Unternehmer gegenüber, die im Vergleich mit den anderen Bevölkerungsgruppen in den Vordergrund treten und in sozialgeschichtlicher Hinsicht schwerer wiegen als die Einbußen.

Bekanntlich beeinflussten und organisierten im Krieg militärische Instanzen und zivile Behörden den bis dahin primär privatkapitalistisch strukturierten Produktions- und Verteilungsprozeß in einem aus Friedenszeiten unbekanntem, jedoch keineswegs vollkommenem Ausmaß, mit dem Zweck, unter den extremen Bedingungen eines zunehmend von der Wirtschaftskraft der kämpfenden Nationen entschiedenen Krieges, die Chancen des Reichs auf Sieg, Expansion und schließlich Selbsterhaltung optimal zu steigern. Als wichtigster Abnehmer einer zunehmend auf Kriegsbedarf sich umstellenden Produktion, immer stärker auch als Unternehmer und Mit-Unternehmer, mit Hilfe der Mittel traditioneller, aber erweiterter Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie in seiner Rolle als Gesetzgeber und Administrator suspendierte der Staat *partiell* die bisher vorherrschenden privatwirtschaftlichen Marktmechanismen, und zwar in einem immer größeren Ausmaß und mit einer sukzessive ansteigenden Intensität. Zwar geriet die gewerbliche Produktion nicht ganz so stark unter die öffentliche Kontrolle wie der Handel und die landwirtschaftliche Erzeugung. Doch vor allem über die als Ausgangspunkt dienende, sich schnell ausweitende und bald fast totale öffentliche Rohstoffbewirtschaftung, über die Verteilung von Aufträgen, über die Beeinflussung des Arbeitsmarktes durch Einberufungen, Rückstellungen, sozial- und lohnpolitische Eingriffe wie durch direkte Umverteilung von Arbeitskräften nach dem Hilfsdienstgesetz vom Dezember 1916, endlich auch über

Investitionshilfen und -verbote, Neugründungen und Stilllegungen übten staatliche Organe tiefgreifende Einflüsse auf Industrie und Gewerbe aus, deren Vertreter umgekehrt eben dadurch neue Anreize und Möglichkeiten erhielten, auf die intervenierenden staatlichen Behörden ihrerseits einzuwirken⁷⁶. Diese Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft durch den Staat hatte zugleich die Funktion, bei einzelnen Behörden, Beamten und bei vielen Interessenten auch den Nebenzweck, ökonomische und soziale Chancen und Macht umzuverteilen bzw. zu sichern. Als Förderung der nationalen Kriegswirtschaft *und* als Vorteil für einzelne Unternehmergruppen wirkte sich z. B. die Verwendung öffentlicher Gelder in Form von vorteilhaften Krediten und Subsidien sowie staatlicher Beteiligungen an Privatunternehmen in kriegsnotwendigen Industrien aus, besonders bei der schnellen Entwicklung neuer Zweige (Flugzeug-, Aluminium- und Stickstoffherstellung etwa), bei Umstellungen existierender Unternehmen auf Rüstungsproduktion und in anderen Fällen, in denen den Privatunternehmern die Marktchancen für eigene Investitionen zu gering erschienen. Die öffentliche Hand übernahm in diesen Fällen weitgehend das Risiko, während den Privatunternehmern der Profit verblieb⁷⁷. Während die tatsächliche Produktion absank, wurden einige Produktionskapazitäten mit öffentlichem Geld erweitert und somit ein Wachstum vorangetrieben⁷⁸, das allerdings kriegsbedingte Verzerrungen aufwies.

Auch in anderer Hinsicht kamen Erfordernisse einer möglichst effektiven Kriegswirtschaft den Unternehmern, bzw. einzelnen Unternehmergruppen zugute. Als Hauptkunde der industriellen Unternehmen und aufgrund seines Interesses an einer möglichst kriegsrationalen Verteilung der knappen Produktionsfaktoren, förderte, stärkte, verlangte und ggf. erzwang der Staat die Selbstorganisation der Produzenten unter seiner Aufsicht. Den staatlichen Behörden ging es dabei darum, in jeder Branche möglichst nur einem Verhandlungspartner gegenüberzustehen, dem Rohstoffe, Aufträge und Auflagen übergeben, mit dem Preise und Bedingungen ausgehandelt und dem die weitere Verteilung von Aufträgen, Materialien und teilweise auch Arbeitskräften, schließlich auch bestimmte Aufsichts- und Vollzugsfunktionen (Bestandsaufnahmen, Beschlagnahmen, Mitentscheidung über Stilllegungen, Verhinderung von Preiskonkurrenz, Exportüberwachung, etc.) überlassen werden konnten. Die allmählich entstehenden, jeweils auf eine Branche spezialisierten 200 „Kriegsgesellschaften“ und „Kriegsausschüsse“ mit (1918) 33 000 Angestellten⁷⁹, dienten diesen Zwecken vor allem. Mit öffentlichen und privaten Geldern oft als AG oder GmbH gegründet und ohne selbst Profite über eine bestimmte Kapitalverzinsung hinaus erwirtschaften zu dürfen, konnte sich ihnen jedes Unternehmen der Branche anschließen — und tat es besser, wenn es mit Aufträgen, Produktionsfaktoren und Informationen bedacht sein wollte. Solche Selbstverwaltungsorganisationen — etwa die „Kriegs-Metall-AG“ oder der „Kriegsausschuß für Baumwollindustrie“ — nahmen, in stark wechselnder Form, Aufgaben wahr, die teilweise im Krieg neu entstanden, zum großen Teil aber vorher den einzelnen Unternehmen überlassen gewesen waren. Zur effektiven Wahrnehmung

dieser Aufgaben übertrug ihnen der Staat ein Stück öffentlicher Herrschaftsgewalt. Umgekehrt unterstanden sie behördlicher Aufsicht in sehr verschiedenen Formen und in wechselnder, während des Krieges zunehmender⁸⁰ staatlicher Kontrolle und Beeinflussung. Die enge finanzielle, personelle, funktionale und räumliche Verzahnung der industriellen Selbstverwaltungsorganisationen mit ihren jeweils zugeordneten Bewirtschaftungs- und Zuweisungsbehörden — mit Sektionen der Kriegs-Rohstoff-Abteilung oder der Reichswirtschaftsstelle für Baumwolle z. B. — macht es schwer, die Einfluß- und Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Unternehmen und Behörden, zwischen dem Syndikus oder Industriellen und dem Beamten zu erfassen⁸¹. Darauf bleibt zurückzukommen. Auf jeden Fall ersetzte der Willensbildungsprozeß innerhalb bürokratisch organisierter Organisationen, d. h. die Verhandlungen und Kompromisse zwischen den verschiedenen Unternehmensleitungen einerseits, zwischen ihnen und den staatlichen Vertretern andererseits, die Regulierungsfunktion des kapitalistischen Marktes in einem bisher nicht vorhandenen Ausmaß. Konkurrenz und Risiko wurden den Unternehmern somit weitgehend abgenommen, die Gewinne verblieben ihnen⁸².

Die Tendenzen zur Beschränkung der Konkurrenz, die sich vor 1914 in der Zunahme von vielfältigen Absprachen, Verbänden, Kartellen und Verflechtungen gezeigt hatten, wurden also im Krieg außerordentlich beschleunigt; dies führte nicht nur zur Gründung der skizzierten Kriegsgesellschaften und -ausschüsse, die ja nach dem Krieg wieder verschwanden, sondern auch zu einer langfristigen Stärkung von Fachverbänden und zur Zunahme von Kartellen und Syndikaten. Diese wurden mit erweiterten Funktionen und staatlichen Garantien in das System der Kriegswirtschaft eingebaut, z. T. in der Funktion von Kriegsgesellschaften, z. T. als deren Untergliederungen, und häufig überlebte ihr Funktionszuwachs den Krieg. 1922 hatte sich die Zahl der Kartelle mit 1500 gegenüber 1906 mehr als verdreifacht. Allein in der maschinenverarbeitenden Industrie gab es jetzt 150 Fachverbände statt 25 wie vor dem Krieg. Die Zahl der Mitglieder im Verein deutscher Werkzeugmaschinenfabriken wuchs von 89 (1914) auf 200 (1916), 299 (1918) und 395 (1921), während die Funktionen dieses Verbandes sich kartellartig ausweiteten. In anderen Industrien war die Zentralisation bestehender lokaler Fachverbände und Syndikate eine nachwirkende Folge des Krieges⁸³.

Während in solchen Hinsichten neu auftretende Kriegseinflüsse Vorkriegstendenzen langfristig nachwirkend beschleunigten, war die intensive und fördernde Kontrolle der wirtschaftlichen Zusammenschlußtendenzen durch den Staat, der die Gründung von Kartellen und Syndikaten in bis dahin nicht durchorganisierten Industrien manchmal geradezu erzwang (so in der Seifen- und Schuhindustrie) und der die Auflösung bestehender Kartelle und Syndikate gegen Unternehmerwiderstand verhinderte (z. B. in den Bereichen Pottasche, Kohle und Stahl), ein vor 1914 noch kaum in Erscheinung getretenes Phänomen, das auch nach Kriegsende wieder nachließ und auf das zurückzukommen ist.

Wenn die Lohnentwicklung bis zu einem gewissen Grade über das Schicksal des Arbeiters im Krieg Auskunft geben kann, dann steht Ähnliches in bezug auf die Unternehmer von den Gewinnen zu erwarten. Obwohl die Diskussion der Kriegsgewinne schon im ersten Kriegsjahr einsetzte und sich seitdem durch die Literatur zieht, muß man auch heute noch die Frage nach den wirklichen Gewinnen als unlösbar bezeichnen⁸⁴. Dies liegt daran, daß es den Unternehmen im Krieg gelang, alle Versuche staatlicher Stellen, die unternehmensinternen Kalkulationen offenzulegen und die Preisfestsetzung zu kontrollieren, zu vereiteln⁸⁵ und daran, daß die Kapitalgesellschaften angesichts einer zunehmend kritischen Öffentlichkeit und angesichts spät einsetzender, geringer, aber zunehmender Kriegsgewinnbesteuerung ihre Gewinne noch stärker verschleierten als zuvor⁸⁶. Die ausgewiesenen Gewinne sind deshalb nur als Minimalgrenze der wirklichen Gewinne zu verstehen. Sie blieben ebenso wie die Dividenden weit hinter der Verdreifachung der Lebenshaltungspreise und auch hinter der Verdoppelung der Großhandelspreise zurück. Gemäß den von den Unternehmen veröffentlichten Zahlen veränderten sich Reingewinne und Dividenden der deutschen Aktiengesellschaften folgendermaßen⁸⁷:

Erträge und Dividenden deutscher Aktiengesellschaften

Jahr	Zahl der Aktiengesellschaften	Zahl der AGs mit ausgewiesenen Nettoerträgen	Nettoerträge insgesamt in Mill. Mark	Nettoerträge in % des gesamten Aktienkapitals	Dividenden in % des gesamten Aktienkapitals
1911—1912	4712	3936	1470	10,1	8,4
1912—1913	4773	3979	1656	10,9	8,7
1913—1914	4798	3944	1575	10,0	8,1
1914—1915	4748	3600	1230	7,9	6,6
1915—1916	4761	3686	1748	11,0	8,1
1916—1917	4710	3858	2049	13,0	9,3
1917—1918	4723	4081	2213	13,7	10,1
1918—1919	4553	3822	1425	8,7	8,1

Zu genaueren Ergebnissen gelangt eine Aufstellung der Frankfurter Zeitung für die ersten beiden Kriegsjahre, die die Abschreibungen, Rückstellungen, Reingewinne und Dividenden (einschließlich Superdividenden und anderer Zahlungen an die Anteilhaber) eines ausgewählten Querschnitts deutscher Aktiengesellschaften auf der Basis der veröffentlichten Abschlüsse untersucht. Diese Aktiengesellschaften, die insgesamt ein Kapital von ca. 4 Milliarden Mark (also ca. ein Viertel des gesamten deutschen Aktienkapitals) umfaßten, erzielten im Rechnungsjahr 1915 (oder 1915—1916) sehr viel höhere Bruttoerträge als 1913 (oder 1913/14). Ihre Aufgliederung und branchenmäßige Differenzierung zeigt die Tabelle auf der folgenden Seite. Fast alle untersuchten Industriezweige be-

Abschlüsse ausgewählter Aktiengesellschaften⁸⁸ 1913 (1913/14) und 1915 (1915/16)

Industriezweig	Grundkapital (in Mill. Mark)			Abschreibungen (in 1000 Mark)			Reingewinne (in 1000 Mark)			Dividenden u. Bonus (in Mark)			Rückstellungen (in 1000 Mark)			
	1915 od. 1915 bis 1916	1913 od. 1913 bis 1914	1915 od. 1915 bis 1916	1915 od. 1915 bis 1916	1913 od. 1913 bis 1914	1915 od. 1915 bis 1916	1915 od. 1915 bis 1916	1913 od. 1913 bis 1914	1915 od. 1915 bis 1916	1915 od. 1915 bis 1916	1913 od. 1913 bis 1914	1915 od. 1915 bis 1916	1913 od. 1913 bis 1914	1915 od. 1915 bis 1916	1913 od. 1913 bis 1914	1915 od. 1915 bis 1916
Chemie	345,0	36 223	50 378	85 516	90 920	60 165	61 240	20,9	17,7	12 179	16 639					
Munitionsfabriken und Metallbearbeitung	91,7	5 656	12 361	10 598	44 980	8 716	20 870	14,2	22,7	632	17 831					
Stahlwerke, Metallhütten	180,5	14 326	37 392	26 347	85 368	17 756	37 400	9,8	20,7	5 604	42 225					
Automobile	87,3	7 319	18 933	11 154	38 023	5 976	15 355	7,7	18,4	3 455	18 711					
Zement	77,1	6 530	627	10 514	—35	7 248	1 452	9,4	1,9	1 608	—1 298					
Zellstoff und Papier	69,1	7 383	6 936	10 201	3 024	7 362	3 229	10,6	4,6	1 300	300					
Gummi	5,2	7 822	9 082	10 824	2 192	9 067	3 882	16,1	14,8	2 055	3 474					
Mühlen	36,3	2 276	3 957	3 771	5 992	2 554	3 915	7,0	10,8	879	1 171					
Maschinenfabriken	252,2	21 874	34 049	33 287	46 809	20 687	31 101	8,6	12,3	8 936	8 174					
Eisen- u. Stahlwerke	233,3	30 013	48 495	26 956	57 458	19 867	37 834	8,5	16,2	4 773	16 857					
Gemische Berg- u. Hüttenwerke	718,5	82 814	127 093	101 661	186 774	68 112	92 949	10,7	12,9	32 077	83 665					
Kohlenwerke	267,5	27 912	27 779	41 220	36 245	34 270	32 625	12,8	12,2	3 848	1 804					
Lederfabriken	47,6	2 300	21 056	6 331	21 243	3 176	9 103	6,0	19,0	1 162	9 120					
Elektrizitätsindustrie	727,8	27 864	49 000	77 465	103 627	60 064	74 146	9,1	10,4	9 290	16 425					
Textilindustrie	169,8	11 341	17 344	20 061	33 095	14 803	19 089	8,7	11,2	2 214	8 598					
Schiffswerften	77,6	10 947	17 217	3 696	10 344	2 986	6 024	3,9	7,8	995	3 323					
Braunkohlenindustrie	231,9	21 992	25 895	29 819	29 830	24 039	24 972	10,4	10,8	2 869	2 479					
Zuckerindustrie	67,8	3 024	4 445	10 784	18 096	7 698	12 479	15,9	26,7	899	2 803					
Hotels	42,2	3 727	2 744	1 187	—1 290	1 972	290	4,7	0,01	1 835	177					
Brauereien	107,6	10 453	11 795	16 616	17 743	8 952	10 238	8,4	9,5	4 951	4 165					
Schuhfabriken	28,8	1 932	3 863	2 820	5 051	1 955	3 100	7,0	13,0	464	1 939					

fleißigten sich demnach einer äußerst vorsichtigen Finanzpolitik und konnten gleichwohl, bis auf die Zement-, die Papier-, die Gummiindustrie, den Steinkohlebergbau und das Hotelgewerbe gestiegene, z. T. sehr hoch gestiegene Reingewinne verbuchen, die in der Regel den Geldverlust mehr als gutmachten. Zumindest für die meisten großen Aktiengesellschaften in der Eisen- und Stahlindustrie und natürlich für die Waffen- und Munitionsfabriken läßt sich eine starke Zunahme der Bruttogewinne auch für 1917 nachweisen⁹⁹.

Wenn man diese Zahlen für aussagekräftiger hält als die stark frisierten Reingewinnzahlen, wenn man weiterhin bedenkt, daß die Zahl der tätigen deutschen Aktiengesellschaften von 4773 (1913) auf 4723 (1918) nur ganz geringfügig zurückging und die Zahl der Gesellschaften mit beschränkter Haftung von 26 790 (1913) auf 29 763 (1918) anstieg⁹⁹, wenn man schließlich in Rechnung stellt, daß sich die Durchschnittskurse nach Wiederöffnung der Börse 1917 bis Spätsommer 1918 deutlich oberhalb des Vorkriegsstandes befanden⁹¹, dann scheint sich anzudeuten, daß der Krieg, abgesehen von der anfänglichen Anpassungskrise und den Monaten des Zusammenbruchs für die großen Industrieunternehmen insgesamt nicht unprofitabel war. (Über die Gewinne der Personalgesellschaften sind Angaben noch schwerer zu machen, und über die Kleingewerbetreibenden sowie über die spartenmäßige Differenzierung wird noch zu sprechen sein.) Dieser Eindruck ergibt sich, wenn auch die erwähnten industriellen Substanzverluste (Abnutzung ohne rechtzeitige Erneuerung und gleichwertigen Ersatz, Verbrauch von Vorräten und Material) zu konzedieren sind und die Zuverlässigkeit der Angaben, vor allem für die zweite Kriegshälfte, sehr zu wünschen übrig läßt.

Schließlich profitierte die deutsche Industrie langfristig von einigen positiven Folgen der kriegsbedingten Arbeitskräfte- und Rohstoffknappheit. Arbeitermangel beschleunigte die Einsetzung von modernen Werkzeugmaschinen, die auch von Angelernten, Frauen und Jugendlichen bedient werden konnten und zu Rationalisierungsgewinnen führten, die die erwähnten hohen Profite miterklären. Z. B. wurde die Förderung der jetzt erstmals in größerem Maße zur Energieversorgung benutzten Braunkohle im Krieg mechanisiert; in vielen Industrien wurden Maschinen zum Transport von Materialien und Werkstücken eingeführt, um die knappe menschliche Arbeitskraft teilweise zu ersetzen⁹². Eine Waffenfabrik berichtete gegen Ende 1917 von Rationalisierungsfortschritten bei der Herstellung von Prägestempeln zum Bodenpressen; diese fabrikmäßigen Umstellungen hätten die Einstellung angelernter, billiger arbeitender Frauen erlaubt: „Der bisherige Bearbeitungsvorgang erforderte für täglich 42 Stück: 6 gelernte Arbeiter und 1 Frau. Beim jetzigen Bearbeitungsvorgang waren für die gleiche Stückzahl in gleichbleibender Zeit nur 1 Mann und 3 Frauen nötig. Die Bearbeitungskosten konnten um 50 % herabgesetzt werden.“⁹³

Diese modernisierende Auswirkung des Krieges fand indirekte Verstärkung durch staatliche Intervention: Um den riesigen Bedarf an Waffen und Munition zu befriedigen, verteilten die Beschaffungsbehörden ihre Aufträge an verschie-

dene Betriebe. Um Einheitlichkeit und Anwendbarkeit der Produkte zu garantieren, bemühten sie sich mit Erfolg, die vor dem Krieg von manchen Unternehmern zwar angestrebte, aber noch kaum durchgeführte überbetriebliche Normierung durchzusetzen und trugen so auf mehreren Produktionsgebieten zum Fortschritt der Massenproduktion in Deutschland bei⁶⁴. Die kriegsbedingte massenhafte Nachfrage erleichterte auch die verstärkte Einführung der Serienfabrikation in der optischen Industrie und der Stahlfabrikation. In vielen Fällen legte so der Krieg die Grundlage für einen guten Teil der industriellen Nachkriegs-Rationalisierung⁶⁵. Die Entwicklung der Luft-Stickstoffverwertung nach dem Haber-Bosch- und dem Frank-Caro-Verfahren wurde durch die Absperrung der Salpeter-Importe angereizt, die Steigerung und Verbesserung der Aluminium-Produktion durch Mangel an Kupfer und anderen importierten Metallen vorangetrieben; unter den vielen Textil-Ersatzstoffen, die zur Linderung der Rohstoffknappheit auf diesem Gebiet entwickelt wurden, war es vor allem die Kunstseide, die den Krieg überlebte; gewisse (wenn für die Versorgung mit flüssigen Brennstoffen auch nicht ausreichende) Fortschritte in der Wärmetechnik reagierten auf den verbreiteten Kohlemangel. Versuche, den Mangel an Kautschukimporten durch die Produktion synthetischen Gummis zu ersetzen, konnten den Reifenbedarf der Armee zwar nicht decken, dienten jedoch der späteren Entwicklung als Basis. Staatliche Subsidien und Beteiligungen erleichterten diese langfristig wertvollen Innovationen, in denen die wissenschaftliche Forschung eine immer zentralere Rolle spielte⁶⁶.

Doch kamen die Früchte des Krieges den Industriellen nur ungleichmäßig zugute. Zum einen wirkte sich die weitgehende Ersetzung des Marktmechanismus durch Entscheidungsprozesse in formalen Organisationen wie den Kriegsgesellschaften, (Zwangs-)Kartellen und Verbänden, häufig als Benachteiligung der kleineren Unternehmer aus. Viele mittlere und kleinere Unternehmen scheuten z. B. die Kapitaleinzahlung in die Kriegsgesellschaften und blieben zunächst außerhalb. Auch wenn sie eintraten, blieb ihre finanzielle Beteiligung und ihr davon mitbestimmtes Gewicht im Entscheidungsprozeß gering. Die Großunternehmen konnten leicht einen oder mehrere Angestellte als permanente Vertreter in jenen mächtigen Selbstverwaltungs-Behörden abstellen, die kleinen nicht. Jene hatten bessere Chancen als diese, eigene Leute in die Leitungsgremien der Kriegsgesellschaften oder der Verbände zu entsenden, so an Informationen zu gelangen, die anderen verschlossen blieben, und die Entscheidungsprozesse im eigenen Interesse zu beeinflussen. Die teilweise Ersetzung des Marktes durch politisch-bürokratische Entscheidungsprozesse in formalen Organisationen verstärkte in der Regel die ohnehin bestehende Überlegenheit der Großen über die Kleinen⁶⁷. Die vor allem aus Rohstoff- und Arbeitskräftemangel, 1917 und 1918 auch aufgrund von behördlichen Entscheidungen erfolgenden Betriebsstilllegungen trafen zweifellos die als ineffektiver geltenden, sich in Verhandlungen zudem weniger gut durchsetzenden Mittel- und Kleinbetriebe schärfer als die Großbetriebe: Während, wie erwähnt, die Zahl der Aktiengesellschaften während des Krieges nur um 1,5 % abnahm und die Zahl der GmbHs sogar um

10 % stieg, die als Kapitalgesellschaften verfaßten, größeren Unternehmen also im Krieg nicht abnahmen, wird geschätzt, daß im ganzen 8—10 % aller Fabriken bis Kriegsende durch Behörden oder „freiwillig“ (d. h. meist aufgrund von Brennstoff-, Rohstoff-, Transport- oder Auftragsmangel) geschlossen bzw. mit anderen Betrieben zusammengeschlossen wurden⁹⁸. Diese Reduktionen müssen also vor allem zu Lasten der Personalgesellschaften und Inhaberbetriebe gegangen sein. Vorkriegstendenzen beschleunigt fortsetzend, nahm die industrielle Konzentration im Kriege zu, nicht nur horizontal durch Verringerung der Konkurrenten in einzelnen Branchen, sondern auch vertikal: Vor allem die Schwerindustrie bemühte sich um Einfluß, Beteiligungen und Erwerbungen auf dem Gebiet der weiterverarbeitenden Industrie und des Transportwesens (Schifffahrt). Die Tendenz zur vertikalen Konzentration erhielt auch Auftrieb durch das Bestreben der Produzenten, gewisse neue, im Krieg eingeführte Steuern, insbesondere den Warenumsatzstempel, eine Art Umsatzsteuer, zu umgehen⁹⁹.

Zum anderen zeigten bereits die Umverteilungen der industriellen Arbeiter und die angeführte verschiedenartige Entwicklung des Produktionsvolumens verschiedener Industriezweige¹⁰⁰, daß die für Rüstung und Kriegsverbrauch produzierenden Industrien sehr viel stärker von der Kriegskonjunktur profitierten als die für den zivilen Verbrauch arbeitenden. Von der Umverteilung der Beschäftigten im Krieg profitierten: die chemische Industrie (+ 170 %), die Maschinenbauindustrie (einschließlich Elektroindustrie) (+ 49 %), die Holzindustrie (+ 13 %), die Metallverarbeitung (+ 8 %) und der Bergbau (— 5 %)¹⁰¹. Diese Industrien gehörten — mit Ausnahme der Holzindustrie — schon vor dem Krieg zu den Zweigen, die, gemessen an der Beschäftigtenzahl und bezogen auf den ganzen Zeitraum 1875—1913, überproportional wuchsen, bzw. weniger als durchschnittlich schrumpften¹⁰². Die Industrie der Steine und Erden (— 59 %), die Textilindustrie (— 58 %), das Baugewerbe (— 57 %), die Bekleidungsindustrie (— 32 %), das graphische Gewerbe (— 31 %), die Nahrungs- und Genußmittelindustrie (— 24 %), die Papiererzeugung und -verarbeitung (— 20 %) und die Lederverarbeitung (— 17 %) verloren im Krieg überdurchschnittlich viele Beschäftigte. Für das Baugewerbe, das graphische Gewerbe und die Papierindustrie bedeutete dies einen gewissen Bruch mit der Vorkriegszeit, in der sie überdurchschnittlich schnell gewachsen waren. In der Mehrheit der Industriezweige bedeutete jedoch der Krieg in dieser Hinsicht keine Umkehrung, sondern nur eine (meist beschleunigte) Fortsetzung von langfristigen Vorkriegstendenzen. Betrachtet man die vier Zweige, in denen ein Bruch mit der Vorkriegsentwicklung einsetzte, so stellt sich diese Diskontinuität nur im Falle der Papiererzeugung als Wende heraus, die in der Nachkriegszeit fortgesetzt wurde. In den anderen Fällen wurde die Vorkriegstendenz nach dem Krieg wieder fortgesetzt.

Scheint somit auf den ersten Blick der Weltkrieg auf das Verteilungsmuster des industriellen Wachstumsprozesses keine tiefer greifenden, langfristig weiterwirkenden Effekte gehabt zu haben, die ohnehin bestehende Wachstumsüberlegenheit der Produktionsgüterindustrien vor den Verbrauchsgüterindustrien

vielmehr durch den Krieg nur ein wenig schärfer betont worden zu sein, so vermittelt die genauere Differenzierung der Vorkriegsperiode ein etwas anderes Bild. Zeigt sich doch zwischen ca. 1890 und 1913 die deutliche Tendenz, daß der Unterschied in der Wachstumsgeschwindigkeit von Produktionsgüterindustrien einerseits und von Verbrauchsgüterindustrien andererseits allmählich abnahm. Eine gewisse Schwerpunktverlagerung zugunsten der letzteren deutete sich damit an. Diese, so scheint es, wurde vom Krieg und der durch ihn bewirkten langfristigen Massenkaufrkraftvernichtung aufgehalten und unterbrochen. Der Krieg trug damit dazu bei, den Produktionsgüterindustrien (insbesondere der Schwerindustrie) einen größeren Anteil am Gesamtprodukt — und damit wahrscheinlich auch ein höheres Maß an sozialer und politischer Macht — länger zu erhalten als es bei friedlichem Wachstum wahrscheinlich der Fall gewesen wäre^{102a}.

Die Unterschiedlichkeit in der Entwicklung der Produktionsmengen während des Krieges dürfte sogar noch deutlicher gewesen sein als die der Beschäftigtenzahlentwicklung, da die Arbeiter in manchen Friedensindustrien den ganzen Krieg über weniger Wochenstunden arbeiteten als ihre Kollegen in den Rüstungsindustrien¹⁰³. Zweifellos trafen die Betriebsschließungen, die vor allem nach dem von der Schwerindustrie initiierten, von der dritten OHL durchgesetzten „Hindenburgprogramm“ aufgrund ungleichmäßiger Material-, Brennstoff-, Arbeiter- und Auftragsverteilung wie aufgrund behördlicher Entscheidungen eintraten, kaum die für Kriegsbedarf produzierenden, bzw. sich rechtzeitig auf entsprechende Produktion umstellenden Unternehmen, sondern die sogenannten Friedensindustrien. In einigen nicht kriegswichtigen Produktionszweigen wie der Baumwollherstellung, der Glas-, Schuh- und Seifenindustrie reduzierten Schließungen und Zusammenlegungen die selbständigen Einzelbetriebe bis auf weit unter 50 % ihrer Vorkriegszahlen¹⁰⁴. Unternehmer in kriegswichtigen Industrien profitierten schließlich auch meistens stärker vom Krieg als ihre Kollegen in den nicht kriegswichtigen Industrien. Schon an der Dividendenbemessung läßt sich das abschätzen: Nach den Berechnungen von Wagenführ, in denen die Preisveränderungen ausgeschaltet sind und die die oben diagnostizierte generelle Prosperität der Unternehmen während des größten Teils des Krieges und den Einbruch 1918 bestätigen, differierten die Dividenden (in Prozent des Aktienkapitals) stark zwischen dem gesamtindustriellen Durchschnitt und zwei als Beispielen ausgesuchten Kriegindustrien¹⁰⁵:

Jahr	Industrie insgesamt	Großeisenindustrie	Chemische Industrie
1913/14	7,96	8,33	5,94
1914/15	5,00	5,69	5,43
1915/16	5,90	10,00	9,69
1916/17	6,52	14,58	11,81
1917/18	5,41	9,60	10,88

Diese branchen- und betriebsmäßigen Differenzierungstendenzen wirkten zweifellos einer fortschreitenden Homogenisierung der Unternehmerklasse nach sozialökonomischem Status und objektiven Interessen entgegen. Insbesondere der Bodenverlust der kleineren und mittleren Unternehmer im Krieg erwies sich wohl als tiefgreifende, nach dem Krieg auch kaum zurückgedrehte, beschleunigte Fortsetzung einer Vorkriegsentwicklung. Doch sollte man zumindest die branchenmäßigen Differenzierungstendenzen auch nicht übertreiben.

Fusionen bedeuteten für die Inhaber sicher einen empfindlichen Verlust an Selbständigkeit; eine Verarmung, ja selbst einen Macht- und Statusverlust bedeuteten sie dann nicht, wenn die Weiterbeschäftigung an leitender Stelle im fusionierten Unternehmen garantiert wurde. Die behördlichen und „freiwilligen“ Stilllegungen blieben nicht nur in ihrem Ausmaß (mit weniger als 10 %) sehr begrenzt. „Mit allen Mitteln haben sich die zur Stilllegung bestimmten Betriebe hintenherum doch Aufträge, Rohstoffe und Kohlen verschafft.“ Den örtlichen Behörden fehlte oft die Macht, Stilllegungen zu erzwingen und zu kontrollieren¹⁰⁶. Die von Stilllegungen betroffenen Unternehmer erhielten zudem meist recht hohe Entschädigungen. Stilllegungen waren auch auf die Kriegszeit befristet; den Betroffenen wurden bevorzugte Behandlung und Belieferung in der Übergangswirtschaft zugesichert¹⁰⁷; langfristig sank die Zahl der Selbständigen in Industrie und Handwerk von 1907 bis 1925 nicht schneller, sondern langsamer als 1895 bis 1907 und 1882 bis 1895¹⁰⁸. Die verfassungs- und interessenmäßigen Widerstände gegen Betriebsschließungen waren sehr stark¹⁰⁹; die Zahl der größeren, als Kapitalgesellschaften verfaßten Unternehmen nahm auch in den Friedensindustrien kaum ab¹¹⁰.

Zahl der tätigen Aktiengesellschaften 1911/12 und 1917/18:

Gewerbegruppe	1911/12	1917/18
Industrie der Nahrungs- u. Genußmittel	816	800
Handelsgewerbe	688	694
Industrie der Maschinen, Instrumente u. Apparate	555	634
Verkehrsgewerbe	472	466
Textilindustrie	348	341
Industrie der Steine u. Erden	342	328
Bergbau, Hütten- u. Salinenwesen	209	203
Metallverarbeitung	164	175
Chemische Industrie	155	168
Papierindustrie	103	99
Lederindustrie u. Industrie lederartiger Stoffe	56	67

Von den durch die Schließung also vor allem betroffenen Kleineren dürfte mancher als Verlust in einer Sparte gezählt worden sein, der tatsächlich durch Produktionsumstellungen in eine andere Sparte temporär überwechselte. Und auch die zweifellos deutliche Differenzierung der Gewinne sollte in ihrer Pro-

portion gesehen und nicht übertrieben werden: Selbst die Aktiengesellschaften der Textilindustrie, die zweifellos nicht zu den Kriegsindustrien gehörte und die gemeinhin zu den eher verlierenden Sparten gerechnet wird¹¹¹, vermochten trotz allen Absinkens der Produktion und der Beschäftigtenzahl ihre ausgewiesenen Reingewinne von 1913—1917 mehr als zu verdoppeln¹¹². Wenn diese Erfolge auch weit hinter dem zurückblieben, was in der Regel in den Rüstungsindustrien verdient wurde, so waren sie doch in einer Periode allgemeiner Verarmung der Massen bemerkenswert genug. Not und Armut war mit dem relativen Zurückbleiben der Gewinne in den Friedensindustrien, so scheint es, also nicht verbunden.

Die einschlägigen Quellen sprechen häufig von der Not der Unterschichten in Stadt und Land, der Arbeiter und des noch zu behandelnden Mittelstandes. Von der Not der Unternehmer sprechen sie nicht, wenn solche im Einzelfall auch aufgetreten sein mag und wohl kaum eine Gruppe völlig ohne Einschränkung des Lebensstandards den Krieg überstand. Selbst die Leiter der von Stilllegung betroffenen Unternehmen hatten gute Aussicht, weiterhin der Einziehung zum Militär zu entgehen, da sie angeblich wegen der Wartung des stillstehenden Betriebes unabkömmlich waren. Sie erhielten zudem in der Regel von den weiter arbeitenden „Höchstleistungsbetrieben“ ihrer Branche fortlaufende, meist hohe Entschädigungen gezahlt — ein Lastenausgleich, der ihnen Armut, Not und soziale Deklassierung ersparte und der durch die hohen Preise finanziert wurde, die gerade die eingeschränkten Sparten (Textil-, Schuh- und Seifenerzeugung) zur steigenden Verbitterung der Verbraucher fordern durften¹¹³.

Fest steht, daß bis zum Ende des Krieges reiche Leute wenig Einbußen in ihrem Lebensstandard in Kauf nehmen mußten. „Denn für teures Geld ist noch immer alles in beliebiger Menge zu haben.“¹¹⁴ Dieses teure Geld wurde auch ausgegeben. Es fällt auf, daß die Produktion der Genußmittelindustrie im Krieg weniger abfiel als die industrielle Produktion überhaupt¹¹⁵. Mit dem immer empfindlicheren Notstand der Massen kontrastierte noch in den letzten Monaten des Krieges das sichtbare Wohlleben der wenigen. Wer Geld hatte, versorgte sich über Schleichhandel noch im August 1918 „nicht nur gut, sondern reichlich“¹¹⁶. Ohnehin wirkte der Preismechanismus, soweit er den gesetzlichen Regulierungen entging oder im Schleichhandel diese umging, unsozial und zum Nachteil der Minderbegüterten. Aus der Konzentration einer zunehmend ärmeren Bevölkerung auf die Nachfrage nach dem Allernotwendigsten folgte, daß „die Preise für die jeweils geringstwertige Gattung der verschiedenen Lebensbedarfsgüter“ am stärksten zum Auftrieb neigten. Die höheren Einkommensschichten erfuhren auch relativ zu ihrem Vorkriegseinkommen eine weniger empfindliche Kürzung ihrer Kaufkraft als die große Masse der Verbraucher¹¹⁷. Das I. Stellvertretende Generalkommando (Berlin) berichtete im Juli 1918: „Die Vergnügungsstätten aller Art sind überfüllt, gerade die besseren Plätze tagelang vorausbestellt. Vor den Kassenschaltern stehen mehrfach am Tage lange Reihen. Die Züge nach den Ostseebädern sind trotz erhöhter Fahrpreise voll besetzt.“¹¹⁸ Auch in anderen Erholungs- und Kurorten Deutschlands über-

dauerte „der z. T. lärmende Gesellschaftstrubel, der sich in Schlemmereien, unwürdigem Benehmen am Strande und in den Badeanstalten, auffälligen Toiletten der mehr oder minder leichtsinnigen Frauenwelt kundgab“¹¹⁹.

Industrielle und ihre leitenden Angestellten aus privaten Unternehmen und Kriegsgesellschaften machten sicher nur einen Teil dieser privilegierten Minderheit aus, neben Kaufleuten und Schleichhändlern, Agrariern und reichen Rentiers, Vermögenden und Kriegsgewinnlern aller Art. Umgekehrt gab es viele Reiche und Wohlhabende, die sich von solch demonstrativem Konsum zurückhielten. Angesichts der skizzierten Verdienst- und Gewinnentwicklung aber ist wahrscheinlich, daß die meisten Unternehmer sich über den Krieg hinweg den teuren, für eine Minderheit nie verschlossenen Zugang zur auskömmlichen, nur wenig reduzierten Lebenshaltung leisten konnten, die der großen Masse der Arbeiter verschlossen war¹²⁰.

4. Protestbereitschaft und Proteste in der Arbeiterschaft

a) Spannungstreibende Faktoren

Aus der bisherigen Untersuchung wird man in Kategorien des eingangs vorgestellten Modells mit gewissen Einschränkungen den Schluß ziehen dürfen, daß die sozialstrukturellen Veränderungen während des Krieges eher auf eine Polarisierung und Verschärfung des Klassengegensatzes im industriellen Bereich hinwirkten als auf dessen Abbau. Der allgemeine Verarmungsprozeß, den der Krieg bedeutete, traf die Arbeiter schärfer als die Unternehmer; eine Angleichung zwischen den beiden Klassen nach sozialökonomischer Lage und objektiven Lebenschancen trat nicht ein. Die inneren Differenzierungen der Arbeiterklasse traten zurück, ihre Not und Ausbeutung wuchsen, an ihrer Abhängigkeit änderte sich, soweit bisher besprochen, nichts. Ihre gemeinsame Klassensituation trat damit stärker hervor. Wahrscheinlich wurden die Unternehmer relativ zur Arbeiterschaft im Durchschnitt reicher; in vielen, wenn auch nicht in jeder der hier besprochenen Hinsichten brachte der Krieg ihnen Vorteile. Doch zeigten sich Gegentendenzen auf beiden Seiten: Randfälle — die großverdienende Rüstungsarbeiterfamilie hier, der absteigende kleine Unternehmer dort — und eine neue, senkrecht zur Klassenfrontlinie verlaufende, vertikale, Industriezweige nach ihrer Kriegswichtigkeit in sozial bedeutsamer Weise differenzierende Gliederung wirkten einer weiteren Homogenisierung innerhalb der beiden Klassen und damit einer schärferen Ausprägung des Klassengegensatzes entgegen.

Es stellt sich jetzt die Frage, wieweit diesen sozialstrukturellen Veränderungen sozialpsychologische und organisatorisch-politische Veränderungen entsprachen, inwiefern, in Kategorien unseres Modells, die nachgezeichnete Veränderung des Klassengegensatzes zu entsprechenden Veränderungen der Klassenspannungen und des Klassenkonflikts führten. Zu fragen ist zunächst nach Faktoren, die die Bewußtwerdung und Formulierung der skizzierten Gegensätze

erschwerten oder erleichterten, sowie nach den spezifischen Inhalten und Ausdrucksformen dieser Gegensätze auf beiden Seiten. Fünf kriegsbedingte Momente seien unterschieden, die diesen Prozeß der Umsetzung von latenten Gegensätzen in manifeste Spannungen förderten und zugleich eigentümlich prägten:

Erstens: Selbst wenn die tatsächlichen Unterschiede in der Verteilung der ökonomischen und sozialen Chancen nicht objektiv zugenommen hätten, wären sie durch die allgemeinen Einschränkungen und Opfer des Krieges den Betroffenen bewußter und fühlbarer geworden. Die Not im Ersten Weltkrieg hatte eine Unterschiede enthüllende Funktion: Dasselbe Maß an Einschränkung der Lebenschancen (im Lebensstandard oder hinsichtlich des Maßes verfügbarer Zerstreuungen, hinsichtlich der Befriedigungen aus sozialen Kontakten, etc.) traf denjenigen schärfer, der von vornherein weniger Lebenschancen hatte, der deshalb im Falle der Einschränkung nur schwer oder kaum auf alternative Möglichkeiten eigener Befriedigung ausweichen konnte und dessen, wenn man so sagen darf, „Vorrat“ an Lebenschancen und Befriedigungsmöglichkeiten bei absolut gleich großer Reduktion schneller aufgezehrt war als der vielfältigere und reichere „Vorrat“ des Privilegierten¹²¹. Schon früh im Krieg hatten ärmere Kreise unter der wachsenden Knappheit mehr zu leiden als die Wohlhabenden, da diese „sich zum Teil schon früher auf längere Zeit versorgt haben (namentlich mit Kartoffeln) oder Verbindungen ausnutzten, oder als begehrenswerte Kunden von ihren Lieferanten bevorzugt werden und insbesondere teure, für die allgemeine Versorgung nicht in Frage kommende Lebensmittel kaufen können“¹²². Aber traf nicht auch die zeitweise Schließung der Kinos in einigen Städten während der Kohlennot des Winters 1916/17¹²³ den Portier einer Maschinenfabrik, dem in der Regel nicht gar so viele andere Abendvergnügungen offenstanden, härter als den Fabrikdirektor mit seinem Zugang zu vielseitiger Geselligkeit und Zerstreuung?

Dem Arbeiter mußte der ökonomische und soziale Unterschied zu seinem Arbeitgeber unter diesen Bedingungen schärfer ins Auge fallen als bisher. Tatsächlich betonen die in dieser Arbeit stark herangezogenen Monatsberichte der Stellvertretenden Generalkommandos, die vom Frühjahr 1916 bis kurz vor Kriegsende systematisch geheime Informationen über die Stimmung der Bevölkerung ans preußische Kriegsministerium bzw. Kriegsamt und über diesen Weg an andere interessierte militärische und zivile Behörden lieferten¹²⁴, immer wieder: Die ungleiche Verteilung der knappen Güter wirkte auffallender und aufreizender in der Bevölkerung als die Knappheit der Güter selbst. Auf dem Höhepunkt des kartoffelknappen Steckrübenwinters 1916/17 schreibt das Stellvertretende Generalkommando in Münster: „Es ist eine eigentümliche Erscheinung, daß das Volk sich schließlich in jede Entbehrung findet, daß es aber niemand vertragen kann, wenn der andere ein bißchen mehr hat als er selbst. Würde es gelingen, Gewißheit zu verbreiten, daß die Nahrungsmittelunbequemlichkeiten gleichmäßig verteilt wären, dann würde die Unzufriedenheit sofort verschwinden.“¹²⁵ Verärgerung über ungleiche Verteilung der knappen Verbrauchsgüter

zeigte sich vor allem in den zunehmenden Ressentiments gegen die Kriegsgewinnler unter Erzeugern und Händlern, gegen das sichtbar auskömmliche und luxuriöse Leben der Reichen. Darauf bleibt zurückzukommen. Solche Verärgerung über verletzte Gleichheitsansprüche entstand aber in der Arbeiterschaft 1916/17 auch, wenn einigen Arbeitergruppen, Schwerarbeitern in der Rüstungsindustrie vor allem, Lebensmittelsonderzuweisungen gewährt wurden, die den anderen vorenthalten blieben^{125a}.

Zweitens: Nicht nur die Erfahrung der Not als solcher, sondern die Erfahrung der Einschränkung, des Niedergangs nach einer Periode relativ auskömmlichen, vor allem aber immer auskömmlicheren Lebens war dafür mitverantwortlich, daß die zunehmenden und sichtbarer werdenden ökonomischen und sozialen Unterschiede nicht resignativ akzeptiert, sondern als Ungerechtigkeit angefeindet wurden. Wenn massenhafter revolutionärer Unzufriedenheit sowohl eine längere Periode sich verbessernder Lebensbedingungen und steigender Erwartungen wie eine darauf folgende, abrupte, die Erwartungen enttäuschende Umkehr zum Schlechteren vorauszugehen pflegt¹²⁶, dann war eben dies, wie gezeigt, 1914—1918 in Deutschland der Fall: Der Krieg ließ die langsame, aber stetige Verbesserung des Lebensstandards und der Arbeitsverhältnisse, wie sie während der Vorkriegsjahrzehnte für die Situation der Arbeiterschaft in ihrer Mehrheit kennzeichnend gewesen war, plötzlich abbrechen und rückläufig werden. Die Diskrepanz zwischen den Erwartungen und Ansprüchen einerseits und den realen Möglichkeiten, sie zu erfüllen, andererseits, mußte im Gefühl und Bewußtsein der Betroffenen desto schärfer hervortreten.

Drittens: Auch die Erfahrung der massenhaften, das Friedensmaß übersteigenden horizontalen Mobilität (vor allem in Richtung der großen Städte mit Rüstungsindustrie) und die Beobachtung der im Krieg keineswegs seltenen, schnellen sozialen Auf- und Abstiege dürften daraufhin gewirkt haben, daß die ungleiche Verteilung ökonomischer und sozialer Chancen als sich verändernde und im Prinzip veränderbare, nicht schicksalsmäßig gegebene begriffen und in Frage gestellt wurde. Diese sozialpsychologische Dimension der kriegsbedingten Massenmobilisierung ist eine wichtige Voraussetzung der Entstehung von Unzufriedenheit und Protestbereitschaft, also als Bedingung der Umsetzung von Gegensätzen in Spannungen im Auge zu behalten¹²⁷.

Viertens ist insbesondere für die ersten Kriegsjahre auf die ambivalente Rolle des sogenannten Burgfriedens für die Verschärfung der Klassenspannungen zu verweisen. Das durch geschickte Regierungspolitik und Pressepropaganda in der Juli-Krise vorbereitete Gemeinschaftsgefühl und Solidaritätsbewußtsein der ersten Kriegsmonate¹²⁸ führte zu vielen spontanen Kooperationen bisher verfeindeter Gruppen und häufig zum feierlichen Verzicht auf die Konflikte¹²⁹. Die Erfahrung des Kriegsausbruchs, der Sammlung und des Aufbruchs aller Kräfte zugunsten einer allgemein als gerecht verstandenen nationalen Anstrengung¹³⁰, das Zusammenrücken der Nation, legte Spannungen und Konflikte still, ließ sie hinter dem einen großen äußeren Konflikt und der einen großen gemeinsamen Anspannung zurücktreten. Auch für die große Mehrheit der Ar-

beiterschaft, in der trotz aller ökonomischen, sozialen und politischen Diskriminierung und traditionellen Opposition eine gewisse Identifikation mit dem Deutschen Reich vor 1914 bestand¹³¹, war die nationale Solidarität eine teilweise mit emphatischer Neigung erfüllte Pflicht, eine sozialpsychologische Realität ersten Ranges. Diese nationale Solidarität wurde zwar im Laufe des Krieges — dies wird zu schildern sein — ausgehöhlt und zurückgedrängt; ganz, so scheint es, verschwand sie bei den meisten Arbeitern nicht.

Das August-Erlebnis und der Burgfrieden enthielten aber zugleich in der Sichtweise vieler, die die Privilegien anderer erlebt hatten, ein Versprechen auf tatsächlichen, praktischen Ausgleich der Gegensätze und Spannungen. Des Kaisers „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“ schien Gleichheit in Aussicht zu stellen, deren Verwirklichung allerdings noch Reformen — wie man zuerst meinte: nach dem Ende des als kurz erwarteten Krieges — benötigen würde. Eben diese Erwartung stand bei SPD-Politikern und bürgerlichen Professoren wie Naumann, Meinecke und Troeltsch im Zentrum des August-Erlebnisses¹³². Doch in der Meinung konservativer Kreise, die vom Krieg eine Festigung des Status quo erwarteten und erhofften, war mit dem „Geist von 1914“, mit der immer noch sehr begrenzten Kooperation bisher feindlicher Gruppen und besonders mit dem nationalen Verhalten der Arbeiterbewegung der „Volksstaat“ bereits erreicht¹³³. Im Verständnis der OHL bedeutete „Burgfrieden“, „den Geist der Festigkeit und Hingabe an die großen nationalen Ziele aufrechtzuerhalten, jede Gefahr für die Einheit des deutschen Volkes zu vermeiden und den Eindruck, daß der feste Siegeswillen schwankend geworden sei, zu verhindern“¹³⁴. In dieser immer deutlicher vorherrschenden Interpretation diente der Burgfrieden nicht als Versprechen oder gar als Vehikel emanzipatorischer Reform, sondern — zusammen mit manipulierten Kriegsberichten, einer strengen, kriegsrechtlich abgesicherten politischen Kontrolle und Zensur — zur Unterdrückung kontroverser und mißliebiger Stellungnahmen und offener Diskussion¹³⁵. Zwar wurde der Burgfrieden zunehmend durchlöchert, zuerst durch Diskussionen und Anfeindungen hinsichtlich der Ernährungswirtschaft und -verteilung, dann hinsichtlich der Kriegsziel- und Militärpolitik, schließlich seit Frühjahr 1917 zunehmend auch durch innerpolitische Kontroversen, doch blieben Zensur- und Belagerungsrecht, Verbote von Versammlungen und kriegsrechtliche Verfolgungen linker Sozialdemokraten in einem von Monat zu Monat und Generalkommando zu Generalkommando stark wechselnden Ausmaß bis Oktober 1918 erhalten und bildeten einen Hauptzielpunkt sozialdemokratischer und sozialistischer Angriffe¹³⁶. Solange und soweit der Burgfrieden aber befolgt wurde, trug er zur Entstehung und Verdichtung des allgemeinen „Nebels der Unwirklichkeit“ bei, erleichterte er die Bildung von Gerüchten und Illusionen und damit die Entstehung der Basis der späteren „Dolchstoßlegende“¹³⁷; er diente zum Vorwand, um auf Veränderung zielende Diskussionen und Initiativen abzuwürgen und so den Status quo zu sichern¹³⁸; und er verhinderte zusammen mit der gegenüber der Vorkriegszeit gesteigerten staatlichen Repression radikaler Opponenten die offene Aus-

tragung von Spannungen und Konflikten, die sich unter der Hülle des Burgfriedens aufluden. Damit aber verschärfte er die Spannungen und Konflikte, indem er ihnen die geregelte, institutionalisierte und klar organisierte Austragung erschwerte¹³⁹.

Fünftens und vor allem führte die kriegsbedingte Zunahme der Opfer, Lasten und Pflichten, die von jedem einzelnen (und von der Masse der Unterprivilegierten auf keinen Fall weniger als von den Wohlhabenden und Mächtigen) für die ganze Nation gefordert wurden, zu einer Verschärfung der Klassen Spannungen, da diese zunehmenden Anforderungen zuwenig von kompensierenden Reformen begleitet wurden. Die Menschen mußten für ihr Land leiden, kämpfen und sterben, Freunde und Verwandte verlieren, allein sein, mehr arbeiten und Not aller Art ertragen. Diese Demokratisierung der Pflichten mußte die Verbitterung der Unterprivilegierten wecken oder verstärken, solange ihr nicht eine Demokratisierung der Rechte und Chancen parallel ging oder folgte. Hinsichtlich der Pflichten und hinsichtlich der damit verbundenen Ansprüche, Erwartungen und Forderungen der Massen wirkte der Krieg egalisierend¹⁴⁰. „Heute drängt alles nach Gleichheit. Die ganze Aufmerksamkeit des einzelnen richtet sich darauf, ob es dem anderen nicht besser geht. Ungleichheiten, die man in Friedenszeiten, indem man sich mit der bestehenden Gesellschaftsordnung abfand, als selbstverständlich und unabänderlich in Kauf nahm, will man heute nicht mehr gelten lassen.“ So beschrieb die Kriegsamtsstelle Frankfurt/Main im Juni 1917 die Stimmung in der Arbeiterschaft ihres Bereiches¹⁴¹. Ihr Vorgesetzter, der General Gröner, meinte dieselben Veränderungen in den Massenerwartungen, wenn er feststellte, daß der Weltkrieg die größte demokratische Welle bedeute, die je über die Völker dahingezogen sei¹⁴². Und schon im August 1914 vermerkte der Sozialdemokrat Eduard David in seinem Tagebuch: „Neben der militärisch-nationalistischen Welle eine starke Welle demokratischer Gefühle.“¹⁴³

Dieser Zusammenhang zwischen wachsenden Kriegslasten und sich verstärkenden Gleichheits- und Emanzipationsanforderungen ging auch in die Argumentation der zeitgenössischen Reformen verschiedenster Schattierung wie in die Ängste der reformfeindlichen Konservativen und Reaktionäre ein. Der Hinweis auf das „nationale(n) Gemeinwesen, für das jetzt das Blut aller Volksgenossen, Klassen und Parteien fließt“¹⁴⁴, spielte seit Kriegsbeginn eine große Rolle in den Forderungen nach Abbau undemokratischer Privilegien, besonders des preußischen Dreiklassenwahlrechts. Mit unterschiedlicher Akzentuierung, wechselnder Konsequenz und zunehmender Dringlichkeit, die besonders seit Februar 1917 von Revolutionsfurcht mitgeprägt war, verlangten reformistische Sozialdemokraten, bürgerliche, links- oder konservativ-liberale Reformen sowie wichtige Regierungsmitglieder entweder die nach dem Krieg notwendige oder die sofortige Kompensation der Massen durch Gewährung politischer, teils auch sozialer Gleichberechtigung oder wenigstens durch einige Schritte in diese Richtung¹⁴⁵.

Der SPD-Abgeordnete David meinte, „daß wir eine demokratische Reform des Wahlrechts als Preis für die Kriegsleistung der Arbeiterschaft erwarten“

und daß die „demokratische Forderung im Bewußtsein der heimkehrenden Vaterlandsverteidiger eine große Kraft“ sein werde. „Wir wollen, indem wir alle Pflichten für das Land übernehmen, auch volle Gleichberechtigung im Heer“, d. h. Sozialdemokraten sollten nun auch im Unterschied zur Vorkriegszeit Offiziere werden können¹⁴⁶. Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Philipp Scheidemann, bezog sich auf diesen weithin plausiblen Zusammenhang zwischen gleichen Entbehrungen und Pflichten einerseits und der Forderung nach gleichen Rechten andererseits, als er nach der russischen Februarrevolution als Reaktion auf die immer radikalere Stimmung der Arbeiterschaft öffentlich, wenn auch sehr indirekt, mit der Revolution in Deutschland drohte¹⁴⁷. Auch USPD-Rednern war dieser Zusammenhang zwischen aufgezwungenen Opfern und dadurch gerechtfertigten Gleichheitsforderungen nicht ganz fremd¹⁴⁸. Den Konnex zwischen der gleichen und allgemeinen Wehrpflicht und dem geforderten gleichen und allgemeinen Wahlrecht beschworen bürgerliche Professoren wie Max Weber und Friedrich Meinecke¹⁴⁹. Auch der Reichskanzler Bethmann-Hollweg benutzte dieses Argument bei seinem Plädoyer für eine schnelle Wahlrechtsreform kurz vor seinem Sturz im Juli 1917¹⁵⁰.

Reaktionäre Konservative übersahen diesen Zusammenhang zwischen Kriegslasten und Emanzipationstendenzen zwar nicht, doch unterschätzten sie ihn bei gleichzeitiger Überschätzung des nationalen Enthusiasmus der Arbeiterschaft¹⁵¹, oder sie wiesen die aus ihm resultierenden Forderungen zurück¹⁵². Sie setzten auf den „tatkräftigen und unbeugsamen Widerstand der Staatsgewalt“ gegen die anschwellende Demokratisierungswelle und wollten, wie der konservative Parteiführer von Westarp, vor der „äußersten Konsequenz“, also wohl der Militärdiktatur, nicht zurückschrecken¹⁵³. Häufig hofften sie, den für sie fatalen Konsequenzen der mobilisierten Demokratisierungsforderungen durch militärisch-annexionistische Erfolge zu entgehen¹⁵⁴. Die revolutionäre Linke um den Spartakus-Bund lehnte die praktische Konsequenz aus dem Zusammenhang von Kriegslasten und Emanzipationsforderungen, soweit diese von den Entscheidungsträgern gezogen wurde, als konterrevolutionäre Konzession der Herrschenden ab — mit sicherem Blick dafür, woher der von ihr erstrebten Revolution wirklich Gefahr drohte. Als die Osterbotschaft des Kaisers 1917 in der Absicht, die wachsende Unzufriedenheit aufzufangen, die Auswirkungen der russischen Februarrevolution auf die deutsche Arbeiterschaft zu dämpfen sowie die Massen bei der Stange und unter dem Einfluß der MSPD zu halten, eine Reform des preußischen Wahlrechts ankündigte, lehnte der Spartakus-Bund dies als „Ablenkung der sozialdemokratischen Wähler“ und als „Wahlrechtsbrimborium“ ab. Der typisch reformerische Hinweis auf die Notwendigkeit erweiterter und demokratisierter Rechte und Chancen angesichts steigender, alle betreffender Opfer und Pflichten war im übrigen in der zunehmend revolutionären Agitation der Gruppen links von der USPD äußerst peripher¹⁵⁵.

Zweifellos brachte der Krieg Reformen, doch waren sie angesichts der riesigen Nöte und Belastungen gering und kamen zu spät. Auf die von der überwiegenden Mehrheit ihrer Mitglieder getragene Identifikation der Arbeiterbe-

wegung mit Nation und Staat im August 1914 folgte nicht etwa, wie in Frankreich, die Berufung eines ihrer Repräsentanten in eine hohe Stellung, sondern nur ein Besuch einiger hoher preußischer Minister und Staatssekretäre des Reiches im Gewerkschaftshaus und in den Verbandshäusern der Holz- und Metallarbeiter¹⁵⁵. Zweifellos nahm die Macht der Gewerkschaften im Laufe des Krieges ganz bedeutend zu; zivile und militärische Behörden kooperierten mit den damit erstmals vom Staat als legitime Arbeitervertretungen anerkannten Gewerkschaften in einem vor 1914 nicht denkbaren Maße auf dem Gebiet der Sozial- und Arbeiterpolitik, in der Hoffnung, die kriegsnotwendige Loyalität der Arbeiterschaft zu erhalten und die Arbeiterorganisationen zur Kontrolle aufkeimenden Widerstands und radikalen Protests zu benutzen¹⁵⁶. Zur Lösung kriegsbedingter Probleme auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung, Arbeitsvermittlung, Kriegsfürsorge und (vor allem seit dem Hilfsdienstgesetz) in der Lohn- bzw. Arbeiterpolitik ergaben sich auch Kontakte und begrenzte Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften und jenen Unternehmern, die der gewerkschaftlichen Anerkennung im übrigen feindlich gegenüberstanden. In den primär kleinbetrieblich strukturierten Industrien, in denen tarifvertragliche Kooperation schon vor 1914 entwickelt worden war, wurde diese im Kriege verstärkt und ausgebaut¹⁵⁷. Doch erfuhren die auf paritätische Arbeitsgemeinschaften, Anerkennung und Gleichberechtigung drängenden Forderungen der gewerkschaftlichen Verbände schroffe Abfuhr von den meisten, soweit wie möglich auf dem Herr-im-Haus-Standpunkt verharrenden Großunternehmern, insbesondere in der Schwerindustrie Oberschlesiens und des Ruhrgebiets, bis zu dem Zeitpunkt im Herbst 1918, da der Zusammenbruch unmittelbar drohte und die Kooperation mit den Gewerkschaften der einzig übriggebliebene Schutz der Unternehmer vor Revolution und Staatsinterventionismus zu sein schien¹⁵⁸.

Zwar fiel der von der Arbeiterbewegung lange bekämpfte Paragraph der Gewerbeordnung, der alle Maßnahmen direkten und indirekten Zwanges (bis hin zur Verrufserklärung) in Arbeitskämpfen mit Strafen belegte, die über das allgemeine Strafrecht hinausgingen, der insbesondere Streikbrecher schützte und von den Gewerkschaften stets als schwere Diskriminierung empfunden wurde; doch er fiel erst nach mehreren vergeblichen Anläufen im März 1918. Das von den Arbeitervertretungen geforderte Arbeitskammergesetz blieb auf der Strecke¹⁵⁹. Die Novellierungen des Vereinsgesetzes 1916 und 1917 erleichterten die Arbeit der Gewerkschaften, ein Zugeständnis, das der Reichskanzler mit der Notwendigkeit begründete, die SPD-Revisionisten gegen die SPD-Radikalen zu stärken¹⁶⁰. Eine gewisse Verbesserung des öffentlichen Arbeitsnachweiswesens, die Einsetzung von Fabrikpflegerinnen, Heimarbeiterlohnregelungen, vor allem aber das Hilfsdienstgesetz vom Dezember 1916 und die Einrichtung des Reichsarbeitsamtes im September 1918 bedeuteten arbeiterfreundliche Fortschritte in der Sozialpolitik, die unmittelbar vor 1914 stagniert und Anfang des Krieges einen kleinen Rückschlag erlitten hatte¹⁶¹. Doch gelang umgekehrt keine wirksame Kontrolle der Kriegsgewinne durch Preisbeschränkungen oder Steuern — ein Mangel, der gerade in den letzten Kriegsmonaten sehr erheblich zur

Aufheizung der Stimmung und Verbitterung der nicht profitierenden Bevölkerung beitrug¹⁶². Zwar vergrößerten der Reichstag und seine mittleren Parteien (einschließlich der MSPD) ihren Einfluß 1916/17 und wieder ab Sommer 1918 erheblich; Schritte zur Parlamentarisierung wurden getan, bevor noch die verfassungsmäßige Parlamentarisierung auf Druck der OHL und der politischen Parteien angesichts der drohenden Niederlage im Oktober 1918 vorgenommen wurde¹⁶³. Doch das in weiten Kreisen, vor allem in der Arbeiterschaft in steigendem Maße als Diskriminierung empfundene preußische Dreiklassenwahlrecht blieb bis Oktober 1918 erhalten¹⁶⁴. Die tatsächlich vollzogenen Veränderungen in Richtung größerer Gleichberechtigung und geringerer Privilegien blieben insofern sehr deutlich hinter den Erwartungen und Forderungen großer Teile der Bevölkerung zurück, die Demokratisierung der Chancen und Rechte hielt mit der Demokratisierung der Pflichten nicht Schritt.

b) Wirtschaftliche Not und Friedenssehnsucht

Die Unterschiede enthüllende Funktion der Not, deren dynamisch-rückschrittlicher Charakter, die zunehmende Mobilität, die den Status quo erhaltende, kaschierende und verschärfende Funktion des Burgfriedens, schließlich die stark empfundene Diskrepanz zwischen den zunehmenden Pflichten und Opfern einerseits, den nur wenig vergrößerten und weiterhin ungleichen Chancen bzw. Rechten andererseits — all dies erleichterte die Umsetzung der objektiv zunehmenden Klassengegensätze in offen zutage tretende Klassenspannungen. Innerhalb der Arbeiterschaft äußerten sich diese als zunehmende Mißstimmung, Unzufriedenheit und Protestbereitschaft, als Mißtrauen und in Gerüchten, als Erbitterung und Ärger, deren Zielrichtung nicht einheitlich war und häufig unbestimmt blieb. In Form von Demonstrationen, Streiks, Sprengungen der Versammlungen von Gegengruppen (der Vaterlandspartei z. B.¹⁶⁵) und Gewalttaten (lange vor der Revolution gegen Rathäuser und Geschäfte) wurden sie zum sichtbaren, jedoch kaum organisierten Konflikt. Die oft untrennbare und unklare Verbindung von Verbitterung über die ökonomische Lage, Friedenssehnsucht, sozialem Protest und politischen Forderungen in den Äußerungen und Demonstrationen von Arbeitern und anderen Angehörigen der Unterschichten erschwert die Analyse der Hauptinhalte und Hauptstoßrichtungen dieser kollektiven Haltungen und Aktionen.

Wirtschaftliche Momente prägten zunächst die Mißstimmungen am klarsten, die sehr früh, wenn auch allmählich, die Begeisterung des Augusts verdrängten¹⁶⁶. Entbehrungen, Hunger, ökonomische Beschwerde überhaupt dürften im ganzen, mit der Not zunehmend, bis zum Kriegsende dominant geblieben sein¹⁶⁷. Ihre Intensität war von der Versorgungssituation und damit auch von der Jahreszeit abhängig. Im Spätsommer und Frühherbst pflegte der Anschluß an die neue Ernte die Nahrungsmittelknappheit und damit die Stimmung ein wenig zu entspannen¹⁶⁸. Demonstrationen gegen Lebensmittelknappheit, Wucher und armselige Einkommen, Hungerkrawalle und Übergriffe auf Verkaufs-

läden, Aktionen, bei denen meist Frauen und Jugendliche überwogen und an denen organisierte Arbeiter und Facharbeiter in Rüstungsindustrien, wie es scheint, nur peripher teilgenommen haben, gab es seit 1915, zweifellos mit zunehmender Tendenz¹⁶⁹. Doch auch die vor allem seit Sommer 1916 ausbrechenden Streiks von Arbeitern in kriegswichtigen Industrien, von besser bezahlten Munitionsarbeitern zumal, die sich angesichts des wachsenden Arbeitermangels ihrer Unternehmen Streiks den ganzen Krieg über sehr viel besser leisten konnten als die in einer schwächeren Position befindlichen schlechter bezahlten Arbeiter in Friedensindustrien, entzündeten sich zumeist an Fragen der Lebensmittelversorgung, der mangelnden Anpassung der Löhne an die fortlaufende Teuerung, gegen Kriegsende zunehmend auch an dem Streben der überanstrengten Leute nach Arbeitszeitverkürzung¹⁷⁰.

Im März 1916 wurden die Ernährungsverhältnisse, die zunehmende Knappheit, die damit verbundene Stimmungsverschlechterung und die Probleme der Ernährungspolitik¹⁷¹ erstmals zu einem ausführlichen Thema in den internen Beratungen der SPD-Reichstagsfraktion¹⁷². Der spätestens im Mai 1916 sehr verbreitete Ruf nach einem „Lebensmitteldiktator“ flaute durch die Gründung des Kriegsernährungsamtes in diesem Monat nur vorübergehend ab¹⁷³. Im „Kohlrübenwinter“ 1916/17 erreichte die Aufgebrachtheit über den schieren Mangel an Lebensmitteln, insbesondere Fett und Kartoffeln sowie in zweiter Linie über die Knappheit an Brennstoffen ihren Höhepunkt; die Kürzung der Brotration auch für Schwerarbeiter im April 1917 trug entscheidend zum Ausbruch des Aprilstreiks bei, an dem allein in Berlin ca. 200 000 Arbeiter in ungefähr 300 Betrieben (besonders Munitionsbetrieben) beteiligt gewesen sind¹⁷⁴.

Im Juni/Juli 1917 stand die massenhafte Verbitterung über die Lebensmittelknappheit wieder im Zentrum der militärischen Monatsberichte. Plastisch und in durchaus typischer Weise berichtete die Kriegsamtstelle Danzig im Juli nach Berlin: „Kartoffeln alter Ernte sind seit über Monatsfrist nicht mehr zu haben und die Ersatzlieferungen von Brot und Mehl sind insbesondere für die arbeitende Bevölkerung durchaus unzureichend. Daher ist die Nachfrage nach Frühkartoffeln und Gemüse ungemein stark. Die ganz geringen Anfuhrer, die auf den Markt kommen, werden von den erregten Hausfrauen überstürmt. Falls nicht gleich ein ausreichender polizeilicher Schutz vorhanden ist, wird den Landleuten und Wiederverkäufern in brutalster Weise ihre Ware entrissen. Um sich einer derartigen Behandlung nicht erneut auszusetzen, bleiben die Landleute mit ihren Erzeugnissen dem Markte fern und verkaufen diese bereits daheim auf ihrer Scholle. Zu Hunderten pilgern daher die Stadtbewohner aufs Land, um sich mit Kartoffeln und Gemüse zu versorgen. Abgesehen davon, daß bei diesen Massenwanderungen unmittelbar auf den Kartoffel- und Gemüsefeldern recht erhebliche Verwüstungen der angebauten Flächen vorkommen und die Landleute von ihrer z. Z. sehr drängenden Arbeit abgehalten werden, schrecken diese Kartoffel- und Gemüsepilger auch nicht vor Felddiebstählen zurück. Sowohl hierbei wie auf den Märkten spielen sich daher sehr häßliche Szenen ab. Die erregten Frauen tragen die erbitterte Stimmung heim und übertragen diese in auf-

reizender Weise auf ihre von der Arbeit heimkehrenden Familienmitglieder, die sie wieder in die Fabrikbetriebe weitertragen.“¹⁷⁶ Die Berichte über Hamsterfahrten und die Klagen der Bauern über die rücksichtslose „Selbstversorgung“ der teilweise in Scharen einfallenden Städter hörten im Laufe des Krieges nicht mehr auf.

Allerdings trat im Winter 1916/17, jedenfalls nach den Monatsberichten der Stellvertretenden Generalkommandos zu urteilen, die Lebensmittelknappheit als solche im Bewußtsein der Bevölkerung etwas zurück hinter der drückenden Kohleknappheit und hinter der anschwellenden Verbitterung über die nicht mehr erschwinglichen Kleidungs- und Schuhpreise. Die Kriegsamtsstelle Frankfurt beobachtete, „daß die Lebensmittelpolonäsen [also das mißliche, auch von den Behörden aus Angst vor Aufläufen ungern gesehene Schlangestehen vor entsprechenden Geschäften] aufgehört haben, an ihre Stelle aber in verschiedenen Großstädten des Korpsbereiches die Schuhpolonäsen getreten sind“¹⁷⁶. In der großen Streikbewegung im Januar/Februar 1918 traten dann die ökonomischen Motive eindeutig hinter den politischen zurück¹⁷⁷. Erst die Berichte über die Stimmung im Juni 1918 informierten wieder stärker über die erneut wachsende Bedrückung und Verbitterung weiter Kreise der Bevölkerung über die fehlende und zu teure Nahrung und Kleidung. In der wachsenden Angst vor einem fünften Kriegswinter kam den ökonomischen Sorgen ein starkes Gewicht zu¹⁷⁸.

Mit Unzufriedenheit und Verbitterung über wirtschaftliche Nöte verband sich, mit der Länge des Krieges zunehmend, aber stark von dem Verlauf der Kämpfe abhängig, Kriegsmüdigkeit und Friedenssehnsucht. Seit dem Winter 1915/16 kennzeichneten sie die Stimmung in den ärmeren Schichten, insbesondere in der Arbeiterschaft¹⁷⁹. Am 1. Mai 1916 sprach Karl Liebknecht vor Tausenden von Demonstranten für Frieden und Revolution. Anlässlich seiner Verurteilung kam es in Berlin und anderen Städten zu Streiks, in denen die Forderungen nach Frieden und Freiheit für Liebknecht an erster Stelle standen¹⁸⁰. Im September 1916 stellte das Preußische Kriegsministerium fest, „daß in manchen Volksschichten, wie z. B. in den unteren Bürgerkreisen, die in engen Verhältnissen leben und von dem Ausgange des Krieges weder in der einen noch in der anderen Hinsicht einen Einfluß auf ihre Lebenslage kaum zu erwarten haben, eine betrübende Gleichgültigkeit zu finden ist. Man kann ohne Schwarzseher zu sein sagen, daß das Volk in seinem überwiegenden Teil kriegsmüde ist.“¹⁸¹ Aus Koblenz berichtete der Kommandierende General im Januar 1917: „Jetzt findet sich unter diesen [den ärmeren] Schichten des Volkes selbst für den Glauben, daß wenigstens die alten Bedingungen der Lebenshaltung in absehbarer Zeit nach Kriegsschluß wieder erreichbar seien, kaum noch ein Anhänger... Das Wort ‚Frieden‘ ist für den Gedankenkreis der Massen ohne Vorstellung von Siegesrealien geworden.“ Und sein Straßburger Kollege meldete „nicht nur große Friedenssehnsucht, sondern stellenweise sogar Verlangen nach Frieden um jeden Preis“¹⁸². Der Frankfurter Bericht stellte im Mai 1917 starke Sehnsucht nach einem „ehrvollen Frieden“ fest. „Andererseits will man aber den Krieg nicht fortgeführt wissen, um übertriebene Kriegsziele zu erreichen.

Ganz besonders lehnen die unteren Volksschichten bis weit in den Mittelstand hinein derartige Kriegsziele ab.¹⁸³ Die Erzählungen der Fronturlauber über das Grauen des Krieges (aber auch über die ungleiche Versorgung und Behandlung von Offizieren und Mannschaften an der Front) schürten die Antikriegsstimmung in der Heimat¹⁸⁴.

Andererseits vertrieben große militärische Erfolge oder erfolversprechende Ereignisse — so die Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Kriegs (Februar 1917), die Isonzo-Siege gegen die Italiener (Oktober 1917) und die zunächst erfolgreiche, mit größten Erwartungen verbundene und entsprechend publizierte Offensive im Westen vom März bis Juni/Juli 1918 vorübergehend die Kriegsmüdigkeit und Kriegsgleichgültigkeit und weckten bis weit in die Arbeiterschaft hinein jeweils neue annexionistische Hoffnungen¹⁸⁵. Karl Retzlaw, der dem Spartakus-Bund angehörte, berichtete über seine Schwierigkeiten in politischen Gesprächen mit reklamierten, von der Front beurlaubten Arbeitskollegen in der Berliner Turbinenfabrik der AEG 1917: „Wir wissen, was der Krieg ist, geh' du erstmal raus' sagten sie zu mir. Dann brauchte nur eine größere Siegesmeldung zu kommen und sofort schlug die Stimmung um. Unter solchen Umständen¹⁸⁶ war revolutionäre Agitation so schwer wie das Durchfeilen einer Stahlkette mit einer Nagelfeile.“¹⁸⁷

In den letzten Kriegsmonaten sanken die Siegeshoffnungen schnell und tief; Ende Juni bereits begann sich der hochgestimmte Optimismus der vorhergehenden Monate zu verflüchtigen: unter dem Eindruck des Scheiterns der österreichischen Offensive in Italien und des Stockens der deutschen Frühjahrsoffensive im Westen¹⁸⁸. Im Juli beschleunigte sich der nun nicht mehr aufzuhaltende Stimmungsverfall, die Entmutigung, die „Demobilisierung der Gemüter“¹⁸⁹. Eine völlige „Stagnation der Regungen des vaterländischen Geistes“ und größte „Apathie der Volksmassen“ stellte der Koblenzer Kommandierende General im September fest¹⁹⁰. Eine verbreitete „absolute Wurstigkeit gegenüber den Geschicken des Reiches und des Volkes“ konstatierte der Mehrheits-Sozialdemokrat Noske etwa zur gleichen Zeit. „Auch sozialdemokratische Arbeiter diskutierten [jetzt] in den Fabriken, daß wir gar kein Interesse an der Abwehr der Engländer hätten, diese würden unsere wertvolle Arbeit zu schützen wissen, also wozu noch weiterkämpfen.“¹⁹¹ Angesichts der Drohung eines fünften Kriegswinters und des Zusammenbruchs der im Juni noch so hoch gespannten Erwartungen war die Enttäuschung so radikal wie nie zuvor in diesem Krieg. Der Wunsch nach Frieden ohne Annexionen, zunehmend sogar nach Frieden um jeden Preis, Müdigkeit, Enttäuschung und Verzweiflung „prägten nun die Stimmung in den Städten, in der Arbeiterschaft und in weiten Kreisen des Mittelstandes“¹⁹².

c) Sozialkritik und politischer Protest

Sowohl die Beschwerden über die wirtschaftliche Not wie die Äußerungen von Friedenssehnsucht und Kriegsmüdigkeit verbanden sich in der Arbeiter-

schaft mit Ressentiments gegen die Privilegierten und Herrschenden, mit sozialer Kritik und sozialem Protest¹⁹³.

Zum einen: Angesichts der immer stärker diskutierten Gewinne vieler Produzenten und Händler wurde aus der Unzufriedenheit über den eigenen Mangel Protest gegen den Reichtum der wenigen, wurde die Verarmung der vielen weniger als Kriegsfolge denn als Konsequenz der Bereicherung einer Minderheit empfunden. Schon die ersten Monatsberichte der Militärverwaltungen notierten die Gewinne in der Kriegsindustrie, im Groß- und im Zwischenhandel als Gegenstände massenhaften Unbehagens¹⁹⁴. Noch 1918 wußten sie von steigender Erbitterung gegen Erzeuger und Händler zu berichten; Kriegsgewinne wurden zunehmend für die bedrückende Inflation verantwortlich gemacht und damit verstärkt zum Zielpunkt von Empörung und Haß¹⁹⁵.

Zum anderen: Das weitgehende Versagen der Ernährungswirtschaft und das Aufblühen des Schleichhandels sorgten dafür, daß die sich vergrößernden Einkommens- und Vermögensunterschiede schärfer als je zuvor in aufreizende Konsumunterschiede umgesetzt wurden¹⁹⁶. Zwar bedienten sich keineswegs nur die Reichen des Schwarzmarkts; 1918 konnte niemand in den Städten von den offiziellen Rationen leben und es gab „kaum jemanden . . . , der nicht selbst seine eigene Ernährung in gewissem Umfange auf den Schleichhandel oder gelegentlich ‚eigene Hamsterei‘ stützt“¹⁹⁷. Einmal als Folge der Knappheit und der mangelnden Kontrollmöglichkeiten eingerissen, war der Schwarzmarkt eben deshalb so schwer zu bekämpfen, weil seine effektive Verhinderung zu noch größeren Ernährungsschwierigkeiten und besonders im Falle der oft durch unternehmenseigenen Schleichhandel zusatzversorgten Kriegswirtschaftsarbeiter zu sozialer Explosionsgefahr geführt hätte¹⁹⁸. Dennoch bleibt festzuhalten, daß der Schleichhandel dem bedürfnisorientierten, soziale Gerechtigkeit anstrebenden öffentlichen Verteilungssystem auf illegale Weise ca. ein Drittel der zur Verfügung stehenden¹⁹⁹ Lebensmittel entzog und dieses Drittel nach den Kriterien von Einkommen, Vermögen und wirtschaftlicher Macht überhaupt verteilte. So trug er dazu bei, aus dem Protest gegen die Not einen Protest gegen die Ungleichheit werden zu lassen. „Mit Erbitterung sieht der kleine Mann und der Mittelstand, daß die behördlichen Maßnahmen hinsichtlich der Erfassung usw. versagen. Denn für teures Geld ist noch immer alles in beliebiger Menge zu haben.“ Aufreizend wirkte im Juli 1917 die Veröffentlichung, daß in den besseren Restaurants um Karlsruhe „nicht nur Sekt und teurer Wein in Strömen fließe [sic!], sondern auch Lebensmittel in Hülle und Fülle vorhanden“ seien. Aufgeführt wird eine Rechnung für das Abendessen zweier Personen von 76 M und daneben gestellt, daß die städtische und staatliche Kriegsunterstützung für eine Frau mit zwei Kindern monatlich 65 M betrage²⁰⁰.

Im März 1917 zitierte der Chef des Frankfurter Armeekorps in seinem Bericht den „Hessischen Volksfreund“: „Nichts trägt mehr zur Aufregung weiter Volksschichten bei, als eine ungerechte Verteilung der Lebensmittel. Die Möglichkeit, daß derjenige, der über reiche Geldmittel verfügt, sich auch gradeso gut, manchmal noch besser verproviantieren kann wie im Frieden, ist leider eine

Tatsache, die uns das Vertrauen zum gemeinsamen, gerechten Willen des Durchhaltens erschüttert.“ Der Bericht fuhr fort: „Auch auf den Wucher- und Schleichhandel wird immer wieder hingewiesen und betont, daß diese Erscheinungen eine bedenkliche Gefahr im Innern unseres Landes bilden. Die folgende Zusammenfassung der Ärgernisse in einem Eingesandt der Mainzer Volksstimme entspricht der Stimme weiter Kreise. Der Einsender schreibt: Ich bin ungehalten: 1. Weil 22 Kohlenbergwerksgesellschaften im vorigen Jahre bei reichlichen Abschreibungen, im Durchschnitt eine Dividende von 19 % verteilten und trotzdem jetzt den Kohlenpreis 40 bis 50 Pf. den Zentner erhöhten. 2. Weil ich, trotzdem die Lederaktiengesellschaften im vorigen Jahre 65 % Dividende verteilten, für ein Paar Schuhe für einen zehnjährigen Knaben 25 M bezahlen mußte. 3. Weil die Räucherammern der Agrarier und der Wohhabenden mit Speck, Schinken, Wurst gut gefüllt sind, während die Nahrung meiner Familie in der Hauptsache aus Kartoffeln und Kohlrüben besteht.“²⁰⁰

Im Juli 1918 gab das Magdeburger Generalkommando folgenden Bericht nach Berlin weiter: „Der frühere große Riß zwischen arm und reich, den die Kriegsbegeisterung der ersten Zeit ziemlich geschlossen hatte, klapft je länger desto mehr wieder auseinander. In den ärmeren Bevölkerungsschichten hat sich gegen die Reichen und namentlich gegen die sogenannten Kriegsgewinnler ein geradezu schädlicher Haß aufgestapelt, von dem man nur wünschen kann, daß er nicht doch einmal zu einer furchtbaren Entladung kommt. Veranlaßt ist dieser Haß weniger durch den Besitz des Reichtums an sich, sondern weil die einzelnen Kreise der Bevölkerung bei fast unbeschränkt zur Verfügung stehenden Geldmitteln es sich ermöglichen können, sich nicht allein auskömmlich, sondern sogar gut zu ernähren und sich mit fast jedem Luxus zu umgeben, während der größte Teil der Bevölkerung tatsächlich darben und hungern muß. Fast alle Verfügungen der Obrigkeit werden jetzt unter dem Gesichtswinkel zu kritisieren versucht, daß sie nur den Reichen nutzen und die Armen schädigen.“²⁰¹

Die Kriegsgewinne, die Schwarzmarkterfolge, die sichtbaren Vergnügungen der Reichen zeigten es sehr deutlich: Diese nahmen nicht teil an der allgemeinen Not, ja, sie nützten sie zudem noch für sich aus und vergrößerten sie dadurch. Im Krieg wild ins Kraut schießende Gerüchte übertrieben bald diesen durchaus realen Zusammenhang, etwa wenn im Winter 1916/17 in der Arbeiterschaft eines Berliner AEG-Betriebes die Mär umging, „die Kronprinzessin bade in Milch, während Kleinkinder keine Milch erhielten“²⁰². Teils in berechtigter, teils in unberechtigter Weise wurde so von vielen Knappheit als Übervorteilung und Not nicht als kriegsbedingtes Unglück, sondern als angetanes Unrecht empfunden; die Privilegierten, die Herrschenden erschienen dafür verantwortlich²⁰³. Die Unzufriedenheit über wirtschaftlichen Mangel verschmolz so mit sozialem Ressentiment und Protest. Erst so wurde sie politisierbar und zu einer wichtigen Bedingung der Revolution.

Ganz ähnlich wurde die Kriegsmüdigkeit, die Friedenssehnsucht sozialkritisch überformt. Angesichts der hohen Kriegsgewinne von Erzeugern und Händlern wurde vor allem in der zweiten Kriegshälfte „die Ansicht geäußert, daß des-

halb ein Kriegsende noch nicht zu erwarten sei, weil viele ein Interesse an der möglichst langen Dauer des Krieges hätten²⁰⁴. Der Spartakus-Bund, der diese klassengesellschaftliche Interpretation des Krieges am klarsten und explizitesten vertrat und so konsequent die Ablehnung des Krieges mit der Forderung nach sozialer Revolution zu verbinden versuchte, setzte an diesem meist unformulierten Mißtrauen an. „In Handwerker- und Arbeiterkreisen wird mit Geschick die Ansicht verbreitet, daß die Fortführung des Krieges nur im Interesse des Großkapitals läge und daß für die Arbeiter die staatliche Zugehörigkeit ziemlich gleichgültig sei, da in England der Arbeiter genau so bezahlt werde wie in Deutschland.“²⁰⁵ Wenn es dem Spartakus auch nicht gelang, in erwähnenswert großen Kreisen der Arbeiterschaft ein entsprechendes revolutionäres Klassenbewußtsein zu erzeugen²⁰⁶, so war ein meist vages Gefühl über den Krieg als „Angelegenheit der Reichen, um deren kapitalistischer Interessen er geführt wird“, keineswegs auf den Spartakus beschränkt. Flugzettel wie: „Der Krieg ist ein Schwindel, nieder mit den Großkopften, auf zur Revolution...“ (München, Januar 1916) und handgeschriebene Texte an Wänden von Toiletten der dritten Wagenklasse wie: „Es gibt rechte Hammeln, die an dem scheußlichen Krieg ein Wohlgefallen haben“²⁰⁷ lassen nicht auf die Agitation ideologisch trainierter Revolutionäre schließen, sondern auf ziemlich spontane Mißstimmung, die sich zugleich gegen „die da oben“ wandte. Mindestens wurde auch von unpolitischen Arbeitern vermutet, daß das auskömmliche Leben der Mächtigen und Reichen, die ja zudem selbst nicht an der Front standen, die Entscheidungsträger kaum zu einer schnelleren Beendigung des gehaßten Krieges reizte. „Politisch Indifferente schrieben und klebten [im Winter 1916/17] an alle möglichen Stellen [eines Berliner Rüstungsbetriebes] die Losung: ‚Gleicher Lohn und gleiches Fressen, dann wäre der Krieg schon längst vergessen!‘“²⁰⁸

Solche vagen, doch im Kern klassengesellschaftlichen Interpretationen des Krieges wurden durch die Kriegszieldiskussion und den Streit um Sieg- oder Verständigungsfrieden bestärkt. Entgegen den Prinzipien des Burgfriedens und wider den Willen der Reichsregierung wurde die Kriegszieldiskussion zunächst von annexionistischer Seite seit Mitte 1916 in die Öffentlichkeit getragen und seit Ende 1916 praktisch unbeschränkt öffentlich geführt. Sie erreichte mit der Friedensresolution der Reichstagsmehrheit im Juli und mit der Gründung der annexionistischen, reformfeindlichen Vaterlandspartei im September 1917 einen ersten Höhepunkt. Ihr Verlauf und ihre innenpolitischen Zusammenhänge können hier nicht behandelt werden. Im Kontext unseres Argumentes kommt es nur auf Folgendes an: Zwar fiel die ohnehin sich mit der Kriegslage ständig verschiebende Front zwischen den verschiedenen Verfechtern eines annexionistischen Siegfriedens und den Vertretern eines wie auch immer im Detail gearteten Verständigungsfriedens nicht hundertprozentig mit der Scheidungslinie zwischen den sozialen Klassen in eins. Wie erwähnt, waren längst nicht alle Arbeiter entschiedene Anti-Annexionisten, schon gar nicht zur Zeit des Diktats von Brest-Litowsk und der deutschen Frühjahrserfolge 1918 im Westen²⁰⁹. Andererseits unterstützten auch einige große Unternehmer, besonders aus dem Banksektor, den

bald scheiternden „Volksbund für Freiheit und Vaterland“, der sich als gemäßigte, im wesentlichen anti-annexionistische Gegengründung zur Vaterlandspartei verstand. Die anti-annexionistische Friedensresolution stützten auch bürgerliche Parteien, die Linksliberalen, das Zentrum und Teile der Nationalliberalen, deren soziale Basis keineswegs auf die Arbeitnehmerschaft beschränkt war²¹⁰. Dennoch fällt auf, daß sich die kriegszielpolitische Auseinandersetzung vor allem in der zweiten Kriegshälfte weitgehend und der Tendenz nach entlang der Klassenlinie strukturierte. Das soziale Fundament der Vaterlandspartei bildeten die großen industriellen, landwirtschaftlichen und mittelständischen Unternehmerverbände. Reine Arbeitnehmerverbände gehörten ihr außer zwei kleinen nationalen Arbeiterorganisationen nicht an²¹¹. Umgekehrt unterschrieben keine Unternehmerorganisationen, wohl aber die wichtigsten Arbeitnehmerverbände den Aufruf des „Volksbundes für Freiheit und Vaterland“²¹².

Die Klassenbasis der Kriegszielausinandersetzung wird noch deutlicher, wenn man die innenpolitische Programmatik und Funktion der beiden Lager bedenkt: die auf antireformerische und antirevolutionäre Erhaltung des Status quo, bzw. auf *Restauration früherer Machtverhältnisse festgelegte Politik der Vaterlandspartei* einerseits und den Aufruf zur „sofortigen innerpolitischen Neuordnung“ des „Volksbundes“ andererseits²¹³. Auf beiden Seiten wurden ja die Kriegszielforderungen zum Teil ganz bewußt auch als Instrumente zur Verhinderung bzw. zur Erleichterung der innenpolitischen Neuorientierung verstanden^{213a}. Innerhalb dieses hier nur skizzierten kriegszielpolitisch-innerpolitischen Verschränkungszusammenhanges erweist sich erst der reale Kern des vagen und oft allzu simplen Verdachtes in der Arbeiterschaft und anderen Teilen der Bevölkerung, wonach der Krieg primär eine Sache der Reichen und Mächtigen sei. Die Annexionspropaganda der Vaterlandspartei trug jedenfalls nachweislich dazu bei, daß die Friedenssehnsucht der meisten Arbeiter zunehmend mit einer sozialkritischen Frontstellung gegen „die da oben“ verschmolz^{213b}.

Neben ihrer ökonomischen, ihrer sozialkritischen und ihrer Anti-Kriegs-Komponente hatten die Unruhen, Ressentiments und Proteste spätestens seit 1916 eine explizit innenpolitische Dimension. Der preußische Kriegsminister schrieb schon am 2. März 1916: „Nicht nur die Fragen der Kriegsziele, sondern auch innerpolitische Fragen, über Wahlrecht, Besteuerung, Teuerung usw., die sich auf die Dauer nicht völlig ausschalten lassen, bedrohen diesen Zusammenhalt [des Volkes].“²¹⁴ In den Sympathiestreiks für Liebknecht vermischte sich schon im Sommer 1916 der Ruf nach Frieden mit dem Protest gegen die innere staatlich-militärische Repression unter dem Zeichen des Belagerungszustandes²¹⁵. In den Monatsberichten der Stellvertretenden Generalkommandos wurde innerpolitischen Faktoren allerdings erst ab Frühjahr 1917 eine größere Bedeutung für die Mißstimmung der Bevölkerung zugesprochen²¹⁶. Die russische Februarrevolution habe nicht nur die Hoffnung auf Frieden neu belebt, sondern die Arbeiterschaft auch in anderer Weise politisiert: „Es ist nicht zu verkennen“, schrieb das Württembergische Kriegsministerium Ende März, „daß die Nachrichten über die Rolle, welche in Rußland die Industriearbeiter in der

Bewegung gespielt haben, auch auf die deutschen Arbeiter in der Richtung eingewirkt haben, daß sie glauben, ihren Einfluß sowohl auf den eigenen Fabrikbetrieb wie auf die politische Leitung erheblich ausdehnen zu können. Nicht selten müssen die Arbeitgeber von Nachahmung des russischen Beispiels hören . . .²¹⁷

In der Tat bildeten die politischen Ereignisse im März und April 1917 die Grundlage für eine in Intensität und Qualität neuartige Politisierung der durch den Kohlrübenwinter zermürbten Bevölkerung: Neben der tiefgreifenden Wirkung der russischen Februarrevolution trugen vor allem die Unruhen über das von der Preußischen Regierung eingebrachte Fideikommißgesetz, die erste große Reichstagsdebatte zur innenpolitischen Lage seit Kriegsbeginn am 29. März 1917, die darauf folgende Einsetzung des Reichstags-Verfassungsausschusses, die Gründung der USPD im April und schließlich die Osterbotschaft des Kaisers mit dem Versprechen der Wahlrechtsreform in Preußen dazu bei, die politische Dimension in der Unzufriedenheit der Massen zu verstärken. Außen- und innenpolitische Ziele (Frieden und innere Demokratisierung) spielten dann auch im Aprilstreik eine gewisse, doch noch keine primäre Rolle²¹⁸.

Erst in der großen Streikbewegung Ende Januar/Anfang Februar 1918 traten ökonomische Motive eindeutiger hinter außen- und innenpolitischen zurück. Die hauptsächlichen Streikziele waren: ein schneller Friede ohne Annexionen und Reparationen, die Hinzuziehung von Arbeitervertretern zu den Friedensverhandlungen mit Rußland in Brest-Litowsk, ausgiebigere Nahrungsversorgung, Aufhebung des Belagerungszustandes und der Militarisierung der Betriebe, die Freilassung aller politischen Gefangenen, die Demokratisierung des Staates und die Wahlrechtsreform in Preußen. Diese Forderungen blieben zwar noch ganz und gar im Rahmen der Zielsetzung einer bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, wenn sich im Laufe des Streiks auch einerseits große Sympathien für das sowjetische System zeigten und andererseits in dieser Streikbewegung (nach April 1917 zum zweitenmal) Arbeiterräte bildeten. Der Januarstreik mit mehr als einer Million Teilnehmern signalisierte eine zunehmende Radikalisierung und Politisierung der Arbeiterschaft. Die Empörung über die deutsche Verhandlungsführung in Brest-Litowsk, der die Fortdauer des Krieges im Osten trotz der Friedensbereitschaft der Sowjetregierung zu Recht angelastet wurde; die annexionistischen Bestrebungen der reformfeindlichen Vaterlandspartei, die jetzt voll in Aktion getreten war; und die Enttäuschung über mangelnde Fortschritte in der Wahlrechtsfrage, die seit Frühjahr 1917 mit wachsenden Erwartungen diskutiert wurde — das waren die Hauptmomente dieses Prozesses, in dem weitverbreitete Unzufriedenheit zunehmend ihren Ausdruck in politischen Forderungen fand. Die seitens der sowjetischen und westlichen Politiker propagierten, in Deutschland auch publizierten Demokratisierungsforderungen scheinen zudem nicht ohne Einfluß geblieben zu sein²¹⁹.

In den letzten Monaten des Krieges beachteten die Berichte der Stellvertretenden Generalkommandos die innenpolitischen Elemente in den Stimmungen der Bevölkerung kontinuierlich und bewerteten sie gewichtiger als in den Jahren zuvor. Die Ablehnung der Wahlrechtsreformvorlage durch das preußische

Abgeordnetenhaus sei nur deshalb relativ ruhig akzeptiert worden, „da man eine andere Entscheidung des Abgeordnetenhauses nicht erwartet hat und mit einer Auflösung der Kammer rechnet“. Man nehme fest an, daß ein demokratisches Wahlrecht bald Wirklichkeit sein werde. Das Frankfurter Stellvertretende Generalkommando fügte warnend hinzu: „Sähe sich die Bevölkerung in diesem Vertrauen letzten Endes getäuscht, so wären gefährliche Erschütterungen unseres politischen Lebens unausweichlich.“²²⁰ Neben der jetzt häufiger erwähnten Steuergesetzgebung, die anlässlich der Vorlagen im Reichstag und angesichts der Aufmerksamkeit erregenden Kriegsgewinne in der Bevölkerung diskutiert wurde²²¹, und der Parlamentarisierung allgemein²²², blieben die Wahlrechtsreformen und ihre Ablehnung durch die Konservativen ein wichtiger Angriffspunkt für die Arbeiterschaft im Juli, August und September, noch bevor die Wilson-Noten im Oktober die innere Demokratisierung als Friedensvoraussetzung forderten und die Frage der Kaiser-Absetzung akut wurde²²³.

Zunehmend, so scheint es, gingen wirtschaftliche Erbitterung und Kriegsmüdigkeit in politische Proteste über. Eine öffentliche Arbeiterversammlung im sächsischen Riesa forderte im September, „daß nun endlich im Reich und Bundesstaat alle Volksangehörigen gleiche politische Rechte erhalten und damit die Staatsverfassung auch vollständig auf demokratischer Grundlage aufgebaut wird, da die bestehenden ungleichmäßigen Volksrechte es sind, die den heutigen unhaltbaren Zustand in der Ernährungsfrage vor allem mit herbeigeführt haben“. Das Dresdener Stellvertretende Generalkommando kommentierte das so: „Durch außerordentlich rege und geschickte Agitation hat es die Sozialdemokratie verstanden, diese Überzeugung den Massen beizubringen; bei mehreren Versammlungen in anderen Teilen des Korpsbezirks kam sie in ähnlicher Form zum Ausdruck.“²²⁴ Und das Koblenzer Stellvertretende Generalkommando meldete: „Es ist zu spüren, daß die innerpolitische Bewegung trotz der gewaltigen Vorgänge auf den Schlachtfeldern mehr in den Vordergrund getreten ist — sie bildet in hohem Maße den Gesprächsstoff. Das Verlangen nach Erledigung der preußischen Wahlrechtsvorlage ertönt ebenso aus dem Munde organisierter und durch die Gewerkschaft geschulter Arbeiter, wie aus den Reihen des Mittelstandes und selbst aus den weiten Kreisen der Menschen ohne bestimmte politische Überzeugung, denen im innersten Herzen das Wahlrecht eigentlich gleichgültig ist. Wenn daher zum großen Teil der Ruf nach dem Wahlrecht lediglich auf Agitationserfolgen und weniger auf innerer Überzeugung der Massen beruht, so muß doch von einer allgemeinen Volksbewegung im Korpsbereich gesprochen werden, der entgegenzuwirken verhängnisvoll sein würde...“²²⁵

d) Zur Struktur des Protestpotentials

Verbitterung über die wirtschaftliche Misere, Sehnsucht nach Frieden, soziale Proteste und enttäuschte Reformervorstellungen auf innenpolitischem Gebiet wurden als die hauptsächlichsten Dimensionen jener Unzufriedenheit und Erbitterung analysiert, die die Stimmung der städtischen Massen im Laufe des Krieges im-

mer mehr charakterisierte. Diese vier Motivationskomplexe verbanden sich in wechselnden Gewichtungen und zunehmender Intensität zu einem meist diffusen, formbaren, nicht klar gerichteten Gemisch von Apathie, Unzufriedenheit, Verbitterung, Ressentiment und Empörung, das die Siegeshoffnungen von 1914 immer klarer (wenn auch nicht gradlinig) zurückdrängte und das die auch in großen Teilen der Arbeiterschaft weiter wirksame nationale Solidarität abschwächte und untergrub. Eine genauere, aber schwierige Analyse der Streiks, ihrer Motive und Ziele, ließe die enge und sehr variable Verflechtung dieser vier Motivationskomplexe erkennen.

Die Konturen jedes dieser vier miteinander eng verbundenen Motivationskomplexe blieben unscharf und flüchtig; sie konnten, so scheint es, eben deshalb ineinander transformiert werden; Erleichterungen bzw. Verschärfungen auf der einen Ebene konnten sich zugleich als Erleichterungen bzw. Verschärfungen auf einer anderen Ebene auswirken. Die so begründete, allerdings begrenzte Möglichkeit der Substitution einer Unzufriedenheitsart durch die andere zeigte sich etwa, wenn eine Behörde nach eigener Mitteilung im Leipziger Aprilstreik 1917 durch ökonomische Konzession dafür sorgte, daß „der Grund des Streiks vom politischen auf das wirtschaftliche Gebiet hinübergespielt worden ist und dadurch der Sache die Spitze abgebrochen wurde“²²⁶. Doch auch der umgekehrte Fall, die allmähliche Umsetzung nicht mehr hinreichend durch ökonomische Mittel zu befriedigender wirtschaftlicher Unzufriedenheiten in politische Ressentiments und Proteste, weist auf jene gegenseitige Substitutionsmöglichkeit hin²²⁷. Der innere Zusammenhang dieser vier Spannungsdimensionen zeigte sich deutlich, als während der hoch fliegenden Siegeshoffnungen der Frühjahrsoffensive 1918 auch die Klagen über die wirtschaftliche Knappheit und die Enttäuschung über Ungleichheit und ausbleibende Reformen in den Hintergrund traten; all diese Momente traten wieder heftig hervor, als sich die Siegesaussichten im Sommer als illusionär herausstellten und tiefe Kriegsmüdigkeit endgültig um sich griff. Eben diese Substituierbarkeit der einzelnen Unzufriedenheitsdimensionen läßt erkennen, wie sehr die geschlossene Formulierung und durchschlagende Zielrichtung des sich aufstauenden Protestpotentials von äußeren Ereignissen oder entschiedenen Führungsgruppen abhängig sein mußten.

Trotzdem enthielt dieses Gemisch von Unzufriedenheiten, Apathie, Verbitterung, Ressentiments und Empörung, wie gezeigt, eine zunehmende, wenn auch nicht völlig geklärte, allgemeine Stoßrichtung gegen „die da oben“, gegen die Besitzenden und Herrschenden, gegen Erzeuger und Händler, gegen Kriegsgewinnler und Reiche, auch und besonders gegen die Behörden (worauf bei der Analyse des Verhältnisses von Gesellschaft und Staat zurückzukommen sein wird). Dem objektiv sich verschärfenden Klassengegensatz entsprach damit eine Verschärfung der Klassenspannung, längst vor der panikartigen Parlamentarisierung im Oktober und lange vor dem Zusammenbruch und der Revolution. Doch blieb das Bewußtsein der Arbeiterschaft in seiner Diffusität noch weit von einem klar ausgeprägten, solidarischen, gegen die Kapitalisten und ihre Herrschaftsinstrumente gerichteten, revolutionären Klassenbewußtsein entfernt, zu-

mal die in langen Vorkriegstraditionen wurzelnde, zu Kriegsbeginn überwältigend starke nationale Solidarität der Massen der Arbeiter mit ihrem kriegführenden Land keineswegs ganz abgebaut, sondern nur deutlich von den geschilderten Spannungen zurückgedrängt wurde.

Zu untersuchen bliebe, welche Kategorien von Arbeitern welche Formen und Ausmaße von Protestbereitschaft entwickelten und wie weit sozial-ökonomische Differenzierungen innerhalb der Arbeiterschaft die Entwicklung einer solidarischen Haltung hinderten. Ein direkter Zusammenhang zwischen dem Ausmaß ökonomischer Not und dem Ausmaß manifester Protestbereitschaft bestand offenbar nicht, jedenfalls nicht durchweg²⁹⁹. Die führende Rolle der gut verdienenden Rüstungs-Facharbeiter in der USPD, in den großen Streiks vom April 1917 und Januar 1918, in der Entstehung der Räte-Bewegung und in der Vorbereitung der Revolution³⁰⁰ widerspricht einer solchen vereinfachenden Annahme. Das Phänomen, daß gerade besser verdienende Arbeiter den radikalen Kern der Proteste bildeten, bliebe näher zu untersuchen³⁰⁰. Es scheint jedoch darauf hinzuweisen, daß die innerhalb der Arbeiterschaft bestehenden Unterschiede des Verdienstes und Lebensstandards die Klassensolidarität weniger beeinträchtigten als man zunächst annehmen könnte³⁰¹.

Sicher resultierten die meisten der geschilderten Erschütterungen, Enttäuschungen und Opfer nicht aus klassengesellschaftlichen Gegensätzen, sondern aus der Knappheitssituation und der Grausamkeit des Krieges selbst. Doch diese Erschütterungen, Enttäuschungen und Opfer wurden in einem sich zuspitzenden klassengesellschaftlichen Kontext durch solche Entbehrungen und Enttäuschungen überformt und verstärkt, die aus der ungleichen Verteilung von Lebenschancen aller Art, aus der Klassenstruktur der Wilhelminischen Gesellschaft stammten; auch unmittelbar kriegsbedingte Deprivationen wurden somit klassengesellschaftlich vermittelt und vor allem von den Betroffenen in klassengesellschaftlichen Erfahrungszusammenhängen erlebt. In den geschilderten Grenzen und mit mannigfachen Differenzierungen wurden so aus Klagen über Not und Krieg Anklagen gegen die Herrschenden und schließlich — dies bleibt zu behandeln — gegen das Herrschaftssystem selbst.

Gemäß dem am Anfang entwickelten Modell wäre nun zu erwarten, daß sich die anwachsenden, doch diffus bleibenden Klassenspannungen in immer geschlosseneren und radikaleren Organisationen manifestierten und in immer schärfere Konflikte umsetzten. Dies war aber nur teilweise der Fall.

e) Die gehemmte Manifestation des Protests: Arbeiterparteien und Gewerkschaften

Die Zahl der Streiks, die unter dem Einfluß des Burgfriedens und der großen Arbeitslosigkeit zu Kriegsbeginn aufgehört hatten, wuchs, soweit es die für die Kriegsjahre besonders unzuverlässigen Statistiken erkennen lassen, von 137 im Jahr 1915 auf 240 (1916) und 561 (1917). 1918 fanden danach nur 531 Streiks statt, 1919 und 1920 dagegen jeweils knapp 3700; 1912 und

1913 hatte es 2500 bzw. 2100 Streiks gegeben²³². Bei aller Ungenauigkeit im einzelnen dürfte die Tendenz zur Steigerung der Kampfmaßnahmen ebenso richtig wiedergegeben sein wie ihre relativ zur Vor- und Nachkriegszeit geringe Häufigkeit im Krieg. Sicherlich nahmen Unruhen, Demonstrationen, Aufläufe und Plünderungen im Krieg eher zu als ab, doch fehlen uns hierfür alle Zahlen.

Die Radikalisierung der Arbeiterschaft zeigte sich darüber hinaus in der absolut und relativ zur Mehrheits-SPD²³³ zunehmenden Mitgliederzahl der im April 1917 selbständig werdenden USPD, die sich von der gemäßigeren Partei Eberts und Scheidemanns durch eine entschiedeneren Anti-Kriegs-Politik, durch Ablehnung der Zusammenarbeit mit der Regierung, durch stärkere Betonung der Massenaktivität (auch gegen Parteibürokratie und „Instanzen“) wie schließlich in einer nicht einheitlichen und begrenzten, doch wachsenden Betonung des sozialistischen Klassenstandpunktes (statt des Standpunktes der nationalen Solidarität) unterschied²³⁴. Die Mitgliederzahl der SPD ging von 1 086 000 (1914) auf 586 000 (1915), 433 000 (1916) und 243 000 (1917) zurück, auf einen Tiefstand, an dem sich bis zur Revolution nur noch wenig änderte²³⁴. Die USPD schätzte, daß sie es bis zu Beginn der Revolution auf ca. 100 000 Mitglieder gebracht habe²³⁵. Die SPD führte ihre Verluste auf die hohen Einberufungen ihrer Mitglieder zurück, aber auch auf die Werbekraft der radikaleren USPD. „Durch die Übertritte zur Unabhängigen Partei erlitt unser Mitgliederstand erhebliche Einbußen, die noch gesteigert wurden durch die Parteiverdrossenheit, welche durch die zügellose Kritik der Opposition hervorgerufen war und leider manchem früheren Mitkämpfer Veranlassung gab, vom politischen Leben sich abzuwenden . . .“²³⁶ Selbst der Parteivorstand sah also ein, daß er den Rückgang seiner Massenbasis auch einer Radikalisierung in der Arbeiterschaft verdankte, die die Partei nicht mitvollzog, obwohl ihre sozial- und allgemeinpolitischen Reformforderungen im Laufe des Krieges zweifellos entschiedener, drängender und z. T. auch drohender wurden und obwohl einige MSPD-Ortsgruppen im Laufe des Krieges Radikalisierungsprozesse durchmachten, die diese Ortsgruppen trotz Beibehaltung des alten Namens der Partei Haases ähnlicher werden ließen als der Eberts²³⁷. Ob bestimmte Arbeiterkategorien, etwa die ärmeren aus den Friedensindustrien eher zur USPD abwanderten als andere, läßt sich generell bisher nicht beantworten²³⁸.

Auf eine gewisse Radikalisierung der Arbeiterschaft deutet weiterhin die allerdings über Anfänge nicht hinausreichende Entstehung neuer Organisationskerne hin, die in Absetzung zu den Gewerkschaften, manchmal sogar gegen sie, Träger radikaler Aktionen wurden und teilweise ideologisch unter den Einfluß der sehr kleinen, kaum in der Arbeiterschaft verwurzelten, am linken Flügel der USPD stehenden Spartakusgruppe, der Vorläuferin der KPD, geriet. Vor allem die Herausbildung des Kreises der „Revolutionären Obleute“, insbesondere in Berliner Großbetrieben der metallverarbeitenden Industrie, und die Entstehung von Arbeiterräten im April 1917 und Januar 1918 lassen auf die Existenz eines zunehmenden Protestpotentials innerhalb der Arbeiterschaft schließen, das von den traditionellen Organisationen, von den Gewerkschaften

und der Mehrheits-Partei, nicht aktiviert wurde²³⁹. Die 1917/1918 zunehmenden, im Januarstreik einen Höhepunkt erreichenden Kampfmaßnahmen, die ohne Unterstützung der Gewerkschaften, in klarer Absetzung von ihnen und teilweise sogar gegen ihre dämpfenden Eingriffe durchgeführt wurden, machen ebenfalls klar, daß die weitgehend ausbleibende Radikalisierung der Gewerkschaften und der SPD nicht als Indiz für ebenfalls ausbleibende Radikalisierung der Basis gewertet werden darf²⁴⁰.

Daß sich die zunehmenden Klassenspannungen nicht klarer in organisierte Klassenkonflikte umsetzten, lag zu einem gewissen Teil an der Unterdrückung und Verfolgung radikaler Oppositioneller mit den Mitteln des Belagerungszustandes. Die Überwachung und das Verbot mißliebiger Versammlungen, die Zensur agitatorischer Schriften, die Militarisierung der Betriebe, die Einberufung auffallender „Rädelsführer“ zum Militär, „Sicherheitshaft“ und schnelle, kriegsrechtliche Verurteilungen waren die wichtigsten Instrumente, die der Staatsgewalt im Krieg zusätzlich zu ihren normalen Mitteln zur Verfügung standen. Die geringe Wirksamkeit des Spartakus hing zweifellos damit zusammen, daß seine Führer und viele seiner Mitglieder in die Gefängnisse oder in die Schützengräben wanderten²⁴¹. Harte Strafen für Streikführer, Flugzettelproduzenten und -verteiler, Agitatoren und „Hetzer“ aller Art, daneben vor allem der Wink mit dem Schützengraben (besonders im Falle der Reklamierten; auch im Falle zurückgestellter Gewerkschafts- und Parteifunktionäre?) erhöhten das Risiko offenen Konflikts auch für andere aktive Oppositionelle, insbesondere für die Mitglieder und Sympathisanten der scharf von den Militär- und Polizeibehörden beobachteten „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ bzw. USPD²⁴².

Die mangelnde Umsetzung sich aufladender Klassenspannungen in entsprechend vehemente und organisierte Konflikte lag aber vor allem an der Rolle der machtvollen Organisationen, die im Prinzip am ehesten eine solche Umsetzung hätten bewerkstelligen können, aber darauf verzichteten, an der Rolle der Gewerkschaften und der SPD. Insbesondere die Spitzen der Gewerkschaften, die i. d. R. den rechten Flügel der Mehrheits-SPD stärkten, reflektierten die allmählich sich aufladenden Klassenspannungen nur in sehr gebrochener und abgeschwächter Form. Zwar bildeten in den Mitgliedschaften einiger Einzelverbände, so im Metallarbeiterverband, USPD-Sympathisanten und -Mitglieder starke oppositionelle Minderheiten, und einige kleinere Zentralverbände (Kürschner, Handlungsgehilfen und Schuhmacher) sowie einige örtliche Gewerkschaften unterstützten die USPD²⁴³. Auch ist nicht zu übersehen, daß die Politik der drei großen Gewerkschaftsbünde, deren programmatische Differenzen sich im Kriege etwas abschliffen und deren Zusammenarbeit zunahm²⁴⁴, im Krieg eine bedeutsame thematische Ausweitung erfuhr: zwar blieb die Sozialpolitik weiterhin im Mittelpunkt ihres Interesses, doch erhielt die allgemeine und die Wirtschaftspolitik nun mehr gewerkschaftliche Aufmerksamkeit als zuvor.

Seit Frühjahr 1917 reflektierten die Äußerungen der sozialdemokratischen Generalkommission die zunehmende Politisierung der Arbeiterschaft: Drän-

gende Stellungnahmen zur Wahlrechtsfrage und inneren Neuorientierung überhaupt erschienen in gewerkschafts-offiziellen Publikationen und nahmen zu; klarer als zuvor nahm nun die Spitze der sozialdemokratischen Gewerkschaften gegen die annexionistische Kriegszielpropaganda Stellung. Sie unterstützte den „Volksbund für Freiheit und Vaterland“, den sie als eine Gründung der Arbeiterschaft begriff²⁴⁶. Seit 1916 beschäftigte sie sich mit Fragen der staatlich beaufsichtigten Monopolbildung, empfahl diese für den Bergbau, große Teile der Energiewirtschaft und den Großhandel und forderte für solche Unternehmen neben staatlicher Kontrolle gewerkschaftliche Mitbestimmung im sozialen und wirtschaftlichen Bereich. Immer selbstbewußter, drängender und umfassender trugen die Gewerkschaften ihre sozialpolitischen Forderungen vor, in deren Zentrum ihre Anerkennung als Vertretung der Arbeiterschaft durch Staat und Unternehmer sowie die paritätische Mitbestimmung in vielerlei Formen (insbesondere über Schiedsgerichte, Einigungsämter, Reichsämter, regionale Arbeitskammern und -räte, Arbeitsvermittlung etc.) stand²⁴⁷. Wie bereits erwähnt, gelangen lange vor dem Zusammenbruch sozialpolitische Reformen im Interesse und auf Druck der Gewerkschaften, die zu ihrer weitgehenden Anerkennung durch den Staat und zur Zunahme ihrer Macht auf Kosten der Unternehmer führten²⁴⁸. Darüber hinaus leisteten die Gewerkschaften auf dem Gebiete der alltäglichen, für den einzelnen Arbeiter sehr ins Gewicht fallenden „Brot- und Butterpolitik“ viel, um, wie es der Gewerkschafts-Chef Carl Legien ausdrückte, „die unheimlichen Wirkungen des Krieges für die Arbeiterschaft möglichst zu mildern“²⁴⁹. So machten sie auf dem vielgestaltigen Gebiet der Kriegsfürsorge und in der Lebensmittelversorgung ihren Einfluß geltend²⁵⁰. Wenn auch die Zahl der gewerkschaftlich geführten Streiks weit unter den Durchschnittszahlen der Vorkriegszeit blieb, so wuchs doch, eine Tendenz der Vorkriegszeit fortsetzend, die Anzahl der ohne Arbeitseinstellung endenden, meist erfolgreichen gewerkschaftlichen „Bewegungen“ zwecks Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung und anderen Verbesserungen in den Arbeitsverhältnissen — nach einem empfindlichen Rückgang in den ersten beiden Kriegsjahren — 1917 und 1918 weit über den Durchschnitt der Vorkriegsjahre hinaus. Folgendermaßen stellt sich diese Entwicklung nach den Zahlen der Generalkommission dar²⁵⁰:

	Gewerkschaftlich geleitete Bewegungen überhaupt		Ohne Arbeitseinstellungen endeten	
	Fälle	Beteiligte Personen	Fälle	Beteiligte Personen
1910	9 690	1 025 542	6 496	656 531
1913	9 972	1 214 523	7 372	965 537
1914	4 866	363 040	3 457	266 359
1915	3 749	818 467	3 683	816 246
1916	6 991	1 464 833	6 849	1 450 194
1917	10 529	2 798 975	10 336	2 732 341
1918	10 859	2 439 657	10 696	2 417 924

Doch diese Bemühungen verhinderten die Verelendung der Massen nicht und wurden gerade dadurch bei diesen diskreditiert; sie erschienen als zu schwach und halbherzig, zumal sie ja von der schärferen Waffe des Streiks bewußt keinen Gebrauch machten. Alle sozialpolitischen Reformen behoben jene zunehmend verbitternde Diskriminierung der unteren Schichten nicht, die so sehr dazu beitrug, aus der Erfahrung der Not eine Erfahrung der Übervorteilung werden zu lassen. Für ihre insofern nicht ausreichenden, dennoch keineswegs abzuleugnenden Erfolge bezahlten zudem die Gewerkschaften mit dem Verzicht auf radikalere, klassenkämpferische Politik, mit der prinzipiellen Identifikation mit ihrem kriegführenden Staat, mit der Bereitschaft, dessen Kriegsanstrengung wirkungsvoll zu unterstützen. Diese entscheidende Grundlage ihrer begrenzten Erfolge hinderte sie umgekehrt daran, den sich aufstauenden Klassenspannungen offeneren, radikaleren, prinzipielleren Ausdruck zu geben. Soweit sie überhaupt vor dem Krieg in sehr begrenztem Maße klassenkämpferische Positionen vertreten hatten, rückten sie jetzt weitestgehend davon ab²⁵¹. Die geschilderten sozialpsychologischen Veränderungen ihrer Basis vollzogen sie also nicht mit²⁵².

Dieser vieldiskutierte und verschieden bewertete nationale Kriegsreformismus der Gewerkschaften, der im Prinzip die Politik der Gewerkschaften in allen großen kriegführenden Industriestaaten bestimmte, hatte viele Ursachen²⁵³. Auf die starke antirevolutionäre Tradition in der deutschen Arbeiterbewegung, die unter der Hülle rhetorischer Radikalität lebte und in den Gewerkschaften schon vor 1914 ausgeprägter war als in der Partei, wurde bereits hingewiesen. Gerade im Krieg mit seiner nationalen Bedrohung und seinen neuen Chancen zur Zusammenarbeit mit der Regierung wurde und blieb sie trotz Verschärfung der klassengesellschaftlichen Gegensätze und Spannungen wirksam. Die Motive der Gewerkschaftsführer waren vielfältig. Die anfangs des Krieges wirksame und begründete Furcht vor der Arbeitslosigkeit mit ihren schwächenden Konsequenzen für die Gewerkschaften, die Angst vor Repressionen, tief sitzender Patriotismus, die Freude an der relativen Beendigung ihres bisherigen Außenseiterdaseins, an der Anerkennung durch die im stillen oft sehr bewunderten Beamten und Offiziere, die Absicht, Not zu lindern, und die Hoffnung, daß sich Loyalität in Gleichberechtigung und Reformen bezahlt machen würden — dies alles wirkte zusammen.

Unter strukturgeschichtlichem Blickpunkt ist folgendes wichtiger: Die Problematik der relativen Entfremdung komplexer Großorganisationen von ihrer Mitgliederbasis sowie ihres Eigengewichts und ihrer Selbsterhaltungstendenzen um jeden Preis, wurde nicht umsonst klassisch in einer Untersuchung thematisiert, die ihr unmittelbares Erfahrungsmaterial aus der Organisationsgeschichte der deutschen Arbeiterschaft bezog²⁵⁴. Die Welt der Funktionäre unterschied sich von der Arbeitswelt der Betriebe im Krieg eher noch mehr als zuvor. Von Kriegsbeginn bis 1916 verloren die Gewerkschaften mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder, vor allem weil ihnen der Krieg einen Großteil ihrer Mitglieder entzog. Im September 1914 standen 28 %, im Juli 1915 43 % und Ende 1916 gar 64 % der Gewerkschaftsmitglieder an der Front, danach — wohl eine Folge

intensivierter Rückstellungen und Reklamationen — sank der Prozentsatz allmählich bis auf 58 % Ende Juni 1918²⁵⁵. Den größten Mitgliederverlust erlitten die sozialistischen Verbände.

Mitgliederbewegung der Gewerkschaften²⁵⁶
(in 1000)

	Sozialdemokrat. Gewerkschaften	Liberales Gewerkschaften	Christliche Gewerkschaften
1913	2574	107	343
1914 1. Hälfte	2511	} 78	} 283
1914 2. Hälfte	1664		
1915	1159	61	176
1916	967	58	174
1917	1107	79	244
1918	1665	114	393
1919	5479	190	858

Den 1917 einsetzenden Wiederanstieg, der im Falle der sozialdemokratischen Verbände den Vorkriegsstand jedoch im Kriege nicht wieder herstellte, dürften die Gewerkschaften wohl vor allem ihren neuen Funktionen in der Kriegswirtschaft, speziell nach dem Erlaß des Hilfsdienstgesetzes verdankt haben, vielleicht auch der Novellierung des Vereinsgesetzes 1916, wonach die Gewerkschaften auch Jugendliche unter 18 Jahren rekrutieren durften. Viele von jenen Arbeitern traten nun ein, die den Arbeitsplatz der eingezogenen langjährigen Gewerkschaftsmitglieder eingenommen hatten und vorher meist keiner Gewerkschaft angehört hatten: Angelernte aus anderen Wirtschaftszweigen, vor allem Jugendliche und Frauen. Wenn in den sozialdemokratischen Gewerkschaften 1913 230 000 und 1916 186 000 Frauen organisiert waren, so betrug diese Zahl 1918 423 000²⁵⁷. Der Frauenanteil stieg damit von 8 % auf ca. 25 %. Ähnliche Umschichtungen dürften sich hinsichtlich des Anteils der Jugendlichen und der Angelernten ergeben haben. Die Mitgliedschaft von 1918 war nicht mehr die von 1913, die zumeist langjähriger, keineswegs radikaler, gewerkschaftlicher Schulung ausgesetzt gewesen war und unter deren Prioritäten die Erhaltung, der Ausbau und die Anerkennung ihrer Organisation einen hohen Platz eingenommen hatten. Beispiellose Umschichtung und die Erfahrungen des Krieges veränderten die Basis, kaum jedoch die traditionelle Gewerkschaftsbeamtschaft, die neben der Partei trotzdem weiterhin über mehr Autorität in der Arbeiterschaft verfügte als jede andere Organisation²⁵⁸. Hier lag die strukturelle Basis für den keinesfalls absoluten, doch im Krieg sich vergrößernden Spalt zwischen Mitgliedschaft und Organisation²⁵⁹.

Doch in Wirklichkeit geschah mehr. Bei tendenzieller (wenn auch begrenzter) Radikalisierung und Mobilisierung der Arbeiterschaft, blieb die Gewerkschaftsbürokratie nicht nur fest in ihren Vorkriegstraditionen verwurzelt, sondern betonte zudem stärker als je zuvor deren integrationistische, revisionisti-

sche, antiklassenkämpferische Momente. Diese Umakzentuierung, die der Entwicklung an der Basis entgegenlief, ist innerhalb des hier benutzten Modells erst dann zu erklären, wenn das sich verändernde Spannungsverhältnis zwischen Gesellschaft und Staat aufgeheilt ist²⁰⁰.

5. Abwehrhaltungen und Zusammenschlüsse in der Unternehmerschaft

Bisher wurde eine Verschärfung des industriellen Klassengegensatzes festgestellt und zu zeigen versucht, wie und in welchen Grenzen er auf der Seite der Arbeiterschaft sozialpsychologischen Ausdruck fand und zu organisatorischen Konsequenzen und offenen Konflikten führte. Jetzt soll gefragt werden, inwieweit eine entsprechende Entwicklung auf der Unternehmerseite festzustellen ist. Wie beeinflussten die Veränderungen in ihrer eigenen Klassenlage und wie beeinflussten die Veränderungen in der Arbeiterschaft die Haltungen und Handlungen, die Organisationen und Reaktionen der Industriellen? Trat in den Haltungen und Handlungen der Unternehmer das Kriterium der Klassenzugehörigkeit und damit die Abgrenzung, die Frontstellung gegen das Proletariat schärfer hervor und traten andere, die Unternehmerschaft differenzierende und teilende Linien in den Hintergrund — oder zeichnete sich eher eine umgekehrte Entwicklung ab?

Wie anfangs erwähnt, verhinderten das trotz aller monopolistischen Vorkriegstendenzen wirksame Konkurrenzprinzip des Marktes, die verschiedenartigen Interessen der oftmals in einem Anbieter-Abnehmer-Verhältnis zueinander stehenden Sparten, die Gegensätze zwischen export- und binnenmarktorientierten Zweigen, die unterschiedliche Haltung von Groß- und Kleinbetrieben und andere Differenzierungen mehr bis 1914 in den meisten Hinsichten eine einheitliche Meinung und Haltung der Industrie²⁰¹. Vor allem in der Stellungnahme gegenüber agrarischen Interessen, aber auch in sozialpolitischen Fragen ließ sich bis 1914 keine klare Einigung erreichen²⁰². Einigkeit im Grundsatz, wenn auch nicht in der Taktik, bestand jedoch in der Ablehnung der sozialistischen Herausforderung, soweit sie auf radikale Reformen des innerbetrieblichen bzw. gesamtgesellschaftlichen Machtgefüges oder gar auf Revolution abzielte. Mit der Verstärkung der sozialistisch-proletarischen Herausforderung trat diese gemeinsame antiproletarische, antisozialistische Basis der Unternehmer im letzten Jahrzehnt zunehmend in den Vordergrund, ohne doch die anderen Differenzen ganz zu verwischen²⁰³.

Der Kriegsausbruch bedeutete in dieser Hinsicht einen gewissen Bruch der Kontinuität: Die Burgfriedenspolitik der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, aber auch der für viele Unternehmer überraschend kommende nationale Geist in der Arbeiterschaft selbst schienen die lange Phase zunehmender Konfrontation, die die Unternehmer als Arbeitgeber hatte zusammenrücken lassen, zu beenden. „Die Diktatur der revolutionären Phrase ist gebrochen“,

meinte die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Anfang August 1914, „nicht durch das Eingreifen der Staatsgewalt, sondern durch die Wandlung des Weltgeschehens.“²⁶⁴

Es scheint, daß die meisten Unternehmer die zunehmende Unzufriedenheit und Protestbereitschaft der Arbeitermassen auf jeden Fall bis 1917, zum großen Teil aber noch bis Mitte 1918 nicht als Bedrohung und Herausforderung erkannt und erlebt haben²⁶⁵. Lange äußerten führende Unternehmer und Unternehmerorganisationen die Überzeugung, „daß der vaterländische Geist der Arbeiterschaft außer Frage steht“. „Denn die zur Fahne gerufenen Arbeiter sind dem Rufe mit Begeisterung gefolgt . . . In einer solchen Arbeiterschaft wird der vaterländische Geist immer wirksam bleiben.“²⁶⁶ Manche Unternehmer glaubten an die Chance, den Nationalismus der Arbeiterschaft als Basis einer anti-internationalen, anti-sozialistischen, neuen Arbeiterorganisation aktivieren und so den Gewerkschaften ein für allemal die Basis entziehen zu können. Sie verübelten der Regierung, daß sie mit den Gewerkschaften zusammenarbeitet und „es versäumt, aus dem prachtvollen und machtvollen vaterländischen Aufschwung, der sich in der gesamten Masse der Arbeiter gezeigt hat, denjenigen Nutzen zu ziehen, der für das Staatswohl und das wirtschaftliche Wohl dauernd von Vorteil hätte sein können“²⁶⁷. Unübersehbare Unzufriedenheit und Verbitterungen in der Arbeiterschaft wurden primär als vorübergehende Folge der Not und der Knappheit, nicht aber als Proteste mit einer Spitze gegen wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit verstanden²⁶⁸. Vor allem aber: soweit Unternehmer die Mobilisierung der Massen und ihrer Forderungen als Kriegsfolge erkannten, hofften und erwarteten sie zumeist, daß die nationale Siegeszuversicht und schließlich der Sieg Unzufriedenheiten abfangen und die Forderung nach radikalen Veränderungen ablenken würden²⁶⁹. Als nach den politisierenden, krisenhaften Entwicklungen vom Frühjahr und Sommer 1917 die Loyalität der Massen zunehmend in Frage gestellt schien, war es eben dieser sozialimperialistische Ausweg, auf den große Unternehmergruppen setzten. Alle bedeutenden Unternehmerorganisationen unterstützten und finanzierten die Vaterlandspartei, jene Massenbewegung von rechts, deren nationalistische, wirtschaftsfriedliche und reformfeindliche Propaganda sich u. a. gezielt auf die in Bewegung geratenen Arbeitnehmer richtete²⁷⁰.

Nur wenn man dieses zunehmend unrealistische, immer stärker mit sozialimperialistischen Hoffnungen abgestützte Vertrauen der meisten Unternehmer in die prinzipielle nationale „Zuverlässigkeit“ und Ungefährlichkeit der Arbeiterschaft im Auge behält, kann man die Politik der Unternehmerorganisationen gegenüber den Gewerkschaften verstehen. Diese war *zwar* nicht einheitlich. Insbesondere in jenen Sparten, die schon vor dem Krieg Tarifverträge gekannt hatten, verstärkte sich die Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Gewerkschaften im Krieg. Im Bau-, Holz-, Maler-, Brau- und Schneidergewerbe, in den graphischen Gewerben, in Gemeindebetrieben, Krankenkassen und Genossenschaftsbetrieben, vor allem also in kleingewerblichen, nicht vom Krieg begünstigten Bereichen kam es 1914 und 1915 freiwillig (d. h. soweit

sichtbar ohne entscheidenden Druck der Behörden) zu paritätischen Kriegsarbeitsgemeinschaften, die sich mit Fürsorge- und Arbeitsbeschaffungsproblemen beschäftigten und teilweise auch Fragen des Arbeitsverhältnisses (Zeitbeschränkung, Löhne) in Kooperation regelten²⁷¹. Auch gab es Industrielle vor allem aus den weiterverarbeitenden Zweigen, die die von den Behörden betriebene und geförderte begrenzte Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften weniger kritisch ansahen als die westdeutschen und schlesischen Schwerindustriellen²⁷². *Doch* im allgemeinen verhielten sich die deutschen industriellen Arbeitgeber und ihre repräsentative Organisation, die „Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände“, sieht man von einigen Ansätzen zur freiwilligen Kooperation in der KriegsFürsorge und in der Lebensmittelverteilung ab, schroff ablehnend gegenüber den völlig unrevolutionären Zusammenarbeitsangeboten und Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften. Wo paritätische Zusammenarbeit der beiden Klassen während des Krieges in der Großindustrie sich durchsetzte, dort geschah dies im großen und ganzen auf Drängen der Gewerkschaften, gegen den Widerstand der Unternehmer und auf Druck militärischer und ziviler Behörden, den es weiter unten noch zu erklären gilt²⁷³.

Die meisten Unternehmer interpretierten die gewerkschaftlichen Forderungen als eine Sache der nach Macht strebenden Gewerkschaftsfunktionäre, wie sie die zunehmende Radikalität politischer Reformforderungen und Proteste in den Arbeiterparteien, auf Arbeiterversammlungen und in der Publizistik auf das Konto einiger radikaler Hetzer und Rädelsführer, Parteipolitiker und Agitatoren schrieben, wodurch sie ihre Sicht von der letztlich nationalen, pflichtgetreuen, bestenfalls unter der Not des Krieges leidenden deutschen Arbeiterschaft trotz zunehmender Radikalisierungserscheinungen bewahren konnten²⁷⁴. Eben weil sie die gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Forderungen in der Regel nicht auf dem Hintergrund der sich verschärfenden Massenstimmung sahen, konnten sie die relative Nachgiebigkeit der Regierung gegenüber den Arbeiterforderungen so scharf kritisieren²⁷⁵ und diese Forderungen auf Gleichberechtigung, Anerkennung und Reformen so starr bekämpfen und ablehnen²⁷⁶. Mit prinzipiellen Gründen warnte die „Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände“ ihre Mitglieder vor paritätischen Schlichtungskommissionen, mit deren Hilfe nur die Gewerkschaftsführer eine grundlegende Machtverschiebung herbeiführen möchten, zumal „mit Rücksicht auf den z. Z. bestehenden allgemeinen Burgfrieden Fragen von grundsätzlicher Bedeutung nicht angeschnitten werden dürfen“²⁷⁷. Angebote der Generalkommission, in einer Zentralarbeitsgemeinschaft zusammenzuarbeiten, lehnte sie bis zum Herbst 1918 ab²⁷⁸. Sozialpolitische Gesetze und Maßnahmen, die die Macht und Mitbestimmung der Gewerkschaften stärkten, ließen sie sich in der Regel nur widerwillig aufdrängen und betonten die Begrenzung ihrer Gültigkeit allein für die Kriegszeit. Explizit verteidigte die „Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ im Herbst 1916 den „Herrn-im-Hause-Standpunkt“²⁷⁹. Noch in ihrer Denkschrift zur Übergangszeit und Friedenswirtschaft vom März 1918 lehnte sie die paritätische Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften ab und forderte die schnelle

Wiederaufhebung der durchs Hilfsdienstgesetz und andere Bestimmungen entstandenen paritätischen Einrichtungen²⁸⁰. Genügend stark und sicher fühlten sich die deutschen Arbeitgeber, um es nicht für nötig zu halten, Teile ihrer bisher nur wenig durch gewerkschaftlichen Einfluß begrenzten Macht freiwillig abzugeben, um mit Hilfe von Konzessionen Schlimmeres zu verhüten.

Ein wichtiges, letztlich aber nicht greifendes Mittel antigewerkschaftlicher Politik der Arbeitgeberorganisationen war die Unterstützung der jetzt verstärkt überbetrieblich zusammenarbeitenden, wirtschaftsfriedlichen und unternehmerabhängigen „gelben“ Werkvereine²⁸¹. Mit der verstärkten Aufzucht wirtschaftsfriedlicher Arbeitnehmerorganisationen versuchten die Unternehmer nicht nur der wachsenden Macht der Gewerkschaften entgegenzuwirken und die nationale Stimmung der Arbeiterschaft auszunützen, sondern auch gewisse Erschütterungen ihrer eigenen Herrschaftsposition in den Unternehmen aufzufangen.

Zwar gewannen viele Arbeitgeber mit der in den kriegswichtigen Unternehmen selbständig durchgeführten Lebensmittelverteilung und mit ihrem Einfluß auf die eventuelle Einberufung reklamierter, zurückgestellter und beurlaubter Wehrpflichtiger neue Disziplinierungsmittel hinzu, über die sie im Frieden nicht verfügt hatten²⁸². Auch konnten die Arbeitgeber in den kriegswichtigen Industrien sicher sein, daß allzu radikale Herausforderungen der Arbeiterschaft zum Eingreifen des Militärs, zur Militarisierung der Arbeitsverhältnisse zu führen pflegten, wenn auch viele Betriebsleitungen dieses letzte Mittel, das ja auch eine Einschränkung ihrer eigenen Dispositionsfreiheit bedeutete, lieber vermieden²⁸³. Doch entglitten die Belegschaften ein wenig der unternehmerischen Kontrolle, soweit diese auf langjähriger, durch geschickte betriebliche Sozialpolitik gepflegter Belegschaftssolidarität und traditionellem Firmenbewußtsein beruhte, in dem Maße, in dem die Belegschaften fluktuierten. In den Jahren vor 1914 hatten die deutschen Großunternehmer immer stärker auf entsprechende indirekte Integrations- und Disziplinierungstechniken gesetzt, die es ihnen erlaubten, die direkte Konfrontation im Arbeitskampf zu vermeiden und mit Hilfe von Unternehmenskassen, Prämien, Werkzeitungen, Jubiläumsfeiern, Vorträgen und innerbetrieblichen Sozialleistungen aller Art eine Loyalität und Abhängigkeit der Arbeitnehmer zu erzeugen, die die Chancen gewerkschaftlichen Einflusses verringerten²⁸⁴. Wieweit dieser „sekundäre Patriarchalismus“ wirkliche Loyalität begründete, die die Legitimation der Unternehmerherrschaft im Betrieb verstärkte, mag offen bleiben. Soweit dies aber gelang, wurde es durch die Umschichtung der Belegschaften weitgehend rückgängig gemacht²⁸⁵. Die im Krieg vonstatten gehenden arbeitgeberfeindlichen Veränderungen im Arbeitsnachweiswesen²⁸⁶ und die Einrichtung von Arbeiter- und Angestelltenausschüssen nach dem Hilfsdienstgesetz trugen erst recht zur Erschütterung der unternehmerischen Machtbasis und zur Stärkung der Gewerkschaften in den Unternehmen bei. Die intensive Förderung der „gelben“ Werkvereinsbewegung seit 1915 sollte diesen nicht im Unternehmerinteresse gelegenen Tendenzen entgegenwirken.

Es scheint, daß die Arbeitgeber im ersten Kriegsjahr mit seiner noch einigermaßen burgfriedlichen Atmosphäre sich weniger um die „Gelben“ kümmerten als in den letzten Jahren vor dem Krieg. Jedenfalls ging die Zahl der Mitglieder wirtschaftsfriedlicher Verbände, soweit feststellbar, von (1913) 280 000 auf (1915) 133 000 zurück, d. h. sie erlitten zunächst schärfere Verluste als die Gewerkschaften²⁸⁷. Aber spätestens seit Oktober 1915 kooperierten die wichtigsten Arbeitgeberverbände bei der aktiven finanziellen und propagandistischen Unterstützung der Wirtschaftsfriedlichen²⁸⁸. Tatsächlich nahm deren Zahl von 1915 auf 1916 zu, während der Mitgliederrückgang in sämtlichen Kampf-gewerkschaften in dieser Periode sich noch fortsetzte²⁸⁹. In der zunehmend kritischen Stimmung der Belegschaften war diesen Versuchen jedoch letztlich wenig Erfolg beschieden, zumal auf Betreiben der vereint vorgehenden Gewerkschaftsverbände sowohl das Hilfsdienstgesetz wie andere behördliche Maßnahmen die „Gelben“ benachteiligten²⁹⁰. Während die Kampf-gewerkschaften ihren Mitgliederrückgang seit 1916 aufzuholen begannen, nahm die Mitgliederzahl der wirtschaftsfriedlichen Verbände von 1916—1918 ab²⁹¹. Vor allem entpuppten sich diese Mitglieder „gelber“ Werkvereine in geheimen Wahlen und in anderen, vom Unternehmer nicht kontrollierten Situationen, häufig als „Blutorangen“, d. h. als Arbeiter, die nur aus Opportunitätsgründen der wirtschaftsfriedlichen Bewegung beigetreten, aber im stillen gewerkschaftlichen Überzeugungen treu geblieben waren. Als bei Krupp, einem Zentrum der „gelben“ Werkvereinsbewegung, im März 1917 geheime Wahlen zum Arbeiterausschuß nach dem Hilfsdienstgesetz stattfanden, stimmten von 40 000 Arbeitern nur 4000 für die Wirtschaftsfriedlichen²⁹².

Während des größten Teils des Krieges waren es weniger das sich aufladende Potential in der Arbeiterschaft selbst, als vielmehr die in ihrer Radikalität dahinter zurückbleibenden reformistischen Forderungen der Gewerkschaften, die von den Publikationen der Arbeitgeberverbände als Gefahr erkannt und abgewiesen wurden²⁹³. Dieser abweisenden Arbeitgeberhaltung gegenüber den gewerkschaftlichen Forderungen lag einerseits eine gewisse Unterschätzung der Unzufriedenheit und Protestbereitschaft in der Arbeiterschaft zugrunde, andererseits die Hoffnung, eine eventuell auftretende Radikalisierung der Massen mit sozial-imperialistisch-annexionistischen Mitteln abfangen zu können. Erst im Spätsommer 1918 änderten die Arbeitgeber ihre Lageeinschätzung angesichts der drohenden Niederlage: Sie mußten erkennen, daß die nationalistische, annexionistische Propaganda und die wirtschaftsfriedlichen Werkvereine bei den Arbeitern kaum dauerhaft eingeschlagen hatten und zudem mit der sich abzeichnenden Niederlage ihre Grundlage zu verlieren drohten; die Gefahr der Revolution wurde nun offenkundig²⁹⁴; in dieser Situation akzeptierten die vereinten Arbeitgeber die Anerkennungs- und Mitbestimmungsforderungen der immer noch kooperationsbereiten Gewerkschaften als das kleinere Übel, um durch die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften vor dem nunmehr als explosiv erkannten Protestpotential der Massen und vor den Eingriffen des demokratischer werdenden Staates²⁹⁵ so gut wie möglich geschützt zu sein. Die

im Oktober/November entstehende paritätische „Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands“ (ZAG) war primär ein Produkt des zunächst drohenden, dann stattfindenden Zusammenbruchs. Sie resultierte aus einer Kehrtwendung der Haltung der Arbeitgeber, die ihre bisherige, in Kriegs- und Vorkriegszeit dominierende Arbeiter- und Gewerkschaftspolitik angesichts der drohenden Revolution revidierten²⁹⁶.

Wenn somit die Abwehr der proletarischen Herausforderung zunächst in ihrer gemäßigt-gewerkschaftlichen, dann in ihrer revolutionären Spielart als gemeinsames Interesse der Unternehmer im Krieg an Deutlichkeit gewonnen hat, so wirkten einer solchen, hier nur sehr grob skizzierten Einigung auf Klassenbasis ökonomische Interessen entgegen, in denen die verschiedenen Unternehmer und Unternehmerrgruppen weiterhin differierten, wenn auch die Blockade und der bald einsetzende allgemeine Nachfrageüberhang einige zentrale Streitpunkte zwischen den Industrien, etwa die Zollpolitik, aus dem Wege räumten²⁹⁷. Die bereits dargestellten Verzerrungen und Umverteilungen im kriegswirtschaftlichen Wachstumsprozeß führten zu neuen Interessenunterschieden zwischen Kriegs- und Friedensindustrien, zu Ressentiments gegen die Expansion der prosperierenden Schwerindustrie in andere Bereiche; sie verstärkten manchen Gegensatz zwischen Groß- und Kleinbetrieb und schufen Spannungen zwischen den verschiedenen Regionen, so vor allem Ressentiments der süddeutschen Industrien gegenüber den durch die Kriegswirtschaftspolitik der Berliner Behörden bevorzugten preußischen Industrien²⁹⁸. Die Mittel der Auseinandersetzungen änderten sich. Die Markt-Konkurrenz zwischen einzelnen Unternehmen bzw. zwischen einzelnen Unternehmerrgruppen hörte jetzt weitgehend auf. Die Konflikte innerhalb formaler Organisationen (Verbände, Kartelle, Kriegsgesellschaften) und der Kampf um Einfluß auf die als Verteilungsinstanzen zentral gewordenen staatlichen Behörden gewannen dagegen sehr an Bedeutung, wenn Ansätze dazu auch im Frieden nicht gefehlt hatten. Die Repräsentation in bestimmten Entscheidungsgremien, der Kontakt zu einem wichtigen Beamten (bzw. die Besetzung von dessen Stelle mit einem Gewährsmann), politische und bürokratische Durchsetzungsmethoden wurden nunmehr viel bedeutsamer als kaufmännische und produktionstechnische Tüchtigkeit²⁹⁹. Nicht mehr der Bankrott aufgrund fehlerhafter Produktions- oder Verkaufsleistungen, nicht mehr der Markt und die kapitalistische Konkurrenz alten Stils entschieden jetzt primär über die Stilllegung eines Unternehmens, sondern der Einfluß auf den entscheidenden Mann in der Kriegsrohstoffabteilung oder (ab Ende 1917) im Reichswirtschaftsamt, vielleicht auch die Zusammensetzung des „Ständigen Ausschusses für die Zusammenlegung von Betrieben“ oder die Rekrutierung eines Beirats bei einer einzelstaatlichen Verwaltungsbehörde. Das Vordringen von „Bürokraten“ in den Unternehmensleitungen auf Kosten der traditionellen „Unternehmerpersönlichkeit“ war eine Nebenfolge dieser Veränderungen und beschleunigte einen ohnehin ablaufenden Prozeß der industriellen Bürokratisierung³⁰⁰.

Trotz der vielen traditionellen und kriegsbedingten Interessendivergenzen innerhalb der Unternehmerschaft rückte diese während des Krieges immer näher zusammen. Die Gründung des „Kriegsausschusses der deutschen Industrie“ am 8. August 1914 durch Vertreter der beiden großen Industriellenverbände, des schwerindustriell bestimmten Centralverbandes Deutscher Industrieller (CVDI) und des eher fertigungs- und exportindustrielle Interessen vertretenden Bundes der Industriellen (BdI), unter Anwesenheit des Staatssekretärs des Innern, reflektierte ein zunehmendes Bedürfnis der Industriellen nach Zusammenarbeit unter den neuen, kriegswirtschaftlich-organisatorischen Bedingungen. Der Kriegsausschuß wollte die systematische Verteilung und Unterbringung der Arbeitskräfte, die Unterstützung notleidender Industriezweige, die Verteilung der staatlichen Aufträge übernehmen und seine Mitglieder über die schnell anschwellende Gesetzes- und Verordnungsflut informieren³⁰¹. Diese kriegsnotwendige Koordination wurde von den Industriellen lieber in eigene Hände genommen und so ein stärkeres Engagement des Staates etwa im Sinne eines schon vor dem Krieg in der Diskussion auftauchenden „wirtschaftlichen Generalstabs“ zunächst überflüssig gemacht — was von Anfang an im Interesse der meisten Industriellen lag³⁰².

Wie sehr die unterschiedlichen Interessen in diesem Kriegsausschuß zu internen Spannungen und Übervorteilungen führten³⁰³, wie sehr auch — zweifellos zunehmend — wichtige Entscheidungen nicht durch ihn getroffen wurden, sondern sich in Kriegsausschüsse, Kriegsgesellschaften und Verbände der einzelnen Industrien, auch in informelle Entscheidungsprozesse verlagerten, müßte noch in ausstehenden Spezialuntersuchungen geklärt werden³⁰⁴. Wie unterrepräsentiert sich manche Gruppen in ihm fühlten, zeigte sich u. a. in der Gründung des selbständigen „Ausschusses der deutschen Friedensindustrien“ (Leipzig) Ende 1916, der den Einfluß der „durch die Zeitlage und das Hilfsdienstgesetz begünstigten Kriegsindustrien“ vor allem im Kriegsamt ein wenig zu kompensieren hoffte, und zu dessen Boykott der Kriegsausschuß aufrief³⁰⁵. Trotzdem muß festgestellt werden, daß mit dem Kriegsausschuß erstmals eine gemeinsame Interessenorganisation fast der gesamten deutschen Industrie Wirklichkeit wurde. Diese Gründung zog die Konsequenz aus einer Entwicklung, die schon in den letzten Jahren vor dem Krieg zu einer vielseitigen Annäherung zwischen den beiden großen Industrieverbänden geführt hatte³⁰⁶.

Im weiteren Verlauf des Krieges schloß sich zudem, den erwähnten Einigungstendenzen auf der Arbeiterseite parallel laufend, die Unternehmerschaft organisatorisch schrittweise immer enger zusammen und manifestierte damit die weitere Zunahme gemeinsamer gegenüber trennenden Interessen. Am 25. Oktober 1916 gründeten der BdI und der CVDI zusammen mit dem selbständigen „Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands“ eine Föderation, den „Deutschen Industrierat“. Er sollte, vor allem nach dem Krieg, die Interessen der einzelnen Verbände soweit wie möglich, aber unter Wahrung ihrer Selbständigkeit, in Übereinstimmung bringen, um so der gesamten Industrie ein größeres Gewicht bei der Überleitung zur Friedenswirtschaft,

beim Wiederaufbau, gegenüber Regierung und Parlament sowie in dem „schweren Kampf mit den Schwärmern und Verfechtern staatssozialistischer Wirtschaftsideen“ zu geben³⁰⁷. Diese Organisation nahm offenbar erst Anfang 1918 ihre Tätigkeit auf³⁰⁸, intensivierte sie dann schnell und ging ein Jahr später in den sehr viel geschlosseneren „Reichsverband der deutschen Industrie“ über. Dieser übernahm die Funktionen des Industrierates und erweiterte sie, insbesondere durch Verhandlungen mit den Gewerkschaften sowie durch den Kampf gegen die „demagogischen Schlagworte des Sozialismus“ und gegen den „Wahnsinn der Sozialisierungsexperimente“³⁰⁹.

Die Ursachen für diese fortschreitende Einigung wurden z. T. bereits analysiert: sie geschah in der Abwehr der proletarischen Herausforderung, zunächst in ihrer gewerkschaftlich-revisionistischen, dann in ihrer revolutionären Form. Dieser organisatorische Zusammenschluß der Unternehmer geschah jedoch zugleich und vor allem auf der Basis der gemeinsamen, immer mehr dominanten, andere Divergenzen in den Hintergrund drängenden Abwehr gegen Eingriffe eines Staates, der sich zunehmend, wenn auch innerhalb nicht überschrittener Grenzen, von seiner Klassenbasis löste und durch die Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft wie durch seine Erfolglosigkeit wichtige Interessen gegen sich mobilisierte. Bevor dieser Zusammenhang behandelt wird, bleibt jedoch kurz auf die Veränderung des Klassenverhältnisses im Hinblick auf jene sozialen Gruppen einzugehen, die bisher ausgespart wurden.

Kapitel III

Die Polarisierung des Mittelstandes

1. Die Ausgangssituation 1914

In dem hier benutzten dichotomischen Klassenmodell lassen sich zwei Gruppierungen der deutschen Gesellschaft vor 1914 nur äußerst schwer unterbringen: die Privatangestellten und Beamten einerseits, die Handwerker und kleinen Händler andererseits. Diese beiden Gruppierungen wurden in der Publizistik der Zeit — im Verein mit der Mehrzahl der Bauern und Freiberuflichen — häufig als „Mittelstand“ zusammengefaßt und von „oben“ und „unten“, von Kapital und Lohnarbeit, von den Herrschenden und dem Proletariat abgegrenzt. Mit den sozio-ökonomischen Merkmalen, den Ideologien und sozialen Allianzen dieser Mittelgruppen, mit ihrer Entwicklung im Krieg und ihren Veränderungen durch den Krieg beschäftigt sich das folgende Kapitel.

Nach der letzten Berufszählung vor dem Kriege (1907) gab es in Deutschland etwa 2 Millionen Angestellte gegenüber 13,7 Millionen Lohnarbeitern, d. h. 70 Lohnarbeitern standen ca. 10 Angestellte gegenüber¹. Die meisten von ihnen (knapp 1,1 Millionen) waren im tertiären Wirtschaftsbereich beschäftigt, wo sie (allerdings in sehr viel geringerer Zahl) bereits lange vor der Industrialisierung (als Handlungsgehilfen vor allem) existiert hatten. Knapp 700 000 von ihnen arbeiteten als Techniker, Kaufleute, Aufsichts- und Büropersonal in Industrie und Bergbau. Sie formten eine Gruppe, die im wesentlichen mit der Industrialisierung entstanden war und sich mit der Bürokratisierung und Kommerzialisierung des sekundären Sektors, vor allem seit 1890, schnell vermehrt hatte. Die übrigen waren in der Landwirtschaft (100 000) und bei Freiberuflichen (ca. 50 000) — hier in Rechtsanwaltsbüros, Apotheken etc. — angestellt. Ungefähr drei Viertel von allen waren entweder kaufmännisch oder in allgemeinen Bürotätigkeiten beschäftigt, ungefähr ein Viertel als technisches oder Aufsichtspersonal².

Wenig verband diese heterogene Gruppe in bezug auf Tätigkeit, Funktion, Bildung, Einkommen, rechtliche Situation und andere objektive Merkmale, ausgenommen ihre Klassenlage. Sie gehörten zu den abhängig Arbeitenden, zu den Arbeitnehmern und nicht zu den Besitzern von Produktionsmitteln. Diese ihre Klassenlage teilten sie jedoch — ebenso wie die in steigendem Maße arbeitsteilige Tätigkeit und das zunehmend kollektive Auftreten — auch mit den Arbeitern. Von diesen aber unterschieden sie sich in mindestens einem, meist aber in mehreren von folgenden Kennzeichen: Angestellte verdienten im Durchschnitt trotz vieler Überschneidungen mehr als Arbeiter, und zwar fast ausschließlich in Form des Gehalts, nicht als Lohn; viele von ihnen arbeiteten noch in größerer

Nähe und mit mehr Kontakten zum „Prinzipal“ oder Unternehmer (besonders im Handelssektor); sie leisteten keine, oder zumindest nicht ausschließlich, Handarbeit; sie genossen in der Regel größere Arbeitsplatzsicherheit und andere innerbetriebliche Privilegien; sie unterschieden sich in Lebensstil, Konsumverhalten und Karriereerwartungen von den Arbeitern. Nicht als Arbeitnehmer, geschweige denn als Proletarier, fühlten sie sich, sondern als Kaufleute, Techniker oder als „Privatbeamte“, und als solche wurden sie von den meisten akzeptiert. Sehr viel emphatischer und eindeutiger als der angelsächsische Begriff des „white collar employee“ oder der französische des „employé salarié“ bezeichneten die Begriffe „Privatbeamter“ und „Angestellter“, die verschiedensten Berufe zusammenfassend, eine distinguierte, klar von der Lohnarbeiterschaft einerseits und allen Selbständigen wie Arbeitgebern andererseits abgehobene soziale Schicht mit spezifischem Status und Recht.

Das Organisations- und das politische Verhalten der Angestellten stach im Durchschnitt stark von dem der Arbeiter ab. Zwar gehörte auch ungefähr jeder dritte Angestellte 1907 einem Angestelltenverband an, doch standen die meisten (1913: 32) der insgesamt recht zahlreichen (1913: 53), teils nur lokal wirksamen, teils rein fachlich interessierten oder vor allem geselligen Zwecken dienenden Verbände auch Selbständigen offen und gaben schon dadurch zu erkennen, daß sie nicht gewerkschaftlich orientiert waren⁸. Nur wenige von ihnen, so der „Bund der technisch-industriellen Beamten“ (1913: 23 000 Mitglieder), der sozialistische „Zentralverband der Handlungsgehilfen“ (1913: 18 000 Mitglieder) und der ebenfalls der Generalkommission angehörende „Verband der Bureauangestellten Deutschlands“ (1913: 8000 Mitglieder) akzeptierten den Streik als Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen. Ein machtvoller rechter Flügel der organisierten Angestellten, unter Führung des nationalistisch-antisemitischen Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes (1913: 123 000 Mitglieder), verband eine militant anti-sozialistische, ressentimentgeladene, emanzipationsfeindliche Ideologie mit der Bereitschaft zu harter Interessenpolitik — „Standespolitik“, wie sie es nannten. Die überwiegende Mehrheit der Angestellten dürfte ihre Stimme relativ gleichmäßig auf Liberale, Konservative und katholisches Zentrum verteilt haben. Sozialdemokratisch wählte nur eine kleine Minderheit.

Stärker als in anderen vergleichbaren Industrieländern war in Deutschland die Differenz zwischen Arbeitern und Angestellten eine gesellschaftliche Realität. Bürokratische Traditionen der preußisch-deutschen Gesellschaft dienten den schnell wachsenden angestellten Mittelschichten, den „Privatbeamten“ (!), als Modelle der kollektiven Selbstidentifikation und damit als Basis des Anspruchs auf Privilegierung und Absetzung von den Arbeitern. Konfrontiert mit einer vehementen, radikalemanzipatorischen, sozialistischen Protestbewegung, mit einem nur unvollkommen in die bürgerliche Gesellschaft integrierten, revolutionär erscheinenden Proletariat, betonten die meisten Angestellten ihre Zugehörigkeit zum Bürgertum, zum nicht-proletarischen, anti-sozialistischen Lager. Je mehr sich die Arbeitsverhältnisse und die ökonomische Situation von Arbei-

tern und Angestellten mit fortschreitender Industrialisierung aneinander angeschlossen, desto zäher und aktiver verteidigten die meisten Angestellten ihre traditionellen Privilegien, ihren zunehmend überholten Statusvorsprung, ihr in Frage gestelltes Bewußtsein, anders zu sein als die Arbeiter. Nur eine kleine Minderheit von ihnen, vor allem im 1904 gegründeten „Bund der technisch-industriellen Beamten“, begriff sich als Arbeitnehmer wie andere Arbeitnehmer auch und zeigte sich zu begrenzter Zusammenarbeit mit den Arbeitergewerkschaften bereit. Die Mehrheit der Angestelltenverbände agitierte seit 1900 für eine versicherungsrechtliche, bald auch arbeitsrechtliche Privilegierung gegenüber der Arbeiterschaft. In diesem Zusammenhang wurde es üblich, von ihnen als „neuem Mittelstand“ zu sprechen. Ihren anti-proletarischen Absetzungsbemühungen kam die anti-sozialistische Integrationspolitik der bürgerlichen Parteien und der Reichsregierung entgegen, die das weitere Wachstum des sozialistischen Lagers auch mit sozialpolitischen Maßnahmen verhindern wollten. Zuerst auf dem Gebiet der Sozialversicherung, bald in anderen Bereichen auch, hoben seit 1911 folgenreiche Reichsgesetze die Angestellten privilegierend von den Arbeitern ab und zementierten, im Unterschied zu England und den USA, eine sozialökonomische Unterscheidung, der die fortschreitende wirtschaftliche Modernisierung zunehmend die funktionale Basis entzog. In den letzten Jahren vor dem Krieg deuteten jedoch die wachsenden Forderungen einiger Angestelltenverbände und die darauffolgende schroffe Reaktion der angesprochenen Arbeitgeber darauf hin, daß diese mittelständische Integrationspolitik wahrscheinlich auf die Dauer nicht ausreichen würde, alle Angestellten vor der weiteren Radikalisierung ihrer Forderungen und vor einer gewissen Annäherung an die Sozialdemokratie zu bewahren⁴.

Zum „neuen Mittelstand“ zählte man in der Regel auch die mittleren und unteren Schichten der öffentlichen Beamtenschaft, deren Zahl vor 1914 zwischen 1,5 und 2 Millionen betrug⁵.

Die Besonderheiten des deutschen Beamtenstatus — vor allem das besondere, den privatrechtlichen Arbeitsvertrag übersteigende öffentlich-rechtliche „Dienst-Treue-Verhältnis“, Rekrutierung nach generellen Qualifikationen, Unabsetzbarkeit, Pensionsberechtigung, Gehaltsbesoldung z. T. nach dem Angemessenheitsprinzip, mangelnde Trennung zwischen Arbeits- und Privatsphäre bei der Abhängigkeit vom öffentlichen Dienstherrn, soziale Sicherheit, relativ hohes Ansehen und spezifische Selbsteinschätzung — erstreckten sich zwar in Vorteilen und Nachteilen auf die verschiedenen Kategorien dieses „Berufsstand(es), der vom Reichskanzler bis zum Briefträger reicht“, in sehr verschiedenem Ausmaße⁶. Sie sorgten aber dafür, daß die Beamtenschaft, allerdings mit unscharfen Rändern gegenüber den öffentlichen Angestellten, die ihr gern in vollem Sinne angehören wollten, dies aber nur allmählich erreichten⁷, eine spezifische, von anderen Arbeitnehmern abgegrenzte Gruppe darstellte. Die Identifikation mit der übrigen Arbeitnehmerschaft lag den meisten von ihnen fern, und gewerkschaftliche Interessenvertretung verbot nicht nur das Beamtenrecht, sondern auch das eigene Standesbewußtsein. Doch zeigten sich auch in dieser

Gruppe vor 1914 einige schwache Ansätze zur Bewegung, zum Ressentiment und Protest.

Das traditionell äußerst knappe, nur langsam mit dem Alter wachsende Einkommen blieb, so scheint es, hinter den steigenden Preisen, vor allem aber — und dies wurde von Beamtensprechern beklagt — hinter den Verdiensten vergleichbarer Angestelltenkategorien in der Privatwirtschaft zurück. Forderungen nach Aufhebung jener beamtenrechtlichen Bestimmungen wurden laut, die die bürgerlichen Freiheiten, etwa das Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrecht der Beamten empfindlich einschränkten und ihre allzu starke Gängelung „von oben“ ermöglichten. Ein einheitliches Beamtenrecht wurde verlangt, das die traditionellen „wohlerworbenen Rechte“ für alle Beamtenkategorien garantieren sollte. Aus der äußerst zersplitterten Vielfalt kleiner Beamtenorganisationen schälte sich erstmals 1909 eine allerdings nicht sehr erfolgreiche sozial- und allgemeinpolitisch profilierte Interessenvertretung heraus, der „Bund der Festbesoldeten“. Zu seinen Forderungen gehörte auch: die schärfere Besteuerung der größeren Einkommen und Vermögen, die Ablehnung des preussischen Dreiklassenwahlrechts und die Verstärkung der Selbstverwaltung in Reich, Staaten und Gemeinden. Die „Beamtenfrage“ wurde schon vor 1914 zu einem allerdings untergeordneten Thema in der deutschen Politik⁹.

Die Zahl der Handwerker und Kleinhändler ist für die Zeit vor Ausbruch des Krieges schwer zu bestimmen. Knapp drei Millionen Betriebe mit 10 oder weniger Beschäftigten weist die Gewerbestatistik für 1907 aus, doch übertreibt diese Zahl, denn sie bezeichnet „technische Einheiten“, d. h. sie umfaßt Untergliederungen größerer Unternehmen ebenso wie selbständige Kleinunternehmen⁹. Die in der Literatur vorfindlichen Schätzungen ziehen qualitative Kriterien (wie Dominanz der Handarbeit, Grad der Arbeitsteilung, Produktion für Bestellung oder für den lokalen Markt) heran und kommen zu geringeren Ergebnissen: so etwa 1,5 Millionen Handwerker und 500 000 Kleinhändler in den letzten Jahren des Wilhelminischen Reichs¹⁰. Diese zwei bis drei Millionen kleinen und „mittelständischen“ Gewerbe- und Handeltreibenden befanden sich der Klassenlage nach als Selbständige, als Produktionsmittelbesitzer und oft als Arbeitgeber in einer Kategorie mit den industriellen und sonstigen größeren Unternehmern. Sie unterschieden sich jedoch von diesen nicht nur in ihrem Lebenszuschnitt, sondern auch in ihrer sozio-ökonomischen und politischen Ausrichtung. Die aus vorindustrieller Zeit stammende und stark an vorindustriellen Leitbildern orientierte Gruppe der Handwerker vertrat seit dem Vormärz relativ kontinuierlich Forderungen, die sich teils offen, teils implizit, gegen das System der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft, gegen die Prinzipien der Gewerbefreiheit und des Wettbewerbs wie gegen großbetriebliche Organisationsformen und deren Konkurrenzvorteile richteten. Die liberal-demokratischen politischen Forderungen, die die Handwerker 1848 und noch in den 1860er Jahren mit reaktionären ökonomischen Programmen verbunden hatten, wurden allmählich aufgegeben. Seit den 70er und 80er Jahren organisierten sich die Handwerker in einer Vielzahl z. T. konkurrierender Verbände. Sie forderten

die Wiederbelebung zünftiger Konkurrenzregelungen, so die Zwangsinnung (mit Preisfestsetzungskompetenz) und den „Befähigungsnachweis“, d. h. die Zulassung von Handwerkern nur aufgrund von Prüfungen, die das organisierte Handwerk selbst abnehmen wollte. Hinter ihrem Kampf gegen den „unlauteren Wettbewerb“, den sie oft im Namen der „guten Sitten“ zu führen glaubten, versteckte sich das Ressentiment des traditionellen Kleingewerbetreibenden gegen extrem marktwirtschaftliches Verhalten und kommerzielle Geschicklichkeit (Reklametechniken, Ausverkäufe, etc.) der erfolgreichen Großen. Mit ihren sozialprotektionistischen Forderungen wandten sich die Handwerker häufig an den Staat. Sie priesen sich als Schicht zwischen den Klassen, als „Ordnungsfaktor“ an und verlangten letztlich vom Staat eine Art ökonomischer und sozialer Statusgarantie, die sie vor den Auswirkungen fortschreitender Industrialisierung schützen sollte. Nur in begrenztem Maße hatten sie Erfolg, so bei der allmählichen Wiederaufwertung der Innungen bis hin zur „fakultativen Zwangsinnung“ von 1897 (auf Vorschlag der Mehrheit der Handwerksbetriebe eines Bereichs konnten die Behörden die Innung obligatorisch erklären), beim „kleinen Befähigungsnachweis“ von 1908, beim „Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb“ von 1909 und bei der bevorzugten Berücksichtigung von Handwerksmeistern bei der Verteilung staatlicher Aufträge¹¹.

Diese Stoßrichtung gegen Konkurrenzwirtschaft und Großkapital vereinte die Handwerker bis zu einem gewissen Grade mit dem ursprünglich liberalen Kleinhandel, der sich seit den 80er Jahren ebenfalls mit restaurativ-ständischen Ansprüchen, anti-liberalen und anti-kapitalischen Forderungen an den Staat um Hilfe wandte, obwohl in ihm Traditionen der Selbsthilfe stärker erhalten blieben als im Handwerk. Auch im Kleinhandel galt der Kampf der Gewerbe-freiheit, den modernen großbetrieblichen Organisationsformen (besonders dem Warenhaus) und dem unlauteren Wettbewerb, daneben dem Wandergewerbe und — zunehmend — den Konsumgenossenschaften¹². Neben den getrennten, öffentlich-rechtlichen Selbstverwaltungsorganisationen, den Handwerks- und Gewerbekammern nebst Innungen einerseits, den Handelskammern andererseits, entstanden, vor allem seit den 1890er Jahren, freiwillige Verbände, die Handwerk und Kleinhandel zusammenzuschließen suchten. Ihre gemeinsame Ideologie fanden diese Gruppen, die sich als Verlierer des Industrialisierungsprozesses fühlten¹³, häufig in „mittelständischen“ Gedanken und Schlagworten, die ihre „Zuverlässigkeit“ gegen den „Umsturz“, ihre Bedeutung für ein „gesundes“ Staatswesen, ihre Schutzbedürftigkeit und Schutzwürdigkeit gegenüber dem großen Kapital betonten. Im übrigen blieb diese „Mittelstandsbewegung“ jedoch instabil und heterogen. Wenn 1907 in Innungen nur 36 % der Handwerker organisiert waren¹⁴, dann gehörten den freiwilligen Verbänden noch viel weniger an. Der rechte Flügel der Handwerkerbewegung, der vor allem in Sachsen und Niedersachsen Unterstützung fand und dessen bekannteste Organisation der 1911 gegründete „Reichsdeutsche Mittelstandsverband“ war, griff in reaktionärer Weise auf ständische Organisationsformen und Wertungen zurück und huldigte einer aggressiven, anti-sozialistischen, antisemitischen und nationa-

listischen Ideologie. Andere Gruppen wie die süddeutschen „Gewerbevereine“ und die halb-öffentlichen Verbände trieben eine enger auf konkrete Interessen bezogene Politik und vertraten gemäßigt liberal-konservative Anschauungen¹⁶.

Die Vagheit und positiv-emotionale Aufladung des Begriffes ausnutzend, wurden seit Ende des Jahrhunderts diese beiden Gruppierungen — Handwerker/Kleinhandel und Angestellte — als „alter“ und „neuer Mittelstand“ zusammengefaßt¹⁶, und zwar zunehmend mit politischer Absicht und in politischem Kontext. Diese begriffliche Zusammenfassung kaschierte und harmonisierte die harten Interessengegensätze, die aufgrund verschiedener Klassenlagen zwischen angestellten Arbeitnehmern und mittelständischen Unternehmern bestanden. Tatsächlich traten die Spannungen zwischen „altem“ und „neuem“, zwischen dem selbständigen und dem angestellten „Mittelstand“ in den beide Gruppen vereinigenden Organisationen (so im Reichsdeutschen Mittelstandsverband und im Hansa-Bund) immer wieder an die Oberfläche. Das Reden vom „Mittelstand“ und die daraus folgende Politik überdeckten das und übten Integrationsfunktionen in einer Gesellschaft aus, deren zunehmender Klassenkonflikt ganz andere, radikalere, für die Herrschenden kostspieligere Lösungen verlangt hätte.

Die beschworene Berufung auf Mittelstandsschutz und -interessen war schließlich unpräzise und emotional genug, um von herrschenden Gruppen zur Förderung ihrer Interessen in Dienst gestellt werden zu können. Der großagrarisch bestimmte „Bund der Landwirte“ behauptete eine illusionäre Interessengemeinsamkeit zwischen großer Landwirtschaft und dem „Mittelstand in Stadt und Land“. Agrarier und Großindustrielle zollten dem „Mittelstand“ wenigstens verbale Hochachtung, als es galt, einen möglichst großen Teil von ihm für die Unterstützung einer anti-sozialistischen und anti-demokratischen Abwehrbewegung zu gewinnen, die 1913 im „Kartell der schaffenden Stände“ eine labile Organisationsform fand. Aber auch die im liberalen Hansa-Bund konzentrierte, von den Großbanken und Teilen der Industrie getragene, anti-agrarische Sammlungsbewegung versuchte, mit Hilfe mittelständischer Programmpunkte, Kleingewerbetreibende und Angestellte ins eigene Lager zu ziehen¹⁷.

Doch abgesehen von seinen politisch-ideologischen Funktionen und Zwecken, verwies das Reden vom „alten“ und „neuen Mittelstand“ zugleich auf eine wichtige Realität: auf die Existenz zweier insofern tatsächlich ähnlicher Gruppierungen, die sich in ihrer Mehrheit zugleich „von unten“ (Arbeiterschaft) und „von oben“ (Großkapital) abgrenzten, die sich als wertvolle, bedrohte und erhaltenswerte „gesunde Mitte“ fühlten und verhielten. Sowohl bei den Angestellten wie bei den Handwerkern und Kleinhändlern war somit die objektive Klassenlage keine hinreichende Bedingung für Lebensstil, Erwartungen, Organisation und politisches Verhalten. Beide Gruppen organisierten sich vorwiegend mit einer Frontstellung gegen jene, deren Klassenlage sie teilten: die Kleingewerbetreibenden in Absetzung von Großkapital und Großindustrie, die Angestellten in Absetzung zur Arbeiterschaft¹⁸. Zusammen stellten sie ein bedeuten-

des Phänomen dar, das die Wilhelminische Gesellschaft von einer klar ausgeprägten dichotomischen Klassengesellschaft unterschied. Sie bildeten sozusagen ein Polster, das, staatlich gepflegt, den wachsenden Klassenkonflikt ein wenig dämpfte. Dieses Polster ging im Weltkrieg entzwei.

2. Die Proletarisierung des „neuen Mittelstandes“

Unmittelbar nach Kriegsausbruch führte die vorübergehende Stockung und Arbeitslosigkeit — von manchen Unternehmern unbedenklich ausgenutzt — zu drastischen Gehaltsreduktionen bei vielen Angestellten, z. T. unter Bruch der Verträge. Ein Hamburger Handlungsgehilfen-Verband fand heraus, daß im November 1914 von 2288 weiterbeschäftigten Mitgliedern 1018 Gehaltsreduktionen erlebt hatten, die meisten um 25 bis 50 %¹⁹. Die bald einsetzende Kriegskonjunktur konnten die Angestellten bis Ende 1915 zumeist nicht einmal dazu nutzen, diesen Verlust wenigstens auf der Ebene der Nominalgehälter auszugleichen, obwohl die Lebenshaltungskosten bekanntlich bereits bis Ende 1915 um fast 30 % stiegen. Die Reichsversicherungsanstalt gab als Jahresdurchschnittsverdienste der bis zu 5000 Mk. erhaltenden (und also versicherungspflichtigen) Angestellten für 1914 1941 Mk. (Männer) und 997 Mk. (Frauen) an, für 1915 nur 1871 Mk. (Männer) und 955 Mk. (Frauen)²⁰. Diese Verringerung der Angestelltenverdienste nach ihrem nominalen Wert kontrastierte mit der Entwicklung des durchschnittlichen Arbeiterjahresverdienstes im selben Zeitraum, der zwar ebenfalls stark hinter dem Preisanstieg zurückblieb, doch wenigstens nominal nicht sank. Schon in den ersten anderthalb Kriegsjahren verlor der durchschnittliche Angestellte mehr Kaufkraft als der durchschnittliche Arbeiter²¹. Zwischen 1916 und Kriegsende stiegen die Nominalverdienste der meisten Angestellten im Durchschnitt über den Vorkriegsstand. Dies verdankten sie zumeist nicht etwa aufgebesserten Grundgehältern, sondern periodisch erhöhten und z. T. nach sozialen Gesichtspunkten dem Gehalt zugeschlagenen Teuerungs- und Kinderzulagen, die etwa bei Siemens bis Oktober 1915 bei schlechter verdienenden Angestellten 10 %, im Juli 1918 50—60 % des Gehaltes erreichten²². Davon erhofften sich die Unternehmer größere Flexibilität nach Kriegsende oder im Falle nachlassender Erträge, denn Gehaltserhöhungen würden sich, so fürchteten sie, schwerer rückgängig machen lassen als Kriegszulagen oder auch Lohnerhöhungen²³. Trotz Zulagen und begrenzten Gehaltserhöhungen blieben die Angestelltenverdienste auch 1916—1918 stark hinter dem steigenden Lebenshaltungsindex und auch hinter den Arbeiterlöhnen zurück. Eine Umfrage des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes unter seinen Mitgliedern ergab, daß deren Nominalverdienste vom 1. August 1914 bis zum 31. Dezember 1917 von 2393 auf 2829 Mark, d. h. um 18,2 % gestiegen waren, während sich in diesem Zeitraum der Lebenshaltungsindex um 185 % erhöht hatte und selbst die Arbeiter in Friedensindustrien über 40 %, die in Kriegsindustrien über 100 % durchschnittlichen Zuwachs zu verzeichnen hatten²⁴. Aber

nicht nur im teilweise arg bedrängten Handel, auch in der gut verdienenden Kriegsindustrie verloren die Angestellten finanziell gegenüber den Arbeitern an Boden. Im Juli 1917 protestierte die „Meistervereinigung der Siemens-Schuckertwerke“ bei der Unternehmensleitung dagegen, daß ihre Mitglieder auch relativ zu den Arbeitern zu wenig verdienten. Alle Zulagen und das dreizehnte Monatsgehalt eingerechnet, hatte der durchschnittliche Monatsverdienst eines Meisters seit Kriegsbeginn von 238 auf 390 Mark (also um 66 %), der Verdienst eines qualifizierten Arbeiters von 172 auf 306 Mark (also um 87 %) zugenommen, und zwar noch ohne Berücksichtigung der Überstunden, die zwar den Arbeitern, aber nicht allen Meistern gesondert vergütet wurden²⁵. Zwar hatten immer einige untere Angestelltenschichten schlechter verdient als gutgestellte Facharbeiter, doch vor dem Krieg lag der durchschnittliche Angestelltenverdienst, obwohl der Trend einer zunehmenden Angleichung klar erkennbar war, noch schätzungsweise um ungefähr 15 % über dem durchschnittlichen Arbeiterverdienst²⁶. In einigen Industrien, z. B. im Bergbau, bedeutete dagegen Ende 1917 die Beförderung eines Arbeiters zum unteren Betriebsangestellten (z. B. zum Steiger) „meistens eine Verkürzung des Einkommens“²⁷. In Rüstungsbetrieben verdienten viele Arbeiter gegen Kriegsende mehr — z. T. bedeutend mehr — als viele Angestellte²⁸.

Nicht nur Arbeiterlöhne und Angestelltegehälter glichen sich im Weltkrieg aneinander an, auch die Abstände zwischen den einzelnen Angestelltenverdiensten nahmen ab, schon weil ein bestimmtes Existenzminimum schwer unterschritten werden konnte, weil traditionelle Abstufungen nach Dienstalterkriterien an Wirksamkeit verloren und generell die Jüngeren im Kriege aufholten.

Durchschnittsjahresverdienste bei Siemens (in Mark):²⁹

a) vor den Steuerabzügen	1914	1921	Vermehrungsfaktor
Männliche Arbeiter	1 800	19 000	10,6
Männliche Angestellte	2 700	25 200	9,3
Normalbeteiligte	6 000	58 400	9,7
Bevollmächtigte	10 400	86 900	8,4
Prokuristen	20 400	140 500	6,9
Werkstatt- etc. Direktoren	—	141 300	—
Stellvertr. Vorstand	32 000	195 000	6,1
Vorstand	91 000	350 000	3,8
b) nach Steuerabzug			
Männliche Arbeiter	1 750	17 100	9,8
Männliche Angestellte	2 600	22 600	8,6
Normalbeteiligte	5 700	47 000	8,2
Bevollmächtigte	9 800	84 700	6,6
Prokuristen	19 100	96 100	5,0
Werkstatt- etc. Direktoren	20 600	116 200	5,6
Stellvertr. Vorstand	30 000	143 400	4,8
Vorstand	83 000	238 150	2,9

Ein Beispiel: Obwohl die Siemens-Unternehmen im Oktober 1921 durch differenzierte Aufstockungen die Abstände zwischen den einzelnen Verdienstkategorien neu betont hatten, waren die Abstände zwischen den Verdiensten verschiedener Arbeitnehmerkategorien Ende 1921 geringer als vor Kriegsbeginn.

Diese Nivellierungstendenzen setzten sich in den 20er Jahren fort, besonders schnell in der Inflation von 1923. Vergleicht man die Nominaleinkommen (Jahresdurchschnittswerte) von 1913 und 1928, so nahm in diesen 15 Jahren das Durchschnittseinkommen der Arbeiter um zwei Drittel, das der Angestellten aber nur um etwa ein Drittel zu. Zu Beginn der Wirtschaftskrise hatten im Durchschnitt sowohl die angelernten wie die gelernten Arbeiter das Realeinkommen der Vorkriegszeit überschritten. Dagegen blieb das Realgehalt der meisten Angestellten noch Ende 1929 unter der vergleichbaren Größe von 1913. Die in solchen Zahlen zum Ausdruck kommende langfristige Nivellierung von Löhnen und Gehältern entsprach einer Veränderung, die gleichzeitig in anderen hochindustrialisierten Ländern, z. B. in den USA, vonstatten ging, wenn auch in weniger schroffer Weise und ohne von einer langfristigen Stagnation im Realeinkommen pro Kopf begleitet zu sein²⁰.

Ähnlich erging es den öffentlichen Beamten (vgl. die Tabelle auf der nächsten Seite)²¹:

Für alle Beamtenkategorien bedeutete der Weltkrieg also einen scharfen Rückgang der Kaufkraft; dabei verarmten die höheren Beamten relativ sehr viel deutlicher als die mittleren und die unteren, da ab 1917 Gehaltserhöhungen nach sozialen Gesichtspunkten gestaffelt wurden, um die schlimmsten Härten zu mildern.

Die festbesoldeten Beamten fielen den Stellvertretenden Generalkommandos, die regelmäßig über die Lage der Bevölkerung nach Berlin berichteten, früher als Opfer der Not und Verarmung auf als die Angestellten. In den Kreisen der Berliner Staats- und Gemeindebeamten sah das Oberkommando in den Marken im August 1916 „Mißstimmung und Verbitterung“, denn sie verdienten bereits weniger als viele Industriearbeiter²². Und im Oktober 1916 wiederholte es mit Zustimmung anderer Armeekorps: „Im übrigen muß erneut auf die Notlage der Festbesoldeten, namentlich der Beamten, hingewiesen werden, deren Einkommen nicht — wie das der Arbeiter — während des Krieges gestiegen ist. Der Polizeipräsident in Berlin weist mit vollem Recht darauf hin, daß die fortschreitende Teuerung (über die Weiteres nicht mehr gesagt zu werden braucht) zahlreichen Beamten nicht mehr die Möglichkeit läßt, sich und ihre Familien auch nur einigermaßen ausreichend zu ernähren und zu kleiden. Hier muß rasch und wirksam geholfen werden; es muß dem Staat und dem Reich möglich sein, die hierfür erforderlichen Mittel aufzubringen. Unter den zahlreichen dringenden Gründen, die dies erfordern, sei nur die Erwägung hervorgehoben, daß eine berechtigte Unzufriedenheit der unteren Beamten auf die Dauer schwerwiegende politische Folgen haben kann und jedenfalls eine erhebliche Rückwirkung auf die allgemeine Stimmung haben muß, der hier eine starke Stütze verloren geht.“²³ Solche Warnungen durchziehen die Monatsberichte mit

	Höhere Beamte			Mittlere Beamte			Untere Beamte		
	Nominales Monatsgehalt (i. M.)	Reales Monatsgehalt (i. M.)	Index	Nominales Monatsgehalt (i. M.)	Reales Monatsgehalt (i. M.)	Index	Nominales Monatsgehalt (i. M.)	Reales Monatsgehalt (i. M.)	Index
1913	608		100	342		100	157		100
1914	608	591	97,2	342	332	97,2	157	153	97,2
1915	608	470	77,3	342	264	77,3	157	121	77,3
1916	608	358	58,9	342	202	58,9	157	93	58,9
1917	660	261	42,9	420	166	48,6	213	84	53,6
1918	891	284	46,8	589	188	55,0	342	109	69,6
1919	1 015	245	40,2	778	187	54,8	582	140	89,3
Dez. 1920	2 325	201	33,0	1 813	157	45,8	1 344	116	73,9
Dez. 1921	4 900	254	41,8	3 320	172	50,4	2 285	119	75,5
Dez. 1922	138 487	202	33,3	103 945	152	44,4	70 766	103	65,8
Dez. 1923	309,50	251	41,3	210,75	170	49,8	115,25	92	58,6

zunehmender Dringlichkeit³⁴. Gegen Kriegsende klagte ein Beamtenverbandsfunktionär: „(D)as wirtschaftliche Gewand der Beamten war abgetragen und verschlissen, längst bevor der Krieg kam. . . . Es war ein fortgesetzter Kampf der Beamten um ihre soziale Existenz. Und in diesem Kampfe sind sie im Kriege unterlegen. Breite Volksschichten stiegen über sie hinweg, ihr Niedergang war nicht mehr aufzuhalten.“³⁵

Die Ursachen der besonders ungünstigen Entwicklung der Gehälter im öffentlichen und privaten Bereich waren vielfältig. In jeder Inflation werden die unflexibleren, weniger marktabhängigen Gehälter schärfer betroffen als die meisten Löhne. Die privaten und die öffentlichen Arbeitgeber brauchten von den über keine starken, aggressiven Verbände verfügenden, traditionell unsolidarischen Angestellten und den in der Regel staatsstreuen, gewerkschaftlich nicht organisierten Beamten zunächst keine radikale Opposition zu befürchten und beuteten sie entsprechend aus. Die Militärbehörden setzten sich zwar, auf häufige Initiativen der Verbände hin, für bessere Bezahlung der Angestellten ein, doch offenbar weniger intensiv als im Falle der Arbeiter — hatten sie doch von den „Privatbeamten“ keine massierten Streiks und damit kein Risiko für die wirtschaftliche Kriegsführung zu erwarten. Vor allem aber konnten die Unternehmer in der Arbeitskräfteknappheit des Krieges eher mit weniger Angestellten auskommen als mit weniger Lohnarbeitern. Die Berliner Siemens-Schuckertwerke vergrößerten während des Krieges ihre Arbeiterbelegschaft um ein Drittel, ihr Angestelltenpersonal jedoch nur um ein Zehntel³⁶. Die Nachfragesituation war für viele Arbeiter günstiger als für die meisten Angestellten und Beamten, zumal offenbar Freiberufliche und Selbständige aus jenen Sparten, die im Kriege schrumpften, sich nach Erlaß des Hilfsdienstgesetzes bevorzugt in Bürostellen meldeten, um der zwangsweisen Überweisung in Handarbeiten oder an die Front zu entgehen³⁷.

Solche absolute und relative Verarmung belastete den sozialen Status und das Selbstverständnis des „neuen Mittelstandes“, dessen Angehörige sich bisher ja durch ihren Unterschied zu den Lohnarbeitern geradezu definiert hatten, und war ihre Hauptbeschwerde sowie der Hauptgrund ihrer zunehmenden Unzufriedenheit. Doch zum Verdienstverlust kamen andere Nöte und Erschütterungen. Die kurze Massenarbeitslosigkeit zu Kriegsbeginn³⁸ führte den Angestellten die tatsächliche Unsicherheit und beamtenunähnliche Marktabhängigkeit ihrer Stellung, über die sie sich mit einem illusionären Privatbeamtenbewußtsein hinweggetäuscht hatten, handgreiflich vor Augen³⁹. Die Wiedereingestellten, die Neuangestellten und die im Krieg Beförderten unter ihnen mußten zudem um ihre Stellungen fürchten, wenn nach Kriegsschluß die eingezogenen Angestellten zurückkommen und Ansprüche geltend machen würden. Ebenso bewirkten die relative Aufgabe von Anciennitätsprinzipien in der Gehaltsfestsetzung und der Abbau anderer spezifischer Angestelltenprivilegien in den Unternehmen, daß diese Gruppe sich zunehmend in ihrem Beamtenselbstverständnis in Frage gestellt sah⁴⁰. Die Frauenarbeit nahm im Kriege besonders in den kaufmännischen und allgemeinen Büro-, erstmals auch in den technischen Beru-

fen und in den öffentlichen Verwaltungen zu. Die „Frauenfrage“, die „lohn-drückende Frauenarbeit“, war vielen Beamten und Angestellten ein Ärgernis⁴¹. Besonders im letzten Kriegsjahr traten steigende Mieten und die unerschwinglich hohen Kleiderpreise unter den Klagen des Mittelstandes in den Vordergrund. Die im Sommer 1918 erlassene Vorschrift, alle verzichtbaren Kleidungsstücke für die Rüstungsarbeiter abzugeben, erboste die Angestellten und Beamten, die Handwerker und kleinen Händler ganz besonders⁴². Die Verweigerung grundsätzlicher demokratischer Rechte bei gleichzeitiger kriegsbedingter Intensivierung der allgemeinen Pflichten verärgerte nicht nur die Arbeiter, sondern auch anti-sozialistische Angestellte. Im August 1916 forderte sogar der rechtsstehende Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband eine „volkstümliche Gestaltung“ des plutokratischen preußischen Wahlrechts⁴³.

Schließlich mußte es die aktiven Angestellten verärgern, daß die Unternehmer ihre Verbände noch zurückweisender und nichtachtender, z. T. feindseliger behandelten als die starken und aggressiven Arbeitergewerkschaften, die die begrenzte Unterstützung der um die Kriegsproduktion fürchtenden Militärbehörden fanden. Die Arbeitgeber setzten sogar Mitglieder der äußerst gemäßigten Techniker- und Handlungsgehilfenverbände zwecks Maßregelung auf „schwarze Listen“ und weigerten sich fast durchweg, mit Angestelltenorganisationen in Tarifverhandlungen einzutreten. Starr hielten sie daran fest, daß das Verhältnis zwischen dem Unternehmer und seinem „Privatbeamten“ ein individuelles sein müsse, und witterten bei jedem kollektiven Auftreten der Angestellten die „Luft des Klassenkampfes“⁴⁴. Der wachsenden Rührigkeit der vielen kleinen Beamtenvereine standen die Behörden sehr mißtrauisch gegenüber und benutzten so lange wie möglich ihre Kontrollbefugnisse, um selbständige Zusammenschlüsse mit sozial- und gehaltspolitischen Zielsetzungen zu erschweren⁴⁵.

3. Linksrutsch der Angestellten

Die ideologischen Reaktionen der Angestellten auf diese Veränderungen ihrer Verhältnisse waren nicht einheitlich. Viele von ihnen, vor allem unter den kaufmännischen Angestellten, die noch häufiger als Individuen und in größerer Nähe zur Geschäftsleitung arbeiteten als die meist in industriellen Großbetrieben beschäftigten technischen Angestellten, betonten ihren mittelständischen Status um so stärker, je mehr ihm die objektive Grundlage entzogen wurde. Einer ihrer Sprecher bekräftigte das noch Ende 1917: „Wohl wissen wir, daß es in unseren unteren Schichten Verhältnisse und Stimmungen gibt, die den Arbeitern zuneigen . . .“ Aber: „Wir sind nicht Masse und können nicht als Masse wirken wie die Arbeiter. Unser Arbeitstag ist individuell . . . Wir stehen zum Unternehmer anders . . . Wir halten uns an die Eigenart unserer Verhältnisse und verlangen freie Bahn für eine reine ‚Angestelltenpolitik‘.“⁴⁶

Doch zugleich und im Gegensatz zu solchen verbalen Affirmationen wuchs in der Angestelltenschaft das verbitterte Gefühl und die allmähliche Einsicht in die

Notwendigkeit, sich als Arbeitnehmer ähnlich wie die Lohnarbeiter zu verhalten⁴⁷. Selbst so altmodische paritätische und die Individualität des Angestelltenverhältnisses beschwörende Verbände wie der Hamburger Verein für Handlungs-Commis von 1858 mußten jetzt ihre Zuflucht zu kollektiven Forderungen nehmen; sie verlangten nach Funktion und Alter gestufte Mindestgehaltssätze — wenn auch noch nicht Tarife⁴⁸. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband hatte, wie fast alle Verbände, den Streik bisher kategorisch abgelehnt. Im Juli 1917 berichtete sein Vorsitzender, daß viele Mitglieder dem Beispiel der Arbeiter folgen und „die radikalsten Mittel“ anwenden wollten, und er deutete ziemlich offen die Perspektive an, daß „schließlich auch die Massen der Angestellten zu Lohnkämpfen auf proletarischer Grundlage reif“ sein würden. Im Frühjahr 1919 leitete dieser Verband erfolgreiche Streikbewegungen⁴⁹. Im Herbst 1917 beschlossen die Angestellten eines großen Berliner Elektronunternehmens, der AEG, für Gehaltsverbesserungen in den Streik zu treten⁵⁰. Die Meister in Nürnberger Fabriken förderten im Januar 1918 indirekt den Massenstreik⁵¹. Was vor dem Krieg mit wenigen Ausnahmen von den Angestellten als „nicht standesgemäß“ oder unmoralisch scharf abgelehnt worden war, wurde in Krieg und Not akzeptabel und in der Revolution Wirklichkeit⁵². Die in vielen Großbetrieben durch das Hilfsdienstgesetz 1916 obligatorisch gewordenen, 1917 gewählten Angestelltenausschüsse dienten mancher Streikdrohung und innerbetrieblichen Radikalisierung der Angestellten (wie der Arbeiter) als Basis. Der Siemens-Direktor Junghein stellte Anfang 1918 fest: „Seit Bestehen des Angestellten-Ausschusses sind die Angestellten des Büros verhetzt und vergiftet; es wird immer schlimmer und die Firma muß sich mit aller Macht wehren.“⁵³

Außer mit Maßregelungen und Entlassungen organisierter Angestellter wehrten sich die Unternehmer mit der beschleunigten Aufzucht „gelber“, wirtschaftsfriedlicher Angestelltenvereine, die sie offenbar besonders bei den Wahlen zu den innerbetrieblichen Ausschüssen zu benutzen hofften. Die kleinen Vergünstigungen, die diese „Werkvereine“ den unterbezahlten Angestellten boten, mußten in der Not dieser Jahre besonders attraktiv sein. Die „gelben“ Angestelltenorganisationen scheinen 1908 von der Nürnberger Firma MAN ihren Ausgang genommen zu haben. Bei Krupp erreichten sie 1917 bereits fast 50 % der bei den Ausschuwahlen abgegebenen Angestelltenstimmen. Sie standen in scharfer Abwehrhaltung zu überbetrieblichen Angestelltenverbänden und waren finanziell von den Unternehmensleitungen abhängig. Das Wachstum der „gelben“ Angestelltenvereinigungen im Krieg weist auf den Gegenangriff hin, den die Unternehmer auch gegen die sich radikalierenden Angestellten, die an ihrem von den Unternehmern geförderten Beamtenelbstverständnis immer mehr irre wurden, unternahmen⁵⁴.

Diese „Abwehrmaßnahmen der Prinzipale“ gegen „die radikalen Bestrebungen der großen kaufmännischen und technischen Angestelltenverbände“ erreichten Anfang 1918 mit der Gründung der überregionalen wirtschaftsfriedlichen Zeitschrift „Die Hanse“ ihren Höhepunkt. Von Annoncen und Geldspenden

aus allen Zweigen von Industrie und Handel gestützt, wurde sie an Angestellte kostenlos verteilt; sie trat ein für den „Schutz des Kapitals und der schaffenden Stände durch Förderung der Unternehmertätigkeit“ und einen „gemäßigten Interessenausgleich“ zwischen Kapital und Arbeit „unter Ausschaltung der Regierung, des Staatssozialismus und des Verbandsterrorismus“. Sie betrieb die Gründung eines „Verband[es] der wirtschaftsfriedlichen Angestellten nach dem Muster der nationalen Arbeitervereine, jedoch unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse“ der Angestellten⁶⁶. Wie im Falle der „gelben“ Arbeitervereine gelangten diese Versuche nicht weit; ihnen standen zunehmend verbitterte und kritische Haltungen in der Angestelltenschaft, die entschlossene Opposition der insofern gemeinsam vorgehenden Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften und die immer deutlichere Mißbilligung seitens der auf die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung Rücksicht nehmenden Regierung entgegen⁶⁸. Angesichts eines immer klarer hervortretenden Links-Rutsches in der Angestelltenschaft hatten wirtschaftsfriedliche Alternativen zur zunehmend gewerkschaftlichen Orientierung des „neuen Mittelstandes“ nur begrenzten Erfolg.

Diese (begrenzte) Links-Bewegung der Angestellten unter dem Einfluß der Kriegsverhältnisse zeigte sich bei einer Minderheit in radikalem politischen Engagement: Der relativ kleine, sozialistische Zentralverband der Handlungsgehilfen, der vor allem schlechter bezahlte und zumeist weibliche kaufmännische Angestellte organisierte, gehörte innerhalb der Generalkommission der Freien Gewerkschaften zur linken Opposition und unterstützte die USPD⁶⁷. Besonders in Süddeutschland waren Angestellte in USPD-Ortsgruppen durchaus vertreten⁶⁸. Und der Leiter einer Berliner Spartakus-Zelle arbeitete als Ober-Ingenieur bei Siemens⁶⁹. Sicherlich waren das Ausnahmen. Immerhin sprach aber im August 1918 der Leipziger Stellvertretende General ohne Differenzierung von „dem großen Heer von Arbeitern, Angestellten usw., deren Einkünfte bei weitem nicht im Einklang mit der ständig steigenden Teuerung stehen. Hier bedarf es des ganzen maßgeblichen Einflusses, um ernste Unruhen auf die Dauer zu vermeiden . . .“⁷⁰

Ein etwas repräsentativeres Bild ergibt die Analyse der Angestelltenverbände und ihrer Veränderungen im Krieg. Die am stärksten gewerkschaftlich orientierten Organisationen hatten sich bereits 1913 zur Zusammenarbeit auf überberuflicher Basis entschlossen und bildeten ab 1917 die „Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände“. Im Krieg entstanden zwei weitere Föderationen von Einzelverbänden: die gemäßigte „Arbeitsgemeinschaft technischer Verbände“ und die betont mittelständische „Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Verbände“⁷¹. Im Juli 1917 schlossen diese drei Angestellten-Föderationen ein Abkommen zur Intensivierung der Zusammenarbeit in gemeinsam interessierenden Fragen. Dieses engere Zusammenrücken der Angestelltenverbände im Krieg reagierte auf Not und neue Aufgaben: Eingaben zur Verbesserung der Ernährungslage und zur Ausführung des Hilfsdienstgesetzes betrieben die Verbände gemeinsam; in Unternehmen mit starken wirtschaftsfriedlichen Vereinen stellten die gewerkschaftlichen Verbände bei den Wahlen zu den Angestellten-

ausschüssen häufig gemeinsame Gegenlisten auf, um den Einfluß der „Gelben“ zu brechen; auch um Teuerungszulagen für Gehaltsempfänger wandte man sich vereint an die Unternehmensleitungen. Das gemeinsame Vorgehen der Verbände wurde auch dadurch erleichtert, daß die Stellenvermittlung im Krieg zunehmend zentralisiert wurde und damit ein wichtiger Grund zur Konkurrenz wegfiel, der die Verbände getrennt hatte, als sie die Arbeitsvermittlung noch stärker in eigener Regie betrieben hatten⁶². Über diese konkreten Anlässe hinaus reflektierte das Zusammenwirken der Angestelltenverbände aber zugleich die zunehmende Vorherrschaft der allen Angestellten gleichen Arbeitnehmereigenschaft auf Kosten der engeren beruflichen Eigenart und auf Kosten des berufsständischen Bewußtseins, das den Angestellten bisher zumeist als Grundlage der Verbandsbildung gedient hatte. Doch zeigte sich diese Veränderung im Krieg nur bei einer Minderheit klar, bei den anderen nur in Ansätzen entgegen anders lautenden ideologischen Selbstdefinitionen. Sie setzte sich erst nach der Revolution voll durch⁶³.

Diese Bedeutungszunahme der Arbeitnehmerkomponente (auf Kosten des traditionellen Berufs- und Privatbeamtenelbstverständnisses) im Bewußtsein der Angestellten ließ auch subjektiv ihre Gemeinsamkeit mit anderen Arbeitnehmern, also vor allem mit den Lohnarbeitern, klarer hervortreten. Doch wurden in diesem Punkt von einer deutlichen Mehrheit der Angestelltenverbände weiterhin die klarsten Vorbehalte angemeldet. Trotz zunehmender Kooperation zwischen allen Angestellten- und Arbeiterorganisationen betonten besonders die kaufmännischen Verbände ihre ständische Eigenart und wandten sich z. B. dagegen, zusammen mit den Lohnarbeitern in den 1918 erneut geplanten öffentlichen Arbeitskammern organisiert zu werden⁶⁴. Dagegen betonte eine zunehmende Minderheit von Angestelltenverbänden ihre gewerkschaftliche Orientierung und ihre weitgehende Interessengemeinschaft mit den Arbeitergewerkschaften (die ihrerseits auf Kooperation mit den Angestellten drängten)⁶⁵. Mehrfach wandten sie sich zusammen mit den Arbeitergewerkschaften an zivile und militärische Behörden, um die Ausführung des Hilfsdienstgesetzes zu beeinflussen oder um gegen die Ernährungspolitik der Regierung und gegen die landwirtschaftlichen Gewinne zu protestieren und für stärkere Regulierungen durch das Kriegsamt einzutreten⁶⁶. Sowohl Arbeiter- wie Angestellten-gewerkschaften unterstützten den anti-annexionistischen „Volksbund für Freiheit und Vaterland“, weder Arbeiter- noch Angestellten-gewerkschaften — auch nicht der völkisch-gewerkschaftliche DHV — gehörten zur Basis der Vaterlandspartei⁶⁷. Wie stark diese Annäherung zwischen organisierten Arbeitern und Angestellten bereits war, zeigt sich daran, daß zwei der drei großen Angestelltenzusammenschlüsse, d. h. zusammen ca. 50 % der organisierten Angestellten, seit Ende 1917 für den Einschluß der Angestellten in die zu gründenden Arbeitskammern eintraten, also auf separate Angestelltenkammern verzichteten⁶⁸.

Diese Umorientierung innerhalb der Angestelltenschaft erwies sich auch an Verschiebungen in der relativen Stärke der Verbände. Alle Angestelltenorganisationen erlitten große Verluste an Mitgliedern. Einberufungen vor allem, viel-

leicht auch geringere Anhänglichkeit der Mitglieder als im Falle der Arbeiterverbände spielten dabei eine Rolle. Umgekehrt erreichten die Angestelltenorganisationen längst nicht das Maß an Bedeutung, Anerkennung und Macht bei den Behörden, das den Arbeitergewerkschaften dazu diente, wieder neue Mitglieder (ab Ende 1916) anzuziehen⁶⁹. Finanzielle Schwierigkeiten kamen hinzu, die die statistisch zudem sicher nicht immer ganz korrekt erfassbaren Wandlungen in den Mitgliedszahlen zu einem nicht ganz unproblematischen Indikator machen. Doch erscheint bemerkenswert, daß schon 1917 die „Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände“ (AfA), also die eindeutig gewerkschaftlich orientierte Verbändegruppe, die einzige war, die begann, ihren Mitgliederverlust allmählich aufzuholen, während die beiden anderen, die mittelständische „Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Verbände“ und die gemäßigte „Arbeitsgemeinschaft technischer Verbände“, zunächst weiter abfielen, bis die Revolution einen allgemeinen Zulauf zu allen Organisationen mit sich brachte (vgl. die folgende Tabelle). Dies schnellere Wachstum der radikaleren Verbände im Krieg kehrte das Bild der letzten Vorkriegsjahre um, in denen die konservativen mittelständischen Verbände stärker zugenommen hatten als die gewerkschaftlich orientierten.

Trotz solcher klar erkennbarer Linkstendenzen unter den Angestellten entwickelte deren Mehrheit wohl kein eindeutiges Arbeitnehmerbewußtsein, geschweige denn ein proletarisches Klassenbewußtsein. Die besser verdienenden, höher gestellten Angestellten, die in den hier untersuchten Verbänden in der Regel nicht organisiert waren, blieben gegenüber den hier analysierten Tendenzen sicherlich ganz besonders reserviert, mißtrauisch und ablehnend. Sogar die Mitglieder der sich zunehmend sozialistisch orientierenden, sich zum Klassenkampf bekennenden „Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände“ (AfA) betonten weiterhin ihre relative Eigenart gegenüber den Arbeitern; eine organisatorische Fusion zwischen der AfA und den sozialdemokratischen Arbeitergewerkschaften trat nicht ein⁷⁷. Andere Angestellte fühlten sich zwar verstärkt als Arbeitnehmer und schlossen sich radikalen sozialpolitischen Forderungen an, sie verbanden dies aber weiterhin mit einem nach 1918 gedämpften, später wieder stärker hervortretenden anti-sozialistischen, nationalistischen Bewußtsein und der daraus folgenden Politik⁷⁸.

Innerhalb dieser Grenzen bleibt festzuhalten, daß die Kriegsverhältnisse dem mittelständischen Charakter der Angestelltenschaft objektiv und subjektiv einen schweren Stoß versetzten. Die kriegsbedingten Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft bewirkten eine tendenzielle Angleichung zwischen Arbeitern und Angestelltenmehrheit hinsichtlich ihrer sozialökonomischen Situation und hinsichtlich ihrer Haltungen und Orientierungen. Auch in der Angestelltenschaft — vor allem in ihren niederen und mittleren Rängen — nahm das Ressentiment gegen „die da oben“, speziell gegen die Arbeitgeber zu⁷⁹. Wieweit möglicherweise die oberen Schichten der Angestellten eine entgegengesetzte Schwenkung vollzogen, muß offen bleiben. Die Kooperation zwischen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen nahm zu, die Abwehr der Unternehmer wurde starrer,

Mitgliedschaftszahlen von Angestelltenverbänden 1913—1918⁷⁰ (ohne selbständige Mitglieder)

	1913	1915	1916	1917	1918
Deutscher Verband Kaufmännischer Vereine, Frankfurt/M. (1889)	43 000	29 686	28 914	25 731	45 483
Verein für Handlungskommiss von 1858, Hamburg	113 723	47 423	36 902	31 924	107 302
Verband Deutscher Handlungshelfen, Leipzig (1881)	96 516	38 214	30 619	25 004	88 622
Deutschnationaler Handlungshelfen-Verband, Hamburg (1893)	140 392	72 619	17 985	13 323	140 593
Verein der Deutschen Kaufleute, Berlin (1873)	21 809	13 680	9 923	10 032	21 459
Verband katholischer kaufmänn. Vereinigungen Deutschlands, Essen (1877)	24 250	13 250	11 250	10 250	[24 250] ⁷⁴
Verband Reisender Kaufleute	7 900	5 500	5 000	3 700	7 700
Verband junger Drogisten Deutschlands, Berlin (1902)	2 483	567	461	270	[2 483] ⁷⁴
<i>Arbeitsgemeinschaft Kaufmännischer Verbände (AKV) (8. 10. 1916)⁷¹</i>	450 073	220 939	141 054	120 234	437 892
Deutscher Werkmeister-Verband, Düsseldorf (1884)	62 373	51 651	49 600	51 428	65 674
Deutscher Techniker-Verband, Berlin (1884)	26 519	16 000	16 000	8 518	— ⁷⁸
Deutscher Faktoren-Bund, Berlin (1896)	2 229	1 665	1 636	1 619	2 244
<i>Arbeitsgemeinschaft technischer Verbände (27. 12. 1915)</i>	91 121	69 316	67 236	61 565	67 918
Zentralverband der Handlungshelfen, Berlin (1897)	24 809	19 372	19 216	22 775	61 860
Bund der technisch-industriellen Beamten, Berlin (1904)	23 386	6 913	5 690	7 188	30 143
Werkmeister-Verband f. d. dt. Buchbindergewerbe, Berlin (1907)	317	198	255	306	517
Deutscher Zuschnneider-Verband, Berlin (1888)	3 045	1 255	1 079	1 030	2 687
Verband der Büroangestellten, Berlin (1893)	8 414	5 798	5 683	9 265	26 520
Deutscher Polier-Bund, Braunschweig (1902)	3 500	1 415	1 281	1 425	3 000 ⁷⁶
Genossenschaft Deutscher Bühnengehöriger, Berlin (1871)	12 036	11 821	10 823	11 095	14 978
Deutscher Chorsänger- und Ballett-Verband, Mannheim (1884) ⁷²	2 599	2 183	2 176	2 839	4 101
Internationale Artistenloge, Berlin (1901)	2 473	2 138	1 475	1 436	[2 473] ⁷⁴
<i>Arbeitsgemeinschaft zur Herbeiführung eines einheitl. Angestelltenrechts (1913), ab Herbst 1917: Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa), Berlin⁷³</i>	80 579	51 098	47 678	57 359	146 279

die unternehmerische Taktik differenzierte auch immer weniger zwischen Arbeitern und Angestellten. Diese tendenzielle (aber begrenzte) Einebnung des vor 1914 so bedeutungsvollen Arbeiter-Angestellten-Unterschieds bewirkte eine schärfere Profilierung der klassengesellschaftlichen Strukturen. Die Klassengegensätze traten klarer hervor, die Klassenspannungen nahmen zu, Ansätze zum Konflikt entlang Klassenlinien wurden deutlicher.

Der November-Umsturz entfernte innerhalb der Angestelltenschaft einige rechtliche, politische und atmosphärische Hindernisse, die im Krieg einer klaren Manifestation der sich aufstauenden Unzufriedenheit im Wege gestanden hatten. Alle Angestelltenverbände stellten sich nun auf einen eindeutig gewerkschaftlichen, den Streik prinzipiell bejahenden Standpunkt und schlossen den Beitritt von Selbständigen aus, zumal dies die Voraussetzung für ihre Aufnahme in die neu gegründete „Zentrale Arbeitsgemeinschaft“ von Arbeitnehmer- und Unternehmerorganisationen war. Gerade die radikaleren Angestelltenverbände verzeichneten in der Revolutionszeit großen Zulauf. Die meisten nahmen an den großen Streiks vom Winter 1918/1919 teil. Der linke Flügel unter den organisierten Angestellten, besonders die im sozialistischen „Zentralverband der Handlungsgehilfen“ organisierten kaufmännischen Angestellten, nahmen in Anspruch, aktiv und führend an der Entfaltung der Revolution mitgewirkt zu haben⁸⁰. Beim Gros der Angestellten dürften aufreizende, zum Teil radikalisierte Kriegserfahrungen und viel opportunistische Anpassung an die sich schnell verändernde Lage zu einer relativ passiven, die Revolution tolerierenden und in Grundzügen bejahenden Haltung geführt haben, die zwar in der Regel weit von proletarischem Klassenbewußtsein und radikal-demokratischem Eifer entfernt war, aber mindestens ebensoweit von einer Verteidigung des bisherigen Systems oder der angegriffenen herrschenden Gruppen.

4. Die Reaktion der Beamten

Eine im ganzen ähnliche Bewegung vollzogen, wie es scheint, die unteren und mittleren öffentlichen Beamten, wenn auch gemildert und gebrochen durch ihre spezifische rechtliche Situation und ihre ideologischen Traditionen. Auffällig oft warnten die Monatsberichte der Stellvertretenden Generalkommandos vor der Erbitterung der sich durch den Staat vernachlässigt sehenden Beamten und vor der „Abwanderung vieler nach links, ... um so eher, je mehr die gemäßigte sozialdemokratische Partei sich in ihren Anschauungen mit einem kleinen Ruck nach rechts mausert“⁸¹. Mit den immer begrenzten, doch hoch geschätzten sozialökonomischen Vorzügen des sicheren Beamtenstatus und mit dem hohen Ansehen des Staates, an dem die Staatsdiener zu partizipieren pflegten, brachen im Kriege auch manche Bestandteile des tradierten Beamtenethos zusammen. Im Juni 1918 klagte der Stellvertretende General des II. Armee-Korps (Stettin) über den allgemeinen Zusammenbruch des Respekts für Gesetze und über die Desintegration der öffentlichen Moral angesichts unkontrollierbarer Not. Er

fuhr fort: „Es wird gestohlen und weggenommen, wo man es bekommen kann. Ausräuberungen ganzer Bahnzüge durch die Angestellten, einschließlich Beamten, sind an der Tagesordnung. Der Verkauf anvertrauten Staatseigentums zu eigenem Nutzen wächst in unheimlicher Weise. Man kann gar nicht genug Wachen und Posten ausstellen, um das Eigentum zu schützen, denn immer wieder muß man die Erfahrung machen, daß die Wächter mitstehlen. Die raffiniertesten Sicherheitsmaßregeln werden getroffen, um Waren aller Art leidlich gesichert zu verschicken, alles ist umsonst, es gibt keine Sicherheit mehr.“⁸²

Über die Verzweiflung in diesen Kreisen der Festbesoldeten ließen die Berichte der General-Kommandos keinen Zweifel⁸³. Diese kleinbürgerlichen Gruppen litten nicht nur unter einer fast unerträglichen ökonomischen Situation, sondern auch unter dem Zusammenbruch ihrer meist ungeheuer mühsam errungenen sozialen Existenz, ihres Standesbewußtseins und Standesgewissens⁸⁴. Sehr viel stärker als für die meisten Arbeiter mußten Not und Krieg für diese Gruppen psychische Erschütterung und zu vielem ausnutzbare Desorientierung bewirken. Wenn der Kanzlerberater Riezler im Kriege schrieb: „Das Volk ist jetzt flüssiges Material“⁸⁵, so galt dies sicherlich auch für die Mobilisierbarkeit des „kleinen Mannes“ mit festem Gehalt.

Auch die besser verdienenden, gehobenen und höheren Beamten, die relativ noch mehr an Einkommen im Krieg verloren als die unteren und mittleren Ränge, wurden häufig wirtschaftlich ruiniert, wenn sie nicht über sehr große Vermögensrücklagen verfügten⁸⁶. Im amtlichen Bericht einer Posener Behörde zur Frage des illegalen Schleichhandels, an dem sich auch Beamte beteiligten, hieß es im September 1918: „Der Unterzeichnete als Obersekretär einer Reichsbehörde ist heute und nach dem Kriege nichts anderes als ein Proletarier. Nichts ist vorhanden, weder Lebensmittel, noch Geld, noch Kleidung oder Wäsche, alles und jedes geht zur Neige.“⁸⁷ Und das Königsberger Generalkommando gab einem weit verbreiteten Gefühl Ausdruck, wenn es — besonders mit Bezug auf die bessergestellten Beamten — im Frühjahr 1918 schrieb, „daß der Mittelstand immer mehr zwischen dem sich neu bildenden Kapital auf der einen Seite und der wachsenden Macht der Arbeiterklasse auf der anderen zerrieben wird . . . Mit Sorge beobachten zahlreiche Berufe, deren Angehörige staatlichen und kulturellen Aufgaben sich widmen, wie die Beschaffung der einfachsten Lebensbedürfnisse alle Mittel in Anspruch nimmt und sie dadurch auf eine tiefere soziale Stufe herabgedrückt werden.“⁸⁸

Eine Linksschwenkung oder tiefgreifende Desorientierung der gehobenen und höheren Beamten war zweifellos nicht oder kaum die Folge ihres rapiden Abstiegs im Krieg. Weder gehörten sie bei Kriegsende den gehalts- und sozialpolitisch aktiv werdenden Beamtenvereinigungen an⁸⁹, noch hinderte sie nach dem Zusammenbruch ihre weitgehende Deklassierung daran, ein wichtiges Bollwerk gegen die Revolution darzustellen⁹⁰. 1917/1918 gehörten sie wohl, zusammen mit vielen anderen Akademikern, zur Anhängerschaft der Vaterlandspartei, die ja manche Züge einer rechten, nationalistischen, antisozialistischen, antidemokratischen Protestbewegung aufwies, allerdings noch ohne jene dyna-

misch-egalisierende, pseudo-demokratische, anti-konservative Komponente der nationalsozialistischen Bewegung der nächsten Jahre⁹¹. Richter vor allem, daneben Pfarrer, Lehrer, Professoren, Geschäftsleute und Großindustrielle dominierten in der kürzlich untersuchten Nürnberger Ortsgruppe der Vaterlandspartei⁹².

Die „Beamtenbewegung“, der vor allem niedere und mittlere Beamte angehörten, gewann im Krieg kein klares politisches Profil. Einige hundert nach Fach-, Behörden- und Rangunterschieden gegliederte Organisationen mit annähernd einer Million Mitglieder bestanden gegen Ende des Krieges in großer Vielgestaltigkeit und Fragmentierung⁹³. Folgende Tendenzen sind gleichwohl zu erkennen: Zum einen trieb die gemeinsame Not der Kriegszeit die Beamtenvereine ein Stück näher zusammen. Gegen mannigfache Widerstände in den eigenen Reihen schloß sich eine zunehmende Anzahl von ihnen seit Februar 1916 in der lockeren „Interessengemeinschaft Deutscher Reichs- und Staatsbeamtenverbände“ zusammen, der Anfang 1918 Organisationen mit insgesamt ca. einer halben Million Mitgliedern angehörten und aus der im Dezember 1918 der „Deutsche Beamtenbund“ mit ca. 1,5 Millionen Mitgliedern hervorging⁹⁴. Zum anderen traten wirtschaftliche Themen in der Politik der Verbände stärker als bisher in den Vordergrund. Schon im Dezember 1914 schlossen sich eine Reihe von Beamtenorganisationen dem „Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen“ an, dem gleichzeitig die Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften angehörten⁹⁵. Der „Ausbau des Besoldungswesens auf einheitlicher, sozial gerechter Grundlage unter gleichmäßiger Anwendung auf alle Klassen der höheren, mittleren und unteren Beamten, unter Anpassung der Bezüge an die jeweiligen Wirtschafts- und Teuerungsverhältnisse“ und der Ausbau der Beamten-Konsumgenossenschaften in enger Verbindung zu den anderen konsumgenossenschaftlichen Zentralverbänden waren zentrale Programmpunkte der „Interessengemeinschaft“, die sich zugleich, wohl vor allem zugunsten der unteren und mittleren Beamten, für die Schaffung eines einheitlichen, „zeitgemäßen“ Beamtenrechtes, für die Vereinheitlichung der Aufnahmebedingungen in den höheren, mittleren und unteren Dienst sowie für eine Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten nach Kriterien der Befähigung und praktischen Bewährung einsetzte⁹⁶.

Schließlich läßt sich an Zielen und Mitteln ihrer Interessenvertretung indirekt eine Umakzentuierung in den allgemeinen politischen Einstellungen der Beamten während des Krieges analysieren. Zunehmend erkannten sie die Unzulänglichkeit der staatlichen Fürsorge. Was in der Vorkriegszeit nur kleine Minderheiten von ihnen unterstützt hatten, wurde nun von ihrem größten Zusammenschluß praktiziert: kollektive Vertretung der eigenen Interessen in der Öffentlichkeit und systematische, organisierte Einflußnahme auf den politischen Entscheidungsprozeß. Öffentliche Großkundgebungen wurden geplant, die publizistische Arbeit verstärkt und bei prinzipieller parteipolitischen Neutralität ein „parlamentarischer“ Ausschuß aus jenen Beamten gebildet, die Parlamentssitze innehatten. „Das beste Wohlwollen [des Vorgesetzten] nützt dem Beamten gar

nichts, wenn er sich nicht selber regt und den Boden beackert, auf dem bessere Verhältnisse wachsen sollen. Der zweite Faktor der Gesetzgebung ist nun einmal das Parlament, und der Beamte ist ebenso sehr auf das Wohlwollen dieses wie auf das seiner Behörde angewiesen.“⁹⁷ Diese Veränderung in der Strategie der Interessenwahrnehmung implizierte eine gewisse Wendung gegen obrigkeitstaatliche Traditionen, gegen die beamtenspezifische Beschränkung des Meinungs-, Versammlungs- und Vereinsrechts, für erweiterte „Selbstverwaltung“ — in der Revolution: „Mitbestimmung“ — der Beamten und damit zumindest für einige Aspekte der „Neuorientierung“. Die politische Aktivierung und Aufklärung der Beamten, ihren Eintritt in die Parteien und die „Selbstverwaltung des Volkes“ „an Stelle der bisherigen ‚obrigkeitlichen‘ Regierung“ forderten verschiedene Sprecher der Beamtenbewegung seit 1916/1917. 1917 unterstützte die „Interessengemeinschaft“ den anti-annexionistischen, maßvoll reformfreundlichen „Volksbund für Freiheit und Vaterland“, nicht die konservativ-reaktionäre, annexionistische Vaterlandspartei⁹⁸.

Die Politisierung der Beamten blieb zweifellos begrenzt. Jahrzehnte alte Traditionen änderten sich auch im Krieg nicht über Nacht. Viele von ihnen blieben sicher national, obrigkeitstaatlich, antisozialistisch und antidemokratisch eingestellt. Doch die Tendenz ist klar. Mehr und mehr niedere und mittlere Beamte näherten sich im Weltkrieg parlamentarischen, demokratischen und sozialdemokratischen Vorstellungen⁹⁹. Nach dem Zusammenbruch war ihre große Mehrheit zumindestens „revolutionsgeduldig“¹⁰⁰ und verteidigte die alten Gewalten nicht. Ihre Verbände stellten sich schnell auf den Boden der neuen Tatsachen und verwendeten bald demokratische Rhetorik. In gewisser Verwirrung und nicht ohne Opportunismus unterstützten sie den neuen „Volksstaat“, akzeptierten sie die neu geschaffenen demokratischen Einflußchancen (auch die Beamtenräte), nicht zuletzt für den Kampf ums „Berufsbeamtentum“ und damit für die alten „wohlerworbenen Rechte“. Das Festhalten an diesen begrenzte weiterhin deutlich ihre gemäßigte Schwenkung nach links und begründete letztlich ihre Ablehnung des politischen Räteprinzips ebenso wie ihren — allerdings erst nach längerer, kontroverser Diskussion zustande kommenden — Verzicht auf das Streikrecht und damit auf eine strikt gewerkschaftliche Orientierung¹⁰¹.

5. Handwerker und Kleinhändler

Der genaue Einfluß des Krieges auf die ökonomische Situation der Handwerker und Kleinhändler ist schwer zu bestimmen. Nur einige unvollkommene Beobachtungen können im folgenden wiedergegeben werden. Versucht man abzuschätzen, in welcher Weise sich die Situation der gewerblichen Kleinbetriebe im Krieg von der der industriellen Mittel- und Großbetriebe unterschied, so ist zunächst darauf hinzuweisen, daß die kleinen Unternehmen in jenen gewerblichen Zweigen stärker vertreten waren, die, als nicht kriegswichtig, weniger profitierten oder sogar Schaden litten. Kleinbetriebe mit 1—10 Beschäftigten machten in der

Eisen- und Stahlgewinnung nur 25,2 %, im Maschinenbau 65,3 %, in der Chemischen 70,0 % und in der Elektro-Industrie 73,0 % aus. In den stark unter der veränderten Auftragslage leidenden „Friedensindustrien“ sah es anders aus. Im Vervielfältigungsgewerbe gab es 80,3 %, im Baugewerbe 88,5 %, in der Spielzeugwarenindustrie 92,9 %, im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe 96,6 %, in der Textilindustrie 93,5 % und im Bekleidungs-gewerbe 98,9 % Betriebe mit zehn oder weniger Beschäftigten¹⁰². Der durchschnittliche Handwerker partizipierte schon deshalb weniger an den Kriegsgewinnen als der durchschnittliche Industrielle. Er hatte eher mit Einberufungen zu rechnen, die zudem im Fall des Kleinbetriebes mit größerer Wahrscheinlichkeit zur Schließung führten als im Falle des Mittel- oder Großbetriebs. Schätzungsweise waren Ende 1917 etwa 500 000 oder knapp 50 % aller Handwerker eingezogen und etwa 33 % aller Handwerksbetriebe geschlossen¹⁰³. (Viele Betriebe wurden also von den Ehefrauen oder den Gesellen weitergeführt.) Der durchschnittliche Handwerker hatte überdies größere Schwierigkeiten, die nötigen Rohstoffe von den bewirtschaftenden Behörden oder Selbstverwaltungsorganen zu erhalten, schon weil diese unter dem Einfluß von Industrieverbänden oder -gruppen standen, in denen die Kleinbetriebe wenig Macht erlangten¹⁰⁴. Das Kriegsamt stellte Anfang 1917 fest: „Besonders schwer zu leiden haben unter den gegenwärtigen Ernährungsschwierigkeiten die mittleren Beamten, die Handwerker und die Kleinhändler. Der Beamte, dessen feste Bezüge sich im Gegensatz zu der unverhältnismäßig starken Steigerung der Lebensmittelpreise nicht erhöht haben, kann selbst bei den nachträglich gezahlten Teuerungszulagen eine größere Familie mit dem spärlichen Gehalt nicht ernähren. Ein gleiches gilt von den kleinen Kaufleuten und kleinen Gewerbetreibenden, weil ihr Erwerbsleben dadurch, daß die meisten Waren der öffentlichen Verteilung unterliegen, mehr und mehr eingeschränkt worden ist.“¹⁰⁵

Nach Erlaß des „Hindenburgprogramms“, das Ende 1916 die staatlichen Eingriffe in die Produktion zugunsten effektiverer Kriegsführung drastisch erhöhte, standen Kleinbetriebe zudem in der größeren Gefahr, Opfer einer staatlich verfügbaren Stilllegung zu werden. Nach dem Ausbruch der Kohlekrise erklärte der Kriegsamtchef General Groener im Juli 1917, kurz vor seinem Sturz: „Alle unbeschäftigten Betriebe müssen rücksichtslos geschlossen werden. Alle kleinen Betriebe müssen rücksichtslos beseitigt werden, denn sie sind unwirtschaftlich in bezug auf Kohle und Menschen.“¹⁰⁶ Wenn auch die Handwerksvertretungen in den Prozeß der Zusammen- und Stilllegungen eingeschaltet wurden und ihn offenbar wirksam abbremsen konnten¹⁰⁷, so dürfte doch die große Macht des großindustriell dominierten „Kriegsausschusses der Deutschen Industrie“ im Entscheidungsprozeß, der zu Stilllegungen führte, sowie die Konzentration der Aktion auf stark klein- und mittelbetriebliche Sparten (Schuh- und Seifenindustrie, Brauerei- und Bäckereigewerbe, Textilindustrie), dazu geführt haben, daß Handwerker auch durch die Zusammen- und Stilllegungsmaßnahmen des 1917 agierenden „Ständigen Ausschusses für Zusammenlegungen“ und danach des Reichswirtschaftsamtes stärker betroffen waren als die große Industrie¹⁰⁸.

Klagen der weiterarbeitenden Handwerker über weglauende Lehrlinge, die in den Kriegsindustrien bessere Löhne erhielten, waren häufig. Im Bezirk der Handwerkskammer Berlin nahm die Zahl der Lehrlinge bis 1918 von 41 000 auf 7800 ab¹⁰⁹. Wenigstens am Anfang des Krieges bevorzugten die militärischen Beschaffungsstellen mit ihren Aufträgen die Industrie, da die Handwerker als weniger leistungsfähig galten und zudem nicht, wie die Industrie, über zentrale Auftragsvermittlungsstellen verfügten¹¹⁰. Neben Teilen des Handwerks litt auch der Kleinhandel in einer Zeit, da der Massenkonsum immer mehr schrumpfte, staatliche Stellen, Kommunen und Großbetriebe z. T. selbst an die Verbraucher verteilten und Höchstpreise, Kartensysteme und andere Vorschriften das Verteilungssystem viel stärker als die Produktion regulierten¹¹¹.

Doch wie schon vor dem Krieg die häufigen Klagen des Handwerks und die verbreiteten pessimistischen Voraussagen über seine zukünftige Entwicklung nur einem Teil der Wirklichkeit entsprachen, so wird man auch die Klagen der Handwerksvertretungen im Weltkrieg nicht pauschal für bare Münze nehmen dürfen¹¹². Die zahlreichen Schließungen führten sicher oft zu Gewinnausfall und zum Teil wohl auch zu Not. Die „Degradation selbständiger Betriebsinhaber zu Tagelöhnern“¹¹³ bedeuteten sie jedoch in der Regel nicht. Offenbar nahmen die meisten ihre Betriebe nach der Heimkehr oder der Entlassung aus kriegswichtigen Betrieben (wo sie zwischenzeitlich nicht schlechter verdienten als langjährige Arbeiter auch) wieder auf. Nach der informierten Schätzung W. Wernets nahm die Zahl der Handwerksbetriebe von 1907 bis 1919 nur um knapp 8 % ab¹¹⁴. Langfristig (1907—1925) ging der Anteil der Kleinbetriebe (1 bis 10 Personen) kaum schneller zurück als in der Periode vor dem Krieg (1882—1907), während der Anteil der Selbständigen an allen Erwerbstätigen von 1907 bis 1925 sogar langsamer fiel als von 1895 bis 1907¹¹⁴. Trotz aller Benachteiligungen des Einzelhandels blieb er doch so attraktiv, daß unmittelbar nach Kriegsende wahrscheinlich ungefähr 2 % mehr Unternehmen darin existierten als 1914¹¹⁵.

Die Lage der Handwerker wechselte zudem stark von Branche zu Branche und von Gegend zu Gegend. Das Stellvertretende Generalkommando im XX. Bezirk (Allenstein) schrieb im Juli 1917: „Besonders ungünstig ist die Lage der Familien von Handwerkern, die seit Kriegsbeginn im Felde stehen. In den Grenzkreisen haben diese Familien vielfach durch den Russeneinfall sehr gelitten. Auch nach der Entlassung vom Heeresdienste wird den Handwerkern oft jede Möglichkeit fehlen, sich wieder emporzuarbeiten. Allgemein leidet das Handwerk in den Städten ganz besonders unter den notwendigen Kriegsmaßnahmen. Die Bäckereien haben zwar in Ostpreußen genügend Mehl, können sich aber nicht recht entwickeln, weil ihre Tätigkeit auf die Herstellung von Roggenbrot beschränkt ist. Im Fleisergewerbe ist die Verdienstmöglichkeit infolge der vielen Regelungen eine geringe. Die Geschäfte sind lediglich auf Verteilung der ihnen zugewiesenen Mengen nach den Kundenlisten beschränkt. Wurstwaren werden nur in geringem Maße hergestellt. In anderen Gewerben ist die Stimmung schlecht, weil die Beschaffung von Rohstoffen sehr schwierig, wo nicht unmöglich ist. So bei den Schneidern, Schuhmachern und Mützenmachern. In gün-

stiger Lage sind dagegen infolge der regen Bautätigkeit im zerstörten Gebiet die Klempner, Maler, Schmiede, Schlosser und Tischler. Im Bauhandwerk wird Klage geführt, daß sich an Stelle der kreiseingesessenen Handwerker, die im Heeresdienste stehen, auswärtige Konkurrenz einstellt, die, sobald sie zu Gelde gekommen ist, den Kreis bzw. den Ort wieder verläßt. Im Gegensatz zu den eigentlichen Handwerkern findet man bei den Kaufleuten in Ostpreußen trotz der mannigfachen Einschränkungen durch die Kriegsgesetze einen gewissen Wohlstand, der namentlich aus den ersten beiden Kriegsjahren stammt.¹¹⁶ Und im Oktober 1917 berichtete das Württembergische Kriegsministerium über die Lage des dortigen gewerblichen Mittelstandes: „Zahlreiche Existenzen sind gefährdet, namentlich dort, wo der Ernährer seit drei Kriegsjahren seinem Beruf entzogen ist, während eine große Reihe mittlerer und kleinerer Handwerker, welche vom Heeresdienst nicht berührt sind, aus der Kriegskonjunktur ebenso wie die meisten Arbeiter entsprechenden Nutzen gezogen haben.“¹¹⁷

Die kleingewerblichen Betriebe, die nicht schließen mußten, besonders die für Heeresbedarf arbeitenden Sattler, Mechaniker, Schlosser, Schreiner, Wagner, Schuhmacher, Schneider u. a. verdienten nicht schlecht, zumal die Militärbeschaffungsstellen sehr bald — trotz Sympathien der Obersten Heeresleitung für die Großunternehmen¹¹⁸ — aus sozialprotektionistischen Gründen bevorzugt Aufträge an Handwerksbetriebe verteilten¹¹⁹. Im Juli 1917, also nachdem die Stilllegungsaktionen schon ein halbes Jahr andauerten und schon wieder abzuflauen begannen, sagte General Groener in einer internen Kriegsamtbesprechung: „In den ersten Kriegsjahren sind wir [mit Aufträgen und Materialverteilung] in die Breite gegangen, um alle Erwerbsschichten teilnehmen zu lassen. Wir haben mit Recht die kleinen Betriebe zu halten gesucht ebenso wie den Mittelstand, auch aus innenpolitischen Gründen.“¹²⁰ Offenbar hörte im Krieg die Mittelstandspolitik, die Rücksicht auf diese „für den Staat so wichtigen Volkskreise“¹²¹ nicht völlig auf. So war auch die neu eingeführte Umsatzsteuer 1918 nicht frei von mittelstandsfreundlichen Regelungen¹²². Selbst Interessenvertreter des Handwerks gaben Ende 1917 zu, gewerbliche Genossenschaften hätten so viel Geld angehäuft, daß sie nicht mehr wüßten, wo sie es anlegen sollten¹²³.

Vor allem verstärkten die Kriegseinwirkungen langfristig die Fähigkeiten und Mittel der Handwerker zu überbetrieblicher Zusammenarbeit und Selbsthilfe. Da die Behörden kaum mit Einzelbetrieben verhandelten, übernahmen nach kurzer Verwirrung zunächst die zu solchen direkt ökonomischen Tätigkeiten nicht befugten Handwerkskammern und Innungen die Beschaffung und Verteilung der Aufträge; dann organisierten die ab Sommer 1915 entstehenden, bald systematisch zentralisierten, handwerklichen Verdingungs- und Wirtschaftsstellen, Lieferungsverbände und Genossenschaften die Versorgung des Handwerks mit Aufträgen und Rohstoffen. In enger Kooperation mit militärischen und zivilen Behörden entwickelte somit das Handwerk unter dem Druck des Krieges eine genossenschaftliche Selbsthilfeorganisation, die den einzelnen Betrieben gewisse unternehmerische Aufgaben abnahm und sie gleichzeitig

stärkte¹²⁴. Wenn 1907 nur 36 % der Handwerker in Innungen organisiert waren, so wuchs dieser Anteil bis 1919 auf 51 %. Die Zahl der Genossenschaften (Anfang 1914: 979) dürfte sich im Krieg fast verdoppelt haben¹²⁵. Diese Entwicklung realisierte die lange und ohne viel Erfolg vorgetragenen Vorschläge relativ liberaler Sprecher des Handwerks, statt zünftischer Abkapselung und Kampf um staatliche Hilfe sich selbst genossenschaftlich zu organisieren¹²⁶. Diese organisatorische Stärkung und Betonung der kollektiven Selbsthilfe wurden zur Basis der berufsfachlichen, korporativen Selbstverwaltung des Handwerks nach dem Krieg¹²⁷.

Somit stellt sich die Wirkung des Krieges auf die sozialökonomische Lage des Handwerks als sehr viel komplizierter und ambivalenter heraus als gemeinhin angenommen wird¹²⁸. Unter dem Einfluß dieser uneinheitlichen sozio-ökonomischen Veränderungen folgten auch die im Krieg sich abzeichnenden Wandlungen im Selbstverständnis, in den bewußten Interessen, in der sozialpolitischen Orientierung und Kooperationsbereitschaft mit anderen Gruppen keinem einheitlichen Muster. Stark vereinfacht, lassen sich zwei Reaktionsweisen unterscheiden, die beide die traditionelle mittelständische Orientierung des Handwerks durchbrachen.

Eine Minderheit von Handwerkern zog aus ihrer Verbitterung über ihren sozialökonomischen Abstieg und aus der Enttäuschung über unzureichende staatliche Hilfestellungen die Konsequenz, links-oppositionelle Gruppen zu unterstützen. Mehrfach verwandten sich Berichte der Stellvertretenden Generalkommandos für die Verstärkung des Mittelstandsschutzes aus politischen Gründen: „Immer schwieriger gestaltet sich die Lage des Mittelstandes, der kleinen Beamten, Geschäftsleute und Handwerker. Gerade in diesem, vom Kriege aller schwerstens getroffenen Kreise der Bevölkerung findet man häufig Niedergeschlagenheit und entsagende Erbitterung. Weit verbreitet ist bei dem Mittelstande die Überzeugung, daß ihm jede staatliche Unterstützung ermangelt. Es besteht die große Gefahr, daß aus dieser resignierten Grundstimmung heraus weite Kreise des Mittelstandes in ihrer Unzufriedenheit sich der sozialdemokratischen Partei anschließen, um so eher, als heute im Gegensatz zu früher, der Mehrheit dieser Partei jedes ‚Odium‘ genommen ist.“¹²⁹ „Der städtische Mittelstand, besonders der teilweise beschäftigungslose Gewerbetreibende, zeigt infolge der durch den Krieg erlittenen Verluste und des drohenden Geschäftsruins teilweise ein trübes Bild. Trotzdem hat er sich auch in dieser Zeit als ruhiges Moment erwiesen; er wünscht das baldige Ende des Krieges und hofft auf staatliche Aufhilfe durch gesetzgeberische Maßnahmen, wozu in Baden auf Anregung des rührigen Verbandes der Handwerker- und Gewerbevereinigungen bereits Vorbereitungen im Gange sind. Beim Mittelstand wie bei den Arbeitern macht sich zusehends eine Erbitterung gegen diejenigen Leute geltend, die aus dem Kriege ungeheure Gewinne ziehen.“¹³⁰ Im Januar 1918 behauptete das II. Armee-Korps (Stettin), daß neben den Arbeitern auch die so stark vom Krieg betroffenen Kleingewerbetreibenden „auf den Umsturz hindrängen“¹³¹. Die rechtsgerichtete Nordwestdeutsche Handwerks-Zeitung hielt es im Mai 1918

immerhin für angebracht, vor einem „Anschluß an die Sozialdemokratie um einer augenblicklichen Verärgerung willen“ zu warnen¹³².

Traditionell haben ja ärmere Handwerker, vor allem Gehilfen, aber auch Meister in der deutschen Arbeiterbewegung eine große Rolle gespielt. Kleinmeister ohne Arbeitgeberstatus und ohne großes Kapital, Schuhmacher, Weber, Sattler, Drechsler, Schneider, Buchdrucker und Zigarrenmacher zumal, gehörten neben Wirten und Kleinhändlern zum Kern der kleinbürgerlichen Minderheit der Vorkriegs-SPD¹³³. Ihre Zahl dürfte im Krieg eher zu- als abgenommen haben. Durch den Krieg deklassierte Selbständige, kleine Handwerker in Friedensindustrien, sicher auch manche Detaillisten, z. B. aus der stark notleidenden Kolonialwarensparte, scheinen sich unter linkem Vorzeichen radikalisiert zu haben. In kürzlich untersuchten Ortsgruppen der Münchener und Nürnberger USPD fanden sich „Handwerker“ in größerer Zahl, vor allem aus Gewerben, die durch den Krieg benachteiligt wurden¹³⁴.

Allerdings ist nicht hinreichend klar zu erkennen, ob es sich dabei um selbständige Inhaber von Betrieben oder um Gehilfen aus Handwerksbetrieben oder gar z. T. um Fabrik-Facharbeiter handelte, die sich bekanntlich manchmal auch noch um diese Zeit als „Handwerker“ bezeichneten. Die Zahl der Inhaber selbständiger Handwerksbetriebe oder kleinerer Geschäfte unter den Mitgliedern der SPD- und USPD-Fraktionen in der Nationalversammlung von 1919 und im Reichstag von 1920 war jedenfalls nicht größer als die Zahl dieser kleinen Selbständigen in der SPD-Fraktion im Reichstag von 1912, während sich die skizzierte Linksschwenkung der Angestellten und Beamten in einer deutlichen Zunahme dieser Kategorien unter den Mitgliedern der SPD-Fraktion von 1912 bis 1919 und 1920 abzuzeichnen scheint¹³⁵. Genauere Forschungen stehen noch aus. Doch muß stark bezweifelt werden, ob sehr viele zusätzliche kleine Selbständige im Krieg ihren Weg zu einer der Arbeiterparteien fanden oder gar zu „Mitläufern der Novemberrevolutionäre“ wurden¹³⁶. Vor allem unter Handwerkern, die Gehilfen beschäftigten, und als Inhaber größerer, kapitalstärkerer Betriebe wahrscheinlich in den Innungen, Kammern und freien Verbänden die Politik weitgehend bestimmten, läßt sich im Kriege eine Annäherung an radikale Parolen ebensowenig feststellen wie ein Sympathiezuwachs für die Arbeiterbewegung und eine parlamentarisch-demokratische „Neuorientierung“. Unter den kleinen, ärmeren, unter dem Krieg leidenden Handwerkern mögen Friedenssehnsucht und, damit verbunden, eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber Annexionen und Kontributionen besonders gegen Ende des Krieges stark gewesen sein¹³⁷; ihre Organisationen jedoch setzten sich, im Unterschied zu den Angestelltenverbänden und Arbeitergewerkschaften, wohl teilweise für die konservativ-annexionistische „Vaterlandspartei“, nicht aber für den „Volksbund für Freiheit und Vaterland“ ein¹³⁸. Unzufriedenheit und Verbitterung gegenüber dem sie vernachlässigenden Staat führte bei den Verbänden des selbständigen Mittelstandes nicht oder kaum zu Forderungen nach demokratisierenden Reformen oder gar zur Infragestellung des Systems. Vertreter von Handwerkerverbänden sowie Haus- und Grundbesitzervereinen kämpften gegen die

Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen¹³⁹; von umgekehrten Stellungnahmen aus diesen Kreisen ist nichts bekannt.

Ihre mittelständische Kritik an den ökonomisch Mächtigen verschärfte die Handwerker- und Kleinhändler-Organisationen im Krieg zweifellos nicht. Vielmehr verstärkte sich in der Handwerkerschaft das Gefühl, mit der Industrie in einem Boot zu sitzen. Zwar fanden sich auch 1914—1918 manche Streitpunkte zwischen Industrie und Handwerk. Der Ärger über die Abwanderung der Lehrlinge in die Industrie und über die Bevorzugung von Industriellen wie Industriearbeitern in der militärischen Rückstellungspolitik, die (angesichts der großen Nachfrage aber schnell abnehmende) Konkurrenz um Militäraufträge sowie die Furcht, Hindenburgprogramm und Hilfsdienstgesetz würden sich gegen das Handwerk auswirken, wurden in den Handwerkszeitungen diskutiert¹⁴⁰. Doch vermittelt selbst eine flüchtige Lektüre von Handwerkerzeitungen, insbesondere der rechtsgerichteten „Nordwestdeutschen Handwerks-Zeitung“ aus Hannover und der gemäßigten Berliner „Handwerkszeitung“, den eindeutigen Eindruck, daß im Laufe des Krieges die Angriffe auf „Kapitalismus“ und „Großindustrie“, auf „Gewerbefreiheit“ und Konkurrenzwirtschaft beträchtlich nachließen und z. T. ganz verschwanden. Zwei andere Fronten erforderten dagegen die zunehmende Aufmerksamkeit der Handwerker: Einmal wurden die Angriffe gegen die organisierte Arbeiterschaft und deren Forderungen, die in der ersten Kriegshälfte wohl unter dem Einfluß des Burgfriedens nachgelassen hatten, mindestens von einem Teil des Handwerks wieder aufgenommen und verstärkt. Schon im noch burgfriedlichen Mai 1915 vermerkte die Nordwestdeutsche Handwerks-Zeitung kritisch und besorgt die zunehmende Zusammenarbeit und Macht der Gewerkschaften; sie forderte entsprechende Folgerungen der Arbeitgeberverbände¹⁴¹. Antigewerkschaftliche und antisozialdemokratische Polemiken entzündeten sich in den nächsten Jahren mit zunehmender Intensität an der gewerkschaftlichen Forderung nach Mitentscheidung im Betrieb, an Lehrlingsfragen, an der Sozialpolitik und an den Streiks sowie allgemein an den Gleichberechtigungswünschen der Arbeitervertretungen¹⁴². Allerdings gab es einige kleinbetriebliche Gewerbebezüge, deren Unternehmer in Tarif- und Kriegsgemeinschaften mit ihren Arbeitnehmern zusammenarbeiteten¹⁴³. Doch selbst im Baugewerbe, das zu diesen flexibleren Zweigen gehörte, empfand die Gewerkschaft den verstärkten organisatorischen Zusammenschluß der Arbeitgeber 1917 als Bedrohung der Arbeiterinteressen¹⁴⁴. Gegen Ende des Krieges und in der Phase der Revolution zeigte die organisierte Handwerkerschaft nicht weniger starke Abneigung gegenüber den sozialistischen Forderungen und der revolutionären Gefahr als ihre industriellen Klassengenossen¹⁴⁵.

Zum andern rückte auch für die kleinen Unternehmer in Handwerk und Handel — sowohl für die gemäßigt-liberalen wie für die konservativ-mittelständischen unter ihnen — der Kampf gegen Staatseingriffe und „Staatssozialismus“, gegen die Gefahr der staatlichen „Überorganisation“ und das neue „Zwangssystem“ ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Die Kritik am „Staatsso-

zialismus und seiner Pleite“, an den bürokratischen Einrichtungen der Kriegswirtschaft und den weitgehenden staatlichen Eingriffen in Wirtschaft und Gesellschaft entzündete sich zunächst am Hilfsdienstgesetz von 1916, von dem die meisten Handwerker lediglich Nachteile erwarteten¹⁴⁶. Sie setzte sich fort als Verurteilung der Kriegsverordnungen, die von Leuten erlassen würden, die zu Füßen der Kathedersozialisten gegessen hätten und alles vom grünen Tisch aus betrachteten; und sie steigerte sich zur Polemik gegen die Zentralisationsbestrebungen der Kriegsgesellschaften¹⁴⁷. Der Handel könne nie und nimmer durch bürokratische Einrichtungen ersetzt werden¹⁴⁸. Je mehr die staatlichen Regulierungen drohten, die Kriegszeit zu überleben und zu einer Dauereinrichtung zu werden, desto eindeutiger wurden sie kritisiert¹⁴⁹.

Mit verschiedenen Akzentuierungen setzte sich gegen Ende des Krieges ein gewisser Konsensus im Handwerk und insbesondere im Kleinhandel durch: Unter teilweiser Aufgabe oder Hintanstellung scharf antikapitalistischer, restaurativ-zünftischer Forderungen im Vorkriegsstil¹⁵⁰ blieb zwar der Wunsch nach begrenzten Staatshilfen (Kreditbeschaffung, Zugang zu Rohstoffen z. B.) erhalten; doch betont wurde nun der Appell zur Selbsthilfe, zur Selbstorganisation, zur Qualitätsverbesserung und fachlichen Ausrichtung. Man will jetzt „keine staatliche Fürsorge nach Art der Arbeiterfürsorge. Handwerker sind eben kleine Unternehmer . . .“ „Das freie Spiel der Kräfte“ wird gefordert, „für Handel und Wandel [müsse] die notwendige Bewegungsfreiheit baldmöglichst wiederhergestellt werden.“¹⁵¹

Diese neue Tendenz zur begrenzten Abwehr staatlicher Interventionen, die den obrigkeitsstaatlichen Traditionen und traditionellen protektionistischen Forderungen des deutschen „alten Mittelstandes“ zum Teil widersprach, war eine Reaktion auf die beispiellose Ausdehnung der Staatstätigkeit im Kriege, auf die gegenseitige Durchdringung von staatlicher und sozial-ökonomischer Sphäre, die vom Krieg so sehr beschleunigt worden war und auf die zurückzukommen bleibt. Entscheidend für die Argumentation dieser Untersuchung ist, daß Handwerk und Kleinhandel mit dieser anti-etatistischen Umakzentuierung, trotz weiterdauernder Differenzen auf anderen Gebieten, an die Seite der großen Industrie traten. Sieht man von einigen wenigen Ausnahmen wie dem häufig überschätzten Walther Rathenau ab, so wandten sich so ziemlich alle Vertreter von Unternehmerinteressen in Industrie, Großhandel, Banken und Agrarwirtschaft zunehmend gegen die „staatssozialistische bürokratische Gängelung von oben“, gegen die Eingriffe von Behörden, aus deren Kontrolle sie zunehmend verdrängt wurden¹⁵². Je mehr diese Verteidigung der „freien Initiative der Unternehmer“ gegen staatliche Eingriffe in den Vordergrund rückte, desto mehr fanden sich große und kleine Unternehmer, Industrie und Handwerk, Groß- und Kleinhandel in einem Boot¹⁵³.

Solcher tendenziellen, keineswegs vollkommenen Annäherung zwischen großen und kleinen Unternehmern lagen mindestens drei Faktoren zugrunde: Die zunehmende Herausforderung durch die organisierte Arbeiterschaft ließ bei wachsender Klassenspannung schon vor dem Krieg, aber vor allem an dessen

Ende, als die Sozialisierung eine wirkliche Möglichkeit wurde, gemeinsame Arbeitgeber- und Besitzerinteressen (also Klasseninteressen) bei „altem Mittelstand“ und Großkapital hervortreten, die durch andere, bisher überwiegende, Divergenzen verdeckt gewesen waren¹⁵⁴. Im Juli 1918 sprach das die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ deutlich aus: „Angesichts der Anstrengungen, welche die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften machen, um endgültig das Heft in die Hände zu bekommen, müssen alle Unternehmer, ob groß oder klein, ob Industrielle oder Handwerker . . . darauf bedacht sein, ihre Stellung zu wahren . . .“¹⁵⁵ Unter dem Motto „Der Feind steht links, es ist der Sozialismus und Kommunismus“ rückten Großhandel und Kleinhandel, die auf der Basis gemeinsamer Abwehrhaltung gegen staatliche Regulierungen schon seit 1917 kooperiert hatten, auch organisatorisch enger zusammen¹⁵⁶.

Zum zweiten formulierten und organisierten sich Konsumenteninteressen immer erfolgreicher und ließen Handwerk und Großindustrie ihrer ähnlichen Interessen als Produzenten inne werden. Die Stärke der Konsumgenossenschaftsbewegung, die sich 1902 im Konflikt aus den vor allem durch Selbständige getragenen Kreditgenossenschaftsorganisationen gelöst hatte und vom Handwerk wie vom Kleinhandel abgelehnt wurde, verdoppelte sich von 1903 bis 1910¹⁵⁷. Im Krieg mit seiner Knappheitssituation traten Konsumenteninteressen im Bewußtsein vieler weiter in den Vordergrund. Dies zeigte sich schon 1914 in der Gründung des „Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen“, dem Konsumvereine, Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen angehörten, und an den wiederholten Appellen zur Ernährungswirtschaft, die Arbeiter und Angestellte einigten. Umgekehrt sahen die Organisationen des selbständigen Mittelstandes in den Konsumentenorganisationen ein Ärgernis und fanden in ihren Protesten Unterstützung seitens der Großindustrie¹⁵⁸.

Zum dritten konnten Handwerker und Kleinhandel ihre kapitalismusefeindlichen und anti-wirtschaftsliberalen Polemiken auch deshalb jetzt leichter zurückstellen als vor 1914, weil ohnehin im Krieg marktwirtschaftliche Mechanismen weitgehend suspendiert waren und korporative, interventionsstaatliche, nach-liberale Strukturmerkmale des „Organisierten Kapitalismus“ stärker als in den vergangenen Jahrzehnten in Wirtschaft und Gesellschaft verankert wurden. Als Reaktion auf diese Veränderung einigten sich schließlich große und kleine Produktionsmittelbesitzer in der Defensive. Die Abwehr der Interventionen eines Staates, der demokratisch zu werden drohte, überspielte die in anderer Hinsicht weiter bestehenden Differenzen¹⁵⁹.

6. Die Trennung von „altem“ und „neuem Mittelstand“

Damit hatten sich die Wege von „altem“ und „neuem Mittelstand“ klarer als bisher getrennt: Beide akzeptierten Allianzen mit Gruppen, deren Klassenlage sie zwar jeweils teilten, gegen die sie aber ursprünglich angetreten waren. Dem mittelständischen Charakter der Angestellten versetzten die Kriegsverhältnisse

objektiv und subjektiv einen schweren Stoß. Die Angestelltenverbände, in ihrer politisierten Form einst ein Produkt starken Unterscheidungstrebens und Absetzungsbedürfnisses von den Lohnarbeitern, betonten im Krieg ihren Arbeitnehmercharakter, ihre Interessengemeinsamkeit und Kooperation mit den Arbeitern und bezogen eine klare anti-unternehmerische Stellung. Auch die andere „mittelständische“ Arbeitnehmergruppe, die Beamtenschaft, näherte sich in ihren Forderungen, ihrer Organisation und ihrer Strategie den Arbeitern und Angestellten ein Stück an, wenn ihre rechtliche Situation und ihre ideologische Tradition auch als klare Grenzen dieser Umorientierung erhalten blieben. Die Organisationen des „alten Mittelstandes“, die mit anti-kapitalistischem Vorzeichen und dem Ruf nach Staatshilfe gegründet worden waren, betonten nun ihre Unternehmereigenschaft und bezogen Stellung an der Seite der Industriellen und großen Arbeitgeber gegen staatliche Eingriffe und Proletariat, während ein kleiner Teil der Handwerkerschaft unter dem deklassierenden und verarmenden Einfluß des Krieges zum Proletariat stieß.

Diese tendenzielle Polarisierung des Mittelstandes nach Klassengesichtspunkten im Krieg trat nicht unvorbereitet auf. Sie fußte auf zögernden Tendenzen der Vorkriegszeit, die sich im Krieg deutlich beschleunigten. Auf der Seite der Angestellten hatten sich, wie erwähnt, schwache, jedoch wachsende Anzeichen zur gewerkschaftlichen Haltung bereits vor 1914 gezeigt. In Handwerk und Kleinhandel hatte es seit der Jahrhundertwende, vor allem aber seit 1910, erste Tendenzen zur Kooperation mit den industriellen und Arbeitgeberverbänden gegeben¹⁰⁰. In den liberalen und konservativen „Sammlungs“-Versuchen, im Hansa-Bund (1909) und im „Kartell der schaffenden Stände“ (1913), hatte sich dieses (sehr begrenzte) Zusammenrücken von Großkapital und selbständigem Mittelstand — beim Hansabund unter Einschluß eines Teils der Angestellten — in Ansätzen bereits manifestiert. Unter Verwischung der Differenz zwischen liberaler und konservativer „Sammlung“ bedeuteten die angeführten Einigungstendenzen zwischen Großkapital und selbständigem Mittelstand im Krieg eine gewisse Vollendung jener Vorkriegsbemühungen — unter Verzicht auf die sich ebenfalls stärker klassenmäßig orientierenden Angestellten.

Dagegen setzten sich in der Nachkriegszeit die hier analysierten Tendenzen nicht gradlinig fort¹⁰¹. Die vertiefte Zusammenarbeit der Angestelltenverbände und ihre überberufliche Organisation nach zunehmend politischen Gesichtspunkten blieb zwar erhalten und vertiefte sich sogar. In den Jahren der Weimarer Republik setzte sich jedoch die für den Krieg kennzeichnende relative Linksbewegung der Angestellten nur zum Teil fort. Während der sozialdemokratisch-gewerkschaftlich orientierte „Allgemeine freie Angestelltenbund“ (AfA) 1920 mit 690 000 Mitgliedern größer war als der politisch eher rechtsgerichtete „Gesamtverband Deutscher Angestelltengewerkschaften“ (Gedag) mit 463 000 und als die gemäßigt-liberalen „freiheitlich-nationalen“ Angestelltenverbände mit 300 000 Mitgliedern, verschob sich das Kräfteverhältnis in den folgenden zehn Jahren deutlich: 1930 hielt der stark angewachsene rechtsgerichtete Gedag (und in ihm der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband) unangefochten die

Spitze, während der AfA fast 30 % seiner Mitglieder verloren hatte¹⁶³. Schon 1930 waren die Angestellten in der NSDAP-Reichstagsfraktion die größte einzelne Beschäftigungsgruppe. 1932 und 1933 gehörten die Angestellten neben den gewerblichen Selbständigen und Bauern, aber im Gegensatz zu den Arbeitern, zu den sozialen Gruppen, die sowohl unter NSDAP-Mitgliedern wie auch unter NSDAP-Wählern überrepräsentiert waren¹⁶³. Wie noch im einzelnen zu erforschen bleibt, schlug die in der Kriegszeit sichtbare Linksbewegung der Angestellten nach 1918 um; die Unzufriedenheit in den angestellten Mittelschichten kam immer weniger den gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Kräften zugute; in erneuter Absetzung von der Arbeiterschaft unterstützte die Mehrheit der Angestellten schließlich rechtsradikale Protestbewegungen, die sich im Krieg noch nicht angeboten hatten, und halfen mit bei der Zerstörung der ersten deutschen Republik¹⁶³.

Auch zwischen Handwerk und Industrie traten, nachdem die unmittelbare Gefahr des „Staatssozialismus“ abgewehrt war und die Revolution das Proletariat nicht zur Macht gebracht hatte, gegensätzliche Standpunkte wieder deutlicher zutage. Dazu gehörten berufsständische und sozialprotektionistische Forderungen, mit denen das Handwerk — weniger jedoch der Kleinhandel — erneut, wenn auch kaum erfolgreich, an Vorkriegstraditionen anknüpfte, während die große Industrie in der ZAG das begrenzte Bündnis mit den Gewerkschaften einem antiproletarischen, antisozialistischen Bürgerblock vorzog. Trotzdem blieb das Grundmuster der Annäherung zwischen Kleingewerbe und großbetrieblicher Wirtschaft bestehen und konnte in der Krise der frühen 30er Jahre reaktiviert werden. Das Kleingewerbe, so formulierte es Joseph Schumpeter 1929, „hat gelernt, seine bis ins 20. Jahrhundert hinein scharf antikapitalistische Stellung aufzugeben und sich mehr und mehr an die Industrie anzuschließen, welche ihrerseits begriffen hat oder zu begreifen beginnt, daß Schonung der kleinbürgerlichen Schicht für ihre sozialen Chancen wichtiger sein kann als deren Eliminierung für ihre wirtschaftlichen“¹⁶⁴. Diese Neuorientierung des „alten Mittelstandes“ fand, nach einigen vor 1914 begonnenen tastenden Versuchen, vor allem im Weltkrieg statt, trat dann allerdings wieder zurück. Sie bereitete jene spannungsreiche Allianz von mittelständischen und großen Unternehmern gegen Arbeiterbewegung, Demokratie und Parlamentarismus vor, die unter den verschärften Bedingungen der Wirtschaftskrise seit 1929 entscheidend zum Sieg des Faschismus in Deutschland beitrug¹⁶⁵.

Kapitel IV

Klassengesellschaft und Staat

1. Klassengesellschaftliche Tendenzen und Gegentendenzen: das Verhältnis Land-Stadt, Generationen, Konfessionen und Minderheiten

Die bisherige Analyse hat ergeben, daß die klassengesellschaftlich-dichotomische Struktur der Wilhelminischen Gesellschaft im Krieg klarer als zuvor hervortrat, wenn auch einzelne Faktoren in die umgekehrte Richtung wirkten. Die gemeinsame Klassenlage sämtlicher Arbeitnehmer schälte sich klarer heraus, da Lohn- und Gehaltsdifferenzen in der Regel abnahmen und die Polarisierung der Einkommensstruktur sich wahrscheinlich verschärfte. In ihrer gemeinsamen absoluten und relativen Verarmung glichen sich die Lebenschancen der Lohn- und Gehaltsempfänger tendenziell aneinander an. Der Zugang zu Konsumgütern, Vergnügen, Freizeit, Erholung, Erziehung für die Kinder etc. verringerte sich nivellierend für alle Arbeitnehmer. Ihr Lebensstil wurde ähnlicher, ebenso wie ihre Arbeitsverhältnisse — man denke nur an den Abbau bisheriger Angestelltenprivilegien wie Arbeitsplatzsicherheit und Anciennitätsbezahlung im Krieg. Daraus und aus der allgemeinen Dominanz materieller, ökonomischer Kriterien in einer Phase größter Knappheit resultierte die abnehmende Bedeutung traditioneller, nicht-ökonomischer Statusmerkmale in der Fremd- und in der Selbsteinschätzung der Betroffenen. Zunehmend trat die ökonomisch bedingte Klassenzugehörigkeit, die Arbeitnehmereigenschaft, im Bewußtsein der Lohn- und Gehaltsempfänger in den Vordergrund und ermöglichte gemeinsame Interessen und Kooperationen, die gemeinsame Proteststellung gegen die Herrschenden und teilweise auch die gemeinsame Stellungnahme im Konflikt. Auf der anderen Seite vermieden die meisten Produktionsmittelbesitzer und ihre leitenden Angestellten die Degradierung der Masse der Abhängigen. Angesichts gemeinsam gefühlter Herausforderungen schliffen sich Differenzen und Divergenzen zwischen verschiedenen Kategorien von Unternehmern und Arbeitgebern ab: In ihrer Haltung, Politik und Organisation dominierte zunehmend der Gesichtspunkt der Klassenlage, nämlich der Besitz von und die Verfügungsgewalt über Produktionsmittel, als allen gemeinsames Kennzeichen.

Dies alles waren aber nur Tendenzen. Weder trat sozioökonomisch eine völlige Uniformierung innerhalb der beiden Lager ein, noch teilten alle Abhängigen ein gleiches, gar revolutionäres Bewußtsein. Lange tradierte, schichtenspezifische Unterschiede verschwanden nicht ganz, verschiedene Organisationen blieben auf jeder Seite bestehen, die sich verschärfenden Klassengegensätze und Klassenspannungen wurden nur sehr unvollkommen in Klassenkonflikte umge-

setzt — und anderes mehr. Es zeichneten sich sogar Gegenteilstendenzen ab. Einzelne besonders hoch verdienende Arbeiter und ökonomisch absinkende Handwerker bzw. Kleinkaufleute, die kriegsbedingte Differenzierung nach Branchen je nach ihrer Rüstungswichtigkeit, wohl auch die Zunahme regionaler Spannungen innerhalb des Unternehmerlagers — dies alles widerspricht den aus dem anfangs vorgestellten Klassenmodell abgeleiteten Erwartungen. — Dennoch, und obwohl die verschärfenden und die auflockernden Tendenzen nicht derart auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden können, daß sie quantitativ gegeneinander zu gewichten wären: Im Krieg näherte sich die deutsche Gesellschaft, soweit bisher untersucht, dem idealtypischen Modell einer Klassengesellschaft, von dem diese Untersuchung ausging, statt sich von ihm zu entfernen.

Dieses Ergebnis wäre nun im Hinblick auf bisher nicht oder kaum berücksichtigte Wirtschafts- und Sozialbereiche (vor allem den ländlichen) zu überprüfen; es wäre zu fragen, ob in diesen ähnliche Polarisierungen nach Klassenkriterien abliefen wie im industriellen Bereich und wie im „Mittelstand“. Auch wäre gesondert und auf einer erweiterten Materialbasis zu untersuchen, ob tatsächlich (wie auf der Grundlage des Ausgangsmodells und der bisherigen Ergebnisse zu erwarten) andere, nicht-klassengesellschaftliche Gegensatz-, Spannungs- und Konfliktlinien (z. B. die zwischen den Konfessionen, den Generationen, zwischen Land und Stadt etc.) im Krieg relativ zu den Klassenlinien zurücktraten. Hierzu können nur einige wenige sehr vorläufige Anmerkungen gemacht werden.

Eine zunehmende Betonung klassengesellschaftlicher Strukturen innerhalb des landwirtschaftlichen Bereiches mußte sich in zwei überprüfbaren Veränderungen gezeigt haben: einmal in einer schärferen Unterscheidung und Spannung zwischen den landwirtschaftlichen Arbeitnehmern einerseits und den landwirtschaftlichen Arbeitgebern und selbständigen Besitzern andererseits; zum anderen in der Reduktion von sozialökonomischen Unterschieden, Interessendivergenzen, Spannungen und Konflikten innerhalb der Gruppe der landwirtschaftlichen Eigentümer aller Art.

In den Publikationen des großagrarisch bestimmten Bundes der Landwirte während des Krieges und in den Monatsberichten der Stellvertretenden Generalkommandos spielten ländliche Klassenspannungen und -konflikte eine geringe Rolle; die Abwanderung der Landarbeiter in die besser bezahlende Industrie und der durch knapp eine Million Kriegsgefangene und ca. 500 000 andere ausländische Arbeiter nur ungenügend ausgeglichene Arbeitskräftemangel überhaupt scheinen für die ländlichen Arbeitgeber ein größeres Problem gewesen zu sein als Arbeiterproteste. Diese fehlten jedoch nicht ganz. Im April 1917 berichtete das II. Armee-Korps (Stettin) von einer Verschärfung der Arbeiterverhältnisse auf dem Lande wegen unzureichender Ernährung und übermäßiger Anstrengung der nicht sich selbst versorgenden Arbeitskräfte. In den ersten Kriegsjahren „konnten den Schnittern aus den bisher belassenen Gerstenanteilen Zulagen gegeben werden, entweder in Gestalt von Gerstgrütze oder durch vermehrte Brotration, indem von dieser Gerste ein Zusatz von Mehl zum Brot ge-

währt wurde. Jetzt ist das zu Ende. Kohl und Wruken gibt es nicht mehr. Die noch vorhandene Gerste ist genommen. Kartoffeln und Brot reichen nicht aus, und so hungern tatsächlich die Schnitter auf dem Lande seit kurzem. Der Erfolg tritt täglich mehr zutage, es herrscht große Unzufriedenheit unter denselben, Arbeitseinstellungen haben stattgefunden und Militär hat eingreifen müssen, obwohl es zu ernstlichen Unruhen bisher noch nicht gekommen ist.⁴¹ Wiederholt setzten sich Sprecher landwirtschaftlicher Verbände für die partielle Militarisierung der ländlichen Arbeiterverhältnisse ein, die aber primär auf eine maximale Ausbeutung der Kriegsgefangenen und gegen die durch das Hilfsdienstgesetz zwar verringerte, aber nicht völlig abgestellte Arbeiterfreizügigkeit abzielte². Die gegenüber Friedenszeiten zunehmenden Kontakte mit Städtern und sozialistischen Ideen (vor allem an der Front, aber auch durch Berührung mit Aushilfsarbeitern aus der Stadt), die abnehmenden Reallöhne³, die Beschneidung der Freizügigkeit, die selbst auf dem Lande abnehmende Ernährung und die allgemeinen Lasten des Krieges dürften auch in der Landarbeiterschaft die Protestbereitschaft gegenüber ihren Herren erhöht haben. In den letzten Kriegsmonaten und in der Revolution traten entsprechende Ressentiments und Feindseligkeiten denn auch durchaus ans Licht⁴.

Doch blieben solche Protestbereitschaft, Spannungen und Konflikte, so scheint es, selbst in den lohnarbeiterreichen ostelbischen Gebieten, erst recht in den primär klein- und mittelbäuerlichen Bezirken Mittel- und Süddeutschlands, in engen Grenzen und weit hinter dem zurück, was für den industriellen Bereich oben geschildert wurde. Dazu trugen traditionelle Eigenarten der ländlichen Arbeitsverfassung bei: Von den 3,2 Millionen landwirtschaftlichen Arbeitern (1907) waren 1,3 Millionen Knechte und Mägde, für die in der Regel noch keine Trennung von Arbeits- und Privatsphäre eingetreten war und die deshalb noch eng unter der Kontrolle und dem Einfluß ihrer Herrschaft standen; in bäuerlichen Bereichen galt auch der Tagelöhnerstatus vor 1914 noch nicht als Lebens- und Dauerstellung; kleiner Eigenbesitz war überdies mit ihm vereinbar; die Klassenscheidung hatte sich im ländlichen Bereich trotz des fortschreitenden Zerfalls des Patriarchalismus noch sehr viel weniger klar herauskristallisiert als in Industrie und Handel. Die Gesindeordnung, die gesetzliche Vorenthaltung der Koalitionsfreiheit für die Landarbeiter bis Kriegsende und andere rechtliche Vorteile der ländlichen Herren vor allem in den gutswirtschaftlichen Bezirken Ost-Elbiens, die Unkenntnis der Landarbeiter und das Fortwirken älterer Traditionen in Lebensführung und Orientierung stützten zudem die Herrschaftsgewalt des ländlichen Arbeitgebers in spezifischer Weise ab und verhinderten die gewerkschaftliche und sozialdemokratische Erfassung der Landarbeiter weitgehend bis zur Revolution. Schließlich ist zu beachten, daß die ländlichen Arbeiter, die immer noch zu einem großen Teil Naturalentlohnung erhielten, der Gefahr des Hungers sehr viel weniger ausgesetzt waren und besser versorgt wurden als viele Städter⁵.

Spannungen und Konflikte zwischen einzelnen Kategorien und Gruppen landwirtschaftlicher Eigentümer und Unternehmer fehlten im Krieg nicht ganz.

Klein- und Mittelbauern hegten mehrfach den Verdacht, daß die staatlichen Kontrollen, Bestandsaufnahmen und Beschlagnahmen gegen sie selbst schärfer angewandt würden als gegen die einflußreichen Großgrundbesitzer. Teilweise verschmolz dieses Mißtrauen mit regionalen Spannungen⁶. Auch in der Stellungnahme zu sozial- und allgemeinpolitischen Initiativen der zweiten Kriegshälfte — so zum Fideikommißgesetz, das im Januar 1917 im preußischen Abgeordnetenhaus eingebracht wurde, letztlich einer weiteren rechtlichen Absicherung der Großgrundbesitzermacht in Preußen dienen sollte und große Erregung in die politische Debatte brachte⁷, wie auch zur Wahlrechtsreform, zur Parlamentarisierungsfrage und teilweise sogar zur Kriegszielagitacion — lebten Vorkriegsdifferenzen zwischen dem großagrarisch dominierten Bund der Landwirte und anderen sehr viel kleineren, liberalen oder kleinbäuerlich-demokratischen Verbänden wieder auf⁸.

Die Hauptklagen der kleinen und mittleren Bauern richteten sich jedoch ganz vorwiegend gegen Angriffspunkte und Mißstände, die auch von den Großgrundbesitzern bekämpft wurden und die nicht als Folge von deren Privilegien oder überlegenen Einflußchancen verstanden werden konnten. Die Klage über Arbeitskräftemangel angesichts der den ländlichen Bereich überdurchschnittlich scharf treffenden Einberufungen und die zunehmende Verbitterung über die äußerst vielfältigen, sich vermehrenden, als ungerecht und ineffektiv empfundenen Eingriffe der schnell wachsenden staatlichen Zwangswirtschaft standen überall in den Klagen und Protesten an erster Stelle. Der Mangel an Arbeits- und Futtermitteln, die Überarbeitung, die Mißgunst gegenüber den angeblich bevorzugten Städtern und der Ärger über die Kritik der städtischen Konsumenten an der Landwirtschaft kamen hinzu. Je später im Krieg desto klarer rückte jedoch bei großen und kleinen Produzenten der Haß auf die bürokratischen Eingriffe in die Produktion und in die Verteilung landwirtschaftlicher Produkte eindeutig ins Zentrum der Unzufriedenheit. Angeblich zu niedrige Erzeuger-Höchstpreise angesichts steigender Selbstkosten und nicht kontrollierter Preise der vom Landwirt zu kaufenden Industrieprodukte; Verfütterungs-, Hauschlachtungs- und andere Verbote, die schnell wechselten und deren Einhaltung teilweise nicht einmal durch schärfste polizeiliche Kontrollen gewährleistet werden konnte; Beschlagnahmen, die im Winter 1917/18 militärische Suchtrupps in die Bauernhöfe führten; eine Flut von Erhebungen und Verordnungen; die Sperrung der Mühlen; die schnelle Veränderung der Lieferbedingungen innerhalb des weitgehend verstaatlichten oder kommunalisierten Verteilungssystems; die Ohnmacht gegenüber Behörden, Kriegsstellen und Kriegsgesellschaften, die zugleich immer neu bewiesen, daß sie ihrer Aufgabe nicht gewachsen waren und Landwirtschaft vom grünen Tisch aus zu betreiben schienen; auch die ungleichen örtlichen Unterschiede von behördlich diktierten Lieferbedingungen vor allem in der ersten Kriegshälfte — all diese und andere Konsequenzen einer Kriegswirtschaft, die das Marktprinzip im landwirtschaftlichen Bereich sehr viel rigorosier durch Planung, Verwaltung und Zwang zu ersetzen suchte als im gewerblichen, die allerdings nicht verhindern konnte, daß jenes Marktprinzip sich

quasi durch die Hintertür, im Schleichhandel nämlich, dennoch wieder durchsetzte, verbitterten die Klein- und Mittelbauern in ganz ähnlicher Weise wie die Großagrарrier im Bund der Landwirte⁹. Angesichts dieses zunehmend als zentrale und gemeinsame Bedrohung eingeschätzten staatlichen Interventionismus scheinen trotz anderweitig fortwirkender Differenzen landwirtschaftlicher Großgrundbesitz und bäuerlicher „Mittelstand“ im Krieg in ähnlicher Weise enger zusammengedrückt zu sein wie Industrie und Handwerk im gewerblichen, Groß- und Kleinhandel im kommerziellen Bereich¹⁰.

Wenn somit also von einer gewissen Tendenz zur schärferen Durchzeichnung klassengesellschaftlicher Strukturen auch im ländlichen Bereich gesprochen werden kann, so stellt sich doch gleich die Frage, ob der in den Klagen der Bauern zum Ausdruck kommende Stadt-Land-Gegensatz nicht quer zu der klassengesellschaftlichen Frontlinie verlief, sie mithin modifizierte und schwächte. Hierbei ist zwischen zwei Ebenen zu unterscheiden.

Auf der Ebene der großen Kapitalbesitzer und Unternehmer schlifф der Krieg die Divergenzen zwischen dem gewerblich-kommerziellen und dem agrarischen Bereich ab, ließ er Großindustrielle und Junker enger als vor dem Krieg zusammenrücken. Zwar hielt die Abwanderung ländlicher Arbeitskräfte in die Stadt einen alten Konflikt zwischen industriellen und agrarischen Kapitalisten am Leben. Doch zum einen beseitigten die Hochkonjunktur des Krieges und die wie ein Hochschutzzoll wirkende Blockade einige zentrale Streitpunkte zwischen Großlandwirtschaft und Teilen der Industrie, insbesondere den Zankapfel der Zölle. Zum anderen kooperierten Großindustrie und Großlandwirtschaft in zunehmend geschlossener Phalanx und in klarer Absetzung von den großen Arbeitnehmerverbänden für einen Siegfrieden und für (im Detail durchaus kontroverse) annexionistische Kriegsziele¹¹. Schließlich bildeten sie immer eindeutiger und vordringlicher eine gemeinsame Front im Kampf gegen die „staatssozialistischen“ Eingriffe, für die „Freiheit der Wirtschaft“ von staatlichem Interventionismus und für freies Unternehmertum. In diese Abwehrfront schwenkten die Agrарrier, die noch zu Beginn des Krieges selbst für Höchstpreise, Beschlagnahmen und zentrale Verteilungsstellen (allerdings unter größtem Einfluß der landwirtschaftlichen Selbstverwaltungsorgane) argumentiert und damit ihre langjährige protektionistische, Markt-skeptische, freihandelsfeindliche und partiell antikapitalistische Politik fortgesetzt hatten, allerdings erst etwas später ein als die industriellen Sprecher¹². Für den ehemals eher anti-marktwirtschaftlich und staatsprotektionistisch eingestellten BdL führte sein Vorsitzender Roesicke im Mai 1917 aus, es sei schlecht, wenn man „die zentralisierte Bürokratie an die Stelle des dezentralisierten Verkehrs“ setze. „... wenn der Kaufmann zum Bürokraten wird, und der Bürokrat zum Kaufmann, dann gibt es einen schlechten Klang.“ Der Kampf gegen die „Einschränkungen der Bewegungsfreiheit des Landwirts, die Hemmung und förmliche Aufhebung seiner Selbständigkeit in der Wirtschaftsführung“ wurde zu einem ganz zentralen Thema in der Argumentation der Agrарrier seit 1917¹³.

Der Einsatz für einen Siegfrieden angesichts wachsender Bereitschaft der Massen für einen Verständigungsfrieden und die Abwehr der Interventionen eines sich allmählich parlamentarisierenden Staats verwirklichten immer klarer die häufig beschworene „Solidarität sämtlicher Erwerbsstände, wie sie Bismarck gewünscht hatte“¹³, die Solidarität der großen Unternehmer in Stadt und Land auf einer breiteren (nämlich den BdI und den Hansa-Bund einschließenden) Basis, als es das „Kartell der schaffenden Stände“ 1913 versucht hatte. Mit AnneXionspolitik und Abwehr staatlicher Interventionen verknüpften sich zudem bei der überwiegenden Mehrheit der vereinigten Unternehmer — aber doch ohne einen eher konzessions- und reformbereiten, in Teilen der verarbeitenden Industrie, des Bankwesens und des Großhandels beheimateten kleinen linken Flügel (BdI, Deutscher Bauernbund) — seit 1917 die Verurteilung der verfassungs- und sozialpolitischen „Neuorientierung“, insbesondere der zunehmenden Gewerkschaftsmacht, der Demokratisierung des preußischen Wahlrechts und der Steigerung der Reichstagsmacht¹⁴.

Im hier benutzten Begriffssystem bedeutet diese zunehmende Kooperation der agrarischen und industriellen Kapitalbesitzer eine weitere, an frühere Koalitionen von „Eisen und Roggen“ anknüpfende, sie erweiternde und intensivierende Betonung des Klassengesichtspunktes. Machtverschiebungen im Verhältnis der beiden Partner zueinander, die im Krieg wahrscheinlich zu einer stärkeren Betonung des „industriestaatlichen“ Elements führten, wären gesondert zu untersuchen¹⁵.

Dieser Tendenz zum Ausgleich zwischen städtischen und ländlichen Kapitalisten und damit zur stärkeren Durchzeichnung klassengesellschaftlicher Strukturen wirkte jedoch das oft bezeugte, in unteren und mittleren Schichten sozialpsychologisch bedeutsame Spannungsverhältnis Stadt—Land entgegen, das sich angesichts der Nahrungsnot und des städtisch-ländlichen Hungergefälles, der weit publizierten eigennützigen Handlungen von Landwirten (Hortung, Produktionsrückgang bei verringerten finanziellen Anreizen, etc.), angesichts des die Landwirte verärgernenden Hamsterunwesens und der fühlbar eingreifenden, wenn auch wenig erfolgreichen staatlichen Kontrollen im Krieg zweifellos verstärkte und gewissermaßen quer zum Klassengegensatz verlief. Die Monatsberichte der Stellvertretenden Generalkommandos kamen immer wieder und mit starker Betonung auf die antistädtischen Ressentiments der Bauern und die anti-ländliche Feindseligkeit der städtischen Bevölkerung zurück. So berichtete das II. Armee-Korps im Herbst 1916 von dem wachsenden Mißtrauen der pommer-schen Bauern gegen die Städte. Der General schrieb: „Es ist charakteristisch, was mir vor wenig Tagen eine Bauersfrau sagte, deren Mann Soldat ist. Sie meinte: Ich arbeite jetzt seit einem Jahr allein auf dem Hofe und habe zur Hilfe einen Gefangenen. Wenn ich abends müde nach Hause komme, muß ich den Viehstall ausmisten und morgens wieder früh auf, um die Kühe zu melken. Wenn mir jetzt die Butter genommen wird, verkaufe ich meine Kühe, die haben einen guten Preis. Ich behalte nur eine für mich, die kann man mir nicht nehmen, und ich habe weniger Arbeit. Ich kann bald nicht mehr. Ich werde

mich nicht für die Berliner schinden, die kommen auch nicht und misten mir meinen Stall aus.“¹⁶

Wenig später berichtete das Kasseler Stellvertretende Generalkommando: „Die Gegensätze zwischen Stadt und Land verschärfen sich bedauerlicherweise immer mehr. Die gesamte städtische Bevölkerung, ohne Unterschied des Besitzes, schaut mit Neid auf die ländlichen Verhältnisse, wo offensichtlich die Lebensmittel, die der Städter besonders schmerzlich vermißt, Butter, Milch, Eier, Schweinefleisch, noch in vielleicht oft übertrieben dargestellten Mengen vorhanden sind und die Lebenshaltung gegenüber dem Frieden sich nur wenig geändert haben soll. Es werden vielfach Versuche gemacht, das Verständnis für die Not der städtischen Industriebevölkerung den landwirtschaftlichen Kreisen beizubringen.“ Im selben Bericht kam ein hoher Hofbeamter aus Thüringen zu Wort: „Der große und der kleine Gutsbesitzer wie der Bauer, alle lassen sich in ihrem Verhalten nicht in erster Linie durch nationale, sondern durch enge, egoistische Beweggründe bestimmen. Nicht nur in Mecklenburg, Oldenburg, Holstein, wie überall in Thüringen, Provinz Sachsen, Franken, Posen, Schlesien habe ich — wenn auch natürlich gegen die Friedensverhältnisse Beschränkungen und große Schwierigkeiten eingetreten sind — im Vergleich zum Leben des Städters Wohlleben gefunden. Milch, Eier, Butter, kurz alle nötigen Nahrungsmittel waren mehr als ausreichend vorhanden. Nur ganz ausnahmsweise treffe ich auf dem Lande, besonders beim Bauern, das Verständnis, helfen zu müssen durch willige Abgabe des Überschüssigen, nein, vielmehr hämische Freude, daß der Städter betteln kommen muß. Noch immer fehlt also die Einsicht in den Ernst der Lage, noch immer herrscht eine gewisse Gleichgültigkeit. Soll man es glauben, daß der Besitzer eines größeren Rittergutes nur drei Schweine füttert, lediglich weil es ihm unbequem ist, mehr zu halten?“ — Und der Karlsruher Stellvertretende General stimmt zu: „Die Meinung, daß Kartoffeln in der Hoffnung auf höhere Preise im Frühjahr zurückgehalten werden, hat sich bei der städtischen Bevölkerung festgesetzt und trägt wiederum zur Verschärfung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land bei. Dieser Gegensatz ist überhaupt einer der bemerkenswertesten und betrübendsten Erscheinungen des Krieges.“¹⁷

Solche Zitate ließen sich beliebig oft wiederholen. Sie sprachen vom Neid der Landarbeiter, aber auch mancher Bauern auf die besser verdienenden Industriearbeiter und die Kriegsgewinne der Industriellen und Händler; von der Erbitterung der Bauern, wenn ihnen der Kaufmann in der Stadt gegen Ende des Krieges seine Waren nur gegen Naturalbezahlung überließ, während Städter noch mit Geld bezahlten; über die gegenseitigen Animositäten zwischen Landwirten und Städtern, die beim zunehmend zur Massenerscheinung werdenden „Hamstern“ auftraten; von dem Ärger der Landwirte über die davonziehenden, kaum kontrollierten Preise nicht-landwirtschaftlicher Produkte und von dem Verdacht der Städter, daß Knappheit und hohe Lebensmittelpreise auch mit nachlassenden Produktionsleistungen und Abgabe-Verweigerungen der Bauern zu tun hätten.¹⁸

Solden Spannungen lagen reale Interessenunterschiede zugrunde, die im Klassenunterschied nicht aufgehen. Doch ist zu bedenken, daß es sich hauptsächlich um einen Gegensatz zwischen Produzenten und Konsumenten handelte, die Konsumenten in der großen Mehrzahl aber Arbeitnehmer und die Produzenten durchweg Eigentümer waren, das geschilderte Spannungsverhältnis sich also weitgehend in die deutlicher werdenden Klassenfronten einfügte, wenn es auch nicht als Moment der Klassenspannung erlebt wurde. Insbesondere die Bauern fühlten und verhielten sich in ihrer Abneigung gegen die Städter nicht primär als Produktionsmittelbesitzer und Arbeitgeber gegenüber den lohn- und gehaltsabhängigen Massen. Eher scheint für die unteren und mittleren ländlichen Schichten „die Stadt“ bis zu einem gewissen Grade das Symbol oder der Ort der nicht verstandenen, aber als drückend erlebten Herrschaft gewesen zu sein, wo „die da oben“ alle jene Entscheidungen fällten, die auch dem Landbewohner zwar nicht Hunger, jedoch große Lasten auferlegten¹⁹.

Neben diesem massenwirksamen Aspekt der Stadt-Land-Spannungen überlebten und vertieften sich gar im Weltkriegs-Deutschland andere Spannungs- und Konfliktlinien, die nicht mit den stärker hervortretenden Klassenlinien in eins fielen. Neben regionalen Ressentiments wie der anti-preußischen Abneigung in einigen süddeutschen Gegenden²⁰ und neben deutsch-polnischen Spannungen, die in den Ostprovinzen nach der Proklamation des Königreichs Polen zunahmen²¹, gilt dies insbesondere für den seit Ende 1915 immer virulenter werdenden Antisemitismus. Wie in anderen Krisen zuvor diente hierbei eine nicht-klassengesellschaftliche Differenzierung, die sich im Zuge der fortgeschrittenen Assimilierung der Juden bis 1914 bereits weitgehend wenn auch nicht ganz — man denke an die vom Gesamtdurchschnitt abweichende Berufsstruktur der jüdischen Minderheit — eingegeben hatte, als Kanal und Ventil für sich selbst nicht verstehende, verzerrte Proteste, Aggressionen und Unzufriedenheiten, die aus Quellen resultierten, welche mit dem Angriffsobjekt, den Juden, nichts Ursächliches zu tun hatten²². So schrieb z. B. ein Landrat aus dem Bezirk des XXI. A. K., „daß die Bevölkerung ihren Unmut darüber deutlich Ausdruck gegeben hätte, daß besonders bei den kriegswirtschaftlichen Einrichtungen, bei denen Geld zu verdienen sei, die Juden bevorzugt würden und daß der Krieg häufig als ein Geldkrieg bezeichnet würde. Äußerungen wie z. B.: Die Juden haben noch nicht genug verdient, deshalb hört der Krieg noch nicht auf, seien nicht selten. Die unsinnigsten Behauptungen würden dabei aber auch leichtgläubig als Wahrheit hingenommen. Nicht uninteressant dürfte sein, wie sich die Linien-Kommandantur Posen hierüber ausspricht. Sie schreibt: In der Stadt wie auf dem Lande ist eine immer stärker werdende anti-semitische Bewegung nicht zu verkennen. In den Städten verdienen die Juden an allen Lebensmitteln und an allen Gegenständen des täglichen Bedarfs, auf dem Lande tritt dem Besitzer bei der Abnahme von Vieh, Stroh, Kartoffeln, Getreide usw. als Kommissionär des Viehhandelsverbandes oder der zahlreichen Kriegsgesellschaften fast immer ein Jude entgegen, der mühelos und ohne Gefahr die sehr hohen Provisionen einsteckt!“²³

Neben Kriegsgewinnen und Wucher wurde den Juden, nachdem die Wirkungen des Burgfriedens nachgelassen hatten, in aller Öffentlichkeit und völlig unberechtigt, Drückebergerei vor dem Militärdienst vorgeworfen, was im Oktober 1916 zu dem Entschluß des Preußischen Kriegsministeriums führte, eine Juden-zählung unter Soldaten und Offizieren durchzuführen! Die Ergebnisse dieser „größte[n] statistische[n] Ungeheuerlichkeit, deren sich eine Behörde [bis dahin] schuldig gemacht“ hatte (Franz Oppenheimer), wurden dann nicht veröffentlicht²⁴.

Schließlich wurden, insbesondere in der zweiten Kriegshälfte, liberale, demokratische und sozialdemokratische Friedens- und Reformforderungen als „jüdisches Gift“, die nachlassende Widerstandskraft der Bevölkerung als Folge der „jüdischen Zersetzung“ denunziert²⁵. So sehr dieser in Vorkriegstraditionen wurzelnde, unter dem Druck der Kriegsjahre deutlicher werdende Antisemitismus in breiten Kreisen, insbesondere des städtischen und ländlichen Mittelstandes, verbreitet gewesen sein und damit ein aktualisierbares Potential dargestellt haben mag, so wichtig ist es zu betonen, daß dieses Potential nur mit Hilfe von demagogischen Manipulationen aktiviert werden konnte. Und hier geschah im Krieg, so scheint es, eine entscheidende Ausweitung im Vergleich zur Vorkriegszeit: Antisemitismus wurde unter den brutalisierenden Wirkungen des Krieges und in der Angst vor der „demokratischen Flut“ akzeptabler für Teile des Besitz- und Bildungsbürgertums, die bis dahin den aggressiven kleinbürgerlichen oder bäuerlichen Antisemitismus eher stillschweigend toleriert als unterstützt und geteilt hatten. Deutlicher als bisher versuchten nun kleine Teile der in ihrer Machtstellung bedrohten Herrschaftsschichten den Antisemitismus als antisozialistisches und antidemokratisches Manipulationsinstrument aufzubauen und einzusetzen, besonders als die Hoffnung auf eine sozialimperialistische Pazifizierung der inneren Konflikte durch äußere Expansion im Herbst 1918 zusammenbrach und zudem eine Militärdiktatur als Damm gegen die mobilisierten Massen keine Chance mehr hatte. In der Führungsspitze des in der Vaterlandspartei mit den mächtigsten Unternehmerverbänden zusammenarbeitenden Alldeutschen Verbandes, der die rechte Opposition gegen die Regierungspolitik ideologisch und propagandistisch anführte, wurde der Antisemitismus als Kampfinstrument gegen Parlamentarisierung, Demokratie und Sozialismus kaltblütig benutzt und geschürt²⁶. Zwar scheiterte noch der jetzt erstmals unternommene Versuch²⁷, unter Vorwegnahme einiger faschistischer Herrschaftstechniken die Mobilisierung der Massen zu akzeptieren, aber u. a. mit Hilfe des Antisemitismus in eine antisozialistische, antilibérale und letztlich antidemokratische Richtung abzubiegen — dies gelang mit unkontrollierbaren Konsequenzen für die konservativen Herrschaftsgruppen selbst bekanntlich erst in den folgenden anderthalb Jahrzehnten, in denen sich die klassengesellschaftliche Transformation, wie sie hier für den Weltkrieg analysiert wird, und insbesondere die geschilderte begrenzte Linkswendung eines Teiles des Kleinbürgertums denn auch nicht fortsetzten, sondern mit dem Aufstieg der nationalsozialistischen Bewegung zunehmend verzerrt und quasi gebrochen wurden. Dieser Versuch zeigt

aber, wie sehr der anschwellende Antisemitismus der Kriegsjahre, der zunächst quer zum Klassenkonflikt zu verlaufen scheint, doch zugleich als Mittel des Klassenkampfes von oben und als Mittel zu seiner Ablenkung und Zähmung im Interesse der Herrschenden zu verstehen ist.

Dennoch: soweit solche Strategie Erfolg hatte, bzw. soweit der ja nicht völlig auf alldeutsche Manipulation zurückführbare „Sündenbock“-Mechanismus in Teilen der Bevölkerung dazu führte, erlittene Not und Übervorteilung in Richtung antisemitischer Ressentiments und Proteste abzulenken, soweit trug der Antisemitismus ähnlich wie andere Spannungen zwischen Regionen und andere Phobien gegen nationale oder ethnische Minderheiten dazu bei, daß sich keine ganz klaren Solidaritäten aufgrund von Klassenzugehörigkeit herauskristallisierten, daß sich die klassengesellschaftliche Struktur nicht voll durchsetzte, sondern von einem Gewirr anderer, sich überschneidender Fronten weiterhin bis zu einem gewissen Grade überlagert blieb.

Dagegen traten andere im Frieden wirksame Differenzierungen und Konflikte im Krieg durchaus zurück: Der traditionelle Unterschied zwischen Jungen und Alten ließ nicht nur auf dem Gebiet der Verdienste, sondern auch in weniger leicht faßbaren sozialen Beziehungen nach. Insofern militärische Tugenden, wie physische Kraft und Stärke, im Krieg eine Aufwertung erfuhren und der Familienzusammenhalt sich lockerte, ließ die Abhängigkeit der Jugendlichen nach und änderten sich traditionelle, oft ritualisierte Formen der Respektbezeugung²⁸. Das (natürlich begrenzte) Verblässen des Unterschiedes Jung—Alt zeigte sich auch in der abnehmenden Kohäsion und Homogenität der jugendlichen Subkultur, der Jugendbewegung, in der die allgemeinen, gesamtgesellschaftlichen, vor allem politischen Trennungslinien stärker als bisher sichtbar wurden²⁹. Ähnliches gilt wahrscheinlich für die Konfessionszugehörigkeit. Mindestens in der protestantischen Kirche verstärkte die Kriegszeit Konflikte, die gesamtgesellschaftliche Frontstellungen reflektierten³⁰. Für die katholische Kirche bedeutete das relative Zurücktreten konfessioneller Merkmale stärkere Integration in die Gesamtgesellschaft³¹. Nicht-klassenmäßige Unterschiede lagen dem oft genannten Spannungsverhältnis Front—Heimat zugrunde³². Doch selbst in diesem machten sich trotz aller aus dem hohen Verlust an Menschen bedingten Aufstiegschancen und trotz der viel beschworenen, auch sicher oft wirksamen Schützengrabengemeinschaft klassengesellschaftliche Spannungen bemerkbar, die ungefähr denen in der Heimat entsprachen³³. Die ungleiche Behandlung und Ernährung von privilegierten Offizieren und kämpfenden Mannschaften an der Front gehörte in den Berichten der Fronturlauber und Kriegsversehrten zu den Themen, die die Stimmung in der Heimat ungünstig beeinflussten³⁴.

2. Struktur- und Funktionsveränderungen des Staates

Bisher wurde zu zeigen versucht, daß sich die gesellschaftliche Wirklichkeit in Deutschland 1914 bis 1918, wenn auch begrenzt und mit einigen Einschränkungen

gen, dem anfangs vorgestellten klassengesellschaftlichen Modell annäherte. Die Diskussion sämtlicher bisher behandelte Gruppen, der industriellen Arbeiter und Unternehmer, des selbständigen und des angestellten Mittelstands, schließlich auch der Bauern und Agrarier, blieb jedoch unvollständig, hinterließ gewissermaßen lose, jetzt wieder aufzunehmende Fäden: Die zunehmende Distanz zwischen Arbeiterschaft und Gewerkschaften, aber auch die Haltungen und Allianzen der Unternehmer verschiedenster Kategorien ließen sich nicht ohne Bezugnahme auf ihr verändertes Verhältnis zum Staat erklären³⁶. Wie in allen vorhergehenden Abschnitten der neueren Geschichte Deutschlands lassen sich Veränderungen der sozialen Klassen und ihres wechselseitigen Verhältnisses auch und gerade im Weltkrieg nicht ohne Einbeziehung des sich verändernden ökonomischen und sozialen Stellenwertes staatlich-politischer Institutionen und Prozesse begreifen³⁶. Auch der Zusammenhang der aufgezeigten Verschärfung der klassengesellschaftlichen Strukturen, Spannungen und Konflikte in Deutschland 1914—1918 mit der Revolution von 1918/19 läßt sich erst analysieren, wenn man die sozialökonomischen Bedingungen, Bedeutungen und Folgen staatlich-politischer Herrschaft mit einbezieht. Dies soll jetzt in aller Kürze versucht werden.

Dabei soll unter „Staat“ ein System von Institutionen, Prozessen und Wirkungen verstanden werden, das durch Gesetzgebung, Regierung, Verwaltung und Rechtsprechung zentral zur politischen Willensbildung und -ausführung in der Gesellschaft beiträgt, das als Herrschaftsverband die oberste politische Autorität und das Monopol legitimen physischen Zwangs innerhalb eines abgegrenzten geographischen Gebiets beansprucht und das als gesellschaftliches Teilsystem in vielfacher Hinsicht von nicht-staatlichen gesellschaftlichen Strukturen und Beziehungen (insbesondere Interessen) abhängt und auf diese ordnend, gestaltend, herrschend, verteilend und allgemein verändernd einwirkt³⁷. Aufgrund des eng verknüpften, nach seiner Intensität und Gestalt variablen Abhängigkeits-, Wirkungs- und Verknüpfungszusammenhanges zwischen Staat und Gesellschaft ist die definitorisch scharfe Abgrenzung zwischen staatlichen und nicht-staatlichen gesellschaftlichen Strukturen und Prozessen äußerst problematisch, vom jeweiligen Erkenntnisziel mitbedingt und zudem in verschiedenen Ländern und zu verschiedenen Zeiten verschieden vorzunehmen. Im Falle Weltkrieg-Deutschlands und für diese Untersuchung wird es nötig sein, neben den zivilen und militärischen Verwaltungen, den Parlamenten und Parteien, den Gerichten und monarchischen Spitzen in Reich, Einzelstaaten und Kommunen teilweise die mächtigen Interessenverbände mitzuberücksichtigen, die sich in dem Maß ihrer Einbeziehung in und Einwirkungsmöglichkeit auf den politischen Entscheidungs- und Verwirklichungsprozeß schon in der Vorkriegszeit kaum von den Parteien unterschieden³⁸. Die enge Abhängigkeit des Staates von und seine Funktion für die Gesellschaft (bzw. einige ihrer Teile, Gruppen und Klassen) stehen, ausgehend von dem anfangs vorgestellten Modell, im Zentrum der folgenden Skizze, und zwar anhand folgender Grundfrage: Wieweit korrelierte im Krieg die politisch-staatliche Macht mit der Verfügungsmacht über die Produktionsmittel

und der darin begründeten sozialen Macht? Verstärkte der Krieg, wie auf der Basis des vorangestellten Modells zu erwarten, die Instrumentalität des Staates für die sozialökonomisch herrschende Klasse, d. h. die Produktionsmittelbesitzer und Unternehmer, deren interne Divergenzen, wie gezeigt, abnahmen und deren Spannungsverhältnis zur Masse der abhängig und selbständig Arbeitenden zunahm?

Kein Zweifel sollte darüber bestehen, daß auch der deutsche Staat vor 1914 nicht hinreichend als bloßes Instrument der herrschenden Klasse, als reine Agentur der Kapitalbesitzer beschrieben werden kann. Die lange Tradition einer aus dem Absolutismus stammenden, starken, parlamentarisch nicht gebändigten, eigengewichtigen Bürokratie, die mächtige und fortwirkende Tradition der „Revolution von oben“ in einer nicht durch eigene Revolution zustande gekommenen bürgerlichen Gesellschaft, zudem die Existenz rivalisierender Machteliten vorindustrieller und industriell-kommerzieller Provenienz, die ihre tiefgreifenden Differenzen lediglich in labiler Kooperation gegen die demokratisch-sozialistische Herausforderung zeitweise und unvollkommen zurückstellten — diese und andere Faktoren verhinderten, daß die deutsche Wirklichkeit jemals jenem Klischee vom liberal-kapitalistischen Klassenstaat entsprach, das vor allem historisch arbeitende Soziologen als Hintergrundsfolie zu benutzen pflegen, um das Verhältnis von politischer Herrschaft und Klassenstrukturen in der gegenwärtigen Industriegesellschaft als verändert und neuartig davon abzusetzen³⁹. Auch die im Prinzip gegebene, allerdings durch Staatsstreichüberlegungen gefährdete und im Einzelfall gebrochene Verfassungsmäßigkeit und Rechtsstaatlichkeit des Wilhelmischen Systems schränkten — zusammen mit dem allgemeinen Wahlrecht — dessen Klassencharakter weiter ein.

Der Klassencharakter des politischen Systems des Kaiserreichs zeigte sich andererseits und trotz solcher Einschränkungen deutlich im Dreiklassenwahlrecht des auch für den Entscheidungsprozeß im Reich zentral wichtigen preußischen Staates, das die ökonomische und soziale Überlegenheit der ländlichen und städtischen Besitzenden unmittelbar in politischen Machtvorsprung übersetzte; in der Schwäche der Parlamente im Reich und in den Einzelstaaten, die besonders jene Schichten benachteiligte, die nicht über Hof, Bürokratie oder Selbstverwaltung Zugang zum politischen Entscheidungsprozeß hatten, also — nicht nur, aber vor allem — die Masse der Abhängigen (mit der Ausnahme weniger Vertreter des Bildungsbürgertums); an der Macht zweiter Kammern, auf deren Zusammensetzung die große Mehrheit keinen Einfluß hatte; an der Wahlkreiseinteilung, die die städtischen Bezirke, in denen die Masse der Abhängigen vor allem wohnte, benachteiligte; sowie an der mangelnden Ausbildung eines demokratischen Parlamentarismus überhaupt⁴⁰. Er zeigte sich, vor allem durch ein scharf stratifizierendes, die Klassenbildung reflektierendes und damit verfestigendes Bildungssystem vermittelt, in der klassengebundenen, die Unterschichten weitestgehend ausschließenden Rekrutierung und Zusammensetzung des politischen Führungspersonals⁴¹; er zeigte sich weiterhin in dem antidemokratischen, antisozialistischen und weitgehend emanzipationsfeindlichen Charakter des

überwiegenden Teils der Regierungspolitik; schließlich in der trotz vieler Einschränkungen im einzelnen bestehenden Identifikation der ökonomisch und sozial Herrschenden mit Staat und Politik des Kaiserreichs, die — wiederum mit Einschränkungen — von der großen Masse der Arbeitnehmer kritisch beurteilt wurden⁴².

Die Frage, die die folgenden Überlegungen leitet, ist deshalb eine Frage nach qualitativen und quantitativen Veränderungen einer nicht eindeutigen Situation: Schälte sich der bis dahin keineswegs vollkommene, aber tendenziell bemerkbare Klassencharakter des deutschen politischen Systems im Krieg klarer und anders hervor als bisher, so wie der Krieg das klassengesellschaftliche Moment in anderen sozialen Beziehungen klarer herausarbeitete? Die Frage soll auf vier Ebenen kurz diskutiert werden: mit Bezug auf die Verfassungsstruktur, das staatliche Personal, einige Ergebnisse des staatlich-politischen Entscheidungsprozesses und in bezug auf die Haltung der entscheidenden sozialen Gruppen zum Staat und seinen Funktionen.

Wie die Forschung der letzten Jahre herausgearbeitet hat, brachte der Erste Weltkrieg auch schon vor dem Oktober 1918 — allerdings erst seit 1916 — eine bemerkenswerte, wenngleich unvollkommene, Parlamentarisierung des reichsdeutschen Regierungssystems und beschleunigte damit Tendenzen, die vor dem Krieg nur in schwachen Ansätzen aufgetreten waren⁴³. Die Hauptstationen dieses Parlamentarisierungsprozesses lassen sich folgendermaßen skizzieren: U. a. um die Kritik an der staatlichen Ernährungswirtschaft abzufangen, gestand die Regierung im Januar 1916 einen parlamentarischen „Beirat für Volksernährung“ zu, was die durch das Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914 kodifizierte, allerdings keineswegs vollkommene Zurückdrängung des Reichstags aus dem inneren Willensbildungsprozeß offen zu revidieren begann⁴⁴. Die äußerst verschieden motivierte Unzufriedenheit der politischen Parteien links von den Konservativen mit der Regierungspolitik begründete seit Beginn des Jahres 1916 deren verstärktes Drängen nach verstärktem Reichstageeinfluß, ein Drängen, das im Oktober 1916 zur Umwandlung des Haushaltsausschusses in den nicht auf die Diskussion von Budgetfragen beschränkten, ständigen Hauptausschuß des Reichstags und damit zu dessen Machtausweitung führte⁴⁵. Die parlamentarische Behandlung des Hilfsdienstgesetzes im November 1916 manifestierte und verstärkte die Macht des Reichstags gegenüber der nunmehr tief in den sozialen und ökonomischen Bereich intervenierenden Verwaltung; sie führte zu einer Kodifizierung dieser neuen Macht im parlamentarischen 15er-Ausschuß, der die Durchführung des Hilfsdienstgesetzes mitkontrollieren sollte und an der Formulierung der Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz beteiligt wurde; sie verstärkte die sich bereits vorher abzeichnende Zusammenarbeit der großen Parlamentsmittelgruppe (zwischen Konservativen einerseits und linker SPD andererseits) und beförderte somit die Herausbildung einer parlamentarischen Mehrheit, d. h. einer wichtigen Funktionsvoraussetzung jedes parlamentarischen Systems⁴⁶. In der durch Kriegszieldiskussion, Kohlrübenwinter, Kriegseintritt der USA, Starrheit der preußischen Konservativen (Fideikommißfrage und

Diätenverweigerung) und russischer Revolution aufgeheizten und polarisierten Atmosphäre im März 1917 trat nicht nur die Wahlrechtsfrage erneut deutlich ins Zentrum der nunmehr intensiveren innenpolitischen Diskussion, sondern jetzt erzwang der Reichstag auch, primär auf Drängen der um ihre unzufriedener werdende Basis fürchtenden und von ihrer linken Minderheit selbst bedrängten Mehrheitssozialdemokratie, die Einsetzung eines Verfassungsausschusses⁴⁷. In der Osterbotschaft versprach der Kaiser die Reform des preußischen Wahlrechts, ein Versprechen, das am 11. Juli auf Drängen Bethmanns im Sinne des gleichen Wahlrechts präzisiert wurde.

Die erste Julihälfte brachte den Höhepunkt der bisherigen Parlamentarisierung und machte zugleich deren Grenzen offenbar. Die im interfraktionellen Ausschuß ihre Zusammenarbeit institutionalisierenden Mehrheitsparteien (SPD, FVP, Zentrum, z. T. auch Nationalliberale) machten mit der „Friedensresolution“ in aller Öffentlichkeit den Einfluß des Reichstags auf dem Gebiet der Außenpolitik geltend und wirkten zusammen mit der ihnen ansonsten politisch keineswegs nahestehenden OHL am Sturz Bethmann Hollwegs mit, der seinerseits bereit gewesen war, Vertreter der Mehrheit in die Regierung zu übernehmen. Im Oktober 1917 erwiesen sich die kooperierenden Mehrheitsparteien als stark genug, den neuen Kanzler Michaelis zu stürzen, seinen Nachfolger Hertling auf ein unter ihnen vereinbartes Minimalprogramm zu verpflichten⁴⁸ und den FVP-Abgeordneten Payer als Vizekanzler sowie den Nationalliberalen Friedberg als Vizepräsidenten des Preußischen Staatsministeriums in die Regierung hineinzudrücken. Doch waren der Reichstag und seine Mehrheit zu schwach, die Nachfolger Bethmanns selbst zu bestimmen oder gar aus den eigenen Reihen zu stellen, zu schwach auch und zu uneinig, um die Durchführung ihres Programms zu erzwingen.

In der ersten Hälfte des letzten Kriegsjahres fiel der Reichstag sogar wieder in weitgehende Einflußlosigkeit zurück. Erst als die durch den Diktatfrieden im Osten und die zunächst erfolgreiche Westoffensive beflügelten Siegeshoffnungen im Sommer 1918 abzuklingen und ein fünfter notvoller Kriegswinter zu nahen schien, rückte die Reichstagsmehrheit wieder enger zusammen, nahm sie ihre Reformforderungen wieder verstärkt auf, setzte sie noch unter Hertling eine die Bevorzugung ländlicher Gebiete teilweise revidierende Reichstags-Wahlkreis-Neueinteilung durch⁴⁹ und drängte sie auf Regierungsumbildung, weitere Parlamentarisierung und Verständigungsfrieden. Erfolg hatte dieses Drängen allerdings erst, als die OHL am 28. September angesichts der sich abzeichnenden Niederlage in abruptem Kurswechsel ebenfalls die schnelle Einsetzung einer parlamentarischen Regierung forderte, die die Verantwortung für die sieglose Beendigung des Krieges übernehmen würde. Mit dem Eintritt von SPD-, FVP- und Zentrums-Politikern in die Regierung Max von Baden und mit deren Verpflichtung auf das neue Programm der Mehrheitsparteien wurde Anfang Oktober jenes Maß an Parlamentarisierung vollzogen, das in den Verfassungsreformen desselben Monats dann festgeschrieben wurde. Obwohl der neue Verfassungszustand immer noch vom Muster des westlichen Parlamentarismus entfernt

blieb (Inkompatibilität!) und von der Öffentlichkeit als tiefgreifende Veränderung nicht begriffen und honoriert wurde, war damit die Parlamentarisierung des deutschen Regierungssystems unter direkter Anknüpfung an die Veränderungen von 1916/17 vollzogen⁶⁰. Damit hatten sich — teilweise schon 1916/17 — Veränderungen in der politischen Struktur Deutschlands durchgesetzt, die von den meisten Vertretern der sozialökonomisch herrschenden Klasse, von den meisten Kapitalbesitzern und Unternehmern, bekämpft worden und die dazu geeignet waren, den Einfluß der abhängig arbeitenden Massen zu erhöhen⁶¹. Doch blieb diese Veränderung, die auf eine weitere Lockerung der Abhängigkeit des Staates von der sozialökonomisch herrschenden Klasse hinauslief, sehr begrenzt.

Die Grenzen der Reichstagsmacht und der Parlamentarisierung, die sich durchschlagend eben erst im Zeichen der Niederlage und mit Billigung der dann stark geschwächten OHL durchsetzen konnte, wurden einerseits durch bestimmte vorparlamentarische Traditionen im deutschen Parteiensystem gezogen, die eine entschlossene Parlamentarisierungs- und innerpolitische Machtpolitik der Mehrheitsparteien verhinderten⁶². Sie bestanden weiterhin und damit zusammenhängend in der interessenmäßigen und programmatischen Heterogenität der Mehrheitsparteien, die sie immer häufiger zur Wahrnehmung einer negativen Sperrmajorität gegenüber der Regierung, aber nicht zu einem sach- und personalpolitisch konsequenten Konsensus befähigten⁶³. Auch innerhalb der Parteien links von den Konservativen (vor allem im Zentrum und bei den Nationalliberalen) waren zudem die mit Unternehmerkreisen affilierten Gruppen sehr stark, die in der Konsequenz der Wahrnehmung von Besitzinteressen einer gründlichen Neuorientierung entgegenarbeiteten, solange nicht innenpolitische Krisen oder/und außenpolitischer Druck sie zu einer Tolerierung und Unterstützung der Reformkräfte zwangen. Diese antidemokratischen und antiparlamentarischen Kräfte, die in den konservativen Parteien ihre mächtigste Vertretung hatten, waren in Preußen stark genug, die von der Reichsregierung seit Juli 1917 unterstützte Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts bis Oktober 1918 zu verhindern, damit eine Hauptbastion des Klassenstaates zu verteidigen und einen die Massen antagonisierenden Streitpunkt am Leben zu erhalten⁶⁴.

Neben solchen eher traditionellen Parlamentarisierungshindernissen, zu denen noch föderalistische Hemmungen und — damit verbunden — konfessionelle Verteidigungspositionen zu zählen wären, zeichnete sich im Krieg eine in diesem Grade neuartige, antiparlamentarische Massenmobilisierung ab, die Hindenburg und Ludendorff in die Nähe der Militärdiktatur auf plebiszitärer Grundlage trug und die dazu tendierte, den Reichstag und die Parteien in dem Maße zu entmachten, in dem diese an Einfluß gegenüber der zivilen Reichsregierung gewannen. Diese Quasi-Demokratisierung des Regierungssystems, die ebenfalls Vorkriegs-Ansätze unter Kriegsbedingungen weiterführte⁶⁵, lief seit der Übernahme des Oberkommandos durch die populäre 3. OHL im August 1916 der partiellen Parlamentarisierung parallel⁶⁶; sie verstärkte sich mit der

Gründung der Vaterlandspartei im August/September 1917 geradezu als Reaktion auf die zunehmende Macht des Parlaments und der Bewegungskräfte in den Parteien, drängte — beflügelt von neuen Siegeshoffnungen — die Parlamentarisierungstendenzen in der ersten Hälfte von 1918 vorübergehend wieder zurück und scheiterte schließlich an der sich abzeichnenden Niederlage. Die vom Kriegsglück sehr abhängige, im Frühsommer 1917 durch die ausbleibenden Erfolge des verschärften U-Boot-Krieges erstmals erschütterte und, nach erneuter Stärkung, ab Juli 1918 zusammenbrechende Macht der OHL war zwar insbesondere auf dem Felde der Innenpolitik weit von diktatorischer Durchsetzungsfähigkeit entfernt; die Mittel, mit denen sie ihre plebiszitäre Basis bewußt zu pflegen suchte, etwa der national-propagandistische „Vaterländische Unterricht“, blieben wahrscheinlich ziemlich erfolglos. Vom Frühjahr 1917 bis Mitte 1918 stellte jedoch die OHL den wichtigsten Widerpart des erstarkenden Reichstags dar und begrenzte neben den anderen angedeuteten Widerständen durch ihre parlamentarisch unkontrollierte Machtausübung, ihre antiparlamentarisch-plebiszitäre Basis, ihre schwerindustriellen Neigungen und durch ihre weitgehende, in der Wahlrechtsfrage besonders deutliche Identifikation mit den anti-reformerischen, den Status quo verteidigenden Interessen die Neuorientierung und Parlamentarisierung der deutschen Innenpolitik⁸⁷.

Wenn somit eine allerdings klar begrenzte Lockerung der klassengesellschaftlichen Abhängigkeit des Staates in verfassungsstruktureller Hinsicht im Kriege konstatiert werden kann, so bleibt zum zweiten die Frage zu stellen, ob sich parallele Tendenzen hinsichtlich der Zusammensetzung des politisch entscheidenden Personals feststellen lassen. Der geringe Prozentsatz von gewerblichen Unternehmern oder ihren Nachkommen im Personal der politischen Institutionen des Kaiserreichs (Zivil- und Militärbehörden, Parlamenten, Parteien) im Vergleich zum relativ starken Anteil von Personen agrarischer Herkunft oder Bindung wies zweifellos auf gewisse Schwächen des wirtschaftsbürgerlichen Moments in einem noch weitgehend von vorindustriellen Gruppen (Junkern, Beamten) bestimmten Herrschaftssystem hin⁸⁸. — Zwar muß beachtet werden, daß aus der geringen persönlichen Vertretung von Industriellen in Politik und Verwaltung allein noch nicht der Schluß auf ihren geringen politischen Einfluß zwingend folgt. Eliteuntersuchungen können die Untersuchung der Willensbildungsprozesse nicht ersetzen. Besonders in den letzten beiden Jahrzehnten des Kaiserreichs hörte Interessenwahrnehmung auch weitgehend auf, eine Sache der einzelnen Unternehmer selbst zu sein. Große Werke, die sich nicht primär der Verbände und Kammern zur Beeinflussung des politischen Prozesses bedienten, errichteten Büros und Abteilungen zur sozialen und politischen Interessenwahrnehmung vor allem bei Behörden, zur „Öffentlichkeitsarbeit“ und zur Repräsentation. Diese Funktionen wurden damit angestellten Spezialisten, häufig Juristen, übertragen⁸⁹. Ausmaß und Erfolg industrieller Einflußnahmen im sozialen und politischen Bereich können damit für diesen Zeitraum noch weniger als zuvor hinreichend durch Untersuchungen festgestellt werden, die sich auf Mobilitätsstudien oder auf unternehmerbiographisches Material konzentrieren. —

Trotzdem markiert die große Bedeutung der höheren Beamtenschaft, die weder der landwirtschaftlichen noch der gewerblichen Kapitalbesitzerklasse zuzurechnen war und sich zu einem großen Prozentsatz aus sich selbst rekrutierte⁶⁰, im Regierungssystem des Kaiserreichs eine klare Grenze für die unmittelbare Umsetzung ökonomischer und sozialer Macht in politische Herrschaft. Allerdings steht außerhalb jeden Zweifels, daß der Anteil von nicht-beamteten und nicht-akademischen Arbeitnehmern und deren Nachkommen in den politischen (incl. bürokratischen und militärischen) Spitzenpositionen verschwindend gering war und noch weit hinter dem Anteil der gewerblichen und agrarischen Unternehmer und deren Söhne zurückblieb⁶¹.

Quantitative Untersuchungen über die Veränderung in der sozialen Zusammensetzung des politischen Führungspersonals während des Krieges liegen nicht vor und können hier nicht nachgeholt werden. Als vorläufiger Eindruck ergibt sich jedoch auch schon vor solch einer systematischen Bestandsaufnahme, daß der Krieg zu einer Zunahme der gewerblichen Unternehmer und ihrer Delegierten in den mit politischem Einfluß ausgestatteten Behörden führte, vor allem auf dem Feld der Wirtschafts- und Innenpolitik. Insbesondere leitende Angestellte großer Unternehmen, Kaufleute und Ingenieure, aber auch Funktionäre von Unternehmerverbänden erweiterten ihren Einfluß auf Kosten der auch in anderer Hinsicht diskreditierten⁶² traditionellen Beamtenschaft, wahrscheinlich auch auf Kosten der Gruppen mit agrarisch-junkerlicher Herkunft und Bindung. Dies geschah in dem Maße, in dem sich die Funktionen der Verwaltung durch kriegswirtschaftliche Aufgaben ausweiteten und entsprechender Sachverstand und Einfluß gefordert waren, die vom traditionellen höheren Beamten in der Regel nicht ausreichend mitgebracht wurden. Karl Helfferich, Walter Rathenau, Wichard von Moellendorff, Richard Merton und Kurt Sorge sind nur die bekanntesten Beispiele für ehemalige Unternehmer und leitende Angestellte, die im Krieg eine bedeutende Rolle in hohen Verwaltungspositionen spielten. In den Kriegsgesellschaften und Kriegsstellen arbeiteten große Mengen von Unternehmensangestellten in einer Sphäre, in der sich privatwirtschaftliche und öffentliche Tätigkeitsbereiche intensivst durchdrangen. In einer Vielzahl von Beiräten (etwa beim Reichskommissariat für Übergangswirtschaft 1917 oder bei seiner Nachfolgeinstitution, dem im Sommer 1917 gegründeten Reichswirtschaftsamt) saßen mächtige Großunternehmer oder Syndici von Unternehmerverbänden mit unmittelbarem Einfluß auf den politischen, besonders wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozeß, der ja jetzt in ihre Unternehmen und Interessen viel tiefer und direkter eingriff als vor dem Krieg.

Für viele dieser Manager war die Behördentätigkeit eine auf den Krieg beschränkte Zwischenperiode in ihrer Karriere, ähnlich wie für die amerikanischen Unternehmer, die als „One-Dollar-A-Year-Men“ für ein geringes nominelles Gehalt 1917/18 in den Washingtoner kriegswirtschaftlichen Organisationen arbeiteten und Einfluß ausübten. Doch dürften genauere Untersuchungen zeigen, daß nicht alle in ihre Unternehmen zurückgingen und zudem die im Krieg etablierten Kontakte, Funktionserweiterungen und Erfahrungen stark genug

waren, um einen Teil der in die Verwaltung eingedrungenen privatwirtschaftlichen Einstellungen, Praktiken und Interessen auch nach dem Krieg dort zu erhalten⁸³.

In der traditionell von adligen Gruppen dominierten militärischen Führung brachte der Krieg ebenfalls tiefgehende Veränderungen. Die Anforderungen der zunehmend technischen Kriegsführung und Kriegswirtschaft, die immer größere Abhängigkeit des Kriegserfolges von der Mobilisierung aller wirtschaftlichen und sozialen Ressourcen im Innern und die daraus folgenden vielseitigen Anforderungen an die militärische Führung, die plebiszitären Aspekte des modernen Volkskrieges und der riesige, anwachsende Bedarf an einsatzfähigen, qualifizierten Personen begünstigten einen neuen, eher bürgerlichen, technisch-organisatorisch fähigen, ggf. auch politisch handlungsfähigen, nicht mehr altpreussisch-konservativen Offizierstypus, der in Ludendorff, Groener und Bauer seine bekanntesten Verwirklichungen fand. Der Kanzler-Berater Riezler schrieb dazu in sein Tagebuch: „Die im Kriege hinaufgekommenen Tüchtigen, wie Ludendorff, Groener: Bombenenergie, krasseste Unbildung . . . , schließlich doch ein amerikanisierter Typus . . . Hindenburg [dagegen] . . . ein doch ganz im Preußentum stehender Particularist.“⁸⁴

Dieser Verstärkung des bürgerlichen Elements im zivilen und militärischen Führungspersonal, diesem verstärkten Eindringen von Unternehmergeist und technischer Intelligenz in die traditionellen Bürokratien mit vorwiegend juristischer Ausbildung entsprach schon vor 1918 eine gewisse, jedoch deutlich geringfügigere Einbeziehung von Vertretern der „unteren Stände“ in die politischen Führungsgruppen. Der rechte Gewerkschaftler und Sozialdemokrat August Müller und der Führer der Christlichen Gewerkschaften Adam Stegerwald gehörten seit 1916 dem Vorstand des Kriegsernährungsamtes an. Müller wurde 1917 Unterstaatssekretär, zunächst im Kriegsernährungsamt, dann im Reichswirtschaftsamt. Der Vorsitzende des Metallarbeiter-Verbandes Alexander Schlicke nahm seit Ende 1916 eine führende Stellung im Kriegsamt ein⁸⁵. Sozialdemokraten und Gewerkschaftsvertreter saßen in einer Vielzahl von zentralen, einzelstaatlichen, lokalen und kommunalen Verwaltungsbeiräten, die sich, wie bereits mehrfach erwähnt, mit Fragen der Ernährung, der Kriegswirtschaft, der Zusammenlegung von Betrieben, des Hilfsdienstgesetzes, der Kriegsfürsorge etc. beschäftigten. Arbeitervertreter, die durch solche Kanäle auf begrenzten Gebieten politischen Einfluß durch Kooperation gewannen und die soziale Basis des politischen Führungspersonals leicht erweiterten, hatten diese ihre Mitarbeit häufig gegen Kritik aus Gewerkschaftsmitglieder-Kreisen zu verteidigen, die darin eine Abweichung von traditionellen Positionen des Klassenkampfes sahen⁸⁶. Möglicherweise verringerte dies das Interesse von Arbeitervertretern am Eintritt in einflußreiche Verwaltungsstellen, die ihnen eine auf die Kooperation der Arbeiterschaft dringend angewiesene Regierung gegen den Widerstand der Konservativen, wenn auch oft zähneknirschend und in engen Grenzen, einzuräumen bereit war.

Die kriegsbedingten Veränderungen in der sozialen Struktur des Führungspersonals, die es allerdings im einzelnen noch zu untersuchen gälte, weisen somit auf die Zurückdrängung jener bürokratischen und aristokratisch-junkerlichen Momente in den deutschen politischen Machteliten hin, die die unmittelbare Umsetzung ökonomischer und sozialer Macht in politische Herrschaft begrenzt und gedämpft hatten, und zwar vor allem zugunsten einer Vermehrung bürgerlicher, unternehmerischer und technokratischer Elemente, weniger zugunsten von Vertretern der Arbeiterschaft. Unter personellem Aspekt nahm der Klassencharakter des deutschen Staatsapparates insofern eher zu.

Betrachtet man nun — drittens — die Tätigkeit der politischen Instanzen, die Ergebnisse des politischen Entscheidungsprozesses, unter dem Blickpunkt ihrer Funktion für die gesellschaftlichen Klassen, so ergibt sich ein zweideutiges Bild. Viele Entschlüsse und Maßnahmen der politischen Instanzen begünstigten zwar die Interessen der gewerblichen und landwirtschaftlichen Unternehmer, wenn auch in sehr ungleicher Weise, oft auf Kosten der Abhängigen. Solche unternehmerfreundlichen Regierungsakte wurden oben für das Gebiet der Kriegswirtschaftsorganisation erwähnt, sie könnten durch Hinweise auf die der Industrie eingeräumten Chancen in den besetzten Gebieten, auf die allgemeine Steuerpolitik und viele andere Gebiete ergänzt werden. Doch finden sich daneben wichtige Ergebnisse des politischen Entscheidungsprozesses, die den Interessen der herrschenden Klassen — und nicht nur, wie so oft, denen einzelner ihrer Teile — zuwiderliefen. Das wichtigste Beispiel stellt das „Vaterländische Hilfsdienstgesetz“ vom 5. Dezember 1916 dar⁹⁷. Dieses Gesetz prägte die deutsche Sozialverfassung wie kein zweites im Krieg. Es markierte den intensivsten Eingriffsversuch der staatlichen Gewalt in den wirtschaftlichen und sozialen Bereich während des Krieges. Die Beteiligten waren sich dieser seiner großen Bedeutung bewußt. In seiner Vorbereitung, Durchführung und Beurteilung lassen sich die sozialen und politischen Machtverhältnisse und Fronten deutlich erkennen⁹⁸.

In seiner von der neu installierten 3. OHL und von der Schwerindustrie ausgehenden ursprünglichen Form bezweckte der Entwurf die maximale Mobilisierung, Umverteilung und Ausnutzung aller verfügbaren Arbeitskräfte im Interesse von Kriegswirtschaft und Kriegsführung. Er bezweckte die Beschränkung der lohntreibenden, leistungshinderlichen, stark angewachsenen Fluktuation der Arbeiter von Betrieb zu Betrieb. Er sah im Grunde die Militarisierung der Arbeitsverhältnisse auf Kosten der Arbeitnehmer zum Nutzen von Kriegsführung und kriegsindustriellen Unternehmern vor, denen ihrerseits keine weitere Beschneidung ihrer Dispositionsfreiheit zugemutet werden sollte. Zugleich aber sollte der Entschluß zum „vaterländischen Hilfsdienst“ eine gewaltige Kundgebung des deutschen Volkes nach außen werden, eine eindrucksvolle Bekundung des Siegeswillens, eine Demonstration möglichst totaler Mobilisierung der Massen und eben deshalb vom Reichstag als Gesetz verabschiedet werden⁹⁹. Bereits in der Diskussion innerhalb der Regierung brachten deren flexiblere und die Kritik der Reichstags-Parteien antizipierende Mitglieder — vor allem Helfferich, Sy-

dow und Bethmann — einige Entschärfungen und Konzessionen in den Entwurf ein, die ihm eine Chance bei der Behandlung im Reichstag geben sollten, so vor allem die Mitwirkung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bei der Durchführung dieses so tief eingreifenden Zwangsgesetzes. „Die Aufgabe sei außerordentlich schwer“, meinte Groener. „Sie könne nur im engsten Einvernehmen mit der Industrie und den Arbeitern gelöst werden. Gegen die Arbeiter könnten wir diesen Krieg überhaupt nicht gewinnen.“⁷⁰

Die Ausarbeitung des Gesetzes rückte den Reichstag in eine Schlüsselrolle; als Legitimationsinstanz für derart tiefe Eingriffe in den wirtschaftlichen und sozialen Prozeß erschien er der zivilen und militärischen Spitze bereits unentbehrlich⁷¹. Daß die in der parlamentarischen Behandlung des Gesetzes zusammenwachsende Reichstagsmehrheit die Gelegenheit zum Ausbau der verfassungsmäßigen Stellung des Reichstags und seiner Mehrheitsparteien nutzte (15er-Ausschuß), wurde bereits gezeigt. Im Prozeß der parlamentarischen Willensbildung gelang es Gewerkschaften und SPD mit Unterstützung der bürgerlichen Parteien links von den Konservativen aber auch, Veränderungen durchzusetzen, die die Unternehmer nur äußerst widerwillig und unter Vorbehalt (Gültigkeitsbeschränkung für die Kriegszeit vor allem) akzeptierten, die die konservative Mehrheit des Preußischen Staatsministeriums nur zähneknirschend annahm, weil sie sich ein Scheitern des von der OHL so dringend gewünschten Gesetzes nicht leisten konnte⁷², und die die liberaleren Teile der Regierung (z. B. Bethmann Hollweg) als Schritt auf dem Wege der „Neuorientierung“ würdigten. Zu diesen parlamentarisch durchgesetzten Änderungen gehörten insbesondere⁷³: die Einrichtung von Arbeiter- und Angestelltenausschüssen in größeren Hilfsdienstbetrieben, die trotz ihrer begrenzten Funktionen das Ende des unternehmerischen Absolutismus (der bisher bestenfalls freiwillig oder durch interne Bürokratisierungstendenzen eingeschränkt worden war) bedeuteten⁷⁴; den Ausbau eines Systems von paritätischen, behördlich geleiteten Schlichtungsausschüssen, die nicht nur in Fragen der Anwendung dieses Gesetzes sondern in Streitigkeiten über Lohn- und Arbeitsverhältnisse überhaupt von jeder der beiden Seiten angerufen werden konnten; die faktische Aufrechterhaltung der Möglichkeit des Arbeiters, auch des Reklamierten, zwecks „Verbesserung der Arbeitsbedingungen“ den Arbeitsplatz zu wechseln und eine bedeutsame Stärkung der Gewerkschaften durch ihre Beteiligung an der Ausführung des Gesetzes, die zu ihrem Mitgliederzuwachs, aber auch zu ihrer weiteren Integration beigetragen haben dürfte⁷⁵.

Das Gesetz enthielt zweifellos Beeinträchtigungen der Arbeiterfreizügigkeit und band die Gewerkschaften noch fester als zuvor an die Kriegsanstrengungen des Reiches. Besonders in den frühen Stadien des Beratungsprozesses war es auch in der SPD-Fraktion sehr umstritten⁷⁶. Sie konnte nicht alle ihre Forderungen (etwa volles Koalitionsrecht für die Eisenbahner und Profitkontrolle) durchsetzen⁷⁷. Die linke SPD, später die USPD und der Spartakus verurteilten das Hilfsdienstgesetz als Beschneidung der Arbeiterfreiheit und als Integrationsinstrument⁷⁸. Die Gewerkschaften und die MSPD dagegen akzeptierten

es je länger desto klarer. Dafür verstärkte sich die Kritik an dem Gesetz auf der Unternehmerseite und bei den Konservativen im Reichstag und in der Verwaltung im Laufe der letzten beiden Kriegsjahre ganz bedeutend, da es die Fluktuation der Arbeitskräfte und die Lohnsteigerungen kaum gesenkt, dafür aber die Macht der Gewerkschaften und des Reichstags bedenklich gesteigert habe⁷⁹. Mit seinen den Interessen der Unternehmer nicht entsprechenden Zugeständnissen an Reichstag und Arbeiterbewegung erkaufte das Hilfsdienstgesetz deren Zustimmung zu einer begrenzten Arbeitspflicht. Die Rolle der politischen, in sich keineswegs einigen Instanzen in diesem Kompromiß war eher die eines sehr schwachen, um Ausgleich bemühten Vermittlers als die eines Instruments der herrschenden Klasse.

Schließlich bleibt viertens auf die bereits mehrfach erwähnte, wachsende Animosität und Gegnerschaft der groß- und kleingewerblichen, aber auch der landwirtschaftlichen Unternehmer gegen die Tätigkeit der Behörden einzugehen. Wenn auch vor 1914 manche Spannung zwischen politischen Instanzen und Teilen der Unternehmerschaft bestand (so vor allem auf dem Gebiet der agrarischen Schutzpolitik und der Sozialgesetzgebung, die vielen Industriellen zu weit ging), so wird man dennoch angesichts der im ganzen vorherrschenden Zurückhaltung des Staates vor Eingriffen in die ökonomischen Dispositionen der Unternehmer und angesichts seiner Bereitschaft, die bestehende Ordnung gegen die Herausforderung des „Umsturzes“ zu verteidigen, die vorwiegende Haltung der Unternehmer vor 1914 als „unkritische Staatsverbundenheit“ bezeichnen können⁸⁰. Bereits im ersten Kriegsjahr deutete sich trotz verbaler Identifikation mit dem zu verteidigenden Staat die spätere anti-etatistische Polemik der Unternehmer in der Skepsis des Kriegsausschusses gegenüber einer allzu starken kriegswirtschaftlichen Zentralorganisation und einer allzu intensiven öffentlichen Arbeitsmarktregulierung an⁸¹. Die Versuche der militärischen Beschaffungsbehörden, auf die Produktion Einfluß zu nehmen sowie einige lohn- und sozialpolitische Zugeständnisse der Arbeitgeber im Interesse der Arbeitsbereitschaft und Loyalität der Arbeitnehmer zu erreichen, führten früh zu Verärgerungen in der Kriegsindustrie⁸². Die liberale Vossische Zeitung und die repräsentative Zeitung der zusammengeschlossenen Arbeitgeberverbände ließen schon im Oktober 1915 Stresemann mit einer Warnung vor der Gefahr zu Wort kommen, „den staatlichen Zwang über das Nötige hinaus unnötig“ zu verschärfen⁸³. Die Unternehmer außerhalb der Schwerindustrie standen dem Hindenburgprogramm mit sehr gemischten Gefühlen gegenüber⁸⁴. Das Hilfsdienstgesetz mit seinen Eingriffen in die traditionelle „Herr-im-Haus“-Politik stieß auch, wie erwähnt, bei der Schwerindustrie an Rhein und Ruhr auf große Zurückhaltung⁸⁵.

Im Jahre 1917 wurde die Abwehr staatlicher Interventionen in den Wirtschaftsprozess für die Unternehmer zum innerpolitischen Thema Nummer eins. Nicht nur gegen des Kanzlers für die unruhig werdende Arbeiterschaft gedachte Versprechen späterer „Neuorientierung“, sondern auch gegen die „Illusion des Staatssozialismus“ polemisierte die Arbeitgeber-Zeitung nunmehr offen und forderte neben Annexionen und Reparationen auch: Rückkehr zu der „im

Kriege glänzend bewährten Wirtschaftspolitik des letzten Menschenalters“, die „Befreiung von allen Fesseln, die der Krieg gebracht hat“, das „freie Spiel der Kräfte“⁸⁶. Die große Mehrheit der Unternehmer wies die Planungsideen Rathenaus und seiner Mitarbeiter zurück⁸⁷. Krupp wandte sich gegen die Tendenz zur „Verstaatlichung der Betriebe“⁸⁸. Der Verband Sächsischer Industrieller, in dem Mittelbetriebe der Fertigungsindustrie vorherrschten, wehrte sich im Namen der „freien Initiative des einzelnen Unternehmers“ gegen die staatlichen Pläne zur Errichtung von Zwangssyndikaten, die dennoch zum Teil verwirklicht wurden⁸⁹. Der Hansa-Bund hielt eine Kundgebung für die „Freiheit von Industrie, Handel und Gewerbe“ ab⁹⁰. Gegen die „kommunistische Wirtschaftsform“, „die sich während des Krieges in ihrer staatssozialistischen Wirkung als unbrauchbar oder schädlich erwiesen hat“, nahmen Vertreter der rheinischen Industrie im September 1917 Stellung⁹¹.

Wie bereits ausgeführt, stimmten die Kaufleute, die kleingewerblichen und die landwirtschaftlichen Produktionsmittel- und Kapitalbesitzer bei der Abwehr zu weitgehender staatlicher Interventionen ihren Klassengenossen im industriellen Bereich voll zu⁹². Die Unternehmerschaft fast aller Schattierungen einigte sich — trotz der riesigen Gewinne und großen Konkurrenzvorteile, die viele von ihnen aus der Kriegswirtschaft zogen — in der Verteidigung gegen die Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft durch den Staat. Sicherlich bestanden innerhalb des Unternehmerlagers bedeutende Nuancenunterschiede in bezug auf Grad und Färbung dieser Haltung. Auch die Ansichten über die richtige Form der Nachkriegswirtschaft waren von Unternehmergruppe zu Unternehmergruppe, von Wirtschaftszweig zu Wirtschaftszweig nicht deckungsgleich, wie durch eine eigene Untersuchung zu klären wäre⁹³. Doch die Furcht vor einer über den Krieg hinaus fortgeführten Beschneidung ihrer Dispositionsfreiheit im Stile der Kriegszeit, die Ablehnung von Kontrollen (etwa der Bestätigungspflicht für Neugründungen von Kapitalgesellschaften) und Kontrollversuchen (wie im Fall der für die Industrie nie verwirklichten Preiskontrollen), der Widerstand nicht gegen Konzentration als solche, aber gegen Konzentration unter staatlicher Aufsicht, das Ressentiment gegen Behörden, die nach Meinung vieler Industrieller den Arbeiterforderungen im Krieg viel zu weit entgegenkamen und zudem häufig die Grenzen ihrer Verwaltungsfähigkeiten gezeigt hatten — diese vielschichtige antistaatliche Abwehrhaltung war den Unternehmern mit wenigen Ausnahmen (etwa Walther Rathenau) gemeinsam. Sie verschärfte sich noch in der zweiten Hälfte von 1918, als die Demokratisierung des Staates immer unausweichlicher wurde, verband sich mit der Abwehr der Forderungen des Proletariats und spiegelte sich in den industriellen Forderungen zur Übergangswirtschaft⁹⁴. Ohne Berücksichtigung dieser ganz zentralen antistaatlichen Haltung der Industriellen ist deren Entscheidung vom Oktober 1918, mit den Gewerkschaften nicht nur zur Abwehr der Revolution „von unten“, sondern auch zur Zurückweisung „staatssozialistischer, bürokratischer Gängelung von oben“ zusammenzuarbeiten, gar nicht zu verstehen⁹⁵. Sicher hatte es auch vor 1914 in der deutschen Industrie antibürokratische Äußerungen,

die Zurückweisung von Verstaatlichungstendenzen, die Klage über zuviel Sozialpolitik und über zu wenig Repressionspolitik gegenüber dem Proletariat gegeben. Sogar die Möglichkeit, daß sich Arbeitgeber und Gewerkschaften einmal als Bundesgenossen gegen Bürokratie und Parlamente einigen könnten, wurde bereits 1908 angedeutet⁹⁶. Doch in dieser Dominanz und Schärfe war der Anti-Etatismus der Unternehmer ein Produkt des Krieges⁹⁷.

Mit Ausnahme der Veränderungen, die während des Krieges in der Zusammensetzung des staatlichen Führungspersonals abliefen, widersprechen die Ergebnisse unserer Untersuchung der aus dem anfangs vorgestellten Modell abgeleiteten Erwartung: Sowohl die Untersuchung der verfassungsstrukturellen Veränderungen wie die Diskussion der Ergebnisse des politischen Entscheidungsprozesses am Beispiel des Hilfsdienstgesetzes wie auch, besonders deutlich, die Analyse der vorherrschenden Reaktionen, die die staatliche Tätigkeit bei der sozialökonomisch herrschenden Klasse hervorrief, weisen darauf hin, daß der staatliche Apparat während des Krieges weniger als Machtinstrument der herrschenden Klasse fungierte als vor dem Krieg. Was das Verhältnis von Gesellschaft und Staat betrifft, nahm das klassengesellschaftliche Moment also eher ab als zu — im Unterschied zur Verschärfung der klassengesellschaftlichen Fronten innerhalb der vorher untersuchten sozialen Beziehungen und im Widerspruch zu den Hypothesen des hier als Ausgangspunkt dienenden Modells, das zur Erfassung des zuletzt diagnostizierten Tatbestandes mithin nicht ausreicht.

3. Staatsmonopolistischer Kapitalismus?

Dieser Tatbestand läßt sich auch nicht hinreichend mit Hilfe der Theorie vom „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ erklären, wie sie von marxistisch-leninistischen Historikern zur Erklärung deutscher Geschichte etwa seit Beginn dieses Jahrhunderts und insbesondere zur Analyse der Weltkriegsentwicklung vorgeschlagen wird. Gemäß dieser Theorie bestehen Zweck und Funktion des bürgerlichen, imperialistischen Staats unter den Bedingungen fortschreitender Kapitalkonzentration und -zentralisation in der Sicherung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, in der Förderung von Monopolisierungstendenzen, in der Garantie und Vermehrung von Monopolprofiten sowie in der Stabilisierung der Herrschaft der Monopolbourgeoisie oder einzelner ihrer Teile über die große Mehrheit der Bevölkerung. Im staatsmonopolistischen Kapitalismus, dessen schon vor 1914 einsetzende Entwicklung im Krieg und durch den Krieg eine rasche Beschleunigung erfahren habe, vollziehe sich eine (wenn auch zeitweise „widersprüchliche“) „Verschmelzung der Macht der Monopole mit der Staatsmacht“ zu einem „einzigem Mechanismus“ in einer Weise, die den Staatsapparat weiterhin als Herrschaftsinstrument der herrschenden Klasse (oder einzelner ihrer Teile) zur Beherrschung und auf Kosten der Gesamtgesellschaft und insbesondere zur immer schärferen Ausbeutung der Arbeiterschaft fungieren lasse,

wobei gleichzeitig erhöhte Klassenspannungen, verschärfte Konflikte innerhalb der Bourgeoisie und eine zunehmende Labilität des Gesamtsystems unterstellt werden. „Die Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist die Geschichte der Entwicklung des Herrschaftsmechanismus des Monopolkapitals.“⁹⁸

Diese Theorie kann in der relativ flexiblen Form, wie sie gegenwärtig von ostdeutschen Historikern vertreten wird, einräumen, daß die Kriegswirtschaft nicht nur ein Mittel zur Bereicherung der herrschenden Klasse, sondern auch eine kriegsbedingte Notwendigkeit, eine unabdingbare ökonomische Sicherung der Kriegsführung war⁹⁹. Sie erlaubt auch die Berücksichtigung von Konflikten innerhalb der Unternehmerschaft und mithin die Erklärung jener staatlichen Entscheidungen, die nur einen Teil der „Monopolbourgeoisie“ begünstigten und gegen den Protest anderer Gruppen dieser herrschenden Klasse durchgesetzt werden mußten¹⁰⁰. Sie erweist ihren Wert bei der Untersuchung einer großen Reihe von kriegsgesellschaftlichen Phänomenen, wie der zunehmenden industriellen Zentralisation und Konzentration, der engen Zusammenarbeit und Verfilzung zwischen Behörden und Unternehmensleitungen, der staatlichen Begünstigungen der Schwerindustrie etc. Ihre Begriffe lenkten zudem die Aufmerksamkeit der von ihr geleiteten Forschungen früh auf Fragen der ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen in der Kriegszeit, die in der westdeutschen Historiographie lange vernachlässigt blieben¹⁰¹. Schließlich ist dieser marxistisch-leninistische Ansatz der bisher einzige Versuch, die Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands im Weltkrieg innerhalb einer expliziten Theorie zu erfassen.

Diese Theorie versagt jedoch — und das bezeichnet eine ihrer Grenzen — bei der Erklärung von staatlichen Entschlüssen, die gegen unternehmerische Interessen *insgesamt* verstießen und den Arbeitnehmerinteressen gegen den Protest von Unternehmern entgegenkamen. Besonders unter gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, die eine äußerst handfeste und offene Indienstnahme wissenschaftlicher Arbeit zur Erfüllung wissenschaftsfremder, ideologischer und politischer Zwecke erlauben und erzwingen¹⁰², führt sie gerade bei solchen Problemen (aber nicht nur bei diesen) zur Vernachlässigung wichtiger sozialgeschichtlicher Aspekte und darüber hinaus zur unangenehmen und unangemessenen Verzerrung historischer Sachverhalte. Entsprechend bleibt z. B. die Analyse des Hilfsdienstgesetzes bei marxistisch-leninistischen Historikern unzulänglich und verzerrt¹⁰³. Sie bleibt Teil einer Interpretation, die auch und gerade im Krieg den Staat als „Machtorgan der herrschenden Klasse“¹⁰⁴ versteht und, dadurch begünstigt, das Hilfsdienstgesetz fälschlich als das wichtigste Instrument interpretiert, mit dem „für die Arbeiter (und zum Teil für die Bauern) ein *Militärzuchthaus*, für die Bankiers und Kapitalisten aber ein *Paradies* geschaffen“ wurde¹⁰⁵. Eine den Tatsachen entsprechendere Interpretation des Hilfsdienstgesetzes als staatliche Entscheidung, die *auch* Arbeitnehmerinteressen entgegenkam und unter dem Einfluß der organisierten Arbeiterschaft den Unternehmern weitreichende Zugeständnisse abverlangte, würde nicht nur mit gewissen politisch besetzten, einseitigen Interpretationen der deutschen Arbeiter-

bewegung, sondern auch mit der Sicht dieser Theorie vom Verhältnis Gesellschaft-Staat schwer zu vereinen sein.

Ähnlich gelingt es dieser Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht, die augenfällige und zunehmende Animosität der Unternehmer gegen staatliche Eingriffe in privatwirtschaftliche Bereiche zu erklären, da sie die keineswegs abzuleugnende Verknüpfung von privatwirtschaftlicher und staatlicher Sphäre als „Verschmelzung“ und damit zu undifferenziert interpretiert. Wie aber vereinbart diese Theorie die so augenfälligen Animositäten der Unternehmer gegen staatliche Interventionen in den privatwirtschaftlichen Bereich mit ihrer Sicht vom Staat als einem mit Monopolinteressen verschmelzenden Herrschaftsinstrument der Monopolbourgeoisie? Teilweise ignorieren ostdeutsche Historiker diese schlecht in ihren Ansatz passenden anti-etatistischen Unternehmer-Proteste¹⁰⁶. Oder aber — und dies wiegt vor — sie argumentieren, daß staatliche Maßnahmen lediglich auf den Protest *eines Teils* der Unternehmer trafen, während sie bei den anderen, die davon profitierten oder sie aus anderen Gründen für nötig hielten, Unterstützung fanden¹⁰⁷. Dieses Erklärungsmuster trifft auf viele Fälle zu¹⁰⁸, nicht aber auf die anschwellende Opposition so gut wie aller Unternehmergruppen (mit ganz wenigen Ausnahmen) gegen die zunehmenden staatlichen Interventionen in bisher Privaten vorbehaltene Bereiche. Um solche Interpretation dennoch aufrechterhalten zu können, wird diese anti-etatistische, anti-interventionistische Unternehmeropposition in ihrer Breite gelehnet und fälschlich auf einen Industriellenflügel beschränkt. Entsprechend werden die wenigen Ausnahmen im Unternehmerlager, die den staatlichen Interventionismus unterstützten — etwa Walther Rathenau — zu einem ganzen „liberalisierenden Flügel“ der deutschen Monopolbourgeoisie hochstilisiert, allerdings ohne hinreichende Belege (die es wohl auch nicht gibt)¹⁰⁹. Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus mit ihrer These von der Instrumentalität des Staates und von der „Verschmelzung von Monopolen und Staat“ bei Vorherrschaft der Monopole verstellt somit die Einsicht in eine der zentralen gesellschaftlichen Frontveränderungen des Weltkriegs. Konfrontiert mit ihr widersprechenden Tatbeständen und Quelleninformationen, führt sie zu deren Vergewaltigung statt zu ihrer eigenen Revision — ein Beispiel für geschichtswissenschaftliche Theorie als Prokrustesbett.

Die Kritik an dieser Theorie bedeutet nicht die Behauptung der Klassenunabhängigkeit des Staates. Verlangt ist vielmehr eine Erklärung, die weder die sich verschärfenden Klassenspannungen noch die sich abzeichnende relative Entfremdung zwischen sozialökonomisch herrschender Klasse und Staat vernachlässigt.

4. Tendenzen zur Verselbständigung des Staates und deren restriktive Bedingungen

Tatsächlich scheint die Annahme berechtigt, daß selbst für einen Staat, dessen Hauptfunktion während des Friedens im Schutz und in der Verwirklichung der

Interessen der sozialökonomisch herrschenden Klasse und der Bewahrung des soziopolitischen Status quo im Innern besteht, im Krieg auch dann die nach außen gerichtete Aggression bzw. das Streben nach Selbsterhaltung in den Vordergrund treten, wenn die aus solchen Systemerhaltungszielen abgeleiteten Maßnahmen den herrschenden sozialökonomischen Interessen bis zu einem gewissen Grade widersprechen. Der Staat versucht mit zunehmender Kampfintensität die gesellschaftlichen Kräfte so zu organisieren, daß sie seine Kampffähigkeit erhöhen. Mit Rücksicht auf die herausragende Wichtigkeit dieses militärisch-außenpolitischen Zieles verstärkt sich die Neigung ziviler und militärischer Behörden, die Partikularinteressen der gesellschaftlichen Klassen, wenn nötig auch die der privilegierten, zu verletzen, wenn dies für die Wirksamkeit der Kriegsführung unabdingbar erscheint. Im Interesse von aggressiver Expansion und Selbsterhaltung scheint insofern das politische Herrschaftssystem im Krieg an Autonomie zu gewinnen und seine Abhängigkeit von den herrschenden Klassen zu lockern¹¹⁰.

Als Indizien für solche im Krieg bedeutend zunehmende Verselbständigung des Staates, die, wie erwähnt, auch vor 1914 nicht ganz fehlte und die von anderen Autoren auch für die faschistische Periode und für die Gegenwart analysiert worden ist¹¹¹, können nicht *alle* Maßnahmen staatlicher Stellen zur Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft gelten, so sehr sie auch auf die rapide veränderte Stellung des Staates im System der gesamtgesellschaftlichen Reproduktion, auf eine fast sprungartige Verstärkung interventionsstaatlicher Momente und damit auf eine schnelle Vergrößerung und qualitative Veränderung der staatlichen Verwaltung überhaupt verweisen¹¹². 1918 arbeiteten auf dem Arbeitsgebiet des alten Reichsamts des Innern mehr als doppelt so viele Beamte wie 1914¹¹³. Die Weltkriegszeit — dies müßte noch im einzelnen vor allem in Hinsicht auf innerbürokratische Veränderungen (neue Strukturen, Beamtenkategorien, Techniken, Haltungen und Verhaltensweisen) untersucht werden — dürfte die entscheidende Phase bei der Umwandlung der alten, nie rein existierenden „Ordnungsverwaltung“ zur „Leistungsverwaltung“ des modernen Sozialstaats gewesen sein¹¹⁴. Wenn der Weltkrieg, wie Max Weber meinte¹¹⁵, den Siegeszug der Bürokratie bedeutet hat, so doch zugleich auch deren Veränderung.

Indizien für die relative Verselbständigung des Staates finden sich jedoch in jenen staatlichen Interventionen, die auf den Widerstand der sozialökonomisch herrschenden Klasse insgesamt oder fast insgesamt trafen. Dazu gehörten *einerseits* staatliche Eingriffe in Bedingungen privatwirtschaftlicher Ordnung, die von den Betroffenen als grundsätzlich und unaufgebbbar angesehen wurden¹¹⁶. Ihre Bedrohlichkeit für die Produktionsmittel- und Kapitalbesitzer wuchs in dem Maße, in dem sie dazu tendierten, ihren rein temporären, auf die Kriegszeit beschränkten Charakter zu verlieren und nicht mehr zurückdrehbare, „staatssozialistische“ Veränderungen des bisher weitgehend privatkapitalistisch strukturierten Wirtschaftssystems zu bewirken. Die Furcht der Unternehmer vor einer partiellen Festschreibung der im Krieg eher planlos und ad hoc durch-

geführten verwaltungswirtschaftlichen Interventionen war schon deshalb nicht völlig grundlos, weil selbst im Falle eines deutschen Sieges die Wirren der Übergangswirtschaft eine schnelle Rückkehr zu Vorkriegspraktiken unmöglich machen würden und zudem sowohl in der an Macht gewinnenden Arbeiterbewegung wie auch in Teilen des Behördenapparats (Delbrück, Riezler, Moellendorff z. B.) langfristige gemeinwirtschaftliche oder „staatssozialistische“ Reformperspektiven eine zunehmende Rolle spielten¹¹⁷. — Dazu gehörten *andere* Interventionen und Entscheidungen, die, wie die Förderung paritätischer Ausschüsse und Tarifverträge sowie einzelne Aspekte des Hilfsdienstgesetzes, das Machtverhältnis Unternehmer—Arbeitnehmer zugunsten der letzteren veränderten, und zwar ebenfalls, dies war trotz vieler gegenteiliger Versicherungen den Beteiligten durchaus klar, in normalerweise nicht zurückdrehbarer Weise. Während *jene* Eingriffe die Einsicht in die Unzulänglichkeit privatwirtschaftlicher Mechanismen unter Kriegsbedingungen reflektierten, ohne daß doch die eingreifenden Behörden eine überzeugende Alternative für sie hätten anbieten können, wiesen *diese* auf einen auch von manchen Zeitgenossen erkannten Zusammenhang zwischen sozialer Integration und Konfliktbewältigung einerseits und militärisch-außenpolitischer Stärke andererseits hin.

Unter den Bedingungen des modernen Volkskriegs, der mit seinen ökonomischen Voraussetzungen und allseits spürbaren Lasten die kriegführenden Staaten auf die Mobilisierung und Loyalität der Bevölkerung angewiesen sein läßt, bedeuten soziale Spannungen und Konflikte militärische Schwächung. Relative soziale Pazifizierung im Innern wird damit zur Voraussetzung erfolgreicher Kriegsführung¹¹⁸. Sobald diese Pazifizierung nicht mehr durch ideologische Scheinintegration (etwa im Sinne des „Geistes von 1914“, soweit dieser keine konkreten internen Reformen meinte) oder demagogische Manipulation (etwa die in dieser Hinsicht recht erfolglosen Versuche, mit der Vaterlandspartei eine annexionistische Massenbewegung in Gang zu setzen) geleistet werden kann — die Bedingungen, unter denen solche Lösungen nicht mehr hinreichen, wären gesondert zu erforschen —, bleibt bei fortdauerndem Krieg in einer als ungerecht empfundenen Klassengesellschaft (deren Ungerechtigkeiten sich zudem ohne bewußte Gegenmaßnahmen aufgrund der aufgezeigten Mechanismen verschärfen) nur die Möglichkeit innerer Reformen, um Konflikt regelnde Mechanismen zu etablieren und wenigstens einige Forderungen der Unterprivilegierten zu erfüllen, um deren Loyalität zu erhalten und den sozialen Zusammenhalt zu sichern. Bekanntlich begründeten konservative Reformer wie General Groener und „liberale Imperialisten“ wie Max Weber, Gustav Stresemann und Friedrich Naumann vor und nach 1914 die Notwendigkeit begrenzter sozialer Reformen mit eben diesem Zusammenhang¹¹⁹.

Wenn dagegen sozialimperialistisch denkende Annexionisten — vor und nach 1914 — äußere Expansion und Erfolge als Mittel der inneren Integration und der Ablenkung sozialer Spannungen nach außen begriffen, mit Hilfe deren die von Reform und Revolution bedrohte Position der Herrschenden gesichert werden sollte¹²⁰, gerieten sie, teilweise schon vor 1914, erst recht aber jetzt im

fortgeschrittenen Ernstfall, damit in ein objektives Dilemma: Der angestrebte Sieg, der den inneren Status quo garantieren sollte, setzte mehr und mehr die sehr grundsätzliche Änderung dieses Status quo voraus, ohne natürlich durch solche Änderung garantiert zu sein. Innerhalb dieses Zielkonflikts bedeutete die (unvollkommene) Tendenz des politischen Herrschaftssystems, mit Hilfe der oben aufgezeigten, vielfältigen, wenn auch zögernden Reformen und Konzessionen der Verschärfung der Klassenspannungen integrativ entgegenzuarbeiten, selbst wenn das bis zu einem gewissen Grad gegen die Interessen der Herrschenden verstieß, die Entscheidung für den Primat der Außenpolitik und damit die Infragestellung des sozialimperialistischen Kalküls.

Diese Analyse wäre auch dann nicht widerlegt, aber doch etwas eingeschränkt, wenn sich überzeugend argumentieren ließe, daß der Sieg und die Verhinderung der Niederlage im Ersten Weltkrieg Interessen der sozialökonomisch herrschenden Klasse darstellten und insofern der Staat, wenn er sich um diese Ziele bemühte, trotz seiner Wendung gegen andere ihrer Interessen, ein Machtinstrument der herrschenden Klasse blieb, gewissermaßen deren „objektive“, „eigentliche“ Interessen gegen ihre manifesten Haltungen und Handlungen durchsetzte. Wenn dieses Argument diskutierbar und keine gegen empirische Überprüfung gefeierte Tautologie sein soll, muß es implizieren, daß Sieg und Vermeidung der Niederlage gleichzeitig *nicht* im „objektiven“ Interesse der abhängigen Klasse lagen, obwohl deren ganz große Mehrheit trotz aller sich aufladenden Klassenspannung zweifellos bis Mitte 1918 sehr intensiv, wenn auch nicht notwendig auf Annexionen, so doch auf Sieg im Sinne von Abwendung der Niederlage gehofft hat. Es ist klar, daß sich solch eine Argumentation in einer sehr schwierig handhabbaren Dimension der „objektiven“ Interessen bewegt und soweit von den tatsächlich feststellbaren Haltungen, Hoffnungen, Protesten und Aktionen der Klassen und Gruppen entfernt ist, daß sie zu deren strukturgeschichtlicher Erklärung — im Gegensatz zur vorhergehenden Analyse — kaum etwas hergeben kann. Trotzdem ist diese Argumentation für die Situation des Ersten Weltkriegs¹²¹ nicht so absurd, wie sie zunächst scheinen könnte, wenn man — wie das hier geschieht — einräumt, daß die Parlamentarisierung der Verfassungswirklichkeit, die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft und die Emanzipation der Unterschichten zentrale Interessen der Arbeiterklasse ausmachten, aber von der Vorkriegsstruktur Reichsdeutschlands gründlich behindert wurden. Immerhin wurde ja der Siegfrieden, wie mehrfach erwähnt, von mächtigen herrschenden Gruppen als Mittel der Zementierung des bedrohten Status quo, teils sogar als Vehikel der Restauration früherer Zustände ersehnt und betrieben. Auch zeigt die Erfahrung des ersten Halbjahrs 1918, wie hinderlich sich die erneut verbesserten Siegesaussichten auf die bereits angelaufene Parlamentarisierung und Demokratisierung auswirkten; wie hinderlich wäre dann aber erst ein strahlender Sieg gewesen!

Trotzdem scheint es sehr schwierig wenn nicht unmöglich, plausibel zu machen, daß der deutsche militärische Mißerfolg in diesen Jahren — in denen es immer weniger um die Alternative: Status-quo-ante-Frieden oder Krieg sondern

angesichts der Versteigung der Fronten, der Opfer und des Hasses auf allen Seiten immer mehr um die Alternative: opferreiche Niederlage oder Sieg ging¹²² — entgegen der tatsächlich vorherrschenden Meinung der Massen in deren Interesse gelegen hätte. Denn zum einen ist trotz der sozialimperialistisch-annexionistischen Hoffnungen der Hugenberg, Claß etc. und trotz der Erfahrungen vom Frühjahr 1918 keineswegs ausgemacht, was ein deutscher Sieg für die innere Struktur des Reichs und der Einzelstaaten bedeutet hätte: sicher keine Revolution, aber ob die Fundamentaldemokratisierung des Krieges und die aus ihr resultierenden Ansprüche und Spannungen wirklich hätten abgefangen und rückgängig gemacht werden können, ob die plebiszitär abgestützte und, wie gezeigt, keineswegs sehr sichere und effektive Macht der militärischen Spitze sehr weit über das Kriegsende hinaus hätte bewahrt werden können — das muß auch im Lichte der Nachkriegserfahrungen in den siegreichen Nationen als sehr unsicher gelten. Den sozialimperialistisch-annexionistischen Spekulationen und Hoffnungen standen in der Zeit selbst jedenfalls konträre Hoffnungen bzw. Befürchtungen gegenüber, die eine tiefgreifende „Neuorientierung“ nach Kriegsende auch im Falle des Sieges für wahrscheinlich hielten¹²³.

Wenn man nun weiterhin im Rückblick die in ihrer Auswirkung ja gerade nicht auf die Herrschenden beschränkten üblen Konsequenzen einer Niederlage nach vierjährigem Volkskrieg in Rechnung stellt, dann dürfte es sehr schwer fallen nachzuweisen, daß die Verhinderung der Niederlage *nur* im Interesse einer herrschenden Minderheit lag, zumal eben im damaligen Deutschland kein Terrorregime wie im Zweiten Weltkrieg bestand und die Chance auf Demokratisierung des Herrschaftssystems ohne militärische Niederlage keineswegs ausgeschlossen, wahrscheinlich, zumindest auf lange Sicht, sogar besser gewesen wäre. Angesichts eines Phänomens wie der bis in die Niederlage hinein sturen Blockierung des allgemeinen Wahlrechts durch die preußischen Konservativen und angesichts der noch zu diskutierenden starken Stellung der großen Industriellen selbst in der Ausnahmesituation des Krieges mag mancher gegenüber solcher Veränderungsperspektive skeptisch sein, wenn auch andererseits eine langfristige Strukturveränderung wie die schon vor 1914 beginnende und im Krieg verstärkte Linkswendung der schnell wachsenden Angestelltenschaft ohne die Niederlage und ihre den Faschismus erleichternden Folgen wahrscheinlich kontinuierlicher fortgeschritten wäre und zusammen mit einer nach dem Krieg nur noch schwer ins Ghetto der Diskriminierung und pseudorevolutionären Subkultur abdrängbaren Arbeiterschaft eine große Stärkung der Reformkräfte bedeutet hätte.

Solche kontra-faktischen Fragen sind auf einem so komplexen Gebiet notwendig spekulativ und nicht ganz eindeutig zu beantworten. Erst recht gilt das aber für die Behauptung, der Kriegserfolg habe objektiv nur im Interesse der herrschenden Klasse gelegen, und der um Sieg und Abwendung der Niederlage kämpfende Staat sei insofern eben doch ein Instrument der sozialökonomisch herrschenden Klasse gewesen, obwohl diese selbst dies in ihrer Mehrheit ebenso wenig merkte wie die große Überzahl der Beherrschten. Dieser mögliche Ein-

wand gegen die hier vertretene Argumentation dürfte durch unsere Überlegungen genügend bezweifelt worden sein, um die These von der relativen Selbstständigkeit des Staates und seinen weniger als vorher im Dienst an den herrschenden sozialökonomischen Interessen aufgehenden Funktionen weiter argumentieren zu können.

Wenn hier vom »Staat« gesprochen wird, so darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß die verschiedenen politischen Institutionen meist nicht einig waren. Vielmehr hatten etwa 1916/17 schwerindustrielle Interessen in der 3. OHL, andere Unternehmerinteressen im Innenamt stärkeren Einfluß. Der preußische Landwirtschaftsminister zeigte sich als konzessionsfeindlicher Hauptvertreter agrarischer Interessen innerhalb der Regierung. Verschiedene gesellschaftliche Interessen stützten sich auf verschiedene Teile des politischen Systems, die sich in sehr unterschiedlichem Grade aus solchen Interessenverflechtungen lösten, gleichwohl aber schon durch die Organisationsstruktur der Regierung eng miteinander zusammenhingen¹²⁴. Andere Untersuchungen unter anderer Fragestellung müßten die Heterogenität des Staatsapparats stärker thematisieren, als dies innerhalb dieser Analyse zu geschehen braucht.

Kriegsamt und Reichskanzleramt gehören zu jenen Teilen des Regierungssystems, die am ehesten jene begrenzten Reformen, Interventionen und Integrationsleistungen vorantrieben, denen es mitzuverdanken war, daß die Solidarität der Unterprivilegierten (und vor allem ihrer Führer) bis Herbst 1918 in einem zwar nicht optimalen, aber die Kriegsführung wenigstens ermöglichenden Maße erhalten blieb. Wichtige Instrumente dieser staatlichen Integration von Wirtschaft und Gesellschaft waren im deutschen vor- und kryptoparlamentarischen System, das über keine funktionsstarken Parteien verfügte, die Verbände und Interessengruppen, insbesondere die Gewerkschaften. Die unmittelbare Zusammenarbeit von Interessengruppen und Verwaltung bei der Regelung der Kriegsproduktion, der Arbeiterbeschaffung, der Kriegsfürsorge und Notlinderung, der Disziplinierung von Protesten etc. sowie der gleichzeitige weitgehende Verzicht auf die Vermittlertätigkeit der Parteien brachte in gewisser Weise das Konstruktionsprinzip des Wilhelminischen Reiches rein zum Vorschein¹²⁵.

Andererseits veränderte der Krieg mit seinem Zwang zur staatlichen Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft das Verhältnis von Verwaltung und Interessengruppen, besonders im Falle der Gewerkschaften. Aus Verbänden, die primär Interessen ihrer Mitglieder gegenüber dem Gegner auf dem Arbeitsmarkt und gegenüber dem Staat vertraten, daneben allerdings auch andere, etwa erzieherische und soziale Funktionen gegenüber den Mitgliedern wahrnahmen, wurden Organisationen, die diese Funktionen zwar nicht aufgaben, sondern in kriegsangepaßter Form fortführten, die aber zugleich und zunehmend Instrumente des Staates zur Organisation ihrer Mitglieder wurden. Über diese Umakzentuierung der gewerkschaftlichen Funktionen im Krieg, über das Doppelspiel der Gewerkschaften zwischen Staat und Arbeiterschaft, über ihre relative Entfremdung von den Arbeitermassen wurde bereits gesprochen: Die

Reform- und Integrationspolitik der Gewerkschaften, so wurde argumentiert, manifestierte die sich aufladenden Klassenspannungen in ihrer Basis nur unzureichend. Viele Motive und Ursachen dieser mangelnden Entsprechung zwischen Basis und Organisation wurden aufgeführt¹²⁶, doch wird der strukturgeschichtliche Zusammenhang dieser Umakzentuierung der Gewerkschaftsfunktionen jetzt erst klar: Sie war eine Auswirkung des insofern erfolgreichen Integrationsbemühens des zu kriegsspezifischen Integrationsleistungen und Konzessionen gezwungenen Staates unter den Bedingungen eines Verfassungssystems, in dem die Verbände eine parteienähnliche Rolle spielten. Als Konsequenz dieses staatlichen Integrationserfolges verbreiterte sich jedoch der ohnehin angelegte Spalt zwischen Funktionären und Arbeitermassen, zwischen Gewerkschaft und Arbeiterschaft. Er bewirkte, wie gezeigt, daß sich die aufstauenden Klassengegensätze und -spannungen nicht hinreichend im Verhalten der Arbeiterorganisationen manifestierten, sondern als Konflikte in der Regel nur außerhalb der gewerkschaftlichen Organisationen in Erscheinung treten konnten.

Die Einsicht in die innere Pazifizierungsfunktion und relative Autonomie des Staates im Krieg erklärt nicht nur die Integration der Gewerkschaften, sondern auch das zunehmende Mißtrauen der sozialökonomisch herrschenden Klasse gegenüber den politischen, bürokratischen und militärischen Instanzen, wie es oben geschildert wurde. Mißtrauen und Ablehnung des sich trotz aller wirtschaftlich-staatlichen Verflechtungserscheinungen in wesentlichen Punkten gegen Unternehmerinteressen wendenden Staates und Unzufriedenheit mit einer Verwaltung, die ihren Kriegsaufgaben oft einfach nicht gewachsen war, führten hier zu immer deutlicherer Bürokratiekritik¹²⁷. Das anschwellende Mißtrauen in den sozialökonomisch herrschenden Gruppen gegenüber dem ihnen einst sehr viel dienstbareren Staat machte es ihnen leicht, ihm in dem Augenblick, als seine Erfolglosigkeit und Schwäche offenbar wurden, ihre Unterstützung zu entziehen¹²⁸.

Doch während die staatlichen Kontrollen und Ausgleichsversuche, Reformen und Rücksichtnahmen den Unternehmern zu weit gingen, reichten sie andererseits nicht aus, die anschwellende Unzufriedenheit der großen Mehrheit der Bevölkerung zu kompensieren. Die Grenzen staatlicher Organisations- und Integrationsbemühungen stellen sich damit als ebenso bedeutsam heraus wie diese selbst.

Die zunehmenden Preis- und Produktionskontrollen verärgerten zwar die Landwirte und Händler, sie befriedigten jedoch nicht die Forderungen der Konsumenten, entgingen nicht der Kritik der Arbeitnehmerverbände, verhinderten nicht den quälenden Hunger und den wachsenden Schwarzmarkt mit seinem kriminellen Beigeschmack und seinen sozialen Ungerechtigkeiten. Die Pläne zur systematischen Zusammenlegung der nicht kriegswichtigen Unternehmen dienten zwar als Kristallisationskern antistaatlicher Ressentiments in der Handwerkerschaft und bei Unternehmern in Friedensindustrien; ihr Effekt, der der Kriegsanstrengung hätte nützen sollen, war gering, u. a. aufgrund erfolgreichen Widerstands der Betroffenen und ihrer Organisationen. Trotz einiger Versuche

gelang es nicht, die Kriegsgewinne wirksam zu versteuern und das Steuersystem sozialer zu gestalten. Gegen Ende des Krieges dürfte die als ungerecht empfundene Steuerpolitik ebensosehr die allgemeine Unzufriedenheit geschürt haben wie die ausbleibende Wahlrechtsreform in Preußen¹²⁹. Auch die Versuche, die Profite der Unternehmer — ein Ärgernis für viele — durch direkte Aufsicht zu kontrollieren, scheiterten¹³⁰. Trotz des Hilfsdienstgesetzes, das der Linken als Agitationsobjekt diente, gelang es nicht, die horizontale Mobilität der Arbeitskräfte im Interesse der optimalen Kriegsproduktion wirksam zu beschneiden. Auch die Fixierung der Löhne blieb dem Markt überlassen, der unter den Verzerrungen der Kriegswirtschaft besonders ungerecht funktionierte. Weitergehende Verfassungsreformen, vor allem die Demokratisierung des preußischen Wahlrechts, Reformen, die vielleicht die sich verschärfenden Klassenspannungen hätten auffangen und damit die soziale Basis der Kriegsanstrengung stärken können, blieben bis in die sich abzeichnende Niederlage hinein aus, sie scheiterten letztlich selbst in der bescheidenen und zögernden Form, wie sie die Regierung vorschlug. Organisation und Integration von Wirtschaft und Gesellschaft zum Nutzen der Kriegsführung gelangen in Deutschland, das vielen als Musterland der Organisation galt¹³¹, wahrscheinlich weniger als in Großbritannien¹³². Warum?

Die Antworten auf diese Frage wären nur durch eine gründliche, noch ausstehende, vergleichende Untersuchung zu erarbeiten. Hier können sie nur hypothetisch angedeutet werden:

Deutschland hatte, als „belagerte Festung“ isoliert und blockiert, zweifellos sehr viel schwierigere Knappheitsprobleme zu lösen als die Entente-Mächte. Daraus folgten ungleich schwerere Belastungen für die deutsche Sozial- und Verfassungsstruktur, ein Unterschied, der jede vergleichende Untersuchung sehr erschweren dürfte. Daneben behinderten trotz kriegsbedingter Zentralisierungstendenzen der föderalistische Charakter des Reiches, der Partikularismus der militärischen Organisation, die erst 1916/17 allmählich reduzierte Macht der Stellvertretenden Generalkommandos und der relativ unverbundene Dualismus der militärischen und zivilen Ämter die Wirksamkeit der Kontrollen und Koordination¹³³. Das Scheitern der Reichsregierung bei Versuchen, im Interesse der sozialen Integration notwendige Reformen durchzuführen, weist zugleich auf die Schwäche einer Regierung ohne feste parlamentarische Stütze und vielleicht auch — was z. B. durch einen Vergleich mit Großbritannien zu prüfen wäre — auf die Unterlegenheit eines nicht-parlamentarischen Regierungssystems hin, das sich in einer Drucksituation wie dem Ersten Weltkrieg dann nicht nur als weniger demokratisch, sondern, z. T. eben deshalb, auch als weniger leistungsfähig erwies¹³⁴. Die Erfolglosigkeit der die zivile Regierung außenpolitisch, z. T. auch innenpolitisch an Macht übertreffenden 3. OHL bei dem Versuch, ihre Kontrollen über wirtschaftliche Vorgänge im Interesse höherer Kriegsbereitschaft zu intensivieren, sollte nicht nur davor warnen, ohne weiteres von einer „Diktatur Ludendorffs“ zu sprechen; sie weist auch auf die Grenzen innenpoli-

tischer militärischer Repression in einem Volkskrieg hin, der eben ohne einen gewissen Konsensus der Massen nicht zu gewinnen ist¹³⁵.

Letztlich scheint jedoch sowohl diesen hier nicht weiter zu diskutierenden Verfassungsproblemen wie der letztlich unzureichenden Geneigtheit oder Fähigkeit der Regierung, gesellschaftliche Spannungen genügend zu dämpfen, zu kanalisieren oder zu lösen, sowie schließlich ihren Schwierigkeiten, kriegsoptimale Kontrollen über Partikularinteressen zu etablieren, die trotz aller Verselbständigungstendenzen weiterbestehende Klassenabhängigkeit des Staates zugrunde zu liegen¹³⁶. An jenen neuralgischen Punkten, an denen die Mobilisierung aller ökonomischen und sozialen Ressourcen zum Zwecke optimaler Kampffähigkeit die Verletzung von Kernbedingungen des damals existierenden privatwirtschaftlichen Systems und die Revision zentraler Stützpunkte der politischen Macht der Besitzenden bedeutet hätte, erwies sich die Abhängigkeit der zivilen wie der militärischen Machthaber von den wichtigsten Gruppen der sozialökonomisch herrschenden Klasse als eng genug, um die entsprechenden Fundamentalreformen, die im Interesse erhöhter Kampffähigkeit und militärischer Schlagkraft nötig gewesen wären, unmöglich zu machen. Besonders eindringlich zeigte sich diese Abhängigkeit in dem Scheitern jeder wirksamen Preis- und Profitkontrolle in der Industrie, was seinerseits die ansonsten wohl mögliche weitergehende Kontrolle der Arbeitskräfte, ihrer Mobilität und Löhne verhinderte. Beides hätte im Interesse der inneren Konsolidierung und damit Stärkung des Reiches gelegen, beides wurde von mächtigen Behörden angestrebt und nicht von den Arbeitervertretern, sondern von Industriellen verhindert¹³⁷.

Der Versuch, mit Hilfe von Bundesratsverordnungen die Investitionstätigkeit der Unternehmer zu kontrollieren, rief zwar laute Proteste im Unternehmerlager hervor, er blieb jedoch sehr halbherzig¹³⁸. Die militärischen Beschaffungsbehörden sahen sich gezwungen, das Profitprinzip, einen Hauptpfeiler des existierenden Wirtschaftssystems, zu respektieren, wenn sie nicht die Leistungsfähigkeit dieses Systems beschneiden, bzw. eine solche Gefahr riskieren wollten. „Der Industrie muß die Unternehmungslust erhalten bleiben, sonst ist es der Kriegsverwaltung unmöglich, die Bedürfnisse zu decken, die sie zu decken verpflichtet ist, wenn wir den Krieg weiterführen sollen.“¹³⁹ Im Falle der landwirtschaftlichen Produzenten, deren Güter soviel unmittelbarer mit dem alltäglichen Bedarf der Massen und also mit dem Problem der sozialen Pazifizierung zusammenhingen als die Produkte der Industrie, entschloß sich die staatliche Gewalt, gedrängt von Arbeitnehmer- und Konsumentenorganisationen, zunehmend zu schärferen Eingriffen und in der Tat zur partiellen Außerkraftsetzung des Profitprinzips — gegen die vehementen Proteste der Agrarier, die ganz offen und aufreizend auf der Notwendigkeit des materiellen Anreizes, des Profits, als Voraussetzung ausreichender Produktion beharrten¹⁴⁰. Weil sie keinen hinreichenden alternativen Produktionsanreiz bieten konnte — der Patriotismus, den sie von den Arbeitern erwarteten, ersetzte auch bei den landwirtschaftlichen Produzenten nicht den Anreiz des Profits — und weil sie über nicht genug Kontrollmöglichkeiten verfügte, scheiterte die Staatsgewalt mit ihrer zu-

dem häufig nicht kompetenten, wirren und technisch verfehlten Landwirtschafts- und Ernährungspolitik weitgehend. Sie scheiterte letztlich am Markt- und Profitprinzip, dessen Steuerungsfunktionen sie nicht adäquat ersetzen konnte. Auf diese kapitalistischen Grundprinzipien blieben nämlich Produzenten und Händler entgegen den staatlichen Steuerungsabsichten so sehr fixiert, daß sie den Abbau einschränkten, wenn er nicht genug einbrachte¹⁴¹ und schließlich dafür sorgten, daß sich jene Prinzipien von Markt und Profit für einen großen Teil der Nahrungsmittel im illegalen Schleichhandel doch wieder als Produzentenanreiz und Verteilungskriterium durchsetzten.

In solchen Erfolgen der industriellen und landwirtschaftlichen Profitorientierung über staatliche Interventionen im Interesse kriegsoptimaler Mobilisierung aller ökonomischen und sozialen Ressourcen lagen klare Grenzen jedes „Kriegs-“ oder „Staatssozialismus“, soviel auch Unternehmer, Mehrheitssozialdemokraten und spätere Historiker davon mit unterschiedlichen Wertungen gesprochen haben. Entsprechendes ließe sich für den Zusammenhang zwischen verfassungspolitischen Reformversuchen und fest eingegrabenen Widerständen der Partikularinteressen zeigen, vor allem an der Position der konservativen Kräfte in Preußen, die stark genug war, um den Regierungsentwurf zur Wahlrechtsdemokratisierung bis zum Oktober 1918 zu blockieren. Andere Beispiele ließen sich anfügen.

Die Mechanismen, mit Hilfe deren staatliche Verselbständigung durch mächtige ökonomische, soziale und politische Interessen begrenzt wurde, waren zahlreich: Verfassungsmäßige, d. h. schwer veränderbare Fixierung von Privilegien (so besonders im Fall des Wahlrechts), enge Personalverbindungen, gesellschaftliche Kontakte und persönliche Einflüsse auf Entscheidungsträger (so in den Kriegsgesellschaften und -ämtern, obwohl die bloße Personalunion nicht erkennen läßt, in welche Richtung die Beeinflussung im Einzelfall vor allem wirkte; Einflüsse der Schwerindustrie auf Oberst Bauer und General Ludendorff), schließlich auch die Bereitschaft, nötigenfalls zur offenen Obstruktion gegen Regierungsanordnungen zu greifen¹⁴². Offenbar schreckte die Regierung davor zurück, in entscheidenden Fragen massiv gegen den erklärten Willen starker industrieller Gruppen vorzugehen. Die Abhängigkeit einer technisch und ökonomisch nicht geschulten Armee und Verwaltung von dem Wissen und Können der Unternehmer und leitenden Angestellten in der Privatwirtschaft und das Risiko des Boykotts als Antwort auf Zwang ließen radikale Beschneidungen der Industriellenmacht im Krieg wenig geraten erscheinen. Angesichts einer um fast jeden Preis zur Wahrung ihrer Privilegien und Macht entschlossenen Unternehmerschaft mußte die Gefahr einer Produktionsverzögerung, eines Unternehmerboykotts und einer folgenden allgemeinen Krise, die den Sieg — und der blieb schließlich das dominante Ziel — mit großer Wahrscheinlichkeit gekostet hätten, die Beamten und Offiziere vor tieferen Zwangseingriffen zwecks fundamentaler Reformen des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems abhalten, selbst wenn manche unter ihnen mit solchen Gedanken spielten. Die strategische Position der Unternehmer war stark, stark genug, um weitergehende Konzessionen

an die ebenfalls an Macht gewinnende Arbeiterschaft, die im Interesse schlagkräftigerer Kriegsführung wünschbar waren und von mächtigen Behörden gewünscht wurden, zu verhindern. Ohnehin scheinen wirklich radikale Veränderungsabsichten kaum Einfluß in der zivilen und militärischen Verwaltung besessen zu haben. Die durchaus nicht immer vollkommene Solidarität der Herrschaftsschichten, ihr Gefühl, angesichts der fordernden Massen gewissermaßen doch im selben Boot zu sitzen sowie tief eingewurzelte, sozialismusfeindliche und antidemokratische Überzeugungen dürften trotz aller Konflikte und trotz aller staatlichen Verselbständigungstendenzen die Chancen einer entschiedenen, behördlich initiierten und durchgesetzten antikapitalistischen Strukturreform verringert, die Möglichkeiten einer konsequenten Parlamentarisierung und Demokratisierung „von oben“ (außer in einer absoluten Krisensituation) begrenzt haben¹⁴³.

Eine allmähliche Modifikation des Systems in einem von den Unternehmern als äußerst bedrohlich angesehenen Maße war zwar eine reale Möglichkeit. Aber die Autonomie des politischen Herrschaftssystems stand auch im Ersten Weltkrieg unter „restriktiven Bedingungen“, die als die Notwendigkeit, bestimmte Grundmerkmale vor allem des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems nicht in Frage zu stellen, umschrieben werden können. Woraus diese „Grundmerkmale“ bestanden, wo also die Grenzen des gegen Unternehmerinteressen Durchsetzbaren lagen, darüber entschied die wechselnde Machtverteilung in der konkreten Situation. Selbst für einen so begrenzten Zeitraum wie die Weltkriegsperiode entziehen sich die „restriktiven Bedingungen“ staatlicher Autonomisierung, so scheint es, einer allgemeinen und zugleich genaueren Definition¹⁴⁴.

Die restriktiven, in der Organisation der Produktionsverhältnisse und in der Verteilung sozialer und politischer Macht begründeten Bedingungen, die den Spielraum des Herrschaftssystems begrenzten, verhinderten, wie gezeigt, eine volle Mobilisierung der vorhandenen Ressourcen zum Zwecke äußerer Machtentfaltung. Dieses Ergebnis verweist auf ein Grundproblem bei der Interpretation des Zusammenhangs von Klassenstruktur, Innenpolitik und Außenpolitik in der deutschen Geschichte des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Dieser Zusammenhang ist in den letzten Jahren bevorzugt und erfolgreich unter dem Stichwort „Sozialimperialismus“ thematisiert worden¹⁴⁵. Innerhalb dieses Ansatzes werden ökonomische Krisen, soziale Spannungen und innenpolitische Konflikte als fördernde Bedingungen und Ursachen der nach außen gerichteten Aggressionen, imperialistischen Expansionstendenzen und internationalen Spannungen begriffen, und zwar in einer Weise, die die innenpolitische Funktion, z. T. auch den bewußten innenpolitischen Zweck solcher nach außen gerichteter Machtentfaltung betont, nämlich: die Bewahrung des sozialen und innenpolitischen Status quo durch Ablenkung der auf innere Veränderung drängenden Kräfte nach außen. Dieser Ansatz hat seine Brauchbarkeit zur Analyse konkreter historischer Situationen und Handlungsabläufe längst erwiesen, doch bedarf er der Ergänzung.

Wie sich u. a. an der deutschen Rüstungspolitik vor 1914 und an dem Zusammenhang zwischen Klassenstruktur und Kriegsanstrengung in Deutschland 1914 bis 1918 zeigt, haben Ungleichheiten, Spannungen und Konflikte im Innern eines Staates dessen nach außen gerichtete Aggressivität nicht nur gefördert, sondern auch gehemmt und begrenzt. So funktional ein nach außen gerichtetes „Säbelrasseln“ für die Stabilisierung des inneren Status quo im Interesse der Herrschenden gewöhnlich war, so dysfunktional für die Erhaltung der inneren Macht- und Privilegienverteilung konnte es werden, sobald es durch intensive Rüstung oder Krieg in extreme nationale Machtentfaltung überging. Mangelnde innere Konsolidierung retardierte, wie E. Kehr herausgearbeitet hat, bereits vor 1914 die Rüstungsanstrengungen des von scharfen inneren Konflikten durchzogenen Reiches¹⁴⁶; auf Rücksichtnahme drängende, aber in Frage gestellte Privilegienstrukturen und innere Konflikte verhinderten auch, daß in Deutschland 1914—1918 eine Mobilisierung zum „totalen Krieg“ wirklich gelang¹⁴⁷. Dieser Zusammenhang erklärt umgekehrt aber auch, warum sozialimperialistische Herrschaftstechniken auch für die, die sie anwenden, ein Spiel mit dem Feuer sind. Wird die schwer kontrollierbare Grenze vom „Säbelrasseln“ zum realen Krieg überschritten, dann setzt die zur inneren Stabilisierung inszenierte Flucht in den äußeren Konflikt eben jene inneren Macht- und Privilegienstrukturen erst recht in Bewegung, deren Zementierung sie ursprünglich leisten sollte. Eben dies geschah teilweise im Ersten Weltkrieg.

5. Sozialgeschichtliche Bedingungen der Revolution

Es bleibt, den Zusammenhang zwischen Klassenstruktur, Krieg und Revolution wenigstens anzudeuten. Die restriktiven, in der Organisation der Produktionsverhältnisse und in der Verteilung sozialer und politischer Macht begründeten Bedingungen, die den staatlichen Handlungsspielraum bei der ökonomischen und sozialen Mobilisierung für den Krieg begrenzten, hinderten, wie gezeigt, die staatlichen Organe daran, die wachsenden Klassenspannungen hinreichend zu entschärfen, zu überbrücken, zu kompensieren. Bei der großen Mehrheit der Bevölkerung verlor der Staat dadurch an Sympathien, Prestige, Unterstützung und Legitimität. Im Gegensatz zu den Unternehmern verlangten nämlich Arbeiter und Angestellte durchaus mehr und effektiveres Eingreifen des Staates — zu ihren Gunsten versteht sich¹⁴⁸. In dem Maße, in dem Staat und Verwaltung die Erwartungen und Forderungen nicht erfüllten — teils weil entgegengesetzte Interesseneinflüsse überwogen, teils aber auch weil die riesige Knappheit und Not, neue Probleme und Funktionsausweitungen die Verwaltung einfach überforderten — wurden sie Gegenstand von Enttäuschung, Mißtrauen und Verbitterung. Dadurch bedingt, äußerten sich die oben (in Kapitel II und III) diagnostizierten Klassenspannungen zu einem großen Teil in Protesten der Arbeiter, Angestellten und Bauern gegen den Staat, die Bürokratie und das System statt als Aggressionen und Proteste gegen den Klassengegner.

Seitdem die Stellvertretenden Generalkommandos im Frühjahr 1916 mit ihren Berichten über die Stimmung der Bevölkerung begannen, behandelten sie dieses Thema. Wenig Nöte gab es, die nicht der Verwaltung zur Last gelegt wurden. Die landwirtschaftlichen Produzenten tadelten die Behörden für zu weitgehende und ungeschickte Eingriffe, für zu niedrige Höchstpreise und zu viele Beschlagnahmen, für die schnell wechselnden Ablieferungsbedingungen und die Fütter- und Schlachtverbote¹⁴⁹. „Die Erbitterung richtet sich meist sehr zu Unrecht gegen die unteren Verwaltungsbehörden, die, obwohl sie nur die von zentraler Stelle angeordneten, im Interesse der allgemeinen Volksernährung unbedingt erforderlichen Maßnahmen durchführen, für jeden behördlichen Eingriff verantwortlich gemacht werden. Eine schwere Schädigung der Staatsautorität auf dem Lande ist die unausbleibliche Folge.“¹⁵⁰

Die Konsumenten richteten ihren Zorn nicht nur gegen die Erzeuger und privaten Händler, sondern auch gegen die Behörden, die die Produzenten und Händler ihres Erachtens zu wenig kontrollierten, die die Inflation und den Schleichhandel zu wenig bekämpften, die Wucher und Ablieferungsverweigerungen gerichtlich nicht genügend bestrafte, kurz: die die Not nicht verhinderten, aber häufig verschleierten. „Das Vertrauen der Bevölkerung zu den amtlichen Maßnahmen und Erklärungen schwindet.“ „Das Vertrauen zu den Militärbehörden ist gut, zu den Zivilbehörden dagegen, namentlich zu den mit Ernährungsfragen betrauten, durchweg gering.“¹⁵¹ Die Preispolitik löse „in den Städten große Erbitterung und auf dem Lande keine Sympathien aus“, meinte das Frankfurter Armee-Korps Ende 1917. Die städtische Bevölkerung glaube, daß sich die Wirtschaftspolitik zu sehr „dem Drucke der Erzeuger- und Händlerkreise anpaßt“¹⁵². Doch im selben Bericht meint das Stettiner Armee-Korps zur Lage in den ländlichen und kleinstädtischen Gebieten Pommerns: „Es hat sich eine recht erbitterte Stimmung auf wirtschaftlichem Gebiet allmählich herausgebildet. Sie richtet sich gegen die ungeheueren Gewinne der wirtschaftlichen Trustbildung und der Kriegswirtschaft... Die Folge dieser wirtschaftlichen Mißstände ist eine anwachsende Nichtachtung der Gesetze, Sinken der staatlichen Autorität und die offen ausgesprochene Überzeugung, daß bei der kommunistischen Wirtschaft schließlich niemand mehr überleben kann...“¹⁵³ Was den einen als zu wenig staatliche Regulierung erschien, war den anderen zu viel.

Auch auf der politischen Ebene zeichnete sich nach den in dieser Hinsicht von den Einstellungen ihrer Verfasser allerdings stark gefärbten Berichten der Stellvertretenden Generalkommandos eine Behördenkritik von zwei Seiten ab. Aus Frankfurt wurde im August 1918 gemeldet: „In der Arbeiterschaft und in weiten Kreisen des Mittelstandes ist das Vertrauen zur Regierung mehr und mehr im Schwinden begriffen.“ Die Mehrheit der Bevölkerung wolle den Verständigungsfrieden, doch fürchte man „den Einfluß unverantwortlicher konservativer Strömungen auf die liberalen Spitzenpolitiker“¹⁵⁴. Andererseits schilderte der gleichzeitige Stettiner Bericht das wachsende Mißtrauen des platten Landes und der „gebildeten Stände“: „Der Staat und seine Organe treten mit ihm [dem

großen Teil der Bevölkerung] nur in Verbindung in der Durchführung der staatssozialistischen Zwangswirtschaft mit allen verbitternden und demoralisierenden Folgen. Es bereitet sich dadurch ein für den Umsturz günstiger Boden vor, so daß das platte Land bei etwa kommenden inneren Stürmen nicht mehr der Staatsordnung den Rückhalt geben wird, den sie sonst gewohnheitsmäßig gefunden hatte. Bislang haben allein die Siege und Erfolge der deutschen Waffen und das unbegrenzte Vertrauen auf die Oberste Heeresleitung das Volk aufrechterhalten. Die tiefe Mißstimmung über die staatssozialistische Zwangswirtschaft, über die Schwäche der auswärtigen Politik und über den vollkommenen Bruch der inneren Politik mit preußischer Tradition, die hier im Korpsbezirk ihren festesten Boden hat, ist trauernden Herzens zwar, aber still hingenommen worden, immer in dem Gedanken, die Armee wird es wieder gutmachen.“¹⁵⁵

Je tiefer und intensiver staatliche Organe in das Leben der vielen eingriffen, desto angreifbarer wurden sie für deren Kritik, desto mehr identifizierte man sie mit der zunehmenden Not und den wachsenden Schwierigkeiten aller Art, die wahrscheinlich auch eine geschicktere, weniger überforderte und nicht unter kriegsbedingter Unterbesetzung leidende Verwaltung nicht hätte verhindern können. Einige Beispiele: Die Sonderzuweisungen für Schwerstarbeiter wurden im Sommer 1916 mangels zentraler Regelung teils am Ort der Arbeit, teils am Wohnort der Berechtigten verteilt. „... infolgedessen erhielten Bergleute, die z. B. in Herne wohnten und in Recklinghausen arbeiteten, überhaupt keine Zusatzrationen, solche dagegen, die in Recklinghausen wohnten und in Herne arbeiteten, erhielten sie doppelt.“ Die resultierende Mißstimmung richtete sich gegen die Behörden¹⁵⁶. — Im Sommer 1918 erzeugten die Verordnungen über Kleiderabgabe zugunsten der Rüstungsarbeiter, die unvollkommenen Ansätze zur kommunalen und regionalen Mietkontrolle und die verordnete Abgabe aller entbehrlichen Metallgegenstände verbreiteten Ärger in mittelständischen Kreisen und vor allem bei Hausbesitzern, ein Ärger, der sich vor allem gegen den Staat richtete¹⁵⁷. Sowohl die behördlichen Maßnahmen gegen den anschwellenden Schleichhandel wie auch die Machtlosigkeit dieser Maßnahmen verspielten einen guten Teil des traditionell hohen Ansehens der Bürokratie. Wenn die Hausfrau aus der Stadt von einer mäßig erfolgreichen Hamsterfahrt zurückkehrte und ihr der Gendarm im Zug die mühsam erworbenen Eier bei einer Taschendurchsuchung abnahm, erbitterte das sehr, zumal jeder wußte, daß der professionelle Schleichhandel en gros stillschweigend geduldet wurde und bald keiner mehr sicher wußte, ob der konfiszierende, selber hungrige Beamte die Eier nicht selbst braten würde¹⁵⁸.

Vor allem zeigten sich die Behörden immer weniger in der Lage, die von ihnen erlassenen tief einschneidenden Verordnungen gegen Widerstand durchzusetzen. Das unterhöhlte ihre Autorität erst recht. Das II. Armeekorps berichtete im Juli 1917¹⁵⁹:

„Ein großer Übelstand, den die Nahrungsmittelknappheit hervorgerufen hat, lag in den täglichen Raubzügen aufs Land, wo mit Überredung oder auch mit

Gewalt in Massen herbeigeschleppt wurde. Der Kreis Greifenhagen hat bis jetzt etwa 36 000 Zentner Kartoffeln abgeliefert und schätzt, daß weitere etwa 10 000 Zentner auf unrechtmäßige Weise aus dem Kreise herausgegangen sind. Die Gendarmerie ist von der Garnison Stettin um 36 Mann, Unteroffiziere und Gefreite, verstärkt worden. Auf der Eisenbahn ist der Transport von Kartoffeln verboten, ebenso auf Dampfern, und doch ist bis heute der illegale Handel nicht ganz unterbunden. Mit Wagen und kleinen Kähnen, die nicht auf der Oder, sondern auf der Reglitz herunterkommen, werden Kartoffeln und Gemüse weggeschafft. Auf den Eisenbahnen herrschten zeitweise geradezu anarchische Zustände. Das Eisenbahnpersonal, zum größten Teil aus weiblichen Schaffnern bestehend, war vollkommen machtlos, und auch die militärische Besetzung der Bahnhöfe war den Massen gegenüber unfähig, durchzudringen. Zur Zeit ist es erheblich besser geworden. Das ist aber mehr dem eingetretenen Regenwetter und den jetzt reichlicher zufließenden Mengen von Kartoffeln und Gemüse zuzuschreiben, als den getroffenen Maßregeln, die wegen Mangel an Personal nicht durchgreifend sein konnten. Die staatliche Autorität wurde zeitweise geradezu in Frage gestellt. Auf den Eisenbahnen ist es bald so weit, daß ein anständiger Mensch nicht mehr fahren kann. Klassenunterschiede gibt es nicht mehr und das Eisenbahnpersonal ist einfach machtlos.“

Und zwei Monate vor der Revolution beschrieb das Württembergische Kriegsministerium die zusammenbrechende Geltungskraft von Gesetzen und Verordnungen so: „Wenn diese alsdann noch den Stempel bürokratischen Kleinsinns oder der praktischen Undurchführbarkeit zum Teil mehr, zum Teil weniger an sich tragen, dann ist die Einhaltung solcher Vorschriften von Haus aus nicht nur nicht gewährleistet, sondern das Volk setzt sich alsdann erst recht, man möchte sogar sagen, mit einer gewissen, leider in fast allen Kreisen täglich stärker um sich greifenden ‚Gleichgültigkeit‘ über die ganzen Anordnungen hinweg.“ Die Inflation in den Preisen des täglichen Gebrauchs sei es, die „allmählich weite Kreise, insbesondere den Mittelstand und die ärmere Arbeiterbevölkerung geradezu zur Verzweiflung bringe; vor allem aber sei es der Umstand, daß . . . von zuständiger Seite keine wirksamen Schritte zu einer durchgreifenden Abstellung dieser die Sittenmoral außerordentlich schädigenden Einflüsse ergriffen werden. Früher oder später müsse es hier zu einer Entladung kommen, wenn nicht in letzter Stunde für Abhilfe gesorgt wird.“¹⁰⁰ „Mit Erbitterung sieht der kleine Mann und der Mittelstand, daß die behördlichen Maßnahmen usw. versagen.“¹⁰¹ Und eine Arbeiterversammlung in Stuttgart stellte im September 1918 die völlige „Ratlosigkeit der Regierung“ fest¹⁰².

Die Bürokratie und das Beamtentum (dessen ökonomische Nachteile zudem im Krieg sichtbar wurden) verloren viel von ihrem traditionell hohen Prestige¹⁰³. Dagegen dominierte in weiten Kreisen bis gegen Kriegsende eine oft irrationale Bewunderung für das Militär, speziell den Generalstab. Im Unterschied zu Großbritannien, wo Unzufriedene nach einer Regierung von Industriellen und Kaufleuten riefen¹⁰⁴, war auch unter Arbeitern und Angestellten die Meinung verbreitet, ein „Ökonomischer Diktator“, die Leitung der Ernäh-

rungs- und Wirtschaftspolitik durch einen militärischen Führer, würde die Lage bessern können¹⁶⁶. Doch auch diese Bewunderung — plebiszitäre Basis der Machtstellung der 3. OHL — klang mit Kriegsende ab¹⁶⁶.

Die Ausweitung der staatlichen Tätigkeit und damit der sichtbar anerkannten staatlichen Verantwortung im Kontrast zur dennoch fortschreitenden Not, zu den dennoch wachsenden Belastungen und Pressionen, die dem Staat entsprechend zur Last gelegt wurden; die staatliche Erfolglosigkeit im Innern und bei der ersehnten Beendigung des Krieges, seine Unfähigkeit, bestimmte Reformen durchzusetzen, schließlich das angesichts der Not für viele zur Notwendigkeit werdende illegale Verhalten, so der Schleichhandel und das kriegsbedingte „Moratorium der Erwerbsmoral“ (Baumgarten) allgemein, untergruben das Prestige und die Geltung von Recht und Staat¹⁶⁷. Im Mai 1918 klagte das Breslauer Stellvertretende Generalkommando: „Gerechtigkeitsliebe, Treu und Glaube sowie Achtung vor dem Gesetz schlafen immer mehr ein. Übertretungen der Kriegsgesetze sind auch in den besseren Kreisen nicht mehr selten. Diebstähle und Einbrüche, an denen hauptsächlich die halbwüchsige Jugend beteiligt ist, sowie Verrohung jeglicher Art nehmen in erschreckender Weise immer mehr überhand.“¹⁶⁸ — Kollektive Felddiebstähle nahmen jetzt rasch zu. „In der Nähe von Großstädten stürzen sich Trupps von 50 bis 100 Personen auf die Felder, so daß die Besitzer machtlos sind.“¹⁶⁹ Die Hälfte der gesamten Obsternte sei gestohlen worden, hieß es im September aus Frankfurt¹⁷⁰. Der Schußwaffengebrauch bei Diebstählen und Räubereien nehme zu, meldete das VII. Armee-Korps aus Münster. Die staatliche Gewalt war demgegenüber machtlos. Zwei Monate vor der Revolution empfahl das Stellvertretende Generalkommando in Hannover angesichts des nicht abstellbaren Mangels an Hilfsgendarmen den über Einbrüche und Diebstähle Klage führenden Landwirte die „Selbsthilfe“¹⁷¹! Aus den Städten des Ruhrgebiets berichtete der Koblenzer Kommandant im September, daß die Fronturlauber ihre Urlaubszeit überschritten, z. T. gar nicht mehr zur Truppe zurückkehrten. „Hinweise auf eine bevorstehende Umkehrung der Machtverhältnisse“ würden „froh“ in der Öffentlichkeit ausgesprochen, und kaum einer der Bürger widerspreche¹⁷². Die staatliche Autorität zerfiel in Deutschland vor der Revolution. Der Staat hatte 1918 sowohl bei den Besitzenden wie bei den Abhängigen viel an Unterstützung und Ansehen verloren. Die Niederlage machte den Legimitätsverfall nur noch manifest¹⁷³.

Erst die Einsicht in die Rolle und den Stellenwert des Staates im Krieg vermittelt die sich verschärfenden Klassenspannungen und -konflikte der Kriegszeit mit der Revolution 1918/19, die ja mindestens in ihrem ersten Teil nicht primär als Angriff der Arbeiterklasse auf die Kapitalbesitzer und Unternehmer beschrieben werden kann, die sich vielmehr — durch eine Militärrevolte ausgelöst — mindestens ebenso sehr gegen die von niemandem mehr recht verteidigte Verwaltung und den geschwächten, gelähmten Staat richtete. Durch die Organisation und Integration von Wirtschaft und Gesellschaft im Krieg verlor der Staat zunehmend die Unterstützung der sozialökonomisch herrschenden Klasse;

durch die vor allem in der Klassenstruktur begründete Begrenztheit jener Versuche, Ökonomie und Gesellschaft zu organisieren und zu integrieren, büßte er einen guten Teil seiner Legitimität bei der Masse der Abhängigen ein; die seine Mittel und Kompetenzen überfordernde, ihn fast zwangsläufig zur Erfolglosigkeit verurteilende, beispiellose Not der Kriegs- und Blockade-Situation verschärfte die Spannungen in diesem Dreiecksverhältnis; Staatsverdrossenheit und Verwaltungskritik wuchsen auf beiden Seiten, bei den Besitzenden und bei den Abhängigen, wenn auch aus weitgehend entgegengesetzten Motiven; eine negative Anti-Verwaltungs-Koalition entstand; die immer weiter auseinanderklaffenden Erwartungen der beiden Seiten konnte der Staat trotz darauf abzielender Anstrengungen nicht überbrücken und vermitteln; er wurde schließlich zwischen ihnen zerrieben. Die oben analysierten Klassenspannungen äußerten sich deshalb zu einem guten Teil als antistaatliches Ressentiment und anti-bürokratischer Protest.

Die geschilderte Verschärfung der Klassenspannungen sowie die Tendenzen und Grenzen der nicht ausreichenden staatlichen Versuche, Ökonomie und Gesellschaft zu organisieren und zu integrieren, gehörten zu den wichtigsten Bestimmungsfaktoren der deutschen Revolution 1918/19. Diese kann mit Kriegsmüdigkeit, Friedenssehnsucht und Niederlage allein nicht erklärt werden. Entscheidend ist, warum diese starken und als Auslöser wichtigen Massenstimmungen sich gegen die Herrschenden, gegen den Staat und gegen das System überhaupt wandten. Die durch den Krieg verschärften Klassenspannungen und die halbherzigen Integrationsversuche des Staates, der insofern an der Intensität und Stärke der Klassenspannungen scheiterte und die Unterstützung beider Seiten verspielte, waren die strukturgeschichtlichen Bedingungen der Revolution. In ihr entluden sich seit langem aufgestaute Spannungen in deutlich und zunehmend vorgezeichneten Richtungen. Die These Arthur Rosenbergs, daß diese „wunderlichste aller Revolutionen“ letztlich auf einem Mißverständnis beruhte, weil das, was die große Mehrheit der Arbeiterschaft wünschte, durch die Parlamentarisierung im Oktober und durch den bevorstehenden Waffenstillstand Anfang November bereits erfüllt gewesen sei, ist zu Recht von mehreren Seiten her modifiziert worden¹⁷⁴. Auch innerhalb des hier benutzten strukturgeschichtlichen Rahmens erscheint diese Revolution nicht als Mißverständnis, sondern als folgerichtige Konsequenz deutscher Gesellschaftsgeschichte im Weltkrieg.

Umgekehrt bedingte, neben anderen Faktoren, der relative Erfolg der staatlichen Organisations- und Integrationsbemühungen im Krieg, der sich in der teilweisen Umfunktionierung der Gewerkschaften und deren partieller Entfremdung von den Massen, aber auch in den antistaatlichen Abwehrhaltungen des Unternehmerlagers vor allem gezeigt hatte, das Scheitern der Revolution. Die neue Rolle der Gewerkschaften ermöglichte und der neue Anti-Etatismus der Unternehmer motivierte nämlich erst die ZAG, jenes Abkommen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften, das sich sowohl gegen die weitergehenden Forderungen der revolutionären Bewegung wie gegen den geschwächten, zudem

zunehmend demokratisierten Staat und das, was die Unternehmer im Krieg als „Staatssozialismus“ bekämpft hatten, wandte.

Beide Seiten dieses Bündnisses setzten einerseits mit ihrer Politik kontinuierlich fort, was sie bereits in den Kriegsjahren zuvor verlangt und betrieben hatten und vollzogen andererseits eine schroffe Wende: Die Unternehmerorganisationen akzeptierten im Unterschied zu ihrer während des Krieges vorherrschenden Haltung die Gewerkschaften als gleichberechtigte Partner und erfüllten einige von deren bisher scharf abgelehnten sozialpolitischen Forderungen; Kontinuität gegenüber den vorausgegangenen Jahren wahrten sie hinsichtlich ihrer anti-staatlichen Abwehrtendenz. Die Kontinuität der Gewerkschaftsseite lag dagegen in ihrer Bereitschaft zum Verzicht auf den Klassenkampf und zur gleichberechtigten Kooperation mit den Arbeitgebern — danach hatten sie den ganzen Krieg über und zum Teil schon vorher gestrebt. Ziemlich neu in der Politik der Gewerkschaften war dagegen ihre Unterstützung für die in der ZAG implizierte abwehrende Distanzierung gegenüber dem demokratisch werdenden Staat¹⁷⁵.

Die „Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands“, die bereits vor der Revolution ausgehandelt worden war, zog unter dem Druck der Niederlage und der Revolution aus den im Krieg veränderten inneren Frontstellungen die Konsequenz: aus der relativen Entfremdung des Staates von den gesellschaftlichen Klassen und der Gewerkschaften von ihrer Basis. Das wohl stärkste Bollwerk gegen weitergehende revolutionäre Veränderungen fußte damit ebenso sehr auf den gesellschaftlichen Wandlungen der Kriegszeit wie die Revolution selber.

Kapitel V

Nachwort zur Methode

In der vorstehenden Untersuchung wurde versucht, die in den letzten Jahren immer häufiger vorgetragene Forderung nach „mehr Theorie“ in der Geschichtswissenschaft in einer spezifischen Weise zu verwirklichen und Ergebnisse der systematischen Sozialwissenschaften konsequent in die historische Arbeit einzubringen. Diese historisch-soziologische Analyse von Deutschland im Ersten Weltkrieg hatte für den Verfasser nicht nur ein, in Kapitel I kurz vorgestelltes, inhaltliches Interesse sondern ebensosehr ein methodisches, nämlich: auszuprobieren, was ein aus sozialwissenschaftlicher Theorie abgeleitetes, mit Hinblick auf den zu erforschenden Gegenstand modifiziertes und idealtypisch verwandtes Modell zur Analyse einer ganzen Gesellschaft und ihrer kurzfristigen Veränderung leisten kann und was nicht. Während die Anwendung sozialwissenschaftlicher Theorien und Modelle zur Erforschung historischer Teilbereiche in der letzten Zeit auch hierzulande deutlich zunimmt, steckt gesamtgesellschaftliche Geschichtsschreibung im Rahmen theoretisch informierter und kontrollierter Kategoriensysteme hier wie anderswo noch in den Anfängen¹. Insofern versteht sich diese Arbeit auch als ein methodisches Experiment, und es mag angemessen sein, auf Chancen, Grenzen und Probleme ihres Vorgehens rückblickend und kurz zu sprechen zu kommen.

Das am Anfang vorgestellte, vor allem aus Marx'schen Gedanken entwickelte, klassengesellschaftlich-dichotomische Modell sollte in dieser Arbeit nicht „getestet“ werden, d. h.: es ging nicht primär darum, die aus ihm abgeleiteten Hypothesen und Erwartungen derart am empirischen Material zu überprüfen, daß sie entweder falsifiziert und verworfen, bzw. umformuliert oder bestätigt und so allmählich zur Theorie erhärtet worden wären². Vielmehr diente das Modell als Instrument zur analytischen Identifikation, erklärenden Verknüpfung und plausiblen Darstellung von Elementen und Faktoren einer historischen Wirklichkeit, die ohne einen solchen (oder ähnlichen) Zugriff entweder der Aufmerksamkeit des Forschenden überhaupt entgehen (wie etwa der Bereich des bisher noch kaum untersuchten „Mittelstandes“, der erst mit Hilfe des hier benutzten Kategoriensystems frag-würdig und aufschließbar wurde) oder doch in ihrer anscheinenden Disparatheit nur schwer zu synthetisieren und nachvollziehbar darzustellen sein würde. Das Modell war Instrument zur Abgrenzung und Auswahl des Wissens- und Darstellenswerten; es verhalf zu dessen strukturierender Gliederung und Verknüpfung. Es erlaubte, die deutsche Sozialgeschichte 1914 bis 1918 unter dem Blickpunkt ihrer Kontinuität bzw. Diskontinuität gegenüber der Vor- und Nachkriegszeit zu analysieren. Und es hätte als begriffliches Instrumentarium für einen Vergleich der deutschen Entwicklung mit der ande-

rer kriegführender Länder benutzt werden können, wenn dies beabsichtigt gewesen wäre.

Diese Funktionen erfüllte das Modell vor allem, indem es erlaubte und dazu drängte, den sich verändernden Abstand zwischen ihm selbst und der historischen Realität zu bestimmen und den Charakter wie die Veränderung dieses Abstandes als erklärungsbedürftig zu thematisieren. Die dadurch angestoßenen Fragen und Antwortversuche konnten allerdings häufig nicht mehr mit Kategorien des Modells selbst bestritten werden, sondern zwangen ad hoc zur Hereinnahme zusätzlicher Erklärungs- und Interpretationsansätze, Teilmodelle und Theorien³. Insofern lag gerade in der Sprengung des Modells seine Fruchtbarkeit.

Hier zeigen sich aber auch sehr problematische Aspekte der hier verwandten Methode. Zum einen war es bei der Bestimmung des Abstandes zwischen Modell und Wirklichkeit manchmal nicht möglich, über ein „einerseits-andererseits“, über eine Konfrontation von Tendenzen und Gegentendenzen hinauszukommen und dann das schwer zu beweisende Urteil anzuschließen, trotz dieser und jener Gegentendenzen überwögen wohl doch jene Veränderungen, die die Wirklichkeit dem Modell annäherten (oder umgekehrt)⁴. Über ein solches Vorgehen, das allzu subjektiv erscheinen mag, würde man wohl nur dann völlig hinausgelangen, wenn man das Ausgangsmodell als Konsequenz seiner partiellen Nicht-Übereinstimmung mit der Wirklichkeit systematisch veränderte, ergänzte, verfeinerte und schließlich neu formulierte; oder aber, wenn es möglich wäre, Tendenzen und Gegentendenzen auf *einen* quantitativen Nenner zu bringen, um sie gegeneinander buchstäblich abzuwägen. Diese zweite Lösung erscheint unwahrscheinlicher und wurde in dieser Arbeit auch sehr viel weniger in Angriff genommen als die erste.

Zum zweiten ist nicht zu übersehen, daß diese Untersuchung auf lange Strecken Überlegungen anstellte, Begriffe einführte und Erklärungsversuche anbot, die durch das anfangs vorgestellte Modell nicht abgedeckt wurden. Nicht-Entsprechungen zwischen Modell und Wirklichkeit wurden eben nicht nur nicht ignoriert; sie wurden darüber hinaus nicht nur als Abweichungen vom Modell (das hieße nämlich: negativ in dessen Kategorien), sondern mit Hilfe von ergänzend und ad hoc hinzugenommenen Begriffen und Ansätzen zu fassen gesucht. Das Anfangsmodell diente somit als Skelett und Motor der Gedankenführung, die ständig darüber hinausdrängte, nicht aber als Korsett und Bremse. So sicherte sich die Untersuchung ein hohes Maß an Flexibilität, doch mußte sie dafür einen gewissen Eklektizismus in Kauf nehmen und konnte sich insofern gegen den Vorwurf der Willkür nicht voll verteidigen. Ob dieser nicht völlig befriedigende Zustand innerhalb kritischer und kritikoffener historischer Forschung überhaupt ganz überwunden werden kann, ist eine prinzipielle Frage, die hier nicht diskutiert werden soll. Soweit er überwindbar ist, dürfte dazu wiederum ein umfassenderes, differenzierteres Modell — im Endeffekt aber: eine gesamtgesellschaftlich-historische Theorie — vonnöten sein, die uns nicht zur Verfügung stand. Daß der einzige Ansatz, der eine solche Theorie anzu-

bieten beansprucht, der Historische Materialismus, jedenfalls in seiner gegenwärtigen marxistisch-leninistischen Anwendungsform, kein hinreichendes Mittel zur Überwindung jenes Zustandes ist, wurde gezeigt⁴. Daß man dennoch sehr viel weiter kommen kann bei der Reduktion des Eklektizismus mit Hilfe umfassenderer, differenzierterer Modelle und Theorien, als es hier geschah, steht gleichwohl zu vermuten.

Damit hängt ein dritter Einwand aufs engste zusammen: Da es, wie gesagt, in dieser Arbeit nicht primär um die Falsifikation, Revision oder Erhärtung des anfangs vorgestellten Modells ging, dieses vielmehr als Instrument in idealtypischer Funktion vor allem zur Bestimmung des Abstandes zwischen Wirklichkeit und Modell gebraucht wurde, büßte es nicht notwendig an Brauchbarkeit und Aufschließungskraft ein, wenn die von ihm formulierten Erwartungen und Hypothesen sich beim Durchgang durchs Material nicht bestätigten. Tatsächlich haben sich ja die anfangs formulierten Erwartungen und Hypothesen nur zum Teil bestätigt, nicht aber z. B. hinsichtlich der Umsetzung von Klassenspannungen in Klassenkonflikte und auch nicht hinsichtlich des Verhältnisses von Gesellschaft und Staat. Eben in dieser Nicht-Übereinstimmung von Modell und Wirklichkeit lagen Anstöße und Chancen für weitere Erkenntnis — mindestens ebenso sehr wie in den Fällen der Übereinstimmung von Modell und Realität. Zugespitzt formuliert: Auch wenn die meisten Tendenzen der untersuchten Wirklichkeit gegen die Erwartungen des Modells, also weg von einer klassengesellschaftlichen Polarisierung im gekennzeichneten Sinne verlaufen wären, hätte deshalb das Modell nicht verworfen werden müssen, hätte es deshalb seine gekennzeichnete instrumentelle Funktion nicht verloren. Im Fall der Bestätigung wie im Fall der Nicht-Bestätigung seiner Hypothesen konnte das Modell die hier von ihm erwarteten Aufschließungs- und Strukturierungsaufgaben erfüllen. Aber: Wenn das Modell in solchem Gebrauch nicht so leicht an der Wirklichkeit scheitern kann, worin bestehen dann die Kriterien und Prüfungsinstanzen, aufgrund deren es konkurrierenden Modellen vorgezogen, aufgrund deren es ausgesucht, beibehalten oder verworfen werden kann bzw. muß?

Diese Frage läßt sich nicht ohne Verweis auf Erkenntnisinteressen und Forschungspraxis beantworten. Nicht der Nachweis, daß wichtige reale Tendenzen sich *entgegen* den Hypothesen des Modells entwickelten, reduziert dessen Brauchbarkeit und zwingt, wenn häufig genug durchgeführt, schließlich zu dessen Aufgabe; wohl aber der „Nachweis“, daß bestimmte, unter den jeweils leitenden Erkenntnisinteressen wichtige Züge der Wirklichkeit im Modell gar nicht auftauchen können, durch sein Raster sozusagen hindurchfallen, in das Modell weder positiv noch negativ hineinpassen, also übersehen werden. Zum Beispiel lenkte das hier benutzte Modell durchaus die Analyse auf ein relatives Zurücktreten klassengesellschaftlicher Differenzierungslinien zugunsten der Land-Stadt-Spannungen (obwohl dies seinen Hypothesen widersprach). Eine relative Bedeutungsverschiebung zwischen Land-Stadt-Spannungen einerseits und konfessionellen Spannungen andererseits lag dagegen außerhalb seines Rasters, fiel quasi durch dieses hindurch, wurde in seinem Rahmen nicht fragwürdig und so-

mit nicht thematisiert. Für regional- und kirchenhistorisch orientierte Erkenntnisziele wäre das hier benutzte Modell sicher nicht optimal gewesen.

Der „Nachweis“ der Angemessenheit oder Nicht-Angemessenheit eines Modells in diesem Sinne (der, wie gesagt, mit der Falsifikation der aus dem Modell abgeleiteten Hypothesen wenig zu tun hat) ist unter den Bedingungen möglichst unbeschränkter Diskussionsfreiheit und Fachöffentlichkeit ein in der Regel komplexer, sich nur allmählich fortbewegender Argumentations- und Überzeugungsprozeß, in dem die bisherigen Ergebnisse der wissenschaftlichen Tradition, sich wandelnde vor- und außerwissenschaftliche Bedürfnisse und Interessen, Erfahrungen und Denkmuster, aber auch dezisionistische Momente in verschiedenen Gewichtungen eine Rolle spielen. In diesem Argumentations- und Überzeugungsprozeß kann im Prinzip auf zwei Prüfungsinstanzen verwiesen werden, um für die Überlegenheit eines Modells bzw. Interpretationsansatzes zu plädieren, doch keine dieser Prüfungsinstanzen erlaubt die eindeutige Ableitung *des* richtigen Modells, wenn sie auch geeignet sind, die Willkür bei deren Auswahl zumindest einzuschränken: Einmal schränkt der zu erkennende Gegenstand selbst die Auswahl der zu seiner Erkenntnis hilfreichen Modelle ein, denn zwar schreibt er die Begriffe, Fragestellungen und Modelle nicht eindeutig vor, doch sind umgekehrt nicht alle denkbaren Begriffe, Fragestellungen und Modelle der jeweils zu erkennenden Gegenstandsstruktur angemessen (oder gar gleich angemessen); zum anderen stellen die sich wandelnden, sozial und politisch mitbedingten Erkenntnisinteressen Instanzen dar, auf die verwiesen werden kann und muß, wenn es um die Auswahl und Begründung bestimmter Forschungsstrategien und -modelle geht, doch liefern diese Instanzen unter der Bedingung freier wissenschaftlicher und öffentlicher Diskussion erst recht keine eindeutigen Ableitungen, denn: ohne zwangsweise Homogenisierung pflegen heterogene, konkurrierende Erkenntnisinteressen zu bestehen, pflegen die Interpretationen dessen, was am relevantesten sei, in Grenzen zu variieren und pflegen sehr allgemein formulierte Erkenntnisinteressen (z. B. das „Interesse an einer vernünftig organisierten zukünftigen Gesellschaft“) jeweils mehrere, konkurrierende Forschungsziele und -modelle legitimieren zu können. Diese Situation, in der geschichtswissenschaftliche Forschung (ähnlich anderen wissenschaftlichen Disziplinen) sich fortentwickelt und die hier nur unvollkommen angedeutet werden kann, begründet das Recht, die Notwendigkeit und die Grenzen eines Pluralismus von Modellen und Interpretationsansätzen; sie verweist auf die Unmöglichkeit, mehr als begrenzten, immer wieder neu in Frage gestellten und veränderlichen Konsens über vorzuziehende Interpretationen, Fragestellungen und Modelle zu erzielen; und auf die unaufgebbare Funktion offener Diskussion in Fachöffentlichkeit und Öffentlichkeit überhaupt⁴.

In einer solchen Diskussion wäre die Entscheidung für das hier benutzte, marxistische Modell — als für eine, wenn auch sehr fruchtbare Möglichkeit unter anderen — mit vielen Argumenten zu begründen, von denen nur drei angeführt werden sollen:

Zum einen ist ein an Marx orientiertes Begriffssystem besser als die meisten anderen in der Lage, ein weit umfassendes Spektrum von Wirklichkeit zu strukturieren; es kann Wirtschaft, Gesellschaft, politische Herrschaft und Ideologien in ihrem Wechselverhältnis zum Gegenstand werden lassen und räumt dabei der sozialökonomischen Dimension eine gewisse Maßgeblichkeit (wenn auch keine monokausale Übergewichtigkeit) ein, die mindestens in den modernen Industriegesellschaften des 19. und frühen 20. Jahrhunderts ihre reale Entsprechung gehabt haben dürfte⁷. Ein an Marx orientiertes Modell gewinnt von daher für Untersuchungen, die sich um diesen Zeitraum bemühen, einen gewissen Vorsprung an Gegenstandsangemessenheit gegenüber Ansätzen, die — wie etwa Dahrendorfs ebenfalls dichotomischer Klassenbegriff — von der Maßgeblichkeit der sozialökonomischen Dimension absehen⁸ und auch gegenüber Ansätzen, die nur einen engen Teilbereich der Wirklichkeit in den Blick rücken (wie etwa jene Ansätze, die die innere Entwicklung Deutschlands im Ersten Weltkrieg primär unter dem Blickpunkt fortschreitender bzw. gehemmter Parlamentarisierung untersuchen; dieser Blickpunkt ist innerhalb des hier benutzten umfassenderen Modells als Teilaspekt inkorporiert, relativiert und aufgehoben).

Zweitens ist nicht davon abzusehen, daß am Ende des Untersuchungszeitraums eine wenn auch noch so unvollkommene Revolution stand, die sich zudem selbst weitgehend in sozialistischen Kategorien rechtfertigte. Insofern wird eine Untersuchung der deutschen Gesellschaft im Krieg auch eine Untersuchung von Bedingungen der Revolution sein und aus diesem Wirkungszusammenhang einige ihrer leitenden Gesichtspunkte gewinnen können. Von daher erscheint ein auf die Untersuchung von Fundamentalkonflikten angelegtes dichotomisches Modell, das zudem den historisch-dynamischen Charakter von Gegensätzen, Spannungen und Konflikten betont, chancenreicher als die lange in der Soziologie dominierenden Stratifikationsmodelle, die die Funktionalität der einzelnen Schichten stärker betonen als deren Konflikte, eher statisch ausgerichtet zu sein scheinen und meist Kriterien verwenden, die die Erfassung von Schichtungsphänomenen in Form von Kontinuen und Hierarchien, nicht aber die Analyse dichotomischer Strukturen erleichtern⁹.

Drittens darf daran erinnert werden, daß historische Darstellungen für ein Leserpublikum geschrieben werden und schon im Interesse dessen, was sie möglichst wirkungsvoll bekannt machen wollen, die in der intellektuellen Luft liegenden Fragebrennpunkte, Lösungsversuche und Denkparadigmata berücksichtigen sollten. Das heißt nicht: modische Anpassung und Bestätigung des Gängigen schlechthin, ganz im Gegenteil. Vielmehr kann und sollte es auch heißen: Aufnahme vorherrschender Paradigmata zum Zwecke ihrer kritischen Befragung und gegebenenfalls Fortbildung mit Hilfe historischer Einsichten, die dazu aber so gefaßt und formuliert sein sollten, daß sie nicht allzu fremd und irrelevant ins Leere stoßen, sondern — wenn auch noch so vermittelt — zur kritischen Analyse der Gegenwart beitragen können. Die Renaissance marxistischer Gedanken ist heute in Westeuropa unübersehbar. In mannigfachen Formen und Vereinfachungen durchdringen ihre Elemente große Teile des gegenwärtigen

intellektuellen Lebens, oft in bereits so selbstverständlicher Weise, daß sie als solche gar nicht mehr identifiziert werden, oft mit dem demonstrativen Anspruch auf Neuerung und Opposition. Die offenbar immer mehr durchschlagende Erfahrung von der Geschichtsmächtigkeit kollektiver, in Bewegung geratener, sozioökonomischer Strukturen und Prozesse — im Unterschied zur Prägekraft individueller Handlungen, zur Macht des Staatlichen oder zur Kraft von Ideen — findet (neben vielem anderen) in marxistischen Ansätzen eine spezifische Formulierung. Das Denken „von der Gesellschaft her“ hat weithin auch unter den „Gebildeten“ dem Denken „vom Staate her“ den Rang abgelaufen. Im Marxismus findet sich eine klassische Formulierung dieser Grunderfahrung und Sichtweise.

Hier geht es weder um eine Erklärung noch um eine Kritik dieses Phänomens, sondern nur um dies: Die stärkere Berücksichtigung sozialökonomischer Interpretationen historischer Wirklichkeit und die intensivere Benutzung marxistischer Modelle, die sicherlich traditionell in der deutschen Geschichtswissenschaft noch weniger dominiert haben als in den Historiographien anderer Länder, könnte den Historikern helfen, etwas stärker als es in den letzten Jahren der Fall war, verbreitete intellektuelle Bedürfnisse in Schule und Öffentlichkeit zu treffen, zu erfüllen und gleichzeitig kritisch aufzuklären. Es ist nötig, das historische Wissen, die Forschungsinteressen und -ergebnisse so zu organisieren, daß sie in die Raster des zeitgenössischen Bewußtseins Eingang finden, auch und gerade, wenn sie diese Raster verbreitern, differenzieren oder verändern wollen. Auch unter solchen Gesichtspunkten mag ein Versuch gesamtgesellschaftlicher Geschichtsschreibung mit marxistischen Kategorien seinen Sinn und seine Chance haben.

Doch sei mit einem Ausblick auf wünschbare weitere Forschungsschritte geschlossen. Sicherlich diene in dieser Untersuchung das verwendete Modell primär als Instrument zur Erkenntnis historischer Wirklichkeit und zur Bestimmung des Abstandes zwischen dieser und jenem; nicht so sehr ging es um die Reformulierung des Modells und seine Erhärtung zur Theorie; sicherlich läßt sich ein solches Verfahren verteidigen und wahrscheinlich wiegt es in den historischen Arbeiten, die heute explizit systematisch-sozialwissenschaftliche Ergebnisse rezipieren, vor. Doch ist andererseits nicht zu übersehen, daß auch in dieser Untersuchung Ansätze zu einer Reformulierung des Modells mit dem Ziel einer Theorie von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat im Ersten Weltkrieg nicht fehlten, deren systematische Explikation allerdings unterblieb. Immer wenn Nicht-Entsprechungen zwischen Modell und Realität festgestellt und Erklärungen dieser Nicht-Entsprechungen versucht wurden, bedeutete dies ja zumindest potentiell die Erweiterung, Modifikation oder Spezifizierung des ursprünglichen Modells, seine Ergänzung durch Elemente, die ihm zu Beginn nicht angehörten. Am deutlichsten wurde dies in dem Versuch, die diagnostizierte Verschärfung und Organisation der Klassenspannungen in verschiedenen Sozialbereichen mit der ebenfalls diagnostizierten Abnahme des klassengesellschaftlichen Moments im Verhältnis von Gesellschaft und Staat, mit dessen Tendenz zur zunehmenden

Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft, zur relativen Verselbständigung unter dennoch fortwirkenden restriktiven Bedingungen begrifflich zu vermitteln¹⁰. Hier wäre weiter zu arbeiten und zu versuchen, die festgestellten und noch zu untersuchenden Strukturveränderungen differenzierter, umfassender und systematischer zusammenzuschließen, um zu einer Theorie von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat im Ersten Weltkrieg zu gelangen. Insoweit im Weltkrieg langfristig wirkende, auch vor 1914 feststellbare und nach 1918 fortgesetzte Veränderungstendenzen mit besonderer Deutlichkeit hervortraten, wäre von einer solchen Theorie überdies zu erhoffen, daß sie auch Grundmerkmale der Vor- und Nachkriegsentwicklung erschlosse. Umgekehrt könnte sie dazu dienen, das Kriegsspezifische, mit dem Abschluß des Krieges wieder Zurücktretende, in den Veränderungen der Jahre 1914—1918 schärfer herauszuarbeiten und schließlich die deutsche Entwicklung mit der in anderen kriegführenden Industriegesellschaften zu vergleichen. Manches spricht dafür, daß diese Aufgabe im Rahmen des in der letzten Zeit verstärkt diskutierten Konzepts des „Organisierten Kapitalismus“ gelöst werden kann¹¹. Doch bliebe dies gesondert zu prüfen.

Abkürzungsverzeichnis

AEG	Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft
Afa	Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände
AK, AKs	Armee-Korps
Annales E. S. C.	Annales. Economie, Société, Civilisation
Archiv	Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik
ASG	Archiv für Sozialgeschichte
BdI	Bund der Industriellen
BHR	Business History Review
Butib	Bund der technisch-industriellen Beamten
Corr.bl.	Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands
CVDI	Centralverband Deutscher Industrieller
DAAP	Deutsche Arbeiter- und Angestellten-Partei
DAZ	Deutsche Arbeitgeber-Zeitung
DHV	Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband
DHW	Deutsche Handels-Wacht
DIBZ	Deutsche Industriebeamten-Zeitung
DIEW	Deutschland im Ersten Weltkrieg
dt.	deutsch, deutsche Übersetzung
DTV	Deutscher Technikerverband
EHR	Economic History Review
Fs.	Festschrift
FVP	Fortschrittliche Volkspartei
GdS	Grundriß der Sozialökonomik
Gedag	Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften
GG	Geschichte und Gesellschaft
HDG	Hilfsdienstgesetz
Hg., hg.	Herausgeber, herausgegeben von
HSt	Handwörterbuch der Staatswissenschaften
HWZ	Handwerks-Zeitung
HZ	Historische Zeitschrift
i. d. R.	in der Regel
IESS	International Encyclopaedia of the Social Sciences
IWK	Internationale Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
Jb	Jahrbuch
Jbb	Jahrbücher
JbfWG	Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte
JContHist	Journal of Contemporary History
JMH	Journal of Modern History
JNS	Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik
Ka.	Kriegsamt
Ka.d.Dt.Ind	Kriegsausschuß der Deutschen Industrie
KM	Kriegsministerium
KRA	Kriegsrohstoffabteilung
MB	Zusammenstellungen aus den Berichten der stellvertretenden Generalkommandos . . . , bzw. Zusammenstellungen der <i>Monats-Berichte</i> der stellvertretenden Generalkommandos

MEW	Marx/Engels, Werke
Mk.	Mark
MKdI	Mitteilungen des Kriegsausschusses der deutschen Industrie
MSPD	Mehrheits-SPD bzw. Mehrheitssozialdemokratie
NHWZ	Nordwestdeutsche Handwerks-Zeitung
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NWB	Neue Wissenschaftliche Bibliothek
OHL	Oberste Heeresleitung
Prot.	Protokoll
PVS	Politische Vierteljahrsschrift
Quellen GPP	Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien
RGBI	Reichsgesetzblatt
RWA	Reichswirtschaftsamt
SAA	Siemens-Archiv-Akte (Akte des Werner-von-Siemens-Instituts, München)
SAZ	Ständiger Ausschuß für Zusammenlegung von Betrieben
SDG	Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie
Sh.	Sonderheft
S&H	Siemens & Halske
SSW	Siemens-Schuckertwerke
StdDrR	Statistik des Deutschen Reichs
Sten.Ber.	Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags
Reichstag	
TB	Taschenbuch
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Vst.	Vorstand
VSWG	Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
wd.	wieder
WUA	Das Werk des Untersuchungsausschusses
ZAG	Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZfP	Zeitschrift für Politik
Zs.	Zeitschrift

Anmerkungen

Anmerkungen zu Seite 1

Kapitel I

¹ Vgl. im Literaturverzeichnis die Untersuchungen von F. Fischer, I. Geiss, G. Ritter, H. Herzfeld, K. D. Erdmann, A. Hillgruber, K.-H. Janßen, W. Baumgart, W. Steglich, W. Conze, W. Hahlweg, F. Wende u. a., zuletzt das von K. D. Erdmann hg. Tagebuch Kurt Riezlers und die hier nicht mehr berücksichtigte, von I. Geiss u. B. J. Wendt hg. Fischer-Festschrift; als brauchbare Einführungen in den Diskussionsstand immer noch: W. J. Mommsen, Die deutsche Kriegszielpolitik 1914—1918. Bemerkungen zum Stand der Diskussion, in: W. Laqueur u. G. L. Mosse Hg., *Kriegsausbruch 1914*, München 1967, 60—100; W. Schieder, Einleitung, in: ders. Hg., *Erster Weltkrieg. Ursachen, Entstehung und Kriegsziele* (= NWB 32), Köln 1969, 11—26 (hier auch Abdruck wichtiger Aufsätze und Bibliographie); zuletzt: H. W. Koch Hg., *The Origins of the First World War. Great Power Rivalry and German War Aims*, London 1972.

² Vgl. im Literaturverzeichnis die unter Matthias/Morsey, Matthias/Pikart, David, Reiß und Deist aufgeführten Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, sowie die Arbeiten von U. Bermbach, D. Grosser, W. Deist, G. Ritter, K.-H. Janßen, W. J. Mommsen, R. Patemann, R. Morsey, D. Groh, B. Stegmann, H. Thieme, W. Albrecht, E. Lucas, Miller, H. Krause, Morgan, Wheeler u. a.

³ Vgl. insbesondere die Arbeiten in dem Sammelband: K. Bosl Hg., *Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen*, München 1969; K.-L. Ay, *Die Entstehung einer Revolution. Die Volksstimmung in Bayern während des Ersten Weltkrieges*, Berlin 1968; K.-D. Schwarz, *Weltkrieg und Revolution in Nürnberg. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Stuttgart 1971; D. Stegmann, *Die Erben Bismarcks*, Köln 1970; ders., *Zwischen Repression und Manipulation: Konservative Machteliten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910—1918*, ASG 12. 1972, 351—432; F. Zunkel, *Die ausländischen Arbeiter in der deutschen Kriegswirtschaftspolitik des 1. Weltkrieges*, in: G. A. Ritter Hg., *Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft*. Fs. H. Rosenberg, Berlin 1970, 280—311; U. von Gersdorff, *Frauen im Kriegsdienst 1914—1945*, Stuttgart 1969 (Quellen mit Einleitung); W. Beckers und W. Jochmanns Beiträge in: W. E. Mosse Hg., *Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916—1923*, Tübingen 1971; K. Hammer, *Deutsche Kriegstheologie 1870—1918*, München 1971; H. Missalla, „Gott mit uns“. Die deutsche katholische Kriegspredigt 1914—1918, München 1968; F. Opel, *Der Deutsche Metallarbeiterverband während des 1. Weltkrieges und der Revolution*, Hannover 1957; J. Kocka, *The first world war and the „Mittelstand“: German artisans and white-collar workers*, JContHist 8. 1973, 101—23. — Vor allem auch die zahlreichen Beiträge zu einem deutsch-französischen Historiker-Kolloquium über den Ersten Weltkrieg in: *Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte* 2 u. 3 (1974 u. 1975). Zur Problematik der Arbeiterbewegung 1914—1918 s. jetzt die Beiträge von S. Miller, Reulecke (auch dessen wichtige Studie über Barmen 1910—1925), Bieber, Krause, Morgan u. Wheeler. — Die Literatur zur Geschichte der Revolution 1918/19 enthält einige Hinweise zur Sozialgeschichte des Krieges. Vgl. insbesondere die Untersuchungen von Tormin, Schwarz, v. Oertzen, Kolb und Feldmann/Kolb/Rürup im Literaturverzeichnis.

⁴ S. aber jetzt: G. Hardach, *Der Erste Weltkrieg 1914—1918* (= *Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jh.*, Bd. 2), München 1973.

⁴ Ein Verzeichnis der Reihe, die unten im Literaturverzeichnis nur nach Einzeltiteln aufgeführt ist, bei P. Graf Kielmansegg, Deutschland und der Erste Weltkrieg, Frankfurt 1968, 719.

⁵ A. Marwick, *The Deluge. British Society and the First World War*, London 1965.

⁶ Vgl. Kielmansegg; H. Herzfeld, *Der Erste Weltkrieg*, München 1968.

⁷ Zu diesen beiden Begriffen von „Sozial- und Wirtschaftsgeschichte“ vgl. Kocka, Art. „Sozial- und Wirtschaftsgeschichte“, in: SDG 6, 1972, 3—7; ders., *Sozialgeschichte*, Göttingen 1977, Abschnitt II.

⁸ Vgl. G. D. Feldman, *Army, Industry and Labor in Germany 1914—1918*, Princeton/N. J. 1966; ders., *Les fondements politiques et sociaux de la mobilisation économique en Allemagne (1914—1916)*, *Annales E. S. C.* 24. 1969, 102—27; ders., *German Business Between War and Revolution: The Origins of the Stinnes-Legien Agreement*, in: Fs. H. Rosenberg, 312—41; ders., *Die Freien Gewerkschaften und die Zentralarbeitsgemeinschaft 1918—1924*, in: H. O. Vetter Hg., *Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung*, Köln 1975, 229—52; ders., *The Origins of the Stinnes-Legien Agreement: A Documentation*, IWK 19/20. 1972, 45—102; die Arbeiten von Feldman zuletzt fortgeführt und vertieft von F. Zunkel, *Industrie und Staatssozialismus*, Düsseldorf 1974; sowie von H. P. Schäfers Dissertation über Baden (s. Lit.-Verz.).

⁹ Vgl. das repräsentative dreibändige Werk: *Deutschland im Ersten Weltkrieg*, Berlin 1, 1971³; 2 und 3, 1970² (1968—69¹) (mit Literaturangaben, [DIEW]); weitere Titel in: *Historische Forschungen in der DDR 1960—1970. Analysen und Berichte. Zum XIII. Internationalen Historikerkongress in Moskau 1970*, Berlin 1970, 476—514; jetzt auch: *Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus... bis 1917*, Berlin 1977 mit ausführlicher Bibliographie (ohne Berücksichtigung westlicher Literatur).

¹⁰ Vgl. die Vorbemerkung.

¹¹ Es ist unbestreitbar, daß das Material selbst, der zu erforschende Gegenstand, den Forschungsvorgang *nie* hinreichend strukturiert. Hier soll nur die Erfahrung angedeutet, aber nicht theoretisch begründet werden, daß das ganz offenkundige, sich aufdrängende Bedürfnis nach einem expliziten theoretisch-begrifflichen Instrumentarium bei der Untersuchung — z. B. — der Haltungen und Handlungen der Hauptakteure in der Julikrise 1914 weniger stark ist als — z. B. — bei der Untersuchung der Veränderungen der deutschen Klassenstruktur 1914—1918. Mit dieser zweiten Aufgabe kann man gar nicht beginnen, ohne sich mit soziologisch-politologischen Klassen-, Schichtungs- und Konflikttheorien wenigstens oberflächlich beschäftigt zu haben. Jene erste Untersuchung kann man dagegen auf der Basis des Vorverständnisses, das man als Person und als informierter Historiker von menschlichen Haltungen und Handlungen (in jener Zeit) besitzt, beginnen und durchführen, wenn sie vielleicht auch durch Verwendung von Ergebnissen der Psychologie und anderer systematischer Nachbarwissenschaften gewönne.

¹² Zu den allgemeinen Bedingungen der Verwendung sozialwissenschaftlicher Theorien und Modelle in sozial- und wirtschaftsgeschichtlicher Forschung vgl. J. Kocka, *Theorieprobleme der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in West und Ost*, in: H.-U. Wehler Hg., *Geschichte u. Soziologie (= NWB 53)*, Köln 1972, 313—21; vgl. auch ders., *Sozialgeschichte*, 83 ff., 99 ff.; ders., *Gegenstandsbezogene Theorien in der Geschichtswissenschaft: Schwierigkeiten und Ergebnisse der Diskussion*, in: ders. Hg., *Theorien in der Praxis des Historikers*, GG, Sh. 3, Göttingen 1977, 178—88.

¹³ Vgl. zum folgenden: Karl Marx u. Friedrich Engels, *Werke*, Berlin 1957 ff. [MEW]. Ergänzungsband Teil 1, 471—97, 510—23, 533—46 (Ökonomisch-philosophische Manuskripte). Bd. 2, 37 f. (Die heilige Familie). Bd. 3, 20—36 (Die deutsche Ideologie). Bd. 4, 140 ff., 462 f. (Elend der Philosophie, Kommunistisches Manifest). Bd. 8, 139 ff., 153 (Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte). Bd. 23 (Das Kapital I), bes. 328 f., 511 f., 675, 790 f. Bd. 25 (Das Kapital III), bes. 51 f., 207 f., 632,

892 f. Marx und Engels verwandten mehrere Klassenbegriffe, kannten viele Differenzierungen und kamen zu keiner systematischen Definition. Vgl. E. Bernstein, *Klasse und Klassenkampf*, Sozialistische Monatshefte 9. 1905, 857—64; R. Aron, *Social Structure and Ruling Class*, *British Journal of Sociology* 1. 1950, wd. in L. A. Coser Hg., *Political Sociology*, New York 1966, 48—100, bes. 52—56; R. Bendix u. S. M. Lipset, *Marx' Theory of Social Classes* [1953], in: dies. Hg., *Class, Status and Power*, New York 1966², 3—35; R. Dahrendorf, *Class and Class Conflict in Industrial Society*, Stanford 1959, Kap. II; H. Skrzypczak, *Marx, Engels, Revolution. Standortbestimmung des Marxismus in der Gegenwart*, Berlin 1968, 72—75; M. Mauke, *Die Klassentheorie von Marx und Engels*, Frankfurt/Main 1970.

¹⁴ Unter Kapitalismus soll ein ökonomisches System verstanden werden, das vorwiegend auf privatem Besitz und privater Verfügung über Kapital beruht, welches der Produktion und dem Tausch von Waren zum Zweck des Profits dient. Der moderne Industriekapitalismus, um den es hier ausschließlich geht, ist zusätzlich durch die industrielle Unternehmung auf der Basis von Kapitalrechnung und fremdbestimmter, arbeitsvertraglich geregelter, formal freier Lohnarbeit bestimmt. Aufgrund der hervorragenden Bedeutung wirtschaftlicher Faktoren in der bürgerlichen Gesellschaft durchdringen Prinzipien des kapitalistischen Wirtschaftssystem deren gesamte soziale, politische und ideologische Geschichte. — Mindestens unter Benutzung einer solchen Definition ist Dahrendorfs Behauptung die deutsche Industrie im wilhelminischen Reich sei „nicht eigentlich kapitalistisch“ gewesen, zurückzuweisen. Vgl. R. Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965, 54.

¹⁵ In dem Maße, in dem Kapitalbesitz und Verfügungsmacht in der Entwicklung der großen Industrie auseinandergetreten sind, hat sich die Frage nach der Klassenlage der sich vergrößernden Gruppe der angestellten Unternehmer und obersten Unternehmehelfen, also der Gruppe der Manager, gestellt. Dieses Problem führt zu Schwierigkeiten innerhalb der Marxschen Theorie, auf die hier nicht weiter eingegangen wird. Vgl. Dahrendorf, *Class*, 41 ff., pass. — Für die Zwecke dieser Untersuchung wird diese Gruppe mit dem Eigentümer-Unternehmern und anderen mit Entscheidungsmacht ausgestatteten Kapitalbesitzern als „Unternehmer“ zusammengefaßt. Zur Begründung: H. Steiner, *Soziale Strukturveränderungen im modernen Kapitalismus. Zur Klassenanalyse der Angestellten in Westdeutschland*, Berlin 1967.

¹⁶ Die Problematik dieses Begriffs wird auch dadurch nicht gelöst, daß man „objektiv“ durch „latent“ ersetzt (Dahrendorf, *Class*, 173 ff.). Vielleicht könnte man, ohne sämtliche geschichtsphilosophische Prämissen Marxens teilen zu müssen, unter „objektiven Interessen“ jene Interessen verstehen, die sich für eine Person oder Gruppe aufgrund ihrer Klassenlage ergeben, vorausgesetzt sie verfolgen bestimmte (zu unterstellende) grundsätzliche Ziele (wie Vermehrung ihrer Lebenschancen, Minimierung der ihr auferlegten Herrschaft, Maximierung ihrer Autonomie, etc.). Diese „objektiven“ Interessen brauchen aufgrund entgegenwirkender Einflüsse (wie mangelnde Klarheit und Konsistenz des Bewußtseins, ideologische Einwirkungen, Traditionen, emotionale Bindungen, etc.) nicht mit den bewußten Absichten und den dadurch bestimmten Handlungen identisch sein.

¹⁷ Dies ist zweifellos ein Kerngedanke des Marxschen Staatsbegriffs, und zwar jener, der wissenschaftlich und politisch am meisten Wirkung entfaltete. Marxens heterogene, auch widersprüchliche und sich wandelnde Aussagen über Wesen und Funktion des Staates gehen darin gleichwohl nicht auf. Vgl. als brauchbaren Überblick: R. Miliband, *Marx and the State*, *The Socialist Register* 1. 1965, 278—96; vgl. auch die einleitenden Aufsätze v. H. Reichelt, E. Hennig, G. Schäfer, J. Hirsch in: E. Hennig u. a. Hg., *Karl Marx/Friedrich Engels. Materialien zur Rekonstruktion der marxistischen Staatstheorie*, Frankfurt 1974, IX—CLIII. — Hier wird besonders deutlich, daß unsere selektive Zuspitzung des Marxschen Klassenbegriffs Marx' Denken nicht voll gerecht wird. Doch sei noch einmal betont: Es geht hier nicht um eine Aus-

einandersetzung mit dem Marxschen Werk, sondern um die Verwertung einiger seiner Gedanken für ein begrenztes sozialhistorisches Forschungsprojekt.

¹⁸ Diese Gedankenführung lehnt sich an Dahrendorfs wichtige konflikttheoretische Ausführungen an. Vgl. insbes. R. Dahrendorf, *Elemente einer Theorie des sozialen Konflikts*, in: ders., *Gesellschaft und Freiheit. Zur soziologischen Analyse der Gegenwart*, München 1961, 197—235, bes. 218—30, jetzt wd. in: ders., *Konflikt und Freiheit. Auf dem Weg zur Dienstklassengesellschaft*, München 1972, 20—47; eine kurze Zusammenfassung seines Ansatzes: ebd., 13; am ausführlichsten und begründetsten: ders., *Class*, 157—240. — Im Unterschied zu Dahrendorf, der mit zwei kategorialen Ebenen — der strukturellen Ebene der „latenten“ Interessen und der „Quasi-Gruppen“ sowie der Ebene der „manifesten“ Interessen, der organisierten und konfigrierenden (Interessen)gruppen — auszukommen glaubt, unterscheiden wir hier drei Ebenen: die sozialstrukturelle der „latenten“ Interessen und des „Klassengegensatzes“; die sozialpsychologische der „manifesten“ Interessen und der „Klassenspannungen“; und die politische Ebene der zunehmend organisierten Interessen und des „Klassenkonflikts“. — Zum anderen folgen wir Dahrendorfs Grundentscheidung nicht, die darin besteht, daß er das Klassenverhältnis als reines Herrschaftsverhältnis definiert und es damit in bewußter Absetzung zu Marx von seiner sozialökonomischen Basis löst.

¹⁹ Der Unterschied zwischen „Klassenspannung“ und „Klassenkonflikt“ entspricht L. Cosers Unterscheidung zwischen „hostility“ und „conflict“. Vgl. L. Coser, *The Functions of Social Conflict*, Glencoe 1964², 35—38 (dt. *Theorie sozialer Konflikte*, Neuwied 1972).

²⁰ Vgl. dazu klärend: T. Gurr, *Why Men Rebel*, Princeton, N. J. 1970, 23—58, mit einer hier nicht wiedergegebenen Spezifizierung von möglichen Varianten und Ursachen solcher Prozesse, in deren Verlauf die wahrgenommenen Lebenschancen abnehmen oder (und) die Erwartungen zunehmen.

²¹ Hier wie an anderen Stellen wäre es nicht schwer, durch weitere Auswertung der soziologischen und sozialpsychologischen Literatur zu einem sehr viel differenzierteren Modell zu gelangen. Etwa könnte man jetzt zu einer Aufstellung von einzelnen Faktoren fortschreiten, die die Entstehung dieser „Schere“ wahrscheinlich und im allgemeinen erleichtern oder erschweren, so z. B. die ambivalente Rolle der individuellen Mobilität (s. Coser, *Functions*, 35 ff.), die vorhergehende und dann abbrechende Erfahrung von Verbesserungen in den Lebenschancen (s. J. C. Davies, *Toward a Theory of Revolution*, *American Sociological Review* 27, 1972, 5—19, dt. in: *W. Zapf Hg.*, *Theorien des sozialen Wandels* (= NWB 31), Köln 1970², 399—417). — Auf jeden Fall ist es von Nutzen, solche der Literatur entnommenen Faktoren im Gedächtnis zu haben und bei Bedarf anwenden zu können. Doch scheint es uns wenig ergiebig, eine solche Taxonomie explizit voranzustellen, denn die Wahrscheinlichkeit ist groß, daß die meisten der auf diese Weise aufzählbaren Faktoren in der untersuchten historischen Situation quellenmäßig nicht zu überprüfen sind (z. B. können wir die Veränderungen in der vertikalen sozialen Mobilität von 1914—1918 nicht wirklich feststellen). Eine allzu genaue Spezifikation des Modells könnte für die historische Arbeit — und darin unterscheidet sie sich sicher von einem empirisch-soziologischen Forschungsprojekt mit Umfragetechniken — zudem leicht zum Prokrustesbett werden, indem sie den Blick für alle jene Phänomene verstellt, die in das dann allzu rigide Raster des Modells nicht hineinpassen. Wann und bei welcher Intensität ein Modell anfängt, mehr ein Prokrustesbett als ein hilfreiches Instrumentarium zu sein, dürfte nur sehr schwer allgemein zu beantworten sein.

²² Vgl. Dahrendorf, *Class*, 182—88, 239.

²³ MEW, Bd. 4, 463, u. Bd. 23, 790 f.

²⁴ Zu einigen Unterschieden zwischen „Idealtyp“ und „Modell“, die es angebracht erscheinen lassen, das hier als Ausgangspunkt genommene Begriffssystem als „Modell“

zu bezeichnen, obwohl es in idealtypischer Funktion benutzt werden soll, vgl. Th. Schieder, Unterschiede zwischen historischer und sozialwissenschaftlicher Methode (1970), in: Wehler Hg., Geschichte u. Soziologie, 291 ff.

²⁵ Für andere Studien und Erkenntnisziele mag es durchaus vorzuziehen sein, solche Differenzierungslinien als Hauptmerkmale in den Vordergrund zu rücken und damit statt zu einem dichotomischen Klassen- zu einem hierarchischen Schichtenmodell zu gelangen, um mit diesem in prinzipiell ähnlicher Weise historisch zu arbeiten, wie es hier mit dem vorgestellten klassengesellschaftlichen Modell geschehen soll. Zu einigen Gründen unserer Entscheidung für ein klassengesellschaftliches, an Marx orientiertes Modell vgl. unten das „Nachwort zur Methode“. Übersichten über Formen und Probleme von Schichtenmodellen und -analysen: M. M. Tumin, Social Stratification. The Forms and Functions of Inequality, Englewood Cliffs 1967 (dt.: Schichtung u. Mobilität, München 1968); S. M. Lipset, Issues in Social Class Analysis, in: ders., Revolution and Counterrevolution, New York 1968, bes. 138—58 (auch: IESS 15. 1968, 296—316); E. Wiehn, Theorien der sozialen Schichtung, München 1968.

²⁶ Vgl. dazu Coser, Functions, 72—81; Dahrendorf, Class, 213—215: Je mehr die vielen und i. d. R. sich überschneidenden und überquerenden sozialen Konfliktlinien in eins fallen, bzw. in einem dominanten Konflikt (für Marx und unser Modell: im Klassenkonflikt) aufgehen, desto mehr zerfällt eine Gesellschaft in zwei Lager, desto instabiler, revolutionsträchtiger wird sie — und umgekehrt.

²⁷ Grundlegend zu diesem Idealtypus: M. Weber, Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher Erkenntnis, in: ders., Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen 1968³, 189 ff. Vgl. auch J. Janoska-Bendl, Methodologische Aspekte des Idealtypus. Max Weber und die Soziologie der Geschichte, Berlin 1965. — Als „Tendenztypus“ will auch Geiger den Klassenbegriff gebrauchen. Vgl. Th. Geiger, Zur Theorie des Klassenbegriffs und der proletarischen Klasse [1930], wd. in: ders., Gesammelte Arbeiten zur Soziologie, Neuwied 1962, 206—92, bes. 222, jedoch gebraucht er ihn im Gegensatz zu uns für prognostische Aussagen (231 f., 238) (die sich nicht bestätigen).

²⁸ Die Kritik, daß der von Marx zeitweilig quasi als Gesetz formulierte Klassenbegriff eine unerlaubte Verabsolutierung historisch bedingter Merkmale implizierte, eine unrichtige empirische Generalisation darstellte und zur Ableitung von Prognosen diene, die nicht eingetreten sind, sowie die Hinweise darauf, daß bestimmte Aspekte der historischen wie der heutigen Wirklichkeit durch die Marxschen Kategorien weder erfaßt noch erklärt werden können, sondern vielmehr den durch jene genährten Erwartungen entgegenlaufen — all das berührt unsere Verwendung jener Marxschen Kategorien nicht. Wir können uns deshalb eine Auseinandersetzung mit der umfangreichen entsprechenden Literatur ersparen. Wir beschränken uns vielmehr auf einen ganz spezifischen Zeitraum, verzichten auf Prognosen und gehen von der durch alle historische Erfahrung gestützten Annahme aus, daß die gesellschaftliche Wirklichkeit (auch die deutsche von 1914—18) weder in unserem klassengesellschaftlichen Modell voll aufgeht noch in irgendeinem anderen.

Kapitel II

¹ Die Reichsstatistik zählte an Selbständigen in der Abteilung Industrie und Handwerk (einschl. Bergbau) 1882 2,201, 1895 2,062 und 190/ 1,977 Mill. Das entsprach Anteilen an allen Erwerbstätigen in dieser Abteilung von ca. 36,6 % (1882), 25,7 % (1895) und 18,2 % (1907). Vgl. StdDtR 466. 1937, 194. Die Betriebsgrößenstatistik bei W. G. Hoffmann, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1965, 212.

² Vgl. zur Problematik der Definition: J. Wernicke, Kapitalismus u. Mittelstandspolitik, Jena 1922², 326 ff.; A. Noll, Wirtschaftliche u. soziale Entwicklung des

Handwerks in der zweiten Phase der Industrialisierung, in: W. Rüegg u. O. Neuloh Hg., *Zur Soziologischen Theorie u. Analyse des 19. Jahrhunderts*, Göttingen 1971, 196 f.; H. A. Winkler, *Mittelstand, Demokratie u. Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk u. Kleinhandel in der Weimarer Republik*, Köln 1972, 25 f., 29. — Wenn im folgenden die Reichsgewerbestatistik benutzt wird, dann stellt sich ein weiteres Problem: Die Zahlen beziehen sich auf „technische Einheiten“ und enthalten damit auch Untergliederungen (Werkstätten, Niederlassungen) größerer Unternehmen, nicht nur selbständige Unternehmen. Sie sind mithin überhöht. Doch kann man diesen Fehler um so eher für die Betriebe mit mehr als 10 Beschäftigten vernachlässigen, als er durch eine gegenläufige Ungenauigkeit ungefähr ausgeglichen werden dürfte: In größeren Unternehmen bestand der „Unternehmer“ nicht aus einer einzelnen Person, sondern aus mehreren Spitzenangestellten plus Aufsichtsräten, die man auch unter sozialgeschichtlicher Fragestellung zur Klasse der Unternehmer wird rechnen müssen.

³ StdDtR 466, 1937, 188. — Die Zahl der Beschäftigten versteht sich einschließlich Betriebsleiter, Angestellte und Arbeiter. Zur Schätzung der Zahl der Arbeiter werden ca. 120 000 Betriebsleiter und ca. 615 000 industrielle Angestellte angenommen. Dazu: StdDtR 220, 105; G. Hartfiel, *Angestellte u. Angestelltengewerkschaften in Deutschland*, Berlin 1961, 15 ff., 52 ff.

⁴ Aufgrund der Zahlen bei A. V. Desai, *Real Wages in Germany 1871—1913*, Oxford 1968, 109 f. wurden die Verdienste in 17 Industriezweigen 1895, 1900, 1905, 1910 und 1913 derart miteinander verglichen, daß die Verdienste in der Maschinenindustrie gleich 100 gesetzt und die anderen Verdienste in % dieses Eckwerts ausgedrückt wurden. Dabei ergab sich 1895 eine Spanne von 39—100 %, 1905 eine von 30—102 % und 1913 eine von 33—112 %. Von 1895 bis 1913 verringerte sich in bezug auf 6 Industriezweige die Spanne zwischen den in ihnen gezahlten Durchschnittsverdiensten und dem in der Maschinenbauindustrie bezahlten; aber in bezug auf 10 Industriezweige nahm diese Spanne im gleichen Zeitraum zu.

⁵ Zur Verringerung des Verdienstdifferentials zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern: G. Bry, *Wages in Germany*, Princeton 1960, 81 ff. — Der Anteil der gelernten Arbeiter an allen Arbeitern im Bereich Industrie und Handwerk betrug 1895 65 %, 1907 aber nur noch 58 %. Bei den männlichen Arbeitern nahm der Anteil der gelernten von 68 % auf 61 %, bei den weiblichen von 53 % auf 45 % ab. Errechnet nach StdDtR 211. 1913, 251; zur Definition der Begriffe „gelernte“ und „ungelernte Arbeiter“ vgl. StdDtR 202. 1909, 41* ff.

⁶ Der durchschnittliche nicht-landwirtschaftliche Arbeitnehmer verdiente nominell 1890 650, 1900 784 und 1913 1083 Mk. jährlich. In konstantem Geldwert (Basis von 1895) erhielt er 1890 636, 1900 737 und 1913 834 Mk. Nicht einbezogen sind Angestellte mit einem Gehalt von mehr als 3000 Mk. pro Jahr. Nach den Berechnungen von Desai, 112, 125 (dort auch Zahlen für die hier nicht aufgeführten Jahre). Desai korrigiert die älteren Berechnungen von Kuczynski und Bry, nach denen die realen Arbeiterverdienste spätestens seit 1907 stagnierten, z. T. auch fielen. Bry (bes. 329, 353, 356) stützt sich sehr stark auf J. Kuczynski, *Germany, 1800 to the Present Day*, London 1945. Dessen Zahlen finden sich nur leicht revidiert wieder in ders., *Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus 4*, Berlin 1967, 326—60; sowie ähnlich und ohne die inzwischen veröffentlichten, mit seinen Resultaten nicht übereinstimmenden Ergebnissen Desais zur Kenntnis zu nehmen, in: ders., *Klassen u. Klassenkämpfe im imperialistischen Deutschland und in der BRD*, Frankfurt 1972, 262 f. — Die Berechnungen Desais sind zuverlässiger als die von Kuczynski und Bry, weil er sich (4 ff.) auf die systematischeren Angaben der Versicherungsanstalten (statt auf einzelne heterogene Lohn- und Verdienstangaben wie jene) stützt; weil er (108 ff.) mehr Industriezweige einbezieht als Kuczynski und Bry; und vor allem, weil er (1 f.,

117) unter zusätzlicher Einbeziehung von Kleidungs-, Brennstoff- und Beleuchtungskosten einen breiteren Lebenshaltungskostenindex konstruiert als jene, die sich auf die Berechnung der Kosten von Ernährung und Miete beschränken. — Die unrichtige These von den seit der Jahrhundertwende stagnierenden Reallöhnen übernehmen zuletzt ohne hinreichende Abstützung: G. D. Feldman, E. Kolb u. R. Rürup, Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges (1917—1920), PVS 13. 1972, 86; D. Groh, „Je eher, desto besser!“ Innenpolitische Faktoren für die Präventivkriegsbereitschaft des Deutschen Reiches 1913/14, ebd., 518 f.

⁷ Vgl. Erhebung von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reiche. Bearb. im Kaiserl. Statist. Amte. Abt. f. Arbeiterstatistik (= Reichsarbeitsblatt, Sonderh. 2), Berlin 1909, 48*, 56* f.

⁸ Vgl. Kuczynski, Geschichte 4, 385—89, 398 f.; P. Umbreit u. Ch. Lorenz, Der Krieg u. die Arbeitsverhältnisse, Stuttgart 1928, 5—10, 37—40; W. Zimmermann, Die Veränderungen der Einkommens- u. Lebensverhältnisse der deutschen Arbeiter durch den Krieg, in: R. Meerwarth u. a., Die Einwirkung des Krieges auf Bevölkerungsbeziehung, Einkommen u. Lebenshaltung in Deutschland, Stuttgart 1932, 330 f.

⁹ In den 1880er Jahren war dieses Verhältnis anscheinend umgekehrt. Vgl. A. Jeck, Wachstum und Verteilung des Volkseinkommens, Tübingen 1970, 129, 215 ff., 221. — Dagegen bedeutet es für die Klassenanalyse weniger, wenn man (wie Hoffmann, 86 f.; H. Nussbaum, Zur Imperialismustheorie Lenins, in: JbFWG 1970/IV, 56; und zuletzt: Groh, „Je eher, desto besser!“, 519) „Arbeitseinkommen“ und „Kapitaleinkommen“ miteinander vergleicht und feststellt, daß der Anteil des Arbeitseinkommens am Gesamteinkommen vor 1914 stark sank. Dies sagt für eine Klassenanalyse deshalb wenig, weil in der Größe „Arbeitseinkommen“ das geschätzte Arbeitseinkommen der Selbständigen einbegriffen ist, das offenbar sehr wenig wuchs. Vgl. zu dieser Kritik: Jeck, 123 f.

¹⁰ Hinsichtlich der Abnahme des Anteils von Beziehungen niederer Einkommen stimmen überein: K. Helfferich, Deutschlands Volkswohlstand 1888—1913, Berlin 1914⁴, 130 ff.; und R. Wagenführ, Die Industriewirtschaft, Berlin 1933, 10 f.; dieser betont jedoch gegen Helfferich die schnellere Zunahme der höchsten Einkommen. — Auf jeden Fall wird man in der Abnahme des Anteils der Bezieher niederer Einkommen eine fortschreitende, durch die Preissteigerungen nicht aufgezehrte potentielle Erweiterung der Massenkaukraft und des inneren Konsumgütermarktes sehen und der Argumentation Grohs zunächst skeptisch gegenüber stehen müssen, der von einer in den Jahren vor 1914 zunehmenden „Kaufkraftschwäche breiter Schichten“ spricht, diese vor allem mit angeblich stagnierenden Reallöhnen begründet und sie als wichtigen Bedingungsfaktor der „systemimmanenten Aporie“ der Wilhelminischen Gesellschaft vorstellt. Vgl. Groh, 518—21.

¹¹ Durchschnittlich verdiente 1907/09 die Frau des gelernten Arbeiters 3,5%, die des ungelerten Arbeiters 7,7 % des Gesamteinkommens der Familie. Vgl. Erhebung von Wirtschaftsrechnungen, 45*. Zu welchen Unerträglichkeiten die Mitarbeit der Frau in Familien mit mehreren Kindern führte, schilderte plastisch: M. Th. W. Bromme, Lebensgeschichte eines modernen Fabrikarbeiters (1905), Neudruck Frankfurt 1971.

¹² Vgl. J. Kuczynski, Studien zur Geschichte des Kapitalismus, Berlin 1957, 155 ff.

¹³ Im Vergleich zu einer ähnlich weit entwickelten kapitalistischen Gesellschaft, nämlich der zeitgenössischen amerikanischen, tritt diese fundamentale klassengesellschaftliche Struktur Deutschlands klar hervor. Dazu J. Kocka, Angestellte zwischen Faschismus und Demokratie. Zur politischen Sozialgeschichte der Angestellten: USA 1890—1940 im internationalen Vergleich, Göttingen 1977. Die Memoiren von zeitgenössischen Arbeitern und Fabrikhospitanten enthalten viel Material zu dieser Frage. Vgl. Bromme; K. Fischer, Denkwürdigkeiten u. Erinnerungen eines Arbeiters, Leipzig 1903—04; P. Göhre, Drei Monate Fabrikarbeiter u. Handwerksbursche, Leipzig 1891;

Anmerkungen zu Seite 10

M. Wettstein-Adelt, 3½ Monate Fabrik-Arbeiterin, Berlin 1893; vgl. auch die Erhebungen bei A. Levenstein, *Die Arbeiterfrage*, München 1912. Über die äußerst geringen sozialen Aufstiegschancen von Arbeitern vgl. jetzt H. Kaelble, *Sozialer Aufstieg in Deutschland 1850—1914*, VSWG 60, 1973, 41—71.

¹⁴ Vgl. die entsprechenden Artikel in: *Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien u. anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945*, Hg. D. Fricke, 2 Bde, Berlin 1968/70.

¹⁵ Vgl. H.-J. Puhle, *Agrarische Interessenpolitik u. preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893—1914)*, Hannover 1966; Stegmann, *Erben*; K. Wernecke, *Der Wille zur Weltgeltung*, Düsseldorf 1970; H.-U. Wehler, *Krisenherde des Kaiserreichs 1871—1918*, Göttingen 1970; V. R. Berghahn, *Der Tirpitz-Plan*, Düsseldorf 1971. — Zur Mittelstandspolitik auch Winkler, *Mittelstand*, Kap. II; J. Kocka, *Unternehmensverwaltung und Angestelltenschaft*, Stuttgart 1969, 536 ff. — Zur Arbeiterbewegung: G. A. Ritter, *Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Deutschland*, Berlin 1963²; E. Matthias, *Kautsky u. der Kautskyanismus, Marxismusstudien 2*, 1957, 151—97; G. Roth, *The Social Democrats in Imperial Germany*, Totowa 1963; P. Lösche, *Arbeiterbewegung u. Wilhelminismus*, GWU 20, 1969, 519—33; H.-J. Steinberg, *Sozialismus u. deutsche Sozialdemokratie vor dem 1. Weltkrieg*, Hannover 1967; D. Groh, *Negative Integration und revolutionärer Attentismus, Internationale Wissenschaftl. Korrespondenz z. Geschichte d. Dt. Arbeiterbewegung*, 15, 1972, 1—17; ders., *Negative Integration u. revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkriegs (1909—1914)*, Berlin 1973. — Grundsätzlich: M. R. Lepsius: *Parteiensystem u. Sozialstruktur*, in: *Geschichte u. Wirtschaftsgeschichte*, Fs. F. Lütge, Stuttgart 1966, 371—93.

¹⁶ 1913 verfügten die Freien Gewerkschaften über 2,5 Mill., die christlichen über 340 000 und die liberalen Gewerkvereine über knapp 110 000 Mitglieder. 1900 betragen die Zahlen 680 000, 79 000 und 92 000. Nach E. Lederer u. J. Marschak, *Die Klassen auf dem Arbeitsmarkt u. ihre Organisationen*, GdS. 9/II, Tübingen 1927, 140—43. Fünf von sechs organisierten Arbeitern gehörten also vor dem Krieg sozialdemokratischen Organisationen an.

¹⁷ 1884 erhielt die SPD in den Reichstagswahlen 9,7, 1903 31,7 und 1912 34,8 % der abgegebenen Stimmen. Nach G. A. Ritter Hg., *Historisches Lesebuch 2 (1871 bis 1914)*, Frankfurt 1967, 366 f. Zum Überwiegen der proletarischen Wähler: R. Blank, *Die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft Deutschlands*, Archiv 20, 1905, 507 ff. Vgl. als Übersichten mit weiterer Literatur: H. J. Varain, *Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie u. Staat*, Düsseldorf 1956; H. Grebing, *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, München 1966; H. Wachenheim, *Die deutsche Arbeiterbewegung 1844 bis 1914*, Köln 1967.

¹⁸ Zur Geschichte der Arbeitgeberverbände: F. Tänzler, *Die deutschen Arbeitgeberverbände 1904—1929. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeitgeberbewegung*, o. O. 1929, 12—118 (vom Arbeitgeberstandpunkt aus geschrieben); ebenfalls ziemlich unkritisch: R. Leckebusch, *Entstehung und Wandlungen der Zielsetzungen, der Struktur und der Wirkungen von Arbeitgeberverbänden*, Berlin 1966, 15—60; G. Erdmann, *Die deutschen Arbeitgeberverbände im sozialgeschichtlichen Wandel der Zeit*, Neuwied 1966. Zahlen zu Streiks, Aussperrungen und Polizeieinsätzen bei Lederer/Marschak, 177 f., 185.

¹⁹ Ein erster Versuch zur quantitativen Erfassung der Wandlungen einiger kollektiver Proteste im 19. Jahrhundert: R. Tilly, *Popular Disorders in Nineteenth-Century Germany. A Preliminary Survey*, *Journal of Social History* 4, 1970/71, 1—40; R. Tilly/G. Hohorst, *Sozialer Protest in Deutschland im 19. Jahrhundert*, in: K. Jarausch Hg., *Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft*, Düsseldorf 1976, 232—78.

²⁰ Vgl. Umbreit/Lorenz, 33: 1904 wurden 575, 1907 5324, 1913 10 866 abgeschlossene Tarifverträge gezählt; 1913 unterstanden ihnen immerhin 133 702 Betriebe mit 1,282 Mill. Arbeiter.

²¹ Vgl. insbesondere Ritter, Arbeiterbewegung; Varain und nächste Anm.

²² Streikzahlen bei Lederer/Marschak, 177 (Reichsstatistik) und: H. Kaelble u. H. Volkmann, Konjunktur und Streik während des Übergangs zum Organisierten Kapitalismus in Deutschland, Zs. f. Wirtschafts- u. Sozialwissenschaften 92. 1972, 542 (Gewerkschaftsangaben); ebd., 529—41 zur Strukturveränderung der Streikbewegungen unter dem Einfluß zunehmender Organisation (bes. 534 zur absoluten und relativen Zunahme streikloser Bewegungen).

²³ Am Fall Siemens verfolgt bei: Kocka, Unternehmensverwaltung, 335 ff. Hierzu auch K. Saul, Staat, Industrie und Arbeiterbewegung im Kaiserreich. Zur Innen- und Außenpolitik des Wilhelminischen Deutschland 1903—1914, Düsseldorf 1974. — Speziell zur „gelben“ Bewegung zuletzt mit Literaturangaben: H. P. Schäfer, Die „Gelben Gewerkschaften“ am Beispiel des Unterstützungsvereins der Siemens-Werke, Berlin, VSWG 59. 1972, 41—76; K. Mattheier, Die Gelben. Nationale Arbeiter zwischen Wirtschaftsfrieden und Streik, Düsseldorf 1973.

²⁴ Vgl. Umbreit/Lorenz, 10—18 als Zusammenfassung.

²⁵ Vgl. K. E. Born, Staat und Sozialpolitik seit Bismarcks Sturz, Wiesbaden 1957, 242. Dieser Stillstand trat Anfang 1914 besonders klar ins Bewußtsein der Öffentlichkeit. Vgl. F. Fischer, Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914, Düsseldorf 1969, 412.

²⁶ Mit dem Höhepunkt „Kartell der schaffenden Stände“ 1913. Dazu vor allem: Stegmann, Erben, Kap. V—IX, der jedoch die Stabilität des „Kartells“ und seinen tatsächlichen Einfluß auf die öffentliche Meinung und den staatlichen Willensbildungsprozeß zu überschätzen geneigt ist. S. auch H. Kaelble, Industrielle Interessenpolitik in der Wilhelminischen Gesellschaft, Berlin 1967, 3. Kap.; Puhle, 2. Teil, bes. 143—64.

²⁷ Zum BdI und zum Hansa-Bund vgl. H. Nussbaum, Unternehmer gegen Monopole, Berlin 1966; und jetzt die Studien von S. Mielke, Der Hansa-Bund, 1912—1914, Göttingen 1976; u. H.-P. Ullmann, Der Bund der Industriellen, Göttingen 1976.

²⁸ Vgl. als kurze Zusammenfassung der Grundzüge und Spannungen innerhalb des Parteien- und Regierungssystems und der Problematik seiner mangelnden „Synchronisation“ mit der ökonomisch-sozialen Entwicklung im Kaiserreich: G. A. Ritter, Einleitung, ders. Hg., Historisches Lesebuch; H.-U. Wehler, Das Deutsche Kaiserreich 1871—1918, Göttingen 1973. — Die Zuspitzung des inneren Konflikts, die Stärkung der konservativen und reaktionären Kräfte sowie die daraus folgende Bereitschaft zur sozialimperialistischen „Flucht nach außen“ wurden in letzter Zeit stark hervorgehoben. Vgl. bes. F. Fischer, Krieg der Illusionen, 396 ff. Vgl. aber die Kritik an diesem Buch von G. D. Feldman, JMH 43. 1971, 333—36; und vor allem G. Schmidt, Innenpolitische Blockbildungen am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Aus Politik u. Zeitgeschichte, 13. 5. 1972, 3—32 mit einer weitgehend überzeugenden Analyse der innenpolitischen Patt-Situation am Vorabend des Weltkrieges.

²⁹ Zahlen auf der Basis von Zimmermann, Veränderungen, 350 f., der sie aus den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten der verschiedenen deutschen Staaten zusammenstellte. Geringfügige Abweichungen gegenüber der Vorlage ergeben sich durch eine von mir vorgenommene Korrektur in der Addition der von Zimmermann für die einzelnen Industriezweige aufgeführten Zahlen gegenüber seiner eigenen Addition.

³⁰ Diese Tendenz zeigt sich, wenn man die bei Zimmermann, Veränderungen, 372 wiedergegebenen Zahlen für 1916 mitberücksichtigt; genauere Vergleiche sind wegen der veränderten Zählweise unmöglich. Dieses Ergebnis entspräche auch anderen Quelleninformationen, die darauf hindeuten, daß die Anstrengungen für eine ausreichende

Versorgung der kriegswichtigen Industrien mit Arbeitern nach den Materialschlachten vom Sommer 1916, dem „Hindenburgprogramm“ und dem HDG verstärkt wurden.

³¹ 1918 zählten Heer und Marine ca. 8 Mill. Personen. 1910 gab es in Deutschland 16,665 Mill. Männer zwischen 15 und 60 Jahren. Nach L. Grebler u. W. Winkler, *The Cost of the World War to Germany and to Austria-Hungary*, New Haven 1940, 76; F. H. Will, *Das Handwerk als Kriegslieferant*, Hannover 1923, 40.

³² Vgl. Wagenführ, 21.

³³ Mitte 1916 waren 1,19 Mill., Mitte 1917 1,89 Mill. und Mitte 1918 2,42 Mill. Wehrpflichtige für die Arbeit in der Kriegswirtschaft zurückgestellt; davon dürften die allermeisten in Industrie und Bergbau tätig gewesen sein. Vgl. E. v. Wrisberg, *Erinnerungen an die Kriegsjahre im Kgl. Preußischen Kriegsministerium 2* (= Heer und Heimat), Leipzig 1921, 90 f. und 80—126 zu Fragen der Arbeiterbeschaffung überhaupt.

³⁴ Während des Krieges wurden ca. 260 000 polnische Arbeiter „angeworben“; nach offiziellen Angaben befanden sich 1918 ca. 500 000 Arbeiter aus früheren russischen Gebieten in Deutschland; an die 150 000 belgische Arbeiter wurden während des Krieges „angeworben“ und 61 500 weitere zwischen Oktober 1917 und Februar 1917 von Belgien nach Deutschland zwangsweise deportiert. Zahlen nach F. Zunkel, *Die ausländischen Arbeiter in der deutschen Kriegswirtschaftspolitik des 1. Weltkriegs*, Fs. H. Rosenberg, 280—311, bes. 291—98, 310. Vgl. auch Grebler/Winkler, 30 f. u. Wrisberg, 120: 1916 wurden ca. 260 000 Kriegsgefangene in Industrie und Handel beschäftigt, daneben 79 000 einheimische Strafgefangene (von denen die meisten in der Landwirtschaft arbeiteten).

³⁵ Zahlen über Frauen in Fabriken u. a. bei Schwarz, *Weltkrieg*, 163; M.—E. Lüders, *Die Entwicklung der gewerblichen Frauenarbeit im Kriege*, Schmollers Jb. 44. 1920, H. 1, 241—67; H. 2, 253—77, bes. 276 f. — Außerhalb der Industrie lag der Frauenanteil an den Arbeitskräften übrigens noch höher. Nach der Statistik der Krankenkassen waren im Jahre 1914 weibliche Arbeitskräfte an der Gesamtzahl der Versicherten mit etwa einem Drittel, 1918 mit über 50 % beteiligt. Vgl. Wagenführ, 22. Vgl. zum Problem der Frauenarbeit im Krieg weiterhin: Ch. Lorenz, *Die Gewerbliche Frauenarbeit während des Krieges*, in: Umbreit/Lorenz, 307—391; M.-E. Lüders, *Das unbekannte Heer*, Berlin 1935; U. von Gersdorff, *Frauen im Kriegsdienst 1914—1945*, Stuttgart 1969, 9—37 (Quellenauszüge).

³⁶ Gemäß der Einteilung und Berechnung von Bry, 193 f. auf der Basis der Zahlen von Zimmermann, 350. Wir übernehmen Brys Dreiteilung, die von anderen Autoren (etwa R. Wagenführ) leicht abweicht, um weiter unten seine Lohnberechnungen verwenden zu können.

³⁷ Dazu eine Angabe aus Umbreit/Lorenz, 329: Bis Juli 1917 waren im Bereich der preußischen AKs insgesamt 101 178 bis dahin zurückgestellter, bzw. beurlaubter Militärpersonen dem Militärdienst (wieder) zugeführt und im Arbeitsprozeß ersetzt worden durch: 31 244 Hilfsdienstpflichtige; 2878 Jugendliche; 2914 Personen über 60; und 64 143 Frauen.

³⁸ Auf der Basis der in Anm. 30 erwähnten Zahlen.

³⁹ Nach M. Frenzel, *Geschichte der Zentral-Werksverwaltung [Siemens-Schuckertwerke] Berlin und ihrer Vorläufer 1899—1949*. Als Ms. 1953 bearb. (in SAA 68/Li 83), 69. — Die SSW beschäftigten im Juli 1914 27 700 Personen. Bis Oktober 1914 fiel diese Zahl um 30 %. Durch Umstellung auf Rüstungsproduktion und durch Neubauten verschiedener Art stieg die Belegschaft bis Juli auf 33 000 Personen, d. h. ca. 130 % des Vorkriegsstandes. Die männliche Belegschaft blieb allerdings bei 70 % des Vorkriegsstandes stehen. Nach ebd., 61 f.

⁴⁰ Vgl. Jahresberichte der Preußischen Regierungs- und Gewerbeberäte und Bergbehörden für 1914—1918, Berlin 1919, 955 f.

Anmerkungen zu Seite 13—16

⁴¹ Vgl. Dr. R. Zesch (Bearb.), Was ist geschehen zur Ermöglichung der Arbeit von Ungelernten und Frauen?, Berlin im März 1933 (unter Benutzung amtlicher Akten) . . . National Archives Microcopy T 77. Role 343, Nr. 80 665—80 727: Überblick über entsprechende Anstöße, Vorschläge und Maßnahmen (u. a. Betriebsumorganisationen, spezielle Lehrwerkstätten und Anlernpraktiken für Frauen und Spartenfremde in den großen Werken). Den Zugang zu dieser Quelle verdanke ich G. D. Feldman. — Vgl. auch Zimmermann, Veränderungen, 359.

⁴² Nach Bry, 200. — Vgl. auch ebd., 433 die ähnlichen Ergebnisse K. Kreiners aus 479 bayrischen Unternehmen; Zimmermann, 382 (über Schichtverdienste bei Krupp), 398 (Lohnsätze von Bauarbeitern in Berlin, Hamburg und Stettin), 414 f. (Zusammenfassung); Zahlen zur Geldentwertung in Deutschland 1914—1923, Berlin 1925, 40 (Eisenbahner, Buchdrucker und Setzer, Bergleute); vgl. auch Bry, 199, 433—439. — Die Steigerung der Nominallöhne untertreiben Umbreit/Lorenz, 120 f. auf der Basis der Berufsgenossenschaftsstatistik, die offenbar viele Zuschläge nicht berücksichtigte, dafür aber wahrscheinlich Angestellte mit einbezog. — Bei der Lektüre solcher Angaben ist in Rechnung zu stellen, daß wegen der großen Rolle von Zuschlägen und Überstunden Lohnsätze i. d. R. weniger steil stiegen als Lohnverdienste, Stundenverdienste langsamer als Wochen- oder Jahresverdienste.

⁴³ Berechnet von Bry, 207.

⁴⁴ Ungleichheitskoeffizienten ebd., 207; ebd., 111 u. 114 zur Vorkriegs- und Nachkriegszeit.

⁴⁵ Vgl. die Aufstellung der Verdienste Frankfurter und Berliner Metallarbeiter 1918 b. O. Sperlich, Arbeitslohn u. Unternehmergewinn in der Kriegswirtschaft, Hamburg 1938, 15 f.: Die durchschnittlichen Wochenverdienste (Akkord) lagen in Berlin für Einrichter bei 151, für Werkzeugmacher bei 114, für Spengler bei 106, für Dreher bei 99, für Mechaniker bei 95, für Schlosser bei 94, für Schleifer und Fräser bei 94, für Former bei 87, für Hilfsarbeiter bei 70 und für Arbeiterinnen bei 44 Mark. — Die Frankfurter Löhne lagen tiefer. — „Daß es bei den Metallarbeitern einzelne Ausnahmefälle gab — besonders geschickte Leute erzielten bis 15 000 M. und mehr jährliches Einkommen — soll nur nebenbei erwähnt werden“ (ebd., 16). Auf solche Ausnahmefälle beziehen sich auch Bry, 202 und Zimmermann, Veränderungen, 411 f.; ebd., 379 zu regionalen Unterschieden.

⁴⁶ Vgl. Bry, 202—03, 200, 206, 437, 438; von dieser vorherrschenden Tendenz weichen die Kriegsindustrien eher ab als die Friedensindustrien: vgl. ebd., 198, 199, 436. — Einschränkungen auch bei Kuczynski, Geschichte 4, 369—71, dessen umgekehrte Schlußfolgerung in bezug auf Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen (369) auch angesichts seiner eigenen Zahlen (368) nicht überzeugt. — Vgl. auch Zesch, Was ist geschehen . . ., 60, wo von einem „beinahe grotesken Fall“ berichtet und dadurch dessen Ausnahmeharakter gekennzeichnet wird: vom Protest der Maschinensetzer eines Verlagsbetriebs im Juni 1915 gegen das Anlernen von Frauen, der vorübergehend beim Schiedsgericht des „Tarifamts der Buchdrucker“ Erfolg hatte: Dem Verleger wurde diese Ersetzung teurer durch billigere Arbeitskräfte („dilution“) bis Jan. 1917 verboten.

⁴⁷ Vgl. Bry, 203—05. Die Metallindustrie tendierte auch hierbei am ehesten zu Ausnahmen.

⁴⁸ Vgl. insbes. F. Hesse, Die deutsche Wirtschaftslage von 1914 bis 1923. Krieg, Geldblähe und Wechsellagen, Jena 1938.

⁴⁹ Spalten (1) u. (3) nach: Zahlen zur Geldentwertung in Deutschland 1914—23, Berlin 1925, 5; (2) und (4) nach Bry, 440—43, wobei (2) Calwers zeitgenössischen Berechnungen auf der Basis von Grundrationen von Marinematrosen in 200 Städten folgt und (4) aus Angaben des Statist. Reichsamtes (Zahlen zur Geldentwertung, 40) über Nominal- und Reallöhne derselben Arbeitnehmerkategorien berechnet wurden. Zur Diskussion und Berechnung der verschiedenen Indices, unter denen ich die von Bry

Anmerkungen zu Seite 16—20

aufbereiteten Angaben des Statistischen Reichsamts aus den 20er Jahren für die zuverlässigsten halte, vgl. Bry, 208 f.

^{49a} Vgl. P. Quante, Lohnpolitik u. Lohnentwicklung im Kriege, Zeitschrift d. Preussischen Landesamtes 59. 1919, 323—84, bes. 368, wo der Zuwachs in den Ausgaben von vierköpfigen Arbeiterfamilien zwischen 1914 (Durchschnitt) und Okt. 1918 mit 175 % (Berlin), 149 % (Danzig), 159 % (Sachsen) und 144 % (Rheinprovinz) berechnet wurden. Das entspricht einer mittleren Steigerung auf 256 bei 1914 = 100. — Diesen Ziffern von Quante folgt im großen und ganzen auch Zimmermann, Veränderungen, 462 ff.; ebd. 429 ff. zur Kritik an Calwers Zahlen, die auf jeden Fall viel zu niedrig sind.

⁵⁰ So etwa P. Graf Kielmansegg, Deutschland u. der Erste Weltkrieg, Frankfurt 1968, 68 f.

⁵¹ Es sei denn, man meint ihre *relative* ökonomische Verbesserung gegenüber einigen anderen Sozialgruppen, etwa den Angestellten, die noch stärker verarmten. Auf diese bleibt einzugehen.

⁵² Vgl. Bry, 306 ff.

⁵³ Vgl. R. Knauss, Die deutsche, englische u. französische Kriegsfinanzierung, Berlin 1923, 23 ff., 94 ff. u. 174 ff.

⁵⁴ Nach Bry, 211. Bry benutzt den Index des Statist. Reichsamts (vgl. oben die Tabelle S. 17, Sp. 4) und interpoliert die Monatswerte unter Benutzung des monatlichen Calwer-Index. Nominalverdienste auf der Basis der Angaben oben S. 14 f.

⁵⁵ Vgl. G. Briefs, Kriegswirtschaftslehre u. Kriegswirtschaftspolitik, HSt 5, 1923⁴, 989.

⁵⁶ Vgl. A. Skalweit, Die deutsche Kriegsernährungswirtschaft, Stuttgart 1927, 15.

⁵⁷ Nach fachkundigen zeitgenössischen Schätzungen betrug gegen Ende des Kriegs der Schwarzmarktanteil bei Getreide, Mehl und Kartoffeln etwa ein Achtel bis ein Siebentel, bei Milch, Butter und Käse etwa ein Viertel bis ein Drittel, bei Eiern, Fleisch und bei Obst ein Drittel bis die Hälfte der Gesamtzeugung. Vgl. W. Zimmermann, Die gesunkene Kaufkraft des Lohnes und ihre Wiederherstellung, Jena 1919, 5.

⁵⁸ Zu Schwarzmarkt und Hamstern vgl. Schwarz, 156 ff.; Ay, 159 ff. Die zunehmend erschwerte Umsetzbarkeit des Geldes dürfte dazu beigetragen haben, daß in den letzten beiden Kriegsjahren die Sparrücklagen in den Sparkassen merklich zunahmen. Vgl. die Zahlen bei Zimmermann, Veränderungen, 469.

⁵⁹ Vgl. MB, 3. 10. 1916, 4 f.; Sperlich, Arbeitslohn, 23 f.; F.-A. Schilling-Voß, Die Sonderernährung der Rüstungsarbeiter im Rahmen der Kriegswirtschaft 1914/18, Hamburg 1936. — Je später desto mehr beschränkt die Industrieunternehmen selbst den Schwarzmarkt, um mit solchen Lebensmittelverteilungen ihre Anziehungskraft auf die knappen Arbeiter zu erhöhen. Anfang 1918 wurden bei Bayer-Leverkusen 4000 der 12 000 Arbeiter regelmäßig im Werk verköstigt; vgl. MB, 3. 4. 1918, 15. Als seit Januar 1918 Regierungsmaßnahmen gegen den Großschleichhandel (einschließlich der illegalen Versorgung der großen Werke) angekündigt und schließlich als weitgehend wirkungslose Bundesrats-Verordnung verwirklicht wurden, warnten die Industrie-Vertretungen und die AKs vor einem solchen Schritt, weil er zur Versorgungseinschränkung für viele Rüstungsarbeiter und damit zu sozialen Unruhen führen würde. Vgl. MB 3. 2. 1918, 14; 3. 3. 1918, 13 ff.; 3. 4. 1918, 15 ff.

⁶⁰ Vgl. o. Anm. 11.

⁶¹ Vgl. den Überblick über das einschlägige, im Krieg weiter entwickelte Unterstützungswesen bei Umbreit/Lorenz, 67—82; zum Problem des Familienverdienstes: Zimmermann, Veränderungen, 412 f., 444, 468—73.

⁶² Vgl. ebd., 441, 457, 458; 435—44 mit Angaben zu Kriegshaushaltsrechnungen.

⁶³ Vgl. F. Bumm Hg., Deutschlands Gesundheitsverhältnisse unter dem Einfluß des Weltkrieges 1, Stuttgart 1928, 271—88.

⁶⁴ Nach Zimmermann, Die gesunkene Kaufkraft, 6.

⁶⁵ Vgl. Zimmermann, Veränderungen, 357, 474; Kuczynski, Geschichte 4, 332—48, 382; DIEW, Bd. 2, 243 ff.; Bd. 3, 139, 324 f. In Nürnberg fehlten 1918 ca. 15 000 Wohnungen; vgl. Schwarz, 162, Anm. 177.

⁶⁶ Vgl. Bry, 432. Die Zahlen betragen im Juli 1914: 2,9 %; im August: 22,4 %; im September: 15,7 %; im Okt.: 10,9 %; im Nov.: 8,2 %; im Dez.: 7,2 %; im Jan. 1915: 6,5 %; im Feb.: 5,1 % und im März 1915: 3,3 %. Sie beziehen sich auf arbeitslose, bzw. kurzarbeitende sozialdemokratische Gewerkschaftsmitglieder in Relation zur Gesamtmitgliedschaft sozialdemokratischer Gewerkschaften. Mindestens ab 1915 dürften sie etwas zu hoch sein.

⁶⁷ Vgl. Kuczynski, Geschichte 4, 389 ff., 400 ff.; Schwarz, 163: Die tatsächliche Arbeitszeit in den 309 Nürnberger Rüstungsfabriken betrug 1917 für Männer 60, für Frauen 56—57 Stunden pro Woche. — Kurzarbeit blieb aber in einigen Friedensindustrien, so in Teilen der Textilbranche, in größerem Umfang während des ganzen Krieges erhalten. Vgl. Umbreit/Lorenz, 65.

⁶⁸ Vgl. L. Preller, Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart 1949, 9, 34.

⁶⁹ K. Retzlaw, Spartakus, Frankfurt 1971, 72.

⁷⁰ Vgl. generell U. Nef, War and Human Progress, Cambridge, Mass. 1950, 374.

⁷¹ Wagenführ, 22, 23.

⁷² Vgl. Hesse, Wirtschaftslage, 489 f.

⁷³ Vgl. die Angaben bei Wagenführ, 21 f.; Sperlich, Arbeitslohn, 13; zur geringeren Leistungsfähigkeit der Frauen: Umbreit/Lorenz, 340. — Am 11. 4. 1918 berichtete die Direktion des Glühlampenwerkes von S&H an den Aufsichtsrat von S&H über Produktion und Produktivität im Krieg. Danach waren an Lampen hergestellt worden:

	im Geschäftsjahr (in 1000)	durchschnittlich pro Arbeitstag	pro Arbeiterstunde
1913/14	20 444	69 700	3,16
1914/15	13 316	45 300	3,74
1915/16	17 507	58 000	3,62
1916/17	19 310	63 800	3,34
1917/18 (b. März)	14 981	76 700	3,19

1914/15 war eine entschiedene Typisierung der Produktion durchgeführt und die Herstellung ungebräuchlicher Typen beendet worden. Das Werk war fast immer voll beschäftigt gewesen, hatte aber zeitweise an Arbeiter- und Rohstoffknappheit, an Kohlenmangel und Arbeiterunruhen gelitten. Die Kostensteigerungen betragen von Mitte 1914 bis Jan. 1917 beim Material 204 %, bei den Löhnen 73 % und bei den Unkosten insgesamt 122 %. Das Werk verkaufte nicht nach außen, sondern an eine andere Abteilung der Firma für Verrechnungspreise, deren Steigerung hinter den anwachsenden Kosten zurückblieb. Nach Prot. Aufsichtsrat 11. 4. 1918 (S&H).

⁷⁴ Vgl. Grebler/Winkler, 33 ff., 39 f.; Wagenführ, 23; Kuczynski, Geschichte 4, 397 ff.

⁷⁵ Vgl. Wagenführ, 23, 19.

⁷⁶ Zur Rohstoffbewirtschaftung: O. Goebel, Deutsche Rohstoffwirtschaft im Weltkrieg, Stuttgart 1930. Die von W. Rathenau gegründete und bis Mai 1915 geleitete KRA begann 1914 mit der Bewirtschaftung einiger weniger, importabhängiger Nicht-Eisen-Metalle; als Teil des Ka. kontrollierte sie 1917 ca. 300 nichtlandwirtschaftliche Rohstoffe; 485 auf die Rohstoffbewirtschaftung bezogene Verordnungen existierten bereits im Jan. 1917 (ebd., 29, 173); zur Arbeiterpolitik besonders: G. D. Feldman, Army, Industry and Labor in Germany 1914—1918, Princeton, N. J. 1966; zum Gesamtproblem: A. Schröter, Krieg, Staat, Monopol 1914 bis 1918, Berlin 1965; zur Ernährungswirtschaft und Landwirtschaftspolitik: F. Aereboe, Der Einfluß des Krieges

auf die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland, Stuttgart 1927; A. Skalweit. — Zusammenfassend: die entsprechenden Kapitel bei Grebler/Winkler; Kielmansegg; DIEW.

⁷⁷ Vgl. A. Müller, Die Kriegsrohstoffbewirtschaftung im Dienste des deutschen Monopolkapitals, Berlin 1955, 19, 26, 44, 68; A. Schröter, 123 ff.; DIEW 2, 118 ff.; Bd. 3, 466 ff.; K. Helfferich, Der Weltkrieg 2, Karlsruhe 1924, 115 ff.; O. Goebel, 120 ff. Ein weiteres Beispiel berichtet W. Treue, Die Ilseder Hütte u. der Staat in den Jahren 1916—1919, Tradition 3. 1958, 129—140, bes. 133 f. — Staatliche Beteiligungen, die zur Gründung (bes. in der Elektrizitätsversorgung schon vor 1914 bestehender) „gemischt-wirtschaftlicher“ Unternehmen führten, bedeuteten allerdings eine gewisse Einschränkung privater Verfügungsgewalt.

⁷⁸ Sicher leicht übertrieben, aber bezeichnend ist ein Zitat aus DAZ 16. 1917, 1. Beibl. v. 7. 10.: „Es gibt in Deutschland kaum ein industrielles Werk, das nicht wesentliche Vergrößerungen im Laufe des Krieges vorgenommen hat.“

⁷⁹ Zahl bei Goebel, 52.

⁸⁰ Zur Tendenz der Verstärkung des behördlichen Einflusses in der Zusammenarbeit mit den industriellen Selbstverwaltungsorganisationen vgl. Goebel, 22 ff. (zum Leitungswechsel in der KRA von Rathenau zu Oberst Koeth); 112 ff.; W. F. Bruck, Die Kriegsunternehmung. Versuch einer Systematik, Archiv 48. 1920/21, 572 f.; E. Heymann, Die Rechtsformen der militärischen Kriegswirtschaft, Marburg 1921, 31, 140 ff.

⁸¹ Material und sehr verschiedene Deutungen zu diesem Thema enthalten u. a. die Arbeiten von Goebel, Schröter, Heymann, Bruck (Kriegsunternehmung), Grebler/Winkler (bes. 51—54), A. Müller, DIEW. Vgl. auch W. F. Bruck, Geschichte des Kriegsausschusses der Deutschen Baumwoll-Industrie, Berlin 1920; O. Sperlich, Deutsche Kriegstextilwirtschaft, Hamburg 1936; K. Wiedenfeld, Die Organisation der deutschen Kriegsrohstoffbewirtschaftung im Weltkrieg, Hamburg 1936; ders., Zwischen Wirtschaft u. Staat, Berlin 1960. — Vgl. auch unten S. 112 f.

⁸² Vgl. Grebler/Winkler, 39; Bruck, Kriegsunternehmung, 566, 570.

⁸³ Vgl. Grebler/Winkler, 54 f.; W. Hecht, Organisationsformen der deutschen Rohstoffindustrie. Die Kohle, München 1924, 3, 256; Schröter, 134 ff.; Goebel, 115 ff.; R. Liefmann, Kartelle u. Trusts, Berlin 1918², 113 zum Aufgehen des alten Spiritusyndikats in die Reichsbranntweinstelle 1916; andere Beispiele aus dem Nahrungsmittelsektor bei: H. König, Entstehung u. Wirkungsweise von Fachverbänden der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, Berlin 1966, 38—40, 49, 80, 119, 141 f., 196 ff., 255 ff.; weiterhin H. v. Beckerath, Kräfte, Ziele u. Gestaltungen in der deutschen Industriegewirtschaft, Jena 1922, 10. — Zur Vorkriegsentwicklung: E. Maschke, Grundzüge der deutschen Kartellgeschichte bis 1914, Dortmund 1964.

⁸⁴ So schon C. Bresciani-Turroni, The Economics of Inflation (1931), London 1953², 262.

⁸⁵ Vgl. Feldman, Army, 158, 228 ff., 248, 417 ff., 496 ff., 504 f.

⁸⁶ Zu einzelnen Verschleierungsmethoden vgl. R. Fuchs, Die Kriegsgewinne der verschiedenen Wirtschaftszweige in den einzelnen Staaten anhand statistischer Daten dargestellt, Diss. Zürich 1918, 45—61.

⁸⁷ Angaben des Statistischen Reichsamtes, zusammengestellt bei Grebler/Winkler, 106.

⁸⁸ Vgl. die Tabelle ebd., 105, die am Original überprüft, korrigiert und erweitert wurde. Quelle: Frankfurter Zeitung, 12. 10. 1916 bis 3. 2. 1917 in unregelmäßigen Abständen: Artikelserie „Die Industrie im Kriege“. — Zur Auswahl vgl. ebd., 12. 10. 1916, 4: Man wolle „eine gewisse Anzahl von besonders typischen Unternehmen herausgreifen“. „In der Regel werden wir aus jedem Industriezweig etwa 20 Unternehmen untersuchen, die entweder durch ihre Größe oder aus sonstigen Gründen ein allgemeines Interesse verdienen.“ — Die Kategorien lauten genau: Grundkapital; Ab-

schreibungen und Rückstellungen vor Reingewinn: Reingewinn ohne Vortrag; Dividenden, Bonus etc.; Rückstellungen am Gewinn einschl. Vortragserhöhung.

⁸⁸ Vgl. die Tabellen bei Fuchs, 47 ff., 85 ff. — Weitere Beispiele für Kriegsgewinne: A. Günther, Die Folgen des Krieges für Einkommen und Lebenshaltung der mittleren Volksschichten Deutschlands, in: R. Meerwarth u. a., Einwirkungen, 140 f.; W. Richter, Gewerkschaften, Monopolkapital und Staat im Ersten Weltkrieg und in der Novemberrevolution (1914—1919), Berlin 1959, 96 f.; Schröter, 132 f.; Feldman, Army, 63, 469 ff.; H. Jaeger, Unternehmer in der deutschen Politik (1890—1918), Bonn 1967, 229—32. — Die Zahl der Millionäre in Preußen betrug 1914: 91, 1915: 83, 1916: 134 (nach Günther, 469 f.).

⁸⁹ Nach Sperlich, Arbeitslohn, 32 f.; unten zur Differenzierung nach Branchen.

⁹¹ Vgl. Grebler/Winkler, 66.

⁹² Vgl. Grebler/Winkler, 38; Umbreit/Lorenz, 112.

⁹³ Dieses und andere ähnliche Beispiele in der unveröffentlichten Bearbeitung im Heereswaffenamt von 1933: Zesch, 41 ff.

⁹⁴ Der Siemens-Direktor Dihlmann schrieb im Jahresbericht der SSW-Zentral-Werksverwaltung 1916/17: „Zu erwähnen ist an dieser Stelle die ganz neue, von der Feldzeugmeisterei ausgehende Bewegung zur Schaffung einheitlicher Normen für den Maschinenbau, die dadurch ausgelöst wurde, daß die von den verschiedenen Firmen gelieferten Granaten etc. untereinander nicht übereinstimmten, weil sie nach verschiedenen Kalibern gebaut waren. Diese Normalisierungsbestrebungen haben rasch große Ausdehnung gewonnen, und es hat sich dann der VDI [Verein Deutscher Ingenieure] der Sache angenommen, nachdem sich gezeigt hatte, daß das sogen. „Fabo“ (Kgl. Fabrikenbüro in Spandau) allein der Aufgabe nicht gerecht werden konnte, weil die sich ergebenden Aufgaben sich rasch auch auf andere Industrien übergeleitet hatten, und so bemüht sich heute der dem VDI angegliederte „Normenausschuß für die deutsche Industrie“ (NADI), die ganze große Aufgabe einheitlich zu lösen...“ (zit. nach Frenzel, Geschichte der Zentral-Werksverwaltung. SAA 68/Li 83, 69).

⁹⁵ Vgl. W. Groener, Lebenserinnerungen, Göttingen 1957, 354; Briefs, 992, 994, 1013; A. v. Mendelssohn-Bartholdy, The War and German Society, New Haven 1937, 391 f.

⁹⁶ Vgl. Grebler/Winkler, 38, 42—47; M. Schwarte Hg., Der große Krieg 1914 bis 1918, 8, Berlin 1921, 85, 385—86, 393—94; Goebel, 65—69.

⁹⁷ Vgl. Wiedenfeld, Zwischen Wirtschaft, 53 f.; Müller, 35 f., pass. — Müllers Darstellungsweise unterschlägt allerdings allzu gern, daß diese Funktion der Kriegsgesellschaften keineswegs notwendig der Absicht ihrer Gründer und der staatlichen Beamten entsprochen haben muß, wahrscheinlich in der Mehrzahl der Fälle auch nicht entsprach, daß sie eher eine Nebenfolge organisatorischer Veränderungen waren, deren Hauptzweck eine möglichst kriegsrationalere Produktion und Verteilung war.

⁹⁸ Nach Goebel, 98.

⁹⁹ Vgl. G. D. Feldman, German Business Between War and Revolution, Fs. H. Rosenberg, 319; zum Warenumsatzstempel: K. Roesler, Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg, Berlin 1967, 108, 111, 116 f. — Zu einem einflußreichen Beispiel planvoller horizontaler Konzentration in der durch den Krieg mächtig gestärkten Chemie-Industrie vgl. W. Treue, Carl Duisbergs Denkschrift von 1915 zur Gründung der „Kleinen I. G.“, Tradition 8. 1963, 193—228. — Zu Fragen der vertikalen und horizontalen Konzentration in der Eisen- u. Stahlindustrie: G. D. Feldman, Iron and Steel Industry in the German Inflation 1916—1923, Princeton 1977; sowie ders. u. H. Homburg, Industrie u. Inflation. Studien u. Dokumente zur Politik der deutschen Unternehmer 1916—1923, Hamburg 1977.

¹⁰⁰ Vgl. oben S. 21.

¹⁰¹ Errechnet nach Zimmermann, Veränderungen, 350 f. — Bei einem durchschnittlichen Rückgang aller industriellen Arbeitskräfte um 8 % — vgl. oben S. 12 — bedeutete ein Verlust von 5 % (Bergbau) noch einen kleinen Umverteilungsgewinn.

¹⁰² Vgl. Hoffmann, 68 f., 205, dessen Zahlen im Gegensatz zu den hier für den Krieg verwendeten allerdings die in Betrieben mit weniger als 10 Beschäftigten arbeitenden Personen einbegreifen.

^{102a} Vgl. die jährlichen Indexzahlen für Produktions- und Verbrauchsgüterindustrien bei Wagenführ, 58 f.; Welch langfristig wirksamer Verlust an Massenkaukraft eintrat, wird klar, wenn man bedenkt, daß der durchschnittliche Arbeiter-Reallohn in Deutschland erst 1928 wieder den Stand von 1913 erreichte, während er im selben Jahr in den USA um fast ein Drittel über dem Stand von 1913 lag. — Zur großen ökonomischen, sozialen und politischen Bedeutung der Schwerindustrie in der Weimarer Republik vgl. H. Mommsen u. a. Hg., Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974, vor allem die Beiträge von Feldman, Maier, Mommsen, Nocken, Petzina/Abelshäuser und Weisbrod.

¹⁰³ Vgl. Umbreit/Lorenz, 64 f.; Kuczynski, Geschichte 4, 391 f.

¹⁰⁴ Vgl. Grebler/Winkler, 57: In der Baumwollindustrie arbeiteten 1918 nur 70 „Höchstleistungsbetriebe“ von 1700 Baumwollspinnereien und -webereien, die es vor dem Krieg gab; sowohl in der Glas- wie in der Schuhindustrie waren ca. 50 % der Fabriken geschlossen; 1913 gab es 3786, 1917 2192 und 1918 1833 Brauereien. Bereits Ende 1916 hatten von 668 Seifenfabriken nur 100 überlebt. — Vgl. die Ausarbeitung des Oberbürgermeisters i. R. Peppel über die „Durchführung von Zusammenlegungen während des Krieges 1914—1918“ (1937). National Archives Microcopy T 77 Roll 343, 80 728—80 981 als besten Überblick über die Stilllegungsaktionen 1917—18 (jedoch ohne bessere statistische Angaben). Den Zugang zu dieser Quelle verdanke ich G. D. Feldman, Berkeley. — Die Arbeit des von Dez. 1916 bis Nov. 1917 existierenden, durch innere Konflikte geschwächten SAZ scheint auf die Schließungen weniger Einfluß gehabt zu haben als die Material-, Arbeiter- und Auftragsknappheit selbst. Ende 1917 wurden seine Aufgaben vom RWA in stark abgebremsster Form weitergeführt.

¹⁰⁵ Wagenführ, 23.

¹⁰⁶ Zitat nach Goebel, 95. G. arbeitete als wissenschaftlicher Experte im Ka. an den Stilllegungen mit. — Die Machtlosigkeit der Behörden betont Peppel, 42 ff., 60. Die Ka.-Stelle Düsseldorf schrieb an das Ka., „daß ihr Mittel zur Schließung der Betriebe nicht zur Verfügung ständen, ein Weiterarbeiten vielmehr nur durch Sperrung der Kohlen und Entziehung der Arbeitskräfte verhindert werden könnte, wobei jedoch nicht zu vermeiden wäre, daß einzelne Werke doch fortarbeiteten, weil sie sich die Kohle durch Fuhren oder Kraftfahrzeuge direkt von den Zechen verschafften“. — Den Schließungsaktionen fehlte eine eindeutige und hinreichende gesetzliche Grundlage (ebd., 8, 29 f.). Ihrer Schaffung stand die föderalistische Struktur des Reiches, das Mißtrauen der Reichstagsfraktionen und die Uneinigkeit der Verwaltung entgegen.

¹⁰⁷ Ebd., 119; zu den Entschädigungen weiter unten.

¹⁰⁸ Auf die Eigentümer und Selbständigen in Industrie und Handwerk entfielen 1882 36,6 %, 1895 25,7 %, 1907 18,2 und 1925 15,1 % aller in diesem Bereich beschäftigten Personen. Vgl. StdDtR 466. 1937, 194.

¹⁰⁹ Im einzelnen zeigt dies Peppel.

¹¹⁰ Nach Sperlich, Arbeitslohn, 32; 1914 wurden 119, 1915 58, 1916 89, 1917 111 und 1918 168 Aktiengesellschaften neu gegründet.

¹¹¹ Wagenführ (23) zählt sie zur Zwischengruppe, Bry (193) zu den Friedensindustrien.

Anmerkungen zu Seite 32

¹¹² Vgl. Sperlich, 35, der nur die Aktiengesellschaften mit mehr als 100 000 Mark Aktienkapital zur Berechnung heranzieht und die Reingewinne und Dividenden in der Textilindustrie 1913—1917 folgendermaßen wiedergibt (in Millionen Mark):

Jahr	Reingewinn	Dividende
<i>Wollindustrie</i>		
1913	16,1	10,8
1914	22,7	11,0
1915	32,2	14,1
1916	30,7	13,2
1917	37,1	16,2
<i>Baumwollindustrie</i>		
1913	23,6	13,0
1914	20,7	10,5
1915	39,5	15,6
1916	35,8	14,3
1917	35,0	15,5
<i>Bastfaserindustrie</i>		
1913	15,5	9,4
1914	17,2	9,2
1915	23,3	11,3
1916	26,5	11,9
1917	30,9	13,2

¹¹³ Nach behördeninternen Rechnungen, die Peppel (146 f.) wiedergibt, belief sich die im Durchschnitt als Entschädigung gezahlte Summe pro Unternehmen und Jahr

in der Baumwoll-Spinnerei	auf 35 000-Mark
in der Baumwoll-Weberei	auf 24 000 Mark
in der Tuchindustrie	auf 40—50 000 Mark
in der Kammgarn-Spinnerei	auf 200 000 Mark (von 36—700 000 Mark)
in der Dachpappen-Industrie	auf 2 000 Mark
in der Jute-Industrie	auf 90—100 000 Mark
in der Kautschuk-Industrie	auf 120 000 Mark.

1917 und 1918 wurden zusammen ca. eine halbe Milliarde Mark an Entschädigungsleistungen gezahlt. — Zur bewußt entgegenkommenden Preispolitik der Behörden in diesem Zusammenhang: ebd., 134 f. — Allerdings wurden nicht alle eingehenden Betriebe entschädigt, nur jene, die Lieferverbänden und ähnlichen Organisationen vorher beigetreten waren (ebd., 124 f.). — Vgl. ebd., 121: Der Ka. d. Dt. Ind. forderte 1917, den stillgelegten Betrieben sei die leitende Persönlichkeit zwecks sachgemäßer Wartung zu belassen. KRA und Ka. konzedierte dies zumindest für die bedeutenderen stillgelegten Betriebe. Die tatsächliche Praxis ist unklar. — Das IV. AK Magdeburg sprach sich im Juli 1918 über die verbreitete Verärgerung in der Bevölkerung angesichts ständig steigender Verbrauchsgüterpreise und zugleich gegen die generöse Preispolitik gegenüber den teilweise stillgelegten Industrien aus (MB, 3. 8. 1918, 10).

¹¹⁴ So das XVII. AK (Danzig) in MB, 3. 10. 1918, 26.

¹¹⁵ Vgl. Wagenführ, 23, nach dessen Schätzungen die Genußmittelproduktion von 100 (1913) auf 92 (1914), auf 88 (1915), auf 84 (1916), auf 67 (1917) und 63 (1918) abfiel. Die Zahlen für den Gesamtdurchschnitt: 100, 83, 67, 64, 62, 57.

¹¹⁶ Vgl. MB, 3. 9. 1918, 35 (Württembergischer KM); ganz ähnlich das IV. AK (Danzig) in MB, 3. 8. 1918, 10.

¹¹⁷ Vgl. Zimmermann, Veränderungen, 420—25.

¹¹⁸ MB, 3. 8. 1918, 12.

¹¹⁹ So das XVIII. AK (Frankfurt/Main) in MB, 3. 2. 1918, 17 über Zustände im Sommer 1917.

¹²⁰ Zu einem entsprechenden Ergebnis für Nürnberg kommt Schwarz, 188; 187 bis 190 eindrucksvolle Beispiele für das üppige Leben der Reichen im Krieg.

¹²¹ Dazu allgemein: T. R. Gurr, *Why Men Rebel*, Princeton, N. J. 1970, 73 ff., 59: „... the fewer the other satisfactions we have to fall back on, the greater is our discontent“.

¹²² So das IX. AK (Altona) in MB, 15. 4. 1916, 10.

¹²³ So im Allensteiner AK nach MB, 3. 3. 1917, 10 f.

¹²⁴ Benutzt wurden die (zunächst hektographierten, ab Sept. 1916 gedruckten) bis zum Okt. 1916 vom preußischen KM, danach vom Ka. redigierten und an diverse militärische und zivile Behörden (224 im Aug. 1917) versandten, geheimen, monatlichen „Zusammenstellungen aus den Berichten der stellv. Generalkommandos über die Stimmung in der Zivilbevölkerung“, ab Sept. 1916 u. d. T. „Zusammenstellungen der Monats-Berichte der stellvertretenden Generalkommandos“ (MB) für den Zeitraum vom 15. 4. 1916 bis 3. 10. 1918, in denen die jeweils im Vormonat eingegangenen Berichte aus den einzelnen AKs in Auszügen zitiert und sehr knapp zusammengefaßt wurden. Die Zusammenstellungen waren bis zum 8. 9. nach Stellv. Generalkommandos, danach thematisch gegliedert. Lebensmittelfragen standen in ihnen — besonders im ersten Jahr — eindeutig im Vordergrund. Die Auswahl durch KM bzw. Ka. wie auch die Abfassung in den AK selbst war zweifellos sehr stark durch Sichtweise, Anschauung, Interessen und wechselnde politische Zwecke der Verfasser bzw. ihrer Vorgesetzten geprägt und gefärbt. Es wurde versucht, dies soweit wie möglich bei der Verwendung in Rechnung zu stellen, ohne darauf immer eigens zu verweisen. Für den Quellenwert der MB spricht jedoch ihr kontinuierlicher und geheimer Charakter, ihr offensichtliches Bemühen, in der Regel den vorgesetzten Stellen ein realistisches Bild von der Massens Stimmung zu vermitteln sowie die Tatsache, daß sie — etwa im Unterschied zu den meisten Polizeiberichten — nicht nur, ja nicht einmal primär auf behördlich verfolgte Werte, abzustellende Phänomene konzentriert waren. Zu den Stellvertretenden Generalkommandos und den in ihnen tätigen mächtigen Militärbefehlshabern generell: W. Deist Bearb., *Militär u. Innenpolitik*, Düsseldorf 1970, XL ff. (Einleitung); eine Aufzählung der 21 AKs bei E. R. Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789* 4. Stuttgart 1969, 524 f.

¹²⁵ Vgl. MB, 17. 1. 1917, 7 f.; ähnlich: MB, 15. 4. 1916, 1; 22. 5. 1916, 6 f., 8, 9; 14. 6. 1916, 1; 3. 2. 1917, 9; 3. 3. 1917, 19; 3. 9. 1918, 28 f., 35 und immer wieder.

^{125a} Vgl. z. B. MB, 17. 1. 1917, 8 (VII. AK Münster).

¹²⁶ So im Kern die These von J. C. Davies, *Toward a Theory of Revolution*, *American Sociological Review* 27. 1962, 5—19 (dt. in: W. Zapf Hg., *Theorien des sozialen Wandels*, Köln 1970², 399—417).

¹²⁷ Vgl. zum allgemeinen Zusammenhang zwischen Mobilität und Klassenspannung: Coser, *Functions*, 35 ff.; zur Förderung der Mobilität im Krieg allgemein: St. Andreski, *Military Organization and Society*, Berkeley 1968², 134 f. — Vgl. auch zur Verbitterung über aufsteigende Kriegsgewinnler den Bericht des Berliner Polizeipräsidenten v. 29. 10. 1918, teilw. zit. b. Kuczynski, *Geschichte* 4, 355 ff.; Mendelssohn-Bartholdy, 28. — W. Schmidt, *Das deutsche Handwerk im Weltkrieg*. Diss. (staatswiss.) Erlangen 1927, Essen 1929, 56 f. berichtet von schnellen Aufstiegen kleiner Handwerker, die von Rüstungslieferungen profitieren.

¹²⁸ Zu dessen Ursprüngen, Aspekten und Funktionen vgl. O. Baumgarten, *Der sittliche Zustand des deutschen Volkes unter dem Einfluß des Krieges*, in: ders. u. a., *Geistige und sittliche Wirkungen des Krieges in Deutschland*, Stuttgart 1927, 18, 44, pass.; H. Lübke, *Politische Philosophie in Deutschland*, Stuttgart 1963, 191 ff.;

Anmerkungen zu Seite 35—37

K. Schwabe, Wissenschaft und Kriegsmoral, Göttingen 1969, 34—44; zu seiner Vorbereitung durch die Presse: K. Koszyk, Pressepolitik im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1968, 84 ff.

¹²⁹ Er implizierte nicht nur den Verzicht auf alle Formen des Klassenkampfes durch Unternehmer und Arbeiter, sondern bewirkte etwa auch die temporäre Reduktion des Antisemitismus (ebd., 115 u. W. E. Mosse Hg., Deutsches Judentum in Krieg u. Revolution 1916—1923, Tübingen 1971, 411, 417, 513 f.), die Beendigung von Auseinandersetzungen zwischen Angestelltenverbänden (Archiv 41. 1916, 591 f.); er stand wahrscheinlich auch im Zusammenhang mit dem Niedergang der Verbrechensrate. Vgl. M. Liepmann, Krieg u. Kriminalität in Deutschland, Stuttgart 1930, 134, 156.

¹³⁰ Vgl. unter den zahlreichen Schilderungen des August-Erlebnisses: K. A. v. Müller, Mars u. Venus. Erinnerungen 1914—1919, Stuttgart 1954, 12 ff.; E. David, Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten...; S. Müller Bearb., Düsseldorf 1966, 12 ff., 48 f.; Ph. Scheidemann, Memoiren eines Sozialdemokraten 1, Dresden 1928, 259 f., 300, 307 f., 353.

¹³¹ Vgl. die Zusammenfassung bei Grebing, 139—47, wonach die Entscheidung vom 4. August als Fortsetzung begrenzter nationaler Integration der Arbeiterbewegung vor 1914 erkennbar wird. — Vgl. auch die rückschauende Beurteilung der SPD-Politik im August 1914 durch ein Mitglied des Spartakus: Retzlaw, 32.

¹³² Vgl. Schwabe, Wissenschaft, 41.

¹³³ So interpretierte die DAZ 13. 1914, am 9. August („Gefallen sind die Schranken“) den Burgfrieden. Entsprechend ebd. 15. 1916, am 6. Feb.: Der Leitartikel erhofft vom Krieg, daß er zu einer Milderung der Klassengegensätze, daß er zu einer Vertiefung des Gefühls allgemeiner Solidarität, daß er zu einer Vermehrung des gegenseitigen Verständnisses führen werde, während alle praktischen Schritte, die das vielleicht hätten bewerkstelligen können, abgelehnt werden. Vgl. auch den Artikel „Zukunftsmusik“, Bund der Landwirte. Kgr. Bayern 16 (1914) am 27. 9.

¹³⁴ Vgl. Koszyk, 146 zu einer Äußerung der OHL am 26. 11. 16.

¹³⁵ Vgl. etwa MB, 15. 4. 1916, 18: Das Stellv. Generalkommando in Kassel berichtete, daß es über die öffentliche Meinung und die Massenstimmung nur schwer ein Urteil gewinnen könne, da die Zensur die öffentlichen Meinungsäußerungen stark beeinflüsse und Versammlungen um des Burgfriedens willen verboten seien.

¹³⁶ Vgl. auch K. Graf v. Westarp. Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches 2, Berlin 1935, 23 ff., der jedes Streben nach „Neuorientierung“ als einen Verstoß gegen den Burgfrieden verstand. Vgl. zur Zensur: Deist, Militär, Kap. II (Quellen) und Einleitung XXXI ff., II ff.; Scheidemann, Memoiren 1, 321, 326, 352, zur verbitternden Wirkung von Belagerungszustand und Zensur in der SPD.

¹³⁷ Vgl. Baumgarten, 10 f. — Am 3. 9. 1918 gab das Oberkommando in den Marken eine Verordnung heraus, die die Verbreitung von Gerüchten verbot. Vgl. Deist, Militär, 1259 ff.

¹³⁸ Vgl. Baumgarten, Der sittliche Zustand, 10 f. Vgl. Helfferich 2, 156: Die bürgerlichen Parteien versuchten die Einbringung neuer, u. a. auch Kriegsgewinne belastender Steuern unter Berufung auf die Notwendigkeit des Burgfriedens zu verhindern. Zu der entsprechenden Verwendung des Burgfriedensbegriffes durch die Vaterlandspartei: K. Wortmann, Geschichte der Deutschen Vaterlandspartei 1917—1918, Halle 1926, 41, 70; vgl. auch Herzfeld, Weltkrieg, 148 f.

¹³⁹ Vgl. Dahrendorf, Class, 223—31.

¹⁴⁰ In diesem Sinne ist C. Haußmanns Bemerkung, „im Krieg sei ein demokratisches Geschlecht gewachsen“, zu verstehen (Schlaglichter, Frankfurt/M. 1924, 154).

¹⁴¹ MB, 3. 7. 1917, 17 f.

¹⁴² Groener, 360. Er fuhr fort: „Dieser Welle sich entgegenzuwerfen sei aussichts- und nutzlos, aber man müsse auf den Wellen richtig steuern.“ Ganz ähnlich Groener

am 22. 7. 1917, zit. bei Deist, Militär, 991 (mit der Aufforderung zum Aufbau von Dämmen gegen diese Flut); ein ähnliches Bild bei Oberstleutnant Bauer im April 1918, ebd., 1215.

¹⁴³ Kriegstagebuch, 22 (11. 8.).

¹⁴⁴ Friedrich Meinecke, Die deutschen Erhebungen von 1813, 1848, 1870 u. 1914, in: ders., Die deutsche Erhebung von 1914, Stuttgart 1914, 29.

¹⁴⁵ SPD- und Gewerkschaftsführer in ihrem Doppelspiel zwischen Regierung und Massen spitzten in Gesprächen mit Bürokratie und Militär das Argument zum Zweck der Erhaltung und Vergrößerung ihrer eigenen Macht zu. Als Beispiel: Cohen (Reuß) zu Wahnschaffe, am 2. Okt. 1914 (Prot., z. T. zit. bei Kuczynski, Geschichte 4, 246 f.).

¹⁴⁶ Kriegstagebuch, 30, 33 (1. u. 3. 9. 1914); 104 (8. 2. 1915) notierte er befriedigt, daß er den ersten sozialdemokratischen Leutnant in einer Versammlung von Genossen gesehen habe; er fuhr fort: „Was der Weltkrieg nicht [alles] fertiggebracht hat!“

¹⁴⁷ Wiedergabe seines Artikels „Zeit zur Tat“ aus dem „Vorwärts“ vom 19. 3. 1917 bei Ph. Scheidemann, Der Zusammenbruch, Berlin 1921, 41.

¹⁴⁸ Vgl. Ledebours Forderung nach dem Wahlrecht für Frauen im Zusammenhang des Hinweises auf die Leistungen und Opfer der Proletarierinnen im Krieg. Prot. ü. d. Verhandlungen des Gründungs-Parteitags der USPD vom 6. bis 8. April 1917 in Gotha. E. Eichhorn Hg., Berlin 1921, 80. Allerdings war dieses Argument letztlich zu revisionistisch, um in der radikalen Rhetorik der USPD zentral zu sein.

¹⁴⁹ Vgl. M. Weber, Wahlrecht u. Demokratie in Deutschland (1917), in: ders., Gesammelte Politische Schriften, Tübingen 1958² (1971³), 233—79, bes. 235; F. Meinecke, Straßburg, Freiburg, Berlin 1901—1919. Erinnerungen, Stuttgart 1949, 220, 223 f., 246 f.

¹⁵⁰ Vgl. L. Stern Hg., Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Deutschland, Berlin 1959, 594 f.; ebd. 571 f. eine entsprechende Stellungnahme des Staatssekretärs Delbrück; K. Riezler, Tagebücher, Aufsätze, Dokumente, K. D. Erdmann Hg., Göttingen 1972, 64 (Einleitung Erdmanns) zur ähnlichen Haltung des Kanzlerberaters Riezler; vgl. auch Westarp, 274 zur Verwendung dieses Argumentationsmusters durch Ebert im April 1916 und durch Bethmann im Juli 1917.

¹⁵¹ Vgl. z. B. die falsche Lageeinschätzung durch Oberstleutnant Bauer am 25. 3. 1918 bei Deist, Militär, 1208: Er hielt die sozialdemokratischen Abgeordneten für radikaler und fanatischer als „unsere deutsche Arbeiterschaft, [die] in ihrer Masse national denkt und einen Streik größeren Stils nicht mitmachen würde“.

¹⁵² Vgl. z. B. den Leitartikel der DAZ 13. 1914, vom 25. 10.: Andere, z. B. der „Vorwärts“ hätten den „angeblichen Zusammenhang zwischen Krieg und Wahlrecht oder, genauer gesagt, zwischen allgemeiner Wehrpflicht und allgemeinem Wahlrecht“ hervorgehoben. Dies wird abgewehrt. „Denn die Zeit ist eisern, nicht um Rechte geht es, sondern nur um Pflichten.“

¹⁵³ Vgl. Westarp, 232 f. mit Kritik an der umgekehrten Folgerung Bethmanns.

¹⁵⁴ Vgl. etwa Hugenberg vor dem Ka. d. Dt. Ind. im November 1917, die Denkschrift Kapps vom Mai 1916, die Auslassungen des Alldeutschen Hopfen im Jan. 1916 und die Bemerkungen aus dem preußischen KM im März 1916 bei Stegmann, Erben, 455, 487, 490 f., 503. — Vgl. auch die Beobachtung des SPD-Abgeordneten Heine am 1. 5. 1917: „Die Konservativen selbst wissen auch, daß Annexionen unmöglich sind. Sie schüren nur noch aus innerpolitischen Gründen.“ (Nach E. Matthias u. E. Pikart Bearb., Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918 2, Düsseldorf 1966, 255; vgl. auch Feldman, Army, 135 f., 429 ff.)

^{154a} Vgl. Retzlaw, 56 f.; K. Liebknecht, Politische Aufzeichnungen aus seinem Nachlaß, Berlin 1921, 10; vgl. weiterhin R. Luxemburg in Spartacus Nr. 5 vom Mai 1917, Spartakusbriefe. Inst. f. Marxismus-Leninismus b. ZK d. SED Hg., Berlin 1958, 347 ff. („Zwei Osterbotschaften“); „Eine tragische Posse“ in Spartacus Nr. 6

vom Aug. 1917, ebd., 367—75; „Zur Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung“ in Spartacus Nr. 9 vom Juni 1918, ebd., 435.

¹⁶⁵ Zur Ernennung von Jules Guesde als Minister ohne Portefeuille in der Regierung Viviani: Schulthess' Europ. Geschichtskalender NF. 30, 1914, 687; zum Beamtenbesuch in Berliner Gewerkschaftshäusern, der von Südekum angeregt worden war: David, Kriegstagebuch, 67. Vgl. T. Cassau, Die Gewerkschaftsbewegung, Halberstadt 1925*, 40 f., 44; Die deutschen Gewerkschaften erhielten bei Kriegsausbruch „kaum das Maß an Beachtung, Anerkennung und Mitwirkungsmöglichkeiten, das für die Gewerkschaften in England bereits lange vor dem Kriege selbstverständlich war“.

¹⁶⁶ Vgl. die Denkschrift (Auszüge) des Direktors des Werftdepartements des Reichsmarineamtes, Vizeadmiral Kraft, über die bereits durchgeführte „Neuorientierung der Arbeiterpolitik“ im Februar 1917 bei Deist, Militär, 557—63; sowie den Bericht des ehem. „Vorwärts“-Redakteurs Umbreit in Umbreit/Lorenz, 145—92; Varain, 73—79.

¹⁶⁷ Vgl. dazu und zu den Grenzen dieses Prozesses: Feldman, German Business, 322 ff.; zu dem später als Modell wirkenden paritätischen „Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins“: ders., Army, 76 ff. — Die fortbestehenden Tarifverträge wirkten sich angesichts der Kriegsteuerung übrigens häufig zuungunsten der Arbeitnehmer aus, die durch sie an häufigeren Lohnbewegungen gehindert wurden. Vgl. Preller, 15.

¹⁶⁸ Vgl. unten S. 61 f., 136 f.

¹⁶⁹ Vgl. Huber, Verfassungsgeschichte 4, 1141 (zum § 153); Preller, 24, 50; Feldman, Army, 473 ff.

¹⁷⁰ Vgl. dazu die Kritik von rechts bei Westarp, 222—27, die klar erkennen läßt, wie sehr die Konservativen dieses Vorgehen der Regierung als eigene Niederlage und Sieg der Gewerkschaften empfanden; Dokumente und Materialien zur Geschichte d. dt. Arbeiterbewegung. Inst. f. Marxismus-Leninismus beim ZK d. SED Hg., Reihe II. Bd. 1, Berlin 1958, 258 f.; Feldman, Army, 121 f.

¹⁷¹ Die beste Behandlung der Sozialpolitik im Krieg bei Preller, 34—85.

¹⁷² Zur Kriegssteuerpolitik: Roesler; Sperlich, Arbeitslohn, 38 ff.; zur Reaktion in der Bevölkerung weiter unten.

¹⁷³ Dazu genauer unten S. 108 ff.

¹⁷⁴ Vgl. L. Bergsträsser, Die preußische Wahlrechtsfrage im Kriege und die Entsetzung der Osterbotschaft 1917, Tübingen 1924; R. Patemann, Der Kampf um die preußische Wahlrechtsreform im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1964.

¹⁷⁵ Vgl. z. B. Ay, 131 ff. Aus Elbing berichtete das XX. AK im März 1917, daß versucht worden sei, Versammlungen, die für die Zeichnung der 6. Kriegsleihe warben, zu sprengen. Vgl. MB, 3. 4. 1917, 6. Es fährt fort: „Es treten mithin immer deutlichere Anzeichen dafür auf, daß der Einfluß der besonnenen Arbeiterführer auf die breite Masse, wie diese auch selbst erklären, im Schwinden begriffen ist...“

¹⁷⁶ Vgl. den Polizeibericht vom 15. 9. 1914 bei Kuczynski, Geschichte 4, 249 zu den Wirkungen des „Kriegsstoßes“ auf Arbeiter und Mittelstand.

¹⁷⁷ Vgl. Mendelsohn-Bartholdy, 32; Schwarz, 156; zur Allgemeinheit dieser Betonung von wirtschaftlichen Momenten in kollektiven Unzufriedenheiten und Protesten im 20. Jahrhundert: Gurr, 66 ff.

¹⁷⁸ Vgl. etwa MB, 23. 8. 1916, 2; 3. 9. 1917, 3. Dies galt nicht mehr für den Herbst 1918; vgl. MB, 3. 10. 1918, 3 f.

¹⁷⁹ Diese soziale Zusammensetzung wird ganz deutlich bei entsprechenden Unruhen im Frühjahr 1917 in Mainz und Wiesbaden; vgl. MB, 3. 5. 1917, 13; s. auch Schwarz, 167 zur relativen ökonomischen Zufriedenheit der Nürnberger Rüstungsarbeiter; Kuczynski, Geschichte 4, 252 ff.; Deist, Militär, 248 f., 294 ff., 387, 402 f., 405, 420, 425.

¹⁸⁰ Vgl. Preller, 43 f.; Kuczynski, Geschichte 4, 378 ff.; Deist, Militär, 695.

Anmerkungen zu Seite 41—43

¹⁷¹ Dazu am besten: Skälweit; Zusammenfassung bei Kielmansegg, 177—82.

¹⁷² Vgl. Matthias/Pikart, SPD-Reichstagsfraktion, 160 f. (14. 3. 1916).

¹⁷³ Vgl. ebd., 197 f.; MB, 14. 6. 1916, 14.

¹⁷⁴ Vgl. Retzlaw, 55 f., 60; MB, 3. 3. 1917, 7, 9; 3. 4. 1917, 7, 12, pass.: die Dominanz ökonomischer Motive in der wachsenden Unzufriedenheit der Arbeiterschaft wird durchweg betont, die „Volksstimmung“ habe „in wirtschaftlicher Beziehung die stärkste Belastungsprobe aushalten müssen, die ihr seit Ausbruch des Krieges zugemutet worden ist“ (so das Stellv. Generalkommando in Straßburg über den Februar 1917); MB, 3. 5. 1917, 9—17 und Deist, Militär, 724—35 über die Streikbewegung und ihre Motive und Ursachen. Vgl. auch das Flugblatt — eines von vielen —, das am 15. 4. an der Einfriedung einer Schachanlage in Buer gefunden wurde (MB, 3. 5. 1917, 11): „Kameraden! I. Rote Verbands-Kameraden! Ich bescheinige Euch mit diesem Brief, daß Ihr Morgen nicht anfahrt; laßt die verdammten Dickbälge uns mehr Brot geben, also tut streiken. — II. Kameraden! Also tut nicht arbeiten, wenn wir kein 1½ Pfund Brot kriegen. — III. Weiter tut nicht arbeiten, wenn wir keine 15 M pro Schicht kriegen. — Fangt Samstag an zu streiken; bei Steckrüben können wir nicht arbeiten. Alle in der Kaut bleiben und nicht arbeiten. Jugendliche Arbeiter auch nicht arbeiten.“

¹⁷⁵ MB, 3. 8. 1917, 5.

¹⁷⁶ MB, 3. 2. 1918, 13; die Ernährungslage sei dagegen allgemein befriedigend; weniger pointiert aber ähnlich äußern sich zu dieser Zeit andere AKs. — Im Sept. 1918 meinte Friedrich Ebert, „daß unser Volk geradezu verlumpt ist in Kleidung“. Vgl. E. Matthias u. R. Morsey, Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18, Düsseldorf 1959, T. II, 522.

¹⁷⁷ Dies meldeten die Stellvertretenden Generalkommandos (so ganz ausdrücklich das Frankfurter, in MB, 3. 2. 1918, 4), die ansonsten, wie andere konservative Beobachter, eher dazu neigten, vielschichtige Unzufriedenheiten der Massen auf unmittelbar ökonomisch bedingte zu verkürzen. — Vgl. auch Deist, Militär, 1157 ff.; Kuczynski, Geschichte 4, 284 ff.

¹⁷⁸ Noch die MB vom 3. 6. 1918 sahen keine Ernährungsprobleme, auch nicht für die nächste Zukunft; dies ändert sich sehr deutlich in MB, 3. 7. 1918, z. B. 3, 4: vor allem fehlen Brot, Kartoffeln und Früchte. — Die MB, 3. 9. 1918 (bes. 18—26, 31 ff.) und 3. 10. 1918 (14 ff.) melden keine weitere Verschlechterung auf diesem Gebiet, betonen aber den Mangel an Kleidung und Wohnung sowie den Beginn des erneuten Kohlemangels.

¹⁷⁹ Die Hochstimmung erfasse nur die bürgerlichen, nicht die werktätigen Schichten, schrieb H. Delbrück 1916 (nach Schwabe, Wissenschaft, 129). Auf 18 Monate schätzt Baumgarten die Dauer der Gemeinsamkeit und Kriegsbereitschaft, die das Erlebnis des August hervorgebracht hatte (44 f.). — Auch in München fand die erste größere oppositionelle Flugblattaktion Weihnachten 1915 statt (Ay, 50). — Das AK Altona berichtete im März 1916 eine allgemein gute Stimmung, nur in „den armen Volksschichten“ machten sich „Kleinmut und Kriegsmüdigkeit bemerkbar“.

¹⁸⁰ Vgl. Retzlaw, 36 f.; Kuczynski, Geschichte 4, 260, 263 f.

¹⁸¹ MB, 3. 10. 1916, 3.

¹⁸² MB, 17. 1. 1917, 4, 5.

¹⁸³ MB, 3. 6. 1917, 22.

¹⁸⁴ Diese Beobachtung zieht sich durch die MB hindurch. Vgl. z. B. 3. 10. 1916, 5; 3. 11. 1917, 24; 3. 9. 1918, 5; Retzlaw, 59.

¹⁸⁵ Vgl. MB 3. 3. 1917, 3 ff.; 3. 11. 1917, 42; 3. 4. 1918, 3: „Ein Aufatmen ging durch das ganze deutsche Land, als kurz vor Ostern der gewaltige Angriff im Westen seinen Anfang nahm...“ — Mit den Erfolgen dieser Offensive hörte aber auch ihre mitreißende Wirkung auf: vgl. MB, 3. 7. 1918, 3 ff. — Daß gemäßigt-annexionistische Zielsetzungen führenden Vertretern der SPD nicht völlig fremd waren, ist bekannt.

Vgl. P. Lensch, *Der Arbeiter u. die deutschen Kolonien*, Berlin 1917; A. Ascher, „Radical Imperialists within German Social Democracy, 1912—1918, *Political Science Quarterly* 76. 1961, 555—75; Varain, 98, 100 f.; Grebing, 147 f. — Doch auch Arbeiter an der Basis waren gegenüber solchen Tendenzen keineswegs gefeit. Vgl. MB, 3. 6. 1917, 26: Das AK Münster berichtete über eine Versammlung des Christlichen Metallarbeiterverbandes am 13. Mai 1917 in Düsseldorf, die sich gegen einen Scheidemann- und für einen Hindenburgfrieden ausgesprochen hatte; Stegmann, *Zwischen Repression*, 381—84 über die allerdings begrenzten Erfolge des „Freien Ausschusses für einen Deutschen Arbeiterfrieden“ (angeblich 65 000 Mitglieder 1917, 290 000 im Jan. 1918); zur geringen Massenbasis der DAAP ebd., 392 ff., 401.

¹⁸⁶ Damit bezog er sich auch auf vorher geschilderte andere Agitationsschwierigkeiten.

¹⁸⁷ Retzlaw, 65. Nicht zutreffend die Meinung von L. Ay, wonach Stimmungseinflüsse und -verschiebungen aufgrund des Kriegsverlaufs kaum nachweisbar seien (Volksstimmung u. Volksmeinung als Voraussetzung der Münchener Revolution von 1918, in: K. Bosl Hg., *Bayern im Umbruch*, München 1969, 345—86, bes. 379.)

¹⁸⁸ So die zusammenfassende Bestandsaufnahme des Ka. in MB, 3. 7. 1918, 3 unter Hinweis auf die angeblich entmutigende Kühlmann-Rede vom 23. 6. 1918.

¹⁸⁹ Vgl. E. Kolb, *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918/1919*, Düsseldorf 1962, 15 ff. mit weiteren Belegen und einer kurzen Schilderung der militärischen und politischen Ereignisse im Sept. und Okt. — Von Ende August stammt der Bericht des Stettiner AK (MB, 3. 9. 1918, 8), der mitteilt, daß die Stimmung seit 6 bis 8 Wochen erheblich zurückgegangen sei; bestätigend: ebd., 3.

¹⁹⁰ MB, 3. 10. 1918, 9.

¹⁹¹ In der gemeinsamen Sitzung der SPD-Fraktion im Reichstag und des Partei-Ausschusses am 23. 9. 1918, nach: Matthias/Pikart, *SPD-Reichstagsfraktion* 2, 433 f.

¹⁹² So MB, 3. 9. 1918, 4, 5; 3. 10. 1918, 3 f., 9.

¹⁹³ Dies wird häufig, so bei Kolb (*Arbeiterräte*, 15—24) nicht genug gesehen und deshalb die Verbindung zwischen Hungerprotesten und Friedensbewegung einerseits und der Revolution andererseits unzureichend interpretiert.

¹⁹⁴ Vgl. MB, 14. 6. 1916, 9, 16, 25, 26, 31 ff.

¹⁹⁵ Vgl. MB, 3. 6. 1918, 13 (AK Hannover): „Zu ständiger Mißstimmung geben die in den Zeitungen erscheinenden Nachrichten von den Dividendenausschüttungen der großen Unternehmungen, insbesondere der Rüstungsbetriebe, Anlaß.“ Ähnlich MB, 3. 8. 1918, 9, 12; 3. 9. 1918, 3; 3. 10. 1918, 25 f. zum Haß auf Zwischengewinne der Handelskreise.

¹⁹⁶ Die MB behandelten dieses Thema immer wieder als zentrale Bedrohung der Massenstimmung. Vgl. z. B. MB, 3. 3. 1917, 16 (AK Allenstein): „Der Umfang, in dem bei den derzeitigen Zuständen den einzelnen auf unerlaubten Wegen eine bessere Versorgung mit Lebensmitteln möglich ist, hat in der Bevölkerung zu einer größeren Erregung auf wirtschaftlichem Gebiet geführt, als die Knappheit an Lebensmitteln selbst.“ Vgl. auch Schwarz, 158 f.

¹⁹⁷ So das AK Koblenz in MB, 3. 10. 1918, 28.

¹⁹⁸ Vgl. oben Anm. 59.

¹⁹⁹ Vgl. oben Anm. 57.

²⁰⁰ Vgl. MB, 3. 10. 1918, 26 f. (AK Danzig), 18 (AK Karlsruhe).

^{200a} MB, 3. 4. 1917, 9—10.

²⁰¹ MB, 3. 8. 1918, 10.

²⁰² Retzlaw, 51. — Zu den Gerüchten im Krieg auch: Ay, 178 ff.; S. Freud, *Zeitgemäßes über Krieg u. Tod* (1915), in: ders., *Das Unbewußte. Schriften zur Psychoanalyse*, Frankfurt 1960, 187—213, 192; u. o. Anm. 137.

²⁰³ Vgl. Baumgarten, 46.

²⁰⁴ So MB, 3. 8. 1917, 11 (AK Karlsruhe über Stimmungen in der ländlichen Bevölkerung, die sich auch gegen die großen Gehälter und Löhne in der Kriegsindustrie richtete).

²⁰⁵ So das Stettiner AK im Okt. 1917 (MB, 3. 11. 1917, 20). — Vgl. oben zum Eindringen dieser Ideen in die sozialdemokratische Arbeiterschaft gegen Ende des Krieges. Zum Spartakus: Spartakus-Briefe, z. B. 13 ff. (K. Liebknecht zu den Thesen des rechten Sozialdemokraten E. David am 16. Aug. 1916); DIEW 2, 413 ff.

²⁰⁶ Zu den sehr engen Grenzen des Spartakus-Einflusses selbst in der Berliner Arbeiterschaft vgl. jetzt die äußerst wertvolle Autobiographie von Retzlaw, bes. 45, 58, 64 f., 99; vgl. auch Kolb, Arbeiterräte, 46—55, bes. 49.

²⁰⁷ Nach Ay, Entstehung, 50, 54 und Baumgarten, 83; vgl. auch Schwarz, 190.

²⁰⁸ Retzlaw, 51; „Lösung“ statt „Losung“ in der Vorlage kann nur ein Druckfehler sein und wird hier korrigiert.

²⁰⁹ Vgl. oben Anm. 185; weiter Stegmann, Erben, 465 zur Teilnahme von „gelben“ Arbeiterorganisationen am annexionistischen „Unabhängigen Ausschuß für einen Deutschen Frieden“; ebd., 509 f., bes. Anm. 407 u. 410. Am 1. 9. 1918 hatte die Vaterlandspartei 800 000 Einzelmitglieder und kam mit den angeschlossenen Verbänden auf über eine Million Mitglieder, die in 2536 Ortsgruppen organisiert waren. — Zur Kriegszieldiskussion: F. Fischer, Griff nach der Weltmacht, Düsseldorf 1964³; W. J. Mommsen, Die Regierung Bethmann Hollweg und die öffentliche Meinung 1914 bis 1917, VfZ 17. 1969, 117 ff.

²¹⁰ Vgl. Stegmann, Erben, 510; und Stresemann am 15. 10. 1917 über die Finanzierung der demokratisch-pazifistischen Richtung durch linksliberale Bankkreise: D. Grosser, Vom monarchischen Konstitutionalismus zur parlamentarischen Demokratie, Den Haag 1970, 200, Anm. 332.

²¹¹ Die Verbände sind aufgezählt bei Stegmann, 506 ff.: u. a. gehörten dazu der BdI, der CVDI, der Reichsdeutsche Mittelstands-Verband, der BdL, der Alldeutsche Verband, der „Freie Ausschuß für einen Deutschen Arbeiterfrieden“ und der „Hauptausschuß nationaler Arbeiter- und Berufsverbände“.

²¹² Der Ausschuß des deutschen (christlich-nationalen) Arbeiterkongresses, die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, die Interessengemeinschaft deutscher Reichs- und Staatsbeamtenverbände, die Soziale Arbeitsgemeinschaft der unteren Beamten im Reichs-, Staats- und Kommunaldienst, der Verband der deutschen Gewerkvereine (H.-D.), der Verband deutscher Handlungsgehilfen und der Verein der deutschen Kaufleute. Nach: Um Freiheit und Vaterland. Erste Veröffentlichung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland, Gotha 1918, 45; vgl. auch Varain, 102; Stegmann, Erben, 510 f.; ders., Zwischen Repression, 389.

²¹³ Vgl. Stegmann, Erben, 496 ff.; „Um Freiheit und Vaterland“, 44 f.; vgl. auch Meinecke, Straßburg, 235. — Daß die Frontstellung zwischen Annexionisten und Nicht-Annexionisten nicht ganz identisch war mit der Front zwischen Gegnern und Befürwortern innerer Reformen, daß es auch „liberale Imperialisten“ gab (G. Stresemann z. B.), die ihre außenpolitischen Annexionspläne mit Forderungen nach inneren Reformen verknüpften, ist bekannt. Doch bildeten sie wohl eine kleine Minderheit unter den Annexionisten.

^{213a} Vgl. oben Anm. 154 mit Nachweisen für sozialimperialistische Gedankengänge; umgekehrt Matthias/Pikart, SPD-Reichstagsfraktion, 255 zum innenpolitischen Zweck der SPD-Forderung nach einem Verständigungsfrieden. — Daß der Zweckzusammenhang auch anders herum verlaufen konnte, daß innerpolitische Reformen primär als Mittel für außenpolitische Ziele angestrebt wurden, ließe sich an Stresemann und Max Weber zeigen.

^{213b} Vgl. Ay, 131 f.

²¹⁴ Zit. b. Kuczynski, Geschichte 4, 258.; vgl. auch ebd., 269 ff.; Ay, 26 f., 31—36, 64, 156 ff., 185 ff.

Anmerkungen zu Seite 47—51

²¹⁵ Vgl. die Information der Spartakusgruppe vom 12. Aug. 1916 über die Demonstrationen und Streiks gegen die Verurteilung Karl Liebknechts, in: Dokumente und Materialien 1, 432—41.

²¹⁶ Für Nürnberg stellt Schwarz (168) diese Politisierung erst ab Anfang 1918 fest.

²¹⁷ MB, 2. 4. 1917, 4; vgl. auch Scheidemanns Gespräch mit Wahnschaffe am 14. 4. 1917, in: Scheidemann, Memoiren 1, 400.

²¹⁸ Vgl. die „Forderungen Leipziger Arbeiter vom 16. April 1917“ und einen Berliner Polizeibericht über den Aprilstreik in: Dokumente und Materialien 1, 612—13; auch oben Anm. 174; H. Scheel, Der Aprilstreik in Berlin, in: Revolutionäre Ereignisse u. Probleme in Deutschland während der Periode der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917/18, Berlin 1957, 1—88.

²¹⁹ Vgl. die damals unter die Zensur fallende Streikanalyse seitens der Freien Gewerkschaften bei Varain, 105; A. Rosenberg, Entstehung der Weimarer Republik, Frankfurt 1961, 183—89, der (182) darauf verweist, daß die Zielsetzungen der Streikbewegung Anfang 1918 weitgehend mit den Zielen des Leipziger Aprilstreiks von 1917 übereinstimmten. — Vgl. MB, 3. 2. 1918, 4: Das Koblenzer AK schrieb: „Die Stimmung wird heute nicht von wirtschaftlichen, sondern fast ausschließlich von politischen Faktoren beherrscht“; S. 5: das Magdeburger AK betont den Einfluß der „russischen Demokratisierungspropaganda und der Wahlrechtsdiskussion“; S. 6 f.: das Württembergische KM erwähnt die Wirkung der „Propagandareden“ von Wilson und Lloyd George. — Vgl. W. Boldt, Der Januarstreik in Bayern mit bes. Berücksichtigung Nürnbergs, Jb. f. Fränkische Landesforschung 25. 1965, 5—42; W. Bartel, Der Januarstreik in Berlin, in: Revolutionäre Ereignisse, 141—183.

²²⁰ MB, 3. 6. 1918, 4, 5; 3. 7. 1918, 5 f.

²²¹ MB, 3. 7. 1918, 6; Roesler, 112 ff.

²²² Vgl. MB, 3. 10. 1918, 7: Das Dresdner AK schreibt: „Drei Fragen beherrschen die Situation: Die Ernährungslage, die Parlamentarisierung und die Friedensfrage.“

²²³ Vgl. MB, 3. 8. 1918, 13: Der Berliner Polizeipräsident sieht im Juli das bisherige Ergebnis der Wahlrechtsvorlage als Mit-Ursache für die „ziemlich erhebliche Unzufriedenheit“ in der Arbeiterschaft; MB, 3. 10. 1918, 8: das Kasseler AK berichtet, daß innenpolitische Themen — die Wahlrechtsfrage, die Kanzlerkrise und die Bedingungen der SPD für ihren Eintritt in die Regierung — die Bevölkerung erregten, je nach Standpunkt mit verschiedenem Vorzeichen. — Vgl. auch Kolb, Arbeiterräte, 21 ff.

²²⁴ MB, 3. 10. 1918, 7.

²²⁵ Ebd., 8.

²²⁶ So die Ka.-Stelle Leipzig nach Kuczynski, Geschichte 4, 277.

²²⁷ Eben diese Umsetzung scheint in größerem Maße in den letzten Kriegsmonaten vorstatten gegangen zu sein. Vgl. oben den Bericht des Koblenzer AK (Anm. 225); und Stresemann am 9. 4. 1917 an Bassermann mit der Forderung, „daß jetzt die nur auf die Ernährung gerichteten Gedanken abgelenkt werden mußten durch eine politische Tat“ (Matthias/Morsey, Der Interfraktionelle Ausschuß 1, XIX f.); solch eine Forderung läßt sich nur stellen, wenn man wenigstens von der partiellen Substituierbarkeit der Spannungs- und Unzufriedenheitsebenen überzeugt ist. Dies gilt auch für Groener, wenn er nach dem Aprilstreik 1917 dafür plädiert, die Massen mit Wahlstimmen statt mit dem fehlenden Fleisch und Brot zu füttern. Vgl. Feldman, Army, 369.

²²⁸ Einen solchen Zusammenhang behauptet (mit wenig Evidenz) für Nürnberg: Schwarz, 167—72.

²²⁹ Vgl. die Untersuchungen von Tormin, Kolb, v. Oertzen und unten die Anm. 238 und 239.

²³⁰ Sicher spielte eine gewisse Rolle, daß sie sich aufgrund ihrer ökonomischen Situation und Macht Streiks und offene Proteste eher leisten konnten als die teilweise

am Existenzminimum lebenden Friedensindustriearbeiter. — Möglicherweise deutet dieses Phänomen aber auch darauf hin, daß ökonomische Not als solche nicht der primäre Motor der hier untersuchten Protestbereitschaft und Verbitterung war. — Vielleicht kann man auch annehmen, daß im Falle extremer Not Resignation und Apathie wahrscheinlichere Reaktionen waren als die Bereitschaft zu energischem Protest. — Unwahrscheinlich scheint mir, daß der Protest der gut bezahlten Facharbeiter als eine Art Statusprotest gegen den zunehmenden Abbau ihrer ökonomischen und sozialen Vorsprünge gegenüber den anderen Arbeitern interpretiert werden kann.

²³¹ Von Ressentiments der ärmeren Arbeiter gegenüber besser verdienenden Rüstungsarbeitern sprechen zuletzt Feldman/Kolb/Rürup, 88. Sie mögen bestanden haben. In den hier verwandten Quellen werden sie nur als Ressentiments der Landarbeiter gegen die Industriearbeiter belegt. Wenn die bevorzugte Versorgung einzelner Schwerstarbeiterkategorien mit Sonderzulagen von anderen Arbeitern als ungerecht empfunden wurde — und das geschah zumindest 1916/17 nach den MB häufiger —, dann richtete sich, soweit erkennbar, die daraus resultierende Unzufriedenheit gegen die verteilende Stelle, also das Unternehmen oder die Behörde, nicht (oder jedenfalls nicht offen) gegen die besser gestellten Kollegen! — Völlig überzogen scheint es mir, von einem „Auflösungsprozeß der Arbeiterschaft als Klasse“ in zwei „sich deutlich voneinander abhebende Schichten der Rüstungs- und Nicht-Rüstungsarbeiter“ zu sprechen. So für Nürnberg ohne hinreichende Begründung die sonst sehr verdienstvolle Studie von Schwarz, 174.

²³² Aussperrungen fehlen so gut wie ganz. Die Zahl der Streikenden entwickelte sich ähnlich. Obige Zahlen nach der Reichsstatistik (vgl. Lederer/Marschak, 177). — Die Streikstatistik der Gewerkschaften kommt für den Krieg zu niedrigeren Zahlen, aber ungefähr zur gleichen relativen Bewegung: 1915 60, 1916 139, 1917 189, 1918 163, 1919 3604. Nach Corr.bl. 30. 1920, Statist. Beil. 120.

²³³ Dazu jetzt vor allem: S. Miller, Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974.

²³⁴ Zur Geschichte der USPD vgl. jetzt (neben dem bisherigen Standardwerk v. E. Prager, Geschichte der USPD, Berlin 1921) H. Krause, USPD, Köln 1975; D. W. Morgan, The Socialist Left and the German Revolution. A History of the German Independent Party 1917—1922, Ithaca/N. Y. 1976; R. Wheeler, USPD u. Internationale, Berlin 1975; Miller, Burgfrieden, 156 ff., pass. vgl. auch Kolb, Arbeiterräte, 36—45 unter richtiger Betonung der Heterogenität dieser Partei, die nicht die gradlinige Fortsetzung der Parteilinken der Vorkriegszeit war, sondern primär durch ihre Ablehnung der SPD-Kriegspolitik sowie durch ihr unbedingtes Eintreten für einen sofortigen Verständigungsfrieden zusammengehalten wurde. — Vgl. auch U. Ratz, Georg Ledebour 1850—1947, Berlin 1969, 151—78.

²³⁵ Die Zahlen gelten jeweils für den 31. März. Am 31. 3. 1918 betrug die Mitgliederzahl 249 000, ein Jahr später dagegen wieder 1 012 000. Nach Prot. über die Verhandlungen des Parteitags der SPD... Würzburg 1917, Berlin 1917, 10; Prot. über die Verhandlungen des Parteitags der SPD... Weimar... 1919, Berlin 1919, 54.

²³⁶ USPD. Prot. über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages... 1919 in Berlin, Berlin o. J. 50.

²³⁷ Prot. Parteitag SPD 1919, 16 (Bericht des Parteivorstands).

²³⁸ So in Nürnberg nach Schwarz, 252 ff.

²³⁹ Schwarz (170—72) glaubt — auf sehr wenig empirischer Evidenz fußend — daß die Nürnberger USPD vor allem Arbeiter aus den nicht am Krieg profitierenden Industrien als Mitglieder zählte und daß die besser verdienenden Rüstungsarbeiter, reformistisch gestimmt, eher in der SPD blieben (vgl. auch ebd., 174, 226—29). Allerdings muß dabei bedacht werden, daß die Nürnberger SPD selbst einen sehr deutlichen Radikalisierungsprozeß durchlief. — In der Münchener USPD hat Ay (192 f., 195)

einen hohen Anteil von „Kaufleuten“ und Intellektuellen festgestellt und berichtet, daß die Handwerker unter den USPD-Mitgliedern vor allem aus Friedensindustrien kamen. — Dagegen ist bekannt, daß die innerhalb der Berliner USPD arbeitenden „Revolutionären Obleute“ und ihre Trägergruppen aus gut bezahlten Rüstungs-Facharbeiterkreisen stammten. Vgl. P. v. Oertzen, Betriebsräte in der Novemberrevolution, Düsseldorf 1963, 69 ff. Gerade im Metallarbeiterverband ergab sich eine besonders starke radikale Minderheit für die USPD. Vgl. unten Anm. 243. — Ebert meinte im Okt. 1918: „Hinter den Unabhängigen saßen immer nur die reklamierten Leute aus der Munitionsindustrie. Das sind die Leute des Friedens um jeden Preis.“ Nach E. Matthias u. R. Morsey, Die Regierung des Prinzen Max von Baden, Düsseldorf 1962, 267. Auch das bliebe zu prüfen.

²³⁹ Zu den Obleuten: R. Müller, Vom Kaiserreich zur Republik. 2 Bde, Berlin 1924—1925 (M. war Führer der Revolutionären Obleute in Berlin); E. Barth, Aus der Werkstatt der Revolution, Berlin 1919; Kolb, Arbeiterräte, 38—45; 56—60 zur ersten Entstehung von Arbeiterräten in Deutschland in den Streiks vom April 1917 und Januar 1918. — Zum Gesamtproblem auch v. Oertzen, bes. 69 ff. — Zum Spartakus vgl. die sympathisierende Arbeit von Badia, die knappe kritische Darstellung von G. Schmidt und (mit weiteren Literaturangaben) DIEW 3, 62 ff., 135 ff., 285 ff., 493 ff.; sowie die entsprechenden Abschnitte in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2 u. 3; Kolb, Arbeiterräte, 47 ff. schätzt die Gruppe auf höchstens 1000 Mitglieder und kritisiert (410—14) die starke Überschätzung und Hochstilisierung der Spartakus-Gruppe durch den größten Teil der DDR-Literatur, eine Kritik, die weitgehend bis heute zutrifft.

²⁴⁰ Vgl. zu der konfliktdämpfenden Politik der Gewerkschaften auch: W. Richter, Gewerkschaften, Monopolkapital u. Staat im Ersten Weltkrieg, Berlin 1959; weiterhin: Feldman/Kolb/Rürup, 84—91 (zum Gesamtproblem).

²⁴¹ Vgl. Kolb, Arbeiterräte, 49—51 zu Einzelheiten; sowie die sehr eindrucksvolle Schilderung der polizeilichen Verfolgungen durch den zeitweise im Untergrund lebenden „Illegalen“ Retzlaw (52 f., 85—109). — Vgl. auch die Schilderung des Oberkommandos in den Marken (MB, 23. 8. 1916, 2 f.). Danach entglitten Berliner Metallarbeiter z. T. bereits dem Einfluß ihrer Partei- und Gewerkschaftsführer und stützten den Spartakus; sie verweigerten etwa Überstunden trotz finanzieller Sonderzuwendungen. Sicherheitshaft und Einziehung der Führer zum Militär seien als Gegenmittel verwendet worden. „Die Bewegung ist dadurch eines Teils ihrer besten Köpfe beraubt; die Zurückgebliebenen sind zaghaft geworden, weil man ja bei dem rücksichtslosen Vorgehen der Militärbehörden keinen Augenblick davor sicher sei, eingesperrt zu werden.“

²⁴² Entsprechende Berichte sind in den MB häufig, doch bleibt der Einschüchterungseffekt unklar. Vgl. zur Rolle der Angst in der Arbeiterschaft auch Retzlaw, 46, 47. Auch streikbedingte Lohnausfälle zählten in dieser Knappheitssituation schwerer als vor dem Krieg. Ebd., 57: „Vom Kriegsdienst freigestellt, zitterten die Gewerkschaftsbürokraten bei jedem Konflikt um ihre Existenz.“ Vgl. auch Feldman, Army, 449 f., 455 zur erfolgreichen Unterdrückung des Streiks Anfang 1918.

²⁴³ Vgl. F. Opel, Der Deutsche Metallarbeiterverband während des ersten Weltkriegs u. der Revolution, Hannover 1957, 37—75; 65—69 zum Verbandstag 1917, auf dem eine prinzipielle Vorstandsresolution nur mit 64 zu 53 Stimmen angenommen wurde. — Zu den anderen Verbänden aus der Sicht der Generalkommission: Umbreit/Lorenz, 178—182; sowie Varain, 86 f.

²⁴⁴ Zum Zusammenrücken und zu gemeinsamen Maßnahmen der sozialdemokratischen, christlichen und liberalen Gewerkschaftsrichtungen in den Bestrebungen zur Verbesserung der Volksernährung, bei der Behandlung und Durchführung des HDG, beim Kampf gegen die „Gelben“, ab 1917 auch in Wahlrechts- und allgemeinpoliti-

schen Fragen (z. B. auch im Volksbund für Freiheit und Vaterland) vgl. Umbreit/Lorenz, 164 ff.; Varain, 91 f., 105 f., 107 f.

²⁴⁵ So Corr.bl. 18. 1918, 2 (am 5. Jan.)

²⁴⁶ Das Corr.bl. reflektiert die zunehmende Politisierung der gewerkschaftlichen Forderungen deutlich. Man vergleiche die Jahresrückblicke zu Beginn der Jahrgänge 1915, 1916 und 1917 mit dem vom 5. Jan. 1918 für eine schnelle Erfassung dieses Prozesses und der Erweiterung der gewerkschaftlichen Forderungen. Vgl. auch Corr.bl. 27. 1917, 153—55 („Zur gegenwärtigen Situation“ am 21. 4.), wo sich diese Veränderung erstmals klarer ausdrückt. — Zur Monopolfrage als Resultat einer Reihe von Artikeln und Diskussionen: ebd. 17. 1917, 147—49 (Eingabe an den Reichskanzler); H. Cunow u. a., Monopolfrage u. Arbeiterklasse, Berlin 1917, 83 ff., 87 ff.; sowie der entsprechende Punkt 12 im „Sozialpolitischen Arbeiterprogramm“ der Gewerkschaften (Corr.bl. 18. 1918, 4—8 und wd. b. Umbreit/Lorenz, 217—26, zusammengefaßt b. Varain, 109 f.). Dieses Programm ist die zugänglichste Quelle für die Ziele der Gewerkschaften 1918, die sie erst in den zur ZAG führenden Verhandlungen mit den Unternehmern modifizierten.

²⁴⁷ Vgl. oben S. 39.

²⁴⁸ So umschrieb der Vorsitzende der Generalkommission, Carl Legien, auf der Reichskonferenz der SPD 1916 das Nahziel der Gewerkschaften (nach Varain, 76).

²⁴⁹ Vgl. Umbreit/Lorenz, 52—169.

²⁵⁰ Corr.bl. 29. 1919, Statist. Beil., 87.

²⁵¹ Zur Umformung der gewerkschaftlichen Ideologie im entscheidenden ersten Weltkriegsjahr vgl. [E. Lederer], Die Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1914..., in: Archiv 39. 1915, 610—41, bes. 636 ff. („Es ist, als ob die Auffassung des Staates als Klassenstaat aus der gewerkschaftlichen Ideologie vollkommen getilgt wäre.“)

²⁵² Vgl. dazu als Zusammenfassung: Varain, 71—117; ausführlich: Feldman, Army; vom Standpunkt der Generalkommission: Umbreit/Lorenz; eine marxistisch-leninistische Interpretation: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 2 u. 3.

²⁵³ Die besonders von marxistisch-leninistischen Historikern vorgebrachte These vom „Verrat“ der Gewerkschafts- und Parteiführer an der Arbeiterklasse und ihren Interessen gibt nichts her, sondern erschwert die rationale Diskussion und Analyse. Zuletzt findet sie sich b. W. Rasse, Zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1914—1917 und 1917—1919, Berlin o. J.

²⁵⁴ Vgl. Robert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens. Neudr. d. 2. Aufl., Stuttgart 1957 (zuerst 1911); vgl. auch H. A. Winkler, Robert Michels, in: H.-U. Wehler Hg., Deutsche Historiker 4, Göttingen 1972, 65—80.

²⁵⁵ Nach Umbreit/Lorenz, 66 f.

²⁵⁶ Nach Corr.bl. 20. 1920, Statist. Beil., 78, 103.

²⁵⁷ Ebd. 20. 1920, Statist. Beil., 78, 97. — Varains Zahlen (97, Anm. 2) sind nicht richtig.

²⁵⁸ Vgl. dazu die aufgeführten Bemerkungen des Spartakisten Retzlaw (58).

²⁵⁹ Vgl. auch Cassau, 163 ff.; Preller, 32.

²⁶⁰ Vgl. unten S. 105 ff.

²⁶¹ Vgl. insbesondere die Untersuchungen von Nussbaum (Unternehmer), Kaelble (Industrielle Interessenpolitik) und H. Jaeger.

²⁶² Man bedenke die in diesen Hinsichten tiefgreifenden Unterschiede zwischen CVDI und BdI, zwischen „Kartell der schaffenden Stände“ und Hansa-Bund.

²⁶³ Vgl. Ledebusch, 48—60 zum entsprechenden, zunehmenden, organisatorischen Zusammenrücken der Arbeitgeber; Nussbaum, Unternehmer, 160, pass.; Stegmann, Zwischen Repression, 359 f., pass.

²⁶⁴ DAZ 13. 1914, am 2. Aug.; Burgfriedens-Rhetorik ebd., am 9. Aug.: „Gefallen sind die Schranken, die die politischen Parteien voneinander trennten; nicht eine

Rechte gibt es noch eine Linke, wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennend und Gefahr. Unternehmer und Arbeiter reichen sich die Hand . . ."

²⁶⁵ Vgl. ähnlich zur Haltung der bayrischen Oberschichten: Ay, 85.

²⁶⁶ So Emil Kirdorf im Frühjahr 1915 auf der Generalversammlung der Gelsenkirchener Bergwerks-AG nach Corr.bl. 25. 1915, 190 (dort zit. nach der „Post“). — Vgl. auch DAZ 15. 1916, am 6. 2. zur Erwartung, daß der Krieg die Klassengegensätze langfristig mildern und zu einer bleibenden Vertiefung des Gefühls nationaler Solidarität führe; weiter die Einschätzung der deutschen Arbeiterschaft durch den Oberstleutnant Bauer oben Anm. 151; schließlich Riezler, 183 (Eintrag v. 7. 7. 1914): der konservative Parteiführer Heydebrand erwarte vom Krieg eine „Stärkung der patriarchalischen Ordnung und Gesinnung“).

²⁶⁷ So Kirdorf Frühjahr 1915 nach Corr.bl. 25. 1915, 190; vgl. auch Stegmann, Zwischen Repression, 377 f.

²⁶⁸ Diese Argumentation besonders deutlich bei Westarp, 265 f., 279, 365.

²⁶⁹ Vgl. Feldman, Army, 136 zu entsprechenden Erwartungen Hugenbergs Ende 1914; oben Anm. 154; Schwabe, Wissenschaft, 156 f.; Ay, 60, 85 f. zu Kapp. — Anders der Groß-Reeder Ballin; vgl. L. Cecil, A. Ballin, Hamburg 1969, 275 f.

²⁷⁰ Vgl. oben; zuletzt mit wichtigen Neuaufschlüssen: Stegmann, Zwischen Repression, 375—405, bes. 385 ff. — Zu ebd., 385 f. wäre zu bemerken, daß man die Vaterlandspartei nicht allzusehr als eine „Neuaufgabe“ des Kartells der schaffenden Stände interpretieren sollte. Neben erweiterten Zielen hatte sie auch eine gegenüber dem Kartell stark erweiterte Basis. Der Hansa-Bund und mit ihm der BdI standen nicht mehr außerhalb. Das für 1913 so kennzeichnende Gegenüber von liberaler und konservativer Sammlungsbewegung war jetzt verwischt und tendenziell aufgehoben, die Chance, wenigstens die *angestellten* Arbeitnehmer einzubeziehen, allerdings noch geringer geworden. Hier sollte man die Kontinuität nicht überzeichnen.

²⁷¹ Vgl. Umbreit/Lorenz, 51 ff., 169. Die Durchsicht des Corr.bl., einer in dieser Hinsicht zweifellos zuverlässigen Quelle, ergibt keine zusätzlichen Sparten, in denen ähnliche Kriegsausschüsse und Arbeitsgemeinschaften freiwillig entstanden. Als ein konkretes Beispiel vgl. die Arbeitsgemeinschaft im Baugewerbe: Corr.bl. 25. 1915, 375—79.

²⁷² Vgl. Feldman, Army, 79, 382 zu Borsig, Silverberg und Sorge; 218, 241 f.; 322 zu Stresemann; 325 zu Rieppel. Vgl. auch K. Gossweiler, Großbanken, Industriemonopole und Staat, Berlin 1971, 57—64. G. unterscheidet — auf Lenin, Kuczynski und Gutsche fußend — auch hinsichtlich der Behandlung der Arbeiterfrage und der Gewerkschaften zwei „Fraktionen“ innerhalb der Unternehmerschaft im Krieg, doch gibt er im wesentlichen nur Belege für W. Rathenaus in der Tat flexible Reformvorstellungen, ohne hinreichend zu zeigen, daß dieser repräsentativ für eine ganze „Fraktion“ von Industriellen war.

²⁷³ So war es bei der Gründung des „Kriegsausschusses für die Metallbetriebe Groß-Berlins“ vom Februar 1915, der aber bis zum HDG wenig Nachahmung fand. Dazu Corr.bl. 25. 1915, 114—15; 26. 1916, 416 („Paritätische Schlichtungskommissionen“); Feldman, Army, 75—79. — Zum HDG unten S. 114 ff.

²⁷⁴ Vgl. z. B. DAZ 15. 1916, am 6. 2. (Red. Teil); P. Osthold, Die Geschichte des Zechenverbandes 1908—1933, Berlin 1934, 149, 213, 227 zu ähnlichen Argumenten Hugenbergs u. a.

²⁷⁵ Vgl. die entsprechende Kritik Kirdorfs an der staatlichen Außen-, Innen- und besonders Arbeiterpolitik bereits im Frühjahr 1915 nach Corr.bl. 25. 1915, 190; vgl. auch unten S. 116 ff.

²⁷⁶ Daß dieses Denkmuster (national zuverlässige Arbeiterschaft — radikale Funktionäre) eine Basis der späteren Dolchstoßlegende war, kann hier nur erwähnt werden.

²⁷⁷ In einem Rundschreiben vom 26. 4. 1915, zit. in Corr.bl. 25. 1915, 292.

²⁷⁸ Vgl. die Absagen in DAZ 16. 1917, am 7. Jan. („Arbeitsgemeinschaft“) und 15. 1916, am 25. 6. („Organisation und Gleichberechtigung“) und 16. 7. (gegen die paritätische Besetzung der Arbeitsnachweise); weiter die Thesen des Generalsekretärs der „Vereinigung“ (Tänzler) vom 13. 10. 1917 (nach Corr.bl. 28. 1918, 30 ff.), die sich scharf gegen paritätische Zusammenarbeit und Neuorientierung aussprechen.

²⁷⁹ Aus DAZ Nr. 41 v. 1916 zit. nach Corr.bl. 26. 1916, 454.

²⁸⁰ Abgedr. bei Leckebusch, 214—23; vgl. bes. 216 (zur Aufhebung des HDG), 218 (zur Forderung nach Leitung des Unternehmens allein durch den Unternehmer), 218 f. (zur Freiheit des Arbeitsvertrags) und 223 (gegen staatliche Einigungsämter). Andererseits wurden (223) Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse zur Vertretung der besonderen Wünsche der Arbeitnehmer jetzt akzeptiert.

²⁸¹ Vgl. die Titel oben S. 154 f., Anm. 23 zum Thema allgemein.

²⁸² Dies arbeitet für den Bergbau heraus: W. Berg, „Herr im Hause“ oder Emanzipation der Arbeitnehmer, Staatsexamensarbeit Freiburg 1972, 64 f.; vgl. auch P. Osthold, Die Geschichte des Zechenverbandes 1908—1933, Berlin 1934, 163 ff. — Das HDG schwächte diese Kompetenz der Unternehmer. Dazu Corr.bl. 27. 1917, 101 f., 165 f.

²⁸³ Vgl. dazu Deist, Militär, 635 ff., bes. 638, Anm. 7; in diesem Bericht kommt auch eine gewisse Reserve mancher Offiziere gegenüber der Militarisierung von Betrieben zum Ausdruck (bes. 637; ähnlich bei Groener: ebd., 731). — Tatsächlich fand die Militarisierung von Betrieben, durch die die Arbeiter unter Kriegsrecht gestellt wurden, auch außerhalb der großen Streiks häufig statt, vor allem in der oberschlesischen Montanindustrie. Vgl. z. B. MB, 3. 6. 1917, 24.

²⁸⁴ Vgl. als Beispiel: Kodka, Unternehmensverwaltung, 347—363. — Generell vgl. L. H. A. Geck, Die sozialen Arbeitsverhältnisse im Wandel der Zeit, Berlin 1931.

²⁸⁵ Der süddeutsche Textilindustrielle Semlinger wandte sich gegen allzu intensive Stilllegungs- und Arbeiterumverteilungsaktionen 1917. U. a. aufgrund betrieblicher Sozialeinrichtungen habe sich in vielen Fabriken „ein sehr freundschaftliches Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern herausgebildet, das Unstimmigkeiten in parteipolitischer Hinsicht verhindert oder leichter beheben läßt; es ist sehr zu befürchten, daß eine aus Elementen verschiedener politischer Richtungen bestehende, verpflanzte, die neuen Verhältnisse mit Verstimmung und Mißtrauen ansehende Arbeiterschicht das bestehende freundliche und gegenseitig befriedigende Verhältnis in aller Kürze beeinträchtigen oder vernichten kann“. Zit. nach Peppel, 96 f. — Vgl. auch Mendelssohn-Bartholdy, 202; H. J. Teuteberg, Geschichte der industriellen Mitbestimmung in Deutschland, Tübingen 1961, 490 ff.

²⁸⁶ Vgl. Umbreit/Lorenz, 113 ff.; zur Bedeutung der nun erschütterten Zentralisierung der Arbeitsnachweise in der Hand der Unternehmer vgl. auch Stegmann, Zwischen Repression, 359.

²⁸⁷ Diese zugegebenermaßen unsicheren Zahlen bei Lederer/Marschak, 186 f. — Daß manche Unternehmer entgegen den Erwartungen der auf den Burgfrieden verweisenden Gewerkschaften auch zu Kriegsbeginn nicht völlig auf die Förderung der Gelben verzichteten, zeigt etwa die weiterhin auf Stärkung ihres „Unterstützungsvereins“ zielende Anstellungspolitik von S&H, die das Corr.bl. am 11. 4. 1914 (24, 615 f.) darstellt und kritisiert. Vgl. auch Schäfer, Die „Gelben Gewerkschaften“, 68 f.

²⁸⁸ Vgl. Stegmann, Erben, 478 f.; ders., Zwischen Repression, 377 f. — Vgl. zur Unterstützung der „Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände“ für den gelben „Hauptausschuß nationaler Arbeiter- und Berufsverbände“: DAZ 16. 1917, am 4. 1. und immer wieder in dieser Zeitung; vgl. auch den Brief der „Vereinigung“ v. 10. 11. 1916, abgedr. in Corr.bl. 26. 1916, 535, der klar die pro-wirtschaftsfriedliche Politik der Organisation erkennen läßt, auf eine große Versammlung von „gelben“ Verbandsmitgliedern in Berlin am 1. 10. 1915 hinweist und die Empfänger um Spenden

ersucht, so wie sie bereits im letzten Friedensjahr, offenbar aber nicht in der Zwischenzeit, erbeten und gegeben worden seien.

²⁸⁰ Von 133 000 auf 145 000 (nach Lederer/Marschak 187).

²⁹⁰ Vgl. Feldman, *Army*, 322, 379 f.; Deist, *Militär*, 1207 f., 1212; Stegmann, *Zwischen Repression*.

²⁹¹ Nach Lederer/Marschak, 187. In 1000 betrug die Mitgliederzahl der „Gelben“ 1916 145, 1917 142, 1918 42, 1919 150 und 1923 283.

²⁹² Nach MB, 3. 4. 1917, 12. — Der Begriff „Blutorangen“ — außen gelb, innen rot — wurde von Zeitgenossen zur Bezeichnung dieser nur äußerlich „Gelben“ benutzt.

²⁹³ In den letzten MB wurden die Hinweise auf die scharfe Spannung zwischen Gewerkschaften und Unternehmern immer deutlicher. So berichtete das Leipziger AK (MB, 3. 4. 1918, 19), die immer aktiveren Gewerkschaften formulierten ihre Forderungen nunmehr geradezu ultimativ und riefen damit „bei der Arbeiterschaft vielfach berechtigte Erbitterung und lebhaften Widerspruch“ hervor. — Das XIV. AK in Karlsruhe schrieb: „Das Auftreten und Fordern der Gewerkschaften wird immer herrischer, worüber in Kreisen der Arbeitgeber Unzufriedenheit herrscht.“ (MB, 3. 8. 1918, 13). — Und im Bericht des II AK (Stettin) hieß es wenig später übertreibend aber bezeichnend: „Die Gewerkschaften sind durch das Hilfsdienstgesetz zu fast absoluter Machtvollkommenheit erhoben ... ihre Tyrannei wird die Arbeitgeber dahin bringen, lieber die Betriebe zu schließen.“ Nach dem Krieg seien unübersehbare soziale Kämpfe wahrscheinlich (MB, 3. 9. 1918, 33).

²⁹⁴ Vgl. Cecil, 279 ff., 286. — Wie chancenlos die sozialimperialistische Karte trotz ihrer im letzten Kriegsjahr beobachtbaren antisemitischen und präfaschistischen Zuspitzung im Sommer und Herbst 1918 war, zeigt sich deutlich bei Stegmann, *Zwischen Repression*, 391, 401.

²⁹⁵ Dazu unten S. 136 f.

²⁹⁶ Nicht zutreffend die Kontinuitätsthese, die vor allem in Arbeitgeberkreisen vertreten wurde, so in: *Fünfundzwanzig Jahre Arbeitnordwest 1904—1929*, Berlin 1929, 64 f.; zutreffend und mit hier vernachlässigten Differenzierungen: Feldman, *German Business* (313, Anm. 5 zu weiterer Literatur). — Allerdings gab es auch in der Ruhr-Schwerindustrie schon vorher vereinzelte, nach kurzem jeweils eingestellte Spitzengespräche zwischen Unternehmern und Gewerkschaftsvertretern, so bereits im Sommer 1916 zwischen Stinnes und Vögler einerseits, Bauer, Leipart und Schulte andererseits. Nach W. Berg, 126 f. auf der Basis von Osthold, 262 und *Fünfundzwanzig Jahre Arbeitnordwest*, 75; zu weiteren, ebenfalls nicht fortgesetzten Gesprächen im Sommer 1917: Feldman, *German Business*, 323 f. — Vgl. auch H. v. Raumer, *Unternehmer u. Gewerkschaften in der Weimarer Zeit*, *Deutsche Rundschau* 80. 1954, 425 ff.

²⁹⁷ Vgl. Lederer, *Die sozialen Organisationen*, 77, wo auf den kriegsbedingten Interessenausgleich im Unternehmerlager abgehoben wird.

²⁹⁸ Vgl. zu Einzelheiten: Feldman, *Army*, 167, 227 f., 273 ff., 278, 282, 394, 396, 422; ders., *German Business*, 318 f.; Schröter, 94 ff., 99, 103 f., 114, 118; DIEW 3, 336 ff., 570; Mißtrauen und Erbitterung süddeutscher Industrieller gegen die preußischen Klassengenossen wurden häufig in den MB berichtet. Vgl. z. B. aus dem Bericht des Württembergischen KM am 3. 8. 1917, 17: „Die Württembergische Industrie und das Kleingewerbe würden es sich nicht gefallen lassen, wenn sie zugunsten der Konkurrenten in Norddeutschland wirtschaftlich geschädigt würden. Es herrscht schon jetzt eine nicht zu verschweigende Erbitterung in diesen Kreisen über die bekannt gewordene Anschauung, daß die Industrie ganz in die Kohlengebiete gehöre und Süddeutschland stillzulegen sei.“ — Diese Befürchtungen waren keineswegs grundlos. Während, wie oben gezeigt, die Arbeitskräfte in Industriebetrieben mit zehn und mehr Arbeitern im Krieg um etwa 8 % zurückgingen, nahmen sie in den entsprechenden Betrieben Preußens um weniger als 2 % ab! Nach den Jahresberichten der (Königl.) Preußischen Regierungs- und Gewerberäte 1913, 775; und ebd. 1914—1918,

1589 betrug die Anzahl der in Industriebetrieben mit zehn und mehr Arbeitern beschäftigten Arbeiter 3 633 618 [1913] und 3 570 550 [1918]. Die Zahlen scheinen miteinander und mit den oben genannten, aus derselben Quellenkategorie stammenden, vergleichbar. Wenn diese Zahlen zutreffen, so zeigen sie, daß der Krieg zu einer relativen Zunahme der industriellen Dichte Preußens auf Kosten anderer deutscher Staaten führte. — Vgl. auch Grebler/Winkler, 48, die an Wanderungszahlen im Krieg die zunehmende Bedeutung des mitteldeutschen Industriegebiets demonstrieren.

²⁹⁹ Vgl. zu ähnlichen Tendenzen vor 1914: Kocka, Unternehmensverwaltung, 382. Die Literatur ist voll an Belegen für diese kriegswirtschaftliche Organisationstendenz, deren negative Auswirkung für die „Kleinen“ oben bereits erwähnt wurde. Vgl. König, 49, 80 f., 141 f., 196 ff., 255 f. Die genaue Untersuchung des über ökonomische Chancen letztlich entscheidenden Willensbildungsprozesses in solchen Organisationen, der das sicher wechselnde Maß an Kompromissen zwischen den Gruppen, zwischen Privaten und Staat, bzw. die Dominanz einer Seite analysieren müßte, ist jedoch noch keineswegs abgeschlossen.

³⁰⁰ Dies ist ein Aspekt des Vorgangs, den M. Weber als Siegeszug der Bürokratie im Weltkrieg bezeichnet (Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland, in: ders., Politische Schriften, 318; zum Problem der Industriebürokratie im Wilhelminischen Deutschland: Kocka, Unternehmensverwaltung, 547 ff. — Innerhalb der Unternehmensstruktur der Siemens-Unternehmen lassen sich im Krieg klare Tendenzen zur weiteren Zentralisierung der Kontrolle feststellen. Vgl. die Aufstellung der im Krieg gegründeten, von S&H und SSW gemeinsam gebildeten Ausschüsse (in SAA 50/Lg 625), denen, laut Vorstands-Prot. v. 6. 8. 1914, die bis dahin recht selbständigen Werke und Abteilungen weitgehend untergeordnet wurden. Schon weil die Behörden, die Kriegsgesellschaften und -ausschüsse immer mehr Angaben (etwa zur Preisberechnung) wünschten, mußte die Betriebsrechnung im Krieg stark zentralisiert werden (vgl. Prot. Vst. SSW am 22. 3. 1918, Punkt 2 und immer wieder). Dies gelang im Krieg angesichts der Überlastung der Büros aber nur unvollkommen. — S&H und SSW errichteten auch eine Reihe neuer Büroabteilungen, um den stark angewachsenen Verkehr mit den Behörden etc. bewerkstelligen zu können. Vgl. etwa Frenzel, 65 (SAA 68/Li 83) zur Errichtung eines „Kriegsrohstoffbüros“ bei SSW im Okt. 1916, das u. a. die Bedarfsnachweise bei Anträgen auf Rohstoffzuteilung liefern, die Firma gegenüber Kriegsgesellschaften vertreten und das „Trommelfeuer der Wirtschaftsverfügungen“ abfangen sollte.

³⁰¹ Vgl. MKdI Nr. 1. 14. 8. 1914, 2; Nr. 6, 5. 9. 1914, 53—59; der Gründungsaufwurf des Ka. d. Dt. Ind. ist auch veröffentlicht in Corr.bl. 24. 1914, 511; vgl. auch W. Gutsche, Die Entstehung des Kriegsausschusses der deutschen Industrie u. seine Rolle zu Beginn des ersten Weltkrieges, ZfG 18. 1970, 877—98.

³⁰² Vgl. MKdI Nr. 45. 15. 5. 1915 („Zur Frage einer kriegswirtschaftlichen Zentralorganisation“).

³⁰³ Vgl. Gutsche, Entstehung, 879, 883 ff., 886, der überzeugend die Obermacht der Großunternehmen gegenüber den majorisierbaren Kleineren zeigt und (886 ff.) die fortdauernden Konflikte zwischen CVDI und BdI in untergeordneten Fragen herausarbeitet.

³⁰⁴ Vgl. auch die Hinweise bei Schröter, Krieg, 140; DIEW 1, 405 ff.

³⁰⁵ Vgl. DAZ 15. 1916, Beibl. v. 21. 12.; MKdI Nr. 201. 4. 5. 1918, 2969.

³⁰⁶ Vgl. Kaelble, Industrielle Interessenpolitik, 170—74.

³⁰⁷ Vgl. Corr.bl. 26. 1916, 471. Die Generalkommission nahm dort ihrerseits den Beschluß der Industrieverbände zum Anlaß, zu einer geschlosseneren Organisation aller Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften aufzurufen. — Vgl. auch den Artikel des Geschäftsführers des „Industrierats“ und des Ka. d. Dt. Ind., J. Herle, in MKdI Nr. 203. 18. 5. 1918, 2989—92: Deutscher Industrierat. Seine Entstehung und Organisation.

³⁰⁸ Vgl. ebd., 2991 zu ihrer ersten Vollsitzung im Feb. 1918.

³⁰⁹ MKdI Nr. 241. 18. 2. 1919, 3390—95; Nr. 250. 12. 4. 1919, 3490 f. (zu den ersten Tagungen des Reichsverbandes im Feb. und Apr. 1919). Vgl. allgemein auch F. Hauenstein, Die ersten Zentralverbände, in: F. Berg Hg., Der Weg zum industriellen Spitzenverband, Darmstadt 1956, 71 ff.

Kapitel III

¹ Nach Statist. Jb. f. d. Dt. Reich 35. 1914, 14 f. — Dabei sind die 579 469 „c-Personen“, also die gelernten Arbeiter im Handel oder Handlungsgehilfen, Verkäufer und Ladendiener entgegen der amtlichen Gliederung von 1907, aber dem sonstigen Gebrauch der Zeit und der entscheidenden gesetzlichen Regelung von 1911 entsprechend als Angestellte gezählt. Nicht in dieser Zahl enthalten sind öffentliche Beamte (s. weiter unten), Armeeingehörige, in „persönlichen Diensten Stehende“ (meist Dienstboten) und eine sehr geringe Zahl von leitenden Angestellten (Direktoren, Prokuristen, Gutsverwalter, etc.). Zur Problematik dieser Statistik vgl. Hartfiel, 27—51, dessen Zahlen hier aber nicht übernommen werden. — Die Zahl der Lohnarbeiter versteht sich entsprechend ohne Verkäufer und Handlungsgehilfen, aber auch ohne „in persönlichen Diensten Stehende“, soweit sie bei ihren Dienstherren wohnten, sowie ohne Mithelfende Angehörige. Die oben geschätzte Zahl von 6,2 Mill. Industriearbeitern (vgl. oben S. 7) bezog sich nur auf die Industriebetriebe mit mehr als 10 Beschäftigten und ist deshalb kleiner.

² Vgl. K. M. Bolte, Angestelltenfrage im Licht der Zahlen, in: H. Bayer Hg., Der Angestellte zwischen Arbeiterschaft u. Management, Berlin 1961, 67.

³ Nur 87 631 von 562 716 organisierten kaufmännischen und Bankangestellten, aber 91 934 von 137 332 organisierten Technikern und sogar 28 720 von 28 767 organisierten Bürobeamten gehörten Ende 1913 sog. nicht-paritätischen Verbänden an (die die Selbständigen ausschlossen). Einige Verbände, so der nationalistisch-antisemitische DHV (1913: 123 092 Mitglieder) und der eher liberale Verband Deutscher Handlungsgehilfen (1913: 90 507 Mitglieder) ließen zwar Selbständige zu, verfolgten aber eine sozialpolitisch aktive, klar interessenorientierte Politik, z. T. aggressiver als manche der nicht-paritätischen Vereine. Zahlen nach Reichsarbeitsblatt. Sonderh. 11, Berlin 1915, T. II, 22 ff.

⁴ Zur Geschichte der Angestellten bis 1914 ausführlich und mit Literatur: Kocka, Unternehmensverwaltung, bes. 463—540; zusammenfassend: ders., Vorindustrielle Faktoren in der deutschen Industrialisierung, in: M. Stürmer Hg., Das Kaiserliche Deutschland, Düsseldorf 1970, 265—86; ein Überblick über die Verbandsentwicklung: Hartfiel, 117—48; Tendenzen zunehmender Spannung zwischen einigen Angestelltenverbänden und Unternehmern vor 1914 belegt: Stegmann, Repression 365—71; die beste zeitgenössische Untersuchung: E. Lederer, Die Privatangestellten in der modernen Wirtschaftsentwicklung, Tübingen 1912.

⁵ Vgl. O. Hintze, Der Beamtenstand, in: ders., Soziologie u. Geschichte (= Gesammelte Abhandlungen 2), Göttingen 1964², 68, der 1911 1,2 Mill. schätzt; und die beiden Schätzungen von 1,5 Mill. (1912) und annähernd 2 Mill. (1917) bei F. Winters, Die deutsche Beamtenfrage, Berlin 1918, 14; vgl. auch F. Falkenberg, Die deutsche Beamtenbewegung nach der Revolution, Berlin 1920², 17, der schon für 1914 2 Mill. schätzt. Die Berufsstatistik erlaubt keine genaue Trennung zwischen Beamten und Freiberuflern, die 1907 zusammen 3,4 Mill. ausmachten. Diese Schätzungen beziehen die Justiz- und Verwaltungsbeamten (nach Hintze 390 000), die Geistlichen, Offiziere und Lehrer sowie die öffentlichen Betriebsbeamten bei Bahn, Post etc. mit ein, wahrscheinlich auch die Kommunalbeamten.

⁶ Hintze, 68, der überhaupt eine ausgezeichnete Einführung in die historischen, rechtlichen und soziologischen Aspekte des deutschen Beamtenstatus vor dem Krieg bietet; 121 ff. zur Problematik des traditionellen Beamtenstatus in seiner Anwendung auf die neuen, wenig mit der Ausübung herrschaftlich-obrigkeitlicher Funktionen zu tun habenden Betriebsbeamten in der sich schnell ausdehnenden Leistungsverwaltung (bei Bahn und Post). — Vgl. G. Kalmer, Beamtenschaft u. Revolution, in: Bosl Hg., 203 ff., der für Bayern zeigt, daß der volle Beamtenstatus, der ursprünglich für eine kleine Gruppe von öffentliche Herrschaft ausübenden Verwaltungs- und Justizbeamten erkämpft worden war, auch von anderen Beamtenkategorien erstrebt, aber nur allmählich erreicht wurde.

⁷ Vgl. ebd. 208 f.

⁸ Vgl. Winters, 7—19, 31—49, 81 ff.; Falkenberg, 7—17; 13 ff. zum Programm des „Bundes der Festbesoldeten“, der auch Angestellte organisierte. In Bayern waren 1910 ca. 70 % aller Beamten organisiert (Kalmer, 208).

⁹ Vgl. StdDtR 466. 1937, 188, 192 und oben S. 151, Anm. 2.

¹⁰ Vgl. W. Wernet, Handwerkspolitik, Göttingen 1952, 77; J. Wein, Die Verbandsbildung im Einzelhandel, Berlin 1968, 91.

¹¹ Vgl. H. A. Winkler, Der rückversicherte Mittelstand, in: Rüegg u. Neuloh Hg., 163—179; ders., Mittelstand, 40—64; Wernicke; E. Steinberg, Die Handwerker-Bewegung in Deutschland, ihre Ursachen und Ziele, Stuttgart 1897. Eine Übersicht über mittelständische Gesetzgebung bei Huber, Verfassungsgeschichte 4, 1010—1014.

¹² Zu Einzelheiten dieses hier sehr verkürzt wiedergegebenen Phänomens: Wein, Die Verbandsbildung, mit detaillierter Schilderung der vielen Verbände.

¹³ Düstere Bestandsaufnahmen und Prognosen über die Entwicklung des Kleingewerbes und des Kleinhandels im Zeitalter der Industrialisierung überwogen auch in der zeitgenössischen Sozialwissenschaft und in der linken wie in der rechten Publizistik der Zeit. Die tatsächliche Entwicklung variierte sehr stark von Sparte zu Sparte. Vgl. W. Fischer, Die Rolle des Kleingewerbes im wirtschaftlichen Wachstumsprozeß in Deutschland 1850—1914, in: Wirtschaftliche u. soziale Probleme der gewerblichen Entwicklung im 15.—16. und 19. Jahrhundert, F. Lütge Hg., Stuttgart 1968, 131—42; A. Noll, Wirtschaftliche u. soziale Entwicklung des Handwerks in der zweiten Phase der Industrialisierung, in: Rüegg u. Neuloh Hg., 193—212.

¹⁴ Vgl. Wernet, 77. — Als öffentlich-rechtliche Selbstverwaltungseinrichtungen unter Staatsaufsicht gleichen die Innungen den noch behördlicheren Handwerkskammern und mußten sich wie diese in der Agitation und in der ideologisch-politischen Stellungnahme mehr zurückhalten als die freiwilligen Verbände.

¹⁵ Vgl. Winkler, Der rückversicherte Mittelstand, 167 ff.

¹⁶ Als einer der ersten propagierte 1897 G. Schmoller diese Zusammenfassung. Für ihn mußten Mittelständler zwischen 1800 und 8000 Mark im Jahr verdienen und „einiges“ Vermögen besitzen. „Der Begriff ‚Mittelstand‘ umschließt eine ganze Reihe verschiedener Seiten und Merkmale: er schließt sich an die Vorstellungen der Vermögens- und Einkommensverteilung, wie an Vorstellungen der Ehre, des sozialen Ranges, der technischen und menschlichen Bildung, der Lebenshaltung, der Berufs- und Arbeitsteilung an; jeder, der das Wort braucht, verwendet es in einer Art Durchschnitt aus diesen Vorstellungsreihen und grenzt es nach oben und unten anders ab.“ (Was verstehen wir unter dem Mittelstand? Hat er im 19. Jahrhundert zu- oder abgenommen? in: Verhandlungen des 8. Evang.-soz. Kongresses Göttingen 1897, 134 f., 157 f.). 153 f., 160 zum „neuen Mittelstand“. Zur Begriffsgeschichte zuletzt Winkler, Mittelstand, 21—25.

¹⁷ Vgl. H.-J. Puhle, Interessenpolitik 98 ff.; Stegmann, Erben, 143 ff., 176 ff., 360 ff., pass.; Winkler, Der rückversicherte Mittelstand, 169 ff.

¹⁸ Zum Absetzungsbedürfnis der Angestellten gegenüber den Arbeitern: Kodka, Unternehmensverwaltung, 513—544; zur Frontstellung der Handwerker und Detail-

listen gegen „das Kapital“ vgl. auch: H. Böttger, Vom alten u. neuen Mittelstand, Berlin 1901, bes. 44; Wernicke, 963 ff.; Th. Brauer, Mittelstandspolitik, in: GdS 9, T. II, 376 f. — Zur Mittelstandsbewegung weiterhin: L. Müffelmann, Die moderne Mittelstandsbewegung, Leipzig 1913, J. Wernicke, Art. „Mittelstandsbewegung“, HSt 6. 1925⁴, 594—602; E. Grünberg, Der Mittelstand in der kapitalistischen Gesellschaft, Leipzig 1932; Th. Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, Stuttgart 1932 (1967²), bes. 84 ff., 98 ff.

¹⁹ Nach einer Umfrage des Vereins für Handlungs-Kommis von 1858. Die Handelskammer Frankfurt/M. hatte ihren Mitgliedern am 2. Aug. empfohlen, den Angestellten, die bis 3000 Mark verdienten, nur noch 33 %, den höher Verdienenden nur noch 25 % ihres Gehalts weiterzuzahlen. Vgl. E. Steinitzer, Der Krieg u. die Angestellten, in: Jb. d. Angestelltenbewegung 1914/15, 182 f. — Weitere Beispiele in: Corr.bl. 24. 1914, 639 f. und 25. 1915, 90 f.; Archiv 41. 1916, 584 ff., bes. 589, 602 f.

²⁰ Nach ebd. 44. 1917/18, 321. Ähnliche Zahlen für die nächsten Jahre fehlen leider. Vgl. A. Günther, Die gesunkene Kaufkraft des Lohnes und ihre Wiederherstellung II, Jena 1919, 44.

²¹ Vgl. oben S. 16 f. Dies gilt wohl auch für den nicht ganz auszuschließenden Fall, daß die angegebenen Jahresverdienste Kriegsteuerzulagen nicht einschlossen. Diese waren in jedem Fall sehr gering. Insofern nicht zutreffend: Stegmann, Repression, 378. — Die Siemens-Angestellten erhielten 1915 nicht die ansonsten regelmäßig durchgeführte jährliche Gehaltsaufstockung. Vgl. SAA Vst. S&H/SSW 24. 1. 1916, Punkt 1. Erst im Februar 1916 wurde die jährliche Gehaltsregulierung wieder aufgenommen.

²² Nach SAA 11 Lr 544 und Vst. SSW am 29. 7. 1918. Nach erneuter Erhöhung der Zulagen betrug diese ab 1. 7. 1918 für verheiratete männliche Angestellte 120 Mk. pro Monat, für ledige männliche 80 Mk., für alle weiblichen 80 Mk., für alle unter 19 Jahren 50 Mk. — Zu den Gehältern bei Siemens 1912: Kocka, Unternehmensverwaltung, 573. — Die Kinderzulage fürs erste und zweite Kind betrug je 30, für das dritte und jedes weitere Kind 35 Mk. — Teuerungszulagen gab es bei Siemens seit 1912 (15 bzw. 20 Mk. pro Monat), waren also keine Erfindung der Kriegsinflation. Vgl. SAA Vst. SSW 26. 10. 1917, Punkt 2. — Hinsichtlich der Zahlung der Zulagen sprachen sich Siemens und AEG regelmäßig ab. — Eine außerordentliche Erhöhung des Grundgehalts nahm man im Krieg bei Siemens nur einmal vor (um 5 %), jedenfalls soweit aus den Vorstandsprotokollen ersichtlich. Vgl. SAA Vst. SSW 14. 8. 1917. Die jährlichen, primär nach Senioritätsgesichtspunkten vorgenommenen „Gehaltsregulierungen“ fanden mit der Unterbrechung von 1915 jedoch jeden Februar statt.

²³ Dieses Argument von Borsig (1918) bei Feldman, Army, 468. — Der Schlichtungsausschuß nach dem HDG zwang die AEG im Herbst 1917, ihren Angestellten die Zusicherung zu geben, daß eine Zurücknahme oder Reduzierung der Zulagen erst nach einer Dreimonatsfrist effektiv würde. Da Siemens und AEG „Gleichmäßigkeit vereinbart“ hatten, gab jene Firma ihren Angestellten dieselbe Zusicherung. Vgl. SAA Vst SSW 26. 10. 1917, Punkt 2.

²⁴ Vgl. DHW 25. 1918, 40. Nach dieser Umfrage ergaben sich als jährliche Durchschnittseinkommen der Handlungsgehilfen: am 1. 8. 1914: 2393 Mark, am 31. 12. 1914: 2266 Mark, am 31. 12. 1915: 2632 Mark, am 31. 12. 1917: 2829 Mark. — Vgl. auch Schwarz; danach stiegen in Nürnberg die Verdienste der technischen und kaufmännischen Angestellten von Kriegsbeginn bis November 1917 nur um 20 %.

²⁵ Protokoll einer Besprechung mit Vertretern der Meistervereinigung v. 7. 7. 1917 in SAA 11 Lr 544. Die Meister hätten mit „Mißmut“ und „verbittert“ gesprochen. Schon am 27. 6. 1916 hatte die Meistervereinigung um Gehaltsaufbesserung gebeten: „Wir erlauben uns deshalb nochmals die ergebene Bitte an eine hochwohlblöbliche Ge-

neraldirektion zu richten, unsere Gehaltsverhältnisse in wohlwollender Weise zu prüfen und den Zeiten angemessen aufzubessern" (ebd.).

²⁶ Vgl. S. Aufhäuser, Weltkrieg u. Angestelltenbewegung, Berlin 1918, 40; Kocka, Unternehmensverwaltung, 490 ff. zur relativen Bewegung von Angestellten- und Arbeiterverdiensten in einem großen Unternehmen bis 1914.

²⁷ Vgl. DIBZ 13. 1917, 197.

²⁸ Vgl. DHW 25. 1918, 39: „Während sowohl die militärischen wie die bürgerlichen Behörden mitsamt den Arbeitgebern ungezählte Zugeständnisse machten, mußten die Berufsverbände der Angestellten unausgesetzt um die wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Angestellten ringen. Die Lohnforderungen der Arbeiter wurden fast restlos erfüllt, und der Beispiele gibt es ungezählte, daß die Arbeiter in Rüstungsbetrieben durchweg ein höheres Einkommen erzielten als die Angestellten in den gleichen Betrieben. Gegen diese Geringschätzung der geistigen Arbeit haben wir uns unausgesetzt gewehrt in zahllosen öffentlichen Versammlungen und Eingaben.“

²⁹ Nach einer internen Aufstellung der Sozialpolitischen Abteilung der Siemens-Unternehmen in SAA 4/ Lf 837. Arbeiter und Angestellte verstehen sich ohne Jugendliche; „Normalbeteiligte“ hießen bestimmte, durch die Bezahlungsweise hervorgehobene höhere Angestellte; die Zahlen für 1914 fehlen in der Aufstellung.

³⁰ Vgl. M. Victor, Verbürgerlichung des Proletariats u. Proletarisierung des Mittelstandes, Die Arbeit 8. 1931, 23; G. Bry, Wages, 362; F. W. Fischer, Die Angestellten, ihre Bewegung u. ihre Ideologien. Diss. Heidelberg 1931, 39; R. K. Burns, The Comparative Economic Position of Manual and White-Collar Employees, Journal of Business 27. Chicago 1954, 257—267; Bureau International du Travail, Fluctuations des salaires dans différents pays de 1914 à 1922, Genève 1923, 74 f.

³¹ Zahlen zur Geldentwertung in Deutschland 1914—1923, bearb. im Statist. Reichsam (= Sonderh. 1 zu „Wirtschaft und Statistik“ 5), Berlin 1925, 43.

³² MB, 8. 9. 1916, 3.

³³ MB, 17. 11. 1916, 8.

³⁴ Vgl. z. B. MB, 3. 2. 1917, 9; 3. 5. 1917, 20 f.; 3. 6. 1918, 33; 3. 9. 1918, 34; vgl. auch Ay, Entstehung einer Revolution, 94 ff.

³⁵ Winters, 51, 52; vgl. auch Kalmer, 212.

³⁶ Nach SAA 29/Le 932, 1.

³⁷ So das Danziger AK in MB, 3. 4. 1917, 7. Am ehesten fehlten qualifizierte Techniker, berichtete das Straßburger AK ebd. Vgl. auch MB, 3. 1. 1918, 36: „Ganz besonderer Unwille über das Gesetz [das HDG] herrscht bei den gebildeten Leuten über die Zumutung zu untergeordneter Tätigkeit.“

³⁸ Zahlen in: Archiv 41. 1916, 574 f.

³⁹ Vgl. die Ausführungen des Vorsitzenden des „Hamburger Vereins für Handlungs-Commis von 1858“: C. Köhler, Die Privatbeamtenpolitik nach dem Kriege, Bonn 1916, 9.

⁴⁰ Vgl. DHW 24. 1917, 35 f.: „... das Durchschnittsgehalt der Handlungshelfen hat sich mit Ausnahme dessen für die jüngeren Angestellten kaum gehoben. Gerade aber die jetzige Bezahlung der jüngeren Kräfte zeigt, wie nur ein durch die Verhältnisse ausgeübter Druck eine wesentliche Verbesserung der ganzen Gehaltsentwicklung herbeigeführt werden kann. Die jungen Kräfte sind nicht allein sehr gesucht, sondern auch am beweglichsten, da sie meistens noch unverheiratet sind. Sie können die Kriegskonjunktur ausnutzen, ohne fürchten zu müssen, sich in ihrer Zukunft damit zu schädigen. Besonders sind es die Maschinenschreiber und Stenographen, die am leichtesten Sprünge nach oben machen. Sie haben den Vorzug, daß ähnlich wie beim gewerblichen Arbeiter weniger ihre Persönlichkeit, sondern mehr ihre mechanische Fertigkeit bewertet wird, ihre Leistung also auch leichter meßbar ist wie die des normalen kaufmännisch gebildeten Angestellten. Alle diese Ursachen führten dazu, daß manche Prin-

zipale jetzt auf einmal für jüngere Arbeitskräfte Gehaltssätze bewilligen, die sie früher nicht im Traum für möglich gehalten hätten.“ — Umgekehrt erreichten die knappen, überanstrengten Arbeiter in den kriegswirtschaftlichen Betrieben jetzt Vorteile, die bisher als Privileg der Angestellten gegolten hatten. So beschloß der S&H/SSW-Vorstand am 20. 6. 1918 (Punkt 3), daß das Recht auf Urlaub bei den Arbeitern nicht mehr auf solche mit langjähriger Betriebszugehörigkeit beschränkt sein sollte (SAA Vst.).

⁴¹ Vgl. Köhler, 33 f.; Falkenberg, 46 f.: in der preußischen Eisenbahnverwaltung seien 1914 kaum 10 000, 1918 aber 100 000 Frauen beschäftigt gewesen. — Vgl. MB, 3. 4. 1917, 7: Das Magdeburger AK schrieb: „Ein allgemeines Überangebot von Frauen besteht für Schreib- und Kontorarbeiten, Kammer- und Küchenarbeiten bei den militärischen Stellen.“

⁴² Dazu MB, 3. 6. 1918, 25; 3. 7. 1918, 12, 14, 15, 18; 3. 8. 1918, 5 ff.

⁴³ Für eine bessere Sicherung des Vereins- und Koalitionsrechts und gegen den „Herrendünkel“ mancher Unternehmer hatte er sich schon vor 1914 stark gemacht. Vgl. zu der Mischung von antikonservativer Radikalität und expansivem, antisozialistischen, rassistisch getönten Chauvinismus, die in den letzten zwei Jahrzehnten des Kaiserreichs tatsächlich in einigen Aspekten eine Vorwegnahme späterer nationalsozialistischer Ideologien darstellte: I. Hamel, Völkischer Verband u. nationale Gewerkschaft. Die Politik des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes 1893—1933, Frankfurt 1966.

⁴⁴ Zu Maßregelungen der Arbeitgeber gegenüber dem Butib, dem DTV und dem DHV sowie zur permanenten Weigerung der meisten Unternehmer, Angestelltenverbände als Verhandlungspartner anzuerkennen: Archiv 44. 1917/8, 329 ff. Weiterhin DIBZ 11. 1915, 91 ff.; 13. 1917, 85 ff.; 14. 1918, 10 ff., 22, 101 ff.; DHW 25. 1918 35, 40. — Die Arbeitgeber hatten bereits vor 1914 (ähnlich wie auch die mittelständischen Angestelltenorganisationen) immer wieder die Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten, deren „Beamtencharakter“ und deren individuelles, gewerkschaftlichem Verhalten widersprechendes Verhältnis zum Unternehmer betont. Daran hielten sie fest und kritisierten jedes kollektive Vorgehen der Angestellten. Vgl. DAZ 13. 1914, am 19. Juli gegen den Butib; 15. 1916, am 5. März gegen den DTV und den Werkmeister-Verband; 16. 1917, am 14. Okt.: die DTV-Forderungen atmeten „Luft des Klassenkampfes“; 17. 1918 am 1. Sept.: „Die Angestellten auf dem Kriegspfad“ und am 15. Sept. gegen den DHV.

⁴⁵ Vgl. die Beispiele behördlicher Eingriffe in Polizeibeamtenvereine bei Winters, 22 f., 84 f.; sowie Kalmer, 214.

⁴⁶ So der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen nach DIBZ 14. 1918, 7. Ähnlich der Vorsitzende des 58er-Vereins: Köhler, 19 ff. Doch muß er zugleich (S. 11) eine „gewisse Verschärfung der Anschauungen“ unter seinen Kollegen zugeben.

⁴⁷ Vgl. den DHV-Vorsitzenden Bechly: „Die Mißachtung geistiger Arbeit“ in DHW 24. 1917, 33 ff.: Die Gehaltsfrage „ist und bleibt eine Machtfrage“, und: „Wenn man dabei auch durchaus nicht gleich an gewaltsame Auseinandersetzungen wie Streik oder ähnliche Lohnkampfformen zu denken braucht“, so sei sie doch „ohne einen gewissen Druck“ nicht zu lösen. Im Juli 1917 sprach Bechly bereits von der Verarmung der Angestellten als „Systemfehler“ (ebd., 89).

⁴⁸ Mindestgehälter wurden eine Hauptforderung der 1916 gegründeten „Arbeitsgemeinschaft Kaufmännischer Verbände“, der alle größeren Handlungsgehilfen-Organisationen (ohne den sozialistischen „Zentralverband“) angehörten. Vgl. den Abdruck der geforderten Mindestsätze in: DHW 24. 1917, 91.

⁴⁹ Vgl. DHW 24. 1917, 89 f.; 26. 1919, 53 f.: „Ein erfolgreicher Riesenstreik“. Der Artikel trug das Motto „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will!“

⁵⁰ Zugeständnisse der Unternehmensleitung nach Intervention des Kriegsamtes wendeten ihn ab. Vgl. DHW 25. 1918, 19.

⁵¹ Vgl. Ay, 101 f., 198; Schwarz, 184.

⁵² Einer der ganz wenigen, zudem erfolglosen Angestelltenstreiks vor dem Krieg wurde 1911 vom Butib durchgeführt. Oft wirkten dagegen Angestellte als Streikbrecher und übernahmen die Arbeit von streikenden Arbeitern. Vgl. Ph. Lotmar, Die Streikarbeit, Jb. d. Angestelltenbewegung 1914/15, 83 (ein Beispiel von 1912). — Zu Angestelltenstreiks 1919 vgl. Archiv 47. 1920/21, 602 f.

⁵³ DHW 25. 1918, 48.

⁵⁴ Oft scheinen die Unternehmensleitungen auf lange bestehende, geselligen Zwecken dienende Vereine zurückgegriffen und sie aktiviert zu haben. In den Jahrgängen 1917 und 1918 der Angestelltenzeitschriften findet sich eine lebhaft Kritik der „Gelben“. — Vgl. auch die Schrift des Geschäftsführers des („gelben“) Vereins der Kruppischen Beamten: A. Heinrichsbauer, Die Privatangestellten der Großbetriebe u. ihre Organisation, Essen 1918; Aufhäuser, 105 ff.; Archiv 44. 1917/18, 340 f.; Stegmann, Repression, 370, 378, 389 f. Ebd., 392 ff. zur erfolglosen präfaschistischen DAAP, die sich an Arbeiter und Angestellte zugleich richtete; sie setzte also, ähnlich späteren nationalsozialistischen Appellen, auf eine Integrationsstrategie, die im Unterschied zur traditionellen Mittelstandspolitik nicht den Standesunterschied zwischen Arbeitern und Angestellten mit anti-proletarischer Stoßrichtung ausspielte, sondern auf einen egalitären Appell mit nationalistischer, anti-gouvernementaler, anti-sozialistischer und anti-semitischer Demagogie baute.

⁵⁵ Zitate aus einem streng vertraulichen Rundschreiben des Hamburger Redakteurs und Unternehmers der „Hanse“ (Moritz Müller), das eine unvollständige Liste von Firmen enthält, die die „Hanse“ mit Spenden bis zu 4500 Mk. jährlich unterstützten (darunter Borsig, Krupp, S&H, SSW, AEG, Bank für Handel und Industrie, die Werft Blohm & Voß, Vulkan-Werke, die Singer-Nähmaschinenfabrik, die Iduna-Versicherungs-AG u. a.), veröffentlicht in Bergarbeiter-Zeitung, Nr. 36, 7. Sept. 1918. Diesen Hinweis verdanke ich W. Berg, der in seiner Staatsarbeit („Herr im Hause“ oder Emanzipation der Arbeitnehmer“, Freiburg 1972) die letztlich erfolglose unternehmerische Unterstützung „gelber“ Verbände im Ruhr-Bergbau hinsichtlich der Werkmeister ebenso herausarbeitet wie die immer klarer gewerkschaftliche Orientierung des „Deutschen Werkmeister-Verbandes“ (119—25). Als Geschichte eines im Weltkrieg wirtschaftsfriedlichen Verbandes vgl. H. Spethmann, Der Verband technischer Grubenbeamten 1886—1936. Eine Festschrift, Gelsenkirchen 1936, bes. 120 f. — Zur „Hanse“ auch: Stegmann, Repression, 390.

⁵⁶ Vgl. oben Anm. 54. Eine scharfe Kritik der offiziellen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ Nr. 389 vom 1. Aug. 1918 an der „Hanse“ druckt die Bergarbeiter-Zeitung v. 7. Sept. 1918. — Vgl. auch Stegmann, Repression, 391 zur skeptischen Einschätzung des Erfolges der „Gelben“ mit weiteren Belegen. — Vgl. auch unten Anm. 61.

⁵⁷ Vgl. Umbreit/Lorenz, 180.

⁵⁸ Vgl. Ay, 102, 192 f. für München; Schwarz, 185 für Nürnberg.

⁵⁹ Vgl. Retzlaw, 44.

⁶⁰ Weniger Gefahr erwartete er von den besser bezahlten Rüstungsarbeitern. MB, 3. 9. 1918, 32.

⁶¹ Am 3. 11. 1917 wurde außerdem die „Vereinigung Deutscher Privatbeamten- und Angestellten-Verbände“ gegründet, die vor allem aus Verbänden bestand, die sich bis dahin weder gewerkschaftlich noch sozialpolitisch engagiert hatten, sondern vor allem Unterstützungs- und Versicherungsfunktionen (neben geselligen) wahrgenommen hatten (so der Magdeburger Deutsche Privatbeamten-Verein). Diese „Vereinigung“ wurde von anderen Organisationen als „gelb“ abgelehnt, wehrte sich aber

dagegen. Ihr Vorsitzender, Dr. Görnandt, gehörte der „Gesellschaft für soziale Reform“ an. Sie beabsichtigte, „an einer einheitlichen Privatbeamten- und Angestelltenbewegung und an einer zielbewußten Standespolitik“ zu arbeiten. Sie war mittelständisch orientiert und scheint sich nicht als gewerkschaftliche Organisation verstanden zu haben. Andererseits nahm die „Hanse“ nicht auf sie Bezug, sah in ihr nicht den überregionalen und überberuflichen „gelben“ Angestelltenverband, den sie forderte. Die Entwicklung dieser „Vereinigung“ ist unklar. Nach „Gruben- und Fabrikbeamten-Zeitung“ Nr. 146, 18. 11. 1917, und W. Berg, 121.

⁶² Vgl. DIBZ 13. 1917, 7 f., 35, 145; DHW 25. 1918, 6, 19.

⁶³ Die 1913 gegründete „Arbeitsgemeinschaft zur Herbeiführung eines einheitlichen Angestelltenrechts“ umschloß Verbände mit verschiedener beruflicher Basis, jedoch vor allem Techniker. Sie orientierte sich im Krieg immer klarer gewerkschaftlich, erweiterte ihre Aufgaben und wandelte sich im Herbst 1917 in die „Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände“ (AFA) um. Die gemäßigte „Arbeitsgemeinschaft technischer Verbände“ und die mittelständische „Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Verbände“ behielten dagegen im Krieg ihre berufliche Homogenität. Vgl. unten die Tabelle auf S. 81. Erst nach der Revolution kristallisierte sich eine klare Dreiteilung der Angestelltenorganisation entlang ideologischer Unterschiede (parallel zu den Arbeitergewerkschaften) heraus, so daß Berufszugehörigkeit aufhörte, Gliederungskriterium zu sein. Zum Abkommen der drei Föderationen im Juli 1917 vgl. Reichsarbeitsblatt. Sonderh. 16. 1918, T. I, 12. Einen Überblick über die Organisationsgeschichte gibt Hartfiel, 140 ff.

⁶⁴ Vgl. das grundsätzliche Plädoyer des DHV für „Kaufmannskammern“ in DHW 25. 1918, 2, 19. Er wandte sich aber zugleich dagegen, in die Handelskammern der Selbständigen einbezogen zu werden. — Den (nicht mehr verabschiedeten) Regierungsentwurf, der Angestelltenkammern (also eine überberufliche Organisationsform) vorsah, begrüßte der DHV: ebd. 49 f.

⁶⁵ Im Butib häuften sich diese Stimmen in der zweiten Kriegshälfte. Vgl. noch DIBZ 11. 1915, 196 f. als Beispiel der traditionell freundlich-neutralen Haltung gegenüber den Freien Gewerkschaften. Dagegen ebd. 13. 1917, 39 als Plädoyer für weitergehende Zusammenarbeit mit den Arbeiterorganisationen, gegen die Bedenken der traditionellen Verbände und der Arbeitgeber (ebd. 43). Nachdem der Herausgeber des „Correspondenzblattes der Generalkommission“, P. Umbreit, eine feste „Arbeitsgemeinschaft“ zwischen Angestellten und Arbeitern gefordert hatte — man dürfe nicht „auf halbem Wege stehen bleiben“ (Die deutschen Gewerkschaften im Weltkriege, Berlin 1917, 87) — reagierte der Butib positiv: DIBZ 13. 1917, 199 f. — Diese Hinwendung zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften vollzog der Butib, obwohl sich 1915 eine eher linke Minderheit von ihm abgespaltete. Vgl. Corr.bl. 25. 1915, 227, 451.

⁶⁶ Vgl. DIBZ 13. 1917, 52—55.

⁶⁷ Allerdings schlossen sich längst nicht alle Angestelltenverbände dem „Volksbund“ an. Vgl. oben S. 47 und Stegmann, Repression, 389 f.

⁶⁸ Vgl. DHW 25. 1918, 19 und oben Anm. 64 zur abweichenden Haltung des DHV in dieser Frage.

⁶⁹ Das hieß umgekehrt, daß sich die Angestelltenverbände viel weniger von ihren Mitgliedern entfremdeten als die so weit integrierten Arbeitergewerkschaften, ihre Äußerungen also eher als Quelle für das sich wandelnde Denken in der Angestelltenschaft herangezogen werden können.

⁷⁰ Zusammengestellt nach Reichsarbeitsblatt. Sonderh. 11. 1915, T. II, 22 ff.; 16. 1918, T. II, 8 ff.; 19. 1919, T. II, 8 ff., 40 ff.; 22. 1920, T. II, 29 ff. Die Zahlen wurden im Statistischen Reichsamt (Abt. f. Arbeiterstatistik) bearbeitet und beruhen auf Angaben der Verbände. Einige kleine Verbände, die mehr als einmal keine Angaben machten, sind in der folgenden Tabelle nicht aufgeführt, jedoch in den Anmerkungen 71 und 73 genannt. Ihre Nichteinbeziehung dürfte an dem Gesamtbild wenig ändern.

⁷¹ Außerdem gehörten zur AKV: Der Allg. Dt. Buchhandlungsgehilfen-Verband, Leipzig; der Buchhandlungsgehilfen-Verein, Leipzig; der Deutsche Bankbeamten-Verein, Berlin. Vgl. letzte Anm.

⁷² Der Deutsche Chorsänger-Verband, Mannheim (1884) nahm 1916 die Ballet-Union, Mannheim (1912) in sich auf. Die angegebenen Zahlen für 1913 und 1915 umfassen die Mitgliedschaften beider Verbände.

⁷³ Die AfA umfaßte weiterhin den Allgemeinen Verband d. Dt. Bankbeamten, Berlin; die Allgemeine Vereinigung Dt. Buchhandlungsgehilfen, Berlin; den Dt. Steigerverband, Essen; den Dt. Vorzeichner-Verband, Dortmund; den Verband der Kunstgewerbezeichner, Berlin; den Verband technischer Schiffsoffiziere, Hamburg; den Verein Dt. Kapitäne und Schiffsoffiziere der Handelsmarine. (Vgl. Anm. 71.)

⁷⁴ Die Zahl liegt nicht vor. Um die Vergleichbarkeit zu erhalten, wurde, dem allgemeinen Trend entsprechend, die Zahl von 1913 eingesetzt.

⁷⁵ Der Deutsche Techniker-Verband ging Ende 1918 in dem Bund der technisch-industriellen Beamten auf.

⁷⁶ Der Deutsche Polier-Bund gab für 1918 nur seine Gesamtmitgliedschaft, also einschließlich der selbständigen Mitglieder, mit 6200 an. Dem Verhältnis von Selbständigen und Angestellten in diesem Verband während der Vorjahre entsprechend, wurde die Hälfte als Zahl der Angestellten angenommen.

⁷⁷ Vgl. das Referat des AfA-Vorsitzenden: S. Aufhäuser, Die freie Angestellten- und Arbeiterbewegung. Referat am 1. ordentl. Bundestag der technischen Angestellten u. Beamten am 14. 6. 1920, Berlin 1920, bes. 11 ff.

⁷⁸ Das gilt vor allem für den DHV. Vgl. zu dessen weiterer Entwicklung: Hamel; zur liberalen Richtung: Epochen der Angestelltenbewegung 1774—1930. Gewerkschaftsbund der Angestellten Hg., Berlin 1930, 167 ff.

⁷⁹ Die Zunahme und Verschärfung der Angriffe auf die „geschlossene Masse des Kapitals“, den „Herrn-im-Haus“-Standpunkt, etc. läßt sich in der DHW 1916—1918 besonders klar verfolgen, wenn auch der DHV letztlich nicht aufhörte, an einer späteren, durch Sozialpolitik und Umerziehung der Unternehmer erreichbaren Harmonie ohne Änderung der Produktionsverhältnisse als Ziel festzuhalten. Vgl. etwa DHW 24. 1917, 81.

⁸⁰ Vgl. oben Kap. II Anm. 237—38 zur Mitarbeit von Angestellten in der USPD Münchens und Nürnbergs; Archiv 47. 1920/21, 585—619 zum Verhalten der Angestelltenverbände in der Revolutionszeit. Den Linksruck der Angestellten interpretiert hier E. Lederer m. E. zu sehr als opportunistische Anpassung an die Revolution, zu wenig als lange vorbereitete Folge des Krieges und der durch ihn bewirkten Veränderungen. Vgl. auch v. Oertzen, 227 f.

⁸¹ So das Württembergischer KM in MB, 3. 7. 1917, 21 (dort auch ähnliche Stimmen anderer Berichterstatter); vgl. auch MB, 3. 6. 1917, 17 dasselbe Argument seitens des Frankfurter AK, und immer noch: MB, 3. 9. 1918, 34.

⁸² MB, 3. 7. 1918, 22.

⁸³ Vgl. auch Deist, Militär 700 f., 856 (April u. Aug. 1917).

⁸⁴ Man lese den mühsamen Aufstieg eines mittleren Postbeamten oder eines Landbriefträgers vor 1914 bei Winters, 39 ff., 42 ff., um zu verstehen, was auf dieser Ebene des kleinen und mittleren Beamten an sozialen und psychologischen Einsätzen jetzt in Frage gestellt oder zerstört wurde. Vgl. auch Schwarz, 179 f.

⁸⁵ Riezler, 247 (am 17. 2. 1915).

⁸⁶ Darauf machten die MB immer wieder aufmerksam, so 3. 8. 1917, 16 und 3. 11. 1917, 21 ff.

⁸⁷ Mitgeteilt vom V. AK (Posen) in MB, 3. 10. 1918, 27.

⁸⁸ MB, 3. 6. 1918, 25. Das Ka. kommentiert (ebd.): „Die Stimmung des Mittelstandes ist unverändert ruhig, aber gedrückt.“

⁸⁹ Das schreibt der Beamtenfunktionär Winters, 89.

⁹⁰ Vgl. W. Elben, Das Problem der Kontinuität in der deutschen Revolution, Düsseldorf 1965, allerdings nur in bezug auf die obersten Spitzen der Beamtenschaft.

⁹¹ Daß solche Ansätze gleichwohl nicht ganz fehlten, zeigt Stegmann, Zwischen Repression, 385—414.

⁹² Nach Schwarz, 194.

⁹³ Vgl. Winters, 89 ff.; 90 über die Eisenbahnbeamten: „Hier hat fast jede Klasse ihre besondere Organisation, vom Obersekretär herab bis zum letzten Unterbeamten, wobei es aber auch Verbände gibt, die mehrere Klassen umfassen. Sogar Angehörige einer und derselben Klasse haben nebeneinander mehrere Klassenorganisationen gebildet...“, und zwar getrennt nach Landesteilen, Verwaltungs- und Kanzleidienst, nach Art des Eintritts in den Dienst u. a. Kriterien.

⁹⁴ Vgl. A. Falkenberg, Die Interessengemeinschaft deutscher Reichs- u. Staatsbeamtenverbände, Beamten-Jahrbuch 4. 1917, 93—96. Die „Interessengemeinschaft“ nahm Kontakte mit dem seit 1892 bestehenden „Verband deutscher Beamtenvereine“ (Anfang 1917 ca. 288 000 Mitglieder) auf und kooperierte mit ihm ab Sept. 1917 im „Reichsarbeitsausschuß“ beider Organisationen. Der „Verband deutscher Beamtenvereine“ kümmerte sich primär um Pensions- und andere Wohlfahrts-einrichtungen für Beamte, war aber keine „Standesvertretung“, die sich sozial- und allgemeinpolitisch für ihre Mitglieder engagierte. Auf dieser Basis wurde eine Arbeitsteilung zwischen ihm und der politisch aktiveren „Interessengemeinschaft“ verabredet. Genauer über beide Organisationen bei: K. Ritter v. Scherf, Die Entwicklung der Beamtenbewegung u. ihre Interessenvertretung, Diss. (staatswiss.) Greifswald (1919), 87 ff., 99 bis 104; Winters, 96—101.

⁹⁵ Vgl. Falkenberg, Beamtenbewegung, 69 (Aufzählung der betreffenden Beamtenverbände).

⁹⁶ Vgl. ders., Interessengemeinschaft, 95; ders., Beamtenbewegung, 20 f.; 20 die Mitgliederverbände der „Interessengemeinschaft“, die keine Einzelmitglieder, sondern nur Fachverbände aufnahm.

⁹⁷ So 1917 der gemäßigte Redakteur der „Deutschen Postzeitung“ F. Winters (Die deutsche Beamtenfrage, 24), der damit zugleich auf die Parlamentarisierungsschritte im Reich aufmerksam machte. Zur politischen Tätigkeit der „Interessengemeinschaft“: von Scherf, 101—04.

⁹⁸ So sehr deutlich und detailliert: Winters, 22—30; H. Potthoff, Zur Frage: Beamtenverein u. Politik, Beamten-Jahrbuch 4. 1917, 174—76. Diese seit 1914 erscheinende „Vierteljahrsschrift f. d. gesamte Beamtenbewegung“ stand der „Interessengemeinschaft“ sehr nahe. Sie wurde von dem ehem. freisinnigen Reichstagsabgeordneten H. Potthoff und dem späteren SPD-Reichstagsabgeordneten A. Falkenberg herausgegeben, der zugleich Redakteur der „Gemeinschaft“, d. h. des Organs der „Interessengemeinschaft“, war. Das Jahrbuch veröffentlichte u. a. Artikel von liberalen und sozialdemokratischen Politikern, so 1917 „Der Beamte im Volksstaat“ von F. Naumann (169—73) und „Vom Segen der Selbsthilfe“ von H. Peus (70—74). — Vgl. auch zu ähnlichen Tendenzen in Bayern: Kalmer, 211—20. — Zum „Volksbund für Freiheit und Vaterland“ vgl. oben Kap. II, Anm. 212.

⁹⁹ Vgl. die letzte Anm. und zu Bayern: Kalmer, 215, 217, 220.

¹⁰⁰ Dieser Ausdruck von M. Doeberl bei Kalmer, 250 f.

¹⁰¹ Vgl. Falkenberg, Beamtenbewegung, 23 ff., 50 ff.; Kalmer, 220—49.

¹⁰² Nach StDtr 466. 1937, 188 ff. Zur Einteilung in Kriegs- und Friedensindustrien: oben S. 13. Die Zahlen nennen technische Betriebseinheiten, also nicht nur selbständige Unternehmer, deren Anzahl etwas geringer war, doch genügen diese Angaben für Vergleichszwecke.

¹⁰³ Nach F. H. Will, Das Handwerk als Kriegslieferant, Hannover 1923, 40. Aufgrund von Handwerkskammerberichten stellt auch R. Fichte (Die große Zeit im Deut-

schen Handwerk, Berlin 1922, 15 ff.) Zahlen zu Schließungen in einzelnen Bezirken zusammen.

¹⁰⁴ Vgl. HWZ 17. 1917, 48.

¹⁰⁵ MB, 3. 2. 1917, 9. — Das Posener AK fügt hinzu (ebd.): „Einzelne Handwerksbetriebe, insbesondere die der Tischler, Klempner, Schlosser und Schneider haben wenig Arbeit und Verdienst.“

¹⁰⁶ Zit. bei Oberbürgermeister i. R. Peppel, Die Durchführung von Zusammenlegungen (Stilllegungen) in der Industrie während des Krieges 1914—1918, 1. Teil. National Archives Microcopy T 77 Roll 343, 80 728—80 981, 6.

¹⁰⁷ Vgl. NHWZ 22. 1917, 37 f., 58 f., 137 f.; 23. 1918, 2; HWZ 16. 1916, 291 f.; 17. 1917, 63. Der 18. Handwerks- und Gewerbekammertag erließ Richtlinien zur Zusammenlegung von holzverarbeitenden Industrien (ebd., 163 f.). — Peppel unterstrich den sehr begrenzten Erfolg der Stilllegungsaktionen und sah dessen Gründe vor allem in der Ineffizienz der Verwaltung.

¹⁰⁸ Genaue Statistiken standen offenbar selbst den die Angelegenheit bearbeitenden Behörden nicht zur Verfügung. Zur großen, Ende 1917 noch steigenden Macht des Ka. d. Dt. Ind. in den entsprechenden Stilllegungsentscheidungen vgl. Peppel, 21, 31. — Vgl. auch MB, 3. 8. 1917, 17: Das Württembergische Kriegsministerium warnt vor zu rigorosem Vorgehen gegenüber den Kleingewerbetreibenden seines Staates: „Sie leiden größtenteils ohnehin mehr unter dem Krieg als andere Gruppen, da eine Menge dieser Betriebe entweder schon jetzt ganz eingestellt oder doch außerordentlich eingeschränkt werden mußten... Ein Überspannen des Bogens bei Stilllegung württembergischer Betriebe würde zweifellos zu höchst unangenehmen Folgen führen“, insbesondere wenn sich der Eindruck dabei verstärkte, daß dies zugunsten der preußischen Industriegebiete geschehe. Dazu oben S. 62 und 177, Anm. 298.

¹⁰⁹ Vgl. dazu Corr.bl. 27. 1917, 177 ff.; W. Schmidt, Das deutsche Handwerk im Weltkriege, Diss. (staatswiss.) Erlangen 1927, Essen 1929, 18 ff.; Mitteilungen der Handwerkskammer zu Münster 1917, 182 (mit Zahlen für 1914—17).

¹¹⁰ Vgl. Fichte, 11 f., 27 ff., 33.

¹¹¹ Vgl. MB, 15. 4. 1916, 7: Das VI. AK in Breslau meldete Klagen des Groß- und Kleinhandels über ihre Ausschaltung mit zunehmender Zentralisierung und Kommunalisierung der Lebensmittelversorgung; ähnlich MB, 26. 9. 1916, 11, 13. — Der Staatssekretär des neuen Reichswirtschaftsamtes erklärte am 13./14. März 1918 im Reichstag (Sten. Ber. Reichstag 311, 4354 ff.): „Am allerschwersten hat der kaufmännische Mittelstand gelitten; hinzu kommt, daß ihm die Sympathien nicht gewidmet wurden, die dem Handwerk zuteil wurden.“ — Vgl. ähnlich F. Schär, Umgestaltung u. Neuorientierung des Handels infolge des Krieges, Berlin 1916, 14 f.; Schmidt, 32, Grebler u. Winkler, 54, 94.

¹¹² Zu ökonomischen Erfolgen und Fortschritten zumindest einzelner Handwerkszweige vor 1914 (entgegen dem allgemeinen Eindruck) vgl. W. Fischer, Rolle; Noll, 193—217. — Die Tatsache, daß die Handwerker (mit) am schwersten unter dem Krieg litten, wird in neueren Darstellungen meist pauschal und undifferenziert konstatiert. Vgl. Feldman, Army, 464 f.; DIEW 3, 332; Ay, 98 ff.; Schwarz, 178 f.; Winkler, Mittelstand, 27 f., 61.

^{112a} Zitat nach W. Schmidt, 35, der solche Klagen der Handwerkskammern nennt und ebenfalls vor ihrer Verallgemeinerung warnt.

¹¹³ Wernet, 77.

¹¹⁴ Anteil der Betriebe mit 1—10 Beschäftigten an der Gesamtzahl der Gewerbe insgesamt und in ausgewählten Gewerbebezügen 1882, 1895, 1907 und 1925 (in %) (technische Einheiten):

	1882 Diff.	1895 Diff.	1907 Diff.	1925
Gewerbe überhaupt	98,5 —1,2	97,3 —1,0	96,3 —1,5	94,8
Industrie u. Handwerk	98,2 —1,5	96,7 —1,8	94,9 —1,9	93,0
Handel u. Verkehr	99,2 —0,6	98,6 —0,4	98,2 —1,1	97,1
Industrie, Steine, Erden	90,7 —8,4	82,3 —5,9	76,4 —1,1	75,3
Maschinen, Apparate	81,4 —9,7	71,7 —6,4	65,3 +10,3	75,6
E.-Techn. Industrie	83,4 —8,3	75,1 —2,1	73,0 +10,5	83,5
Textil-Industrie	98,4 —1,7	96,7 —3,2	93,5 —3,8	89,7
Papier-Industrie	91,5 —4,4	87,1 —3,2	83,9 —6,5	77,4
Leder, Linoleum	98,2 —1,1	97,1 —1,0	96,1 —1,4	94,7
Holz u. Schnitzstoffe	99,2 —1,2	98,0 —1,8	96,2 —2,7	93,5
Musikinstrumente, Spielwaren	94,3 +0,1	94,4 —1,5	92,9 —0,3	92,6
Nahrungs- u. Genußmittel	98,2 —0,9	97,3 —0,7	96,6 —0,5	96,1
Bekleidungs-gewerbe	99,7 —0,4	99,3 —0,4	98,9 —0,7	98,2
Baugewerbe	95,7 —3,4	92,3 —3,8	88,5 —0,3	88,2
Handel	99,3 —0,4	98,9 —0,6	98,3 —0,9	97,4
Gaststätten	99,4 —0,8	98,6 —0,2	98,4 —0,8	97,6

Quelle: StDDr 466. 1937, 188 ff. — Zur langsameren Abnahme des Selbständigenanteils an allen im Gewerbe Beschäftigten 1907—25 (im Vergleich zu 1895—1907) vgl. ebd., 194. Der Selbständigenanteil nahm in einigen Branchen sogar zu, nämlich in: Handel u. Verkehr; Industrie, Steine, Erden; Eisen- und Stahlgewinnung; E-technische Industrie; Kautschuk- und Asbest-Industrie; Baugewerbe; Wasser-, Gas- u. E.-Versorgung; Verlagsgewerbe; Gaststättengewerbe. — Da es sich wiederum um technische Einheiten handelt, ist der absolute Wert der Zahlen, kaum aber ihr relativer, begrenzt. Vgl. oben S. 151, Anm. 2.

¹¹⁵ Vgl. A. Günther, Die Folgen des Krieges für Einkommen u. Lebenshaltung der mittleren Volksschichten Deutschlands, in: R. Meerwarth u. a., Die Einwirkungen des Krieges auf Bevölkerungsbewegung, Einkommen u. Lebenshaltung in Deutschland, Stuttgart 1932, 236.

¹¹⁶ MB, 3. 8. 1917, 16 f.

¹¹⁷ MB, 3. 11. 1917, 22.

¹¹⁸ Vgl. Oberst M. Bauer, Der große Krieg in Feld und Heimat, Tübingen 1921, 153.

¹¹⁹ Das preußische Ministerium f. Öffentliche Arbeiten erließ am 29. Aug., das Kriegsministerium am 5. Nov. 1914 entsprechende Empfehlungen, bzw. Bestimmungen. Vgl. Fichte, 24, 28. — Vgl. zu dem Protest des Ka. d. Dt. Ind. gegen die Auftragsvermittlung durch Innungen: MKdI Nr. 12. 26. Sept. 1915, 114. Auch der Industrie- und Handelstag protestierte gegen die Bevorzugung des Handwerks (Fichte, 46 ff.). Vgl. auch die zufriedene Erfolgsmeldung des Vorsitzenden der Handwerkskammer zu Berlin (Obermeister Rahardt) in: HWZ 17. 1917, 182.

¹²⁰ Die daran anschließende Forderung, diese Politik nun zwecks einer stärkeren Konzentration der Ressourcen auf die leistungsfähigen Betriebe zu ändern — vgl. oben S. 28 f. — blieb relativ wirkungslos. Im November wurde der SAZ aufgelöst, die Stilllegungskompetenz ging aufs RWA über, das sie bis Kriegsende mit zunehmender Zurückhaltung einsetzte. Nach Peppel, 18 ff.; Zitat Groeners ebd., 6.

¹²¹ So das Ka. in MB, 3. 11. 1917, 21.

¹²² Die Umsatzsteuer von 5 %, die 1918 erlassen wurde, hatte einige mittelstandsfreundliche Abmilderungen und unterwarf gegen den Widerstand der Vertreter der Großindustrie (und der SPD!) einen fingierten Umsatz innerhalb der konzentrierten Unternehmensgruppen — von einer Fertigungsstufe zur andern — ebenfalls der Besteuerung. Vgl. Sten. Ber. Reichstag 325. 1918, 2649 f. und Roesler, Finanzpolitik, 117.

Anmerkungen zu Seite 88—90

¹²³ Vgl. dazu den konservativen Abgeordneten Hammer am 14. 12. 1917 in: Wörtliche Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Abgeordnetenhauses 7, 7176.

¹²⁴ Vgl. Rahardt in HWZ 17. 1917, 181 f.: Die Handwerkerorganisationen seien von Jahr zu Jahr trotz vermindelter Mitgliederzahl — „wie unsere Industriekartelle“! — stärker geworden. „Der große Lehrmeister Krieg“ habe den Boden für die Gründung von Kreditgenossenschaften und Lieferungs-genossenschaften geebnet. — Zu Einzelheiten dieser Handwerksorganisation und ihrer Erfolge vgl. Fichte, 31—93; W. Schmidt, 37—58. — Diese Veränderungen unterschätzt: Winkler, Mittelstand, z. B. 73.

¹²⁵ Vgl. Wernet, 73, 77; Fichte, 76 f.

¹²⁶ Vgl. Brauer, 378 f.; Wein, 121 f.; HWZ 14. 1914, 131. — Zur relativ gemäßigten Vorkriegshaltung des Handwerks- und Gewerkekammertags vgl. die Rede seines Generalsekretärs Meusch, NHWZ 19. 1914, 143—45.

¹²⁷ Vgl. dazu F. Schürholz, Entwicklungstendenzen im deutschen Wirtschaftsleben zu berufsständischer Organisation u. ihre soziale Bedeutung, M. Gladbach 1922, 49 bis 56; Winkler, Mittelstand 84 f. — Ebd. 88—99 zu den trotz dieser Stärkung der handwerklichen Selbstverwaltungsorganisation nach dem Krieg wieder einsetzenden, an die sozialprotektionistische Vorkriegstradition anschließenden, weitgehend erfolglosen Forderungen der Handwerker nach einer gesetzlich garantierten Pflichtorganisation, die im Unterschied zur Kriegsorganisation allerdings keine starken staatlichen Interventionsmöglichkeiten vorsehen sollte. — Zur parallelen Betonung des Fachverbandes („Erst das Fach, dann der Stand“) im Kleinhandel, die im Weltkrieg und danach klar hervortrat, allerdings Ende der Weimarer Republik erneut mittelständischen Ideologie erlag, vgl. Wein, 137, 139, 140 f.

¹²⁸ Vgl. S. 188, Anm. 112. — Die HZW kam im Januar 1916 nach sorgfältigem Abwägen von Vorteilen und Nachteilen des Krieges für das Handwerk zu dem Schluß, daß die letzteren überwögen (16. 1916, 27 f.). Ende 1917 sprach sie sich bedeutend positiver aus: 17. 1917, 182. Die positiven Wirkungen des Krieges auf das Handwerk (besonders in bezug auf Qualitäts- und Organisationsverbesserungen) betonen: Fichte, 93 und W. Schmidt, 56 ff. — Das ungenaue Reden vieler Zeitgenossen von der kriegsbedingten Not des „Mittelstandes“ trug und trägt dazu bei, nicht genügend zwischen den fast durchweg ökonomisch absinkenden Angestellten und Beamten (dem „neuen Mittelstand“) einerseits und den sehr viel uneinheitlicher, zum Teil viel besser abschneidenden kleinen Selbständigen (dem „alten Mittelstand“) andererseits zu unterscheiden.

¹²⁹ MB, 3. 6. 1917, 17 (XVIII. AK Frankfurt/Main).

¹³⁰ Ebd. (XIV. AK Karlsruhe). Vgl. auch ebd. die Argumentation des XIX. AK in Leipzig und MB, 3. 11. 1917, 21 eine entsprechende Stellungnahme des Ka.

¹³¹ MB, 8. 2. 1918, 6. — Auch in diesem Zusammenhang sprechen die meisten Stellungnahmen (in den MB und anderswo) undifferenziert vom „Mittelstand“ und sind deshalb in ihrer Aussagekraft sehr begrenzt.

¹³² NHWZ 23. 25. 5. 1918, zit. nach Winkler, Mittelstand, 65.

¹³³ Vgl. P. Molt, Der Reichstag vor der improvisierten Revolution, Köln 1963, 210 ff.

¹³⁴ Vgl. Ay, 192 ff.; Schwarz, 185, 229.

¹³⁵ Nach G. A. Ritter, Kontinuität u. Umformung des deutschen Parteiensystems 1918—1920, in: Fs. H. Rosenberg, Tabellenanhang: Unter den Mitgliedern der SPD- und USPD-Fraktionen in den Reichstagen von 1912 und 1920 und in der Nationalversammlung von 1919 befanden sich:

	1912		1919		1920	
	SPD	SPD	USPD	SPD	USPD	USPD
Inhaber selbständiger Handwerksbetriebe oder kleinerer Geschäfte	9	7	1	3	4	
Staatliche oder Reichsbeamte des höheren Dienstes	—	—	—	1	—	
Staatl. oder Reichsbeamte des mittleren und unteren Dienstes	—	3	—	2	—	
Kommunalbeamte	2	2	—	—	—	
Angestellte (ohne leitende)	—	3	—	5	5	
Lehrer	—	1	—	3	—	

1912 waren 9 von 21, 1919 8 von 17 und 1921 7 von 19 Abgeordneten aus Handwerker- und Kleinhändlerkreisen in der SPD/USPD. — Ganz anders bei den Angestellten: 1912 findet sich noch kein Abgeordneter mit dieser Berufsangabe im Reichstag. In der Nationalversammlung von 1919 waren 5 von 6 und im Reichstag 1920 alle zehn Abgeordnete, deren Beruf mit „Angestellter“ angegeben wird, in der SPD/USPD!

¹³⁶ So jetzt auf allzu schmaler Materialbasis argumentierend und zumindest für die Mitglieder des „alten Mittelstandes“ kraß überzeichnend: Schwarz, 186. — Zutreffender, doch ungenau die Einschätzung bei Winkler, Mittelstand, 70 f.

¹³⁷ Vgl. Ay, 101. Die MB sprechen häufig von verbreiteter Friedenssehnsucht bis weit in den „Mittelstand“ hinein, so am 3. 6. 1917, 22 und 3. 9. 1918, 6 das XVIII. AK in Frankfurt/Main.

¹³⁸ Vgl. Stegmann, Erben, 506 und oben S. 46 f.

¹³⁹ Vgl. Winkler, Mittelstand, 63.

¹⁴⁰ Vgl. die Belege in Anm. 103 bis 110 oben. Daneben zur Diskriminierung gegen Handwerker bei Rückstellungen: Archiv 40. 1915, 121; NHWZ 22. 1917, 37 f.: Der Handwerks- und Gewerbekammertag warnte vor allen Versuchen, „Handwerksbetriebe still zu legen, um ihre Inhaber und ihre Ausrüstung der Industrie nutzbar zu machen“; HWZ 17. 1917, 48 zur Konkurrenz zwischen Industrie und Handwerk um Rohstoffe.

¹⁴¹ NHWZ 20, 1917, 78.

¹⁴² Vgl. ebd. 22. 1917, 58 f. gegen die Mitentscheidung von Arbeitnehmern, 66 gegen die Gleichberechtigung der Arbeitnehmerschaft, 118 gegen die Sozialpolitik, die allzusehr die Arbeiter bevorzuge, 133 in bezug auf die Lehrlingsfrage, 139 gegen die „verstiegenen“ Forderungen der christlichen Gewerkschaften; ebd. 23. 1918, 33 f. gegen die gewerkschaftlichen Forderungen nach mehr Rechten für Lehrlinge, 77: „Mittelstand und Sozialdemokratie“, 109 gegen die Revision des § 153 der Gewerbeordnung, 117 f. gegen den Arbeitskammergesetzentwurf. Sehr viel zurückhaltender dagegen die gemäßigt-liberale HWZ, die etwa nur vorsichtig den Berliner Rüstungsstreik verurteilte (am 18. u. 25. Mai 1917).

¹⁴³ Vgl. oben S. 58 f.

¹⁴⁴ Vgl. Corr.bl. 27. 1917, 174—74, 191.

¹⁴⁵ Vgl. die Belege bei Winkler, Mittelstand, 65—72.

¹⁴⁶ Vgl. NHWZ 22. 1917, 58 f.; HWZ 17. 1917, 78.

¹⁴⁷ So der Zentrums-Abgeordnete Irl, der häufig im Reichstag für Handwerker-Interessen eintrat, in einer Mittelstandsinterpellation am 13. 3. 1918. Vgl. Sten. Ber. Reichstag 311, 4345.

¹⁴⁸ So der konservative Abgeordnete Kapp ebd. 4372.

¹⁴⁹ Vgl. NHWZ 22. 1917, 95, 117 f., 122 f., 142 f., 181 ff.; ebd. 23. 1918, 1 f., 13, 15, 18, 36, 77, 111.

¹⁵⁰ Diese spielten jedoch in der NHWZ auch noch 1918 eine gewisse Rolle. Vgl. z. B. 23. 1918, 97 f., 129 f. — Der hier diskutierte Akzentwechsel war weder abrupt noch vollkommen, sondern allmählich und tendenziell.

¹⁵¹ So besonders klar bei dem Syndikus der Düsseldorfer Handwerkskammer (Peters), abgedr. in NHWZ 23. 1918, 160 f., 165 f., 170 f. — Ähnlich die Denkschrift des Dt. Handwerks- und Gewerbe-Kammertags von 1918, abgedr. ebd., am 21. 9., 28. 9., 5. 10. und 12. 10. („Maßnahmen für den Wiederaufbau des Handwerks“). Ähnlich auch HWZ bereits am 15./22. Juli: „Die Anwendung militärischer und bürokratischer Maximen auf das Wirtschaftsleben widerspricht der Natur des wirtschaftlichen Kampfes.“ — Vgl. auch die Mitteilungen der Handwerkskammer zu Münster 5. 1917, Nr. 7 u. 12 (Niederschrift über die Vollversammlung am 14. März 1917): Genossenschaftliche Selbstorganisation des Handwerks statt staatlicher Monopolisierung und Zwangs-syndizierung ist das Ziel.

¹⁵² Vgl. unten S. 116 ff.

¹⁵³ Die NHWZ und die DAZ führten die Polemik gegen staatliche Eingriffe und Zwänge z. T. mit wörtlich übereinstimmenden Artikeln. Vgl. NHWZ 22. 1917, am 17. 11. und DAZ 16. 1917, am 23. 12. (gegen die Pläne August Müllers). Die Ablehnung des Arbeitskammergesetzentwurfs der Regierung geschah ebenfalls mit fast gleichen Argumenten. Vgl. DAZ 17. 1918, am 13. 1. u. Beilage v. 11. 8. mit Hinweisen auf die entsprechenden Handwerksäußerungen.

¹⁵⁴ Zum Anfang dieses Prozesses vor dem Krieg vgl. E. Lederer, Die wirtschaftlichen Organisationen, Leipzig 1913, 105; zu seiner Beschleunigung im Krieg: ders., Die sozialen Organisationen, Leipzig 1922², 91—114.

¹⁵⁵ DAZ 17. 1918, am 28. 7. (Beilage).

¹⁵⁶ Vgl. Winkler, Mittelstand, 67; ebd. 70 f. zu einem entsprechend begründeten Zusammenarbeitsangebot eines Handwerkervertreters an die Großindustrie im Dezember 1918.

¹⁵⁷ Vgl. W. Kulemann, Genossenschaftsbewegung 1, Berlin 1922, 84; R. Wilbrandt, Kapitalismus u. Konsumenten. Konsumvereinspolitik, GdS 9, T II, 411—56, bes. 430 ff.; Wein, 61, 91 ff., 104 ff. — In der Aktivität verschiedener Verbände des selbständigen Mittelstandes stand unmittelbar vor dem Krieg die „Konsumvereinsgefahr“ im Vordergrund. Vgl. Jb. d. Angestelltenbewegung 1914/5, 67.

¹⁵⁸ Vgl. Ebd., 186 f.; W. Albrecht, Landtag u. Regierung in Bayern am Vorabend der Revolution von 1918, Berlin 1968, 99, 111. 1913 hatte der DHV die Konsumvereine noch auf rein ideologischer Basis abgelehnt (DHW 20. 1913, 217—19). Die Not änderte auch dieses Vorurteil. — Vgl. auch Ay, 100. Zur Haltung der Arbeitgebervereinigungen: DAZ 16. 1917, AM 8. 4.: „Durch die Genossenschaften zum sozialistischen Staat.“

¹⁵⁹ Dazu unten S. 105 ff.

¹⁶⁰ Vgl. oben Anm. 154 und Wein, 134 ff. zum Kleinhandel.

¹⁶¹ Vgl. den knappen Ausblick auf die wirtschaftliche Entwicklung der mittelständischen Gruppen in den 20er Jahren bei J. Kocka, Weltkrieg u. Mittelstand. Handwerker u. Angestellte in Deutschland 1914—18, Francia 2. 1974, 431—57.

¹⁶² 1930 zählten der Gedag 592 000, die AFA 480 000, der liberale Gewerkschaftsbund der Angestellten (GdA) 385 000. Nach Fischer, Die Angestellten, 44 f.

¹⁶³ Vgl. K. D. Bracher, Die deutsche Diktatur, Köln 1969, 201; S. M. Lipset, Political Man, New York (1960) 1963 (dt. Soziologie der Demokratie, Neuwied 1962), 146 f.; W. Schäfer, NSDAP, Hannover 1956, 17.

¹⁶⁴ Vgl. J. Kocka, Zur Problematik der deutschen Angestellten 1914—33, in: H. Mommsen u. a. Hg., Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974, 792—811.

¹⁶⁵ Das soziale Antlitz des Deutschen Reiches, in: ders., Aufsätze zur Soziologie, Tübingen 1953, 221.

¹⁶⁶ Vgl. Winkler, Mittelstand, Kap. III bis VIII.

¹ MB, 3. 5. 1917, 23.

² Vgl. O. v. Kiesenwetter, Fünfundzwanzig Jahre wirtschaftspolitischen Kampfes. Geschichtliche Darstellung des Bundes der Landwirte, Berlin 1918, 194; ähnlich auch der katholische bayerische Bauernführer Heim in: G. Heim u. S. Schlittenbauer, Ein Hilferuf der deutschen Landwirtschaft, Regensburg o. J. (1916), 68 ff.; F. Münch, Die agitatorische Tätigkeit des Bauernführers Heim, in: K. Bosl Hg., Bayern im Umbruch, München 1969, 301—44, bes. 314. — Vgl. auch F. Aereboe, Der Einfluß des Krieges auf die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland, Stuttgart 1927, 32—35. — Das HDG sah vor, daß Hilfsdienstpflichtige, die vor dem 1. Aug. 1916 in einen landwirtschaftlichen Betrieb gearbeitet hatten, nicht in einen anderen Zweig (auch nicht in einen anderen Hilfsdienstbetrieb) übernommen werden durften.

³ Vgl. Aereboe, 126, 128.

⁴ Vgl. Prinz Max v. Baden, Erinnerungen u. Dokumente, G. Mann u. A. Burckhardt Hg., Stuttgart 1968², 548, Anm. 1 über den „Bolschewismus“ der Landarbeiter in Hinterpommern, die „schon seit Wochen die Aufteilung der herrschaftlichen Güter nach russischem Muster erörtern“ (Mitteilung an Max v. Baden von Anfang November); weiterhin E. v. Oldenburg-Januschau, Erinnerungen, Leipzig 1936, 208 f. zum „Geist der Auflehnung“ in seinem Gutsbezirk im November 1918.

⁵ Vgl. Aereboe, 124—29; W. Mattes, Die bayerischen Bauernräte, Stuttgart 1921, 33—36; vgl. auch den BdL-Funktionär Kiesenwetter, der sich Anfang 1918 (233 f., 238 f.) scharf gegen die Ausdehnung der Vereinsgesetz-Novelle auf das Land wendet und dabei nicht erkennen läßt, daß Arbeiterkonflikte für seinen Verband schon zu dieser Zeit ein wichtiges Problem waren, zumal er mit dem Frh. v. Wangenheim auf einen „deutschen Frieden“, auf Annexionen und ihre sozial „versöhnlichen“ Wirkungen hoffte. Vgl. neuerdings: H. Muth, Die Entstehung der Bauern- u. Landarbeiterräte im Nov. 1918 u. die Politik des Bundes der Landwirte, VfZ 21. 1973, 1—38.

⁶ Vgl. den Bericht des Saarbrückener AKs in MB, 3. 5. 1917, 22 über tiefe Mißstimmung der dortigen Bauern gegenüber den Großgrundbesitzern des Ostens, die angeblich weniger abliefern und das Nichtabgelieferte teurer verkaufen durften. — Bereits im Jan. 1917 berichtete das V. AK (Posen) über eine „in letzter Zeit wahrnehmbare Verschärfung der Stimmung der Bauern gegen die Grundbesitzer“ (MB, 3. 2. 1917, 11). Vgl. auch Mattes, 56 zu Klagen bayrischer Bauern über Bevorzugung der größeren Eigentümer, vor allem der Fideikommißbesitzer.

⁷ Vgl. Th. v. Bethmann Hollweg, Betrachtungen zum Weltkriege, 2, Berlin 1921, 171 f.

⁸ Vgl. etwa zum nationalliberal orientierten, sich im Krieg auf die FVP hin bewegendem „Deutschen Bauernbund“: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland 1, 415 bis 421, bes. 418. — Mattes, 56—59, 63 zum katholischen Bayerischen Bauernverein und zu seinen gegen den unbeschränkten Großgrundbesitz gerichteten Forderungen; dessen linker Flügel um Gandorfer setzte sich im Juli 1918 für einen Verständigungsfrieden ein.

⁹ Vgl. etwa die hauptsächlichen Angriffspunkte und Klagen bei Helm/Schlittenbauer, 5—19, 46—56, 61 ff. und die von ihnen wiedergegebenen Auszüge aus Briefen von fast durchweg klein- und mittelbäuerlichen Mitgliedern ihrer Organisation (91 bis 120, 127—35, bes. 118—20); die häufig wiederholten Schilderungen der ländlichen Stimmungen in den MB, z. B. 15. 7. 1918, 2 f., 26; 8. 9. 1916, 5 f.; 3. 8. 1917, 10 ff.; 3. 11. 1917, 27 ff.; 3. 6. 1918, 26 f.; 3. 8. 1918, 15 ff.; auf der anderen Seite die Erinnerungen des radikalen Junkers Oldenburg-Januschau, 145—72; die BdL-offizielle Kritik der Kriegswirtschaft bei Kiesenwetter, 173—232; und die Kritik des konservativen, dem BdL sehr nahe stehenden Westarp, 365—431. Wir können hier weder die Einzelheiten der staatlichen Eingriffe noch die Berechtigung der landwirtschaft-

lichen Klagen und Kritik untersuchen. Vgl. vor allem A. Skalweit, Die deutsche Ernährungswirtschaft, Stuttgart 1927 u. Aereboe, 29—107, dessen Beurteilung der Kriegsverwaltungswirtschaft jedoch allzusehr von einem landwirtschaftlichen Interessenstandpunkt gefärbt zu sein scheint, welcher sich auch in der sachlich dennoch sehr erhellenden Analyse von v. Westarp durchhält.

¹⁰ Bestätigend: Lederer, Soziale Organisationen, 1922², 144 ff.

¹¹ Vgl. Kiesenwetter, 223 ff.; Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Bd. 1, 122—49, bes. 145 f.; Stegmann, Erben, 456 ff., 465 ff., 504 ff.; oben S. 46 f.

¹² Mit Westarp wird man von einer Wende der konservativen Politik in dieser Frage sprechen können, auf deren Ursachen es zurückzukommen gilt, vgl. Westarp, 386 ff., 390 f., 397, 406, 410—19. Die Wendung gegen die „Zwangswirtschaft“ und den „Staatssozialismus“ dominiert auch im Bericht des BdL-Direktors Kiesenwetter von Anfang 1918, insbes. 188—89, 210 f., 217—21, 230; vgl. weiter die Reden von Rörger (CVDI), Wangenheim und Roesicke (BdL) auf der „Kriegstagung des BdL“ 1917, in: Bund der Landwirte. Kgr. Bayern 19. 1917, am 25. 2. u. 4. 3.; ebd. 20. 1918, am 28. 7. („Wer ist schuld an unserer Wirtschaftspolitik?“, am 29. 9. u. 27. 10.; weiter Oldenburg-Januschau, 145—72 u. 193—204, bes. 196 (seine Rede in der BdL-Versammlung im Zirkus Busch im Feb. 1918).

^{13a} Vgl. Kiesenwetter, 220 (Zitat Roesickes aus dem Reichstag vom 11. 5. 1917) und 210 f.

¹³ Vgl. die unter diesem Motto stehende gemeinsame Sitzung des Deutschen Handelstages, des Ka. d. Dt. Ind., des Dt. Landwirtschaftsrats und des Dt. Handwerks- und Gewerbekammertags am 28. Sept. 1914, nach: DAZ 13. 1914, am 4. Okt. Ebd. 15. 1916, am 12. März zum sehr versöhnlich formulierten Gegensatz über die Arbeitskräfte. Vgl. auch MKdI Nr. 216. 17. Aug. 1918, 3165 f.: Abdruck von „Landwirtschaft und Industrie. Eine zeitgemäße Betrachtung über ihre innigen Wechselbeziehungen“.

¹⁴ Vgl. Kap. II, Anm. 210 und oben S. 46 f.; Kiesenwetter, 249—258, bes. 256 f. zu einer Eingabe vom Dez. 1917 gegen das allgemeine Wahlrecht in Preußen. Diese Eingabe wurde von den Verbänden des „Kartells“ von 1913, nicht aber vom Ka. d. Dt. Ind., BdI oder Hansabund unterzeichnet, die gleichwohl in der Kriegszielfrage und bei der Abwehr des staatlichen Interventionismus mit den „Kartell“-Verbänden gemeinsame Sache machten.

¹⁵ Lederer (Soziale Organisationen, 114 ff.) nahm die Aufrechterhaltung des großagrarisches Machtanteils an. R. Lewinsohn (Morus), Die Umschichtung der europäischen Vermögen, Berlin 1926, 159 ff. weist auf die Kriegsgewinne der Agrarier und ihre Entschuldung durch die im Krieg anlaufende Inflation hin. — Vgl. aber Aereboe, 84 ff.; Grebler u. Winkler, 85 ff. zum Substanzverlust und zu langfristigen Schädigungen der Landwirtschaft im Krieg. H. Rosenberg, Zur sozialen Funktion der Agrarpolitik im Zweiten Reich, in: ders., Probleme der deutschen Sozialgeschichte, Frankfurt 1969, 77 sieht den Krieg als Beginn des Abstiegs der Junker. Differenzierend: A. Günther, Die Folgen des Krieges für Einkommen u. Lebenshaltung der mittleren Volksschichten Deutschlands, in: Meerwarth u. a., 259 ff.

¹⁶ MB, 8. 9. 1916, 5.

¹⁷ MB, 3. 12. 1916, 5, 6.

¹⁸ Vgl. z. B. MB, 17. 1. 1917, 8; 3. 3. 1917, 15 ff.; 3. 6. 1917, 18 f.; 3. 11. 1917, 17; 3. 4. 1918, 17; 3. 9. 1918, 29.

¹⁹ Deutlich in dem oben wiedergegebenen Zitat der pommerschen Bäuerin; vgl. auch Ay, Entstehung, 109—22, 151.

²⁰ Vgl. zum bayerischen Preußen-Haß, der durch das Auftreten reicher Touristen aus dem Norden gestärkt wurde: Ay, 108 f., 119 f., 134—48; vgl. auch MB, 3. 9. 1918; oben Kap. II, Anm. 298.

²¹ Vgl. MB, 3. 12. 1916, 12 f.; 17. 1. 1917, 6 f.; 3. 2. 1917, 5; 3. 3. 1917, 5 f.; 3. 4. 1917, 5; 3. 5. 1917, 7 ff.; 3. 9. 1918, 14 ff.; 3. 10. 1918, 11 ff.

²² Allgemein zum Zusammenhang zwischen (abnehmenden) realen Gruppendifferenzierungen zwischen Juden und Nicht-Juden einerseits und den aus ganz anderen Quellen resultierenden Aggressionen und Protestpotentialen andererseits vgl. E. G. Reichmann, Die Flucht in den Haß, Frankfurt o. J.

²³ MB, 3. 2. 1917, 7—8; ähnlich MB, 8. 9. 1916, 3; 7. 11. 1916, 4; 3. 12. 1916, 10.

²⁴ Vgl. W. Jochmann, Die Ausbreitung des Antisemitismus, in: W. E. Mosse Hg., Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916—1923, Tübingen 1971, 424—27, der überhaupt (409—42) ausführliches Material zum Antisemitismus im Krieg ausbreitet.

²⁵ Vgl. ebd., 438, pass.

²⁶ Vgl. ebd., 436—42; Stegmann, Repression, 396 ff. — Zur Tradition antisemitischer Manipulation durch radikalkonservative Politiker: Puhle, Interessenpolitik, 125—40.

²⁷ Zur DAAP und ihrem Scheitern: Stegmann, Repression, 394 ff.

²⁸ Vgl. O. Baumgarten u. a., Geistige u. sittliche Wandlungen des Krieges in Deutschland, Stuttgart 1927, 15, 70 ff.; zur Verengung der Verdienstunterschiede zwischen Jüngeren und Älteren vgl. oben S. 16. Weiter: W. Flitner, Der Krieg u. die Jugend, in: Baumgarten, 291 (zum partiellen Abbau des traditionellen Unterschieds Lehrer—Schüler).

²⁹ Ebd., 296—302, bes. 346; M. Buber-Neumann, Von Potsdam nach Moskau, Stuttgart 1957, 29 ff. über die Politisierung des „Wandervogels“.

³⁰ Vgl. E. Foerster, Die Stellung der evangelischen Kirche, in: Baumgarten, 89 bis 148, 122 ff.

³¹ Vgl. A. Rademacher, Die Stellung der katholischen Kirche, in: Baumgarten, 149 bis 216, 179, 204 ff. — Insofern beide Kirchen sich mit dem alten System weitgehend identifiziert hatten und z. T. propagandistische Funktionen für den Staat im Krieg übernommen hatten — für die katholische Kirche galt beides weniger als für die protestantische —, gehörten sie zu den Verlierern dieses Krieges. Wahrscheinlich ging der Einfluß von Geistlichen in den Oberschichten durch den Krieg zurück; vgl. A. Günther, Folgen, 116 ff. — Zu den Kirchen als Propagandainstrumenten: E. Lederer, Zur Soziologie des Weltkriegs, Archiv 39. 1915, 374; Ay, 89—94; W. Pressel, Die Kriegspredigt 1914 bis 1918 in der evangelischen Kirche Deutschlands, Göttingen 1967; H. Missalla, „Gott mit uns“. Die deutsche katholische Kriegspredigt 1914—1918, München 1968.

³² Vgl. Mendelssohn Bartholdy, 6 ff., 27.

³³ Das gilt mehr für die meist untätige Flotte als fürs Heer. Vgl. D. Horn, The German Naval Mutinies of World War I, New Brunswick, N. J. 1969; zum Heer: Archiv 41. 1916, 914 f.; Baumgarten, 54; Ay, 102—09.

³⁴ Dies wird immer wieder in den MB betont, so 8. 9. 1916, 8; 3. 11. 1917, 24; 3. 9. 1918, 5; vgl. auch die Ausführungen Gröbers gegenüber Ludendorff, in: E. Matthias u. R. Morsey Bearb., Die Regierung des Prinzen M. v. Baden, Düsseldorf 1962, 228.

³⁵ Vgl. oben S. 64 u. 93.

³⁶ Wie entscheidend staatlich-bürokratische Initiativen für die Entwicklung der preußisch-deutschen Klassenstruktur vor 1848 waren, zeigt R. Koselleck, Preußen zwischen Reform u. Revolution, Stuttgart 1967; wie sehr die Konstituierung der sozialen Schicht der deutschen Angestellten in den letzten Jahrzehnten vor dem 1. Weltkrieg von der gleichwohl durch sie (und andere soziale Gruppen) beeinflussten staatlichen Gesetzgebung und ihrer sozialen Prägekraft abhängig war, zeigt Kocka, Unternehmensverwaltung, 513—44.

³⁷ Vgl. M. Weber, Wirtschaft u. Gesellschaft, Köln 1964, 39 f.; M. Draht, Der Staat der Industriegesellschaft, Der Staat 5. 1966, 273—84; O. Stammer u. P. Weingart, Politische Soziologie, München 1972, 37—39.

³⁸ Vgl. H.-J. Puhle, *Parlament, Parteien u. Interessenverbände 1890—1914*, in: M. Stürmer Hg., 343.

³⁹ Diese Verkürzung aufgrund mangelhafter historischer Tiefenschärfe prägte schon J. Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Neuwied 1965² (1971⁶); ebenso den wichtigen Aufsatz von C. Offe, *Politische Herrschaft und Klassenstrukturen Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftsstrukturen*, in: G. Kress u. D. Senghaas Hg., *Politikwissenschaft*, Frankfurt 1972, 135—64, bes. 140. — Zur historischen Situation vor 1914: H.-U. Wehler, *Das Deutsche Kaiserreich*, Göttingen 1973 (1977³).

⁴⁰ Vgl. Huber, *Verfassungsgeschichte* 4.

⁴¹ Vgl. W. Zapf, *Wandlungen der deutschen Elite*, München 1965, 38 ff.; Kaelble, *Sozialer Aufstieg*.

⁴² Diese stichwortartigen Behauptungen könnten nur durch eine ausführliche Analyse des wilhelminischen Systems gestützt werden, die hier nicht zu leisten ist. Vgl. auch oben den 1. Abschnitt des II. Kapitels mit weiterer Literatur.

⁴³ Vgl. Kap. I, Anm. 2.

⁴⁴ Vgl. K. Helfferich, *Der Weltkrieg* 2, Berlin 1919, 239 f.; Skalweit, 165 f.; zum Machtrückgang des Reichstags zu Kriegsbeginn vgl. E. Pikart, *Der deutsche Reichstag u. der Ausbruch des 1. Weltkriegs*, *Der Staat* 5, 1966, 51 ff. — Daß der Reichstag auch 1914/15 keineswegs völlig ausgeschaltet war, zeigt sich etwa an den zunächst nicht öffentlich gemachten „Neuorientierungs“-Versprechungen der Regierung seit Nov. 1914, die diese ja u. a. deshalb zu geben bereit war, weil sie politische Debatten im Reichstagsplenum zu verhindern suchte. Vgl. E. Matthias u. R. Morsey Bearb., *Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18* 1, Düsseldorf 1959, XIII. — Stärker als vor dem Krieg konferierten Regierungsvertreter vor wichtigen Entscheidungen mit den Fraktionsführern, auch mit Südekum und anderen Mitgliedern der SPD-Führung.

⁴⁵ Vgl. J. V. Brecht, *Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg*, Berlin 1926, 45 ff.; Grosser, 108, 122 ff. zu den teils annexionistischen (Nationalliberale), teils innenpolitisch-reformerischen (SPD) Motiven der Parteien bei diesem Schritt.

⁴⁶ Vgl. u. a. R. B. Armeson, *Total Warfare and Compulsory Labor*, Den Haag 1964, 78—94, 105, 108 f. — Zum 15er-Ausschuß: RGBl 1916, 1333 ff., § 9; und die bezeichnende Kritik von Westarp, 461 f.

⁴⁷ Vgl. U. Bernbach, *Vorformen parlamentarischer Kabinettsbildung in Deutschland*, Köln 1967, 51 f.; Grosser, 109 f.

⁴⁸ Dazu gehörten: schnelle Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Preußen; eine gemäßigte Außenpolitik auf der Basis der deutschen Antwort auf die Friedensnote des Papstes (nicht aber auf der Basis der weitergehenden Friedensresolution der Reichstagsmehrheit); die Aufhebung der politischen Zensur und des § 153 der Gewerbeordnung; und ein gewerkschaftsfreundliches Arbeitskammergesetz. Vgl. Matthias/Morsey, *Der Interfraktionelle Ausschuß* 1, 143, 248 f., 573; und ebd. 2, 426—29: Scheidemann und Ebert im Juli 1918 zur bisherigen Nicht-Erfüllung dieses Programms (bis auf die Revision des § 153).

⁴⁹ Vgl. zur teilweisen Erfüllung dieser alten SPD-Forderung; ebd. 2, 220, Anm. 48 und Westarp, 501 ff.

⁵⁰ Vgl. vor allem Brecht, 198—217, 348—67; Matthias/Morsey, *Der Interfraktionelle Ausschuß* 1, XI—XXXIX; dies., M. v. Baden, XI—XLII; Bernbach, *Vorformen*; Grosser, T. II, der (126—52) zu Recht die Schwäche und Heterogenität der Reichstagsmehrheit zwischen Juli 1917 und Juli 1918 stark herausarbeitet und damit allzu starke Betonungen der faktischen Parlamentarisierung im Weltkrieg korrigiert (bes. 146).

⁵¹ Auf die fast durchweg negative Haltung der organisierten Unternehmer gegenüber den Tendenzen der „Neuorientierung“ wurde oben mehrfach eingegangen. Zur Haltung der Konservativen Partei, in der agrarische und schwerindustrielle Interessen vor allem ihre Vertretung fanden, vgl. Westarp, 467 ff., 483 ff., 500 ff., 601—15,

655 ff.; zur parlamentarierungsfeindlichen Haltung des industriell verpflichteten rechten Flügels der Nationalliberalen und des Zentrums: Grosser, 117, 119 ff., 168 ff., 175 f.; H. Thieme, Nationaler Liberalismus in der Krise, Boppard 1963, bes. 30—37. — Die Gruppe um Stresemann und die in der FVP einflussreichen Industrie-, Handels- und Bankinteressen machen allerdings deutlich, daß eine Minderheit im Unternehmerlager die vorherrschende Neuorientierungs-Feindschaft nicht teile.

⁵² Vgl. bes. Grosser, 103—26, 152—80; Ritter, Kontinuität.

⁵³ Dazu insbesondere Bermbach, Vorformen; ders., Aspekte der Parlamentarismus-Diskussion im Kaiserlichen Reichstag, PVS 8. 1967, 51—70.

⁵⁴ Vgl. L. Bergsträßer, Die preußische Wahlrechtsfrage im Kriege u. die Entstehung der Osterbotschaft 1917, Tübingen 1929; R. Patemann, Der Kampf um die preußische Wahlrechtsreform, Düsseldorf 1964.

⁵⁵ Vgl. u. a. Puhle, Parlament, 342 f., 362 f.

⁵⁶ Vgl. Matthias/Morsey, Der Interfraktionelle Ausschuß 1, XIII f.

⁵⁷ Vgl. vor allem Deist, Militär, LII—LXV, der (bes. LXIV) frühere übertriebene Auffassungen über die „Diktatur Ludendorffs“ korrigieren kann; ebd., 803—985 mit Quellen zum „vaterländischen Unterricht“ April 1917 bis Okt. 1918; ebd., 919 ff., 937 ff., 947 f., 950 f., 957 ff. zu seiner wahrscheinlich relativ geringen Wirkungskraft. — Vgl. auch Grosser, 134—49, bes. 148 zu Scheidemanns Ausspruch vom April 1918: „der Verfassungszustand, unter dem wir leben, ist doch nur der militärische Absolutismus, gemildert durch die Furcht vor dem parlamentarischen Skandal“.

⁵⁸ Vgl. H. Jaeger, Unternehmer in der deutschen Politik (1890—1918), Bonn 1967 zuletzt zum Unternehmeranteil am politischen Führungspersonal.

⁵⁹ Vgl. J. Kocka, Industrielles Management. Konzeptionen u. Modelle in Deutschland vor 1914, VSWG 56. 1969, 362.

⁶⁰ Vgl. O. Most, Zur Wirtschafts- u. Sozialstatistik höherer Beamter in Preußen, Leipzig 1916; ders., Zur Wirtschafts- und Sozialstatistik des höheren Beamtentums in Preußen, Schmollers Jb 39. 1915, 214 ff.

⁶¹ Neben den in den letzten Anm. genannten Untersuchungen vgl. F. Maas, Über die Herkunftsbedingungen geistiger Führer, Archiv 41. 1916, 144 ff., wo der Anteil der „geistigen Führer aus der praktischen Sphäre“ (Staatsmänner, Ökonomen, Militärs, Kaufleute), deren Väter zu den „unteren Ständen“ rechneten, mit 7,9 % angegeben ist. Die Herkunft aus Beamten- (25,8 %), Gutsbesitzer- (19,8 %) und Offiziersfamilien (19,6 %) dominierte vor der Herkunft aus Handel und Industrie (11,7 %). Leider ist die Gruppe nicht weiter aufgeschlüsselt, doch lassen die sozial und ökonomisch elitären Selektionsmechanismen für die damaligen Beamten- und Offizierslaufbahnen vermuten, daß eher Unternehmer und Kaufleute aus den „unteren Ständen“ stammten als „Staatsmänner“ und „Militär“. Materialbasis der Untersuchung waren Handbücher, Auswahlkriterium damit die Berühmtheit oder Bekanntheit. — Der Anteil der „unteren Stände“ an den Abgeordneten war unter den Bedingungen des allgemeinen Wahlrechts und der großen Arbeiterpartei natürlich größer. Vgl. W. Kremer, Der soziale Aufbau der Parteien u. des deutschen Reichstags 1871—1918. Diss. Köln, Emsdetten 1934; K. Demeter, Die soziale Schichtung der deutschen Parlamente seit 1848, VSWG 39. 1952, 1 ff. Doch bedeutete er bei der Ohnmacht der Parlamente und der geringen Teilnahme der SPD am Entscheidungsprozeß wenig.

⁶² Vgl. unten S. 132 ff.

⁶³ Vgl. R. Merton, Erinnerungswertes aus meinem Leben, das über das Persönliche hinausgeht, Frankfurt 1955 (M. war der Sohn des Gründers der Frankfurter „Metallgesellschaft“ und arbeitete für dieses Unternehmen bis 1914). — Zum AEG-Junior-Chef u. a.: W. O. Henderson, Rathenau. A Pioneer of the Planned Economy, EHR 4. 1951, 98—108. — W. von Moellendorff war Ingenieur bei der AEG, Sorge Direktor bei Krupp. K. Helfferich, ehem. Direktor der Deutschen Bank, wurde Anfang 1915 Staatssekretär im Reichsschatzamt, im Juni 1916 Staatssekretär im Reichsinnenamt.

Vgl. K. Helfferich, *Der Weltkrieg* 2, Berlin 1919, 115 ff. zur Veränderung der Praxis seiner Amtsführung im Schatzamt im Vergleich zu seinem Vorgänger. — Viele andere Beispiele in: Wegweiser durch die Deutsche Kriegswirtschaft. Geschäftsführung des Kriegsausschusses der deutschen Industrie Hg., Berlin o. J.; A. Müller, *Die Kriegsrohstoffbewirtschaftung 1914—1918 im Dienste des deutschen Monopolkapitals*, Berlin 1955, 17 f., 33 f., 80, pass.; A. Schröter, *Krieg, Staat, Monopol 1914—1918*, Berlin 1965; Jaeger, 216 ff.

⁶⁴ Vgl. Riezler, 401 f. (25. 1. 1917). — Vgl. zu diesem Gegensatz zwischen dem „traditionellen“ und dem neuen „radikalen Militarismus“: G. D. Feldman, *Les fondements politiques et sociaux de la mobilisation économique en Allemagne (1914—1916)*, *Annales E. S. C.* 24. 1969, 120 f., 126 f. — Vgl. auch Deist, *Militär*, XVIII zur ungenügenden Integration der technischen Bildung in die traditionelle Offiziersausbildung.

⁶⁵ Vgl. Groener, 335; Skalweit, 184 f.; Feldman, *Army*, 235 f.

⁶⁶ Vgl. ebd., 353 f. zu den Schwierigkeiten Schlickes auf dem Gewerkschaftstag der Metallarbeiter 1917.

⁶⁷ Vgl. *RGBl* 1916, 1333 ff.; auch bei Umbreit u. Lorenz, 239—45.

⁶⁸ Vgl. bereits sehr informativ, wenn auch gekennzeichnet durch die ideologischen Bedingungen seiner Entstehungszeit: H. Dierkopf, *Vorgeschichte, Entstehung u. Auswirkungen des Vaterländischen Hilfsdienstgesetzes v. 5. Dez. 1916*, *Diss. (phil.)* Halle 1937; Armeson; Feldman, *Army*, 197—249; sowie neuerdings die Quellengrundlage bei Deist, *Militär*, 459—647.

⁶⁹ Vgl. Feldman, *Army*, 186 ff. zur Vorgeschichte; Deist, *Militär*, 503 (Anm. 7) zur ersten knappen Fassung der OHL vom 28. 10. 1916, die jedoch bereits den mäßigen Einfluß Groeners aufgenommen hatte (vgl. 513 zur ursprünglichen Idee Ludendorffs); ähnlich noch die Fassung Groeners vom 29. 10.: ebd., 503 (Anm. 8); zur Kundgebungsfunktion und der angestrebten Reichstagsrolle dabei vgl. den Bericht über Groeners Ausführungen vor den Staaten-Bevollmächtigten zum Bundesrat am 9. 11.: ebd., 514, 506, Anm. 1; E. Ludendorff Hg., *Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916—18*, Berlin 1921, 81 f.

⁷⁰ Am 9. 11. nach Deist, *Militär*, 513; ebd., 502—06, bes. 505 zur Unterredung Groeners mit preußischen Ministern am 29. 10. — Bei Helfferich (dessen stärker auf Freiwilligkeit abstellender Entwurf ebd., 504, Anm. 17) dürfte die Sorge um die nicht der Kriegs- und Schwerindustrie angehörenden Unternehmerinteressen eine Rolle gespielt haben.

⁷¹ Dazu auch Helfferichs Stellungnahme, ebd., 515 f. (Anm. 4).

⁷² Vgl. ebd., 516—36 das Prot. der Sitzung des Preuß. Staatsministeriums v. 1. 12. 1916: „Man könne fast sagen, die Sozialdemokraten, Polen, Elsässer und die Arbeitersekretäre hätten das Gesetz gemacht. Die dadurch in das Gesetz hineingekommenen Änderungen weichen so wesentlich von den im Staatsministerium erörterten Kompromissen ab, daß eine nochmalige Besprechung erforderlich erscheine.“ (So Helfferich ebd., 527.) Die Stellungnahme Bethmanns ebd., 536.

⁷³ Zum parlamentarischen Prozeß bis zur Endfassung vgl. die oben Anm. 68 genannte Lit. bei Deist, *Militär*, 506 ff. der Entwurf vom 30. 10., der aus den Diskussionen zwischen OHL und Preußischem Staatsministerium hervorging; ebd., 515—19 der Entwurf des Preuß. Staatsministeriums vom 10. 11. nach nicht-öffentlichen Vorverhandlungen mit Parteien-, Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertretern; so ungefähr die Vorlage in den Bundesrat; vgl. auch die ähnliche Wiedergabe bei Umbreit/Lorenz, 148—151. — Man vgl. diese Fassung, die bereits eine ganze Reihe Kompromisse enthielt (so etwa paritätische Schlichtungsausschüsse, aber ohne Verankerung der Verbände, ohne Arbeiter- und Angestelltenausschüsse in den Unternehmen, ohne Reichstags-Beteiligung und ohne Äquivalent für den so bedeutungsvollen, späteren § 9, letzter Satz) und insofern die Parteikritik bereits zu antizipieren versuchte (dazu

bes. Deist, Militär, 518, Anm. 10) mit der sehr viel weitergehenden Endfassung in RGBl 1916, 1333 ff.

⁷⁴ Vgl. HDG, §§ 11 ff.; O. Neuloh, Die deutsche Betriebsverfassung bis zur Mitbestimmung, Tübingen 1956, 81 ff., 105 f.

⁷⁵ Bei Vorliegen eines „wichtigen Grundes“ und etwa auch, wenn der Wechsel in einen anderen Hilfsdienstbetrieb dem Arbeiter „eine angemessene Verbesserung der Lebensbedingungen“ bringen würde, hatte der hilfsdienstpflichtige Arbeiter Anspruch auf einen „Abkehrschein“, mit Hilfe dessen er von einem anderen dem Hilfsdienst unterstehenden Unternehmen wieder eingestellt werden durfte (vgl. § 9 des Gesetzes). § 10, Abs. 1 sah vor, daß die „wirtschaftlichen Organisationen“ die Vorschlagslisten aufstellten, nach denen die Schlichtungsausschüsse vom Ka. zusammengestellt werden sollten.

⁷⁶ Vgl. E. Matthias u. E. Pikart, Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918 2, Düsseldorf 1966, 231—40; E. David, Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten ... 1914 bis 1918, Düsseldorf 1966, 206—12.

⁷⁷ Vgl. Armeson, 81 f., 85.

⁷⁸ Vgl. die Rede Hugo Haases am 2. 12. 1916 bei E. Prager, Geschichte der USPD, Berlin 1921, 121; Armeson, 92 f. (A. selbst interpretiert das Gesetz zu sehr als Opfer für die Arbeiterschaft und als Produkt des „militärisch-industriellen Komplexes“.)

⁷⁹ Zum rückblickenden Standpunkt der Generalkommission: Umbreit/Lorenz, 145 bis 157; der Arbeitgeberstandpunkt bei: Fünfundzwanzig Jahre Arbeitnordwest 1914—1929, Berlin o. J., 79 ff.; Osthold, 235 ff., 254, 256. — Bereits am 14. 12. 1916 stellte Groener, der Chef des Ka., fest: „Nach seiner Auffassung hätten weniger die Arbeiterkreise als die Unternehmerkreise Furcht vor dem Gesetz“ (nach Deist, Militär, 541). Vgl. auch ebd., 573; H. v. Stein, Erlebnisse u. Betrachtungen aus der Zeit des Weltkrieges, Leipzig 1919, 109 f. (negative Würdigung des Gesetzes durch den preußischen Kriegsminister); Westarp, 453—63; Feldman, Army, 308 ff., 325 ff., 410. — Vgl. auch unten Anm. 85 und oben S. 77.

⁸⁰ So Jaeger, 260 (der allerdings auch einige abweichende Beispiele nennt). Beispiele unternehmerischer Unzufriedenheit mit politischen Instanzen nennt R. Leckebusch, Entstehung u. Wandlungen der Zielsetzungen, der Struktur und der Wirkungen von Arbeitgeberverbänden, Berlin 1966, 52 f., 141—150. Dabei bezieht sie sich mit ihren Belegen aber hauptsächlich auf das Verhältnis der Arbeitgeberverbände zu den Parteien, nicht zu der entscheidend wichtigen Verwaltung. — Es kann hier nicht auf die vielen Divergenzen und Konflikte innerhalb der Unternehmerschaft vor 1914 eingegangen werden, in denen oft versucht wurde, staatliche Macht gegen den Widersacher oder Konkurrenten zu mobilisieren.

⁸¹ Vgl. MKdI Nr. 45. 15. 5. 1915. Die z. T. divergierenden Forderungen einiger Industrieller nach einer Sammelstelle zur Beschäftigung mit Fragen der Übergangswirtschaft (vgl. DIEW 2, 134 f.) betonen durchweg vor allem die Notwendigkeit weitgehender industrieller Selbstverwaltung in Form der Beteiligung der Verbände oder von Personen aus Handel und Industrie, wenn auch in zentralisierter Form. Die Forderungen nach einem „wirtschaftlichen Generalstab“ (s. ebd., 481), soweit sie in der Industrie vertreten wurden, zielten wohl selten auf eine Machtvergrößerung für die staatlichen Organe ab. — Vgl. DAZ 15. 1916, am 16. Jan.: Warnung vor „staatlichem Schematismus und Bureaukratismus“, bes. auf dem Gebiet der Sozialpolitik; am 19. März: für „Sparsamkeit in der Verwaltung“, gegen Bürokratie und deren Funktionsausweitung auf ökonomischem Gebiet.

⁸² Vgl. Feldman, Army, 55 f., 60 f., 65 ff., 87 ff.

⁸³ Vossische Zeitung Nr. 3 am 1. Okt. 1916 nach DAZ 15. 1916, am 15. Okt. Ebd., am 1. Okt.: „Vom Abbau des Staatssozialismus“: „Der Kaufmann wurde zum Beamten gestempelt ... Wir sind viel zu tief hineingeraten in die Beamtenwirtschaft des Staatssozialismus ...“

⁸⁴ Vgl. Armeson, 34 ff.

⁸⁵ Vgl. das Schreiben des Ka. d. Dt. Ind. an den Reichskanzler vom 30. 11. 1916, in dem erfolglos die „Beseitigung der obligatorischen ständigen Arbeiterausschüsse“ und die „Zurückführung der sog. Schlichtungsstellen auf einfache militärische Beschwerdeinstanzen unter Hinzuziehung von je einem Arbeitgeber und einem wirklichen (sic!) Arbeitnehmer“ gefordert wird. Abgedr. in DAZ 15. 1916, am 3. Dez. Zur späteren Kritik am Hilfsdienstgesetz: ebd. 16. 1917, am 2. Sept.; zur Ablehnung des HDG durch einen mächtigen Elektroindustriellen: A. Roth, Wilhelm von Siemens, Berlin 1922, 183.

⁸⁶ So ebd. 16. 1917, am 4. März; am 11. März ein weiterer Angriff auf die Bürokratie.

⁸⁷ Vgl. ebd., am 15. März.

⁸⁸ „Ein Mahnwort Krupps“ (Rede vom 5. Feb. im Ausschuß d. Dt. Museums in München), nach DAZ 16. 1917, am 25. Feb.

⁸⁹ Ebd., am 15. Juli (Beilage).

⁹⁰ Vgl. ebd., am 21. Okt.

⁹¹ Vgl. ebd., am 23. Sept.: „Gegen den Kommunismus“; ähnlich am 4. Nov. (Beilage): „Vom Bürokratismus“; und am 11. Nov.: „Wohin steuern wir?“ — Vgl. auch Cecil, 272 f.

⁹² Vgl. oben S. 91 ff. u. 100 zu ganz ähnlichen Stellungnahmen seitens der kleingewerblichen und landwirtschaftlichen Unternehmer. Vgl. auch L. Preller, Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart 1949, 18 f., 20, 23.

⁹³ Dazu F. Zunkel, Industrie u. Staatssozialismus. Der Kampf um die Wirtschaftsordnung in Deutschland 1914—1918, Düsseldorf 1974. Zunkels Ergebnisse bestätigen die These vom vorherrschenden Gegensatz zwischen Industrie und Behörden und behandeln ihn — differenzierend und weiterführend — in einem breiten, hier nicht interessierenden Zusammenhang.

⁹⁴ Vgl. MKdI am 20. Juli, 28. Sept., 19. Okt. und 26. Okt. 1918 zur Übergangswirtschaft; DAZ 17. 1918, am 30. Juni (Beilage): Hugenberg auf der Generalversammlung des „Vereins der bergbaulichen Interessen“ gegen Monopolisierung unter staatlicher Aufsicht; ebd., am 11. Aug.: Kritik am Staat der Massen, an Parlament und Parteien; am 29. Sept. (Beilage): „Abbau der Kriegswirtschaft“. Weitere Beispiele für Gegensätze zwischen Behörden und Industrie: Feldman, Army, 322, 347, 379 ff., 420, 437 f., 477.

⁹⁵ Dazu Feldman, German Business, in: Fs. H. Rosenberg, 312—41, der zu Recht die doppelte Frontstellung der ZAG (gegen Massen und Staat) im Bewußtsein der Unternehmer herausarbeitet.

⁹⁶ So in einem im Oktober 1908 aufgestellten sozialpolitischen Programm des mit dem BdI affilierten „Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände“ nach Leckebusch, 150, Anm. 94.

⁹⁷ Zeitgenossen begriffen 1914 durchaus als Wende in dieser Beziehung. Vgl. DIBZ 11. 1915, 196 f.: Bis zum Krieg hätten die Arbeitgeber im Staat einen Helfer gegen die Arbeiterbewegung besessen. Der Krieg habe das geändert. — Vgl. auch Umbreit/Lorenz, 30.

⁹⁸ Zu dem von Lenin her stammenden Begriff und seiner Anwendung auf die Erforschung des frühen 20. Jahrhunderts vgl. J. Kuczynski, Zur Frühgeschichte des deutschen Monopolkapitals und des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin 1962, 173 ff.; vor allem: H. Nussbaum, Zur Imperialismustheorie W. I. Lenins u. zur Entwicklung des deutschen Imperialismus bis 1914, JbFWG 1970/IV, 25—65. Beide Schriften enthalten Hinweise auf die entsprechenden Lenin-Stellen. — Vgl. Schröter, 113—22 als explizite Formulierung dieses Ansatzes mit Bezug auf den ersten Weltkrieg. Diese Theorie leitet auch die repräsentative, von DDR-Historikern geschriebene, dreibändige Geschichte des 1. Weltkriegs. Vgl. weiterhin u. a.: Müller, Die Kriegsrohstoffbewirtschaftung; W. Richter, Gewerkschaften, Monopolkapital und

Staat im ersten Weltkrieg und in der Novemberrevolution (1914—1919), Berlin 1959; W. Gutsche, Bethmann Hollweg u. die Politik der „Neuorientierung“, ZfG 17. 1965, 209—34; Politik im Krieg 1914—1918. Studien zur Politik der deutschen herrschenden Klassen im Ersten Weltkrieg, Berlin 1964; J. Kuczynski, Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus 4, Berlin 1967, bes. 193; R. Andexel, Imperialismus. Staatsfinanzen, Rüstung, Krieg, Berlin 1968, 15—59; H. Weber, Ludendorff und die Monopole, Berlin 1968; Gossweiler, Großbanken. Vgl. auch Sachwörterbuch d. Geschichte Deutschlands u. der deutschen Arbeiterbewegung 2, Berlin 1970, 602—606 (obiges Zit. ebd., 604). — Hier soll nicht die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus allgemein diskutiert werden, sondern lediglich hinsichtlich ihrer Anwendung auf die deutsche Geschichte 1914—18. — Vgl. Institut f. Gesellschaftswissenschaften beim ZK d. SED, Der Imperialismus der BRD, Berlin 1972; M. Wirth, Kapitalismustheorie in der DDR, Frankfurt 1972; W. Müller u. C. Neuß, Die Sozialstaatsillusion u. der Widerspruch von Lohnarbeit u. Kapital, Probleme des Klassenkampfes. Sonderh. 1, Berlin Juni 1971; C. Offe, Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt 1972, 169—88.

⁹⁹ Vgl. Schröter, 92. Die Umverteilung des Volkseinkommens im Interesse der herrschenden Klasse ist für ihn nicht „Ausgangspunkt, sondern natürliche Begleiterscheinung“ der Kriegswirtschaft. — Diese richtige Einschätzung fehlte noch in älteren Untersuchungen wie der von A. Müller (Die Kriegerstoffbewirtschaftung).

¹⁰⁰ Die Konkurrenz zwischen den Monopolgruppen, etwa zwischen Montanindustrie und den „jüngeren Monopolen“ (Elektroindustrie, Chemie, u. a.), aber auch zwischen Kriegs- und Friedensindustrien, wurden durch den Krieg verschärft. Vgl. Schröter, 92 f.; DIEW 1, 397; Bd. 2, 126, 130 ff.; 481 ff.; Bd. 3, 570). — Ein Beispiel für solche Entscheidungen wäre das Hindenburgprogramm, das vor allem die Interessen der Schwerindustrie förderte und für andere Branchen Einschränkungen bedeutete. Selbstverständlich können so die Konflikte zwischen Groß- und Kleinbetrieben, zwischen Monopolen und noch nicht monopolisierten Bereichen erfaßt werden.

¹⁰¹ Vgl. oben den Beginn von Kap. I.

¹⁰² Vgl. zu den politisch-ideologischen Bedingungen der DDR-Historie: Kodka, Theorieprobleme, 322 f.

¹⁰³ Vgl. Schröter, Krieg, 10 ff.; Kuczynski, Geschichte 4, 268; und vor allem DIEW 2, 471 ff.: Diese Darstellungen würdigen nicht, daß die entscheidenden Verbesserungen, die das Gesetz als Zwangsinstrument weitgehend entschärften und zu einer Machtausweitung der organisierten Arbeiterschaft auf Kosten der Unternehmer führten, in Abänderung der Regierungsvorlage, vor allem von Gewerkschaften und SPD-Mehrheit gegen Unternehmerwiderstand durchgesetzt wurden. Einseitig werten sie das Gesetz als Verschärfung der Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiter, als „Entrechtung der Arbeiterklasse“ (DIEW 2, 474). Die Behauptung, daß die Gewerkschaftsführer („Sozialchauvinisten“) dies erkannten und trotzdem gegen die Arbeiterinteressen für das Gesetz stimmten, wird mit einem falschen Zitat (!) gestützt: nämlich mit der (ebd., 475 zitierten) Bemerkung des führenden Gewerkschaftsfunktionärs Umbreit, daß das Hilfsdienstgesetz „nichts anderes bedeute, als die Aufhebung jeder Arbeitsfreiheit und die Militarisation des Arbeitsverhältnisses, verbunden mit dem Verlust aller in jahrzehntelangen Kämpfen erworbenen Rechte“ (Umbreit, Die deutschen Gewerkschaften, in: Umbreit/Lorenz, 151). Diese Bemerkung bezog sich aber nicht auf das von den Gewerkschaften akzeptierte Gesetz, sondern auf die Regierungsvorlage, die von den Gewerkschaften scharf abgelehnt und vor allem durch sie entscheidend geändert wurde! Schließlich werden diese von den Gewerkschaften durchgesetzten Änderungen zu „einige[n] formale[n] Zugeständnisse[n]“ fälschlich heruntergespielt (ebd., 475). Das Hilfsdienstgesetz sei „im wesentlichen ein Mittel für die Unternehmer, die Arbeiter noch intensiver und ungestörter als früher auszubeuten“ gewesen (DIEW 3, 139). — Nach dieser tendenziösen und unrichtigen Interpretation bleibt die

scharfe Opposition vieler Unternehmer gegen dieses Gesetz (vgl. auch DIEW 2, 479 ff.) unverständlich. Vgl. zur tatsächlichen Situation oben S. 114 ff.

¹⁰⁴ Vgl. DIEW 2, 140. — Zustimmung wird K. Liebknechts Behauptung zitiert, daß im Kriege die „unmittelbare Abhängigkeit des Staates von dem großen Privatkapital“ verstärkt werde (DIEW 3, 273).

¹⁰⁵ Diese Analyse Lenins wird zustimmend zitiert. Vgl. DIEW 2, 488; Schröter, 110: „Das Hilfsdienstgesetz war das wichtigste Instrument, mit dem, wie Lenin es charakterisierte, Deutschland in ein Militärzuchtthaus für die Arbeiter umgewandelt wurde.“ — So auch wieder der ansonsten stärker differenzierende Beitrag von Nussbaum, Imperialismustheorie, 57.

¹⁰⁶ So etwa in Fricks Artikel über den BdL in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, 145 f., wo frappanterweise die in den einschlägigen Quellen (z. B. Kiesenwetter, Oldenburg-Januschau, Westarp, etc.) ganz zentralen Angriffe gegen den staatlichen Interventionismus einfach übersehen werden.

¹⁰⁷ So etwa interpretiert Kuczynski (Geschichte 4, 202 ff.) ohne jeden Beweis eine pointiert staatsabwehrende Äußerung Stresemanns als eine Abwehräußerung, die eigentlich weniger gegen den Staat als gegen jene Unternehmer und Konkurrenten gerichtet sei, deren Interessen durch die staatlichen Interventionen gedient wurde.

¹⁰⁸ Vgl. z. B. zur ablehnenden Reaktion friedensindustrieller Unternehmer gegenüber Zusammenlegungsversuchen des Staates, die der Kriegsindustrie zugute gekommen wären: Schröter, 103.

¹⁰⁹ Die Unterscheidung zwischen einer „liberalisierend-imperialistischen“ Gruppe des Monopolkapitals (vor allem Elektroindustrie, Maschinenbau, Chemie, Teile der Fertigwarenindustrie, Reedereien, Handelskapital) und einer „konservativ-imperialistischen“ Gruppe (rheinisch-westfälische Montan- und Schwerindustrie vor allem) (DIEW 1, 363 ff.) mag für die Analyse von Unternehmerhaltungen zur Gewerkschafts- und Neuorientierungsfrage, teilweise auch zur Kriegszielfrage, einen gewissen heuristischen Wert haben, obwohl die vielfältigen, sich überschneidenden und oft nur nuanzenhaften Differenzierungen im Unternehmerlager auch hinsichtlich dieser beiden Problembereiche kaum mit Hilfe eines Zwei-Gruppen-Schemas dieser Art hinreichend zu erfassen sein dürften. Daß eine „liberalisierende“ Gruppe der deutschen Unternehmerschaft im Krieg ein „neues Wirtschaftssystem“ im Sinne der Kriegswirtschaft wollte, daß also die starke Tendenz des Staates zu Interventionen den Wünschen eines industriellen Flügels entsprach, wird zwar behauptet (DIEW 2, 131, 138 f.), aber nicht belegt: Zur Repräsentativität des hier wiederum bemühten Rathenau vgl. oben; daß F. Naumann als repräsentativer Sprecher jener angeblichen „liberalisierenden“ Industriellengruppe herhalten muß, zeigt eher die Schwäche der so gestützten These; und der angezogene Brief M. Warburgs, dem Naumann „im wesentlichen“ zustimme, müßte genauer besehen werden können. — Wie sehr Krupp und der Hansa-Bund (Krupp-Direktor Sorge und der Hansa-Bund-Vorsitzende Rießler werden ebd., 134 für den „liberalisierenden“ Flügel in Anspruch genommen) gegen den „Staatssozialismus“ des Krieges auftraten, wurde oben S. 117 erwähnt. S. 139 wird zugegeben, daß auch „Teile der Leichtindustrie“ sich „gegen eine dauernde starke Wirtschaftslenkung des Staates“ wandten. — Wenn schließlich behauptet wird, daß „trotz gewisser Vorbehalte... auch die Montanmonopolisten die staatsmonopolistischen Entwicklungstendenzen“ unterstützten, so widerspricht das weitestgehend aller verfügbaren Evidenz. — Wie problematisch es ist, von W. Rathenau ausgehend, die ganze Elektroindustrie zum „liberalisierenden“, also gegenüber Staatsinterventionen relativ freundlichen Flügel der deutschen Industriellen zu rechnen, zeigt sich schon an der scharfen Ablehnung, die W. Rathenaus staatsinterventionistische Pläne durch den Juniorchef des anderen großen deutschen Elektro-Konzerns erfuhren: durch Carl Friedrich von Siemens. Vgl. G. Siemens, C. F. v. Siemens, München 1962², 174 f. — Zuletzt vertritt diese Zwei-Lager-

Theorie ohne hinreichende Evidenz: Gossweiler, Großbanken; dazu meine Kritik: Jb. f. d. Geschichte Mittel- u. Ostdeutschlands 22. 1973, 328—33.

¹¹⁰ Lederer beobachtete das scharfsichtig bereits im ersten Kriegsjahr (Soziologie des Weltkriegs, 359 ff., 376 ff.); vgl. auch R. Hilferding, Das historische Problem, ZfP N. F. 1. 1954, 293 ff. — Gewisse Ansätze zu dieser Einsicht finden sich auch in der marxistisch-leninistisch orientierten Literatur: Vgl. Kuczynski, Geschichte 4, 204: „denn auch Instrumente beginnen ein ‚Eigenleben‘ zu entwickeln...“; DIEW 2, 135 f., 481; Nussbaum, Imperialismustheorie, 51, 64. Diese Ansätze verhindern jedoch nicht die im letzten Abschnitt gezeigten Fehlinterpretationen; sie werden nicht in die Gesamtheorie der Autoren integriert, obwohl das gerade im Anschluß an K. Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, MEW 8, 185, 196 ff. möglich sein sollte.

¹¹¹ Vgl. T. W. Mason, The Primacy of Politics. Politics and Economics in National Socialist Germany, in: S. J. Woolf Hg., The Nature of Fascism, London 1968, 165—195, bes. 167: „... the National Socialist government became, from 1936 onwards, increasingly independent of the influence of the economic ruling classes, and even in some essential aspects contrary to their interests.“ Wenn Mason diese Unabhängigkeitstendenz des politischen Systems gegenüber den sozialökonomischen herrschenden Gruppen anschließend als „einzigartig in der Geschichte der modernen bürgerlichen Gesellschaft“ begreift, so ist demgegenüber darauf hinzuweisen, daß es sich doch wohl eher um eine graduelle Zunahme jener Verselbständigungstendenzen im Vergleich zu früheren Perioden deutscher Geschichte handelt als um etwas qualitativ Neues oder gar Einzigartiges. — Für die Gegenwart vgl. Offe, Politische Herrschaft, 155 ff. (ebenfalls ohne klare Einsicht in die lange Vorgeschichte und Kontinuität dieses Phänomens).

¹¹² Bereits im August 1917 gab es 1044 Preisprüfungsstellen in Deutschland. Grebler u. Winkler, 60. Die Zahl der wirtschaftlichen und wirtschaftlich relevanten Bundesratsverordnungen hatte Ende 1917 die Zahl 1000 überschritten (MKdI Nr. 173, 2690).

¹¹³ Vgl. Handbuch f. d. Deutsche Reich 39. 1914, 189 ff.; 44. 1918, 128 ff., 160 ff., 4444 ff.: Im Reichsamt des Innern waren 1914 192 Beamte beschäftigt; 1918 arbeiteten dort 92, im Reichswirtschaftsamt und im Kriegsernährungsamt (deren Arbeitsbereiche in verringertem Ausmaß 1914 noch vom Innenamt wahrgenommen worden waren) 217 bzw. 104 Beamte. — Vgl. Schröter, 154—57 mit einem Verzeichnis der Kriegswirtschaftsbehörden.

¹¹⁴ Vgl. E. Forsthoff, Rechtsfragen der leistenden Verwaltung (1938), Stuttgart 1959; ders., Lehrbuch des Verwaltungsrechts 1, München 1961⁸, 31 ff., 35 ff., 41 ff. zum allgemeinen Problem.

¹¹⁵ Vgl. oben S. 177, Anm. 300. In all diesen Hinsichten beschleunigte der Krieg jedoch lediglich Tendenzen, die bereits vor 1914 erkennbar waren.

¹¹⁶ Als Beispiel kann die staatliche Genehmigungspflicht für die Neuerrichtung von Aktiengesellschaften dienen (Bekanntmachung vom 2. 11. 1917, RGBl 987; vgl. die Entrüstung der DAZ darüber am 11. 1. 1917: „Wohin steuern wir?“). — Die meisten der oben genannten Unternehmer-Proteste gegen zuviel Staatsinterventionismus beziehen sich auf Eingriffe dieser Kategorie.

¹¹⁷ Vgl. zu Delbrück: DIEW 1, 411; W. v. Moellendorff, Deutsche Gemeinwirtschaft, Berlin 1916; zu den gemeinwirtschaftlichen Plänen des Kanzlerberaters Riezler: Riezler, 213, 261, 358 f. (7. 10. 1914, 26. 3. 1915, 14. 6. 1916) und vor allem 524 bis 540, bes. 535 ff. (Artikel „Innere und äußere Politik von 1916“). — Zur Haltung der Gewerkschaften vgl. oben S. 54.

¹¹⁸ Vgl. Andreski, 99 ff.

¹¹⁹ Vgl. oben S. 37 f. Zu Stresemann auch: Th. Eschenburg, Die improvisierte Demokratie, München 1963, 155 ff.; W. J. Mommsen, Max Weber u. die deutsche Politik 1890 bis 1920, Tübingen 1959, 96 ff., 115 ff., 188 ff.; Schwabe, 138 ff. — Vgl. auch die Hal-

tung des DHV, in der sich aggressiver Nationalismus und Annexionismus mit der Forderung nach sozialen und rechtlichen Reformen im Innern verbinden: „Der Mensch ist der kostbarste Besitz des Staates ... eine starke ... Wehrmacht des Reiches [ist] nicht möglich ohne einen gesunden und kräftigen Volkskörper und ohne seinen Schutz durch die Sozialreform.“ Andererseits: „Eine kraftvolle Sozialreform ist nur im starken Reich denkbar.“ Nach DHW 21. 1914, 141.

¹²⁰ Vgl. oben Kap. II, Anm. 154 u. 269. — Zur langen Tradition und grundsätzlichen Bedeutung solch sozialimperialistischer Integrationspolitik vor allem: H.-U. Wehler, Bismarck u. der Imperialismus, Köln 1972³, bes. 115 ff. (dort Anm. 5 mit weiterer Literatur) und 455—502.

¹²¹ Es sei noch einmal betont, daß wir die Frage historisch und mit Hinblick auf die Zeit 1914—18 diskutieren, für die wir nach einer konkreten Differenz zwischen Systemerhaltungszielen und Interessen der Arbeiterklasse fragen. Dennoch sei zum allgemeinen Problem dies bemerkt: Es erscheint als äußerst problematisch, generell für den Staat der fortgeschrittenen privatwirtschaftlich organisierten Industriegesellschaft anzunehmen, daß gewisse von ihm wahrgenommene Systemerhaltungsfunktionen (etwa: Abwehr externer Systembedrohung, Garantie eines relativ krisenfreien ökonomischen Wachstums und Sicherung eines Minimums an Massenloyalität) *lediglich* im „Gesamtinteresse“ des „Gesamtkapitals“ liegen (so im Grunde als Vertreter der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus: Müller/Neusüss, 19 ff., 57 ff., pass.). Wenn diese These mehr als eine definitorisch festgelegte, empirisch unüberprüfbare Tautologie sein will, so ist sie auf den Nachweis angewiesen, daß solche Systemerhaltungsfunktionen des Staates zugleich *nicht* im Interesse der Abhängigen liegt. Ein solcher Nachweis gelingt Müller/Neusüss wie anderen Vertretern der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus aber keinswegs — was hier nicht im einzelnen gezeigt werden kann. — Eher zuzustimmen ist Offe, Politische Herrschaft, 155 ff., der die staatlichen Systemerhaltungsfunktionen nicht (nur) als Instrumente zur Förderung der Interessen bestimmter Klassen und Gruppen auf Kosten der Interessen anderer Klassen und Gruppen interpretieren will, sondern (158) als „politik-enthobene Imperative einer kapitalistischen Wirtschafts- und Sozialstruktur“. Dies wirft neue Probleme auf, vor allem dies: Können nicht Situationen auftreten, in denen jene Systemerhaltungsfunktionen des Staates — zu denen ja auch nach Offe die Sicherung eines Minimums inhaltlich veränderbarer und von den historisch wandelbaren Erwartungen der Bevölkerung abhängiger Massenloyalität gehört — mit der von Offe (ebd.) gleichzeitig als unaufgebar bezeichneten Funktion des Staates „die allgemeinen Bestands- und Wachstumsvoraussetzungen der kapitalistischen Ökonomie ... mit absolutem Vorrang“ zu sichern (meine Unterstreichung), in unvereinbaren Widerspruch tritt, wie es im Ersten Weltkrieg teilweise der Fall war? Und welches Funktionsbündel behält in einem solchen Konfliktfall die Oberhand? Hier weiterdenken hieße aber wahrscheinlich: die *Möglichkeit* gradueller, aber dennoch sehr weitgehender, ggf. auch grundlegend antikapitalistischer, über Veränderungen in den Erwartungen der Bevölkerungsmehrheit und mit Hilfe des Staatsapparats demokratisch durchzusetzender Reformen konsequenter einzuräumen als dies Offe tut. — In einem etwas abgewandelten Bezugsrahmen thematisiert Offe jetzt diesen potentiellen Konflikt zwischen den beiden Staatsfunktionen: Erfüllung des kapitalistischen Klasseninteresses im Sinne der Sicherung der Bestands- und Wachstumsvoraussetzungen der kapitalistischen Wirtschaft einerseits und Sicherung hinreichender Massenloyalität und Legitimation andererseits (Strukturprobleme, 91—105). Doch bleibt dies unbefriedigend, weil a) die Leistungen des Staats zur Sicherung seiner Loyalitäts- und Legitimationsbasis lediglich als ideologische Verschleierung seiner ökonomisch-klassengebundenen Funktion, nicht aber als — u. a. durch sich verändernde Massenerwartungen erzwungene — praktische, schrittweise Veränderungen tradierter Verteilungs-, Privilegien- und Machtstrukturen, Ungleichheiten und Lebenschancen analysiert werden; und weil b) das bloße Auftreten dieses Konflikts der beiden

Funktionsbündel bereits als Beweis für den durchschlagenden Klassencharakter staatlicher Herrschaft in Anspruch genommen wird (99), was doch erst dann überzeugen könnte, wenn zugleich gezeigt und nicht bloß unterstellt würde, daß in solchen Konflikten die reale Befriedigung der in Erscheinung tretenden Massenbedürfnisse durch staatliche Leistungen zum Zweck der Legitimationssicherung mit systemimmanenter Notwendigkeit (oder doch mit empirischer Wahrscheinlichkeit) den kürzeren zieht zugunsten der ökonomisch-klassengebundenen staatlichen Leistungen. Die Möglichkeiten eines inhaltlich wandelbaren Kompromisses zwischen beiden Funktionen und einer tiefgreifenden, aber unrevolutionären Verletzung kapitalistisch-klassengebundener „Gesamtinteressen“ (nicht nur kapitalistischer Einzelinteressen) zwecks Sicherung eines Minimums an Massenloyalität als Systemerhaltungsbedingung werden weder thematisiert noch gar argumentativ zureichend ausgeschlossen.

¹²² Vgl. Scheidemann, Memoiren 1, 309.

¹²³ Vgl. unter vielen Beispielen die Erwartungen in: David, Kriegstagebuch, 23 ff., 223, 226, 227, 247, 249, 286 ff.; Riezler, 183 (7. 7. 1914 zu Bethmanns Perspektive), 359, 402.

¹²⁴ Vgl. dazu grundsätzlich auch Nussbaum, Imperialismustheorie, 64 f.

¹²⁵ So für die Burgfriedensphase: Feldman, Army, 30. Auch W. Fischer hat die Macht und Funktionsausweitung der Interessengruppen im Wilhelminischen Reich betont und diese Tendenzen im *Widerspruch* zur zurückgebliebenen Verfassung des Reichs gesehen (Staatsverwaltung u. Interessenverbände im Deutschen Reich 1871 bis 1914, in: Fs. G. v. Eynern, Berlin 1967, bes. 450, 452, 455 f.). Demgegenüber ist zu betonen, daß gerade der Zurückgebliebenheit der Verfassung (einschließlich der Funktionsschwäche der Parteien) diese Funktionsstärke der Gruppen als Pendant entsprach und daß gerade jene Verfassungsschwäche die Gruppen stärkte und sie dazu einlud, Parteifunktionen zu übernehmen. Vgl. Puhle, Parlament, bes. 243.

¹²⁶ Vgl. oben S. 55.

¹²⁷ Beispiele industrieller, handwerklicher und agrarischer Bürokratiekritik oben S. 91 f., 99 f., 116 f. — Vgl. auch Armeson, 30 zu C. Duisbergs entsprechender Kritik 1916; allgemein auch: Mendelssohn Bartholdy, 30 ff. — Die Kritik am Militär war zurückhaltender und trat erst in der letzten Kriegsphase stärker in Erscheinung; vgl. aber Fünfundzwanzig Jahre Arbeitnordwest, 73 f., und die Kritik Rieppels (MAN) an der unwirtschaftlichen Haltung und Praxis der Militärs bei Groener, 349 f.

¹²⁸ Wie schnell und offenbar leicht sich die Unternehmer von dem Wilhelminischen System im Oktober und November 1918 trennten, zeigen die sehr nüchternen und anpassungsfähigen Artikel in ihren Zeitungen. Vgl. DAZ 17. 1918, am 13. 10.: „Die Arbeitgeber unter dem neuen Kurs“; und am 24. 11.: „Neue Wege“.

¹²⁹ So auch Baumgarten, 50. Zur Diskussion der Steuerpolitik und ihrer sozialen Verteilungseffekte: Roesler, 71—74, 103—130, bes. 128 ff. — Vgl. auch DIEW 2, 120 ff. — Eine gründliche Untersuchung der Willensbildungsprozesse auf dem Gebiet der Steuergesetzgebung steht noch aus.

¹³⁰ Vgl. Feldman, 158, 496 ff.; Roesler, 66, 100 ff.

¹³¹ Vgl. J. Plenge, 1789 u. 1914, Berlin 1916, bes. 16 ff. als Beispiel der häufigen Glorifizierung der deutschen Organisationskunst (20: Vergleich zu Großbritannien). In der Rückschau teilen Grebler/Winkler (24) diesen Irrtum: „Nowhere was ‚totalitarian mobilization‘ so thorough as in Germany, the country of organizers and systematizers . . .“. Vgl. auch Marwick, 168.

¹³² Vgl. O. Goebel, Deutsche Rohstoffwirtschaft im Weltkrieg, Stuttgart 1930, 93: das Kriegsamt habe weniger Macht gehabt als das britische, bereits 1915 gegründete Ministry of Munitions; K. Koszyk, Pressepolitik im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1968, 233 zur erfolgreichen Zensur, bzw. Disziplin der Presse in England; R. Levinsohn, The Profits of War Through the Ages, New York 1937, 149 zur schärferen

Kontrolle der Kriegsgewinne in Großbritannien; dazu auch ders., Die Umschichtung, 307 ff. — Vgl. auch Feldman, *Army*, 169, 173, 206, 218 ff., 228, 483.

¹²⁹ Vgl. Goebel, 93, 353; Armeson, 106; Mendelssohn Bartholdy, 116 ff.; Groener, 333, 336, 342; Skalweit, 164, 180; Koszyk, 183; Feldman, *Army*, 503 ff.; Bernbach, *Vorformen*, 16 ff.; Deist, *Militär*, XL—LI.

¹³⁴ Vgl. Bethmann Hollwegs entsprechende Bemerkung vom 31. 10. 1919, zit. bei G. A. Ritter, *Regierung und Parlament in Großbritannien seit dem 17. Jahrhundert*, PVS 5. 1964, 24, Anm. 16; vgl. auch W. J. Mommsen, *Die Regierung Bethmann Hollweg u. die öffentliche Meinung 1914—1917*, VfZ 17. 1969, 118; Armeson, 93 zur Schwäche der Regierung ohne Parlamentsmehrheit in der Auseinandersetzung um das HDG. — Weiterhin: Albrecht, der zeigt, daß die bayrische Regierung (mit ihrer äußerst bescheidenen Reichskammerreform) an den privilegierten Konservativen (269 ff.) scheiterte. Insgesamt betont auch er die Schwäche der monarchisch-konstitutionellen Regierung (zusammenfassend: 429 ff.). Doch analysiert er diese Schwäche weder ausreichend in politologischen Kategorien (Fehlen parlamentarischer Mehrheiten etc.), noch in bezug auf bestimmte, Regierungsakten entgegenstehende Interessen, d. h. in bezug auf die gesellschaftlichen (restriktiven) Bedingungen politischen Handelns. Für ihn wird deshalb die Schwäche der Regierung zu einem Problem mangelnder (rechtzeitiger) Erkenntnis (429, 430, 431) bzw. zu einer Folge von „Ängstlichkeit und Unentschlossenheit“ (434), bzw. ihr Scheitern ein Resultat mangelnder Anpassung an die sich im Krieg beschleunigenden Wandlungen des Gesellschaftsprozesses (429, 439). Genau diese Phänomene müßten aber erklärt, nicht nur dargestellt werden. Für eine „historische Strukturanalyse“, die der Reihentitel verheißt, bietet Albrecht jedoch wichtiges Material.

¹³⁵ Die partielle Niederlage der OHL beim Erlaß des Hilfsdienstgesetzes wurde erwähnt. — Zu den Grenzen der innenpolitischen Macht Ludendorffs auch Feldman, *Army*, 407 ff., 456, 496 ff.; Deist, *Militär*, LXIV f. u. XX. Die nicht überzeugende, wenigstens aber der Präzisierung bedürftige These von Ludendorffs Militärdiktatur zuletzt bei: H.-U. Wehler, „Absoluter“ und „totaler“ Krieg, PVS 10. 1969, 246 f. — Die von Armeson mit leichter Einschränkung vertretene Position, Deutschland habe einen totalen Krieg geführt (110, 136), trifft erst recht nicht.

¹³⁶ Zum folgenden vor allem: Feldman, *Les fondements*, bes. 122 ff., mit dessen Gedankenführung sich die unsere eng berührt.

¹³⁷ Zum Zusammenhang des von Groener unterstützten, für Profitkontrolle eintretenden Merton-Memorandums vom 12. Juli 1917, den folgenden Intrigen einiger Schwerindustrieller, dem Sturz Groeners als Chef des Kriegsamts und dem Verschwinden des Memorandums: Armeson, 126 ff.; Feldman, *Army*, 390 ff. Das Memorandum bei: Merton, 29—35. — Auf die Verknüpfung dieser sozialen Machtverteilung mit dem Verfassungsproblem des Reichs wirft die Information ein Schlaglicht, daß Groener zwar den Inhalt der Denkschrift unterstützte, aber sie als Soldat (sic!) nicht vor den Reichstag bringen wollte. Vgl. D. Groener-Geyer, *General Groener*, Frankfurt 1955, 62. — Vgl. Armeson, 71 und Feldman, *Army*, 417 ff. zur Bereitschaft der Gewerkschaften, weitgehende militärische Kontrollen zu akzeptieren, die aber zugleich die Unternehmermacht eingeschränkt hätten und deshalb verhindert wurden. Vgl. Ludendorff, *Urkunden*, 140; Feldman, *Army*, 496 ff. zu späteren, ebenfalls am Unternehmerwiderstand scheiternden Kontrollversuchen der OHL.

¹³⁸ Die Emission von Industrieobligationen und Vorzugsaktien, später die Neuerrichtung von Aktiengesellschaften waren genehmigungspflichtig, nicht aber die Ausgabe von Stammaktien und natürlich nicht die Preise und Gewinne als Hauptquelle der Investitionen zu dieser Zeit. Vgl. oben Anm. 116 und Roesler, 138.

¹³⁹ So der stellv. preußische Kriegsminister am 18. 12. 1915, zit. nach DIEW 2, 122.

¹⁴⁰ Vgl. den provokativ wirkenden offenen Brief des radikalen Junkers Oldenburg-Januschau (August 1916), in: *Erinnerungen*, 152—57, u. a. 155: „Jeder Mensch, der gute Preise bekommt, liefert gern, selbst wenn er es nicht aus Patriotismus tut.“ Vgl. auch Westarp, 387 ff.

¹⁴¹ So ganz offen Oldenburg-Januschau, 170 (im August 1917); und die Beobachtung bei Retzlaw, 92.

¹⁴² Vgl. z. B. Feldman, *Army*, 480 ff. zur Streikdrohung der Daimler-Werke, woraufhin die Armee einrückte; 486 zur glatten Weigerung einiger Unternehmer, die Hilfsdienstgesetz-Bestimmungen einzuhalten.

¹⁴³ Auch jene militärischen Stellen und Personen (wie Groener), die der Arbeiterschaft aus Gründen der inneren Konsolidierung vor allem in ökonomischen und sozialen Hinsichten ein Stück entgegenzukommen versuchten, waren in politischer Hinsicht meist konservativ und gegen allzu weitgehende Reformen eingestellt. Vgl. ebd., 124 ff., 340 ff.

¹⁴⁴ Zum Begriff der „restriktiven Bedingungen“ staatlichen Handelns vgl. O. Kirchner, *Restriktive Bedingungen u. revolutionäre Durchbrüche*, in: ders., *Politische Herrschaft*, Frankfurt 1967, 30 ff.; J. Bergmann u. a., *Herrschaft, Klassenverhältnis und Schichtung*, in: Th. W. Adorno Hg., *Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft?*, Stuttgart 1969, 67—99, bes. 69—73: dort werden die „restriktiven Bedingungen“ staatlichen Handelns „im Zwang zur Erhaltung privater Verfügungsmacht über die Produktionsmittel“, in der „private[n] Verfügungsgewalt über die industriellen Großunternehmen und [den] dieser Verfügungsgewalt zugeordneten Investitionsentscheidungen“ gesehen (72). — Hier soll demgegenüber noch stärker der historisch variable Inhalt dieser „restriktiven Bedingungen“ betont werden.

¹⁴⁵ Vgl. vor allem die Schriften von H.-U. Wehler, M. Stürmer, F. Fischer, D. Stegmann und V. Berghahn.

¹⁴⁶ Vgl. E. Kehr, *Klassenkämpfe u. Rüstungspolitik im kaiserlichen Deutschland*, in: ders., *Der Primat der Innenpolitik*, Berlin 1970², 87—110; wieder aufgenommen und fortgeführt ist diese Thematik jetzt bei: Groh, *PVS* 13, 501—21.

¹⁴⁷ Dazu ausgezeichnet: Feldman, *Fondements*.

¹⁴⁸ Vgl. z. B. *Corr.bl.* 16. 1916, 2; *DIBZ* 13. 1917, 52—55: in einer gemeinsamen Eingabe protestierten Arbeiter- und Angestelltenverbände gegen die bisherige Praxis der Ernährungswirtschaft und verlangten die Stärkung des Kriegsernährungsamtes.

¹⁴⁹ So schon *MB*, 15. 4. 1916, 20 (AK Kassel); 14. 6. 1916, 5, 7 (AK Stettin).

¹⁵⁰ So das XVIII. AK (Frankfurt) in *MB*, 3. 8. 1917, 13 über die Landbevölkerung.

¹⁵¹ So das VII. AK (Breslau) und das XX. AK (Allenstein), in *MB*, 17. 11. 1916, 5. 6.

¹⁵² So das XVIII. AK (Frankfurt) und das XIX. AK (Leipzig) in *MB*, 3. 11. 1917, 17, 18.

¹⁵³ Ebd., 21.

¹⁵⁴ *MB*, 3. 9. 1918, 6.

¹⁵⁵ Der Bericht diagnostiziert den „Zusammenbruch des Vertrauens in die Weisheit der Staatsleitung“. Ebd., 9 f.

¹⁵⁶ Bericht des VII. AK (Münster) in *MB*, 23. 8. 1916, 13.

¹⁵⁷ Vgl. *MB*, 3. 6. 1918, 25, 33; 3. 7. 1918, 12, 14, 15, 18; 3. 8. 1918, 5 ff., 24.

¹⁵⁸ Vgl. das XVIII. AK (Frankfurt) in *MB*, 3. 8. 1917, 18 f.: „... wird die Stimmung weiter Volkskreise unnötig gereizt, wenn Gendarme — wie es leider häufig vorkommt — im Übereifer geringfügige Mengen von Lebensmitteln beschlagnahmen, die sie bei Reisenden in Handtaschen u. dgl. vorfinden.“ — Ähnlich das Stettiner AK in *MB*, 3. 10. 1918, 26 zum Schleichhandel, bei dem immer nur der Kleine ertappt werde.

¹⁵⁹ *MB*, 3. 8. 1917, 17.

¹⁶⁰ MB, 3. 10. 1918, 25 f.

¹⁶¹ So das Danziger AK, ebd., 26 f.

¹⁶² Ebd., 34.

¹⁶³ Vgl. Umbreit/Lorenz, 105, 108; Baumgarten, 26 f.; M. Liepmann, Krieg u. Kriminalität in Deutschland, Stuttgart 1930, 10, 22, 25 ff., 142 f.; Mendelssohn Bartholdy, 30 ff., 108, 195, 201. Cassau (308 f., 310) bemerkt, daß der deutschen kriegsbedingten Bürokratiekritik in England eine steigende Parlamentarismuskritik entsprach.

¹⁶⁴ Vgl. Marwick, 202.

¹⁶⁵ Vgl. Umbreit/Lorenz, 98; Feldman, Army, 99 ff., 105 f., 109, 265 f., 417 f. Diese Militärbewunderung paßte in die allgemeine Stimmung, die besonders in den ersten Kriegsjahren, den Soldaten und das Militärische als Normen in allen Lebensbereichen zu akzeptieren bereit war. Vgl. Liepmann, 109, 115 f.; Baumgarten, 76 ff.; Koszyk, 120.

¹⁶⁶ Die MB berichteten erstmals im Aug. 1918 vom schwindenden Vertrauen in die OHL; vgl. MB, 3. 9. 1918 (Oberkommando in den Marken). — Davor hatten sie wiederholt das hohe Vertrauen in die militärische Führung mit dem schwindenden Vertrauen in die Zivilverwaltung und in die politische Führung kontrastiert. — Vgl. auch Mendelssohn Bartholdy, 196 ff.

¹⁶⁷ Vgl. den Bericht des Berliner Polizeipräsidenten vom 29. Okt. 1918, z. T. zit. bei Kuczynski, Geschichte 4, 355 ff.; Ay, 159 ff.; Baumgarten, 26 f., 63 f.; Liepmann, 62.

¹⁶⁸ Vgl. MB. 3. 6. 1918, 33.

¹⁶⁹ So das XVII. AK (Danzig) in MB, 3. 8. 1918, 12; ähnlich MB, 3. 10. 1918, 28 (das Koblenzer AK).

¹⁷⁰ Ebd., 3. 10. 1918, 30. „In manchen Fällen sei dem Bestohlenen hinterher anonym eine gut bemessene Bezahlung zugeschickt worden.“

¹⁷¹ Ebd., 30.

¹⁷² Ebd., 8.

¹⁷³ Vgl. auch C. Johnson, Revolutionstheorie, Köln 1971, 46, 117 ff. u. 141 zur Analyse einer vorrevolutionären Situation allgemein, die in den Grundzügen in Deutschland seit dem Sommer 1918 bestand.

¹⁷⁴ Vgl. A. Rosenberg, Entstehung, 223 ff.; R. Rürup, Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19, Wiesbaden 1968, 12 ff.

¹⁷⁵ Vgl. Corr.bl. 28. 1918, 463—66 der grundsätzlich richtige Hinweis auf die Kontinuität in der eigenen Politik gegenüber den Unternehmern vor dem Krieg, im Krieg und in der ZAG. — Zur ZAG-Gründung vor allem: Feldman, German Business.

V. Kapitel

¹ Vgl. P. Laslett, History and the Social Sciences, IESS 6. 1968, 436, 439 f. zum Begriff der „social structural history“.

² Dies wäre, stark vereinfacht, das in der empirisch-analytischen Sozialforschung wohl vorherrschende, von der analytischen Wissenschaftstheorie empfohlene Verfahren. Vgl. R. Königs und H. Alberts Ausführungen in: Handbuch der Empirischen Sozialforschung, R. König Hg., 1, Stuttgart 1967, 8 f., 58.

³ So zeigte sich vor allem bei der Analyse von Struktur und Funktion des staatlich-politischen Prozesses ein sich vergrößerndes Auseinanderklaffen zwischen Modell und Realität, das durch zusätzliche Gedankengänge (spezifische Rolle des Staates in einer Klassengesellschaft unter den Bedingungen des Krieges) erklärt wurde (Kap. IV, Abschn. 4). — Wir haben aber auch Veränderungen, die den aus dem Modell abgelei-

teten Erwartungen entsprachen, mit zusätzlichen, vom Modell her nicht bereitgestellten Überlegungen erklärt und interpretiert (z. B. in Kap. II, Abschn. 4 jene fünf Faktoren, die die Transformation von Klassengegensätzen in Klassenspannungen erleichterten). — Nicht vom Modell abgedeckte Begriffe und Überlegungen wurden auch an mehreren Stellen eingeführt, um Konsequenzen der Untersuchung für diverse gegenwärtig interessierende Forschungsprobleme zu ziehen, die in jenem Modell keineswegs aufgehen (vgl. z. B. oben S. 130 f. zur Problematik des Sozialimperialismus und seiner Kehrseite).

⁴ Vgl. z. B. oben zu Beginn von Kap. IV.

⁵ Vgl. dazu die Kritik am Konzept des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Kap. IV, Abschn. 3. — Vgl. auch Wehler, Bismarck, 15 f. zur Notwendigkeit „eines Bündels von Theorien“ für die historische Forschung. — Es ist bezeichnend und nur konsequent, wenn eben diese methodologische Einsicht von dogmatischen Positionen her kritisiert wird. Vgl. H. Schleier, Zum Verhältnis von Historismus, Strukturgeschichte und sozialwissenschaftlichen Methoden in der gegenwärtigen Geschichtsschreibung der BRD, in: E. Engelberg Hg., Probleme der marxistischen Geschichtswissenschaft. Beiträge zu ihrer Theorie und Methode, Lizenzausg. Köln 1972, 324; H.-D. Kittsteiner, Theorie und Geschichte, in: Kritik der bürgerlichen Geschichtswissenschaft II (= Das Argument 75), Berlin 1972, 29 f. — Vgl. auch die nächste Anmerkung.

⁶ Es sei wenigstens darauf hingewiesen, daß diese Ausführungen eine bestimmte Vorstellung vom Verhältnis zwischen Erkenntnis und zu erkennender Realität implizieren, nach der jeweils nur Partialerkenntnis möglich und die Wirklichkeit zwar strukturiert ist, aber doch in einer mehrdeutigen Weise, die der (gleichzeitig von sich wandelnden, praktisch vermittelten Erkenntnisinteressen mit-konstituierten) wissenschaftlichen Erkenntnis einen begrenzten Ansatz- und Interpretationsspielraum läßt. Vgl. J. Kocka, K. Marx u. M. Weber im Vergleich. Sozialwissenschaften zwischen Dogmatismus u. Dezisionismus, in: H.-U. Wehler Hg., Geschichte u. Ökonomie, Köln 1973, 54—84. — Zu den hier nur angedeuteten Problemen, die hinsichtlich der Geschichtswissenschaft dringend einer wissenschaftstheoretischen und zugleich wissenschaftsgeschichtlichen Untersuchung bedürfen, vgl. vorläufig von sehr verschiedenen Blickrichtungen her: T. S. Kuhn, Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen (1962), Frankfurt 1967 (Chicago 1970²); J. Habermas, Erkenntnis und Interesse, Frankfurt 1968; H. Albert, Traktat über kritische Vernunft, Tübingen 1969², Kap. II u. III. — Das obige Horkheimer-Zitat („Interesse an einer vernünftig organisierten zukünftigen Gesellschaft“) ergänzt und verwendet Wehler (Bismarck, 14), um sein übergreifendes Erkenntnisinteresse zu umschreiben; dem kann man zustimmen und doch bezweifeln, ob *daraus* die Entscheidung für *bestimmte* „Theorien mittlerer Reichweite“, Modelle, Begriffe und Fragestellungen stringent und zwingend begründet werden kann.

⁷ Vgl. Wehler, Einleitung, in: ders., Hg., Geschichte u. Soziologie, 22.

⁸ Dies gilt insbesondere für die Kriegszeit 1914—1918, deren bemerkenswerte Knappheits- und Notsituation wirtschaftlichen Faktoren und Erwägungen ein besonders hervorstechendes Gewicht verlieh. — Daß das hier verwandte Klassenmodell in anderer Hinsicht stark von Dahrendorfs Überlegungen beeinflusst ist, wurde oben betont (vgl. Kap. I, Anm. 18).

⁹ Vgl. Kap. I, Anm. 25.

¹⁰ Vgl. oben Kap. IV, Abschn. 3 und 4.

¹¹ Vgl. dazu Organisierter Kapitalismus, H.-A. Winkler Hg., Göttingen 1974.

Quellen und Literatur

1. Unveröffentlichte Quellen

- Peppel, Oberbürgermeister i. R., Die Durchführung von Zusammenlegungen (Stilllegungen) in der Industrie während des Krieges 1914—1918. Darstellung u. Beurteilung. 1. T.: Überblick über den Verlauf der Zusammenlegungen (abgeschlossen im Okt. 1937). National Archives Microcopy T 77 Roll 343. Records of Headquarters. German Armed Forces. High Command (Oberkommando der Wehrmacht/OKW), 80 728—80 981 (aus: Collection: Departmental Records Branch. The Adjutant General's Office RG 1026).
- Siemens-Archiv-Akten [SAA]. W.-v.-Siemens-Institut, München. Diverse Einzelstücke aus: 4/Lf 837; 11/Lg 625; 29/Le 932, 1; 50/Lg 625; Protokolle der Vorstandssitzungen S&H/SSW 1914—18; M. Frenzel, Geschichte der Zentral-Werksverwaltung (ZW) Berlin u. ihre Vorläufer 1893—1949. Als Ms. 1953 bearb. (= 68/Li 83).
- Zesch, Dr. R. Bearb., Was ist geschehen zur Ermöglichung der Arbeit von Ungelernten u. Frauen? Unter Benutzung amtlicher Akten u. Mitteilungen des VDI. Berlin im März 1933. Aus Bücherei d. Heereswaffenamtes Tit. Secr. Nr. 15. National Archives Microcopy T 77 Roll 343. Records of Headquarters. German Armed Forces. High Command (Oberkommando der Wehrmacht/OKW), 80 665—80 727 (aus: Collection: Departmental Records Branch. The Adjutant General's Office RG 1026).
- Zusammenstellungen aus den Berichten der stellvertretenden Generalkommandos über die Stimmung in der Zivilbevölkerung, ab Sept. 1916 u. d. T.: Zusammenstellungen der Monats-Berichte der stellvertretenden Generalkommandos [MB]. 15. 4. 1916—3. 8. 1917 in Generallandesarchiv Karlsruhe. Abt. 456. Bd. 70; 3. 8. 1917 bis 3. 10. 1918 im Bayer. Hauptstaatsarchiv München. Abt. IV (Kriegsarchiv). MKr. 12 851—12 853.

2. Benutzte periodische Publikationen

- Deutsche Arbeitgeber-Zeitung. Zentralblatt deutscher Arbeitgeber-Verbände 13—17, Berlin 1914/18 [DAZ].
- Archiv für Sozialwissenschaft u. Sozialpolitik 38—45, Tübingen 1914/18 [Archiv].
- Beamtenjahrbuch. Vierteljahrsschrift für die gesamte Beamtenbewegung 1—4, Stuttgart 1914/17.
- Bund der Landwirte. Königreich Bayern 16—20, München 1914/18.
- Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 24 bis 29, Berlin 1914/19 [Corr.bl.].
- Frankfurter Zeitung 1917/18.
- Handbuch f. d. Deutsche Reich. Bearb. im Reichsamt d. Innern 39—44, Berlin 1914/18.
- Deutsche Handels-Wacht. Zeitschrift der Berufsgenossenschaft Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband 20—26, Hamburg 1913/19 [DHW].
- Handwerks-Zeitung. Amtliches Organ der Handwerkskammern zu Berlin u. Frankfurt/Oder. Offizielles Publikationsorgan des Zentral-Ausschusses vereinigter Innungsverbände Deutschlands. Redaktion: Handwerkskammer zu Berlin 14—17, Berlin 1914/17 [HWZ].

- Nordwestdeutsche Handwerks-Zeitung. Amtliches Organ der Handwerkskammern zu Altona, Aurich, Flensburg, Hannover, Harburg, Hildesheim u. Stadthagen. Organ des Nordwestdeutschen Handwerker-Bundes 19—23, 1914/18 [NHWZ].
- Deutsche Industriebeamten-Zeitung. Zeitschrift f. d. sozialen Interessen der technischen Privatangestellten. Organ des Bundes der technisch-industriellen Beamten 10—14, Berlin 1914/18 [DIBZ].
- Jahrbuch der Angestelltenbewegung, Berlin 1914/15.
- Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Kaiserl. Statistisches Amt (ab 1919: Statist. Reichsamt) Hg. 35—44, Berlin 1914/24/25.
- Mitteilungen der Handwerkskammer zu Münster 2—6, Münster 1914/18.
- Mitteilungen des Kriegsausschusses der deutschen Industrie Nr. 1—250, Berlin 14. Aug. 1914—12. Apr. 1918 [MKdI].
- Reichsarbeitsblatt. Sonderhefte 2—22, Berlin 1907/20.
- Reichsgesetzblatt, Berlin 1914/18 [RGBl.].
- Schulthess' Europäischer Geschichtskalender. N. F. 30—34. 1914/18, München 1917 ff.
- Stahl u. Eisen. Zeitschrift f. d. deutsche Eisenhüttenwesen 34—38, Düsseldorf 1914/18.
- Statistik des Deutschen Reichs. Berlin [StdDtR].

3. Veröffentlichte Quellen und Literatur

- Adelmann, G. Bearb., Quellensammlung zur Geschichte der sozialen Betriebsverfassung. Ruhrindustrie, I, Bonn 1960.
- Aereboe, F., Der Einfluß des Krieges auf die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland, Stuttgart 1927.
- Albert, H., Traktat über kritische Vernunft, Tübingen 1969².
- Albertin, L., Liberalismus u. Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei u. der Deutschen Volkspartei, Düsseldorf 1972.
- Albrecht, W., Landtag u. Regierung in Bayern am Vorabend der Revolution von 1918. Studien zur gesellschaftlichen u. staatlichen Entwicklung Deutschlands 1912 bis 1918, Berlin 1968.
- Andexel, R., Imperialismus. Staatsfinanzen, Rüstung, Krieg. Probleme der Rüstungsfinanzierung des deutschen Imperialismus, Berlin 1968.
- Andreski, S., Military Organization and Society, Berkeley 1968².
- Armeson, R. B., Total Warfare and Compulsory Labor. A Study of the Military-Industrial Complex in Germany During World War I, Den Haag 1964.
- Aron, R., Social Structure and Ruling Class, British Journal of Sociology 1. 1950, wd. in: L. A. Coser, Political Sociology, New York 1966, 48—100.
- Ascher, A., „Radical“ Imperialism within German Social Democracy, Political Science Quarterly 76. 1961, 555—75.
- Aufhäuser, S., Weltkrieg und Angestelltenbewegung, Berlin 1918.
- , Die freie Angestellten- u. Arbeiterbewegung. Referat, dem Ersten ordentlichen Bundestag der technischen Angestellten u. Beamten, 14. 6. 1920, Berlin 1920.
- Ay, K.-L., Die Entstehung einer Revolution. Die Volksstimmung in Bayern während des Ersten Weltkrieges, Berlin 1968.
- Badia, G., Le Spartakisme. Les dernières années de R. Luxemburg et de K. Liebknecht, 1914—1919, Paris 1967.
- Baltrusch, F., Die Arbeitsgemeinschaft der industriellen u. gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands, Köln 1920.
- Bartel, W., Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus u. Krieg, Berlin 1958.
- Barth, E., Aus der Werkstatt der deutschen Revolution, Berlin o. J. (1919).

- Basler, W., Deutschlands Annexionspolitik in Polen u. im Baltikum 1914—1918, Berlin 1962.
- Baudis, D., Die Arbeiterausschüsse im Mansfelder Kupferschieferbergbau in der Zeit des Ersten Weltkrieges, JbFWG 1962/III, 28—53.
- Bauer, M., Der Große Krieg in Feld u. Heimat. Erinnerungen u. Betrachtungen, Tübingen 1921².
- Baumgart, W., Deutsche Ostpolitik 1918, München 1966.
- Hg., Von Brest-Litovsk zur deutschen Novemberrevolution. Aus den Tagebüchern, Briefen u. Aufzeichnungen von A. Paquet, W. Groener u. A. Hopman. März bis Nov. 1918, Göttingen 1971.
- Baumgarten, O. u. a., Geistige u. Sittliche Wirkungen des Krieges in Deutschland, Stuttgart 1927.
- Bechtel, H., Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. u. 20. Jahrhundert, München 1956.
- Beckerath, H. v., Kräfte, Ziele u. Gestaltungen in der Industriegewirtschaft, Jena 1922.
- , Der moderne Industrialismus, Jena 1930.
- Beiträge zur Kriegswirtschaft. Volkswirtschaftl. Abt. des Kriegsernährungsamtes Hg., 1—68, Berlin 1916—1920.
- Bendix, R. u. S. M. Lipset Hg., Class, Status and Power, New York 1966².
- Berg, F. Hg., Der Weg zum industriellen Spitzenverband, Darmstadt 1956.
- Berg, W., „Herr im Hause“ oder Emanzipation der Arbeitnehmer. Die betrieblichen u. gesellschaftlich-politischen Beziehungen zwischen Unternehmern, Angestellten u. Arbeitern im Ruhrkohlenbergbau während des Ersten Weltkrieges, Staatsexamensarbeit Freiburg 1972, MS.
- Berghahn, V. R., Der Tirpitz-Plan. Genesis u. Verfall einer innenpolitischen Krisenstrategie unter Wilhelm II, Düsseldorf 1971.
- Bergmann, J. u. a., Herrschaft, Klassenverhältnis u. Schichtung, in: Th. W. Adorno Hg., Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft? Stuttgart 1969, 67—87.
- Bergsträßer, L., Die preußische Wahlrechtsfrage im Kriege u. die Entstehung der Osterbotschaft 1917, Tübingen 1929.
- Berlau, A. J., The German Social Democratic Party 1904—1921, New York 1949.
- Bermbach, U., Vorformen parlamentarischer Kabinettsbildung in Deutschland. Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18 u. die Parlamentarisierung der Reichsregierung, Köln 1967.
- , Aspekte der Parlamentarismus-Diskussion im kaiserlichen Reichstag — Die Erörterung im Interfraktionellen Ausschuß 1917—1918, PVS 8. 1967, 51—70.
- Bernstein, E., Klasse u. Klassenkampf, Sozialistische Monatshefte 9. 1905, 857—64.
- v. Bethmann Hollweg, T., Betrachtungen zum Weltkriege, 2 Teile, Berlin 1919/21.
- Bieber, H. J., Die deutschen Gewerkschaften im 1. Weltkrieg, Hamburg 1976.
- Blank, R., Die soziale Zusammensetzung der Sozialdemokratischen Wählerschaft Deutschlands, Archiv 20. 1905, 507 ff.
- Böttger, H., Vom alten u. neuen Mittelstand, Berlin 1901.
- Boldt, W., Der Januarstreik 1918 in Bayern mit besonderer Berücksichtigung Nürnbergs, Jb f. Fränkische Landesforschung 25. 1965, 5—42.
- Born, K. E., Staat u. Sozialpolitik seit Bismarcks Sturz. Ein Beitrag zur Geschichte der innenpolitischen Entwicklung des Deutschen Reiches 1890—1914, Wiesbaden 1957.
- Bosl, K., Gesellschaft u. Politik in Bayern vor dem Ende der Monarchie. Beiträge zu einer sozialen und politischen Strukturanalyse, Zs. f. bayerische Landesgeschichte 28. 1965, 1—31.
- Hg., Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf u. ihre Folgen, München 1969.

- Bottomore, T. B., *Classes in Modern Society*, London 1955 (dt.: *Die sozialen Klassen in der modernen Gesellschaft*, München 1967).
- Bracher, K. D., *Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus*, Köln 1969.
- Brauer, Th., *Mittelstandspolitik*, GdS 9. II, Tübingen 1927, 368—410.
- Brecht, A., *Aus nächster Nähe. Lebenserinnerungen 1884—1927*, Stuttgart 1966.
- Bredt, J. V., *Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg*, Berlin 1926.
- Bresciani-Turroni, C., *The Economics of Inflation. A Study of Currency Depreciation in Post-War Germany 1931*, London 1953².
- Briefs, G., *Kriegswirtschaftslehre u. Kriegswirtschaftspolitik*, HSt 5. 1923⁴, 984 bis 1022.
- Brockhusen-Justin, H.-J. v., *Der Weltkrieg u. ein schlichtes Menschenleben*, Greifswald 1928.
- Brodnitz, G., *Die Wirtschaftsblockade im Weltkrieg*, Schmollers Jb N. F. 43. 1919/3, 87—122.
- Bromme, M. Th. W., *Lebensgeschichte eines modernen Fabrikarbeiters (1905)*, Neudr. Frankfurt 1971.
- Bruck, W. F., *Geschichte des Kriegsausschusses der Deutschen Baumwoll-Industrie. Zugleich Abriß der Baumwollwirtschaft während des Krieges*, Berlin 1920.
- , *Die Kriegsunternehmung. Versuch einer Systematik*, Archiv 48. 1920/21, 547—95.
- , *Social and Economic History of Germany from William II to Hitler 1888—1938*. New York 1938 (1962³).
- Bry, G., *Wages in Germany 1871—1945*, Princeton 1960.
- Buber-Neumann, M., *Von Potsdam nach Moskau. Stationen eines Irrweges*, Stuttgart 1957.
- Buchner, E., *Kriegsdokumente. Der Weltkrieg 1914 in der Darstellung der zeitgenössischen Presse 1—9*, München 1915/18.
- v. Bülow, B. Fürst, *Denkwürdigkeiten, 3: Weltkrieg u. Zusammenbruch*. F. v. Stockhammern Hg., Berlin 1931.
- Bumm, F. Hg., *Deutschlands Gesundheitsverhältnisse unter dem Einfluß des Weltkrieges, 2 Halbbde.*, Stuttgart 1928.
- Bur, L., *Die Umwälzung der deutschen Volkswirtschaft im Kriege*, Straßburg 1919.
- Burchardt, L., *Friedenswirtschaft u. Kriegsvorsorge. Deutschlands wirtschaftliche Rüstungsbestrebungen vor 1914*, Boppard 1968.
- , *Walther Rathenau u. die Anfänge der Deutschen Rohstoffversorgung im Ersten Weltkrieg*, Tradition 15. 1970, 169—96.
- , *Eine neue Quelle zu den Anfängen der Kriegswirtschaft in Deutschland 1914*, Tradition 16. 1971, 72—77.
- Bureau International du Travail, *Fluctuations des salaires dans différents pays de 1914 à 1922*, Genf 1923.
- Burns, R. K., *The Comparative Economic Position of Manual and White-Collar Employees*, Journal of Business 27. Chicago 1954, 257—67.
- Calkins, K. R., *Hugo Haase. Demokrat und Revolutionär*, Berlin 1976.
- Cassau, T., *Die Gewerkschaftsbewegung. Ihre Soziologie u. ihr Kampf*, Halberstadt 1925.
- Cecil, L., *Albert Ballin. Wirtschaft u. Politik im deutschen Kaiserreich 1888—1918*, Hamburg 1969 (engl.: A. Ballin. Business and Politics in Imperial Germany 1888 bis 1918, 1967).
- Claß, H., *Wider den Strom. Vom Werden u. Wachsen der Opposition im alten Reich*, Leipzig 1932.
- Cole, G. D. H., *Studies in Class Structure*, London 1955.
- Conze, W., *Polnische Nation u. deutsche Politik im Ersten Weltkrieg*, Köln 1958.

- Coser, L. A., *The Functions of Social Conflict* (1956), Glencoe 1964² (dt.: *Theorie sozialer Konflikte*, Neuwied 1972).
- , *Continuities in the Study of Social Conflict*, New York 1967.
- Dahrendorf, R., *Class and Class Conflict in Industrial Society*, Stanford 1959 (= überarb. u. erw. Übersetzung von: *Soziale Klassen u. Klassenkonflikte in der industriellen Gesellschaft*, 1957).
- , *Gesellschaft u. Freiheit. Zur soziologischen Analyse der Gegenwart*, München 1961.
- , *Gesellschaft u. Demokratie in Deutschland*, München 1965.
- , *Konflikt u. Freiheit. Auf dem Weg zur Dienstklassengesellschaft*, München 1972.
- David, E., *Die Sozialdemokratie im Weltkrieg*, Berlin 1915.
- , *Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten E. David, 1914—1918*. E. Matthias u. S. Müller Bearb., Düsseldorf 1966.
- Davies, J. C., *Toward a Theory of Revolution*, *American Sociological Review* 27. 1962, 5—19 (dt. in: W. Zapf Hg. *Theorien des sozialen Wandels*, Köln 1970², 399—417).
- Hg., *When men revolt and why. A reader in political violence and revolution*, New York 1971.
- Deist, W., *Die Politik der Seekriegsleitung u. die Rebellion der Flotte Ende Oktober 1918*, VfZ 14. 1966, 341 ff.
- , *Eine Kontroverse zwischen dem Reichskanzler u. dem Oberbefehlshaber in den Marken im Sommer 1915*, *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 5. 1969, 101—19.
- Bearb., *Militär u. Innenpolitik im Weltkrieg 1914—1918*, 2 Teile, Düsseldorf 1970.
- Delbrück, C. v., *Die wirtschaftliche Mobilmachung in Deutschland 1914*, J. v. Delbrück Hg., München 1924.
- Demeter, K., *Die soziale Schichtung der deutschen Parlamente seit 1848*, VSWG 39. 1952, 1 ff.
- Desai, A. V., *Real Wages in Germany 1871—1913*, Oxford 1968.
- Deuerlein, E., *Der Bundesratsausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten 1870 bis 1918*, Regensburg 1955.
- Deutschland im Ersten Weltkrieg*. 3 Bde, Berlin (1968—69¹), 1, 1971²; 2 u. 3, 1970².
- Dieckmann, W., *Die Behördenorganisation in der deutschen Kriegswirtschaft 1914 bis 1918*, Hamburg 1937.
- Dierkopf, H., *Vorgeschichte, Entstehung u. Auswirkungen des vaterländischen Hilfsdienstgesetzes vom 5. Dezember 1916. Ein Beitrag zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkriegs*, phil. Diss. Halle 1937.
- Dix, A., *Wirtschaftskrieg u. Kriegswirtschaft*, Berlin 1920.
- Dokumente u. Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Inst. f. Marxismus-Leninismus beim ZK der SED Hg., Reihe II/1*, Berlin 1958; 2, Berlin 1957.
- Donner, O., *Die Kursbildung am Aktienmarkt*, Berlin 1934.
- Drabkin, J. S., *Die Novemberrevolution in Deutschland 1918/19*, 2 Bde, Berlin 1968.
- Draht, M., *Der Staat der Industriegesellschaft. Entwurf einer sozialwissenschaftlichen Staatstheorie*, *Der Staat* 5. 1966, 273—84.
- Duisberg, C., *Abhandlungen, Vorträge u. Reden aus den Jahren 1882—1921*, Berlin 1923.
- Ebert, F., *Schriften, Aufzeichnungen, Reden*, 2 Bde, Dresden 1926.
- Eckstein, H. Hg., *Internal War: Problems and Approaches*, New York 1965.
- Eckardt, G., *Industrie u. Politik in Bayern 1900—19. Der Bayerische Industriellen Verband als Modell des Einflusses von Wirtschaftsverbänden*, Berlin 1976.

- Elben, W., Das Problem der Kontinuität in der deutschen Revolution. Die Politik der Staatssekretäre u. der militärischen Führung vom Nov. 1918 bis Feb. 1919, Düsseldorf 1965.
- Elm, L., Zwischen Fortschritt u. Reaktion. Geschichte der Parteien der liberalen Bourgeoisie in Deutschland 1893—1918, Berlin 1968.
- Elster, K., Von der Mark zur Reichsmark. Die Geschichte der deutschen Währung in den Jahren 1914 bis 1924, Jena 1928.
- Engel, J., Der Wandel in der Bedeutung des Krieges im 19. u. 20. Jahrhundert, GWU 19. 1968, 468—86.
- Epochen der Angestelltenbewegung 1774—1930, Gewerkschaftsbund der Angestellten Hg., Berlin 1930.
- Epstein, K., Der Interfraktionelle Ausschuß u. das Problem der Parlamentarisierung 1917—1918, HZ 191. 1960, 562—84.
- , Matthias Erzberger u. das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin 1962 (engl.: M. Erzberger and the Dilemma of German Democracy, 1959).
- Erdmann, G., Die deutschen Arbeitgeberverbände im sozialgeschichtlichen Wandel der Zeit, Neuwied 1966.
- Erdmann, K.-D., Zur Beurteilung Bethmann Hollwegs, GWU 15. 1964, 525—540.
- Ereignisse, Revolutionäre... u. Probleme in Deutschland während der Periode der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917/1918. Beiträge zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, Berlin 1957.
- Erhebung von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reich, Kaiserl. Statist. Amt. Abt. f. Arbeiterstatistik Bearb. (= Reichsarbeitsblatt. Sonderh. 2), Berlin 1909.
- Erzberger, M., Erlebnisse im Weltkrieg, Stuttgart 1920.
- Eschenburg, T., Die Improvisierte Demokratie, München 1963.
- Facius, F., Wirtschaft u. Staat. Die Entwicklung der staatlichen Wirtschaftsverwaltung in Deutschland vom 17. Jahrhundert bis 1945, Boppard 1959.
- Falkenberg, A., Die deutsche Beamtenbewegung nach der Revolution, Berlin 1920².
- Feldman, G. D., Army, Industry and Labor in Germany 1914—1918, Princeton 1966.
- , Les fondements politiques et sociaux de la mobilisation économique en Allemagne (1914—1916), Annales E. S. C. 24. 1969, 102—27.
- , German Business Between War and Revolution: The Origins of the Stinnes-Legien Agreement, in: G. A. Ritter Hg., Entstehung u. Wandel der modernen Gesellschaft. Fs. H. Rosenberg, Berlin 1970, 312—341.
- , Die Freien Gewerkschaften und die Zentralarbeitsgemeinschaft 1918—1924, in: H. O. Vetter Hg., Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung, Köln 1975, S. 229—52.
- , Iron and Steel in the German Inflation 1916—1923, Princeton 1977.
- , The Origins of the Stinnes-Legien Agreement: A Documentation, IWK 19/20. 1972, S. 45—102.
- u. H. Homburg, Industrie und Inflation. Studien und Dokumente zur Politik der deutschen Unternehmer 1916—1923, Hamburg 1977.
- Feldman, G. D., E. Kolb u. R. Rürup, Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges (1917—1920), PVS 13. 1972, 84 bis 105.
- Fichte, R., Die große Zeit im Deutschen Handwerk. Die Grundlagen der gegenwärtigen Wirtschaftsorganisationen des Deutschen Handwerks u. seine Beteiligung an den Heereslieferungen im Weltkrieg, Berlin 1922.
- Fischer, F., Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf (1961, 1962²) 1964³ (Sonderausgabe 1967).
- , Weltmacht oder Niedergang. Deutschland im Ersten Weltkrieg, Frankfurt 1965.

- , Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914, Düsseldorf 1969.
- Fischer, Fritz W., Die Angestellten, ihre Bewegung u. ihre Ideologien, Diss. Heidelberg 1931.
- Fischer, K., Denkwürdigkeiten u. Erinnerungen eines Arbeiters, P. Göhre Hg., 2 Bde., Leipzig 1903/04.
- Fischer, W., Die Rolle des Kleingewerbes im wirtschaftlichen Wachstumsprozeß in Deutschland 1850—1914, in: F. Lütge Hg., Wirtschaftliche u. soziale Probleme der gewerblichen Entwicklung im 15.—16. u. 19. Jahrhundert, Stuttgart 1968, 131—42.
- , Staatsverwaltung u. Interessenverbände im Deutschen Reich 1871—1914, in: Interdependenzen von Politik und Wirtschaft. Festgabe f. G. von Eynern, Berlin 1967, 431—456.
- u. P. Czada, Wandlungen in der deutschen Industriestruktur im 20. Jahrhundert. Ein statistisch-deskriptiver Ansatz, in: G. A. Ritter Hg., Entstehung u. Wandel der modernen Gesellschaft. Fs. H. Rosenberg, Berlin 1970, 116—165.
- Forsthoff, E., Rechtsfragen der leistenden Verwaltung (1938), Stuttgart 1959.
- , Lehrbuch des Verwaltungsrechts, 1, München 1961⁸.
- Um Freiheit u. Vaterland. Erste Veröffentlichung des Volksbundes für Freiheit u. Vaterland, Gotha 1918.
- Frenzel, M., Geschichte der Zentral-Werksverwaltung (ZW) [SSW] Berlin u. ihrer Vorläufer 1859—1949. Als Ms 1953 bearb. (= SAA 68/Li 83).
- Freud, S., Zeitgemäßes über Krieg u. Tod 1915, in: ders., Das Unbewußte. Schriften zur Psychoanalyse, A. Mitscherlich Hg., Frankfurt 1960, 187—213.
- Freyberg, J. v. u. a., Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863—1975, Köln 1975.
- Fricke, D., Die deutsche Arbeiterbewegung 1869—1914, Berlin 1976.
- Friedensburg, F., Kohle u. Eisen im Weltkrieg u. in den Friedensschlüssen, München 1934.
- , Das Erdöl im Weltkrieg, Stuttgart 1939.
- Friedländer, S., Die politischen Veränderungen der Kriegszeit und ihre Auswirkungen auf die Judenfrage, in: W. E. Mosse Hg., Deutsches Judentum in Krieg u. Revolution 1916—1923, Tübingen 1971, 27—65.
- Fuchs, R., Die Kriegsgewinne der verschiedenen Wirtschaftszweige in den einzelnen Staaten anhand statistischer Daten dargestellt, Diss. Zürich 1918.
- Fülberth, G. u. J. Harrer, Die deutsche Sozialdemokratie 1890—1933. Arbeiterbewegung und SPD, Neuwied 1974.
- Fünfundzwanzig Jahre Arbeitnordwest 1904—1929. Arbeitgeberverband f. d. Bezirk d. nordwestl. Gruppe d. Vereins Deutscher Eisen- u. Stahlindustrieller Hg., Berlin 1929.
- Fürstenberg, C., Die Lebensgeschichte eines deutschen Bankiers, H. Fürstenberg Hg., Berlin 1931.
- Gantzel, K. J., G. Kress u. V. Rittberger, Konflikt — Eskalation — Krise. Sozialwissenschaftliche Studien zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Düsseldorf 1972.
- Gebhard, G., Ruhrbergbau. Geschichte, Aufbau u. Verflechtung seiner Gesellschaften u. Organisationen, Essen 1957.
- Geck, L. H. A., Die sozialen Arbeitsverhältnisse im Wandel der Zeit. Eine geschichtliche Einführung in die Betriebssoziologie, Berlin 1931.
- Geiger, T., Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage, Stuttgart 1932 (1967²).
- , Zur Theorie des Klassenbegriffs u. der proletarischen Klasse [1930], wd. in: ders., Gesammelte Arbeiten zur Soziologie, Neuwied 1962, 206—92.

- Geiss, I., Der polnische Grenzstreifen 1914 bis 1918. Ein Beitrag zur deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg, Lübeck 1960.
- Hg., Julikrise u. Kriegsausbruch 1914. Eine Dokumentensammlung, 2 Bde, Hannover 1963/64.
- Hg., Juli 1914. Die europäische Krise u. der Ausbruch des Ersten Weltkrieges, München 1965.
- , Die Fischer-Kontroverse, in: ders., Studien über Geschichte u. Geschichtswissenschaft, Frankfurt 1972, 108—98.
- u. B.-J. Wendt Hg., Deutschland in der Weltpolitik des 19. u. 20. Jahrhunderts. Fs. F. Fischer, Düsseldorf 1973.
- Gerlach, H. v., Die große Zeit der Lüge, Charlottenburg 1926.
- Gersdorff, U. v., Frauen im Kriegsdienst 1914—1945, Stuttgart 1969.
- , Frauenarbeit u. Frauenemanzipation im Ersten Weltkrieg, Francia 2. 1975, 502—23.
- Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Inst. f. Marxismus-Leninismus beim ZK der SED Hg., 1—3, Berlin 1966.
- Goebel, O., Deutsche Rohstoffwirtschaft im Weltkrieg. Einschließlich des Hindenburg-Programms, Stuttgart 1930.
- Göhre, P., Drei Monate Fabrikarbeiter u. Handwerksbursche, Leipzig 1891.
- Göppert, H., Die Sozialisierungsbestrebungen in Deutschland nach der Revolution, Schmollers Jb 45. 1921, H. 2, 9—44.
- Görlitz, W. Hg., Regierte der Kaiser? Kriegstagebücher, Aufzeichnungen u. Briefe des Chefs des Marinekabinetts G. A. v. Müller 1914—1918, Göttingen 1959.
- Goodspeed, D. J., Ludendorff. Soldat, Diktator, Revolutionär, Gütersloh 1968 (engl.: Ludendorff, Toronto 1966).
- Gossweiler, K., Großbanken, Industriemonopole, Staat. Ökonomie u. Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914—1932, Berlin 1971.
- Grebing, H., Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, München 1966 (1970²).
- Grebler, L. u. W. Winkler, The Cost of the World War to Germany and to Austria-Hungary, New Haven 1940.
- Groener, W., Lebenserinnerungen. Jugend, Generalstab, Weltkrieg. F. Frh. v. Gaertringen Hg., Göttingen 1957.
- Groener-Geyer, D., General Groener — Soldat u. Staatsmann, Frankfurt 1955.
- Groh, D., The „Unpatriotic Socialists“ and the State, JContHist, 1. 1966/IV, 151—77.
- , Negative Integration u. revolutionärer Attentismus. Die Sozialdemokratie im Kaiserreich, Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 15. April 1972, 1—8.
- , „Je eher, desto besser!“ Innenpolitische Faktoren für die Präventivkriegsbereitschaft des Deutschen Reiches 1913/14, PVS 13. 1972, 501—21.
- , Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Berlin 1973.
- Grosser, Dieter, Vom monarchischen Konstitutionalismus zur parlamentarischen Demokratie. Die Verfassungspolitik der deutschen Parteien im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches, Den Haag 1970.
- Grünberg, E., Der Mittelstand in der kapitalistischen Gesellschaft, Leipzig 1932.
- Gündell, G., Die Organisation der deutschen Ernährungswirtschaft im Weltkriege, Leipzig 1939.
- Günther, A., Die gesunkene Kaufkraft des Lohnes u. ihre Wiederherstellung, II: Kriegslöhne u. -preise und ihr Einfluß auf Kaufkraft u. Lebenskosten, Jena 1919.
- , Lebenshaltung des Mittelstandes. Statistische u. theoretische Untersuchungen zur Konsumtionslehre, München 1920.

- , Die Folgen des Krieges für Einkommen u. Lebenshaltung der mittleren Volksschichten in Deutschland, in: R. Meerwarth, A. Günther u. W. Zimmermann, Die Einwirkungen des Krieges auf Bevölkerungsbewegung, Einkommen u. Lebenshaltung in Deutschland, Stuttgart 1932, 99—279.
- Gurr, T. R., *Why Men Rebel*, Princeton 1970.
- Gutsche, W., Bethmann Hollweg u. die Politik der „Neuorientierung“. Zur innenpolitischen Strategie und Taktik der deutschen Reichsregierung während des Ersten Weltkrieges, *ZfG* 13. 1965, 209—34.
- , Die Beziehungen zwischen der Regierung Bethmann Hollweg und dem Monopolkapital in den ersten Monaten des Ersten Weltkrieges, *Habil.-Schrift* Berlin 1967.
- , Die Entstehung des Kriegsausschusses der deutschen Industrie u. seine Rolle zu Beginn des Ersten Weltkrieges, *ZfG* 18. 1970, 877—98.
- Habermas, J., *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Neuwied (1965^a) 1971^b.
- , *Erkenntnis u. Interesse*, Frankfurt 1968.
- , *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt/Main 1973.
- Hahlweg, W., *Der Diktatfrieden von Brest-Litowsk 1918 u. die bolschewistische Weltrevolution*, Münster 1960.
- Hamel, I., *Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Die Politik des Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes 1893—1933*, Frankfurt 1967.
- Hammer, K., *Deutsche Kriegstheologie 1870—1918*, München 1971.
- Handbuch der Empirischen Sozialforschung*, R. König Hg., 2 Bde, Stuttgart 1967.
- Hardach, G., *Der Erste Weltkrieg 1914—1918*, München 1973.
- Harms, B. Hg., *Kriegswirtschaftliche Untersuchungen aus dem Institut für Seeverkehr u. Weltwirtschaft an der Universität Kiel*, 17 Hefte, Jena 1915/18.
- Harms, B. Hg., *Strukturwandlungen der Deutschen Volkswirtschaft*, 2 Bde., Berlin 1928.
- Hartfiel, G., *Angestellte u. Angestelltengewerkschaften in Deutschland. Entwicklung und Situation von beruflicher Tätigkeit, sozialer Stellung u. Verbandswesen der Angestellten in der gewerblichen Wirtschaft*, Berlin 1961.
- Haußmann, C., *Schlaglichter. Reichstagsbriefe u. Aufzeichnungen*, U. Zeller Hg., Frankfurt 1924.
- Hecht, W., *Organisationsformen der deutschen Rohstoffindustrie: Die Kohle*, München 1924.
- Heim, Georg u. S. Schlittenbauer, *Ein Hilferuf der deutschen Landwirtschaft. Oberreicht von der Zentralstelle der Bayerischen Christlichen Bauernvereine in Regensburg*, Regensburg o. J. (1916).
- Heinrichsbauer, A., *Die Privatangestellten der Großbetriebe u. ihre Organisation*, Essen 1918.
- Helfferich, K., *Deutschlands Volkswohlstand 1888—1913*, Berlin 1914^a.
- , *Reden u. Aufsätze aus dem Kriege*, Berlin 1917.
- , *Der Weltkrieg*, 3 Bde, Berlin 1919.
- Henderson, W. O., Walter Rathenau. A Pioneer of the Planned Economy, *EHR* 4. 1951/52, 98—108.
- Hennig, E., Monopolgruppentheorie in der DDR, *Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft* 1. 1973, 135—51.
- Hennig, E. u. a. Hg., *Karl Marx/Friedrich Engels. Materialien zur Rekonstruktion der marxistischen Staatstheorie*, Frankfurt/Main 1974.
- Henning, F.-W., *Die Industrialisierung in Deutschland 1800—1914*, Paderborn 1973.
- , *Das Industrialisierte Deutschland 1914—1972*, Paderborn 1974.
- Herzfeld, H., *Die deutsche Sozialdemokratie u. die Auflösung der nationalen Einheitsfront im Weltkriege*, Leipzig 1928.
- , *Der Erste Weltkrieg*, München 1968.

- Hesse, F., Die deutsche Wirtschaftslage von 1914 bis 1923. Krieg, Geldblähe u. Wechsellagen, Jena 1938.
- Hesse, K., Der kriegswirtschaftliche Gedanke, Hamburg 1935.
- Heuss, T., Friedrich Naumann, Stuttgart, 1949².
- , Erinnerungen. 1905—1933. 2 Bde, Tübingen 1963—67.
- Heymann, E., Die Rechtsformen der militärischen Kriegswirtschaft als Grundlage des neuen deutschen Industrierichts, Marburg 1921.
- Hildebrand, K., Bethmann Hollweg. Der Kanzler ohne Eigenschaften? Eine kritische Bibliographie, Düsseldorf 1970.
- Hilferding, R., Probleme der Zeit, Die Gesellschaft 1. 1924, 1—17.
- , Das historische Problem, ZfP N. F. 1. 1954, 293—324.
- Hillgruber, A., Deutschlands Rolle in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege, Göttingen 1967.
- Hindenburg, P. v., Aus meinem Leben, Leipzig 1920.
- Hintze, O., Der Beamtenstand (1911), in: ders., Soziologie u. Geschichte, G. Oestreich Hg., Ges. Abh. 2, Göttingen 1964², 66—125.
- Hirschfeld, M., Sittengeschichte des Weltkrieges. 2 Bde, Leipzig 1930.
- Höfle, A., Privatangestellte u. Neuorientierung, Berlin 1918.
- Hoffmann, W. G., Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1965.
- Hoop, E., Die Innenpolitik der Reichskanzler Michaelis u. Graf Hertling, phil. Diss. Kiel 1951.
- Horn, D., The German Naval Mutinies of World War I, New Brunswick 1969.
- Huber, E. R. Hg., Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, 2: 1851—1918, Stuttgart 1964².
- , Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, 4: Struktur u. Krisen des Kaiserreichs, Stuttgart 1969.
- Huldermann, B., A. Ballin, Oldenburg 1922.
- Hurwitz, S. J., State Intervention in Great Britain. A Study of Economic Control and Social Response 1914—1919, London 1968².
- Immediatbericht des preußischen Ministers des Innern, v. Loebell, vom 22. Nov. 1915. Eingel. u. komment. v. J. Schellenberg, Jb f. Geschichte 1. 1967, 229—60.
- Inst. f. Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Der Imperialismus der BRD, Berlin 1972.
- Jaeger, H., Unternehmer in der deutschen Politik (1890—1918), Bonn 1967.
- Jahresberichte der Königlich Preußischen Regierungs- u. Gewerbebehörden und Bergbehörden für 1913, Amtliche Ausgabe, Berlin 1914.
- Jahresberichte der Preußischen Regierungs- u. Gewerbebehörden und Bergbehörden für 1914—1918, Ministerium für Handel und Gewerbe Hg., Amtliche Ausgabe, Berlin 1919.
- Janoska-Bendl, J., Methodologische Aspekte des Idealtypus. M. Weber u. die Soziologie der Geschichte, Berlin 1965.
- Jansson, W., Arbeiterinteressen u. Kriegsergebnis, Berlin 1915.
- Janßen, K.-H., Macht u. Verblendung. Die Kriegszielpolitik der deutschen Bundesstaaten, 1914—1918, Göttingen 1962.
- , Der Kanzler u. der General. Die Führungskrise um Bethmann Hollweg u. Falkenhayn 1914—1916, Göttingen 1967.
- Jarusch, K. H., The Enigmatic Chancellor. Bethmann Hollweg and The Hybris of Imperial Germany, New Haven 1973.
- , Hg., Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft, Düsseldorf 1976.
- Jeck, A., Wachstum u. Verteilung des Volkseinkommens. Untersuchungen u. Materialien zur Entwicklung der Einkommensverteilung in Deutschland 1870—1913, Tübingen 1970.

- Jochmann, W., Die Ausbreitung des Antisemitismus, in: W. E. Mosse Hg., Deutsches Judentum in Krieg u. Revolution 1916—1923, Tübingen 1971, 409—510.
- Johann, E. Hg., Innenansicht eines Krieges. Bilder — Briefe — Dokumente, 1914 bis 1918, Frankfurt 1968.
- Johnson, C., Revolutionstheorie, Köln 1971 (engl.: Revolutionary Change, 1966).
- Jürgensen, K., „Deutsche Abende — Flensburg 1914“. Ein Beitrag zum Verhältnis von Volk, Staat u. evangelischer Kirche nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges, GWU 20. 1969, 1—16.
- Kaelble, H., Industrielle Interessenpolitik in der wilhelminischen Gesellschaft. Centralverband deutscher Industrieller 1895—1914, Berlin 1967.
- , Sozialer Aufstieg in Deutschland 1850—1914, VSWG 60. 1973, 41—71.
- u. H. Volkmann, Konjunktur u. Streik während des Übergangs zum Organisierten Kapitalismus in Deutschland, Zeitschrift für Wirtschafts- u. Sozialwissenschaften (bisher Schmollers Jb) 92. 1972, 513—44.
- Kalmer, G., Beamtenschaft u. Revolution, in: K. Bosl Hg., Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf u. ihre Folgen, München 1969, 201—61.
- Kautsky, K., Sozialdemokratische Bemerkungen zur Übergangswirtschaft, Leipzig 1918.
- Keilpflug, E., Die Gehaltserhöhungen der bayerischen Beamten im Kriege und die Lebensmittelteuerung, JNS 111. 1918, 59—69.
- Kehr, E., Der Primat der Innenpolitik. Gesammelte Aufsätze zur preussisch-deutschen Sozialgeschichte im 19. u. 20. Jahrhundert, Berlin 1970².
- Keßler, H. Graf, W. Rathenau, sein Leben u. sein Werk, Wiesbaden 1928 (Nachdr. 1962).
- Kielmansegg, P. Graf, Deutschland u. der Erste Weltkrieg, Frankfurt 1968.
- Kiesenwetter, O. v., Fünfundzwanzig Jahre wirtschaftspolitischen Kampfes. Geschichtliche Darstellung des Bundes der Landwirte. Zum 18. 2. 1918. Im Auftrag des BdL, Berlin 1918.
- Kirchheimer, O., Politische Herrschaft. Fünf Beiträge zur Lehre vom Staat, Frankfurt 1967.
- Klass, G. v., A. Vögler, Tübingen 1957.
- , H. Stinnes, Tübingen 1958.
- Klein, F. Hg., Studien zum deutschen Imperialismus vor 1914, Berlin 1976.
- Kluge, U., Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19, Göttingen 1975.
- Knauss, R., Die deutsche, englische u. französische Kriegsfinanzierung, Berlin 1923.
- Koch, H. W. Hg., The Origins of the First World War. Great Power Rivalry and German War Aims, London 1972.
- Kocka, J., Angestellte zwischen Faschismus und Demokratie. Zur Politischen Sozialgeschichte der Angestellten: USA 1890—1940 im internationalen Vergleich, Göttingen 1977.
- , The first world war and the ‚Mittelstand‘: German artisans and white collar workers, J ContHist 8. 1973, 101—24.
- , Gegenstandsbezogene Theorien i. d. Geschichtswissenschaft: Schwierigkeiten u. Ergebnisse der Diskussion, in: ders. Hg., Theorien in der Praxis des Historikers, GG, Sonderheft 3, Göttingen 1977, 178—88.
- , Industrielles Management. Konzeptionen u. Modelle in Deutschland vor 1914, VSWG 56. 1969, 332—72.
- , Karl Marx u. Max Weber im Vergleich. Sozialwissenschaften zwischen Dogmatismus und Dezisionismus, in: H.-U. Wehler Hg., Geschichte u. Ökonomie, Köln 1973, 54—84.
- , Sozialgeschichte. Begriff — Entwicklung — Probleme, Göttingen 1977.

- , Art. „Sozial- und Wirtschaftsgeschichte“, SDG 6, 1972, 3—7.
- , Theorieprobleme der Sozial- u. Wirtschaftsgeschichte. Begriffe, Tendenzen und Funktionen in West u. Ost, in: H.-U. Wehler Hg., Geschichte u. Soziologie, Köln 1972, 305—30.
- , Unternehmensverwaltung u. Angestelltenschaft am Beispiel Siemens 1847—1914. Zum Verhältnis von Kapitalismus und Bürokratie in der deutschen Industrialisierung, Stuttgart 1969.
- , Vorindustrielle Faktoren in der deutschen Industrialisierung. Industriebürokratie und „neuer Mittelstand“, in: M. Stürmer Hg., Das Kaiserliche Deutschland, Düsseldorf 1970 (1977^a), 265—86.
- , Weltkrieg u. Mittelstand. Handwerker u. Angestellte in Deutschland 1914—1918, Francia 2, 1974, 431—57.
- , Zur Problematik der deutschen Angestellten 1914—1933, in: H. Mommsen u. a. Hg., Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974 (1977^a), S. 792—810.
- Köhler, C., Die Privatbeamtenpolitik nach dem Kriege, Bonn 1916.
- König, H., Entstehung u. Wirkungsweise von Fachverbänden der Nahrungs- u. Genußmittelindustrie, Berlin 1965.
- Koistinen, P. A. C., The „Industrial-Military Complex“ in Historical Perspective: World War I, BHR 41, 1967, 378—403.
- Kolb, E., Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918/1919, Düsseldorf 1962.
- Hg., Vom Kaiserreich zur Republik, Köln 1972.
- Koschnitzke, R., Die Innenpolitik des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg im Weltkrieg, Diss. Kiel 1951.
- Kosselleck, R., Preußen zwischen Reform u. Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung u. soziale Bewegung 1791—1848, Stuttgart 1967.
- Koszyk, K., Zwischen Kaiserreich u. Diktatur. Die sozialdemokratische Presse 1914 bis 1933, Heidelberg 1958.
- , Deutsche Pressepolitik im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1968.
- Krause, H., USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt/Köln 1975.
- Kremer, W., Der soziale Aufbau der Parteien u. des deutschen Reichstags, 1871 bis 1918, Diss. Köln, Emsdetten 1934.
- Kruck, A., Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890—1939, Wiesbaden 1954.
- Kuczynski, J., Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus, I: Monopole u. Unternehmerverbände, Berlin 1952^a.
- , Studien zur Geschichte des Kapitalismus, Berlin 1957.
- , Zur Frühgeschichte des deutschen Monopolkapitals u. des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin 1962.
- , Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, T. I, 4: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland, 1900—1917/18, Berlin 1967; 5: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland, 1917/18—1932/33, Berlin 1966.
- , Klassen u. Klassenkämpfe im imperialistischen Deutschland u. in der BRD, Frankfurt 1972.
- Kuhn, T. S., Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen (1962), Frankfurt 1967 (Chicago 1970^a).
- Kulemann, W., Die Berufsvereine, I.: Geschichtliche Entwicklung der Berufsorganisationen der Arbeitnehmer u. Arbeitgeber aller Länder 1—3: Deutschland, Jena 1908^a.
- , Genossenschaftsbewegung, 1. T. 1: Geschichtlicher Teil. Darstellung der Entwicklung in alten Kulturländern sowie der internationalen Beziehungen; T. 2: Systematischer Teil. Die Kulturbedeutung der Genossenschaftsbewegung, Berlin 1922.

- Lambers, H., Die Revolutionszeit in Hagen. Die politische Entwicklung von 1917 bis 1924 in Hagen u. Haspe. Regionalanalyse der politischen Ereignisse, des Parteienverhaltens u. der Wahlen in der Revolutionsperiode, Hagen 1963.
- Lange, P., Die Neuorientierung der Gewerkschaften, Leipzig 1917.
- Laqueur, W., Revolution, IESS 13. 1968, 501—07.
- Laslett, P., History and the Social Sciences, IESS 6. 1968, 434—40.
- Laursen, K. u. J. Pedersen, The German Inflation 1918—23, Amsterdam 1964.
- Leckebusch, R., Entstehung u. Wandlungen der Zielsetzungen, der Struktur u. der Wirkungen von Arbeitgeberverbänden, Berlin 1966.
- Lederer, E., Die Privatangestellten in der modernen Wirtschaftsentwicklung, Tübingen 1912.
- , Die wirtschaftlichen Organisationen, Leipzig 1913.
- , Die Organisation der Wirtschaft durch den Staat im Kriege, Archiv 40. 1915, 118—46.
- , Zur Soziologie des Weltkrieges, Archiv 39. 1915, 347—84.
- , Die ökonomische Umschichtung im Kriege, I u. II, Archiv 45. 1918/19, 1—39, 430—63.
- , Die sozialen Organisationen, Berlin 1922².
- , Umschichtung der Einkommen u. des Bedarfs, Berlin 1928.
- u. J. Marschak, Die Klassen auf dem Arbeitsmarkt u. ihre Organisationen, GdS 9/II, Tübingen 1927, 106—258.
- Leibrock, O., Arbeitsgemeinschaft, Leipzig 1920.
- Leipart, T., K. Legien, Berlin 1929.
- Leonhard, S., Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland während des Weltkrieges, Frankfurt 1968 (Nachdr. d. Ausg. Berlin 1920).
- Lenin, W. I., Werke, 40 Bde, nach der 4. russ. Ausg. Berlin 1955 ff.
- Lensch, P., Die deutsche Sozialdemokratie u. der Weltkrieg, Berlin 1915.
- , Der Arbeiter u. die deutschen Kolonien, Berlin 1917.
- Lepsius, M. R., Parteiensystem u. Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: W. Abel u. a. Hg., Wirtschaft, Geschichte u. Wirtschaftsgeschichte. Fs. F. Lütge, Stuttgart 1966, 371—93.
- Levenstein, A., Die Arbeiterfrage mit besonderer Berücksichtigung der sozialpsychologischen Seite des modernen Großbetriebes u. der psycho-physischen Einwirkungen auf den Arbeiter, München 1912.
- Lewinsohn, R., Die Umschichtung der europäischen Vermögen, Berlin o. J.
- , The Profits of War through the Ages, New York 1937.
- Liebknecht, K., Klassenkampf gegen den Krieg, Berlin 1919.
- , Politische Aufzeichnungen aus seinem Nachlaß. Geschrieben in den Jahren 1917 bis 1918, F. Pfemfert Hg., Berlin 1921.
- , Gesammelte Reden u. Schriften, 8—9. Inst. f. Marxismus-Leninismus beim ZK der SED Hg., Berlin 1966 u. 1971.
- Liefmann, R., Die Kartelle in u. nach dem Kriege, Berlin 1918.
- , Kartelle u. Trusts u. die Weiterbildung der volkswirtschaftlichen Organisation, (1918³), Stuttgart 1920⁴.
- Liepmann, M., Krieg u. Kriminalität in Deutschland, Berlin 1930.
- Lipset, S. M., Political Man. The Social Basis of Politics, New York [1960] 1963, (dt.: Soziologie der Demokratie, Neuwied 1962).
- , Revolution and Counterrevolution, New York 1968.
- Lloyd, E. M. H., Experiments in State Control, Oxford 1924.
- Lösche, P., Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie, Berlin 1967.
- , Bericht über die innenpolitische Entwicklung während des Krieges [1915], Jb. f. d. Geschichte Mittel- u. Ostdeutschlands 18. 1969, 216—53.

- , Arbeiterbewegung u. Wilhelminismus. Sozialdemokratie zwischen Anpassung u. Spaltung, GWU 20. 1969, 519—33.
- Lorenz, C., Die gewerbliche Frauenarbeit während des Krieges, in: P. Umbreit u. C. Lorenz, Der Krieg u. die Arbeiterverhältnisse, Stuttgart 1928, 307—91.
- , Die Statistik in der Kriegswirtschaft, Hamburg 1936.
- Lotz, W., Die deutsche Staatsfinanzwirtschaft im Kriege, Berlin 1927.
- Lucas, E., Die Sozialdemokraten in Bremen während des Ersten Weltkrieges, Bremen 1969.
- Ludendorff, E., Meine Kriegserinnerungen, 1914—1918, Berlin 1919.
- Hg., Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916/18, Berlin 1921.
- Lübbe, H., Politische Philosophie in Deutschland, Basel 1963.
- [Luebbering, H.], Handwerksfragen zur Kriegszeit, Mönchen-Gladbach 1915.
- Lüders, M.-E., Die Entwicklung der gewerblichen Frauenarbeit im Kriege, 2 Teile, Schmollers Jb 44. H. 1, 1920, 241—67; H. 2, 253—77.
- , Das unbekannte Heer. Frauen kämpfen für Deutschland 1914—1918, Berlin 1935.
- Lütge, F., Deutsche Sozial- u. Wirtschaftsgeschichte, Berlin 1966^a.
- Lüthgen, H., Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat in der Vorkriegs-, Kriegs- u. Nachkriegszeit u. seine Hauptprobleme, Leipzig 1926.
- Luxemburg, R., Ausgewählte Reden u. Schriften, Marx-Engels-Lenin-Inst. beim ZK der SED Hg., 2 Bde, Berlin 1951.
- , Politische Schriften, Leipzig 1969.
- Maas, F., Über die Herkunftsbedingungen geistiger Führer, Archiv 41. 1916, 144—86.
- Maier, C. S., Between Taylorism and Technocracy: European Ideologies and the Vision of Industrial Productivity in the 1920s, JContHist 5. 1970, 27—61.
- Mammach, K., Der Einfluß der russischen Februarrevolution u. der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf die deutsche Arbeiterklasse, Febr. 1917—Okt. 1918, Berlin 1955.
- Marwick, A., The Deluge. British Society and the First World War, London 1965.
- Maschke, E., Grundzüge der deutschen Kartellgeschichte bis 1914, Dortmund 1964.
- Mason, T. W., The primacy of politics — Politics and economics in National Socialist Germany, in: S. J. Woolf Hg., The Nature of Fascism (London 1968), Vintage Books Edition 1969, S. 165—95.
- , Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936—1939, Opladen 1975.
- Matthias, E., Kautsky u. der Kautskyanismus. Die Funktion der Ideologie in der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkriege, Marxismusstudien 2, Tübingen 1957, 151—97.
- u. R. Morsey Bearb., Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18, 2 Teile, Düsseldorf 1959.
- , Die Regierung des Prinzen M. v. Baden, Düsseldorf 1962.
- , u. E. Pikart Bearb., Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie, 1898—1918. T. 2, Düsseldorf 1966.
- Mattes, W., Die bayerischen Bauernräte. Eine soziologische u. historische Untersuchung über bäuerliche Politik, Stuttgart 1921.
- Marx, K. u. F. Engels, Werke, Berlin 1957 ff. [= MEW].
- Mauke, M., Die Klassentheorie von Marx u. Engels. K. Heymann u. a. Hg., Frankfurt 1970.
- Prinz M. v. Baden, Erinnerungen u. Dokumente, G. Mann u. A. Burckhardt Hg., Stuttgart 1968.
- Meerwarth, R., A. Günther u. W. Zimmermann, Die Einwirkungen des Krieges auf Bevölkerungsbewegung, Einkommen u. Lebenshaltung in Deutschland, Stuttgart 1932.

- Mehnert, G., *Evangelische Kirche u. Politik 1917—1919*, Düsseldorf 1959.
- Meinecke, F., *Die deutschen Erhebungen von 1813, 1848, 1870 u. 1914*, in: ders., *Die deutsche Erhebung von 1914*, Stuttgart 1914, 9—38.
- , *Das deutsche Bürgertum im Kriege*, in: ders., *Politische Schriften u. Reden*, G. Kotowski Hg., Darmstadt 1958, 247—51.
- , *Straßburg, Freiburg, Berlin 1901—1919. Erinnerungen*, Stuttgart 1949.
- Mendelssohn Bartholdy, A., *The War and German Society*, New Haven 1937.
- Merton, R., *Erinnerenswertes aus meinem Leben, das über das Persönliche hinausgeht*, Frankfurt 1955.
- Michels, R., *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens* (1911), W. Conze Hg., Neudr. d. 2. Aufl. v. 1925, Stuttgart 1957.
- Mielke, S., *Der Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie 1912—1914*, Göttingen 1976.
- Miliband, R., *Marx and the State*, *The Socialist Register* 1. 1965, 278—96.
- , *Der Staat in der kapitalistischen Gesellschaft. Eine Analyse des westlichen Macht-systems*, Frankfurt 1972, (engl.: *The State in Capitalist Society*, 1969).
- Miller, S., *Burgfrieden u. Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg*, Düsseldorf 1974.
- , *Das Problem der Freiheit im Sozialismus*, Frankfurt/Main 1964.
- Missalla, H., „Gott mit uns“ — *Die deutsche katholische Kriegspredigt 1914—1918*, München 1968.
- v. Moellendorf, W., *Deutsche Gemeinwirtschaft*, Berlin 1916.
- Molt, P., *Der Reichstag vor der improvisierten Revolution*, Köln 1963.
- Mommsen, W. J., *Max Weber u. die deutsche Politik 1890—1920*, Tübingen 1959.
- , *Die deutsche Kriegszielpolitik 1914—1918. Bemerkungen zum Stand der Diskussion*, in: *Kriegsausbruch 1914*, München 1967, 60—100.
- , *Die deutsche öffentliche Meinung u. der Zusammenbruch des Regierungssystems Bethmann Hollwegs im Juli 1917*, *GWU* 19. 1968, 656—71.
- , *Die Regierung Bethmann Hollweg u. die öffentliche Meinung 1914—1917*, *VfZ* 17. 1969, 117—59.
- Mommsen, H. u. a. Hg., *Industrielles System u. politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1974 (1977²).
- Morgan, D. W., *The Socialist Left and the German Revolution. A History of the German Independent Party 1917—1922*, Ithaca/N. Y. 1976.
- Morrow, J., *Industrial Mobilization in World War I. The Prussian Army and the Aircraft Industry*, *Journal of Economic History* 37. 1977, 36—52.
- Morsey, R., *Die deutsche Zentrumsparlei 1917—1923*, Düsseldorf 1966.
- Mosse, W. E. Hg., *Deutsches Judentum in Krieg u. Revolution 1916—1923*, Tübingen 1971.
- Most, O., *Zur Wirtschafts- u. Sozialstatistik höherer Beamter in Preußen*, Leipzig 1916.
- , *Zur Wirtschafts- u. Sozialstatistik des höheren Beamtentums in Preußen*, *Schmollers Jb* 39. 1915, 181—218.
- Müller, A., *Die Kriegsrohstoffbewirtschaftung 1914—1918 im Dienst des deutschen Monopolkapitals*, Berlin 1955.
- v. Müller, K. A., *Mars u. Venus. Erinnerungen 1914—1919*, Stuttgart 1954.
- Müller, R., *Vom Kaiserreich zur Republik: Ein Beitrag zur Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung während des Weltkrieges*, Wien 1924.
- Müller, W. u. C. Neusüss, *Die Sozialstaatsillusion u. der Widerspruch von Lohnarbeit u. Kapital, Probleme des Klassenkampfes. Sonderheft 1*, Berlin Juni 1971, 7—70 (urspr. in: *Sozialistische Politik* 2. 1970, H. 6/7, 4—67).
- Nef, J. U., *War and Human Progress*, Cambridge/Mass. 1950.

- Nestriepke, S., Die Gewerkschaftsbewegung, 2 Bde, Stuttgart 1920/21.
- Nettl, P., R. Luxemburg, Köln 1967.
- Neuloh, O., Die deutsche Betriebsverfassung u. ihre Sozialformen bis zur Mitbestimmung, Tübingen 1956.
- Nicolai, W., Nachrichtendienst, Presse u. Volksstimmung im Weltkrieg, Berlin 1920.
- Nimtz, W., Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland, Berlin 1962.
- Nipperdey, T., Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961.
- Noll, A., Wirtschaftliche u. soziale Entwicklung des Handwerks in der zweiten Phase der Industrialisierung, in: W. Rüegg u. O. Neuloh Hg., Zur Soziologischen Theorie u. Analyse des 19. Jahrhunderts, Göttingen 1971, 193—212.
- Nussbaum, H., Unternehmer gegen Monopole. Über Struktur u. Aktionen antimonopolistischer bürgerlicher Gruppen zu Beginn des 20. Jahrhunderts, Berlin 1966.
- , Zur Imperialismustheorie W. I. Lenins u. zur Entwicklung staatsmonopolistischer Züge des deutschen Imperialismus bis 1914, JbFWG 1970/IV, 25—65.
- O'Boyle, L., The German Independant Socialists during the First World War, AHR 56. 1950/51, 824—31.
- v. Oertzen, P., Betriebsräte in der Novemberrevolution, Düsseldorf 1963 (Berlin 1976⁸).
- Offe, C., Politische Herrschaft u. Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftstrukturen, in: G. Kress u. D. Senghaas Hg., Politikwissenschaft, Frankfurt 1972, 135—64.
- , Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur Politischen Soziologie, Frankfurt 1972.
- v. Oldenburg-Januschau, E., Erinnerungen, Leipzig 1936.
- Opel, F., Der Deutsche Metallarbeiterverband während des Ersten Weltkrieges u. der Revolution, Hannover 1957.
- Osthold, P., Die Geschichte des Zechenverbandes 1908—1933, Berlin 1934.
- Patemann, R., Der Kampf um die preußische Wahlrechtsreform im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1964.
- Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien u. anderer Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, D. Fricke Hg., 2 Bde, Berlin 1968/1970.
- Payer, F., Von Bethmann Hollweg bis Ebert, Frankfurt 1923.
- Pikart, E., Der deutsche Reichstag u. der Ausbruch des Ersten Weltkriegs, Der Staat 5. 1966, 47—70.
- Pinner, F., Deutsche Wirtschaftsführer, Charlottenburg 1924.
- Plenge, J., 1789 u. 1914. Die symbolischen Jahre in der Geschichte des politischen Geistes, Berlin 1916.
- Pogge v. Strandmann, H. u. I. Geiss, Die Erforderlichkeit des Unmöglichen. Deutschland am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt 1965.
- Politik im Krieg 1914—1918. Studien zur Politik der deutschen herrschenden Klassen im Ersten Weltkrieg, Hg. F. Klein, Berlin 1964.
- Prager, E., Geschichte der USPD. Entstehung u. Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1921 (Nachdr. Glashütten 1970).
- Prager, M., Gewerkschaftspolitik der Privatangestellten, Süddeutsche Monatshefte 11/II. 1914, 90—112.
- , Die wirtschaftliche soziale Lage der Privatangestellten, Süddeutsche Monatshefte 11/II. 1914, 608—22.
- Preller, L., Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart 1949.
- v. Preradovich, N., Die Führungsschichten in Osterreich u. Preussen (1804—1918). Mit einem Ausblick bis zum Jahre 1945, Wiesbaden 1955.
- Pressel, W., Die Kriegspredigt 1914—1918 in der evangelischen Kirche Deutschlands, Göttingen 1967.

- Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Würzburg 14.—20. Oktober 1917, Berlin 1917.
- Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Weimar 10.—15. Juni 1919, Berlin 1919.
- Pross, H., Jugend, Eros, Politik. Die Geschichte der deutschen Jugendverbände, München 1964.
- Puhle, H.-J., Agrarische Interessenpolitik u. preußischer Konservatismus im Wilhelminischen Reich (1893—1914). Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel des Bundes der Landwirte und der Deutsch-Konservativen Partei, Hannover 1966.
- , Parlament, Parteien u. Interessenverbände 1890—1914, in: M. Stürmer'Hg., Das Kaiserliche Deutschland, Politik u. Gesellschaft 1870—1918, Düsseldorf 1970, 340 bis 377.
- Quante, P., Lohnpolitik u. Lohnentwicklung im Kriege, Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamtes 59. 1919, 323—84.
- Raase, W., Zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1914—1917 u. 1917 bis 1919, Berlin o. J.
- Rathenau, W., Gesammelte Schriften, 1—5, Berlin 1925.
- , Briefe, 2 Bde, Dresden 1926.
- , Politische Briefe, Dresden 1929.
- , Schriften aus der Kriegs- u. Nachkriegszeit, Berlin 1929.
- , Tagebuch 1907—1922, H. Pogge v. Strandmann Hg., Düsseldorf 1967.
- , Die Organisation der Rohstoffversorgung, Vortrag 20. 12. 1915, als Manuskript gedr.
- v. Raumer, H., Unternehmer u. Gewerkschaften in der Weimarer Zeit, Deutsche Rundschau 80. 1954, 425—34.
- Ratz, U., Georg Ledebour 1850—1947. Weg und Wirken eines sozialistischen Politikers, Berlin 1969.
- Rauscher, E., Die Umstellung von der Friedens- auf die Kriegsfertigung, Hamburg 1937.
- Reichert, J., Die Arbeitsgemeinschaft der industriellen u. gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands, Berlin 1919.
- , Entstehung, Bedeutung u. Ziel der „Arbeitsgemeinschaft“, Berlin 1919.
- Reichmann, E. G., Die Flucht in den Haß. Die Ursachen der deutschen Judenkatastrophe, Frankfurt o. J. (engl.: Hostages of Civilisation).
- , Der Bewußtseinswandel der deutschen Juden, in: W. E. Mosse Hg., Deutsches Judentum in Krieg u. Revolution 1916—1923, Tübingen 1971, 511—612.
- Reichsarchiv, Der Weltkrieg 1914—1918, 14 Bde, Berlin 1925—1944 (Bd. 13 u. 14, Bonn 1956²).
- Reiß, K.-P. Bearb., Von Bassermann zu Stresemann. Die Sitzungen des nationalliberalen Zentralvorstandes 1912—1917, Düsseldorf 1967.
- Retzlaw, K., Spartakus. Aufstieg u. Niedergang eines Parteiarbeiters, Frankfurt 1971 (1972²).
- Reulecke, J. Hg., Arbeiterbewegung an Rhein u. Ruhr, Wuppertal 1974.
- , Der Erste Weltkrieg u. die Arbeiterbewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in: ders., Hg., Arbeiterbewegung an Rhein u. Ruhr, Wuppertal 1974, 205—39.
- , Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Barmen von 1910—1925 (= Bergische Forschungen Bd. 10), Neustadt 1973.
- Richter, W., Gewerkschaften, Monopolkapital u. Staat im Ersten Weltkrieg u. in der Novemberrevolution (1914—1918), Berlin 1959.
- Riezler, K., Tagebücher, Aufsätze, Dokumente, K. D. Erdmann Hg., Göttingen 1972.
- Ritter, G., Staatskunst u. Kriegshandwerk. Das Problem des Militarismus in Deutschland, 2: Die Hauptmächte Europas u. das Wilhelminische Reich (1890 bis 1914),

- München 1960; 3: Die Tragödie der Staatskunst. Bethmann Hollweg als Kriegskanzler (1914—1917), München 1964; 4: Die Herrschaft des deutschen Militarismus u. die Katastrophe von 1918, München 1968.
- Ritter, G. A., Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die sozialdemokratische Partei u. die freien Gewerkschaften 1890—1900, Berlin 1963^a.
- , Regierung u. Parlament in Großbritannien seit dem 17. Jahrhundert, PVS 5. 1964, 20—30.
- Hg., Historisches Lesebuch, 2 (1871—1914), Frankfurt 1967.
- , Kontinuität u. Umformung des deutschen Parteiensystems 1918—1920, in: ders. Hg., Entstehung u. Wandel der modernen Gesellschaft. Fs. H. Rosenberg, Berlin 1970, 342—376.
- u. S. Miller Hg., Die deutsche Revolution 1918—1919, Frankfurt 1968.
- Röseler, K., Unternehmer in der Weimarer Republik, Tradition 13. 1968, 217—40.
- Roesler, K., Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg, Berlin 1967.
- Rosenberg, A., Entstehung der Weimarer Republik, Frankfurt 1961.
- Rosenberg, H., Probleme der deutschen Sozialgeschichte, Frankfurt 1969.
- Roth, G., The Social Democrats in Imperial Germany. A Study in Working-Class Isolation and National Integration, Totowa 1963.
- Roth, A., W. v. Siemens, Berlin 1922.
- Rürup, R., Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19, Wiesbaden 1968.
- Ruge, W., Massenbewegungen und politische Kräfte in Europa 1917 bis 1920/21, ZfG 20. 1972, 302—24.
- Runciman, W. G., Relative Deprivation and Social Justice. A Study of Attitudes to Social Inequality in Twentieth-Century England, Berkeley 1966.
- Ryder, A. J., The German Revolution of 1918. A Study of German Socialism in War and Revolt, Cambridge 1967.
- Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands u. der deutschen Arbeiterbewegung, 2 Bde, Berlin 1970.
- Saul, K., Staat, Industrie u. Arbeiterbewegung im Kaiserreich. Zur Innen- u. Außenpolitik des Wilhelminischen Deutschland 1903—1914 (= Studien z. modernen Geschichte, Bd. 16) Düsseldorf 1974.
- Schäfer, H. P., Die „Gelben Gewerkschaften“ am Beispiel des Unterstützungsvereins der Siemens-Werke, Berlin, VSWG 59. 1972, 41—76.
- , Industrie u. Wirtschaftspolitik während des Ersten Weltkriegs in Baden, phil. Diss., MS, Freiburg 1977.
- Schäfer, W., NSDAP. Entwicklung und Struktur der Staatspartei des Dritten Reiches, Hannover 1956.
- Schär, F., Umgestaltung und Neuorientierung des Handels infolge des Krieges, Berlin 1916.
- Scheidemann, P., Der Zusammenbruch, Berlin 1921.
- , Memoiren eines Sozialdemokraten, 2 Bde, Dresden 1928.
- Scheler, M., 1789 u. 1914, Archiv 42. 1916/17, 586—605.
- Schellenberg, J., Probleme der Burgfriedenspolitik im Ersten Weltkrieg — Zur innenpolitischen Strategie u. Taktik der herrschenden Klassen Deutschlands von 1914 bis 1916, phil. Diss. Berlin 1967.
- v. Scherf, K. Ritter, Die Entwicklung der Beamtenbewegung u. ihre Interessenvertretung, staatswiss. Diss. Greifswald 1919.
- Schieck, H., Der Kampf um die deutsche Wirtschaftspolitik nach dem Novembersturz 1918, phil. Diss. Heidelberg 1958, Ms.
- Schieder, T. Hg., Handbuch der europäischen Geschichte, 6, Stuttgart 1968.
- , Unterschiede zwischen historischer und sozialwissenschaftlicher Methode (1970), in: H.-U. Wehler Hg., Geschichte u. Soziologie, Köln 1972, 283—304.
- Schieder, W. Hg., Erster Weltkrieg. Ursachen, Entstehung u. Kriegsziele, Köln/Berlin 1969 (= NWB 32).

- Schilling-Voß, F.-A., Die Sonderernährung der Rüstungsarbeiter im Rahmen der Kriegswirtschaft 1914/18, Hamburg 1936.
- Schinkel, M., Staatsmonopole während u. nach Beendigung des Krieges, Hamburg 1915.
- Schmidt, G., Spartakus — R. Luxemburg u. K. Liebknecht, Frankfurt 1971.
- Schmidt, G., Deutscher Historismus u. der Übergang zur parlamentarischen Demokratie. Untersuchungen zu den Politischen Gedanken von Meinecke, Troeltsch, Max Weber, Lübeck 1964.
- , Innenpolitische Blockbildungen am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Aus Politik und Zeitgeschichte, 13. 5. 1972, 3—32.
- Schmidt, W., Das deutsche Handwerk im Weltkriege, staatswiss. Diss. Erlangen 1927, Essen 1929.
- Schmoller, G., Was verstehen wir unter dem Mittelstande? Hat er im 19. Jahrhundert zu- oder abgenommen? Verhandlungen des 8. Evang.-soz. Kongresses (10. u. 11. Juni 1897), Göttingen 1897, 132—85.
- Schneider, G., Die Angestelltenbewegung im Lichte des Krieges und der Revolution, Berlin 1919.
- Schorke, C. E., German Social Democracy 1905—1917. The Development of the Great Schism, Cambridge 1955.
- Schröder, E., O. Wiedfeldt, Essen 1964.
- Schröter, A., Krieg — Staat — Monopol. 1914 bis 1918. Die Zusammenhänge von imperialistischer Kriegswirtschaft, Militarisierung der Volkswirtschaft u. staatsmonopolistischem Kapitalismus in Deutschland während des Ersten Weltkrieges, Berlin 1965.
- Schürholz, F., Entwicklungstendenzen im deutschen Wirtschaftsleben zu berufsständischer Organisation u. ihre soziale Bedeutung, Mönchen-Gladbach 1922.
- Schulz, G., Zwischen Demokratie u. Diktatur. Verfassungspolitik u. Reichsreform in der Weimarer Republik, 1: Die Periode der Konsolidierung u. der Revision des Bismarckschen Reichsaufbaus 1919—1930, Berlin 1963.
- , Revolutionen und Friedensschlüsse, München 1967.
- Schumacher, M. Bearb., Erinnerungen u. Dokumente von J. V. Bredt 1914—1933, Düsseldorf 1970.
- , Mittelstandsfront und Republik. Die Wirtschaftspartei — Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919—1933, Düsseldorf 1972.
- Schwabe, K., Zur politischen Haltung der deutschen Professoren im Ersten Weltkrieg, HZ 193. 1961, 601—34.
- , Wissenschaft und Kriegsmoral. Die deutschen Hochschullehrer u. die politischen Grundfragen des Ersten Weltkrieges, Göttingen 1969.
- Schwarte, M. Hg., Der Weltkrieg in seiner Einwirkung auf das deutsche Volk, Leipzig 1918.
- , Hg., Der große Krieg 1914—1918, 8—10, Leipzig 1921—23.
- Schwarz, K.-D., Weltkrieg u. Revolution in Nürnberg, Stuttgart 1971.
- v. Seeckt, H., Aus meinem Leben 1866—1917, F. von Rabenau Hg., Leipzig 1938.
- Sheehan, J. J., Quantification in the Study of Modern German Social and Political History, in: V. R. Lorwin u. J. M. Price Hg., The Dimensions of the Past, New Haven 1972, 301—31.
- Sidler, R., u. J. Tiburtius, Die Arbeiterfrage — eine Kernfrage des Weltkrieges. Berlin o. J. [1925].
- Siemens, G., C. F. v. Siemens, München 1962².
- Silverberg, P., Reden u. Schriften, F. Mariaux Hg., Köln 1951.
- Skalweit, A., Die deutsche Kriegsernährungswirtschaft, Stuttgart 1927.
- Skrzypczak, H., Marx, Engels, Revolution, Berlin 1968.
- Snell, J. L., Socialist Unions and Socialist Patriotism in Germany 1914—1918, AHR 59. 1953/54, 66—76.

- Sombart, W., *Händler u. Helden*, München 1915.
- Sonnemann, R., *Ober die Duisburg-Denkschrift aus dem Jahre 1915*, JbfWG 1966/III, 119—145.
- Sorokin, P. A., *Fluctuations of Social Relationships. War and Revolution*, New York 1937.
- Spartakusbriefe, *Inst. f. Marxismus-Leninismus beim ZK der SED Hg.*, Berlin 1958.
- Sperlich, O., *Deutsche Kriegstextilwirtschaft*, Hamburg 1936.
- , *Arbeitslohn und Unternehmergewinn in der Kriegswirtschaft*, Hamburg 1938.
- Spethmann, H., *Zwölf Jahre Ruhrbergbau. Aus seiner Geschichte von Kriegsbeginn zum Franzosenabmarsch 1914—1925*, 1: *Aufstand und Ausstand bis zum zweiten Generalstreik April 1919*, Berlin 1928.
- , *Der Verband technischer Grubenbeamten 1886—1936*, Gelsenkirchen 1936.
- Stammer, O. u. P. Weingart, *Politische Soziologie*, München 1972.
- Stegemann, B., *Die deutsche Marinepolitik 1916—1918*, Berlin 1970.
- Steglich, W., *Die Friedenspolitik der Mittelmächte 1917/18*, 1, Wiesbaden 1964.
- Stegmann, D., *Zwischen Repression u. Manipulation: Konservative Machteliten u. Arbeiter- u. Angestelltenbewegung 1910—1918. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der DAP/NSDAP*, ASG 12. 1972, 351—432.
- , *Die Erben Bismarcks. Parteien u. Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschland 1897—1918*, Köln 1970.
- v. Stein, H., *Erlebnisse u. Betrachtungen aus der Zeit des Weltkrieges*, Leipzig 1919.
- Steinberg, E., *Die Handwerker-Bewegung in Deutschland, ihre Ursachen u. Ziele*, Stuttgart 1897.
- Steinberg, H.-J., *Sozialismus u. deutsche Sozialdemokratie. Zur Ideologie der Partei vor dem 1. Weltkrieg*, Hannover 1967 (1972³).
- Steiner, H., *Soziale Strukturveränderungen im modernen Kapitalismus. Zur Klassenanalyse der Angestellten in Westdeutschland*, Berlin 1967.
- Steinitzer, E., *Der Krieg u. die Angestellten*, Jb d. Angestelltenbewegung 1914/15, 177—95.
- Stern, F., *Bethmann Hollweg und der Krieg. Die Grenzen der Verantwortung*, Tübingen 1968.
- Stern, L., *Der Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland u. die deutsche Arbeiterbewegung*, Berlin 1958.
- Hg., *Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. 4/I—IV: Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland*, Berlin 1959.
- Stresemann, G., *Reden u. Schriften, 1897—1926*, 2 Bde, Dresden 1926.
- Stücken, R., *Deutsche Geld- u. Kreditpolitik 1914—1963*, Tübingen 1964³.
- Stürmer, M., *Staatsstreichgedanken im Bismarckreich*, HZ 209. 1969, 566—615.
- Hg., *Das kaiserliche Deutschland. Politik u. Gesellschaft 1870—1918*, Düsseldorf 1970.
- Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis 1917*. Hg. v. d. Abt. 1900—1917 des Zentralinstituts für Geschichte d. Ak. d. Wiss. d. DDR u. Leitung v. W. Gutsche, Berlin 1977 (= *Jahrbuch für Geschichte* 15).
- Stump, W., *Geschichte u. Organisation der Zentrumspartei in Düsseldorf 1917—1933*, Düsseldorf 1971.
- Syrup, F., *Hundert Jahre staatliche Sozialpolitik 1839—1939*, O. Neuloh Bearb., Stuttgart 1957.
- Szabó, E., *Krieg u. Wirtschaftsverfassung*, Archiv 39. 1915, 643—88.
- Tänzler, F., *Die deutschen Arbeitgeberverbände 1904—1929*, Berlin 1929.
- Tanter, R. u. M. Midlarsky, *A Theory of Revolution*, *Journal of Conflict Resolution* 11. 1967, 264—80.

- Teuteberg, H.-J., Geschichte der industriellen Mitbestimmung. Ursprung u. Entwicklung ihrer Vorläufer im Denken u. in der Wirklichkeit des 19. Jahrhunderts, Tübingen 1961.
- Thieme, H., Nationaler Liberalismus in der Krise. Die nationalliberale Fraktion des Preussischen Abgeordnetenhauses 1914—18, Boppard 1963.
- Thimme, F. u. C. Legien Hg., Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland, Leipzig 1915.
- Thimme, F. Hg., Vom inneren Frieden des deutschen Volkes, Leipzig 1916.
- Thimme, H., Der Weltkrieg ohne Waffen. Die Propaganda der Westmächte gegen Deutschland, ihre Wirkung u. ihre Abwehr, Stuttgart 1932.
- Tilly, Ch. u. a., *The Rebellious Century 1830—1930*, Cambridge/Mass. 1975.
- Tilly, R., *Popular Disorders in Nineteenth-Century Germany. A Preliminary Survey*, *Journal of Social History* 4. 1970/71, 1—40.
- Timasheff, N. S., *War and Revolution*, J. F. Scheuer Hg., New York 1965.
- Tormin, W., *Zwischen Rätediktatur u. sozialer Demokratie*, Düsseldorf 1954.
- Toynbee, A. J., *War and Civilization*, London 1950.
- Treue, W., *Die Ilseder Hütte u. der Staat in den Jahren 1916—1919*, *Tradition* 3. 1958, 129—40.
- , *C. Duisbergs Denkschrift von 1915 zur Gründung der „Kleinen I. G.“*, *Tradition* 8. 1963, 193—228.
- Tumin, M. M., *Social Stratification. The Forms and Functions of Inequality*, Englewood Cliffs 1967 (dt.: *Schichtung u. Mobilität*, München 1968).
- Ullmann, H.-P., *Der Bund der Industriellen. Organisation, Einfluß und Politik klein- und mittelbetrieblicher Industrieller im Deutschen Kaiserreich 1895—1914*, Göttingen 1976.
- Umbreit, P., *Soziale Arbeiterpolitik u. Gewerkschaften*, Berlin 1916.
- , *Die deutschen Gewerkschaften im Weltkriege*, Berlin 1917.
- Umbreit, P. u. C. Lorenz, *Der Krieg u. die Arbeitsverhältnisse*, Stuttgart 1928.
- Ullmanis, B. Z., *Bilanz der Kriege. Die Menschenverluste Europas vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Berlin 1965.
- [U. S. P. D.], *Protokoll über die Verhandlungen des Gründungs-Parteitag der U. S. P. D.*, 6.—8. April 1917 in Gotha, E. Eichhorn Hg., Berlin 1921.
- U. S. P. D., *Protokoll über die Verhandlungen des a.o. Parteitag vom 2.—6. März 1919 in Berlin*, Berlin o. J.
- Vagts, A., *M. M. Warburg u. Co. Ein Bankhaus in der deutschen Weltpolitik 1905 bis 1933*, *VSWG* 45. 1958, 289—388.
- Varain, H.-J., *Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie u. Staat*, Düsseldorf 1956.
- Vetter, H. O. Hg., *Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung. Zum 100. Geburtstag v. Hans Boeckler*, Köln 1975.
- Victor, M., *Verbürgerlichung des Proletariats u. Proletarisierung des Mittelstandes*, *Die Arbeit* 8. 1931, 17—31.
- Volkmann, E. O., *Der Marxismus u. das deutsche Heer im Weltkrieg*, Berlin 1925.
- Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands Hg., *Material zur Lage der Bergarbeiter während des Weltkrieges*, o. O. o. J. (ca. 1919).
- Wachenheim, H., *Die deutsche Arbeiterbewegung 1844 bis 1914*, Köln (1967) 1972².
- Wagenführ, R., *Die Industriegewirtschaft (= Vierteljahresshefte zur Konjunkturforschung, Sonderh. 31)*, Berlin 1933.
- Weber, A., *Der Kampf zwischen Kapital u. Arbeit*, Tübingen 1921³, 4.
- Weber, H., *Ludendorff u. die Monopole. Deutsche Kriegspolitik 1916—1918*, Berlin 1966.
- Weber, M., *Wirtschaft u. Gesellschaft*, Köln 1964.
- , *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, Tübingen 1968³.
- , *Gesammelte politische Schriften*, J. Winkelmann Hg., Tübingen 1958² (1971³).

- Wegweiser durch die deutsche Kriegswirtschaft. Geschäftsführung des Kriegsausschusses der deutschen Industrie. Steinmann-Bucher Bearb., Berlin o. J.
- Wehler, H.-U., „Absoluter“ und „totaler“ Krieg, PVS 10. 1969, 220—48.
- , Krisenherde des Kaiserreichs 1871—1918. Studien zur deutschen Sozial- u. Verfassungsgeschichte, Göttingen 1970.
- , Bismarck und der Imperialismus, Köln (1969) 1976⁴.
- , Das Deutsche Kaiserreich 1871—1918, Göttingen 1973 (1977³).
- , Hg., Geschichte u. Soziologie, Köln 1972.
- Wein, J., Die Verbandsbildung im Einzelhandel. Mittelstandsbewegung, Organisation der Großbetriebe, Fachverbände, Genossenschaften u. Spitzenverband, Berlin 1968.
- Wende, F., Die belgische Frage in der deutschen Politik des Ersten Weltkriegs, Hamburg 1969.
- Das Werk des Untersuchungsausschusses der Deutschen Verfassungsgebenden Nationalversammlung u. des Deutschen Reichstages 1919—1930, IV. Reihe: Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918, 12 Bde, Berlin 1925 ff.
- Wernecke, K., Der Wille zur Weltgeltung. Außenpolitik u. Öffentlichkeit im Kaiserreich am Vorabend des Ersten Weltkriegs, Düsseldorf 1970.
- Werner, W., Handwerkspolitik, Göttingen 1952.
- Wernicke, J., Kapitalismus u. Mittelstandspolitik, Jena (1907) 1922².
- , Art. „Mittelstandsbewegung“, HSt 6, 1925⁴, 594—602.
- v. Westarp, K. Graf, Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches, 2: 1914—1918, Berlin 1935.
- Wheeler, R., USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution, I lin 1975.
- Wieber, F. u. H. Bedly, Der Stand der Löhne u. Gehaltsfragen im Kriege, Köln 1918.
- Wiedenfeld, K., Die Organisation der Kriegsrohstoff-Bewirtschaftung im Weltkriege, Hamburg 1936.
- , Zwischen Wirtschaft u. Staat. Lebenserinnerungen, Berlin 1960.
- Wiehn, E., Theorien der sozialen Schichtung, München 1968.
- v. Wiese, L., Staatssozialismus, Berlin 1916.
- Wilbrandt, R., Kapitalismus u. Konsumenten. Konsumvereinspolitik, GdS 9/II. Tübingen 1927, 411—56.
- Will, F. H., Das Handwerk als Kriegslieferant, Hannover 1923.
- Williamson, J. G., Karl Helfferich, 1872—1924. Economist, Financier, Politician, Princeton 1971.
- Winkler, H. A., Der rückversicherte Mittelstand. Die Interessenverbände von Handwerk u. Kleinhandel im deutschen Kaiserreich, in: W. Rüegg u. O. Neuloh Hg., Zur soziologischen Theorie u. Analyse des 19. Jahrhunderts, Göttingen 1971, 163 bis 179.
- , Mittelstand, Demokratie u. Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk u. Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972.
- , R. Michels, in: H.-U. Wehler Hg., Deutsche Historiker, 4, Göttingen 1972, 65—80.
- , Hg., Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge, Göttingen 1974.
- Winters, F., Die deutsche Beamtenfrage, Berlin 1918.
- Wirth, M., Kapitalismustheorie in der DDR. Entstehung u. Entwicklung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Frankfurt 1972.
- Witt, P.-C., Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches, 1903—1913, Lübeck/Hamburg 1970.
- Wohlgemuth, H., Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung von der Jahrhundertwende bis 1917, Berlin 1964².
- , Die Entstehung der Kommunistischen Partei Deutschlands 1914 bis 1918, Berlin 1968.

- Wortmann, K., Geschichte der Deutschen Vaterlands-Partei 1917—1918, Halle 1926.
- v. Wrisberg, E., Erinnerungen an die Kriegsjahre im Königlich Preußischen Kriegsministerium, 1: Der Weg zur Revolution, 2: Heer u. Heimat, 3: Wehr u. Waffen, 1914—1918, Leipzig 1921/22.
- Zahlen zur Geldentwertung in Deutschland 1914—1923 (= Sonderh. 1, Wirtschaft u. Statistik 5), Statist. Reichsamt Bearb., Berlin 1925.
- Zapf, W., Wandlungen der deutschen Elite. Ein Zirkulationsmodell deutscher Führungsgruppen 1919—1961, München 1965.
- Zechlin, E., Die Deutsche Politik u. die Juden im Ersten Weltkrieg, Göttingen 1969.
- Zimmermann, W., Der Krieg u. die deutsche Arbeiterschaft, Jena 1915.
- , Die gesunkene Kaufkraft des Lohnes u. ihre Wiederherstellung, Jena 1919.
- , Die Veränderungen der Einkommens- u. Lebensverhältnisse der deutschen Arbeiter durch den Krieg, in: R. Meerwarth, A. Günther u. W. Zimmermann, Die Einwirkung des Krieges auf Bevölkerungsbewegung, Einkommen u. Lebenshaltung in Deutschland, Stuttgart 1932, 281—474.
- Zunkel, F., Die ausländischen Arbeiter in der deutschen Kriegswirtschaftspolitik des Ersten Weltkrieges, in: G. A. Ritter Hg., Entstehung u. Wandel der modernen Gesellschaft. Fs. H. Rosenberg, Berlin 1970, 280—311.
- , Die Gewichtung der Industriegruppen bei der Etablierung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, in: H. Mommsen u. a. Hg., Industrielles System u. politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974, 637—46.
- , Industrie und Staatssozialismus. Der Kampf um die Wirtschaftsordnung in Deutschland 1914—1918, Düsseldorf 1974.

Nachbemerkung zur 2. Auflage

Da sich dieses Buch als methodisches Experiment verstand und insofern besonders stark auf fachwissenschaftliche Diskussion angelegt war, mag es sinnvoll sein, die Neuauflage dazu zu benutzen, in Auswahl auf die breite Reaktion¹ einzugehen, die das Buch hervorrief. Dabei konzentriere ich mich auf Einwände, die mir besonders wesentlich erscheinen, weil sie meine Argumentation zentral treffen oder über diese hinausführen; ich berücksichtige weder die im Grunde vorwiegenden positiv-zustimmenden Reaktionen noch die Kritik, die ich für Resultate von Mißverständnissen oder für völlig verfehlt halte (so die von W. Stump), noch — aus Platzgründen — eine Reihe von Detaileinwänden.

1. Die oben praktizierte Art der Theorieverwendung wurde von drei verschiedenen Seiten kritisiert:

a) Zum einen bezweifelten Rezensenten, ob „der Methoden- und Theorieaufwand nicht doch etwas übertrieben war, die Ergebnisse nicht auch ohne diesen hätten erzielt werden können“ (so A. Hillgruber, ähnlich Conze). Da-

¹ Im folgenden die Rezensionen, die mir bekannt wurden und mehr als bloße Inhaltsangaben enthalten: B. Adolff, in: Stuttgarter Zeitung Nr. 136 v. 16. 6. 1974; K.-L. Ay, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte, Bd. 37, 1974, S. 956—62; K. J. Bade, Das Historisch-Politische Buch, Bd. 22, 1974, S. 178 f.; W. Baumgart, in: VSWG, Bd. 63, 1976, S. 525—27; F. Blaih, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 189, 1975, S. 455 f.; K. Büchi, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Bd. 24, 1974, S. 165—67. W. Conze, in: Neue Politische Literatur, Bd. 19, 1974, S. 506—08. G. D. Feldman, in: Journal of Interdisciplinary History, Bd. 7, 1976/77, S. 164—69; J. Flemming, in: Frankfurter Rundschau Nr. 201 v. 1. 9. 1975; E. Harnisch, in: Zeitgeschichte, Jg. 1, 1974, S. 129 f.; H. Haumann, in: Das Argument, Nr. 99, 1976, S. 875—77; D. Hertz-Eichenrode, in: PVS, Bd. 17, 1976, S. 578 f.; A. Hillgruber, in: HZ, Bd. 220, 1975, S. 757 f.; K. H. Jarausch, in: Societas, Bd. 5, 1976, Nr. 4; B. Kaulisch, in: Deutsche Literaturzeitung, Jg. 97, 1976, Sp. 59—62; C. Landauer, in: American Historical Review, Bd. 80, 1975, S. 670 f.; Ch. Maier, in: Journal of Social History, Bd. 9, 1976, S. 583—88; W. J. Mommsen, in: Journal of Modern History, Bd. 47, 1975, S. 530—38; J. A. Moses, in: Australian Journal of Politics and History, Bd. 22, 1976, S. 317—20; E. Ohno, in: Keizai-Ronsō, Bd. 116, Kyoto 1975, S. 140—47; G. Schramm, in: GG, Jg. 2, 1976, S. 244—60; D. Stegmann, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 15, 1975, S. 511 f.; G. Stollberg, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK), Bd. 10, 1974, S. 519—21; W.-H. Struck, in: Nassauische Annalen, Jg. 86, 1975, S. 373 f.; M. Stürmer, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 199 D v. 29. 8. 1974; M. Stürmer, in: German Studies, Bd. 8, 1975, S. 188—91; W. Stump, in: Vierteljahresschrift f. Sozialrecht, Bd. 3, 1975, H. 1/2; S. Volkov, in: Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte, Bd. 4, 1975, S. 527—30; H. A. Winkler, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, Bd. 18, 1975, S. 158—60; P.-C. Witt, in: GG, Jg. 2, 1976, S. 118—24; C. Wurm, in: Historisches Jahrbuch, Bd. 95, 1975, S. 228—30.

gegen wäre zu betonen, daß eine gesellschaftsgeschichtliche² Synthese, wie sie dieses Büchlein versuchte, nicht ohne leitende Theorien möglich ist, es sei denn man hält additiv-assoziative Zusammenfügungen bereits für Synthesen³. Auf ein Minimum an Entfaltung und Rechtfertigung der gewählten Theorie(n) aber wird man nicht verzichten dürfen, wenn man der zentralen Forderung jeder Wissenschaft nach maximaler Klarheit, Selbstaufklärung und Transparenz genügen und wenn man anderen die Möglichkeit bieten will, den eigenen theoretischen Ansatz zu prüfen, zu diskutieren, mit Gründen zu akzeptieren oder abzulehnen, seine Vorteile und Grenzen zu bestimmen. Eben dies geschah ja auch in vielen Rezensionen und wäre ohne jenen expliziten „Methoden- und Theorie-Aufwand“ nicht möglich gewesen. Schließlich würde ich nach der Erfahrung dieser Arbeit sehr daran festhalten, daß die explizite Einführung von Theorien in der hier praktizierten Art durchaus die Chance bietet, auf Gegenstandsbereiche und Fragen gestoßen zu werden, die man sonst nicht oder kaum oder doch nicht im Zusammenhang sähe; in diesem Fall war z. B. die Behandlung des „alten Mittelstands“ und des „neuen Mittelstands“ — die von vielen Rezensionen als neue und deutliche Fortentwicklung unseres Kenntnisstandes begrüßt worden ist — ein Resultat jener Verwendung von Theorie.

b) Andererseits wurde von der leider bisher spärlichen⁴ marxistisch-leninistischen Kritik die bloß instrumentelle Verwendung Marxscher Theorien — außerhalb von dessen Geschichtsauffassung und losgelöst von ihren revolutionären Konsequenzen — kritisiert (so B. Kaulisch). In der Tat habe ich Marxsche Gedanken auf Max Webersche Weise verwandt und mich der scharfsinnigen Einsichten von Marx nur gezielt und selektiv bedient, sie nicht ehrfürchtig rekonstruiert oder scholastisch beschworen. Daß diese instrumentell-distanzierte Haltung gegenüber Theorien — die gleichwohl nicht beliebig, wie aus einem Werkzeugkasten, hervorgezogen sondern nur mit Gründen gewählt und dann für historisches Arbeiten modifiziert werden müssen — angemessen und legitim ist, folgt aus erkenntnistheoretischen Prämissen und methodologischen Überlegungen, die hier nicht wiederholt werden können⁵.

c) Am gewichtigsten erscheint mir aber jener von mehreren Rezensenten (Ch. Maier, K. Stürmer, W. J. Mommsen, H. Haumann, K. Jarausch, E. Ha-

² Zum Begriff vgl. J. Kocka, Sozialgeschichte. Begriff — Entwicklung — Probleme, Göttingen 1977, S. 97 ff.

³ Es scheint mir der Hauptnachteil eines ansonsten in vieler Hinsicht beeindruckenden Synthese-Versuchs von W. Conze (Art. „Sozialgeschichte“ in: H. Aubin u. W. Zorn [Hg.], Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 2, Stuttgart 1976, S. 426—94, 602—84) zu sein, daß er in seine einzelnen Abschnitte zerfällt; dies dürfte auf den Verzicht des Autors, übergreifende Theorien zu verwenden, zurückzuführen sein.

⁴ Eine für 1978 im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte vorgesehene Rezension war mir bei Abfassung dieser Bemerkungen noch nicht zugänglich.

⁵ Vgl. Kocka, Sozialgeschichte, S. 9—47.

nisch u. a.) geäußerte Zweifel, ob man nicht, nachdem das am Anfang entwickelte Modell durch die Darstellung nur zum Teil bestätigt, aber zum Teil „widerlegt“ worden war, am Schluß ein wirklichkeitsangemesseneres Modell hätte formulieren bzw. — denn man weiß ja schließlich von dieser Nicht-Kongruenz zwischen Modell und Wirklichkeit, bevor das Buch in Druck geht, wenn nicht gar schon, bevor man zu schreiben beginnt — von Anfang an ein wirklichkeitsnäheres Modell hätte einführen sollen. Ich würde mich weiterhin mit dem Hinweis auf das Wesen der idealtypischen Methode verteidigen, die eben gerade von der Nicht-Identität zwischen Modell und Wirklichkeit lebt⁶. Ich finde es reizvoll und eigentlich auch dem Prozeßcharakter wissenschaftlichen Denkens sehr angemessen, in diesem Dreischritt: Modell — Darstellung — partielle Sprengung des Ausgangsmodells zu argumentieren. — Doch ist dreierlei zuzugeben: Zum einen ist diese Darstellungsform nicht sehr eingebürgert. Mancher Rezensent berichtete von seiner „Überraschung“ (D. Hertz-Eichenrode) über jene „Wende“ des Buches am Schluß, und wer weiß, wie viele Leser eben nur einzelne Kapitel lesen können, dann aber leicht in die Irre gehen. Mangelndes Verständnis für die hier verwandte Argumentationsweise zeigte sich in manchen Rezensionen, wenn sie die Nicht-Übereinstimmung von Wirklichkeit und Modell als negativ ausgehenden „Test“ des Modells begriffen (W. J. Mommsen) oder aber dem Autor wohlmeinend bestätigten, selten habe jemand „seine eigenen Erwartungen, seine Vor-Eingenommenheit“ „so aufrichtig und einsichtig“ „berichtigt“, wie er am Ende seines Buches (so W. Conze). Als ob das ein Eingeständnis vorherigen Irrtums gewesen wäre, als ob man die Nicht-Übereinstimmung von Modell und Wirklichkeit erst am Ende gemerkt und nur zu „ehrlich“ gewesen wäre, die entsprechenden Korrekturen des Anfangsteils noch schnell in den Fahnen unterzubringen! Auf diese nicht immer voll vorhandene Bereitschaft zum Nachvollzug jenes Argumentationsmusters wird man Rücksicht nehmen müssen; die gewählte Darstellungsform sollte die Gefahr des Mißverständnisses nicht vergrößern sondern verringern. — Zum ändern ist einzuräumen, daß die hier verwandte Methode leicht zu einer Immunisierung der Entscheidung für bestimmte Theorien werden kann. Denn wenn das gewählte Modell nicht durch Widerspruch mit der Wirklichkeit scheitern kann, wie dann? Wie gering muß die Ähnlichkeit zwischen Modell und Wirklichkeit eigentlich werden, um den Autor zu überzeugen, es zu ändern oder auszuwechseln? Meine Antwort auf diese Frage habe ich oben S. 140 f. formuliert. Sie mag vielleicht nicht voll ausreichen. Doch bin ich andererseits davon überzeugt, daß in den meisten geschichtswissenschaftlichen Arbeiten Begriffe, Modelle, Theoreme und Theorien nicht immer schon dann abgeworfen oder ersetzt werden, wenn sie nicht voll mit der Wirklichkeit (deren Erfassung sie dienen) übereinstimmen. Vielleicht könnte hier weitere Diskussion mehr Klarheit bringen. — Schließlich ist einzuräumen, daß der erste (Modell) und zweite (Durchführung) Schritt

⁶ Vgl. ebd., S. 86 ff.

des hier debattierten Argumentationsmusters beibehalten und dennoch der dritte Schritt in einer positiven Reformulierung des Ausgangsmodells bestehen könnte, wie es mehrere Rezensenten vorschlugen⁷. Eine solche Reformulierung als Konsequenz der Untersuchung eines Falles (Erster Weltkrieg) könnte allerdings wohl nur mit Bezug auf diesen Ersten Weltkrieg, nicht aber als Falsifikation der dem Ausgangsmodell unterliegenden Theorie allgemein geschehen; dazu würde man mehr als nur *einen* „Testfall“ benötigen. Also auch mit der gewünschten Reformulierung des Ausgangsmodells am Ende bliebe geschichtswissenschaftliche Theorieverwendung deutlich von Theorieverwendung im Sinne der analytischen Wissenschaftstheorie entfernt⁸.

2. Mehrere Rezensionen (Ch. Maier, H.-A. Winkler) gaben zu bedenken, ob die Ungleichheit zwischen der Zeiterstreckung des Untersuchungsgegenstandes (vier Jahre plus Vorgeschichte) und dem längeren Zeithorizont der verwandten Theorie (Marxsche Vorstellungen über langfristige Veränderungen des Klassenverhältnisses) nicht eine methodische Belastung des hier verwandten Ansatzes darstelle, zumal — so Winkler — die Weltkriegsentwicklung in vieler Hinsicht als untypisch zu gelten habe. Mir scheint, daß jene zeitliche Inkongruenz nur dann ein Problem — und zwar ein sehr schwieriges — darstellen würde, wenn die Arbeit auf den *Test* jener Langzeit-Theorie auf der Basis einer kurzfristigen Entwicklung abzielte. Gerade dies ist aber, wie mehrfach betont, nicht der Fall. Überdies kann man das Untypische der Kriegszeit schnell übertreiben. Natürlich bedeutete der Krieg eine Extremsituation, die weder vor 1914 noch nach 1918 bestand. Man denke an die Mobilisierung, das Massensterben, den Belagerungszustand, die massenhafte Verarmung, die kriegsorientierte Produktion und anderes mehr. Doch wurden in dieser Arbeit einerseits wichtige Kontinuitäten zur Vorkriegszeit aufgezeigt, Entwicklungen, die vor 1914 begonnen und im Krieg zum Teil ruckartig beschleunigt und, wie zuzugeben ist, besonders akzentuiert wurden: Tendenzen zum Organisierten Kapitalismus wie zunehmende Staatsintervention, zunehmende wirtschaftliche Konzentration und Interessenorganisation auf Reichsebene; eine allmähliche, wenn auch schwache „Linkswendung“ der Angestellten; die allmähliche Einebnung des Spaltes zwischen großen Unternehmern und kleinen Selbständigen; die Umakzentuierung von der Ordnungs- zur Leistungsverwaltung u. a. m. Man wird sogar die schärfere Durchbildung der Klassenlinie im Sinne dieser Arbeit auf Kosten anderer

⁷ „It is true that the value of historical generalization begins where discrepancies must be explained between fact and description. But thereafter the historian must seek to narrow the gap either by amending or overturning his theories; Kocka seems less vexed by the explanatory lacunae than the liberal or neo-kantian social scientist would be.“ (Ch. Maier, S. 587.)

⁸ Vgl. zu weiteren Aspekten der Verwendung von Theorien in der Geschichtswissenschaft jetzt: J. Kocka (Hg.), *Theorien in der Praxis des Historikers*, Göttingen 1977 (= GG, Sonderh. 3).

Differenzierungs- und Konfliktlinien als sehr langfristigen Prozeß verstehen können, der im Weltkrieg einen gewissen Höhepunkt erreichte, sich aber in der Weimarer Republik und danach nicht mehr fortsetzte, sondern von anderen überlagernden Differenzierungs- und Konfliktlinien wieder stärker verwischt wurde. Andererseits ist unbezweifelbar, daß wichtige Veränderungsprozesse der Kriegszeit sich nach 1918 fortsetzten, wenn auch vielleicht nicht in der Intensität der Jahre 1914—1918. Man denke an die langfristige Tendenz zur staatlichen Intervention in Wirtschaft und Gesellschaft, die Organisation der Gruppen, die tendenzielle Auslagerung innerbetrieblicher Konflikte auf eine überbetriebliche Ebene, die Sozialpolitik, die Umstrukturierung der Verwaltung. Das gilt auch für manche weniger sichtbare Kontinuitäten: Etwa drehte sich die begrenzte, vor 1914 und im Krieg beobachtbare „Linksbewegung“ der Angestellten, die oben beschrieben wurde, in der Weimarer Zeit nicht einfach um, sie nahm allerdings — angesichts des aufsteigenden Nationalsozialismus vor allem, der die wählbaren politischen Alternativen zu verändern und einen 1914—1918 noch nicht bestehenden „dritten Weg“ zwischen Status quo-Orientierung und Linksoption zu bieten schien — eine neue Gestalt an⁹. Schließlich arbeitet gerade die jüngste Literatur über nationalsozialistische Sozial- und Kriegswirtschaftspolitik heraus, wie sehr die Problemlagen 1933—1945 denen von 1914—1918 ähnelten¹⁰.

3. Einen zentralen Einwand formulierte am deutlichsten¹¹ G. Schramm (S. 250 f.): ob es genüge, ein Konfliktmodell zu benutzen oder ob es nicht durch ein zweites ergänzt werden müsse, „das auf die in den Empfindungs- und Verhaltensmustern quer durch die Nation fortdauernden Gemeinsamkeiten“ abhebt. Hier zeigt sich der Zusammenhang zwischen Erkenntnisziel und Modellwahl: Wenn man primär fragt, wie es zur Revolution von 1918/1919 kam¹² und die weniger disruptive Zeit vor 1914 als Vergleichspunkt im

⁹ Siehe ders., Angestellte zwischen Faschismus und Demokratie. Zur politischen Sozialgeschichte der Angestellten: USA 1890—1940 im internationalen Vergleich, Göttingen 1977, S. 56 f., 356, Anm. 102. — Dies in Ergänzung von oben S. 95.

¹⁰ Vgl. T. W. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936—1939, Opladen 1975, S. 1—173 (Einführung von M.). Doch analysiert Mason diese Ähnlichkeit weniger als daß er nachzeichnet, wie sehr den führenden Nationalsozialisten diese Ähnlichkeit der Problemlage bewußt war (bes. S. 1—16).

¹¹ Siehe ähnlich W.-H. Struck; sowie Winkler, S. 160 zum „integralen Nationalismus“, der sich im Krieg entfaltete und von mir in der Tat nicht genügend berücksichtigt wurde.

¹² Einzuräumen ist gegenüber der Kritik von C. Wurm, daß es in dieser Arbeit um die innenpolitisch-sozialgeschichtlichen Bedingungen der Revolution, nicht um ihre Gesamtanalyse ging; deswegen wurde der Rolle der Militärrevolte als Auslöser nicht weiter nachgegangen. Nicht einsichtig ist mir dagegen die Behauptung von W. Baumgart, daß die Klärung der sozial- und strukturgeschichtlichen Bedingungen der Revolution ungewollt die Dolchstoß-Legende rehabilitiere. Die inneren Gründe und Bedingungen der Revolution aufzuzeigen heißt ja nicht, die militärischen Gründe

Auge hat, wird man die Beschreibung und Analyse der entstehenden, sich verstärkenden Konflikte betonen und die gegenläufigen Kräfte (Zusammengehörigkeitsbewußtsein, Solidarität, Nationszugehörigkeit, gemeinsames Interesse an der Abwendung der Niederlage usw.) gewissermaßen *ex negativo*, als Grenze der zentral behandelten Konflikttendenzen, einführen; so geschah es in diesem Buch, das solche Gemeinsamkeit ja keineswegs leugnet. Wenn man eine hier leider fehlende international-vergleichende Perspektive besitzt und das viel früher konfliktzerrissene und desintegrierende Weltkriegs-Rußland zum Vergleich heranzieht, dann wird man, wie Schramm, in der Tat fragen müssen, warum der Ausbruch von Klassen- und anderen Konflikten in Deutschland nicht früher kam, woher eigentlich dieses System seine relativ hohe Stabilität nahm, diesen inneren und äußeren Druck so lange zu überstehen. Und dabei wird man — wahrscheinlich — mit einem Konfliktmodell *allein* in der Tat nicht auskommen. Doch selbst abgesehen von diesem Vergleichsgesichtspunkt scheint manches dafür zu sprechen (s. z. B. Schramms Argumentation S. 251 f.), die Kohäsionskräfte jenes Systems begrifflich schärfer zu fassen und auch im Modell zentraler zu rücken als es hier geschah, und zwar nicht nur als „sekundäre Integration“, als Folge von ideologischer Manipulation, politischen Konzessionen und „Bestechung“. Das hieße: über ein marxistisches Konfliktmodell hinauszugehen und die Konzeption dieser Arbeit deutlich zu ändern. Jedenfalls ist an dieser Stelle eine Grenze der vorliegenden Arbeit einzuräumen.

4. Einzuräumen ist auch, daß die von mehreren Rezensenten angesprochene Interpretation der Staatsfunktionen 1914—1918 — und zwar im Sinne ihrer Einordnung in übergreifende Theorien vom Typus „Staatsmonopolistischer Kapitalismus“ — in dieser Arbeit nicht voll ausdiskutiert wurde (H. Haumann, G. Schramm, G. Stolberg u. a.). Es mag sein, daß die hier vertretene Darstellung und Einschätzung sich mit einem undogmatisch verwandten Stamokap-Ansatz besser verträgt als oben gemeint wurde. Doch macht eben mindestens stutzig, wenn, wie S. 119 f. nachgewiesen wurde, Arbeiten, die von jener Theorie ausgehen, die so zentralen (und wohl auch von Schramm, S. 258 f. unterbewerteten) staatskritischen Haltungen und Äußerungen so gut wie aller Unternehmer entweder übersehen oder leugnen (müssen) und zu fundamentalen Fehldeutungen von wichtigen staatlichen Prozessen, wie der Durchsetzung des Hilfsdienstgesetzes, führen¹³. Für unwahrscheinlich halte ich es weiterhin, daß es hinreichen könnte, die Versuche des Staatsapparates, eine Niederlage des Reichs im Weltkrieg zu vermeiden, *nur* klassenanalytisch, als

und Bedingungen der Niederlage zu leugnen. Die Analyse von Revolutionsgründen hat nichts mit der hetzerischen Anklage großer Teile der Weimarer Rechtsgruppen gegen die „Novemberverbrecher“ zu tun.

¹³ Vgl. auch meine Kritik an den von DDR-Historikern verwandten Stamokap-Ansätzen in H. A. Winkler (Hg.), *Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge*, Göttingen 1974, S. 24—29.

Leistung des Staats zur Stabilisierung kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse zu interpretieren und diese Leistung im Widerspruch zum Interesse der Masse der Abhängigen zu begreifen — was umgekehrt hieße, die Niederlage (mit Karl Liebknecht) als im Interesse der Masse der Abhängigen in Deutschland zu sehen (dazu oben S. 123 ff. und die Rezension von H. Haumann). So aber müßte man letztlich argumentieren (und so tut es Haumann nicht ohne Vorsicht), wenn man die oben beschriebenen tatsächlichen Anstrengungen und Leistungen des Staatsapparats konsequent im Rahmen eines Stamokap-Ansatzes oder irgendeiner anderen *nur* konflikttheoretischen Staatsauffassung interpretieren wollte¹⁴. Die so argumentieren, müssen sich zwei Fragen stellen: Sind nicht Situationen denkbar und war nicht mindestens die Niederlage nach jenem Weltkrieg eine solche Situation, in der die revolutionäre Aufhebung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse wenig oder keinen Vorteil für die Masse der Bevölkerung bedeutete — relativ zu den wohl prinzipiell und erst recht im Rückblick nicht zu bezweifelnden Nachteilen, Lasten und Opfern, die die Niederlage nach solch einem Krieg auch für die große Mehrheit der Bevölkerung bedeutete? Und: gibt es nicht Systemfunktionen des Staats in kapitalistisch-bürgerlichen Systemen, die in der Erhaltung *kapitalistischer* Verhältnisse nicht aufgehen, gleichwohl aber für das Leben der vielen sehr wichtig sind? Diese zweite Frage führt in eine hier nicht zu leistende Staatsdiskussion¹⁵. Die erste ist natürlich kontrafaktisch und könnte sich als so komplex herausstellen, daß sie empirisch unbeantwortbar (also auch nicht empirisch verneinbar) ist. Da ihre Verneinung aber jener rein klassenanalytischen Interpretation von Sieg und Niederlage, Staat und Krieg, die hier zur Debatte steht, wie selbstverständlich zugrunde liegt, wäre eine solche Einsicht bereits ein Beitrag zur Rationalisierung der Diskussion. Jedenfalls scheint mir die sich fortsetzende Diskussion über die Funktionen des Staats im kapitalistisch-bürgerlichen System nur davon profitieren zu können, wenn sie die Rolle des Staates im Krieg — als einem Extremfall, der manche sonst nur verhüllte Dimension zur Erscheinung bringt — stärker einbezüge.

¹⁴ Auch unter diesem Gesichtspunkt könnte es sich empfehlen, das konflikttheoretische Ausgangsmodell zu ergänzen, wie es im vorigen Absatz diskutiert wurde.

¹⁵ Vgl. oben S. 203, Anm. 121.